

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 05.06.2016

Votation populaire du 05.06.2016

Votazione popolare del 05.06.2016

14.063

**Asylgesetz. Neustrukturierung des
Asylbereichs**

**Loi sur l'asile. Restructuration du domaine
de l'asile**

**Legge sull'asilo. Riassetto del settore
dell'asilo**

VH 14.063

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Vereinzelte kann es vorkommen, dass die Inhalte nicht in italienischer Sprache vorhanden sind. Wir bitten Sie, in diesen Fällen die deutschen oder französischen Texte zu konsultieren.

Il est parfois possible que certaines informations ne soient pas disponibles en italien. Veuillez dans ces cas-là consulter les versions allemande ou française.

È possibile che alcuni contenuti non siano disponibili in italiano. In tal caso vi preghiamo di consultare la versione tedesca o francese.

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni	I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen	II
Résumé des débats	V
Riassunto delle deliberazioni	VIII
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere	1
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali	102
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale	106
6. Asylgesetz (AsylG) Änderung vom 25. September 2015	170
Loi sur l'asile (LAsi) Modification du 25 septembre 2015	200
Legge sull'asilo (LAsi) Modifica del 25 settembre 2015	230

7. Argumente Arguments Argomenti	ab Seite de page della pagina	273
Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.		

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione.
I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

14.063 s Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Botschaft vom 3. September 2014 zur Änderung des Asylgesetzes (Neustrukturierung des Asylbereiches) ([BBI 2014 7991](#))

NR/SR *Staatspolitische Kommission*

1. Asylgesetz (AsylG) ([BBI 2014 8119](#))

15.06.2015 Ständerat. Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

09.09.2015 Nationalrat. Abweichend.

22.09.2015 Ständerat. Zustimmung.

25.09.2015 Ständerat. Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

25.09.2015 Nationalrat. Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt [2015 7181](#);

Ablauf der Referendumsfrist 14.01.2016

14.063 é Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile

Message du 3 septembre 2014 concernant la modification de la loi sur l'asile (Restructuration du domaine de l'asile) ([FF 2014 7771](#))

CN/CE *Commission des institutions politiques*

1. Loi sur l'asile (LAsi) ([FF 2014 7901](#))

15.06.2015 Conseil des Etats. Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.

09.09.2015 Conseil national. Divergences.

22.09.2015 Conseil des Etats. Adhésion.

25.09.2015 Conseil des Etats. La loi est adoptée au vote final.

25.09.2015 Conseil national. La loi est adoptée au vote final.

Feuille fédérale [2015 6567](#);

Délai référendaire 14.01.2016

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

14.063 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Botschaft vom 3. September 2014 zur Änderung des Asylgesetzes (Neustrukturierung des Asylbereiches) ([BBI 2014 7991](#))

Medienmitteilung des Bundesrates vom 03.09.2014

Neustrukturierung des Asylwesens: Bundesrat verabschiedet Botschaft

Der Bundesrat will die Asylverfahren rascher und fair abwickeln und dazu den Asylbereich neu strukturieren. Nachdem bereits die Kantone, Städte und Gemeinden an zwei nationalen Asylkonferenzen die Neustrukturierung gutgeheissen haben, hat der Bundesrat am Mittwoch die entsprechenden Gesetzesänderungen verabschiedet. Demnach soll die Mehrheit der Asylverfahren innerhalb von 140 Tagen rechtskräftig entschieden und vollzogen werden. Um die rechtliche Qualität der Verfahren weiterhin sicherzustellen, wird der Rechtsschutz der Asylsuchenden verstärkt.

Die vom Bundesrat heute verabschiedete Botschaft zur Neustrukturierung des Asylbereichs geht zurück auf den Beschleunigungsbericht vom März 2011, den Schlussbericht der Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen sowie die gemeinsame Erklärung der nationalen Asylkonferenz vom März 2014. Die Revision sieht vor, Asylverfahren rascher und rechtsstaatlich fair durchzuführen. Die Mehrheit der Asylgesuche, für die es keine weiteren Abklärungen braucht, werden demnach künftig in einem beschleunigten Verfahren mit ausgebautem Rechtsschutz behandelt und abgeschlossen. Diese Asylsuchenden sind für die gesamte Dauer des Verfahrens bis zu ihrer allfälligen Wegweisung aus der Schweiz in regionalen Zentren des Bundes untergebracht. Das Verfahren dauert maximal 140 Tage. Sind für den Entscheid über ein Asylgesuch weitere Abklärungen notwendig, werden die Asylsuchenden für erweiterte Verfahren wie bisher den Kantonen zugewiesen. Diese Verfahren sollen innerhalb eines Jahres rechtskräftig abgeschlossen werden und Asylsuchende mit negativem Entscheid müssen in dieser Zeitspanne aus der Schweiz ausreisen. Für den Vollzug einer allfälligen Wegweisung sind wie bisher die Kantone zuständig.

Ausgebauter Rechtsschutz und Beratung

Damit die neuen Verfahren rechtsstaatlichen Ansprüchen genügen, sind kostenlose Beratungen über das Asylverfahren und eine kostenlose Rechtsvertretung vorgesehen. Damit ist sichergestellt, dass die Asylverfahren nicht nur wesentlich rascher, sondern weiterhin fair durchgeführt werden. Asylsuchende sollen zudem frühzeitig und umfassend über das bestehende Rückkehrhilfeangebot informiert werden. Der Zugang zur Rückkehrberatung und die freiwillige Ausreise mit Rückkehrhilfe sollen in jeder Verfahrensphase möglich sein.

Breite Basis für neue Zentren des Bundes

Bund, Kantone, Gemeinde und Städte haben sich dafür ausgesprochen, die Umsetzung der Neustrukturierung gemeinsam anzugehen. Sie haben im März 2014 einstimmig eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie die Eckwerte für die Gesamtplanung und ein Kompensationsmodell für die Abgeltung der Standortkantone festhalten. Demnach werden sechs Regionen gebildet mit jeweils mehreren Bundeszentren. Das konkrete Standortkonzept wird vom Bundesamt für Migration in enger Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Regierungsrätinnen und Regierungsräte der Kantone in den einzelnen Regionen bis Ende 2014 ausgearbeitet.

Der Bund verfügt heute über rund 1400 Unterbringungsplätze in fünf Empfangs- und Verfahrenszentren. Derzeit besteht bei der vorgeschlagenen Neustrukturierung des Asylbereiches ein Bedarf von rund 5000 Plätzen in Zentren des Bundes. Darin bereits enthalten ist eine Reserve von 20 Prozent für Schwankungen, damit auch bei einer steigenden Zahl von Asylgesuchen möglichst keine Personen auf die Kantone verteilt werden.

Mittelfristige Einsparungen

Für Bauten, die dauerhaft für die Unterbringung von Asylsuchenden durch den Bund genutzt werden oder die dafür neu errichtet werden, muss nach geltendem Recht ein ordentliches Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden. Für eine rasche Umsetzung der Neustrukturierung im Asylbereich soll dieses langwierige Verfahren durch ein neues Plangenehmigungsverfahren ersetzt werden.

Auf mittlere Sicht wird die Neustrukturierung des Asylwesens zu jährlichen Einsparungen von bis zu 170 Millionen Franken im Vergleich zum heutigen System führen. Für die Bereitstellung dieser Unterkünfte respektive der Arbeitsplätze sind Investitionen von bis zu 548 Millionen Franken nötig.

Erste Erfahrungen aus dem Testbetrieb in Zürich

Der Testbetrieb zur Neustrukturierung des Asylbereiches läuft seit dem 6. Januar 2014 in Zürich. Ein erstes, vorläufiges Fazit fällt positiv aus: Die beschleunigten Verfahren im Testbetrieb konnten bisher rasch und rechtsstaatlich korrekt durchgeführt und die budgetierten Kosten eingehalten werden. Das BFM lässt die Wirtschaftlichkeit der verbesserten Prozesse und die Wirksamkeit der beschleunigten Verfahren extern evaluieren. Die Zwischenergebnisse dieser Evaluationen werden Ende Jahr vorliegen.

Verhandlungen

Asylgesetz (AsylG) ([BBI 2014 8119](#))

15.06.2015	SR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
09.09.2015	NR	Abweichend.
22.09.2015	SR	Zustimmung.
25.09.2015	SR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.
25.09.2015	NR	Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt [2015 7181](#); Ablauf der Referendumsfrist: 14.01.2016

Das Parlament hat die Revision des Asylgesetzes mit geringfügigen Änderungen an der Vorlage des Bundesrates mit 35 zu 3 Stimmen im Ständerat und 138 zu 55 Stimmen im Nationalrat angenommen. Das geänderte Gesetz sieht insbesondere eine beträchtliche Beschleunigung des Asylverfahrens und die Bildung neuer Bundeszentren vor. Um sowohl eine rasche als auch eine faire Prüfung der Asylgesuche zu gewährleisten, sind in den Zentren kostenlose Beratungen und Rechtsvertretungen vorgesehen. Gegen die Revision sprach sich einzig die SVP-Fraktion aus. Sie bemängelte den fehlenden politischen Willen das Asylrecht konkret zu verschärfen, Missbräuche im Asylwesen zu bekämpfen und die Anzahl vorläufig aufgenommener Personen zu verringern.

Die Revision des Asylgesetzes, welche eine Beschleunigung der Verfahren, dafür aber eine unentgeltliche Beratung und Rechtsvertretung vorsieht, hat im Parlament eine breite Unterstützung gefunden. Lediglich die SVP-Fraktion war der Meinung, dass die Revision ihr Ziel verfehlt, weil sie die Attraktivität der Schweiz als Asylland in keiner Weise schmälere. Ihre Versuche die Revisionsvorlage von Grund auf zu ändern blieben allerdings erfolglos. So lehnte der Nationalrat ihren Nichteintretensantrag mit 135 zu 52 Stimmen ab. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis sprach er sich auch gegen den Antrag der SVP-Fraktion aus, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Attraktivität der Schweiz als Asylland umgehend zu vermindern und ohne weitere Verzögerung den Vollzug zu verbessern. Der Ständerat seinerseits trat ohne Gegenstimme auf die Vorlage ein.

Die Grünen und die Sozialdemokratische Fraktion versuchten vergeblich, die Möglichkeit, auf einer Schweizer Vertretung im Ausland ein Asylgesuch einzureichen, wenigstens teilweise wieder einzuführen. Diese sogenannten Botschaftsgesuche waren mit den vom Volk angenommenen dringlichen Änderungen des Asylgesetzes abgeschafft worden. Für die Mehrheit der Ratsmitglieder bestand daher kein Anlass, auf diese Frage zurückzukommen. Der Ständerat fügte die Bestimmung ein, wonach der Bund seine Pauschalabgeltungen von einem Kanton zurückfordern kann, wenn dieser seiner Vollzugsaufgabe, Personen mit negativem Asylbescheid auszuweisen, nicht nachkommt. Diese Bestimmung wurde von der Grünen und der Sozialdemokratischen Fraktion erfolglos bekämpft.

Ausgiebig diskutiert wurden die Bestimmungen zum Rechtsschutz. Angenommen wurden die Artikel 102f ff., welche festlegen, dass Asylsuchende, deren Gesuche im beschleunigten Verfahren in einem Zentrum des Bundes behandelt werden, Anspruch auf unentgeltliche Beratung und Rechtsvertretung haben. In den Augen der Mehrheit beider Räte gewährleistet diese Bestimmung eine rasche und faire Behandlung der Asylgesuche bei gleichzeitiger Beschleunigung der Beschwerdeverfahren. Gegen diese Regelung sprach sich einzig die SVP-Fraktion aus, da diese eine Beschwerdeflut befürchtete. Die anderen Fraktionen befürworteten den Anspruch auf unentgeltliche Beratung und Rechtsvertretung, sei es aus Gründen der Gerechtigkeit oder weil die im Testbetrieb gesammelten Erfahrungen sie überzeugten. Der Testbetrieb habe doch das Argument der Beschwerdeflut entkräftet. Die SVP-Fraktion sprach sich zudem - ebenfalls vergeblich - gegen die Befugnis des Bundes aus, ohne Zustimmung der betroffenen Gemeinden Asylzentren zu errichten. Allerdings verstärkten beide Räte die Rolle der Kantone und Gemeinden insofern, als diese so früh wie möglich in die Planung von Bundeszentren eingebunden werden sollen.

Schliesslich verschärfen beide Räte die vom Bundesrat vorgesehenen Sanktionen für Asylsuchende, welche ihre Mitwirkungspflicht verletzen. So sollen Gesuche von Asylsuchenden, welche in einem

Verfahrenszentrum des Bundes den Behörden ohne triftigen Grund während mehr als fünf Tagen - anstelle den vom Bundesrat vorgeschlagen 20 Tagen - nicht zur Verfügung stehen, formlos abgeschrieben werden. Asylsuchende, welche die Sicherheit und Ordnung innerhalb und ausserhalb eines Verfahrenszentrums erheblich stören, sollen zwingend in besonderen Zentren mit fest zugeteiltem Rayon untergebracht werden. Die SVP-Fraktion wünschte geschlossene Zentren für alle Asylsuchende.

In den Schlussabstimmungen wurde die Änderung des Asylgesetzes im Ständerat mit 35 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen und im Nationalrat mit 138 zu 55 Stimmen angenommen.

2. Résumé des délibérations

14.063 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile

Message du 3 septembre 2014 concernant la modification de la loi sur l'asile (Restructuration du domaine de l'asile) ([FF 2014 7771](#))

Communiqué de presse du Conseil fédéral du 03.09.2014

Le Conseil fédéral adopte le message relatif à la restructuration du domaine de l'asile. Afin d'accélérer les procédures d'asile, tout en garantissant qu'elles se déroulent de manière équitable, le Conseil fédéral entend restructurer le domaine de l'asile. Après que les cantons, les villes et les communes se sont prononcés en faveur de cette restructuration à l'occasion de deux conférences nationales sur l'asile, le Conseil fédéral a adopté ce mercredi le projet de loi en ce sens. Les modifications législatives proposées prévoient que la majorité des procédures d'asile devront aboutir, dans un délai de 140 jours, à une décision exécutoire et à l'exécution d'un éventuel renvoi. Parallèlement, la protection juridique des requérants d'asile sera renforcée, de sorte que le respect des principes de l'Etat de droit reste garanti.

Le message concernant la restructuration du domaine de l'asile présenté aujourd'hui par le Conseil fédéral se fonde sur le rapport sur des mesures d'accélération dans le domaine de l'asile de mars 2011, sur le rapport final du groupe de travail Confédération/cantons et sur la déclaration commune adoptée lors de la conférence nationale sur l'asile de mars 2014. La révision proposée doit permettre d'accélérer les procédures d'asile, tout en garantissant qu'elles se déroulent de manière équitable, dans le respect des principes de l'Etat de droit. La majorité des demandes d'asile, pour lesquelles aucune clarification supplémentaire n'est nécessaire, devront être traitées dans le cadre d'une procédure accélérée, dans laquelle une protection juridique étendue est prévue pour les requérants. Pendant toute la durée de la procédure, qui ne pourra pas dépasser 140 jours, et jusqu'à un éventuel renvoi, les requérants d'asile seront hébergés dans des centres régionaux de la Confédération.

Si des clarifications supplémentaires sont requises, les demandes d'asile seront traitées dans le cadre d'une procédure étendue et les requérants seront attribués à un canton, comme c'est le cas aujourd'hui. La procédure étendue doit aboutir, dans un délai d'un an, à une décision exécutoire et à l'exécution d'un éventuel renvoi. Les cantons restent compétents pour exécuter les renvois.

Protection juridique étendue

Afin de garantir que les nouvelles procédures respectent les principes de l'Etat de droit, les requérants d'asile pourront bénéficier gratuitement d'un conseil concernant la procédure d'asile et d'une représentation juridique gratuite. Ces mesures doivent permettre de concilier les objectifs de célérité avec les exigences d'équité. Les requérants d'asile recevront en outre, le plus tôt possible, des informations détaillées sur les offres en matière d'aide au retour. Ils doivent pouvoir bénéficier de conseils en vue du retour et opter pour un départ volontaire à chaque étape de la procédure.

Solide assise pour les nouveaux centres de la Confédération

La Confédération, les cantons, les villes et les communes ont convenu d'oeuvrer ensemble à la mise en oeuvre de la restructuration du domaine de l'asile. La déclaration commune qu'ils ont signée en mars 2014 fixe les grandes lignes de la planification générale et prévoit un mécanisme de compensation en faveur des cantons abritant un centre de la Confédération. Concrètement, six régions sont définies, comptant chacune plusieurs centres. L'emplacement concret de ces centres sera arrêté dans un plan détaillant l'implantation des sites que l'Office fédéral des migrations (ODM) est chargé d'élaborer, pour la fin de 2014, en collaboration avec les conseillers d'Etat concernés des cantons dans les différentes régions.

La Confédération dispose actuellement de quelque 1400 places d'hébergement dans ses cinq centres d'enregistrement et de procédure. Pour mettre en oeuvre la restructuration proposée, 5000 places environ seront nécessaires dans des centres de la Confédération. Sur ce nombre, une réserve de 20 % est prévue pour faire face à d'éventuelles fluctuations. Il s'agit de garantir, autant que possible, qu'aucune personne ne soit attribuée à un canton, même en cas d'augmentation du nombre des demandes d'asile.

Economies à moyen terme

Selon le droit en vigueur, une procédure ordinaire d'octroi de permis de construire est nécessaire pour que la Confédération puisse utiliser durablement des constructions aux fins d'hébergement de requérants d'asile ou en ériger de nouvelles dans ce but. Pour permettre une mise en oeuvre rapide de

la restructuration visée du domaine de l'asile, une nouvelle procédure d'approbation des plans viendra remplacer cette procédure particulièrement longue.

La restructuration du domaine d'asile doit permettre, à moyen terme, de réaliser des économies de l'ordre de 170 millions de francs par an. Des investissements à hauteur de 548 millions de francs seront nécessaires dans un premier temps pour mettre à disposition les places d'hébergement supplémentaires et créer les postes de travail requis.

Premiers résultats de la phase de test menée à Zurich

La phase de test mise en oeuvre dans le cadre de la restructuration a été lancée le 6 janvier 2014 à Zurich. Un premier bilan provisoire fait état de résultats positifs : les procédures accélérées peuvent être menées de manière rapide et conforme aux principes de l'Etat de droit et le cadre budgétaire a jusqu'ici pu être respecté. L'efficacité des nouveaux processus et l'efficacité des procédures accélérées font l'objet, sur mandat de l'ODM, d'une évaluation externe, dont les résultats intermédiaires seront disponibles à la fin de 2014.

Délibérations

Loi sur l'asile (LAsi) ([FF 2014 7901](#))

15.06.2015	CE	Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.
09.09.2015	CN	Divergences.
22.09.2015	CE	Adhésion.
25.09.2015	CE	La loi est adoptée au vote final.
25.09.2015	CN	La loi est adoptée au vote final.

Feuille fédérale [2015 6567](#); délai référendaire: 14.01.2016

Après avoir apporté des modifications mineures au projet du Conseil fédéral, les deux conseils ont adopté la modification de la loi sur l'asile par 35 voix contre 3 au Conseil des Etats et 138 voix contre 55 au Conseil national. La loi prévoit notamment une accélération considérable de la procédure d'asile et la création de centres fédéraux. Pour garantir un examen à la fois rapide et sérieux des demandes d'asile, des conseils et une représentation juridique gratuits seront offerts dans ces centres. Seul le groupe de l'UDC s'est élevé contre la réforme et a dénoncé l'absence de volonté politique de durcir concrètement le droit d'asile, de lutter contre les abus et de réduire le nombre de personnes admises provisoirement.

Le Parlement, à l'exception du groupe de l'UDC, a largement soutenu la réforme de la loi sur l'asile qui prévoit d'accélérer les procédures et d'offrir en contrepartie des conseils et une représentation juridique gratuits. Pour le groupe de l'UDC en revanche, le projet de réforme ne diminue en rien l'attractivité de la Suisse et manque sa cible. Mais c'est en vain que le groupe a tenté de modifier fondamentalement le projet de loi. Le Conseil national a ainsi rejeté une proposition de minorité de ne pas entrer en matière. Avec le même résultat, 135 voix contre 52, il a également rejeté une proposition de renvoi au Conseil fédéral visant à diminuer immédiatement l'attrait de la Suisse et à apporter sans délai des améliorations dans le domaine de l'exécution. Le Conseil des Etats était quant à lui entré en matière sans opposition.

Les groupes Vert et socialiste ont essayé sans succès de rétablir, même partiellement, la possibilité de déposer une demande d'asile auprès d'une représentation suisse à l'étranger. La suppression des demandes d'asile dans les ambassades a été réglée dans le cadre de la loi urgente, acceptée en référendum. Pour la majorité des conseils il n'y a donc pas lieu de se prononcer à nouveau sur cette question. Au Conseil national, ces deux groupes se sont opposés à une disposition prévue par le Conseil des Etats : la Confédération pourra réclamer le remboursement d'indemnités forfaitaires déjà versées lorsqu'un canton manquerait à ses obligations de renvoi des requérants d'asile déboutés.

La protection juridique a été longuement discutée. Les articles 102f et suivants, stipulant que le requérant dont la demande est traitée dans un centre de la Confédération doit avoir droit à un conseil et à une représentation juridique gratuits, ont été adoptés. Pour la majorité des conseils, ce point clé du projet doit garantir un examen à la fois rapide et sérieux des demandes d'asile en contrepartie d'une accélération considérable des procédures. Seul le groupe de l'UDC s'est élevé contre cette mesure, craignant une avalanche de recours. Les autres groupes l'ont défendue soit au nom de l'équité, soit parce qu'ils ont été convaincus par les expériences menées dans le projet pilote. Ces expériences ont en effet infirmé l'hypothèse d'une avalanche de recours.

Le groupe de l'UDC a également contesté la compétence fédérale de créer des centres de demandeurs d'asile sans l'accord des communes concernées, sans succès. Toutefois, les deux

conseils ont renforcé le rôle des cantons et des communes pour les associer le plus tôt possible dans le processus d'implantation des centres fédéraux.

Enfin, les deux conseils ont durci les sanctions prévues par le Conseil fédéral pour les requérants d'asile qui violeraient leur obligation de collaborer : les requérants placés dans des centres fédéraux qui, sans raison valable, ne se tiendront pas à la disposition des autorités compétentes pendant plus de cinq jours - et non pas 20 comme le proposait le Conseil fédéral - verront leur demande classée sans décision formelle. Quant aux requérants qui troublent gravement la sécurité et l'ordre au sein des centres de procédure et dans leurs environs, ils seront obligatoirement cantonnés dans des centres spéciaux avec l'interdiction de quitter un périmètre déterminé. Le groupe de l'UDC aurait souhaité des centres fermés pour tous les requérants d'asile.

Avant le vote final, le groupe de l'UDC a annoncé son intention de lancer un référendum. Les deux conseils ont adopté la modification de la loi sur l'asile par 35 voix contre 3 et 5 abstentions au Conseil des Etats et 138 voix contre 55 avec une abstention au Conseil national

2. Riassunto delle deliberazioni

14.063 Legge sull'asilo. Riassetto del settore dell'asilo

Messaggio del 3 settembre 2014 concernente la modifica della legge sull'asilo (Riassetto del settore dell'asilo) ([FF 2014 6917](#))

Comunicato stampa del consiglio federale del 03.09.2014

Riassetto del settore dell'asilo: il Consiglio federale adotta il messaggio

Il Consiglio federale intende svolgere in modo più rapido ed equo le procedure d'asilo e procedere a un riassetto del settore dell'asilo. Dopo che i Cantoni, le città e i comuni avevano approvato il riassetto in occasione di due conferenze nazionali sull'asilo, mercoledì il Consiglio federale ha adottato le pertinenti modifiche di legge. Secondo tali modifiche la maggioranza delle procedure d'asilo dovrà essere decisa con passaggio in giudicato ed eseguita entro 140 giorni. Per garantire la qualità delle procedure sarà rafforzata la protezione giuridica dei richiedenti l'asilo. Il messaggio sul riassetto del settore dell'asilo, adottato in data odierna dal Consiglio federale, trae origine dal rapporto sulle misure d'acceleramento di marzo 2011, dal rapporto finale del gruppo di lavoro della Confederazione e dei Cantoni e dalla dichiarazione congiunta della Conferenza nazionale sull'asilo di marzo 2014. La revisione della legge sull'asilo prevede procedure d'asilo più rapide, nel rispetto dello Stato di diritto. La maggioranza delle domande d'asilo, per le quali non sono necessari ulteriori accertamenti, saranno in futuro trattate e concluse in una procedura celere con una protezione giuridica più ampia. Durante l'intera procedura i richiedenti l'asilo saranno alloggiati in centri regionali della Confederazione fino al loro eventuale allontanamento dalla Svizzera. La procedura durerà al massimo 140 giorni.

Se per decidere in merito a una domanda d'asilo sono necessari ulteriori accertamenti, i richiedenti saranno attribuiti, come finora, ai Cantoni per la procedura ampliata. Tale procedura va conclusa entro un anno con decisione passata in giudicato e i richiedenti, con una decisione negativa, dovranno lasciare la Svizzera entro questo termine. Come finora, l'esecuzione dell'allontanamento spetterà ai Cantoni.

Protezione giuridica più ampia e consulenza

Affinché le nuove procedure si svolgano nel rispetto dei principi dello Stato di diritto, sono previste la consulenza sulla procedura d'asilo e la rappresentanza giuridica gratuite. Ciò garantisce che, oltre a essere notevolmente più rapide, le procedure d'asilo continuino a svolgersi in modo equo. I richiedenti l'asilo saranno inoltre informati tempestivamente e in modo esaustivo sull'offerta dell'aiuto al ritorno. L'accesso alla consulenza per il ritorno e la partenza volontaria saranno possibili in qualsiasi fase della procedura.

Ampia base per i nuovi centri della Confederazione

La Confederazione, i Cantoni, i comuni e le città hanno concordato di procedere insieme al riassetto del settore dell'asilo. Nel marzo 2014 hanno firmato una dichiarazione congiunta in cui hanno definito i parametri della pianificazione globale e il modello di indennizzo dei Cantoni di ubicazione. Vi saranno sei regioni in ciascuna delle quali saranno ubicati più centri della Confederazione. Il piano concreto di ubicazione sarà elaborato entro la fine del 2014 dall'Ufficio federale della migrazione (UFM) in stretta collaborazione con i consiglieri di Stato competenti dei Cantoni delle singole regioni.

Al momento, la Confederazione dispone di circa 1400 posti di alloggio in cinque centri di registrazione e procedura. Per il previsto riassetto del settore dell'asilo sono necessari, in base alle stime attuali, circa 5000 posti nei centri della Confederazione. Questa cifra comprende anche una riserva del 20 per cento, affinché anche in caso di aumento delle domande d'asilo i richiedenti non debbano essere distribuiti sui Cantoni.

Risparmi a medio termine

Secondo il diritto vigente, per gli edifici che sono utilizzati durevolmente o costruiti ex novo per l'alloggio di richiedenti l'asilo da parte della Confederazione, è necessaria una procedura ordinaria di autorizzazione di costruzione. Per consentire l'attuazione rapida del riassetto del settore dell'asilo, questa onerosa procedura sarà sostituita da una nuova procedura di approvazione dei piani.

A medio termine, il riassetto del settore dell'asilo permetterà di risparmiare fino a 170 milioni di franchi all'anno rispetto al sistema odierno. Per mettere a disposizioni gli alloggi e i relativi posti di lavoro sono necessari investimenti pari a 548 milioni di franchi.

Prime esperienze della fase di test a Zurigo

La fase di test del riassetto del settore dell'asilo è stata avviata il 6 gennaio 2014 a Zurigo. I primi risultati sono positivi. Le procedure celeri si sono potute concludere rapidamente e nel rispetto dello Stato di diritto. I costi preventivati non sono stati superati. L'UFM ha incaricato esterni di valutare l'economicità dei processi e l'efficacia delle procedure celeri. I risultati intermedi di tale valutazione saranno presentati entro la fine dell'anno.

Deliberazioni

Legge sull'asilo (LAsi) ([FF 2014 7041](#))

15.06.2015	CS	Decisione divergente dal disegno del Consiglio federale.
09.09.2015	CN	Divergenze.
22.09.2015	CS	Adesione.
25.09.2015	CS	La legge è adottata nella votazione finale.
25.09.2015	CN	La legge è adottata nella votazione finale.

Foglio federale [2015 5895](#); termine di referendum: 14.01.2016

Dopo aver apportato modifiche di lieve entità al disegno del Consiglio federale, le due Camere hanno approvato la modifica della legge sull'asilo: il Consiglio degli Stati con 35 voti contro 3 e il Consiglio nazionale con 138 voti contro 55. La legge emendata prevede segnatamente una sensibile velocizzazione della procedura d'asilo e la creazione di centri della Confederazione. Al fine di garantire un esame rapido e serio delle domande d'asilo, in tali centri saranno offerte consulenza e rappresentanza giuridica gratuite. Il Gruppo UDC è stato l'unico a opporsi a questa riforma, denunciando la mancanza della volontà politica di inasprire concretamente il diritto d'asilo, di lottare contro gli abusi e di ridurre il numero di persone ammesse provvisoriamente.

Il Parlamento, fatta eccezione per il Gruppo UDC, ha ampiamente sostenuto la riforma della legge sull'asilo. La riforma prevede una velocizzazione delle procedure, resa possibile grazie all'offerta di consulenza e rappresentanza giuridica gratuite. Il Gruppo UDC ritiene invece che il progetto di riforma non permetterà di ridurre l'attrattiva della Svizzera e non sarà in grado di raggiungere gli obiettivi prefissati. Il gruppo ha tentato invano di modificare la sostanza del disegno governativo: sempre con 135 voti contro 52, il Consiglio nazionale ha respinto sia una proposta di minoranza di non entrata in materia sia una proposta di rinvio al Consiglio federale volta a ridurre immediatamente l'attrattiva della Svizzera e ad apportare senza indugio miglioramenti nell'ambito dell'esecuzione. Il Consiglio degli Stati era entrato in materia senza opposizioni.

Il Gruppo I Verdi e il Gruppo socialista hanno tentato, senza successo, di ripristinare, anche solo parzialmente, la possibilità di presentare una domanda d'asilo presso una rappresentanza svizzera all'estero. La soppressione delle domande d'asilo presso le ambasciate è stata sancita nella legge urgente, accettata dal Popolo dopo la riuscita del referendum. La maggioranza delle due Camere ritiene pertanto che non occorra pronunciarsi di nuovo sulla questione. Nel Consiglio nazionale questi due gruppi si sono opposti a una disposizione approvata dal Consiglio degli Stati: la Confederazione potrà esigere il rimborso di indennizzi forfettari già versati, qualora un Cantone non ottemperasse ai suoi obblighi di rinvio di richiedenti l'asilo la cui domanda è stata respinta.

La protezione giuridica è stata oggetto di lunghi dibattiti. Alla fine gli articoli 102f e seguenti sono stati adottati. Questi prevedono che il richiedente la cui domanda è esaminata in un centro della Confederazione ha diritto a una consulenza e rappresentanza giuridica gratuite. Per la maggioranza delle Camere, questo punto cardine del progetto permetterà di garantire un esame rapido e serio delle domande d'asilo, presupposto per una considerevole velocizzazione delle procedure. Il gruppo UDC è stato l'unico a opporsi a questa misura, paventando una valanga di ricorsi. Gli altri Gruppi l'hanno invece sostenuta per ragioni di equità o perché convinti dai risultati ottenuti nell'ambito della fase di test, risultati che hanno invalidato l'ipotesi di un numero eccessivo di ricorsi.

Il Gruppo UDC ha pure contestato, invano, l'idea di attribuire alla Confederazione la competenza di creare centri per richiedenti l'asilo senza l'accordo dei Comuni interessati. I due Consigli hanno tuttavia rafforzato il ruolo dei Cantoni e dei Comuni, dando loro la possibilità di essere coinvolti il più presto possibile nel processo di creazione dei centri della Confederazione. Il Parlamento ha infine inasprito le sanzioni previste dal Consiglio federale per i richiedenti l'asilo che violassero l'obbligo di collaborare: la domanda d'asilo di richiedenti collocati in centri della Confederazione che, senza motivo valido, non si terranno a disposizione delle autorità competenti per più di cinque giorni (e non per più di 20 giorni come proponeva il Consiglio federale) sarà stralciata senza decisione formale. Quanto ai richiedenti che comprometteranno considerevolmente la sicurezza e l'ordine pubblici nei centri della Confederazione, saranno collocati in centri speciali, con il divieto di lasciare un perimetro determinato. Il Gruppo UDC auspicava la creazione di centri chiusi per tutti i richiedenti l'asilo.

La modifica della legge sull'asilo è stata approvata dalle due Camere nella votazione finale: nel Consiglio degli Stati con 35 voti contro 3 e 2 astensioni e nel Consiglio nazionale con 138 voti contro 55 e 1 astensione.

14.063

**Asylgesetz. Neustrukturierung
des Asylbereichs****Loi sur l'asile. Restructuration
du domaine de l'asile***Erstrat – Premier Conseil*

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.15

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Die Vorlage, die Sie heute beraten, hat bereits einen langen Weg hinter sich. Ich erinnere Sie daran, dass der Bundesrat am 26. Mai 2010 eine Botschaft zur Revision des Asylgesetzes verabschiedet hatte. Im Rahmen der parlamentarischen Beratung hat Ihre Kommission das EJPD im Herbst 2010 beauftragt, bis Ende März 2011 einen Bericht über die allgemeine Situation im Asylbereich zu verfassen und neue, weiter gehende Optionen für eine markante Beschleunigung der Asylverfahren aufzuzeigen. Die SPK des Ständerates sprach sich dann am 9. Mai 2011 einstimmig dafür aus, die Handlungsoption 1 des Berichtes über Beschleunigungsmassnahmen im Asylbereich weiterzuverfolgen und bereits mögliche Verbesserungen im Rahmen einer Zusatzbotschaft des Bundesrates umzusetzen.

Die Handlungsoption 1 des Berichtes über Beschleunigungsmassnahmen sah vor, dass eine überwiegende Mehrheit der Asylverfahren in Zentren des Bundes innerhalb einer kurzen Frist abgeschlossen wird und sich alle am Asylprozess beteiligten Akteure vor Ort befinden. Die Asylverfahren sollen aber nicht nur rasch, sondern selbstverständlich auch fair durchgeführt werden. Deshalb wurde im Rahmen der Handlungsoption 1 auch ein umfassender und kostenloser Rechtsschutz vorgeschlagen. Dies setzte eine umfassende Neustrukturierung des Asylbereichs voraus.

Die vom Bundesrat mit der Botschaft vom 26. Mai 2010 und der Zusatzbotschaft vom 23. September 2011 vorgeschlagene Revision des Asylgesetzes wurde daraufhin durch das Parlament aufgeteilt: Das Parlament stimmte der im Beschleunigungsbericht des EJPD vorgeschlagenen Neustrukturierung des Asylbereichs grundsätzlich zu. Die vom Bundesrat in seiner Botschaft vom 26. Mai 2010 vorgeschlagenen Bestimmungen über die Verfahrens- und Chancenberatung wurden jedoch zurückgewiesen, mit dem Auftrag, eine neue Vorlage zur Beschleunigung der Asylverfahren durch die Schaffung von Verfahrenszentren des Bundes sowie durch die Anpassung der Beschwerdefristen und des Rechtsschutzes zu unterbreiten. Diese Ihnen nun heute unterbreitete Vorlage entspricht ebendiesem Auftrag des Parlamentes.

Das Parlament hat auch im Hinblick auf die Neustrukturierung des Asylbereichs am 28. September 2012 dringliche Änderungen des Asylgesetzes verabschiedet, die dann am 29. September 2012 in Kraft getreten sind und die, mit einer Verlängerung, bis 2019 gültig sind. Diese dringlichen Änderungen sind ja in der Referendumsabstimmung von unserer Bevölkerung mit 78 Prozent Ja sehr deutlich angenommen worden. Damit hat unsere Bevölkerung die Zustimmung zu sehr wichtigen Fragen schon im Jahre 2013 gegeben.

Auch wurde es damit möglich, in einem Pilotprojekt Erfahrungen zu dieser Gesetzgebung zu sammeln. Vorhaben wie zum Beispiel die bewilligungsfreie Nutzung von Bauten und Anlagen des Bundes für die Unterbringung von Asylsuchenden für maximal drei Jahre konnten geprobt werden, ebenso die Schaffung von besonderen Zentren für Asylsuchende, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder den Betrieb der Empfangs- und Verfahrenszentren erheblich stören. Dazu hat man mindestens schon die Erfahrung gemacht, dass es sehr schwierig ist, solche Zentren überhaupt zu realisieren. Weiter hat man auch Erfahrungen gesammelt bezüglich Beiträgen an die Standortkantone von Bundeszentren für die Durchführung von Beschäftigungsprogrammen oder bezüglich Beiträgen an die Sicherheitskosten der Zentren, ebenfalls bezüglich der Möglichkeit, neue Verfahrensabläufe im Rahmen von Testphasen generell zu prüfen. Weitere, nichtdringliche Änderungen des Asylgesetzes wurden vom Parlament dann am 14. Dezember 2012 beschlossen. Sie wurden vom Bundesrat gestaffelt auf den 1. Januar 2014 bzw. auf den 1. Februar 2014 in Kraft gesetzt. Diese Änderungen dienten teilweise ebenfalls der Neustrukturierung des Asylbereichs; ich denke vor allem an die Einführung einer Vorbereitungsphase oder die ganze oder teilweise Finanzierung von Administrativhaftplätzen für Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht durch den Bund.

Am 3. September letzten Jahres schliesslich hat der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des heute vorliegenden Gesetzes dem Parlament überwiesen. Sie sehen an dieser Chronologie, dass die heutige Vorlage zur Neustrukturierung des Asylbereichs bereits eine sehr lange und komplexe Vorgeschichte hat. Bereits seit drei Jahren laufen seitens des Bundes in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen intensive Umsetzungsarbeiten zur Neustrukturierung. Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang gerne daran, dass die Kantone, Städte und Gemeinden die Grundzüge der Neustrukturierung des Asylbereichs anlässlich zweier nationaler Asylkonferenzen einstimmig verabschiedet haben. Es war für Ihre Kommission bei den Hearings eindrücklich, wie viele lobende Worte die Hearing-Teilnehmer für den Prozess und den Werdegang hatten, die zu diesem Gesetz geführt haben. Es war unserer Kommission dann umgekehrt auch wichtig, den Gemeinden und den Kantonen ans Herz zu legen, dass die Gesetzgebungsarbeit, die uns obliegt, ein wichtiger Teil ist, dass es aber nachher ebenso wichtig ist, dass die Kantone und die Gemeinden für die Umsetzung Hand bieten.

Am 6. Januar 2014 konnte der Testbetrieb im Hinblick auf die zukünftige Neustrukturierung in Zürich eröffnet werden. Dort wird seit Anfang 2014 die Wirksamkeit der neuen, getaketen Asylverfahren in quantitativer und qualitativer Hinsicht geprüft.

Wie bereits ausgeführt, gab Ihre Kommission dem Bundesrat vor vier Jahren die Leitplanken im Hinblick auf eine markante Beschleunigung der Asylverfahren vor, um den Asylbereich grundlegend neu zu strukturieren. Ihre Kommission ist denn auch am 6. September letzten Jahres einstimmig auf die Vorlage zur Neustrukturierung des Asylbereichs eingetreten und hat die Detailberatung am 30. April dieses Jahres abgeschlossen. Die bereinigte Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 6 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Ihre Kommission folgt weitgehend dem Entwurf des Bundesrates und schlägt einige Präzisierungen oder Konkretisierungen vor. Wie Sie der Fahne entnehmen können, gibt es auch vereinzelt Minderheitsanträge. In der Kommissionsberatung standen unter anderem die Stärkung der Position der Kantone und Gemeinden, die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung, die Schwankungstauglichkeit des neuen Systems sowie verschiedene Teilspekte des neukonzipierten Verfahrens wie Rechtsberatung und Rechtsvertretung im Vordergrund.

Ich komme bei den einzelnen Artikeln auf die Änderungen und Präzisierungen durch die Mehrheit Ihrer Kommission noch zu sprechen. Ich möchte nur noch festhalten, dass Ihre Kommission vorschlägt, den Kantonen und Gemeinden durch das Gesetz explizit einen frühzeitigen Einbezug bei

der Errichtung der Zentren zu garantieren. Damit soll die zentrale Stellung der Kantone und Gemeinden beim Aufbau der neuen Verfahrenszentren unterstrichen werden. Auch die Stärkung des Wegweisungsvollzugs, welcher eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Neustrukturierung des Asylbereichs bildet, war Ihrer Kommission ein wichtiges Anliegen. Erfüllt ein Kanton seine Aufgaben beim Vollzug der Wegweisung von Ausländern, deren Asylgesuch abgelehnt worden ist, nicht oder nur mangelhaft, so soll der Bund künftig daraus erwachsende Kosten den Kantonen belasten können.

Weiter beantragt die Kommission Ihrem Rat, die Verletzung der Mitwirkungspflicht durch Asylsuchende in den Bundeszentren strenger zu sanktionieren, als dies der Bundesrat vorschlägt. Gesuche von Asylsuchenden, die in einem Verfahrenszentrum des Bundes den Behörden ohne triftigen Grund während mehr als fünf Tagen nicht zur Verfügung stehen, sollen formlos abgeschrieben werden.

Mit 7 zu 4 Stimmen lehnte es Ihre Kommission jedoch ab, Asylsuchende, welche die Sicherheit und Ordnung innerhalb und ausserhalb eines Verfahrenszentrums erheblich stören, zwingend in besonderen Zentren und einem zugeteilten Rayon unterzubringen. Wir werden noch darauf zu sprechen kommen, nämlich bei der Beratung eines Einzelantrages und eines Minderheitsantrages.

Des Weiteren war es Ihrer Kommission wichtig, dass der Schwankungstauglichkeit im Rahmen der Neustrukturierung vermehrt Rechnung getragen wird und dass die bewilligungslose Nutzung von Bauten oder Anlagen des Bundes zur Unterbringung von Asylsuchenden gegenüber dem Entwurf des Bundesrates zwecks einer flexibleren Umsetzung der Neustrukturierung erleichtert werden soll.

Eine wichtige Voraussetzung für eine rasche, aber zugleich auch seriöse und faire Prüfung der Asylgesuche ist schliesslich eine unentgeltliche Beratung und Rechtsvertretung der Asylsuchenden in den Zentren des Bundes. Ein Antrag, der dieses Kernelement der Vorlage streichen wollte, wurde mit 9 zu 2 Stimmen abgelehnt. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen.

Im Namen der Kommission bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen.

Engler Stefan (CE, GR): Auf einem so hochkomplexen Gebiet wie der Migration gibt es keine einfachen Antworten, auch nicht durch die schweizerische Asylgesetzgebung. Eine gute Asyl- und Migrationspolitik braucht aber Regeln. Faire Regeln bedeuten auch Einschränkungen und Prioritäten, damit diejenigen Schutz finden, die ihn am dringendsten benötigen.

So können wir nicht über die Neustrukturierung des Asylbereichs sprechen, ohne auf die grösseren Migrationsbewegungen nach Europa einzugehen. Im Jahr 2014 haben 625 000 Personen ein Asylgesuch in Europa gestellt. Das waren 40 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Herkunftsländer waren vor allem Syrien und Eritrea, also die Länder, welche auch bei uns an erster Stelle sind. Im Jahr 2014 stellten 23 765 Personen in der Schweiz ein Asylgesuch, und das Staatssekretariat für Migration (SEM) rechnet mit bis zu 30 000 in diesem Jahr. Die Anlandungen in Italien beliefen sich allein im letzten Jahr auf 170 000 Personen; in diesem Jahr sind bereits mehr als 40 000 Personen, vor allem aus Libyen kommend, in Italien eingetroffen. Allein im Mittelmeer sind im letzten Jahr etwa 3500 Personen ertrunken, was inakzeptabel ist und auf jeden Fall verhindert werden muss. Heute ist das Mittelmeer die tödlichste Grenze der Welt. Auf jeden Flüchtling, der es an die europäische Küste schafft, kommen unzählige, die ertrinken. Wie viele es genau sind, werden wir nie wissen.

Es darf nicht hingenommen werden, dass vor unserer Küste Menschen ihr Leben verlieren. Experten gehen davon aus, dass aufgrund der instabilen politischen Lage sowie der Konflikte im Nahen Osten und in Afrika ein weiterer Anstieg der Zahl der Asylgesuche zu erwarten ist.

Was ist zu tun? Mit den letzten Revisionen des Asylgesetzes und der Neustrukturierung des Asylwesens, über die wir heute diskutieren, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die Asylverfahren langfristig rasch und fair gestaltet werden. Die Asylpolitik wird nur dann glaubwürdiger, wenn wir mit einer effizienten und strikten Umsetzung des Asylgesetzes dafür sorgen können, dass Personen, die keine Asylgründe geltend machen können, schnell einen definitiven Entscheid erhalten und die Schweiz verlassen. Ob die vorliegende Asylgesetzrevision gelingt, hängt mitunter davon ab, wie konsequent der Vollzug durch die Kantone erfolgt. Damit ermöglichen wir es auch, dass echte Flüchtlinge und Schutzbedürftige aufgenommen werden können. Auch die Missbräuche sind konsequent zu bekämpfen. Dazu müssen die bestehenden Regelungen nur noch besser umgesetzt werden. Gegenüber straffälligen und renitenten Asylsuchenden ist Nachsicht fehl am Platz.

Genügen aber diese Massnahmen angesichts des steigenden Migrationsdrucks, vor allem aus dem Mittleren Osten und Afrika? Nein, denn die Schweiz ist nach wie vor ein attraktives Land. Wir sind den Migrationsbewegungen aus dem Süden stark ausgesetzt. Auch wenn die Zunahme der Asylgesuche in der Schweiz im Vergleich zu Gesamteuropa im letzten Jahr moderater ausfiel – plus 11 Prozent in der Schweiz, plus 35 Prozent in Europa –, müssen wir damit rechnen, dass auch in den folgenden Jahren eine beträchtliche Anzahl von Asylsuchenden zu uns kommen wird.

Wichtig ist überdies, dass wir es nicht mehr nur mit dem Migrationsdruck zu tun haben, sondern dass wir angesichts der Syrien- und Libyen-Krise auch vermehrt mit Terroristen konfrontiert sind, die nach Europa kommen.

Damit komme ich zu einem zentralen Punkt, und darüber besteht wohl Konsens: Nur eine gesamteuropäische Vorgehensweise führt zum Ziel. Deshalb sollte der Bundesrat die von der EU vorgeschlagene Agenda für Migration vom 13. Mai 2015 soweit immer möglich unterstützen. Die darin enthaltenen Schwerpunkte sind Anreize, um die irreguläre Migration zu reduzieren, Menschen zu retten, die Aussen Grenzen zu sichern und eine starke gemeinsame Asylpolitik zu betreiben. In diesem Zusammenhang interessiert mich, Frau Bundespräsidentin, was die Schweiz für Vorstellungen hat, welche Anforderungen ein künftiges Verteilungssystem erfüllen müsste, und was die Schweiz als eines der Länder, die gemessen an der Einwohnerzahl am meisten Asylsuchende aufnehmen, davon erwarten könnte. Die jeweilige Grösse, die Wirtschaftskraft und die Aufnahmekapazitäten eines Landes sind die in der EU diskutierten Parameter. Wie beurteilen Sie die Wünschbarkeit eines künftigen untereinander abgestimmten Modells der Verteilung, und nach welchen Kriterien müsste Ihnen zufolge diese Verteilung erfolgen?

Dabei ist daran zu erinnern, dass die Schweiz mit 2,68 Asylgesuchen pro 1000 Einwohner im Jahre 2013 nach Schweden und Malta und im Unterschied etwa zu Deutschland mit 1,35, Frankreich mit 1,0, England mit 0,46 und Spanien mit 0,09 zu den Ländern mit den meisten Asylgesuchen gehört. Im Weiteren glaube ich auch, dass der Bundesrat Italien vermehrt unterstützen müsste, nicht zuletzt, um die Zusammenarbeit im Dublin-System aufrechtzuerhalten. Ohne ein funktionierendes Dublin-System würde die Schweiz mit noch grösseren Problemen konfrontiert, sowohl migrations- wie auch sicherheitspolitisch. Solange keine valable Alternative zum Dublin-System vorhanden ist, muss der Bundesrat in Brüssel auf die Einhaltung dieser Regeln pochen und richtigerweise parallel dazu die Bestrebungen für einen gerechten europäischen Verteilungsschlüssel unterstützen.

Zusätzlich zu den innenpolitischen Massnahmen wie den vorgeschlagenen Massnahmen zur Beschleunigung der Verfahren und zusätzlich zur vermehrten Kooperation mit der EU im gesamteuropäischen Kontext kommt schliesslich eine weitere Forderung an den Bundesrat: Die Schweiz muss sich in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge wie auch in den Transitstaaten noch mehr engagieren. Nur wenn wir die Ursachen der Migration angehen, kann den Menschen in diesen Ländern geholfen werden und damit die irreguläre Migration bekämpft werden. Wir müssen die Ursachen der

Migration bekämpfen, nicht die Migranten. Das heisst, wir müssen unter anderem auf dem Weg von Abkommen über Migrationssteuerung und Partnerschaften noch enger mit diesen Ländern zusammenarbeiten. Die fortdauernde Instabilität, beispielsweise in Libyen, hat dazu geführt, dass der Menschenhandel vortrefflich gedeiht: Er hat sich zu einem Geschäftsmodell entwickelt, mit dem Abermillionen Dollar verdient werden. Diese kriminellen Menschenhändler schlagen Profit aus dem Elend der Menschen und gefährden deren Leben, indem sie sie in völlig morschen Booten auf die gefährliche Reise übers Mittelmeer schicken.

Fluchtursachen bekämpfen heisst aber auch, neue Handelsabkommen genau zu überprüfen, nämlich darauf hin, ob Entwicklungsländer noch weiter an den Rand drängen, indem sie Bauern und Fischern ihre Lebensgrundlagen entziehen.

Das Zwischenfazit lautet deshalb: Ja zur Neustrukturierung des Asylbereichs, Ja zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der EU, weil die Schweiz die Herausforderungen nicht alleine bewältigen kann, und ein noch grösseres Engagement der Schweiz bezüglich Schutz und Hilfe vor Ort.

Noch kurz fünf Punkte zum Gesetz, wie es uns jetzt vorliegt:

1. Die Nagelprobe, die das Gesetz zu bestehen haben wird, ist, ob es gelingt, innert nützlicher Zeit – und da meine ich drei bis fünf Jahre – die erforderlichen Verfahrenszentren und mit ihnen auch die Unterbringung landesweit und in der geplanten Grösse einzurichten. Von den Kantonen, welche unisono das neue Beschleunigungskonzept unterstützen, muss erwartet werden, dass sie sich diesbezüglich nicht mit der Zuschauerrolle begnügen, sondern sich aktiv und aufeinander abgestimmt dafür engagieren.

2. Das neueingeführte Plangenehmigungsverfahren anstelle des gewöhnlichen Baubewilligungsverfahrens mag wohl die Suche nach geeigneten Standorten für die Verfahrenszentren dadurch vereinfachen, dass die Entscheide besser koordiniert und die Baubewilligungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Solche Plangenehmigungsverfahren kennen wir aus den Bereichen der Eisenbahn, der Nationalstrasse, der Elektrizität und aus anderen Rechtsbereichen, überall dort, wo eine hohe politische Brisanz vorhanden ist und Interessenkonflikte aufeinander abzustimmen sind. Die Kehrseite der Medaille ist, dass die Bewilligungskompetenzen der Gemeinden und der Kantone auf den Bund übergehen. Ich habe mich etwas darüber gewundert, wie leicht die Kantone dafür zu gewinnen waren. Ganz entscheidend wird aber sein, dass durch das Recht der Plangenehmigung die kantonalrechtlichen Vorschriften nicht ausser Kraft gesetzt werden können und die Mitwirkungsrechte der Privaten, der Gemeinden und der Kantone gewährleistet bleiben.

3. Die Kommissionspräsidentin hat die dritte kritische Seite der Vorlage bereits benannt. Es geht um die Frage der Schwankungstauglichkeit, und bei dieser Frage geht es um zusätzliches Personal, das gegebenenfalls rasch rekrutiert werden muss, aber auch um die Unterbringungsmöglichkeiten.

4. Auch die Frage des Rechtsschutzes wird eine der Kernfragen dieser Vorlage sein. Die Frage, inwieweit es gerechtfertigt ist, den Rechtsschutz in allen drei Verfahrensarten – also im beschleunigten Verfahren, im Dublin-Verfahren und im erweiterten Verfahren – zu garantieren, kann man durchaus differenziert beurteilen. Zumindest in den Dublin-Fällen liesse sich mit guten Gründen auch eine andere Lösung finden.

5. Zu guter Letzt ist es mir noch ein Anliegen, auf die Verletzlichkeit der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden kurz zu sprechen zu kommen. Ich halte es für wichtig, dass man sich dieses Problems jetzt erstmals in der Asylgesetzgebung annimmt, weil ich davon überzeugt bin, dass bei diesen Jugendlichen, die die lange Flucht ohne Begleitung auf sich nehmen und dann bei uns landen, den Staat im Vergleich mit anderen Asylsuchenden eine höhere Fürsorgepflicht trifft.

Ich bitte Sie deshalb auch, auf die Vorlage einzutreten.

Abate Fabio (RL, TI): Wie es von der Kommissionspräsidentin schon ausführlich dargestellt worden ist, sieht diese Revision des Asylgesetzes vor, Asylverfahren rascher und rechtsstaatlich fair durchzuführen. Für Asylgesuche, für die es keine weiteren Abklärungen braucht, ist ein beschleunigtes Verfahren vorgesehen.

Ich bitte Sie schon jetzt, in der Detailberatung der Mehrheit der Kommission zu folgen. Aber die GesamtAbstimmung der Kommission erfolgte am 30. April dieses Jahres, als die dramatischen Ereignisse der letzten Woche, wenige Kilometer von unserer südlichen Grenze entfernt, noch kein Thema waren.

Nationale Lösungen und damit die internen gesetzlichen Normenapparate im Asylbereich können nur gut funktionieren und umgesetzt werden, wenn der Grundsatz der internationalen Kooperation in Europa respektiert wird, doch heute schützen wichtige Länder in der EU nur die eigene territoriale Hoheit. Die Situation in Italien ist einfach explosiv, Italien kann nicht lange allein durchhalten.

Ich nutze diese Debatte, um zwei Fragen zu stellen: Können wir einen Beitrag dazu leisten, dass diese Kooperation wieder effektiv und effizient werden kann, oder ist das eine Illusion? Und welche Massnahmen haben Sie vorgesehen, Frau Bundespräsidentin, falls Italien einfach aufgibt?

Cramer Robert (G, GE): L'objet essentiel de la révision législative que nous traitons, c'est d'accélérer les procédures d'asile. C'est un objectif qui n'est pas contestable. Quel que soit le point de vue qu'on adopte, il est souhaitable que les procédures d'asile soient le plus courtes possible.

Cette accélération est d'abord éminemment souhaitable pour ceux dont la demande d'asile est fondée. Pour ces personnes, une procédure courte met fin à une situation extrêmement angoissante qui s'ajoute à des épreuves qui ont déjà été traversées avant le dépôt de la demande. Une procédure courte permet qu'un processus d'intégration commence le plus rapidement possible. Ce processus d'intégration est évidemment nécessaire pour les personnes concernées, mais également tout à fait souhaitable pour notre propre collectivité qui a un intérêt évident à ce que ses membres soient le mieux intégrés possible.

Une procédure rapide est également souhaitable pour ceux dont la demande d'asile n'est pas fondée et sera rejetée. La procédure rapide leur permet ainsi d'arrêter d'entretenir de faux espoirs et d'être rapidement fixés sur leur sort plutôt que de se trouver dans une situation précaire dans notre pays.

A ces considérations, il faut ajouter que la législation qui nous est proposée a été soigneusement préparée et a fait l'objet d'un long processus de dialogue avec les cantons.

C'est dire que malgré les très nombreuses propositions – j'en ai compté plus de 50 – déposées en commission, le projet de loi qui nous a été soumis par le Conseil fédéral n'a été que peu modifié, et lorsqu'il l'a été, ç'a été très souvent par des propositions élaborées par l'administration avec l'accord du Conseil fédéral. Cela explique aussi le résultat très clair du vote intervenu à l'issue des travaux de la commission: 6 voix contre 2 et 1 abstention.

Pour ma part, je me suis abstenu. Pourquoi cela? Parce que ce projet contient un certain nombre de modifications urgentes de la loi sur l'asile adoptées le 28 septembre 2012 lors des votations finales, et auxquelles j'étais opposé. Alors je sais bien que, le 9 juin 2013, en votation populaire, 78 pour cent des votantes et des votants ont été d'un avis différent du mien – et il faut respecter cette volonté des citoyennes et des citoyens. Je persiste cependant à considérer que le refus de l'asile aux déserteurs et que le raccourcissement d'un certain nombre de délais de recours sont des mesures qui sont tout à la fois injustifiées et inefficaces. Cela mis à part, il faut être conscient que le projet de modification de la législation que nous traitons repose sur un équilibre fragile. Une procédure rapide ne doit pas être sommaire. La rapidité ne doit pas devenir de la précipitation qui empêche les requérants de se faire entendre et de voir leurs demandes examinées de façon sereine. A cet égard, on ne

souignera jamais assez que plus la procédure est rapide, plus les garanties procédurales qui découlent de l'Etat de droit sont importantes et plus les moyens engagés doivent être conséquents.

Nous sommes ici dans un domaine où il est question de valeurs essentielles, qui ne prêtent ni à discussion ni à compromis, et cela explique l'importance d'une assistance judiciaire crédible, accordée dès le début de la procédure et tout au long de celle-ci. Cela exige également que des moyens suffisants soient accordés aux différents centres où seront traitées ces demandes d'asile.

En complément, je reviendrai ici sur un certain nombre d'interventions qui ont déjà été faites. Il faut souligner que la loi que nous traitons ne porte que sur une petite partie de la problématique de l'asile, et qu'elle est notamment totalement inopérante lorsqu'il s'agit des nouvelles questions auxquelles nous sommes confrontés avec les persécutions dont sont victimes de grandes populations, notamment en Afrique du Nord; les tragédies qui se déroulent actuellement, notamment en Méditerranée, et dont nous sommes les témoins, exigent des réponses dont ce projet de loi ne traite pas, alors qu'il est indispensable que notre pays s'engage dans la mesure de ses moyens et conformément à sa tradition humanitaire.

Cet engagement passe d'abord par une aide sur place, pour soulager les pays de premier asile, et pour permettre que les camps de réfugiés répondent à des standards minimaux en matière d'assistance. Ainsi, on évite aussi que des réfugiés soient amenés à demander l'asile loin de leur pays, loin de leur culture, sur un autre continent. C'est là l'objet du postulat 15.3026 que Monsieur Eder a déposé et que nous examinerons demain; le Conseil fédéral a d'ores et déjà indiqué qu'il l'acceptait et il faut lui en être reconnaissant.

L'engagement de notre pays implique également le rétablissement des procédures pour des demandes déposées dans les ambassades, de façon à éviter de périlleux voyages à la merci de toutes sortes d'organisations criminelles. Monsieur Recordon a déposé sur ce sujet une proposition dont nous aurons l'occasion de discuter.

L'engagement de notre pays doit porter aussi sur l'organisation des secours, dont la charge ne peut reposer uniquement sur les pays côtiers. J'ai compris que Monsieur Engler s'est exprimé en ce sens, ainsi que lorsqu'il a justement posé la question au Conseil fédéral de savoir comment nous allions intervenir pour une meilleure répartition des requérants entre les pays européens. Nous connaissons d'ores et déjà l'engagement de la présidente de la Confédération dans ce domaine et l'engagement de notre diplomatie, mais nous devons être conscients que, dans le cadre d'un débat sur l'asile, ces questions sont essentielles.

Si vous me permettez encore un mot, j'ajouterai ceci: légiférer sur l'asile n'est pas légiférer sur un problème administratif, mais c'est mettre en oeuvre une politique de solidarité humaine. A plusieurs moments, dans notre histoire, nos compatriotes ont dû s'exiler pour trouver ailleurs leur subsistance. Traitons les demandeurs d'asile comme nous souhaiterions nous-mêmes être traités si nous devions nous trouver dans des situations comparables, et faisons en sorte que les procédures courtes bénéficient aussi bien à ceux qui obtiendront l'asile qu'à ceux auxquels il sera refusé.

Schwaller Urs (CE, FR): Weltweit sind 16 Millionen Flüchtlinge unterwegs und leben beziehungsweise vegetieren dahin, zum Teil unter schwierigsten Bedingungen und ohne Chance auf eine bessere Zukunft. Über 600 000 dieser eine bessere Zukunft suchenden Männer, Frauen, Kinder sind letztes Jahr in Europa gestrandet. Zwischen 25 000 und 30 000 kommen auch in die Schweiz. Das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Wir wissen alle, ob links, im Zentrum oder rechts politisierend, was in der Welt der Flüchtlingsströme abgeht. Sicher ist: Niemand wird sich später darauf berufen können, wir hätten es ja nicht gewusst.

An der Schweiz als Rechtsstaat ist es, für die in der Schweiz ankommenden Asylsuchenden rasche und faire Verfahren durchzuführen. Die Ablehnung eines Gesuches ist sowohl

unter dem Titel der Rechtssicherheit als auch unter dem Titel der Glaubwürdigkeit der Asylpolitik dann auch zu vollziehen. Das heisst, knapp und klar: Der abgewiesene Gesuchsteller hat in sein Herkunftsland zurückzukehren.

Die vorgelegte Asylgesetzrevision wird die weltweite Flüchtlingsproblematik sicher nicht beseitigen. Sie ist aber, davon bin ich überzeugt, ein richtiger und wichtiger Schritt zur Bewältigung der schwierigen Herausforderungen, zumindest auch in unserem Land. Wir werden Gelegenheit haben, in der anschliessenden Detailberatung auf die einzelnen Bestimmungen einzugehen. Ich möchte daher in dieser Eintretensdebatte nur noch kurz drei Punkte ansprechen:

1. Das schnellste und rechtlich fairste Verfahren nützt meines Erachtens nichts – ich habe es angesprochen –, wenn die negativen Entscheide nicht vollzogen werden können, weil das Herkunftsland nicht mitmachen will oder es nicht kann. Wir müssen daher weiterhin mit allen diplomatischen und finanziellen Mitteln den Abschluss von Rücknahmeabkommen und Migrationspartnerschaften unterstützen. Unsere fünf Migrationspartnerschaften mit Serbien, Bosnien, Kosovo, Tunesien und Nigeria haben sich bewährt. Wie ich festgestellt habe, sind zum Beispiel im Rahmen der Migrationspartnerschaft mit Tunesien – das war ja ein Problem-land – in den letzten zwei Jahren mehr als 1500 Personen freiwillig dorthin zurückgekehrt. Wenige mussten per Sonderflug zwangsweise zurückgeschafft werden. Das ist ein Erfolg der schweizerischen Migrationspolitik. Die Zahl neuer Asylgesuche, immer noch aus Tunesien, ist meines Wissens inzwischen auf rund 40 bis 50 pro Monat gesunken, während es noch vor einem oder zwei Jahren 350 Gesuche waren. Der erste Punkt lautet also: weiter in der Politik mit Rücknahmeabkommen und Migrationspartnerschaften!

2. Ohne Hilfe vor Ort, ohne Hilfe in den betreffenden Ländern – angefangen bei der Bekämpfung von Schleppern, bis hin vor allem zur Ausbildungshilfe und zur Hilfe für die Schaffung von Verdienstmöglichkeiten für junge Leute – wird es keine Reduktion der Flüchtlingsströme geben. Die Flüchtlinge aus diesen Ländern haben ja nichts zu verlieren. Ich habe mir überlegt: Wenn ich in einem dieser Länder wohnen würde, brähe ich ebenfalls in Richtung Norden auf, um vielleicht die Chance auf eine bessere Zukunft zu haben. Hilfe vor Ort leisten zu können bedingt, dass die Entwicklungshilfe – darum spreche ich es an – gezielter eingesetzt wird, aber sicher auf dem Niveau von 0,5 Prozent des BIP. Ich selber habe deshalb kein Verständnis dafür, wenn nun gefordert wird – wie in den letzten Tagen zu lesen war –, die Entwicklungshilfe sei stark zurückzufahren, sie sei gerade auch völlig losgelöst von der ganzen Asylproblematik. Kein Verständnis dafür habe ich vor allem, wenn diese Forderung aus Kreisen und von Leuten kommt, welche Ausländer als die Ursache allen Übels hier in der Schweiz sehen.

3. Ob man es will oder nicht, es gibt auch in diesem Dossier keine Lösung ohne Europa, keine Lösung ohne Zusammenarbeit mit der EU bzw. mit allen oder einzelnen EU-Staaten. Gefordert ist hier sicher der gesamte Bundesrat und dann auch das Parlament. Ohne Klärung unserer Beziehungen zu Europa gibt es meines Erachtens keine eigene schweizerische Lösung der Asylproblematik. Wir sind hier auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, dass wir uns einigen und die gleiche Sprache wie das übrige Europa sprechen. Wer die Asylprobleme, die ohne Zweifel in den nächsten Jahren noch anwachsen werden, nicht bloss bewirtschaften will, muss deshalb auch bereit sein, das Dossier über den bilateralen Weg oder generell über die Regelung der Beziehungen zu Europa zu bearbeiten bzw. hier konstruktiv an Lösungen mitzuarbeiten. Ich bin überzeugt: Ohne Europa gibt es keine Lösung der Asylproblematik. Ich bin klar für Eintreten.

Stöckli Hans (S, BE): Es ist sehr erfreulich, als fünfter Sprecher nach der Kommissionsprecherin sagen zu können, dass ich mich allen Aussagen meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschliessen kann. Das bedeutet, dass sich die Kommission sehr ernsthaft mit diesem doch ganz zentralen Aufgabenbereich auseinandergesetzt hat.

Herr Kollege Schwaller hat gesagt, 16 Millionen Personen seien auf der Flucht. Ich habe eine Zahl, die sogar auf 51,2 Millionen steigt. Jedenfalls ist es so, dass seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr so viele Menschen auf der Flucht gewesen sind wie heute. Das zeigt doch, wie dramatisch die Situation ist, auch was Europa anbelangt. Ich glaube, dass hier entscheidend ist, dass wir unsere Tätigkeiten mit den europäischen Staaten unter Einhaltung der Dublin-Abkommen konzertieren.

Da möchte ich die Bundespräsidentin Folgendes fragen: Wie können wir unseren Einfluss geltend machen, damit die Verteilungsschlüssel definiert und auch angewendet werden, damit die Frage der Botschaftsgesuche gesamthaft diskutiert wird, damit auch die Beratungsmöglichkeiten gestärkt werden? Wie können wir unseren Einfluss geltend machen, damit insbesondere auch die bestehenden Gesetze durchgesetzt werden können, wodurch der Rückhalt in der Bevölkerung, eben durch den Vollzug der Gesetze, gestärkt werden kann? Ich denke, dass diese Vorlage für eine Asylgesetzrevision – es ist die dritte in dieser Legislatur – bei Ihren Diskussionen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen dienlich sein wird.

Es ist nicht so, dass die Schweiz das Zielland aller Flüchtlinge ist, wie das oftmals behauptet wird, im Gegenteil: Seit fünfzehn Jahren liegt der Anteil der Schweiz an den in Europa gestellten Asylgesuchen bei tiefen 3,8 Prozent. Das bedeutet, dass die Massnahmen zum Teil schon gegriffen haben und es nicht so ist, dass die Schweiz als alleinige Insel für diese Flüchtlinge zur Verfügung steht.

Die Vorlage ist eine vertretbare, glaubwürdige und sich im Gleichgewicht befindende gesetzliche Grundlage. Wir kommen unserer humanitären Verpflichtung nach, indem wir die entsprechenden rechtsstaatlichen Asylverfahren definieren. Wir betten die ganze Rechtsgrundlage ein in die Gesetzgebung der europäischen Staaten. Wir beschleunigen die Verfahren und haben das Ziel, 60 Prozent aller Gesuche in 140 Tagen rechtskräftig entscheiden zu können. Wir kommen aber gleichzeitig auch den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung nach, indem wir Bestimmungen eingefügt haben, welche bei renitenten Asylbewerbern zum Zuge kommen. Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass wir die Effizienz steigern und auch die Wirtschaftlichkeit als Prinzip in das Verfahren hineinbringen.

Sehr eindrücklich war in der Anhörung, welcher Konsens mit den Kommunen und den Kantonen erreicht wurde. Kollege Engler hat die Frage gestellt, weshalb diese Bereitschaft so klar manifestiert wurde. Ich denke, das war deshalb, weil auch die Kantone darauf angewiesen sind, intensivst und in gutem Einvernehmen mit den Bundesbehörden zu arbeiten, zumal die jeweiligen Probleme auch bei ihnen vor Ort entstehen.

Selbstverständlich wird diese Vorlage nicht die Welt verändern, aber sie wird ein Beitrag zur besseren Bewältigung der grossen Verantwortung sein, welche wir haben, um die Probleme im Asylbereich besser zu lösen. Ich trete auch auf die Vorlage ein.

Comte Raphaël (RL, NE): Il y a quelques jours a été inauguré dans le canton de Neuchâtel un sentier didactique commémorant l'entrée en Suisse le 1er février 1871 de l'armée du général Bourbaki, entrée qui s'est faite par la commune des Verrières dans le canton de Neuchâtel. A l'époque, 87 000 personnes sont entrées sur notre territoire, et notre pays a assumé alors son devoir de solidarité. Sans doute qu'à l'époque le bien-être matériel de notre population était moindre que celui dont nous jouissons aujourd'hui. Quelques années plus tôt, c'est la Croix-Rouge qui voyait le jour, organisation qui permet à notre pays de rayonner et de concrétiser cette volonté de solidarité qui s'est toujours manifestée dans notre pays.

Si je fais cette introduction historique, c'est pour rappeler que le droit d'asile est non seulement une politique comme une autre, mais bel et bien une tradition, et que, dans le droit d'asile, s'incarnent des valeurs suisses de solidarité qu'il convient de préserver. Toute modification de notre loi sur

l'asile doit être évaluée au regard de cette tradition. Une tradition implique des responsabilités à l'endroit de notre population, des générations futures, ainsi que de celles et de ceux qui nous ont précédés et qui ont mis en place cette politique et cette tradition d'asile.

La politique d'asile doit être humaine et non pas une politique de comptable. Elle ne doit pas se résumer à des chiffres ou à des dossiers. Derrière chaque décision, il y a le destin d'êtres humains, et chacun a le droit de voir sa situation être examinée individuellement. Il n'y a pas d'accueil collectif, il n'y a pas non plus de renvoi collectif; il y a chaque fois des situations individuelles qu'il s'agit d'examiner.

Nous avons eu, il y a un peu plus de deux ans, de longues discussions sur la question de l'asile non seulement ici, mais également en dehors de l'enceinte du Parlement par le biais de la votation populaire qui a eu lieu en 2013. Nous avons eu l'occasion de poser un certain nombre de principes, de confier des mandats au Conseil fédéral. Le gouvernement a accompli sa mission en reprenant ces différents principes dans le projet qui nous est soumis et qui mérite pleinement d'être soutenu. Les orientations de la politique d'asile ont aussi obtenu l'aval de la population avec un vote massif lors du référendum sur les modifications urgentes de la loi sur l'asile.

La politique d'asile doit reposer sur plusieurs piliers fondamentaux. D'abord, c'est la tradition humanitaire, je l'ai évoquée, je n'y reviens pas.

Ensuite, il y a la lutte contre les abus. Je rappelle que la politique d'asile n'est ni une politique d'asile ni une politique migratoire. Il y a d'un côté la loi sur l'asile et de l'autre la loi sur les étrangers. La loi sur l'asile prévoit d'apporter de l'aide à des personnes qui sont persécutées dans leur pays. La politique des étrangers, elle, vise à définir quelles personnes nous sommes prêts à accepter, notamment pour des raisons économiques. C'est important de le rappeler, car souvent sont faits un certain nombre d'amalgames, ce que nous avons sans doute aussi remarqué lors du débat précédent la votation du 9 février 2014 où s'est manifestée une tendance à parfois tout mélanger entre politique d'asile, politique des étrangers et problématique des frontaliers.

Un troisième pilier me paraissant essentiel concerne l'efficacité de la procédure d'asile se concrétisant notamment par l'accélération des procédures proposée dans ce projet. Cette accélération des procédures doit présenter des avantages pour les collectivités publiques et – cela a été rappelé – pour les personnes qui sont directement concernées. Cette accélération impose de trouver un bon équilibre, notamment par le biais d'une protection juridique qui soit efficace. Accélérer les procédures sans accorder une aide juridique suffisante serait injuste et conduirait sans doute à des situations inacceptables.

Le quatrième pilier qui me paraît devoir soutenir la politique d'asile relève de la coopération internationale. Nous avons ici un problème qui dépasse largement notre pays. Par une loi nationale, nous essayons de résoudre un problème qui, par définition, est international. Il y a là sans doute un accent particulier à mettre, accent qui n'est pas apporté directement par la loi. Mais je crois qu'il est important, comme l'ont mentionné certains orateurs, d'entendre le Conseil fédéral sur la manière dont il imagine l'évolution de la situation. Il existe une pression extrêmement forte du côté de l'Italie, pression qui se reporte sur certains de nos voisins comme l'Autriche et la France. Cette situation est potentiellement explosive et il me paraît important que le Conseil fédéral puisse nous indiquer comment il envisage la suite des opérations et quelles sont les solutions possibles. En outre, la coopération internationale concerne aussi les accords de réadmission qui doivent être mis sur pied, ainsi que l'aide sur place – je n'y reviens pas, cela a été mentionné par plusieurs orateurs. Le projet du Conseil fédéral concrétise des demandes qui ont été faites par notre Parlement et qui, pour certaines, ont été avalisées par la population. Il s'agit donc d'une politique soutenue aussi par la population suisse. Il convient de la poursuivre, de la concrétiser, et je pense que nous pouvons en toute bonne conscience entrer en matière sur ce projet,

tout en ayant l'humilité d'admettre que nous n'avons pas, en Suisse, seuls la réponse aux drames humains qui ont lieu à nos portes, et qu'il s'agit de disposer d'une action coordonnée au niveau européen pour les résoudre.

Nous pouvons espérer que nous parviendrons à trouver des solutions au cours des prochains mois, même si les récentes discussions au niveau européen ne sont pas forcément extrêmement encourageantes. Cela ne signifie pas qu'il ne faille pas continuer, mais il convient véritablement de consacrer tous nos efforts à ce que nous puissions, avec nos partenaires et nos voisins, trouver des solutions à ces différents drames humains.

Niederberger Paul (CE, NW): Die Politik steht weltweit ohnmächtig vor der Flüchtlingsproblematik. Diese muss an der Wurzel gepackt werden. Die Verteilung der Asylsuchenden in Europa ist jedoch rasch zu regeln. Mit der gleichen Priorität müssten, meine ich, allerdings auch die Flüchtlingsströme eingedämmt werden. Das ist wohl eine sehr schwierige Aufgabe. Meines Erachtens befasst sich die internationale Politik mit diesem Problem zu wenig ernsthaft.

Nun komme ich zur Änderung des Asylgesetzes: Wir haben ja hier in der Schweiz zu regeln, wie wir das ganze Verfahren und die Abläufe schneller in die Wege leiten können. Meines Erachtens ist der politische Wille zur Neustrukturierung und zur Beschleunigung der Abläufe im Asylbereich vorhanden; die beiden nationalen Asylkonferenzen unter der Beteiligung des Bundes, der Kantone, der Städte und der Gemeinden bezeugen dies. Das getaktete Verfahren ist eine wesentliche Voraussetzung für die schnelleren Abläufe. Ebenfalls ist es wesentlich, dass die Abklärungen unter einem Dach stattfinden. Die konzeptionellen Überlegungen sind nicht theoretischer Art. Das Testzentrum in Zürich beweist, dass das Verfahren praxistauglich ist.

Es war eine Aufgabe der Kommission, den Gesetzentwurf des Bundesrates zu hinterfragen und ihn auf seine Praxistauglichkeit zu überprüfen. Das hat sie sehr gründlich gemacht. Meines Erachtens konnten wichtige Verbesserungen eingebracht werden. Auf den ersten Blick könnte das 8. Kapitel, jenes über den unentgeltlichen Rechtsschutz und die unentgeltliche Beratung, sauer aufstossen. Es ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung, um die Verfahren zu beschleunigen. Es bietet auch Gewähr, dass weniger Fälle an das Bundesverwaltungsgericht gelangen.

Damit die sechs Bundeszentren und die Ausschaffungszentren geschaffen werden können, braucht es die entsprechende Akzeptanz der Bevölkerung. Man stellt aber immer wieder fest, dass Vorurteile gegen solche Zentren bestehen. Wie die aktuelle Situation zeigt, schwankt die Anzahl Asylgesuche sehr stark. Der Kommission ist es gelungen, da eine pragmatische Lösung zu finden, indem vorübergehend militärische Anlagen und Bauten genutzt werden können. Es wurde auch ein Antrag unterstützt, wonach Kantone, welche die Umsetzung dieses Gesetzes nicht konsequent vornehmen, die bei ihnen anfallenden Kosten nicht durch den Bund entschädigt erhalten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der Vollzug in den Kantonen bisher unterschiedlich gehandhabt worden ist.

Ich bitte Sie, auf diesen Gesetzentwurf einzutreten und ihm zuzustimmen.

Minder Thomas (V, SH): Eine Konstanz in Sachen Asylwesen ist deutlich erkennbar – jene der Inkonstanz. Der Revision 2010 lag eine Fahne mit über siebzig Seiten bei, die vor Ihnen liegende ist nicht kürzer. Seit Jahren flicken wir am Asylwesen herum, es ist eine ewige Baustelle. Reorganisation und Gesetzgebung reichen sich die Hände: Nach der Reorganisation ist vor der neuen Reorganisation. Bereits Frau Bundesrätin Metzler versuchte, Ordnung, System und Nachhaltigkeit ins Asylwesen zu bringen; ihr Schlagwort damals war «Wendepunkt». Auch bei dieser Revision spricht man vom selben Ziel wie damals.

Eine Tatsache ist, dass die Asylzahlen, die Dauer der Behandlung der Gesuche und die damit verbundenen Kosten in all den Jahren nicht gesunken sind, sondern im Gegenteil

geradezu explodiert sind und ständig zunehmen. Sie werden auch in Zukunft nicht abnehmen, unser Land ist und bleibt viel zu attraktiv. Hinzu kommt, dass die schon Angekommenen eine Sogwirkung, also eine anziehende Wirkung, auf neue Bewerber haben. In der Regel gehen Asylsuchende dorthin, wo sich schon Landsleute befinden. Trotz Hunderter von Vorstössen und Anträgen, dringlicher Änderungen im Gesetz und einer Volksabstimmung – alle in derselben Legislatur – wurde das Fass mit all seinen Löchern nicht repariert. Es schleckt keine Geiss weg, dass wir alle, ob Parlamentarier, die Verwaltung oder der Bundesrat, seit Jahren gleichsam mit der Werkzeugkiste herumlaufen und versuchen, das lecke Asylwesen zu flicken.

Für mich ist der Unmut in der Bevölkerung gegenüber dem heutigen System verständlich. Das zeigt sich klar am hohen Ja-Anteil von 79 Prozent beim letzten Urnengang zur Asylgesetzrevision. Das Volk erwartet Verschärfungen, das war die Message der letzten Abstimmung; sie sollte uns eigentlich bei dieser Vorlage begleiten. Leider machen wir das pure Gegenteil. Wenn Sie die Voten des seinerzeitigen Bundesrates Blocher und von Bundesrätin Widmer-Schlumpf nachlesen, so finden Sie auch da eine Konstanz, jene der Verschärfung. Seit Jahren verschärfen wir oder – viel eher – meinen wir zu verschärfen. Ein nachhaltiges Asylkonzept ist nicht erkennbar. Wir korrigieren am Laufmeter; Kollege Stöckli hat es angetönt. Nun glauben wir, mit neuen Bundeszentren das Ei des Kolumbus gefunden zu haben.

Das Resultat dieser jahrelangen Umstrukturierungsübungen ist: Die Behandlungsdauer der Asylgesuche bis zum Entscheid ist beängstigend angestiegen. Hierzu ein paar Zahlen von 2010 bis 2014: Die Behandlungsfrist über alle Gesuche hinweg ist in diesen vier Jahren durchschnittlich von 239 auf 411 Tage angestiegen, bei positiven Entscheiden von 336 auf 503 Tage und bei Fällen von vorläufiger Aufnahme von 461 auf sage und schreibe 600 Tage. Seit Jahren geht es bei der Länge der Behandlungsfristen nur in eine Richtung, nämlich nach oben. Sogar Nichteintretensfälle gemäss Dublin brauchen im Durchschnitt 67 Tage, obschon das Computersystem Eurodac bekanntlich innert Sekunden anzeigt, ob die Person bereits ein Asylgesuch in einem anderen Dublin-Staat eingereicht hat oder nicht.

Dass man nun die viel zu langen Entscheidungsfristen verringern und die Verfahren beschleunigen will, ist so logisch wie unbestritten. Seit Jahren spricht man davon. Zu meinen, die Probleme würden einzig und allein mit nationalen Bundeszentren, einem getakteten Verfahren und einer neuen Gesetzgebung gelöst, ist zu schön, um wahr zu sein. Seit Jahren verwenden wir das Wort «Beschleunigung». Die nackten Zahlen – ich habe sie vorgelesen – zeigen die Wahrheit.

Doch es sind nicht nur die Fristen, welche uns plagen. Solange die renitenten Asylbewerber und solche, welche nicht kooperieren, nicht aus den Gemeinden weggenommen werden, wird die Stimmung beim Bürger gegenüber einem neuen Asylkonzept nicht positiver. Die Gemeindevertreter haben uns in der Kommission bestätigt, dass es kaum mehr eine Gemeinde gibt, in welcher ohne Widerstand ein Zentrum mit über 50 Betten eröffnet werden kann. Umso verständlicher ist der Aufruf der Kollegen Glättli, Grunder und Co., dass 50 000 bis 100 000 Syrer aufgenommen werden sollen. Seit Jahren plagen wir uns mit der Unterbringung herum. Die neue Reorganisation wurde auch in diesem Zusammenhang lanciert. Doch anscheinend existieren selbst in diesem Parlament utopische Vorstellungen, wie man das Asylwesen endlich nachhaltig gestalten könnte. Die vom Bundesrat geplanten, sogenannten besonderen Zentren für die renitenten Asylbewerber sind erstens viel zu klein, zweitens nicht geschlossen und drittens in bewohntem Gebiet – wo sie nicht gelegen sein müssten. Befinden sich diese in Wohngebieten oder in deren Nähe, so scheitert auch diese Konzeptidee.

Ich verstehe nicht, warum wir bei den renitenten Asylsuchenden, welche das ganze Asylwesen in Verruf bringen, nicht endlich Nägel mit Köpfen machen. Das sind doch nicht jene Personen, welche an Leib und Leben bedroht sind. Lö-

sen wir nicht endlich dieses Problem der renitenten Asylsuchenden – da schliesse ich mich den Äusserungen von Kollege Engler an –, so wird die viel ersehnte Akzeptanz in der Bevölkerung nicht kommen.

Beim Eröffnen von Zentren sind wir aber auf die Bevölkerung angewiesen. Der Chef des SEM sieht die Lösung für die Neustrukturierung in einer Zentralisierung aller räumlichen Strukturen. Dass der Testbetrieb in Zürich genau dieser Vorgabe, ja sogar der Hauptzielsetzung nicht entspricht, ist für mich nicht nachvollziehbar: Die Asylbewerber müssen dauernd mit einem Shuttlebus von der Unterkunft ins Verfahrenszentrum chauffiert werden. In der Wirtschaft würde man einem solchen Testzentrum, einem solchen Testmarkt, nie und nimmer grünes Licht erteilen. Dieser Testbetrieb in Zürich findet also nicht im Massstab eins zu eins statt. Lassen Sie sich von den positiven Zahlen in diesem Zürcher Testzentrum nicht blenden! Es ist logisch, dass diese Zahlen besser aussehen, wenn man den Asylsuchenden 2000 Franken Rückkehrhilfe anbietet statt wie bisher 500 Franken. Wir sollten uns dieser Neustrukturierung – es ist wie ein Marschhalt – und insbesondere der Folgekosten ganz sicher sein, bevor wir das Okay erteilen. Bloss zu glauben, es ginge in die richtige Richtung, genügt nicht. Diese Neustrukturierung ist zu bedeutend und mit 548 Millionen Franken Aufwand zu kostspielig, um mit einem lauwarmeren Ja lanciert zu werden. Ich habe letzte Woche daher auch nicht verstanden, warum wir beim Nachtragskredit dem Kauf eines Bundeszentrums schon zugestimmt haben, obwohl die Vorlage noch weit von der Schlussabstimmung oder einem allfälligen Referendum entfernt ist.

Ich komme zum Schluss: Die Safe-Country- und die Flüchtlingsfälle gemäss Dublin machen in der Schweiz zirka 60 Prozent aller Asylgesuche aus. Für diese sehr schnell zu entscheidenden Gesuche braucht es keine Bundeszentren. Für einen Kriegsflüchtling, welcher mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit ein Ja erhält, ist es irrelevant, ob er in einem Bundeszentrum oder in einem Gemeindezentrum ein Bett bekommt. Bei den restlichen 40 Prozent der Fälle, den sogenannten erweiterten Verfahren, ist es mehr als fraglich, ob die Bundeszentren eine Beschleunigung und eine Entlastung bringen. Warum? Weil diese erweiterten Verfahren so oder so auf die Kantone verteilt werden und dort Betten gebraucht werden. Zudem sind es gerade diese erweiterten Verfahren, welche mit den Beschwerden die ganze Verfahrensorganisation blockieren.

Ich bin für Eintreten, jedoch mit wenig Begeisterung.

Bruderer Wyss Pascale (S, AG): Welche Perspektive man auch einnimmt – sei es die Perspektive der Dramatik viel zu vieler einzelner Schicksale oder sei es die Perspektive der Komplexität der grossen migrationspolitischen Zusammenhänge –, kaum ein Thema ist so herausfordernd wie das Thema Asyl. Kaum ein Thema eignet sich vermutlich auch so stark für Polemisierungen und für eine enorme Emotionalisierung. Bei der ganzen Emotionalität dürfen wir im Moment doch auch sehen, dass es in zweierlei Hinsicht einen ziemlich grossen, einen ziemlich breiten Konsens gibt. Einerseits ist es ein Konsens, was die Problemanalyse der äusseren Situation anbelangt: Es braucht – wir haben das vielfach gehört, ich brauche es nicht zu wiederholen – europäische Lösungen, und die bessere Koordination ist auch aus Sicht der Schweiz zu unterstützen. Andererseits ist es ein breiter Konsens in Bezug auf die Problemanalyse der landesinneren Situation: Die Verfahren sind zu lang. Genau diesen breiten Konsens, den wir – trotz des Votums von soben – auch in diesem Rat spüren, wird es jetzt auch brauchen, wenn wir die Reform angehen, die uns bei diesem Geschäft vorliegt.

Es geht nicht ohne die Involvierung vieler wichtiger Akteure, insbesondere – aber nicht nur – der Kantone. In dieser Hinsicht ist es wirklich eine sehr vorbildliche Vorlage, so, wie sie aufgelegt ist. Das ist auch wichtig so, denn wir streben mit dieser Vorlage eine neue Aufgabenteilung an. Da braucht es dann wirklich auch das Getragensein, eben bis hin zum Getragensein durch die Basis, wo das Ganze dann auch umge-

setzt werden soll. Ich glaube, dass diese Vorlage ein ganz wichtiger Schritt hin zu einer glaubwürdigen Asylpolitik ist. Man kann auch sagen – ich glaube, das darf man sagen –: zu einer glaubwürdigeren Asylpolitik. Es ist in meinen Augen ein grosser Schritt, nachdem die vorangegangenen Revisionen den Weg dazu geebnet haben, vor allem die letzte Revision. Der Vorwurf, es seien viel zu viele Revisionen, sogenannte Verschärfungsrevisionen, ohne Wirkung aneinandergereiht worden, ist nicht total falsch. Ich finde aber, seit dem vorletzten Jahr gibt es eine deutliche Wende, nämlich eine Wende hin zu einer Asylpolitik, welche zwar nicht das weltweite Problem, aber die Probleme innerhalb unseres Landes an der Wurzel zu packen versucht. Eine solche Asylpolitik kann damit auch substanziell wirken – das ist meine grosse Hoffnung und meine Erwartung an diese Revision – und eben die Glaubwürdigkeit der Asylpolitik stärken.

Besonders wertvoll finde ich die Erfahrungen mit den bereits erwähnten Testverfahren, auf deren Ergebnisse wir jetzt zurückgreifen können. Ich glaube nicht, Herr Minder, dass wir uns von diesen Ergebnissen täuschen lassen. Wir haben uns in der Kommission intensiv damit auseinandergesetzt, welche Ergebnisse man übernehmen kann, von welchen man bei dieser Revision jetzt profitieren kann und wo noch offene Fragen bestehen; die gibt es bestimmt auch noch. Aber wir haben uns, wie es die Kommissionspräsidentin geschildert hat, intensiv mit den Ergebnissen dieses Testbetriebes auseinandergesetzt. Ich glaube, wir haben bei dieser Gelegenheit sehen können, welche Ideen zwar theoretisch gut sind, sich aber nicht entsprechend umsetzen lassen. Dann gibt es aber jene Ideen, die nicht nur in der Theorie gut sind, sondern sich auch in der Umsetzung bewährt haben.

Ein entscheidender Schluss aus meiner persönlichen Sicht ist, dass die Verkürzung der Fristen, die wir anstreben, ein grosser Vorteil sein wird. Das ist für alle Seiten in verschiedener Hinsicht so: asylpolitisch, auch volkswirtschaftlich. Das ist aber auch in menschlicher Hinsicht so: Wer Asyl erhält, soll das möglichst rasch wissen. So kann die Integration vorangetrieben werden. Sie kann auch gezielt unterstützt werden, sie kann auch eingefordert werden. Ich denke ebenfalls an die Bestrebungen zur verstärkten Integration auf dem Arbeitsmarkt. Wer hingegen keinen Anspruch auf Asyl hat, soll unser Land möglichst rasch wieder verlassen. Auch hier, das ist meine Überzeugung, ist mit unnötigen Verzögerungen niemandem gedient. Denn nach mehreren Jahren Ungewissheit und Warten ist der Neuanfang im Heimatland sicher nicht einfacher, sondern vielmehr noch schwieriger.

Eine weitere wichtige Erkenntnis ist aber, dass die Beschleunigung der Verfahren durch einen Rechtsschutz, durch einen Rechtsbeistand kompensiert werden muss, und zwar unentgeltlich. Ich glaube, dass dies nicht nur im Hinblick auf die Abläufe und ihre Effizienz wichtig ist, sondern, da bin ich mir sicher, dass das auch wichtig ist, damit die Verkürzung der Fristen nicht zu Nachteilen für die Asylsuchenden, zu rechtlichen Nachteilen führt. Auch hier will ich an die Erfahrungen aus dem Testbetrieb in Zürich erinnern. Sie zeigen, dass dieser Rechtsbeistand zu einer besseren Akzeptanz der Entscheide bei den Gesuchstellenden und damit zu einer geringeren Beschwerdequote führt.

Ich empfehle Ihnen, auf die Vorlage einzutreten. Es ist eine Reform, die naturgemäss – es handelt sich um ein Bundesgesetz – nicht alle migrationspolitischen Herausforderungen dieser Welt beseitigen kann. Das wird kein Land je alleine tun können. Aber es ist eine Reform, die im Asylwesen bei den entscheidenden Hebeln ansetzt, die gut und sauber in einem engen Dialog mit den relevanten Akteuren aufgegleist wurde. Und ich hoffe und erwarte, dass diese Reform endlich substanzielle Verbesserungen im Verfahren bringen wird und damit eben auch, wie eingangs erwähnt, in diesem sehr wichtigen Politikbereich Glaubwürdigkeit schaffen kann.

Föhn Peter (V, SZ): Wir sind heute wieder einmal bei einem Thema, das die Politik in den letzten Jahren ständig begleitet hat. Es ist wohl nichts Neues, dass ich diese ständigen Anpassungen und Gesetzesänderungen recht kritisch be-

trachte. Es wird hier und heute sehr viel schönegeredet. Es darf aber auch der Mahnfinger erhoben werden: Der Verwaltungsapparat – egal, wen es betrifft und ob die Aufgaben ausgelagert werden oder nicht – darf in der heutigen Zeit nicht weiter ausgebaut werden, nach dem Motto «es isch gnueg Heu dundä».

Wie oft haben wir schon Gesetzesanpassungen im Asylbereich vorgenommen, neue Ideen eingebracht? Dennoch bekamen wir das Asylwesen überhaupt nicht in den Griff. Wir haben schon sehr viel gemacht, sehr viel Zeit aufgewendet, Versprechungen abgegeben. Bis heute bin ich persönlich aber mehr oder weniger nur enttäuscht worden. Das heisst, ich habe ein Stück weit an die guten Vorsätze geglaubt, aber wir wurden dann eben massiv enttäuscht. Vor allem wenn es um die Umsetzung ging, war die Enttäuschung riesengross: Sehr oft wurden eben Versprechungen abgegeben, aber die Umsetzung war dann meist larger statt effizienter und konsequenter. Zugeständnisse wurden nach allen Seiten gemacht. Es ist ganz einfach: Ziel nicht erreicht! Nein: Ziel nie erreicht! Die Zahlen sprechen eine klare Sprache, und die Kosten sprechen eine noch klarere Sprache.

Ich bin nicht sicher, ob mit dieser Revision im Verbund mit den Kantonen und Gemeinden in der Umsetzung eine massive Verbesserung eintreten wird. Ich bin nicht sicher, ob letztendlich alle Ebenen zufriedener sein werden. Denn eines wissen wir alle hier im Saal, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Der Unmut in der Bevölkerung ist nicht klein. Auch die öffentlichen Körperschaften, welche mit der Umsetzung betraut sind, sind nicht immer glücklich. Am zufriedensten sind all jene, welche das Asylwesen als gute Milchkuh wirtschaftlich begleiten und bearbeiten und dabei nicht schlecht verdienen. Gütigerweise machen sie das noch unter dem Deckmantel des sozialen Engagements – ja bravo!

Diese nun vorgesehene Gesetzesanpassung ist jetzt aber eine Frage der inneren Organisation in der Schweiz. Mit den heute äusserst schleppenden Verfahren ist wirklich niemand zufrieden. Das kostet zudem eine ungeheure Stange Geld – Steuergeld. Es muss etwas gemacht werden. So kann es nicht weitergehen! Deshalb liegt auch kein Nichteintretensantrag auf dem Tisch. Aber um das Asylwesen in der Schweiz einigermaßen in den Griff zu bekommen, müsste man an ganz anderen Orten ansetzen: Die Attraktivität der Schweiz müsste vermindert, dem Dublin-Abkommen konsequent nachgekommen, das Schleppertum international nachhaltig verfolgt werden usw. Wir haben dazu schon einiges gehört. Aber heute geht es eben nicht um diese Angelegenheiten. Die Zahlen zeigen heute ein erschreckendes Bild.

Ich habe gesagt: Eintreten – ja. Ob ich aber der Vorlage am Schluss zustimmen kann, wird sich weisen. Bitte nicht nur schöne Versprechungen abgeben! Machen wir Nägel mit Köpfen. Es gibt doch zwei, drei Minderheitsanträge, welche wegweisend und für die Verfahren entscheidend sind.

Einerseits geht es um die Behandlung und das Zuteilen von renitenten Asylsuchenden, welche die Sicherheit der Zentren stören. Aber andererseits geht es vor allem um die unentgeltliche Rechtspflege. Wenn es mir schlechtgeht, wird mir auch nicht automatisch ab sofort ein Beistand auf Bundeskosten zur Seite gestellt. Neu soll jedem Asylsuchenden ab dem ersten Tag ein unentgeltlicher Rechtsbeistand zur Seite gestellt werden. Das kann doch nicht sein! Man hat jetzt schon Erfahrungen gesammelt. Aber wenn man ein Resultat will, kann das in der Testphase wunderbar beeinflusst werden. Ob dies aber immer so positiv bleiben wird, bezweifle ich. Auf die diesbezüglichen Minderheitsanträge werde ich in der Detailberatung zurückkommen.

So bin ich für Eintreten, denn ich will das Verfahren unbedingt beschleunigen. Meine Erwartungen sind entsprechend gross, wie auch die Erwartungen in den Standortkantonen und Standortgemeinden sehr gross sind. Ich bin nicht so sicher, ob den Standortkantonen und Standortgemeinden Hoffnungen und Versprechungen gemacht wurden, welche letztendlich nicht eingehalten werden können. Die Standortkantone und Standortgemeinden erwarten viel. Die Enttäu-

schung kann und wird dann umso grösser sein. Von den Kosten müssen wir nicht einmal sprechen.

Also trete ich mit minimaler Begeisterung auf die Vorlage zur Neustrukturierung des Asylwesens und Asylverfahrens in der Schweiz ein.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Eigentlich wollte ich mich beim Eintreten nicht äussern, aber Kollege Föhn und vor allem Kollege Minder haben mich jetzt dazu provoziert. Als ich Herrn Minder zugehört habe, ist mir das alte Sprichwort in den Sinn gekommen: Bellen kann jeder, aber besser machen ... Wir haben alle in der Kommission die Möglichkeit gehabt, unsere Beiträge zu einem besseren Gesetz zu leisten. Die Mehrheit hat diese Gelegenheit wahrgenommen. Kollege Minder, Sie hätten auch die Möglichkeit dazu gehabt.

Es stimmt einfach nicht, dass nichts passiert ist. Sie waren damals noch nicht im Rat. Wir hatten beim Amtsantritt von Frau Bundespräsidentin Sommaruga eine Vorlage auf dem Tisch, die wir zurückgewiesen haben, denn wir haben gesehen, dass das Hauptproblem unserer Asylpolitik die elend langen Fristen sind. Wenn ich in meinen Notizen blättere, dann sehe ich noch die genauen Zahlen, die wir damals auf dem Tisch hatten. Im ordentlichen Verfahren dauerte die Behandlung eines Gesuches – im ordentlichen Verfahren! – 336 Tage. Ein Verfahren mit Beschwerden dauerte 400 bis 500 Tage, in schweren Fällen 800 bis 900 Tage. Die Behandlung von Mehrfachgesuchen beim Bundesamt für Migration und beim Bundesverwaltungsgericht dauerte 5 respektive 13 Monate. Abgewiesene Asylbewerber blieben unter Ausschöpfung aller Verfahrensmöglichkeiten im Schnitt 1400 Tage. Jetzt kommen Sie und sagen, es sei nichts passiert. Das ist nicht fair, muss ich Ihnen sagen. Aber ich begreife das aus politischen Gründen: Sie wollen das Problem gar nicht anpacken, gar nicht lösen, denn wenn es gelöst ist, fällt ein grosser Teil Ihrer Politik vom Tisch. Deshalb liegt Ihnen gar nichts daran, hier Lösungen zu suchen.

Sie sagen, es sei schwierig, in den Gemeinden Standorte zu finden. Ich wohne in der Gegend von Bremgarten: Es war tatsächlich schwierig. Die Bevölkerung hat sich nicht zuletzt wegen vieler Vorurteile Sorgen gemacht. Jetzt ist diese Zeit vorbei. Wir wären nun dabei, diese Unterkunft wieder aufzulösen. Jetzt findet die Gemeinde, wir hätten dort ein Zentrum, das sich bewährt habe, man wolle es weiterführen; denn neue Zentren würden wieder genauso viele Vorurteile hervorrufen, sodass man die Bevölkerung wieder von Neuem überzeugen müsse.

Ich muss Ihnen sagen, liebe Kollegen: Ich war an der zuständigen Stelle in der Gemeinde in der Verantwortung zu einer Zeit, als es nicht 25 000 Flüchtlinge pro Jahr hatte, sondern 55 000. Mit meinem ersten Vorstoss als Grossrätin des Kantons Aargau bemühte ich mich um eine Standesinitiative, damit der Bund nicht mehr als 36 000 Flüchtlinge hereinlassen würde. Wir haben nun nicht einmal die Hälfte von damals. Was ist denn seither geschehen? Es gab nach den Kriegen in Bosnien und in Sri Lanka oder nach der Irak-Krise tatsächlich weniger Flüchtlinge; das war zur Zeit von Bundesrat Christoph Blocher. Man hat damals die Unterkünfte abgebaut. Die Gemeinden waren auch froh, das tun zu können. Doch danach wieder Unterkünfte aufzubauen ist dann sehr viel schwieriger.

Herr Kollege Minder, Sie waren mit mir im Asylzentrum in Ter Apel in den Niederlanden. Dort haben wir gesehen, wie das holländische Modell funktioniert. Es funktioniert gut, aber anders als unseres. Das Positive, die Beschleunigung, nehmen wir auf. Was wir aber nicht übernehmen: Wenn in Ter Apel eine Beschwerde negativ beantwortet wird, wird der Asylbewerber oder die Asylbewerberin einfach aus dem Zentrum entlassen – ohne irgendwelche Nothilfe, ohne irgendwelche Perspektive, ohne Unterkunft, es gibt auch keine Rückschaffung. Diese Personen «verschwinden» dann irgendwo in der Bevölkerung. Hierzu muss ich Ihnen sagen, dass ich so etwas hier in unserem Land nicht verant-

worten könnte, und zwar wegen der Kriminalität, die es bewirkt.

Sie, Herr Kollege Föhn, haben gesagt, dass der Verwaltungsapparat nicht weiter ausgebaut werden dürfe, es reiche jetzt absolut. Darf ich Sie daran erinnern, welchen Apparat wir bei der Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative aufbauen? Ein Mann, der in einen kleinen Kiosk einbrach, erhielt früher eine Busse. Neu muss diese Person ausgeschafft werden, wenn sie Ausländer ist – zuerst in ein Ausschaffungsgefängnis, was pro Tag 500 Franken kostet. Mit Ihrem Antrag zum Asylgesetz wollen Sie gar erreichen, dass jemand, der nur leicht die öffentliche Ordnung stört, gleich ins Renitentengefängnis oder in ein Zentrum kommt. Ja, meinen Sie ernsthaft, dass das gratis sei? Das ist ein Ausbau der Verwaltung.

Bei der Vorlage, die wir jetzt auf dem Tisch haben, hat mich überzeugt, wie die Kantone eingebunden worden sind. Sie erinnern sich, wie uns in der Kommission der Direktor der KKJPD überzeugt hat: Endlich wurden sie dort angehört, endlich durften sie ihre Meinungen einbringen, und sie haben gemeinsam eine Lösung gefunden, hinter der die Kantone stehen. Wir sind Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertreter. Ich achte das, dass sie diese Lösung unterstützen. Ich finde es gut, es ist aber eine grosse Herausforderung. Diese können wir nicht alleine als Land bewältigen. Da brauchen wir auch die internationale Gemeinschaft. Ich unterstütze diese Änderung des Asylgesetzes. Das Ziel ist, rasch und fair zu handeln. Zu der Rechtsberatung werde ich mich später noch einmal äussern. Ich bitte Sie mit Überzeugung, einzutreten.

Luginbühl Werner (BD, BE): Die Kommissionspräsidentin hat die Vorgeschichte der Vorlage ausführlich dargelegt. Praktisch alle sind sich einig, dass die Beschleunigung der Verfahren eine der wichtigsten und wirksamsten Massnahmen zur vernünftigen Bewältigung der Flüchtlingsströme ist. Der Einbezug von Kantonen, Städten und Gemeinden in den bisherigen Prozess darf als beispielhaft bezeichnet werden.

Der Revisionsprozess, der seit 2010 dauert, wird erschwert und belastet durch die Zuspitzung der politischen Lage nicht nur in einem, sondern in verschiedenen Ländern. Stichworte: Krieg, Instabilität, Terrorismus, zunehmendes Wohlstandsgefälle. Dadurch kommen mehr Flüchtlinge, nicht nur nach Europa, sondern auch in die Schweiz. Es ist das Normalste der Welt, dass neue Herausforderungen auch mit neuen oder zumindest modifizierten Lösungen angegangen werden müssen. Es ist nicht wegzudiskutieren, dass zu viele Leute ohne ausreichenden Asylgrund, die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge, unser System belasten. Aber auch dort helfen uns Schlagworte wie Asylstreik oder Asylmoratorium nicht weiter, weil wir ja irgendwie herausfinden müssen, wer Wirtschaftsflüchtling ist und wer ein echter Flüchtling ist. Flüchtlingslager nahe bei den Krisengebieten scheinen mir prüfenswerte Vorschläge. Da die Schweiz aber solche Lager kaum im Alleingang errichten kann, sind wir auf internationale Zusammenarbeit angewiesen. Dublin-Bashing ist im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik auch recht beliebt. Das Dublin-System weist Mängel auf, denn es wurde nicht für Extremsituationen konzipiert, wie wir sie heute haben. Das Dublin-System wird auch nicht in allen Ländern konsequent angewendet, und das ist noch fast das grössere Problem als seine Konzeption. Das Dublin-System kann aber weiterentwickelt werden. Ob aller Mängel darf nicht vergessen werden, dass es für unser Land insgesamt deutlich mehr Vorteile als Nachteile hatte; das sehen alle, die sich nicht mit der Bewirtschaftung des Themas befassen, sondern näher hinschauen.

Es ist problematisch, der Bevölkerung vorgaukeln zu wollen, dass es für diese riesengrossen Probleme einfache Lösungen gibt. Letztendlich gilt es, sich ab und zu einzugestehen, dass gewisse Probleme nicht lösbar sind; dass man gewisse Probleme nicht oder zumindest nicht vollständig in den Griff bekommen kann; dass das Flüchtlingsproblem Teil des Preises ist, den wir für unseren Wohlstand bezahlen. Das ändert nichts daran, dass wir, wenn wir eine Asylpolitik wollen, die

auch in der Bevölkerung Akzeptanz findet, eine konsequente Asylpolitik betreiben und Missbräuche konsequent bekämpfen müssen.

Die Behörden, die sich mit dem Thema Asyl befassen – die Behörden auf allen Ebenen, aber eigentlich vor allem jene auf der Ebene der Kantone und der Gemeinden –, bewältigen eine ausserordentlich schwierige Aufgabe. Es gibt für eine Gemeindepräsidentin kaum eine schwierigere Aufgabe, als vor ihre Gemeindeversammlung hinstehen und ihr verkünden zu müssen, dass bei ihnen ein Asylzentrum errichtet wird. Ich habe gesehen, wie das in meiner Nachbargemeinde verlief.

Wir, die wir als Bundesgesetzgeber relativ weit weg vom Ganzen sind und aus der Ferne regeln, haben zwei Möglichkeiten: Wir können diesen Behörden auf Kantons- und Gemeindeebene den Rücken stärken, oder wir können ihnen mit unrealistischen Forderungen die Aufgabe zusätzlich erschweren. Ich meine: Das Erste ist das Mindeste, was wir als Bundesparlamentarier beitragen müssen.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Bischof Pirmin (CE, SO): Von all den Asylgesetzrevisionen, die wir in den letzten – ich möchte bald sagen: – Jahrzehnten gemacht haben, ist diese hier wahrscheinlich die am meisten Erfolg versprechende. Es ist eine einfache Revision – eine ganz einfache! –, aber eine mit einem ganz neuen Grundgedanken. Man geht mit dem Grundgedanken in die Revision, dass die Verfahren, so, wie sie bestehen, beschleunigt werden sollen. Wir haben rechtsstaatliche Verfahren, und die Grundidee ist schlicht und einfach die, dass sie nur schneller ablaufen müssen. Dafür sorgt diese Revision auf eine sehr effiziente und auch gerechte Weise.

Dem Flüchtlingselend in dieser Welt kann die Schweiz alleine nicht begegnen, aber sie hat verschiedene Möglichkeiten. Sie hat die Möglichkeit, auch in diesem Bereich ein Stück Rechtssicherheit zu schaffen, was wir ja wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch immer anmahnen. Ein Land bietet keine Rechtssicherheit, wenn es zwar Regeln hat, aber das Durchsetzen dieser Regeln Jahre dauert. Es gibt in diesem Bereich sogar einzelne Verfahren, die über zehn Jahre gedauert haben. Ein langsamer Staat ist kein gerechter Staat. Ein schneller Staat ist ein gerechter Staat. Sie schaffen Rechtssicherheit, wenn der potenzielle Flüchtling, der Mensch, der in die Schweiz kommt, weiss, dass über seine Rechtsposition rasch entschieden wird. Das hat für den Flüchtling, der die Voraussetzungen erfüllt, den Vorteil, dass er rasch weiss, dass er als Flüchtling hier sein und hier bleiben darf. Es hat auch den Vorteil, dass derjenige, der in die Schweiz kommt und weiss, dass er die Voraussetzungen als Flüchtling hier nicht erfüllt, auch weiss, dass schnell entschieden wird, dass er hier kein Bleiberecht hat.

Ein schnelles Verfahren ist grundsätzlich einmal ein gerechtes Verfahren. Es darf aber nicht zu einem oberflächlichen Verfahren werden. Deshalb sind die Voraussetzungen in der Gesetzgebung sehr exakt zu regeln. Der Rechtsschutz muss gewährleistet sein, und die finanzielle Unterstützung während dieser nun sehr kurzen Verfahrenszeit muss gewährleistet sein.

Die Organisation, die hier vorgesehen wird, orientiert sich ja an ausländischen Modellen, namentlich am erwähnten holländischen Modell. Diese Modelle haben sich wesentlich besser bewährt als bürokratische Modelle, die für Rechtsanwälte jahrzehntelange Verfahren kreieren – ausser den Rechtsanwälten profitiert eigentlich fast niemand davon.

Ich glaube, diese Vorlage verdient es, dass wir auf sie eintreten. Und sie verdient es, dass wir sie als ernsthafte und zukunftsgerichtete Revision ansehen.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Es ist mir ein Anliegen, noch einmal kurz auf die Atmosphäre einzugehen, die wir in der Kommission anlässlich der Beratung dieser Gesetzgebung hatten: Sie war sehr konstruktiv. Ich bin darum ein bisschen erstaunt über die Heftigkeit der Kritik an dieser Vorlage heute hier im Saal. Uns allen war und ist bewusst, dass auch diese Gesetzgebung nicht einfach eine

perfekte Lösung bringt, dass diese Fragen vielleicht nie mit wirklichen Lösungen beantwortet werden können, aber dass wir doch mindestens Wege suchen müssen, um Missstände oder un gute Zustände, die wir im heutigen System realisieren, zu ändern.

Ich habe es in meinem Eintretensvotum gesagt: Unsere Kommission, die SPK, hat dem Bundesrat vor vier Jahren den Auftrag für diese Gesetzgebung gegeben. Der Inhalt dieser Gesetzgebung wurde anhand von wichtigen Pfeilern schon vor vier Jahren definiert. Die Zentren des Bundes waren ein solcher Pfeiler, mit dem diese Prozesse eben an einem Ort und damit auch beschleunigt ausgeführt werden können. Wir hatten aber als ebenso wichtigen Punkt festgehalten, dass wir einen umfassenden und kostenlosen Rechtsschutz möchten, damit eben auch die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden könnte. Jetzt diese Gesetzgebungsarbeit einfach so zu zerpfücken, keinen guten Faden daran zu lassen, scheint mir doch eher eine Bewirtschaftung des Unmutes und ein Versuch, in diesem Bereich unserer Arbeit einfach auch gar nichts Gutes entstehen lassen zu können.

Betreffend die Kritik, dass der Unmut in der Bevölkerung so unendlich gross sei, erlaube ich mir als Zürcherin jetzt doch noch, darauf hinzuweisen, dass wir an diesem Wochenende eine Abstimmung hatten, bei der es um die Härtefallkommission im Asylbereich ging. Es gab eine Volksinitiative, die diese Härtefallkommission abschaffen wollte. Zwei Drittel der Zürcher Bevölkerung wollten diese Härtefallkommission nicht abschaffen. Wäre der Unmut dermassen generell und gross, dann wäre dieses Resultat nicht zustande gekommen.

Das heisst, die Bevölkerung sieht, dass wir uns bemühen, dass die Behörden sich bemühen in den Gemeinden, in den Kantonen, auf Bundesebene: Es ist ein Bemühen, menschliche, tragfähige Lösungen zu finden, die auch den Bedürfnissen unserer Bevölkerung entsprechen. Selbstverständlich gibt es nicht nur die Bedürfnisse der Asylsuchenden, es gibt auch die Bedürfnisse unserer Bevölkerung. Aber bemühen wir uns alle redlich darum, Schritt für Schritt immer wieder Lösungen zu finden und sie umzusetzen!

Das Klima in unserer Kommission war sehr gut. Wir hatten eingehende, tiefeschürfende Diskussionen. Die meisten Mitglieder haben sich die Zeit genommen, diesen Pilotbetrieb einmal anzuschauen. Leider war es nicht allen möglich – ein solcher Besuch hätte heute vielleicht zu ein bisschen differenzierteren Voten führen können.

Ich bitte Sie im Namen der Kommission, auf diese Vorlage einzutreten und dann die Diskussionen zu den, sage ich einmal, zwei, drei wirklich noch umkämpften Positionen zu führen. Aber diese Vorlage, die von den Gemeinden, von den Kantonen und vom Bund in einem eindrücklichen Prozess erarbeitet worden ist, der auch von allen drei Ebenen getragen worden ist, verdient wirklich ein wohlwollendes Klima und eine Diskussion, die zu Lösungen führt.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Herr Ständerat Comte hat gesagt, wir sollen diese Vorlage mit Demut behandeln. Es ist eine wichtige Vorlage, aber sie löst nicht alle Probleme. Ich glaube, Demut ist die richtige Haltung in der Flüchtlingspolitik. Es gibt nämlich in der Flüchtlingspolitik kein Ei des Kolumbus. Solange es Kriege gibt – und es gibt viele Kriege, auch an den Rändern Europas, ganz nahe, auch nahe bei der Schweiz –, solange es Hungerkatastrophen gibt, solange es Perspektivlosigkeit gibt, solange es Verfolgung gibt wegen politischer Überzeugung, solange es Folter gibt, so lange wird es auch Flüchtlinge geben, so lange wird es auch Migration geben. Ich denke, mit dieser Haltung sollten wir diese Vorlage beraten.

Ich habe letzte Woche alt Bundesrat Koller getroffen. Er hat mir gesagt, er hätte diese Stossrichtung in der Vorlage, wie wir sie hier haben, damals auch versucht, als er im gleichen Departement Vorsteher war, dem ich heute vorstehe. Ein Erfolg sei damals aber nicht möglich gewesen, weil die Zusammenarbeit mit den Kantonen in dieser Form nicht zustande gekommen sei. Ich muss Ihnen sagen, ich bin sehr dankbar

für die ausserordentlich gute Zusammenarbeit mit den Kantonen, mit den Gemeinden, mit den Städten. Denn diese Arbeit, nicht nur die Gesetzesarbeit, sondern auch die tägliche Umsetzung in dieser schwierigen Thematik, machen Sie in unserem Land nur zusammen mit den Kantonen, den Gemeinden und den Städten.

Die Kommissionssprecherin hat es gesagt: Diese Vorlage war eigentlich ein Auftragswerk von Ihnen. Sie haben uns damals den Auftrag gegeben zu schauen, was im Asylbereich eigentlich gut und was nicht gut läuft. Wir haben damals festgestellt, dass Asylverfahren lange dauern, viel zu lange dauern, und wir haben festgestellt – wir waren uns einig, auch Ihre Kommission, Ihr Rat war einstimmig dieser Meinung –, dass lange Asylverfahren ineffizient, teuer und unmenschlich sind. Deshalb haben wir uns damals international umgeschaut und uns gefragt: Wer macht das anders, wer macht das besser? Herr Ständerat Bischof hat es gesagt: Wir sind auch fündig geworden. Selbstverständlich konnten wir nicht einfach tel quel von einem anderen Staat das Modell übernehmen, aber wir haben gelernt, wir haben geschaut, was andere besser machen. Wir sind der Meinung, dass es eben für die Glaubwürdigkeit des Asylwesens wichtig ist, dass Verfahren möglichst rasch entschieden werden können, damit jene, die Schutz bekommen und hierbleiben, sich möglichst rasch integrieren können, sich in den Arbeitsmarkt integrieren können, und dass diejenigen, die nicht hierbleiben können, weil sie den Schutz nicht brauchen, unser Land wieder verlassen müssen.

Ich habe es gesagt, das Asylwesen ist eine Verbundaufgabe, und diese Vorlage wurde in sehr enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erarbeitet. Die zwei nationalen Asylkonferenzen wurden von Ihnen bereits erwähnt. Es gab dort gemeinsame Erklärungen, die einstimmig – einstimmig! – von sämtlichen Kantonsvertreterinnen und -vertretern unterstützt wurden. Auch die Städte- und Gemeindeverbände waren dabei. Wir haben auch immer wieder die Zivilgesellschaft mit einbezogen, weil sie in unserer Asylpolitik eine ganz wichtige, eine zentrale Rolle spielt, um eben auch den Menschen, die zu uns kommen, menschlich begegnen zu können.

Parallel zu diesem Prozess haben wir aber auch Massnahmen umgesetzt, die ohne gesetzliche Änderungen möglich waren. Ich erinnere Sie an die Einführung des 48-Stunden-Verfahrens im Jahr 2012 für verfolgungssichere Staaten des Westbalkans sowie für Kosovo und Georgien. Wenn Sie die Zahlen anschauen: In Deutschland kommt rund die Hälfte der Asylgesuchsteller aus dem Westbalkan und aus Kosovo. Bei uns sind diese Zahlen massiv zurückgegangen. Wir haben gesagt: Wer aus einem verfolgungssicheren Staat stammt, muss wissen, dass er in unserem Land kein Asylgesuch stellen soll. Um das auch aufzuzeigen, haben wir gesagt: Wir können innerhalb von 48 Stunden entscheiden. Dann kommt man nicht hierher, um ein Asylgesuch zu stellen und ein bisschen zu warten oder den Winter hier zu verbringen. Diese Menschen müssen wissen: Dafür ist unser Asylsystem nicht da.

Wir haben auch im Jahr 2012 entschieden, dass wir Mehrfachgesuche bei Dublin-Fällen nicht mehr akzeptieren. Wir haben für gewisse Staaten, wo das möglich war, ein Fast-Track-Verfahren eingeführt. Das Ziel war immer das gleiche, dass nämlich offensichtlich unbegründete Asylgesuche unser Asylsystem nicht mehr belasten sollen. Ich habe es vorher gesagt: Das hat Wirkung gezeigt. Wir haben bis heute einen beträchtlichen Rückgang von offensichtlich unbegründeten Asylgesuchen. Das zeigt, dass dieser Weg richtig war. Wir haben damals ins dringliche Massnahmenpaket, also bei der letzten Asylgesetzrevision, ebenfalls Elemente aufgenommen, die der Beschleunigung von Asylverfahren dienlich sind, immer bei Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit. Ich glaube, das zeigt, dass in den letzten drei Jahren viel passiert ist, vor allem immer mit der gleichen Stossrichtung.

Heute machen Sie nun den nächsten, wichtigsten Schritt, indem Sie die Vorlage zur Neustrukturierung behandeln. Nun, ganz kurz: Was beinhaltet diese Neustrukturierung?

Am übergeordneten Ziel ändern wir nach wie vor nichts. Wir sind seit Jahren immer mit der gleichen Stossrichtung kohärent: Menschen, die Schutz brauchen, sollen in unserem Land Schutz bekommen. Wer keinen Schutz braucht, muss unser Land verlassen. Das heisst, dass wir das Ziel nicht ändern. Was sich aber ändert, ist, dass die Asylverfahren viel stärker mit kurzen Fristen strukturiert sind. Damit diese kurzen Fristen eingehalten werden können, müssen eben alle Akteure vor Ort sein. Die Behörden, die Dolmetscher, die Rechtsvertreter – alle müssen nahe beieinander sein. Die Fristen werden nicht nur für das Asylverfahren gekürzt, sondern auch für die Beschwerden, denn die beschleunigten Verfahren sollen insgesamt nicht mehr länger als 140 Tage dauern.

Es ist klar, dass bei dieser Beschleunigung auch die Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden soll. Es gibt aber auch eine praktische Seite: Wenn es viele Beschwerden gibt und wenn diese Beschwerden beim zuständigen Gericht dauernd gutgeheissen werden, dann haben wir keine Beschleunigung mehr. Wenn man dann die Hälfte oder drei Viertel der Asylgesuche noch einmal anschauen muss, nützt uns die ganze Beschleunigung im Verfahren nichts mehr. Auch deshalb brauchen wir diesen Rechtsschutz. Wir wollen die Qualität, damit nachher auch bei der richterlichen Überprüfung klar gestellt ist, dass die Qualität stimmt, und damit wir dort nicht viele Entscheide haben, bei denen die Beschwerden gutgeheissen werden.

Deshalb brauchen wir auch diese Rechtsvertretung, und zwar vom ersten Tag an. Der Rechtsvertreter kann dem Asylsuchenden seine Rechte und seine Pflichten aufzeigen; er kann ihm das Verfahren erklären, das dient auch der Glaubwürdigkeit der Verfahren. Es ist auch menschlich wichtig: Jeder Asylsuchende weiss dann, was auf ihn zukommt. Stellen Sie sich vor, Sie stellen übermorgen in Somalia ein Asylgesuch: Sie verstehen die Sprache nicht, Sie können die Schrift nicht lesen, Sie kennen das Rechtssystem nicht, und Sie haben dort jemanden, der Ihnen sagt, was jetzt auf Sie zukommt. Ich denke, das hilft Ihnen. Es ist jemand, der Ihnen aber auch sagt: «Leg alle Tatsachen auf den Tisch, bleib ehrlich. Wenn du jetzt nicht alles auf den Tisch legst, dann wirst du später vielleicht zurückgewiesen oder ausgewiesen. Es lohnt sich eben, alles auf den Tisch zu legen.» Ich glaube, das ist auch eine Aufgabe der Rechtsvertretung, die so wahrgenommen werden kann.

Ich werde ganz kurz sagen, wie das Verfahren in Zukunft aussehen soll. Es gibt eine Vorbereitungsphase von maximal drei Wochen, in welcher alles gesammelt werden soll, was nötig ist, um nachher das Verfahren durchzuführen, also Fingerabdrücke, Identitätsdokumente, medizinische Untersuchungen. Nachher geht es mit dem sogenannten getakteten Verfahren schnell: die Anhörung, die Stellungnahme zum Entscheid und der Entscheid – all das passiert innerhalb von acht Arbeitstagen. Das geht aber wie gesagt nur, wenn alle Akteure vor Ort sind. Wir rechnen erfahrungsgemäss damit, dass rund 60 Prozent aller Asylgesuche mit diesen raschen Verfahren durchgeführt werden können, inklusive der Dublin-Fälle. Wenn weitere Abklärungen nötig sind, soll auch ein erweitertes Verfahren stattfinden, das maximal zwölf Monate dauern soll. Dann werden auch die Asylsuchenden auf die Kantone verteilt, und sie haben einen Anspruch auf eine Beratung und eine Rechtsvertretung, aber nur noch für entscheidungswesentliche Verfahrensschritte.

Wenn wir 60 Prozent aller Asylgesuche in der Zuständigkeit des Bundes durchführen wollen, brauchen wir entsprechende Unterbringungsplätze. Wir haben heute unter anderem 1400 Plätze in fünf Verfahrenszentren, und wir brauchen noch zusätzlich rund 2600 Plätze. Um diese zu finden, haben wir das Plangenehmigungsverfahren vorgesehen. Heute brauchen Sie ein ordentliches Baubewilligungsverfahren, das dauert unter Umständen jahrelang. Deshalb hat auch die Asylkonferenz Ja gesagt zu diesem Plangenehmigungsverfahren, das die Kantone und Gemeinden bei ihren Mitwirkungspflichten indes nicht einfach zurückbindet. Aber die Verfahren sollen nicht mehr über Jahre hinweg hinausgezögert werden können.

Der Testbetrieb, den Sie mit der letzten Asylgesetzrevision beschlossen haben, hat uns die Möglichkeit gegeben, diese Verfahren jetzt bereits eins zu eins durchzuführen. Wir lassen diesen Testbetrieb extern evaluieren. Wir wollen schauen, ob die Qualität der Entscheidungen und die Wirtschaftlichkeit stimmen und ob die Rechtsstaatlichkeit eingehalten wird. Nach zehn Monaten haben wir die erste Evaluation gemacht und festgestellt, dass es eben sinnvoll ist, dass alle wesentlichen Akteure im Testbetrieb vor Ort sind, und dass bei den beschleunigten Verfahren diese kurze Frist eingehalten werden kann. Wir haben auch festgestellt, dass die Beschwerdequote im Testzentrum mit 15 Prozent tiefer ist als im Regelbetrieb, wo sie bei 21 Prozent liegt: Man hatte ja gesagt, wenn Rechtsvertreter anwesend seien, werde am Schluss jeder eine Beschwerde machen. Dem ist aber nicht so.

Sie haben es gehört, ein Teil Ihrer Kommission hat diesen Testbetrieb besucht. Ich habe ihn mehrmals besucht und festgestellt, dass er auch international auf Interesse stösst. Man kommt hierher, weil die Schweiz hier auch ein Stück Pionierarbeit leistet, weil sie aufzeigen kann, dass faire rasche Verfahren möglich sind. Das trägt wie gesagt zur Glaubwürdigkeit des Asylwesens bei.

Ich möchte auf einzelne Ihrer Voten eingehen, die sich vor allem auch auf die internationale Dimension der Flüchtlings- und Asylpolitik bezogen haben.

Herr Ständerat Engler hat in Erinnerung gerufen, wie die Zahlen europä- und weltweit aussehen: im letzten Jahr über 600 000 Asylgesuche in Europa – in der Schweiz waren es gut 23 000 –, in der Türkei 1 800 000 Flüchtlinge, in Jordanien, einem Land, das eine tiefere Bevölkerungszahl hat als die Schweiz, über 600 000 Flüchtlinge. Vergessen wir nicht, die weitaus meisten Flüchtlinge kommen nicht nach Europa, sie bleiben in der Region, abgesehen von den Millionen von intern Vertriebenen. Sie bleiben in den armen und ärmsten Ländern.

Deshalb ist der Bundesrat auch vollumfänglich mit Ihrer Einschätzung einverstanden: Das Wichtigste, was wir tun können und tun müssen, ist die Hilfe vor Ort. Deshalb hat der Bundesrat im März dieses Jahres die Hilfe vor Ort noch einmal aufgestockt, jetzt auch jene in der Krisenregion von Syrien. Denn er ist der Meinung: Wir müssen die Staaten in den Krisenregionen ganz direkt unterstützen. Zentral – Sie haben es auch gesagt – ist die Entwicklungszusammenarbeit. Diejenigen Menschen, die aufbrechen, weil sie keine Perspektive haben, weil sie nicht wissen, wie sie ihr Leben führen sollen, wie sie ihre Familie unterstützen können, die ihr Land verlassen, weil sie dort eben gar keine Möglichkeit haben zu überleben, brauchen eine Entwicklungsmöglichkeit in ihrem Land. Dazu soll die Entwicklungszusammenarbeit beitragen.

Es wurde erwähnt: Wir müssen auch die Ursachen bekämpfen. Ich nenne nur ein Beispiel: Wir müssen die Korruption in den betroffenen Staaten bekämpfen. Eine Initiative dazu läuft ja bereits, die auch der Bundesrat unterstützen will. Wir wissen, dass es im ganzen Rohstoffbereich massive Korruption gibt. Wenn internationale Konzerne offenlegen müssen, was sie den jeweiligen Regierungen bezahlen, kann damit ein Beitrag geleistet werden, um die Korruption zu bekämpfen. Das sind absolut zentrale Voraussetzungen.

Auch bezüglich der Frage, ob wir es schaffen, Kriege zu verhindern oder Kriege zu beenden, müssen wir mit grosser Demut sagen: Da ist wenig, viel zu wenig möglich. Aber selbstverständlich sollen wir auch bei Friedensbemühungen unseren Beitrag leisten, und da darf sich die Arbeit der Schweiz durchaus sehen lassen.

Sie haben die europäische Zusammenarbeit angesprochen. Es gibt keine nationalen Lösungen, im Gegenteil. Ich muss Ihnen sagen: Jeder Staat in Europa, der jetzt versucht, mit nationalen Massnahmen für seine Bevölkerung etwas herauszuholen, verschärft die Krise in ganz Europa. Morgen kommen in Luxemburg sämtliche Migrationsminister der Schengen/Dublin-Staaten zusammen. Ich werde ebenfalls dort sein. Wir werden dort auf politischer Ebene erstmals die europäische Migrationsagenda, die ja Mitte Mai von der Eu-

ropäischen Kommission vorgestellt worden ist, diskutieren können.

Sie haben gefragt, was für eine Position die Schweiz einnimmt. Ich rufe in Erinnerung, dass die europäische Migrationsagenda auch die Hilfe vor Ort beinhaltet, die Bekämpfung des Schlepperwesens, harmonisierte Aufnahmebedingungen in Europa. Alle Staaten müssen sich hier auf eine Harmonisierung einstellen, und die Unterschiede dürfen nicht zu gross sein, sonst gibt es eben diese Sekundärmigration innerhalb Europas. Als Sofortmassnahme muss gemäss dieser europäischen Migrationsagenda das Dublin-System gestärkt werden, indem die Solidarität unter den Schengen/Dublin-Staaten verstärkt wird. Ein erster Schritt dazu soll das Relocation-Programm sein, also ein Verteilschlüssel innerhalb Europas. Das ist etwas, was die Schweiz schon lange fordert. Jetzt liegt es konkret auf dem Tisch. Es soll eine Entlastung Italiens und Griechenlands geben. Der Bundesrat begrüsst diese Agenda. Wir begrüssen aber auch die vorgeschlagene Sofortmassnahme.

Sie haben nach den Kriterien für diesen Verteilschlüssel gefragt: Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, zu 40 Prozent das BIP der jeweiligen Länder zu berücksichtigen, zu 10 Prozent die Anzahl Asylgesuche, die im letzten Jahr gestellt wurden, zu 10 Prozent die Arbeitslosenquote und zu 40 Prozent die Bevölkerungsgrösse. Natürlich sind wir der Meinung, dass man die Anzahl der bisherigen Asylgesuche tendenziell stärker berücksichtigen sollte. Ich habe heute Morgen den bulgarischen Ministerpräsidenten getroffen. Er hätte natürlich gerne eine andere Gewichtung, die die spezielle Situation Bulgariens stärker berücksichtigt. Ich sage Ihnen voraus, dass morgen noch ganz andere Bedürfnisse angemeldet werden. Jeder schaut seine Situation an und sagt: Meine spezifische Situation muss aber besser berücksichtigt werden.

Ich kann Ihnen sagen, die Schweiz unterstützt diesen ersten Schritt zu einem Verteilschlüssel, selbst wenn es nicht möglich ist, die Anliegen von allen einzelnen Staaten zu berücksichtigen. Europa muss sich jetzt zu einem Kompromiss zusammenraufen, und selbstverständlich werden wir in der Schweiz dann schauen müssen, mit welchen konkreten Massnahmen wir ebenfalls unsere Unterstützung geben können, aber wir denken, dass es jetzt in die richtige Richtung geht. Aber Sie sehen: Diese europäische Solidarität ist nicht nur für uns eine Herausforderung, sie ist für die meisten europäischen Staaten eine massive Herausforderung. Und ganz klar ist – Sie haben auch danach gefragt, Herr Engler –, dass diese Sofortmassnahmen natürlich an Bedingungen geknüpft sind, vorab an die Bedingung, dass sich sämtliche europäische Staaten an die Dublin-Verpflichtungen halten. Und das werde ich, nicht zum ersten Mal, morgen in aller Deutlichkeit sagen: Wir erwarten von allen Staaten, dass sie ihre Dublin-Verpflichtungen vollumfänglich erfüllen, wenn dieses Relocation-Programm mit dem Verteilschlüssel erfüllt wird. So viel zur europäischen Zusammenarbeit.

Herr Abate, Sie haben gefragt, wie wir Italien unterstützen können, Italien aber auch in die Pflicht nehmen können. Ich denke, das Beste, was uns passieren kann, ist, wenn es hier eine gemeinsame europäische Initiative gibt. Die Schweiz kann Italien ihre Unterstützung selbstverständlich anbieten, aber es braucht jetzt diese europäische Solidarität, wo man wie gesagt Italien unterstützt und entlastet, aber von diesem Land auch etwas einfordert.

Herr Stöckli, Sie haben gefragt, wie wir unseren Einfluss geltend machen können. Ich denke, indem wir eben zeigen, dass wir diese europäische Migrationsagenda auch unterstützen, auch mittragen. Ich muss Ihnen aber sagen: Die Nagelprobe werden wir dann bestehen müssen, wenn es darum geht, dass auch wir uns ganz konkret einbringen. Das wird unsere Nagelprobe sein. Aber ich denke, wir haben alles Interesse daran, dass wir bei dem, was jetzt hier erstmals, muss ich Ihnen sagen, in Europa aufgegleist ist, vorwärtskommen.

Herr Schwaller, Sie haben die Glaubwürdigkeit des Asylsystems angesprochen. Ich bin mit Ihnen zu hundert Prozent

einig, wir brauchen eine konsequente Asylpolitik: Schutz für diejenigen, die ihn brauchen, Rückweisung und auch Rückführung in den Herkunftsstaat für diejenigen, die unseren Schutz nicht brauchen. Sie haben die Migrationspartnerschaften erwähnt, die Rückübernahmeabkommen. Ja, ich denke, wir haben hier gute Instrumente. Aber es braucht bei der Asylpolitik eben immer zwei: Gerade die Migrationspartnerschaften schliessen wir nur ab, wenn wir das Commitment von der anderen Seite auch haben. Aber dann engagieren wir uns, und dann haben wir – Sie haben es gesagt – auch gute, sinnvolle Resultate.

Herr Ständerat Minder, Sie haben verschiedene kritische Punkte gegen diese Vorlage angeführt. Sie sind aber trotzdem bereit, auf die Vorlage einzutreten. Ich bin froh darüber, denn ich denke, dass es jetzt nicht nur die Unterstützung in Europa braucht, sondern auch hier, in der Schweiz, braucht es diese Solidarität. Was aber nicht geht, ist zum Beispiel, einen Standort zu fordern in dem Moment, in dem wir einen Standort suchen, aber nichts anderes zu tun, als die betreffende Gemeinde dagegen zu organisieren, das heisst, alles zu tun, um diesen Standort zu bekämpfen. Da braucht es jetzt eine schweizerische Solidarität.

Sie haben kritisiert, dass wir Sie mit einem Nachtragskredit gebeten haben, bereits die Mittel für einen ersten Standort zu sprechen. Wenn wir warten und nichts tun, werden Sie uns kritisieren und sagen, dass die Standorte immer noch nicht da seien. Wenn wir Standorte suchen und entsprechend auch Kaufverträge abschliessen, dann kritisieren Sie, dass wir jetzt schon Standorte suchen würden. Ich glaube, wir tun gut daran, auf dem Weg, den wir eingeschlagen haben, weiterzugehen. Aber ich bitte Sie: Wir werden auf Ihre Solidarität, auf die Solidarität in den Kantonen und in den Gemeinden angewiesen sein; denn ohne sie kann dieses Projekt nicht funktionieren.

Herr Ständerat Föhn, Sie haben gesagt, wir sollten den Verwaltungsapparat mit diesen vielen Revisionen nicht belasten. Ich habe jetzt eine neue parlamentarische Initiative vonseiten der SVP auf dem Tisch, die mit einer Verfassungsänderung eine grundlegende Neuerung im Asylwesen verlangt. Sie werden diese parlamentarische Initiative in den Kommissionen beraten und dann schauen, ob Sie dem Bundesrat einen Auftrag geben, mit einer Verfassungsänderung wieder eine grundlegende Neuausrichtung im Asylbereich in Angriff zu nehmen.

Sie haben Ihrer Enttäuschung in Bezug auf die Umsetzung Ausdruck gegeben. Ich muss Ihnen sagen: Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Die Schweiz hat heute, gemessen an allen Asylgesuchen in Europa, den tiefsten Anteil seit fünfzehn Jahren: 2012 wurden 8,2 Prozent aller Asylgesuche in Europa in der Schweiz eingereicht; wir sind im letzten Jahr bei 3,8 Prozent angekommen. Ich bitte Sie, auch diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Ich komme zum Schluss: Herr Ständerat Bischof hat die Rechtssicherheit angesprochen. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns bewusst sind, worum es geht, wenn wir über Asylpolitik sprechen. Es geht um den Entscheid, ob ein Mensch in unserem Land bleiben kann und Schutz bekommt oder ob er unser Land verlassen muss, allenfalls auch unter Zwang, mit Zwangsmassnahmen, gegen seinen Willen. Diesen Entscheid zu fällen ist mit einer ausserordentlichen Verantwortung verbunden, und ich habe allergrössten Respekt vor unseren Mitarbeitenden im Staatssekretariat für Migration, die täglich solche Entscheide fällen müssen. Sie entscheiden, ob jemand unser Land verlassen muss und ob man riskiert, dass diese Person, wenn sie dann zurückgeführt wird, plötzlich doch wieder eingesperrt und gefoltert wird, wie wir das kürzlich in einem Staat hatten, oder ob diese Menschen dann eben tatsächlich in ihren Heimatstaat zurückkehren und sich dort wieder eine Existenz aufbauen müssen. Ich möchte, dass wir auch in Zukunft diese Entscheide mit der allergrössten Sorgfalt fällen müssen. Deshalb gehört zum schnellen Verfahren ein umfassender Rechtsschutz, damit wir sicherstellen können, dass diese Verfahren auch in Zukunft bei grossem Tempo, aber gleich-

zeitig auch mit der grössten Rechtssicherheit durchgeführt werden.

Ich danke Ihnen, dass Sie auf diese Vorlage eintreten. Ich danke Ihnen, dass Sie diese Vorlage in der Kommission mit so grosser Sorgfalt beraten haben: Die Fahne zeigt, dass Ihre Kommission sehr viel in diese Vorlage investiert hat. Ich denke, es hat sich gelohnt.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Asylgesetz Loi sur l'asile

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress; Ziff. 1 Einleitung; Ersatz eines Ausdrucks; Art. 3 Abs. 3; Art. 6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction; remplacement d'une expression; art. 3 al. 3; art. 6

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Kommission

Abs. 1 Bst. b, f

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3bis

... Weiterführung des Verfahrens. Dasselbe gilt für Personen, die den Asylbehörden in einem Zentrum des Bundes ohne triftigen Grund während mehr als fünf Tagen nicht zur Verfügung stehen. Die Gesuche werden formlos ...

Art. 8

Proposition de la commission

Al. 1 let. b, f

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3bis

... la poursuite de la procédure. Il en va de même pour le requérant qui, sans raison valable, ne se tient pas à la disposition des autorités compétentes en matière d'asile dans un centre de la Confédération pendant plus de cinq jours. Dans un cas comme dans l'autre, la demande est classée ...

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission beantragt gegenüber dem Entwurf des Bundesrates noch die Ergänzung, wonach auch Personen, die ohne triftigen Grund ihre Mitwirkungspflicht verletzen, indem sie in den Zentren des Bundes den Behörden während mehr als fünf Tagen nicht zur Verfügung stehen, auf die Weiterführung ihres Asylverfahrens verzichten, worauf ihr Gesuch formlos abgeschlossen wird.

Das ist eine Verschärfung, die Ihre Kommission vorgenommen hat.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, dass der Bundesrat sämtliche Änderungen, die Ihre Kommission vorgenommen hat, mitträgt. Diese Änderungen sind in guter Zusammenarbeit entstanden, und sie sind sinnvoll. Ich werde mich deshalb nicht mehr zu Wort melden, ausser dort, wo es Minderheitsanträge gibt.

Angenommen – Adopté

Art. 12; 12a; 13 Abs. 1–3; 16 Abs. 1, 3; 17 Abs. 3, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 12; 12a; 13 al. 1–3; 16 al. 1, 3; 17 al. 3, 4*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 19***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Recordon**Abs. 1*

Das Asylgesuch ist bei einer Schweizer Vertretung, bei der Grenzkontrolle in einem schweizerischen Flughafen, bei der Einreise an einem geöffneten Grenzübergang oder in einem Zentrum des Bundes einzureichen. Vorbehalten bleibt Artikel 24a Absatz 2.

Abs. 1bis

Streichen

Art. 19*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Recordon**Al. 1*

La demande d'asile doit être déposée auprès d'une représentation suisse, au poste de contrôle d'un aéroport suisse ou, lors de l'entrée en Suisse, à un poste-frontière ouvert ou dans un centre d'enregistrement. L'article 24a alinéa 2 est réservé.

Al. 1bis

Biffer

Art. 20*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Recordon**Abs. 1*

Die schweizerische Vertretung überweist das Asylgesuch mit einem Bericht dem Bundesamt.

Abs. 2

Das Bundesamt bewilligt Asylsuchenden die Einreise zur Abklärung des Sachverhalts, wenn diesen nicht zugemutet werden kann, im Wohnsitz- oder Aufenthaltsstaat zu bleiben oder in ein anderes Land auszureisen.

Abs. 3

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement kann schweizerische Vertretungen ermächtigen, Asylsuchenden die Einreise zu bewilligen, die glaubhaft machen, dass eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder für die Freiheit aus einem Grund nach Artikel 3 Absatz 1 besteht.

Art. 20*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Recordon**Al. 1*

La représentation suisse transmet à l'office la demande d'asile accompagnée d'un rapport.

Al. 2

Afin d'établir les faits, l'office autorise le requérant à entrer en Suisse si celui-ci ne peut raisonnablement être astreint à rester dans son Etat de domicile ou de séjour ni à se rendre dans un autre Etat.

Al. 3

Le Département fédéral de justice et police peut habiliter les représentations suisses à accorder l'autorisation d'entrer en Suisse aux requérants qui rendent vraisemblable que leur vie, leur intégrité corporelle ou leur liberté sont exposées à une menace imminente pour l'un des motifs mentionnés à l'article 3 alinéa 1.

Le président (Hêche Claude, président): Je propose que nous discutons les articles 19 et 20 dans un même débat afin de procéder à un seul vote.

Recordon Luc (G, VD): Cette disposition que je vous propose ne doit pas être comprise comme un bête retour sur des questions qui ont déjà été discutées, même par voie référendaire récemment. Non, la situation a considérablement évolué dans un court laps de temps et nécessite une nouvelle stratégie à laquelle le projet qui nous est proposé ne répond pas totalement, même s'il apporte certainement des améliorations.

Si vous vous placez sur le parcours d'un requérant ou d'une requérante d'asile qui s'intéresse à venir chez nous ou dans un pays voisin, vous relèverez six étapes extrêmement problématiques, et peut-être plus encore. Mais partons de celles où nous avons une certaine maîtrise. En général, ces gens se retrouvent sur les bords de la Méditerranée ou éventuellement dans un autre endroit non loin de l'entrée de la forteresse Europe – comme on a coutume de l'appeler – dans des camps ou dans des lieux d'hébergement extrêmement précaires et victimes, ou en tout cas probables victimes, de différents réseaux mafieux. Dans ces camps, les conditions sanitaires et d'hébergement sont terribles. Il y a des viols, des violences, etc. Cette première étape est déjà peu réjouissante.

L'étape suivante est généralement l'étape en mer. J'ai à peine besoin de la détailler. Vous êtes tous au courant des drames qu'il y a en mer et que, depuis la fin de l'opération Mare Nostrum en Méditerranée en particulier et avec l'aide fort modeste de l'opération Triton, qui n'est d'ailleurs pas vraiment destinée à aider, on n'arrive pas véritablement à résoudre ou à maîtriser.

L'étape suivante se passe en général dans ces pays de premier asile dont Madame la conseillère fédérale Sommaruga a dit, à juste titre, qu'ils étaient surchargés. C'est parmi les pays d'Europe qui ont la situation la plus précaire; on pense en général à l'Italie, à la Grèce, à l'Espagne ou à différents pays de l'Est. Ce sont des pays de première ligne où se passe une période également très difficile. Je rends hommage au sens de l'accueil et de l'humanité qui, en général, se fait jour dans ces pays et où on fait tout ce qu'on peut pour que les gens qui arrivent, ayant passé tant bien que mal les premiers obstacles, vivent dans des conditions à peu près décentes.

L'étape suivante, c'est lorsqu'ils veulent aller plus loin, et la plupart d'entre eux le veulent. Cela peut être la traversée des Alpes. Là encore, cela implique de nouveaux passeurs, de nouveaux réseaux mafieux. Cela pose des problèmes parfois très délicats à nos gardes-frontière, on le sait.

La cinquième étape, c'est quand ces gens arrivent chez nous, s'enregistrent et restent relativement longtemps dans des lieux d'attente jusqu'à ce que leur sort soit réglé. C'est d'ailleurs essentiellement là-dessus que nous nous penchons avec la révision d'aujourd'hui.

La dernière étape, c'est le difficile renvoi lorsqu'ils n'ont pas été acceptés, ce qui est quand même le cas de la majorité.

Donc nous avons six situations successives toutes plus problématiques les unes que les autres. Ce que je vous propose, c'est d'essayer de trouver un chemin – c'est le cas de le dire – pour tenter de résoudre, autant que faire se peut, ces six situations problématiques. Et cela passe, à mon avis, par le rétablissement en tout cas partiel, de la possibilité de s'enregistrer auprès d'une représentation suisse. Il ne s'agit évidemment pas que toutes les ambassades, tous les consulats honoraires, etc., de notre pays se transforment en centres d'accueil, surtout si les autres ne font pas la même chose, car alors on serait évidemment sous une pression terrible, ce qui ne va pas. Mais il faudrait au moins que la possibilité existe qu'une représentation suisse, dans la mesure que fixerait le Conseil fédéral, puisse recevoir des demandes d'asile. Cela serait extrêmement précieux surtout si vous coupez cela avec des camps d'attente à peu près décentes, et pas les horribles camps que j'ai évoqués et dont les pires sont en Libye. Il y en a d'un peu plus convenables en

Turquie et au Liban, je pense. Il y en a – alors ça je le sais – en Tunisie et, grâce à nous, ces camps en Tunisie jouent un rôle important; ces camps en Tunisie sont à peu près décents.

Donc, si vous couplez ma proposition avec celle qui prévoit des camps à peu près convenables, vous pouvez espérer éviter que les gens fassent tous le parcours horrible que je vous ai longuement décrit et que ceux qui seraient acceptés à l'issue d'une procédure dont ils attendraient le résultat dans de tels lieux d'accueil provisoires hors d'Europe, ou bien seraient admis chez nous et transportés dans des conditions adéquates parce qu'ils auraient reçu l'asile ou en tout cas parce que leur demande aurait été instruite avec des chances raisonnables de succès chez nous; ou bien devraient rester là-bas et se résigner à l'idée qu'ils doivent repartir. On n'éviterait pas tous les drames, mais je pense qu'on en éviterait un bon nombre. Je pense aussi qu'on casserait en bonne partie le marché épouvantable des mafieux. La proposition que je vous fais ne serait utilisable à long terme qu'à grande échelle. Nous devrions là essentiellement donner l'exemple, prévoir une possibilité test de manière à réformer en profondeur le système de Dublin, qui ne va plus, qui fait peser sur les pays de premier asile – Italie, Grèce, Espagne, etc. – et sur les pays de seconde ligne, dont nous faisons partie, une pression excessive, alors que les pays lointains, sauf certains pleins de bonne volonté, comme les pays scandinaves et dans une certaine mesure l'Allemagne, ne font pas leur part où la font très difficilement.

Il faut à terme qu'un système de ce genre se double d'une règle de répartition. Madame la présidente de la Confédération l'a dit avec pertinence, des négociations ont lieu en permanence. Cela commence à venir. Un des premiers à s'être exprimé dans le sens d'une répartition au prorata de la force économique, c'est Monsieur Voruz, conseiller national, au Conseil de l'Europe à la session d'avril dernier. On a vu Monsieur Juncker évoquer lui aussi ce type d'hypothèse. Donc je pense qu'il y a une prise de conscience de ce que le système doit être profondément réformé.

L'idée que la demande des requérants soit traitée avant qu'ils tentent ces épouvantables passages en mer – sur lesquels il y a encore beaucoup d'autres choses à faire, utiles d'ailleurs, pour la détection des passages et le secours – est une possibilité cardinale. Pour cela, il faut rediscuter l'article 19. Bien entendu, je pars de l'idée que le Conseil fédéral désignerait les représentations spécialisées aptes à recevoir ces demandes et dirait dans quelle mesure elles ont les forces pour en recevoir un certain nombre, mais pas infini sans quoi nous croulerions sous les demandes. Là, il y a vraiment une piste à ouvrir.

Je précise donc, Monsieur le président, que je demande bien sûr un vote conjoint sur les articles 19 et 20. Comme vous l'avez bien compris, ma proposition à l'article 20 n'a pas de sens si celle à l'article 19 n'est pas acceptée.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Kollege Recordon bringt noch einmal das Thema der Botschafts asylgesuche auf. Ich möchte Ihnen in Erinnerung rufen: Wir haben schon im Rahmen der dringlichen Änderung des Asylgesetzes beschlossen, dass wir diese Botschafts asylgesuche abschaffen. Die Bevölkerung hatte Gelegenheit, in der Referendumsabstimmung dazu Stellung zu nehmen. Das war ja ein wichtiger Teil der Argumentation für dieses Referendum. Die Bevölkerung hat dieser Abschaffung zugestimmt, darum soll sie jetzt ins ordentliche Gesetz überführt werden. Das heisst, ein Gesuch kann nur einreichen, wer sich an der Schweizer Grenze oder auf dem Gebiet der Schweiz befindet. Aber – jetzt kommt eben das grosse Aber – aus humanitären Gründen kann im Rahmen des geltenden Rechtes ein Visum erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich davon ausgegangen werden muss, dass die betreffende Person im Heimat- oder Herkunftsstaat unmittelbar, ernsthaft und konkret an Leib und Leben gefährdet ist. Das ist, denke ich, der ganz wichtige zweite Teil. Interessant in diesem Kontext ist es ja vielleicht auch für Sie zu wissen, welche bisherigen Erfahrungen gemacht wurden.

Die vor dem 29. September 2012 eingereichten Gesuche werden weiterhin nach altem Recht behandelt. Ende April dieses Jahres waren noch rund 3000 Auslandgesuche beim Staatssekretariat für Migration hängig. Vom 28. September 2012 bis zum 30. April dieses Jahres wurden insgesamt 191 Visa aus humanitären Gründen erteilt. In diesem Zeitraum wurden 80 Einsprachen gutgeheissen und 1247 abgewiesen. Die bisherige Erfahrung betreffend die Gewährung von Visa aus humanitären Gründen zeigt, dass die Entscheidpraxis bei gesuchstellenden Personen, die unmittelbar, ernsthaft und konkret an Leib und Leben gefährdet sind, nicht restriktiver ist, als dies bei den Auslandgesuchen der Fall war.

Zudem hat das Bundesverwaltungsgericht in den bisherigen Urteilen die Praxis des Staatssekretariates für Migration zur Erteilung von humanitären Visa bestätigt. Ich denke, dass in diesem Kontext diese zusätzlichen Informationen einfach noch wichtig sind. Wir haben diesen Antrag in der Kommission gar nicht mehr diskutiert, weil er gar nicht mehr gestellt wurde.

Aufgrund des Gesamtkonzepts und der Erfahrungen möchte ich Sie bitten, die Einzelanträge Recordon abzulehnen.

Recordon Luc (G, VD): Ich denke, nach den Erläuterungen der Kommissionspräsidentin, dass ich nicht ganz verstanden wurde. Es handelt sich nicht – ich habe es schon gesagt, aber ich wiederhole es – um eine Wiedereinführung des alten Systems. Es ist wirklich ein neues Konzept, das ich hier vorschlage. Ich denke, wir sollten nicht nur zulassen, dass solche Gesuche in den Schweizer Botschaften eingereicht werden, sondern wir sollten das sogar fördern, das heisst ein anderes System installieren.

Egerszegi-Obrist Christine (RL, AG): Nur einen Satz dazu: Das ist kein neues Konzept, das ist das, was wir hatten. Wir hatten 2886 Gesuche. Das System mag ja funktionieren, aber dann müssen das andere Länder auch haben. Wir waren zuletzt das einzige Land, das das noch gemacht hat. Deshalb wurde diese Möglichkeit so genutzt, dass wir das wie alle anderen Länder abschaffen wollten. Deshalb finde ich, dass man diesen Antrag ablehnen muss.

Recordon Luc (G, VD): Permettez-moi de persister pour dire que, non, ce n'est pas l'ancien système. Dans l'ancien système, il n'y avait pas l'idée d'encourager les gens à rester dans des lieux d'accueil intermédiaires dignes et décents avant de tenter le passage horrible de la Méditerranée ou d'autres voyages aventureux. C'est cela qui est fondamentalement différent, de même que l'idée de le faire de manière mesurée, en l'encourageant mais dans une mesure limitée par le Conseil fédéral afin de tester pour voir si cela fonctionne et, ensuite, essayer de convaincre les autres pays de son bien-fondé.

Je l'ai dit mais je le répète volontiers: en effet, ce système ne peut à long terme fonctionner que s'il a un appui des autres pays. Pour cela, il faut évidemment que nous en ayons fait d'abord la démonstration, nous-mêmes, à petite échelle.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich halte die Forderung von Herrn Ständerat Recordon für legitim und für nachvollziehbar. Herr Recordon stellt die Frage, wie man für Flüchtlinge legale Zufluchtswege schaffen kann – das ist die Frage, die sich heute stellt.

Der Bundesrat hat sich diese Frage in den letzten Jahren nach der Abschaffung des Botschafts asyls auch gestellt. Er hat einen Beitrag geleistet, indem er Visumerleichterungen für syrische Flüchtlinge erteilt hat, die Familienangehörige in der Schweiz haben. Es sind so immerhin über 4000 Gesuche für Visumerleichterungen zustande gekommen. Der grösste Teil dieser Menschen ist auch eingereist, und sie können dann hier ein Asylgesuch stellen. Der Bundesrat hat 2013 ebenfalls entschieden, die Resettlement-Politik wieder aufzunehmen, das heisst, dass die Schwächsten, die Flüchtlinge, die z. B. eben auch in einem Drittstaat in Gefahr sind, direkt zu uns einreisen können. Wir haben mit den Kantonen

zusammen ein Pilotprojekt durchgeführt, um auch die Integration zu stärken. Der Bundesrat hat im März dieses Jahres entschieden, dass er im Grundsatz für die nächsten drei Jahre im Rahmen eines Resettlement eine zusätzliche Aufnahme von 3000 syrischen Flüchtlingen vorsehen will. Das ist auch eine Form der Schaffung von legalen Zufluchtswegen in unser Land.

Dass ich Ihnen beantrage, die Einzelanträge von Herrn Ständerat Recordon abzulehnen, hat folgenden Grund: Wie ich Ihnen beim Eintreten gesagt habe, gibt es jetzt diese europäische Migrationsagenda. Darin ist ein Pilotprojekt in Niger vorgesehen, bei dem eine Vorprüfung von Asylgesuchen in der Herkunftsregion vorgenommen werden soll. Ich denke, das ist ein wichtiger Versuch. Er wird jetzt aber gemeinsam unter europäischen Staaten gemacht. Wir sind sehr daran interessiert, die Erkenntnisse daraus dann auch auszuwerten und zu erfahren, ob das ein Weg ist, um eben auch legale Zufluchtswege zu schaffen. So, wie ich aber überzeugt bin – ich habe es Ihnen vorher gesagt –, dass es jetzt keine nationalen Lösungen gibt, sondern dass es europäische Antworten gibt, möchte ich auch in diesem Bereich gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten die Antworten entwickeln und auch entscheiden. Deshalb bin ich der Meinung, es wäre im Moment nicht zielführend, wenn wir jetzt eine solche Massnahme, auch wenn es nur ein Versuch wäre, wieder unilateral einführen würden.

Das ist der Grund, weshalb ich die Einzelanträge von Herrn Ständerat Recordon zur Ablehnung empfehle. Ich denke aber, dass wir die Frage im Auge behalten müssen, wie wir in Zukunft auch wieder vermehrt legale Zufluchtswege schaffen können, denn wir dürfen und können nicht hinnehmen – Herr Ständerat Engler hat es gesagt –, dass allein in diesem Jahr bereits über 1800 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, und wir wissen wahrscheinlich längst nicht von allen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission ... 33 Stimmen
Für den Antrag Recordon ... 8 Stimmen
(3 Enthaltungen)

Art. 21 Abs. 1; 22 Abs. 3bis, 4, 6; 23 Abs. 2; Gliederungstitel vor Art. 24

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 21 al. 1; 22 al. 3bis, 4, 6; 23 al. 2; titre précédant l'art. 24

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 24

Antrag der Kommission

Abs. 1

... geführt werden. Dabei beachtet er die Grundsätze der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit.

Abs. 1bis

Der Bund bezieht bei der Errichtung der Zentren die Kantone und die Gemeinden frühzeitig ein.

Abs. 2–5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 24

Proposition de la commission

Al. 1

... gestion au SEM. Ce faisant, elle veille à respecter les principes d'une exécution adéquate et rationnelle de sa tâche.

Al. 1bis

La Confédération associe suffisamment tôt les cantons et les communes à la création des centres.

Al. 2–5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Generell noch eine Vorbemerkung zu diesen Bundeszentren: Diese Bestimmung regelt die Unterbringung von Asylsuchenden im beschleunigten Verfahren, im Dublin-Verfahren und im erweiterten Verfahren in den Zentren des Bundes. Die Zentren werden vom Bund errichtet und vom Staatssekretariat für Migration geführt. Die Höchstdauer des Aufenthalts in den Zentren des Bundes beträgt grundsätzlich 140 Tage. Sie kann angemessen verlängert werden, wenn dadurch das Asylverfahren rasch abgeschlossen oder der Wegweisungsvollzug erfolgen kann. Personen im beschleunigten Verfahren werden nach Einreichung des Asylgesuches bis zur Asylgewährung, bis zur Anordnung einer vorläufigen Aufnahme oder bis zur Ausreise in den Zentren des Bundes untergebracht.

Ihre Kommission hat jetzt hier noch zwei Ergänzungen vorgenommen. Die eine ist, dass der Bund bei der Errichtung von Zentren die Grundsätze der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit beachten soll. Die zweite Ergänzung ist, dass die Kantone und die Gemeinden frühzeitig einbezogen werden müssen. Man kann sagen, dass es zwei Selbstverständlichkeiten sind. Aber es war Ihrer Kommission wichtig, das im Gesetz festzuhalten, damit diesen Anliegen auch wirklich Rechnung getragen wird.

Schwaller Urs (CE, FR): Zwei kurze Bemerkungen:

1. Ich bin zufrieden, dass die Kommission wie auch der Bundesrat der Bestimmung in Absatz 1bis zugestimmt haben. Es ist mir wichtig, dass auch die erste Staatsebene, also die Gemeinde, frühzeitig in diesen Evaluationsprozess einbezogen wird. Wir haben in beiden Räten dem Nachtragskredit für das Zentrum Guglera in Giffers zugestimmt. Nach der von mir eingeforderten Chronologie wurde die Gemeinde erst drei Monate nach der ersten Kontaktnahme einbezogen. So etwas führt zu unnötigen Spannungen, und unter diesem Aspekt bin ich zufrieden, dass wir den frühzeitigen Einbezug jetzt klar festlegen.

2. Ebenso wichtig ist, dass in den Kantonen mit Asylzentren nun rasch klargestellt wird, was für ein Zentrum errichtet wird. Ich habe letzte Woche an einer Diskussion mit dem Präsidenten der Westschweizer Justizdirektorenkonferenz teilgenommen. Er hat gesagt, im Moment wisse man noch nicht, in welchem Kanton welches Zentrum errichtet bzw. zugeteilt werde. Es wurde ihm dann, während der Sendung, offensichtlich zugeflüstert, das sei im August der Fall. Wie auch immer, mir scheint es wichtig zu sein, dass man den Gemeinden und den Kantonen, sofern sie das noch nicht wissen, deutlich sagt: «Ihr habt ein Verfahrenszentrum, ihr habt ein Ausschaffungszentrum.» Wenn man das klarstellt, entzieht man gewissen polemischen Flugblättern, wie wir sie gesehen haben, die Grundlage. Diese Sendung ist mindestens in der Westschweiz ausgestrahlt worden. Darum halte ich dafür, dass man das eben klarstellt, dass man sagt, welcher Kanton welches Zentrum erhält. Das ist mein Anliegen an Sie.

Angenommen – Adopté

Art. 24a

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Asylgesuche von Personen in diesen Zentren werden prioritär behandelt.

Antrag der Minderheit

(Föhn, Engler, Niederberger, Schwaller)

Abs. 1

Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder welche durch ihr Verhalten den Betrieb und die Sicherheit der Zentren des Bundes erheblich stören, werden in besonderen Zentren und zugeteiltem Rayon untergebracht, die durch das SEM ...

Antrag der Minderheit

(Minder, Cramer, Föhn)

Abs. 1bis

Das SEM errichtet für Familien, Kinder und besonders schutzbedürftige Asylsuchende ein besonderes Zentrum, das prioritär diesen Gruppen vorbehalten und auf deren Bedürfnisse ausgerichtet ist.

Art. 24a**Proposition de la majorité****Al. 1, 2**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Les demandes d'asile provenant de personnes hébergées dans ces centres sont traitées en priorité.

Proposition de la minorité

(Föhn, Engler, Niederberger, Schwaller)

Al. 1

Les requérants qui menacent la sécurité et l'ordre publics ou qui, par leur comportement, portent sensiblement atteinte au fonctionnement et à la sécurité des centres de la Confédération, sont hébergés dans des centres spécifiques et affectés à un périmètre particulier, lesdits centres étant créés et gérés par le SEM ou par les autorités cantonales. Les cantons peuvent ...

Proposition de la minorité

(Minder, Cramer, Föhn)

Al. 1bis

Le SEM crée, pour les familles, les enfants et les requérants d'asile ayant un besoin particulier de protection, un centre spécifique qui est réservé en priorité à ces groupes et adapté à leurs besoins.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Einleitend nur einen Satz, und dann ist es gut, wenn zunächst die Minderheitsanträge begründet werden. Dann muss ich nachher nur noch einmal sprechen, um die Überlegungen der Mehrheit darzulegen.

Bei dieser Bestimmung geht es um die Unterbringung von Asylsuchenden in besonderen Zentren, wenn sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. Die Bestimmung entspricht weitgehend der Änderung, die wir im Asylgesetz vorgenommen haben, und soll jetzt in ordentliches Recht überführt werden.

Wir haben nun zwei Minderheiten – eine Minderheit Föhn und eine Minderheit Minder –, die hier Änderungen vorschlagen. Ich denke, es ist am effizientesten, wenn die Minderheiten ihre Haltung begründen und ich dann dazu Stellung nehmen kann.

Föhn Peter (V, SZ): Ich spreche zu Artikel 24a Absatz 1. Bundesrat und Mehrheit sind hier für eine Kann-Formulierung, und die Minderheit will eine klare zwingende Formulierung: «Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden oder welche durch ihr Verhalten den Betrieb und die Sicherheit der Zentren des Bundes erheblich stören, werden in besonderen Zentren und zugeteiltem Rayon untergebracht ...»

Die Minderheit will, dass die Sicherheit der Bevölkerung rings um diese Bundeszentren und besonders um die sogenannten besonderen Zentren gewährleistet werden kann. Zunächst hatte ich der Kommission beantragt, dass die renitenten Asylsuchenden in geschlossenen Zentren unterzubringen seien. Ich habe dann darauf verzichtet und bin nach eingehenden gegenteiligen Argumentationen zur Formulierung mit den besonderen Zentren mit zugeteiltem Rayon zurückgegangen; die Kann-Formulierung des Bundesrates ist in Bezug auf die besonderen Zentren genau gleich. So weiss die Bevölkerung, dass man ihr Anliegen betreffend die eigene Sicherheit – eine minimale Anforderung – erfüllt. Zentren in zugeteiltem Rayon können auf die renitenten Flüchtlinge, welche die Sicherheit gefährden und sich nicht an die Ordnung halten, auch einen abschreckenden Effekt

haben. Gleichzeitig – davon bin ich überzeugt – erleichtert es die Standortsuche für ebendiese besonderen Zentren, da die Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung zunehmen wird.

So bitte ich Sie dringend, meinem Minderheitsantrag zu Artikel 24a Absatz 1 zuzustimmen.

Minder Thomas (V, SH): Wenn ein Schiff in Seenot gerät, werden Kinder, Frauen und besonders gebrechliche Personen zuerst gerettet und in Sicherheit gebracht. Dasselbe sollte für Asylsuchende gelten. Es ist mehr als angebracht, diese Gruppe von Flüchtlingen in gesonderten Zentren einzuquartieren. Frauen, Kinder, unbegleitete Minderjährige und Gebrechliche sind geradezu prädestiniert dafür, dass sie in ein und demselben Zentrum einquartiert und nicht auf die ganze Schweiz verteilt werden – gerade in der so wichtigen Empfangsphase. Die Bedürfnisse dieser Leute sind schlicht andere als beispielsweise jene junger männlicher Nordafrikaner, welche in erster Linie Arbeit suchen und schlicht andere Interessen haben. Es ist nicht sinnvoll, diese Gruppe von männlichen Singles mit Kindern, Familien und gebrechlichen Asylsuchenden am selben Esstisch oder im Nachbarzimmer zu haben.

Eine Familie mit Kindern fühlt sich unter Gleichgesinnten wohler. Das gilt auch für die Kinder selbst. Die soziale Betreuung ist eine andere, nicht nur tagsüber, sondern auch in der Nacht. Zudem sind die Anforderungen an die Zimmer für die Familien anders. Die Betreuungskosten, gleich welcher Art, ob für die Übersetzungen, den Schulunterricht – man denke nur an das ganze Schulmaterial –, die Freizeitbeschäftigung, die psychologische Hilfeleistung usw., reduzieren sich markant. Sowohl aus gesellschaftlichen und sozialen wie auch aus finanziellen und infrastrukturtechnischen Überlegungen macht das Zusammenführen von Familien im gleichen Zentrum Sinn.

Wir haben vernommen, dass das getaktete Verfahren im Testzentrum in Zürich nicht eingehalten werden konnte, weil eritreische Dolmetscher fehlten. Wenn wir eritreische Familien auf sechs Bundeszentren verteilen, haben wir noch grössere Probleme als dann, wenn die Betreuung all dieser Familien an ein und demselben Ort geschieht.

Bei meinem Minderheitsantrag geht es in erster Linie um Familien mit Kindern; ich habe es gesagt. Wie soll ein Grundschulunterricht sinnvoll stattfinden, wenn die Kinder, die viele verschiedene Sprachen sprechen, auf x Bundeszentren verteilt werden? Es ist ungleich einfacher, einen Schulunterricht und ein Freizeitprogramm aufzugleisen, wenn alle Kinder am selben Ort untergebracht sind. Diese Klientel mit den Wirtschaftsflüchtlingen im selben Zentrum unterzubringen wäre ein Fehler. Wir sind an einer komplett neuen Reorganisation. Da müssen wir uns solche konzeptionellen und logistischen Änderungen sehr gut überlegen.

In Holland, das bekanntlich als Richtschnur dient, werden Familien ebenfalls zusammengenommen. Unter richtigen Flüchtlingen, welche an Leib und Leben bedroht sind, wird es immer Frauen und Kinder und besonders Schutzbedürftige geben, das wird auch in zwanzig Jahren noch der Fall sein.

Bitte beachten Sie auch, dass dieser Minderheitsantrag nicht verlangt, dass dieses besondere Zentrum ausschliesslich für diese Gruppe reserviert sein soll. Er sagt nur, dass dieses Zentrum prioritär dieser Gruppe vorbehalten bleibt. Das schliesst also nicht aus, dass dort unbesetzte Betten auch mit einer anderen Gruppe von Flüchtlingen besetzt werden können. Und umgekehrt gilt: Familien und Kinder könnten, wenn sie sehr zahlreich sind, auch in ein zweites oder drittes Zentrum eingewiesen werden.

Die Schweizer Flüchtlingshilfe unterstützt diesen Minderheitsantrag und bittet darum, ihm zuzustimmen. Sie weist explizit auf diesen Verbesserungsvorschlag hin. Sie erwähnt überdies – an das habe ich nicht einmal gedacht –, dass bei unbegleiteten Minderjährigen die Zusammenarbeit mit den Kesb so einfacher ist, als wenn sie auf sechs Zentren, auf sechs Standorte verteilt werden.

Ich bitte Sie aus diesen Gründen, dem Antrag der Minderheit zu folgen.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ich spreche zuerst zur Minderheit Föhn. Diese zwingende Formulierung haben wir eigentlich schon am 14. Dezember 2012 diskutiert: Schon damals war diese politische Forderung im Raum. Der Bundesrat hat dann darauf hingewiesen, dass wir insbesondere gegen Artikel 5 der EMRK verstossen würden, wenn wir das so formulierten. In der damaligen Diskussion wurde dann dieser Antrag auch abgelehnt, und man hat die Formulierung gewählt, die jetzt aufgenommen wurde.

Dass die renitenten Personen in jedem Fall in einem besonderen Zentrum untergebracht werden und ihre Bewegungsfreiheit auf einen bestimmten Rayon eingeschränkt wird, braucht noch einige vertiefte Überlegungen. Im Gegensatz zur heutigen Regelung soll es für das Staatssekretariat für Migration nicht mehr möglich sein, im Einzelfall über eine Zuteilung in ein besonderes Zentrum zu entscheiden. Ziel der geltenden Bestimmung über besondere Zentren ist aber nicht die Bestrafung von renitenten Asylsuchenden – dafür gibt es nämlich auch straf- und disziplinarrechtliche Massnahmen –, sondern die Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit in einem Zentrum des Bundes. Die Ordnung in einem Zentrum des Bundes kann oftmals bereits dadurch wiederhergestellt werden, dass einzelne Personen in einem besonderen Zentrum untergebracht werden.

Eine generelle Unterbringung aller renitenten Asylsuchenden in einem besonderen Zentrum wäre nicht verhältnismässig und auch nicht praktikabel. Sie könnte unter Umständen sehr hohe Unterbringungskapazitäten in besonderen Zentren bedingen – je nachdem, aus welchen Ländern die Flüchtlinge kommen –, was wiederum mit hohen Kosten verbunden wäre. Eine generelle Eingrenzung auf einen bestimmten Rayon ohne zeitliche Beschränkung und ohne die Möglichkeit, die Anordnung der Eingrenzung richterlich überprüfen zu lassen, ist verfassungs- und völkerrechtswidrig.

Das waren die Überlegungen, die die Mehrheit der Kommission dazu geführt haben, nicht die zwingende Formulierung der Minderheit zu nehmen, sondern die gemäss Bundesrat, wonach der Bund im Einzelfall entsprechend handeln kann. Im Übrigen möchte ich einfach noch einmal darauf hinweisen, dass wir im Rahmen der Diskussion in der Kommission ganz verschiedene Forderungen hatten, weil es bei den Asylsuchenden ganz viele Untergruppen gibt und immer wieder die Frage im Raum war, wieweit man solche Kleingruppierungen jeweils zusammennehmen und dann in besonderen Zentren unterbringen soll.

Die Mehrheit Ihrer Kommission ist also der Meinung, dass wir am jetzigen System festhalten sollen und nicht diese zwingende Formulierung wählen sollen.

Ich spreche jetzt noch zum Antrag der Minderheit Minder, zur Forderung nach Zentren für die Bedürfnisse von Familien und Kindern: Ich denke, uns allen ist dieses Schreiben der Flüchtlingshilfe zugestellt worden. Die Idee, dass die Kesb oder sogar die Vormundschaftsbehörden generell für unbegleitete Jugendliche mit eingesetzt werden, würde den ganzen Ablauf natürlich massiv verändern. Das wäre sicher eine konzeptionelle Änderung. Das kann man tun, wenn man das politisch will. Nur haben wir im Rahmen unserer Diskussion in der Kommission auch gesehen: Diese Neustrukturierung, diese Beschleunigung der Verfahren fordert eine Konzentration der Kräfte und der Menschen in wenigen Zentren. Je mehr Zentren wir haben, desto mehr Gesamtinfrastrukturen müssen wir anbieten: Dolmetscherdienste, juristische Dienste und, und, und.

Das Anliegen an sich hat in der Kommission sehr wohl ein Echo gefunden, eigentlich bei allen. Das ist ja der Grund dafür, dass in Artikel 82 Absatz 3bis des Asylgesetzes jetzt gemäss Antrag der Kommission steht: «Den besonderen Bedürfnissen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, Familien mit Kindern und betreuungsbedürftigen Personen ist bei der Unterbringung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.» Mit dieser Formulierung haben wir das Anliegen ei-

gentlich aufgenommen, aber wir möchten nicht, dass nochmals eine Kategorie von Bundeszentren geschaffen wird. Es hat sich aber auch gezeigt, dass eine gewisse Durchmischung in den Zentren – mit Kindern, mit Frauen, mit Familien, mit Einzelpersonen – klimatisch eine gute Wirkung hat. Wenn man allzu spezifische Bundeszentren macht, besteht die Gefahr, dass am Schluss in gewissen Zentren, selbst wenn das nicht renitente Asylbewerber sind, doch eine Konzentration von «männlichen» Eigenschaften, sage ich jetzt einmal, besteht, die in diesem Bereich nicht nur immer leicht zu handhaben sind.

Darum beantrage ich Ihnen im Namen der Kommissionsmehrheit, beide Minderheitsanträge abzulehnen.

Schwaller Urs (CE, FR): Ich gehöre der Minderheit Föhn an. Ich gehe davon aus, dass die renitenten Asylgesuchsteller, also die Asylgesuchsteller, die sich nicht an unsere Ordnung halten, die erheblich stören, in der Minderheit sind. Die Asylgesuchsteller suchen in unserem Land ja Schutz, weil sie an Leib und Leben gefährdet sind. Im Gegenzug erwarte ich dann auch, dass sie sich an unsere öffentliche Ordnung, an unsere Gesetze halten und hier nicht stören. Ich bin auch überzeugt, dass diese sogenannten renitenten Asylgesuchsteller der ganzen Sache schaden. Vielleicht sind das 2 oder 3 Prozent dieser Menschen. Aber die schaden dann auch den anderen 98 oder 97 Prozent Asylgesuchstellern, die tatsächlich zu uns kommen, weil sie Schutz brauchen. Darum trage ich diesen Minderheitsantrag auch mit, und ich bin überzeugt, dass die Ersetzung der Kann- durch eine Muss-Vorschrift gerade eine richtige Antwort auf diese Leute ist, die nicht bereit sind, sich auch nur im Mindesten einzufügen.

Engler Stefan (CE, GR): Ich kann mich in der Frage, wie mit den renitenten Asylsuchenden umzugehen ist, den Schlussfolgerungen von Kollega Schwaller zu hundert Prozent anschliessen. Die Glaubwürdigkeit und damit auch die Akzeptanz der ganzen Asylgesetzgebung hängen sehr stark davon ab, wie wir mit den Missbräuchen umgehen und wie wir auch mit Asylsuchenden umgehen, die die Erwartungen, wie man sich in einem Gastland verhält, verletzen.

In der letzten Revision wurden die besonderen Zentren aufgenommen. Die entsprechenden Verordnungen geben Auskunft darüber, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit renitente Asylsuchende in solche speziellen Zentren eingewiesen werden können.

Meine Frage an die Frau Bundespräsidentin lautet: Wie viele Male wurde seither von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, seit wir die neue Gesetzgebung kennen, dass erheblich störende Asylsuchende in besondere Zentren eingewiesen werden?

Es scheint jetzt so, als würde mit der zwingenden Bestimmung ein rigides Regime initiiert. Wir haben es auch in Zukunft mit unbestimmten Rechtsbegriffen zu tun. Wir sprechen in Artikel 24a von der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und darüber, dass jemand «erheblich stören» muss, bevor er in ein solches besonderes Zentrum eingewiesen werden kann. Da besteht immer auch ein Spielraum, um die wirklich auffälligen Personen in solche Zentren zu schicken. Wenn jetzt gesagt wird, es würden damit Tür und Tor geöffnet und es könnten damit grössere Gruppen in solche Zentren geschickt werden, so entspricht das wahrscheinlich nicht der Praxis.

Zum Antrag der Minderheit Minder: Die Kommissionspräsidentin hat es gesagt: Die verletzlichen Personen haben in der Kommission viel zu reden gegeben. Wir waren auch der Meinung, dass Frauen und ältere Leute, vor allem auch unbegleitete Minderjährige einen besonderen Anspruch auf Fürsorge durch den Staat haben. Entsprechend haben wir in Artikel 82 das Anliegen von Kollege Minder aufgenommen. Wenn ich auch bei Absatz 1 von Artikel 24a der Minderheit folge, so folge ich hingegen bei Absatz 1bis der Mehrheit.

Cramer Robert (G, GE): Je souhate dire quelques mots au sujet de la proposition de la minorité Minder à l'article 24a alinéa 1bis. J'ai retenu de l'argumentation de notre prési-

dente et rapporteuse de la commission que cela crée des difficultés d'ordre pratique que d'avoir de tels centres. Je vous fais observer que lorsque l'on parle dans cette proposition de créer un «centre spécifique», on emploie exactement les mêmes termes que ceux que vous trouvez à l'article 24a alinéa 1. L'article 24a alinéa 1, que ce soit dans la version du Conseil fédéral ou dans la version de la minorité de la commission, exprime exactement la même idée, à savoir qu'il faut créer des centres spécifiques, mais en l'occurrence des centres destinés aux requérants qui menacent la sécurité et l'ordre publics. Dans un cas, et c'est le point de vue de la majorité de la commission, c'est une possibilité qui est réservée au Secrétariat d'Etat aux migrations que d'héberger ces requérants dans ces centres. Dans l'autre cas, et c'est le point de vue de la minorité Föhn, ce n'est plus une possibilité, c'est un devoir. Mais dans les deux cas, on parle du même type d'établissement, on parle de centres spécifiques; ce sont les termes qui sont employés.

A partir de là, je ne vois pas pourquoi on ne pourrait pas imaginer d'autres centres spécifiques, qui seraient réservés aux familles, aux enfants, c'est-à-dire aux mineurs non accompagnés, et aux requérants d'asile qui ont un besoin particulier de protection. J'ajoute que créer ce deuxième type de centre spécifique est au moins aussi justifié que de créer le premier, parce que s'agissant des personnes qui ont besoin d'une protection particulière – et je pense notamment aux mineurs –, on entre dans toute la logique de notre ordre juridique. Lorsqu'un enfant se trouve seul, il y a un système juridique de protection particulier qui se met en place et qui est prévu par le Code civil et par tout le droit de la tutelle. C'est donc dire que notre ordre juridique, de longue date, reconnaît que les enfants, en tout cas, ont droit à une protection particulière et que celle-ci est encadrée par toute une série d'institutions et de dispositions légales. Je n'évoquerai pas ici les conventions internationales, etc., dans lesquelles on retrouve exactement la même idée.

A partir de là, je ne vois pas ce qui, techniquement, empêcherait la création de centres spécifiques qui, de plus, s'inscrivent dans la logique de notre ordre juridique. Même si on arrête de parler de droit, ces centres s'inscrivent dans la logique de ce qui se passe sur le terrain. Imaginez ces familles, ces femmes seules avec enfants, ces enfants eux-mêmes qui arrivent dans une situation de détresse: inutile de compliquer encore les choses en mélangeant les populations dans les centres.

En définitive, rien n'empêche que ces centres spécifiques se trouvent immédiatement à proximité des lieux où se déroulent les procédures accélérées. Il s'agit simplement d'isoler les uns et les autres, et de le faire le plus possible pour ceux qui ont le plus besoin de protection.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich nehme zuerst Stellung zum Antrag der Minderheit Föhn zu Absatz 1. Es geht hier darum, dass es Asylsuchende gibt – und die gibt es! –, die sich nicht zu benehmen wissen, die durch ihr Verhalten den ordentlichen Betrieb eines Verfahrenszentrums zum Beispiel erheblich stören. Dazu möchte ich zunächst sagen: Wenn jemand straffällig wird, dann soll diese Person bestraft werden, dann muss man sie nicht in ein besonderes Zentrum geben, sondern dann gehört sie bestraft. Missbräuche müssen bestraft werden. Wer straffällig wird, wird sanktioniert.

Wir haben, vergessen Sie das nicht, auch Möglichkeiten wie die Kürzung der Sozialhilfe. Wir haben die Möglichkeit, bei verwerflichen Handlungen die Asylunwürdigkeit zu erklären. Wir haben die Möglichkeit, Asyl zu widerrufen. Wir haben die Möglichkeit, ein Einreiseverbot zu verhängen. Wir haben die Möglichkeiten der Ein- und Ausgrenzung, der Vorbereitungshaft, der Ausschaffungshaft. Wir haben also ein ganzes Instrumentarium. Und was ich Ihnen auch sagen kann: In der Behandlungsstrategie haben Sie entschieden, dass das Asylgesuch einer Person, die auf diese Art negativ auffällt, sofort behandelt wird, damit sie, wenn sie kein Asyl bekommt, das Land sofort verlassen muss.

Wir haben also eine ganze Palette von Instrumenten, und hinzu kommt jetzt die Möglichkeit, dass man solche Asylsuchende in ein besonderes Zentrum, in ein sogenanntes Renitentenzentrum, schickt. Die Frage ist: Muss man das tun, wenn jemand die Ordnung oder den Betrieb erheblich stört oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet? Muss das Staatssekretariat für Migration das tun und dabei diese Personen auch einem bestimmten Rayon zuteilen?

Herr Ständerat Engler hat es gesagt: Das sind keine präzisen Rechtsbegriffe. Ab wann ist ein Betrieb «erheblich gestört»? Wir sind der Meinung: Man sollte dem Staatssekretariat für Migration diesen Ermessensspielraum einräumen. Denn eine Rayoneingrenzung können die Behörden ohnehin nur befristet aussprechen, und es braucht auf eine Beschwerde hin eine richterliche Überprüfung. Zu meinen, Sie hätten mit solchen Zentren die Probleme gelöst, wäre, glaube ich, etwas übertrieben. Aber selbstverständlich sind auch wir der Meinung, dass es solche Zentren braucht.

Herr Engler, Sie haben gefragt, wie viele Asylsuchende man bis jetzt in solche Zentren gebracht hat. Wir haben noch gar kein solches Zentrum, wir haben noch kein Renitentenzentrum! Ich muss Ihnen sagen: Es ist schon schwierig genug, Verfahrenszentren zu eröffnen. Wenn Sie mir die Gemeinde nennen, die sagt: «Das Renitentenzentrum machen wir bei uns!», lade ich Sie zum Nachtessen ein – auch zu zweit, wenn Sie wollen. Aber es ist eben so, dass es schwierig ist. Und in der Standortplanung, die wir gemeinsam mit den Kantonen machen, haben wir entschieden, dass es schweizweit zwei solche Renitentenzentren geben soll, und zwar mit je 60 Plätzen. Daran sehen Sie ungefähr die Dimension. Wir denken, das ist das, was man braucht. Es sind also nicht Hunderte oder Tausende Plätze. Wenn jeder, der sich entsprechend verhält, sofort in ein solches Zentrum müsste, wie Sie es fordern, dann könnte es sein, dass die zwei Zentren nicht genügen.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, den Behörden hier einfach einen Ermessensspielraum zu öffnen; es geht nur darum. Ich meine damit diejenigen Behörden, welche die Zentren leiten; sie können die Fälle ja am besten beurteilen. Es liegt auch in ihrem Interesse, die Möglichkeit zu haben, Personen herauszupicken und zu entscheiden: «So, dieser Störenfried muss jetzt weg, der muss in ein solches Zentrum.»

Die Minderheit Minder möchte etwas ganz anderes. Sie möchte auch besondere Zentren für Kinder bzw. für Familien. Ich muss Ihnen sagen: Wir haben jetzt gerade in Zürich die Erfahrung gemacht, dass es, wenn es in einem Zentrum eine gute Altersdurchmischung, eine gute soziale Durchmischung gibt, generell die Situation, das Klima beruhigt und verbessert. Selbstverständlich haben wir für die Frauen und Kinder gesonderte Unterkünfte. Sie müssen sich auch nachts nicht in irgendeinem allgemeinen Trakt bewegen; sie haben gesonderte Unterkünfte. Wenn Sie uns aber zwingen, für diese Personenkategorien auch noch gesonderte Zentren einzurichten, eigene Verfahrenszentren mit Dolmetschern und den ganzen weiteren Möglichkeiten, dann bringen Sie uns in ein Dilemma. Sie wollen Wirtschaftlichkeit, Sie wollen grosse Zentren, Sie wollen, dass es möglichst günstig ist, und Sie wollen dann aber für x Personenkategorien wieder gesonderte Zentren. Ich bringe das nicht zusammen. Die Kantone haben entschieden, dass diese Verfahrenszentren rund 300, 350 Asylsuchenden, glaube ich, Platz bieten müssen. Jetzt fordern Sie für jede Personenkategorie noch ein gesondertes Zentrum. Ich bringe das nicht mehr zusammen.

Für diejenigen, die stören, die auch renitent sind, sollen solche Zentren gebaut werden. Überlassen Sie es aber bitte denjenigen, die die Zentren betreiben, entscheiden zu können, ob eine Person wegmuss; sie werden es machen. Aber zuerst nutzen wir die normalen Zentren. Überlassen Sie es bitte auch den Zentren, der Situation von Familien und besonders Schutzbedürftigen Rechnung zu tragen. Ihre Kommission hat, wie es die Kommissionsprecherin gesagt hat, auch über gesonderte Zentren für unbegleitete Minderjährige diskutiert, und zwar mit der Kindes- und Erwachsenen-

schutzbehörde, die dafür zuständig ist. Sie können noch hundert Kategorien schaffen – dennoch haben wir selbstverständlich die Aufgabe, bei unbegleiteten Minderjährigen dafür zu sorgen, dass sie kindgerecht untergebracht sind, dass sie Schulunterricht bekommen, dass ihre speziellen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Das müssen wir schon heute tun, ohne diese besonderen Zentren, und ich darf Ihnen sagen: Die Kantone sind sich hier ihrer ganz besonderen Verantwortung wirklich bewusst. Wir unterstützen sie auch dabei.

Ich bitte Sie, bleiben Sie beim Konzept «Effizienz, Wirtschaftlichkeit, Menschlichkeit». Ich versichere Ihnen: Diejenigen, die stören, diejenigen, die das Asylverfahren missbrauchen, die müssen bestraft werden, die kommen in ein solches Zentrum. Wir sind uns der Problematik bewusst, aber wir brauchen nicht für jede Personenkategorie ein eigenes Zentrum.

Ich bitte Sie, bei beiden Absätzen die Mehrheit Ihrer Kommission zu unterstützen.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit ... 23 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit ... 22 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Abs. 1bis – Al. 1bis

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 32 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 12 Stimmen
(1 Enthaltung)

*Übrige Bestimmungen angenommen
Les autres dispositions sont adoptées*

Art. 24b

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 24c

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 24c

Proposition de la commission

Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 24d

Antrag der Mehrheit

Titel

Vorübergehende Nutzung von militärischen Bauten und Anlagen des Bundes

Abs. 1

Militärische Bauten und Anlagen des Bundes können, sofern die bestehenden Unterbringungsstrukturen nicht ausreichen, ohne kantonale oder kommunale Bewilligungen und ohne Plangenehmigungsverfahren zur Unterbringung von Asylsuchenden ...

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2bis

Eine erneute Nutzung derselben Bauten oder Anlagen nach Absatz 1 kann erst nach einem Unterbruch von zwei Jahren erfolgen, ausser der Kanton und die Standortgemeinde seien mit dem Verzicht auf einen Unterbruch einverstanden; vorbehalten bleiben Ausnahmesituationen nach Artikel 55.

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schwaller, Minder, Stöckli)

Abs. 2bis

... kann nur einmal erfolgen. Diese setzt einen Unterbruch von zwei Jahren voraus, ausser der Kanton und die Standortgemeinde seien mit dem Verzicht auf einen Unterbruch einverstanden. Vorbehalten bleibt eine erneute Nutzung bei Ausnahmesituationen nach Artikel 55.

Art. 24d

Proposition de la majorité

Titre

Utilisation provisoire de constructions et d'installations militaires de la Confédération

Al. 1

Si les structures d'hébergement existantes ne suffisent pas, les constructions et les installations militaires de la Confédération peuvent être utilisées sans autorisation cantonale ou communale ni procédure d'approbation des plans pour l'hébergement de requérants ...

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2bis

Une réutilisation des constructions ou installations conformément à l'alinéa 1 n'est possible qu'après une interruption de deux ans, à moins que le canton et la commune concernés acceptent de renoncer à une interruption; les situations d'exception au sens de l'article 55 demeurent réservées.

Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schwaller, Minder, Stöckli)

Al. 2bis

... n'est possible qu'une fois. Elle présuppose une interruption de deux ans, sauf si le canton et la commune concernés acceptent de renoncer à l'interruption. La réutilisation dans des situations d'exception au sens de l'article 55 est réservée.

Schwaller Urs (CE, FR): Ich versuche, mich der notwendigen Kürze zu befehligen. Mehrheit und Minderheit liegen an und für sich nicht so weit auseinander; aber es geht um einen wichtigen Punkt.

Worum geht es? Es geht um die vorübergehende Nutzung von militärischen Bauten und Anlagen des Bundes, also z. B. um die Kaserne mitten in der Stadt Freiburg. Auch wir in der Minderheit sind ohne Weiteres damit einverstanden, dass man diese Kaserne ohne kantonale und kommunale Bewilligung, ohne Genehmigungsverfahren für drei Jahre benutzen kann. Ebenfalls ist die Minderheit damit einverstanden, dass man nachher diese Kaserne noch ein zweites Mal benutzen kann. Jetzt kommt aber der Unterschied: Wenn man diese Kaserne danach weiter, also schlussendlich über fünf, sechs Jahre hinaus benutzen will, dann ist nach unserer Auffassung ein Bewilligungsverfahren durchzuführen. Es handelt sich anfänglich ja um eine Nutzung ohne kantonale und ohne Gemeindebewilligungen. Muss die Anlage aber mehrere Male zur Verfügung stehen, dann ist nach Auffassung der Minderheit ein Bewilligungsverfahren durchzuführen. Für jedes Dachfenster, schlussendlich fast für jeden Einbau einer Badewanne, für jede Stützmauer, für jede Umnutzung brauchen Sie eine kantonale oder eine kommunale Bewilligung. Ich sehe nicht ein, wieso man nach einer zweimaligen Nutzung – insbesondere auch einer Kaserne mitten in einer Stadt oder einer Gemeinde – nicht die notwendigen kantonalen und kommunalen Bewilligungsverfahren durchführen soll.

Das ist eigentlich das, was die Minderheit will, nicht mehr und nicht weniger. Noch einmal: Wir sind ja offen für diese ausnahmsweise Bewilligung, sogar mit der einmaligen Wiederbenutzung im Einverständnis von Gemeinde und Kanton.

Wenn dies aber zu einem Dauerzustand werden soll, dann braucht es ein normales Bewilligungsverfahren.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ich glaube, ich kann im Namen der gesamten Kommission sagen, dass es uns ein Anliegen war, dass der Schwankungstauglichkeit des Systems im Rahmen der Neustrukturierung vermehrt Rechnung getragen wird und dass gegenüber dem Entwurf des Bundesrates die bewilligungsfreie Nutzung von Bauten oder Anlagen des Bundes zur Unterbringung von Asylsuchenden zwecks einer flexibleren Umsetzung der Neustrukturierung erleichtert werden soll. Das war die allgemeine Meinung.

Jetzt zum Unterschied zwischen den Anträgen von Minderheit und Mehrheit: Eigentlich geht es primär um die Frage, wie lange man diese Unterkünfte ohne ein ordentliches Verfahren nutzen kann. Die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt Ihnen bei Absatz 2bis, dass militärische Bauten oder Anlagen nach Ablauf einer dreijährigen Nutzungszeit weiterhin genutzt werden können, wenn der Kanton und die Standortgemeinde mit dem Verzicht auf einen zweijährigen Unterbruch einverstanden sind. Das heisst, der Kanton und die Standortgemeinde müssen vom Grundsatz her einverstanden sein, dass man den Betrieb weiterführt. Vorbehalten bleiben Ausnahmesituationen, wobei man vor allem an einen erhöhten Zustrom von Asylsuchenden denkt. Diesfalls ist eine weitere Nutzung nach Ablauf der drei Jahre auch ohne Unterbruch und ohne Einverständnis des Kantons und der Standortgemeinde möglich.

Die Minderheit – es ist vielleicht nicht erstaunlich, dass ihr zwei Juristen angehören – hat das vielleicht noch ein bisschen stärker aus dem juristischen Blickwinkel geprüft und findet, dass in einem solchen Fall eigentlich das ordentliche Verfahren durchgeführt werden muss. Die Mehrheit der Kommission findet, dass der ganze administrative Aufwand hier unnötig ist. Wenn die Gemeinde und der Kanton einverstanden sind, dass der Betrieb weitergeführt werden kann, soll man keinen Unterbruch machen und vorher auch kein administrativ aufwendiges Verfahren durchführen müssen. Ich denke, das ist die unterschiedliche Beurteilung. Ich bitte Sie, hier der Mehrheit zu folgen.

Stöckli Hans (S, BE): Ich wurde offenbar als einer der beiden Juristen in der Minderheit angesprochen. In der Tat möchte ich den Ständerat auf folgendes Problem aufmerksam machen: Wir haben diese Lösung, die vormalig in Artikel 26 enthalten war, für dringende Verfahren eingeführt, dort allerdings noch ohne Nennung von Artikel 55. Damals haben wir einen Unterbruch zuerst von zwei und dann von drei Jahren eingefügt, um Unterbringungsmöglichkeiten in Bauten zu schaffen – damals waren es alles Bundesbauten, jetzt sind es nur noch militärische Bauten –, bei welchen die Zonenvorschriften es an sich nicht erlauben würden, solche Zentren einzurichten. Jetzt schlägt man ein System vor, welches ad infinitum eine zonenwidrige Nutzung ermöglichen würde.

Mir scheint, dass das sehr problematisch ist, auch wenn die Absicht an sich begrüssenswert ist. Theoretisch könnte aber nach einem Unterbruch dann die zonenwidrige Nutzung wieder fortgeführt werden, obwohl die baurechtlichen Grundlagen nicht gegeben sind. Es ist zudem auch für einen Gemeinderat etwas schwierig, eine Zustimmung zu einer zonenwidrigen Nutzung einer Liegenschaft zu erteilen. Mir scheint, man sollte hier mit dem Öffnen von zonenwidriger Nutzung etwas vorsichtiger sein, dies umso mehr, als sich im Vernehmlassungsverfahren die Gemeinden und der Städteverband gegen eine Verlängerung der Nutzung ausgesprochen haben.

Schwaller Urs (CE, FR): Ich möchte nur präzisieren: Auch in der Minderheit sind wir mit einer einmaligen Neunutzung einverstanden. Wir sagen nur: Es soll nicht zu einem Dauerzustand kommen, der Unterbruch muss zwei Jahre betragen. Aber die Kommissionspräsidentin hat das anders gelesen. Es ist nicht so, dass einem Juristen der gesunde

Menschenverstand zwingend abhandenkommt. Wir haben gesagt: nur eine einmalige Neunutzung. Einen Dauerzustand wollen wir nicht.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ich meinte meinen Hinweis zu den Juristen eigentlich humorvoll, ich zweifle bei ihnen sicher nicht den gesunden Menschenverstand an. Es geht einfach um die folgende Frage: Wenn man schon die ganze Infrastruktur in Betrieb hat und die Unterkünfte braucht und wenn die Gemeinde und der Kanton einverstanden sind, muss man dann, wenn man das noch einmal wiederholt hat, wirklich dieses Verfahren einleiten, um der Gleichbehandlung mit den übrigen Bürgerinnen und Bürgern – das kann man ja als Argument nehmen – gerecht zu werden? Oder kann man nicht vielmehr sagen: «Wir sind froh über die Unterkunft, und wenn wir uns gütlich einigen können, können wir sie weiterführen»? Darin besteht der Unterschied.

Niederberger Paul (CE, NW): Nur ein Wort zu meinem Sitznachbarn: Wenn man für ein Dachfenster oder allenfalls für den Einbau einer Badewanne eine baurechtliche Bewilligung braucht, dann finde ich das völlig übertrieben – und in diesem Gesetz sollen wir nicht übertreiben. Deshalb bitte ich Sie, die Mehrheit zu unterstützen.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Die Kommissionsprecherin hat es gesagt: Es geht hier darum, Schwankungstauglichkeit im System zu schaffen. Sie haben es jetzt wieder gesehen, gerade in diesen letzten Wochen: Im Asylwesen gibt es immer Schwankungen, und zwar in beträchtlichem Mass. Manchmal brauchen Sie innerhalb von Tagen oder Wochen, einfach plötzlich, 100, 200 oder 300 Betten mehr; das müssen Sie einfach organisieren können. Jetzt ist hier die Frage, was die Voraussetzungen sind, damit das möglich ist.

Die Mehrheit Ihrer Kommission hat gegenüber dem Entwurf des Bundesrates zwei wichtige Einschränkungen vorgenommen. Diese bewilligungsfreie Nutzung ist natürlich etwas Besonderes, und ich denke schon, dass wir hier auch die Akzeptanz der Bevölkerung wollen. Die Mehrheit Ihrer Kommission hat gesagt, dass diese vorübergehende, bewilligungsfreie Nutzung nur für militärische Anlagen des Bundes gelten solle. Der Bund kann also nicht einfach irgendetwas benutzen, sondern es müssen militärische Bauten und Anlagen des Bundes sein. Und er darf diese bewilligungsfreie Nutzung nur zulassen, wenn die bestehenden Unterbringungsstrukturen nicht ausreichen. Er darf es also nicht dann, wenn er Lust hat, etwas mehr zu tun oder so, sondern wirklich nur in der Situation, in der die bestehenden Strukturen eben nicht ausreichen. Diese zwei Einschränkungen führen aus unserer Sicht dann aber dazu, dass die Möglichkeit, diese Nutzung von militärischen Anlagen und Bauten des Bundes vorzunehmen sowie eine Karenzfrist von zwei Jahren vorzusehen und dann allenfalls wieder eine vorübergehende Nutzung vorzusehen, unter diesen Voraussetzungen im Sinne der Schwankungstauglichkeit einfach schon sehr hilfreich ist.

Sie haben gesehen, was passiert, wenn Zentren geöffnet werden. In den letzten Jahren wurden – einige von Ihnen haben es erwähnt – Zentren in Bremgarten, Provence im Waadtland und Losone im Tessin geöffnet. Jedes Mal gab es am Anfang riesengrosse Schwierigkeiten. Wenn Sie jetzt dort hingehen – gehen Sie einmal hin! –, sehen Sie, dass es funktioniert. Der Gemeindepräsident von Bremgarten beginnt heute seine Vorträge mit den Worten: «Fürchtet euch nicht!» – und es funktioniert. Das zeigt eben, dass am Anfang die Vorbehalte häufig sehr gross sind. Aber wenn man zeigen kann, dass es auch wieder aufhört bzw. dass es wieder eine Karenzfrist gibt und dass das Vorgehen einfach auch im Sinne der Wirtschaftlichkeit sinnvoll ist, dann funktioniert das. Es ist nämlich wahnsinnig teuer, solche Instandstellungen von kleinen Anlagen auch über nur kurze Zeit vorzunehmen; es hat also auch etwas mit Wirtschaftlichkeit zu tun.

Deshalb bitte ich Sie hier, die Kommissionsmehrheit zu unterstützen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 29 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 16 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Art. 24e

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 24f

Antrag der Kommission
Bund und Kantone treffen Massnahmen, damit sie auf Schwankungen der Asylgesuche mit den erforderlichen Ressourcen, insbesondere im Bereich der Unterbringung, des Personals und der Finanzierung, oder weiteren Vorkehrungen rechtzeitig reagieren können.

Art. 24f

Proposition de la commission
La Confédération et les cantons prennent des mesures afin de pouvoir réagir à temps aux fluctuations du nombre de demandes d'asile avec les ressources nécessaires, notamment dans les domaines de l'hébergement, du personnel et du financement ou par d'autres dispositions.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Wie bereits erwähnt, war Ihrer Kommission die Schwankungstauglichkeit des neuen Systems im Rahmen der Neustrukturierung ein grosses Anliegen. Sie beantragt deshalb, mit Artikel 24f eine neue Bestimmung aufzunehmen, gemäss welcher der Bund und die Kantone Massnahmen treffen, «damit sie auf Schwankungen der Asylgesuche mit den erforderlichen Ressourcen, insbesondere im Bereich der Unterbringung, des Personals und der Finanzierung, oder weiteren Vorkehrungen rechtzeitig reagieren können».

Angenommen – Adopté

Art. 25a

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 26

Antrag der Kommission
Abs. 1–3, 5
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 4
Der Abgleich der Daten nach Artikel 102abis Absätze 2 bis 3, die Überprüfung der Fingerabdrücke nach Artikel 102ater Absatz 1 sowie ...

Art. 26

Proposition de la commission
Al. 1–3, 5
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 4
L'échange de données visé à l'article 102abis alinéa 2 à 3 et le contrôle des empreintes digitales visé à l'article 102ater alinéa 1 ...

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission beantragt eine Änderung in Absatz 4. Die Vorlage zur Übernahme und Umsetzung der Dublin- und Eurodac-Verordnung wurde in der Schlussabstimmung vom 26. Sep-

tember 2014 von beiden Räten angenommen. Die Referendumsfrist ist am 15. Januar dieses Jahres abgelaufen. Die entsprechenden Gesetzes- und Verordnungsänderungen werden voraussichtlich im Juli dieses Jahres in Kraft treten. Um die Koordination dieser Vorlage mit der Vorlage zur Neustrukturierung des Asylbereichs sicherzustellen, müssen hier verschiedene Bestimmungen angepasst werden.

Angenommen – Adopté

Art. 26a

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 26b

Antrag der Kommission
Das Verfahren im Hinblick auf einen Entscheid nach Artikel 31a Absatz 1 Buchstabe b beginnt ...

Art. 26b

Proposition de la commission
La procédure en vue d'une décision au sens de l'article 31a alinéa 1 lettre b commence ...

Angenommen – Adopté

Art. 26c, 26d

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 27

Antrag der Kommission
Titel, Abs. 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 1bis
Besondere Leistungen, welche Standortkantone von Zentren des Bundes oder Flughafenkantone erbringen, werden bei der Verteilung von Asylsuchenden angemessen berücksichtigt.

Art. 27

Proposition de la commission
Titre, al. 4
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Al. 1bis
Lors de la répartition des requérants d'asile, les prestations particulières offertes par les cantons abritant un centre de la Confédération ou un aéroport sont prises en compte de manière appropriée.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission beantragt mit Absatz 1bis eine zusätzliche Bestimmung, wonach die besonderen Leistungen von Standortkantonen von Zentren des Bundes und Flughafenkantonen bei der Verteilung von Asylsuchenden berücksichtigt werden.

Angenommen – Adopté

Art. 29

Antrag der Kommission
Abs. 1, 3, 4
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Abs. 2
Die Asylsuchenden können sich zusätzlich auf eigene Kosten von einer Person ...

Art. 29*Proposition de la commission**Al. 1, 3, 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Le requérant peut également se faire accompagner, à ses frais, d'une personne et d'un interprète de son choix ...

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission beantragt eine Präzisierung in Absatz 2. Es soll klar festgehalten werden, dass Asylsuchende sich nur auf eigene Kosten von einer zusätzlichen Person und einer Dolmetscherin oder einem Dolmetscher begleiten lassen können. Dies entspricht im Übrigen auch schon der heutigen Praxis.

*Angenommen – Adopté***Art. 30; 31a Abs. 4***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 30; 31a al. 4*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 37***Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

... innerhalb von fünf Arbeitstagen zu eröffnen, nachdem ... dem Ersuchen um Überstellung nach den Artikeln 21 und 23 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zugestimmt hat.

Abs. 2–6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit**(Föhn)**Abs. 1*

... innerhalb von vier Arbeitstagen zu eröffnen, nachdem ... (Rest gemäss Mehrheit)

Art. 37*Proposition de la majorité**Al. 1*

... dans les cinq jours ouvrables qui suivent l'approbation ... la demande de transfert conformément aux articles 21 et 23 du règlement (UE) no 604/2013.

Al. 2–6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité**(Föhn)**Al. 1*

... dans les quatre jours ouvrables qui suivent l'approbation ... (Reste selon majorité)

Föhn Peter (V, SZ): Hier geht es um die erstinstanzlichen Verfahrensfristen. In Absatz 1 ist die Eröffnung der Entscheide im Dublin-Verfahren angesprochen. Für einmal war der Bundesrat sehr sportlich unterwegs, was ich sehr schätze. Er hat nämlich gesagt, dass Entscheide im Dublin-Verfahren innerhalb von drei Arbeitstagen zu eröffnen seien. Heute hat man gut sechs Tage; so ist es jetzt im Testzentrum. Die Mehrheit will auf fünf Tage gehen. Ich habe dann gesagt: «Nein, das ist eine zu starke Erweiterung; die Eröffnung kann innerhalb von vier Arbeitstagen geschehen.» Mir ist es recht, wenn es ein bisschen gelockert wird; aber man darf es nicht zu stark lockern.

Man will heute alles perfekt machen, alles hundertfach absichern, allen gerecht werden. Aber die Dublin-Fälle sind doch sonnenklar. Da sollte man den Entscheid grundsätzlich innerhalb weniger Stunden eröffnen können. Es ist ja unser Ziel, effizienter zu werden; es soll überall so sein. Zudem ist zu bedenken: Wenn jemand etwas zum ersten oder zum

zweiten Mal macht, geht es mindestens doppelt so lang wie beim zehnten, hundertsten oder zweihundertsten Mal. Es ist überall so, auch in der Wirtschaft. Später kann man es in höchstens der Hälfte der Arbeitszeit erledigen; man weiss, wo man ansetzen, wie man vorgehen soll, und es gibt Automatismen usw.

Ich bin überzeugt, dass wir ohne Weiteres auf drei, vier Tage kommen können. Wir sollten hier den Druck nicht wegnehmen und sagen: «Ja, ihr dürft jetzt fünf Tage haben.» Ich beantrage mit vier Tagen einen Kompromiss; ich beantrage nicht drei Tage. In vier Arbeitstagen sollen die Entscheide im Dublin-Verfahren eröffnet werden; es geht einzig und alleine um die Eröffnung der Entscheide. Wenn wir bei fünf Tagen sind, kann es noch über zwei Wochenenden gehen usw. Bei vier Tagen könnten wir also Kosten einsparen.

Wenn der Bundesrat an der Frist von drei Tagen festhielte, würde ich das unterstützen. Aber ich glaube, er tut das nicht. Deshalb bitte ich Sie, der Minderheit zuzustimmen.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Es geht hier nicht um einen orientalischen Basar, es geht um Arbeitstage, die in diesen Verfahren gebraucht werden, um die Entscheide zu eröffnen. Der Bundesrat hat drei Arbeitstage vorgeschlagen, hat dann aber in der Diskussion in der Kommission zugeben müssen, dass die Evaluation, die man im Testbetrieb gemacht hat, zeigt, dass es im Durchschnitt 6,1 Tage braucht. Es ist ja eigentlich schön, wenn der Bundesrat in dieser Frage so sportlich unterwegs ist. Aber wir sollten Zeitspannen ins Gesetz schreiben, die dann auch erreicht werden können. Darum, aufgrund dieses Evaluationsberichtes, hat die Kommissionsmehrheit festgehalten, dass die Eröffnung innerhalb von fünf Arbeitstagen geschehen muss. Es ist natürlich nicht verboten, das schneller zu machen. Fünf Tage sind die Maximaldauer, die man beanspruchen kann, aber es ist ja im Interesse aller Beteiligten, wenn die Verfahren schneller eingeleitet und damit beschleunigt werden können.

Statt drei oder fünf Arbeitstagen jetzt vier zu nehmen hat in der Kommission ausser Kollege Föhn gar niemanden überzeugt, darum steht Herr Föhn mit dieser Minderheit ja auch recht alleine da.

Ich denke, wichtig ist, dass diese Verfahren wirklich gestrafft werden, dass diejenigen, die daran beteiligt sind, wissen, dass es sich um Höchstdauern handelt, dass man die Eröffnung selbstverständlich auch schneller machen kann. Aber die Evaluation, die 6,1 Tage im Durchschnitt, hat die Mehrheit dazu bewogen, Ihnen für das Gesetz die Zeitangabe «innerhalb von fünf Arbeitstagen» vorzuschlagen.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich danke für die sportlichen Komplimente. Es ist jetzt nicht der ganz grosse Entscheid, den Sie hier fällen. Sie haben gesehen, was sich der Bundesrat vorgestellt hat und wovon er nach wie vor überzeugt ist, dass es eigentlich erreicht werden muss. Sie haben aber gleichzeitig auch die Realität im Testbetrieb gesehen. Es ist jetzt eben der Vorteil, dass wir diesen Testbetrieb haben und die Realität eins zu eins abbilden können. Da muss ich Ihnen jetzt ganz ehrlich sagen, dass die Kommissionsmehrheit mit ihrem Antrag einfach näher bei der Realität liegt.

Es sind Ordnungsfristen, und wir werden alles dafür tun, dass wir diese Fristen einhalten respektive auch unterschreiten können. Ihnen sollte aber bewusst sein, was in diesen wenigen Tagen gemacht werden muss: Es braucht einen Asylentscheid, der redigiert werden muss; dann muss der Entwurf der Rechtsvertretung zur Stellungnahme unterbreitet werden; dann gibt es allenfalls eine Stellungnahme, die dann auch im definitiven Asylentscheid mitberücksichtigt werden muss; und dann muss man den Asylentscheid noch eröffnen. All das in wenigen Tagen, das ist eben schon sportlich. Aber auch wenn Sie der Kommissionsmehrheit folgen, werden wir alles dafür tun, um vor allem auch diese Fristen einzuhalten. Gleichzeitig muss diese Arbeit – ich habe es eingangs auch gesagt – sehr sorgfältig gemacht werden.

In diesem Zusammenhang können Sie mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit durchaus gut leben, aber die Fassung der Minderheit würde uns hier auch nicht umbringen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 38 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 6 Stimmen
(0 Enthaltungen)

Art. 43 Abs. 1, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 43 al. 1, 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 45

Antrag der Kommission

Abs. 1 Bst. c, 2bis

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

... anzusetzen. (Rest streichen)

Art. 45

Proposition de la commission

Al. 1 let. c, 2bis

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

... de sept à trente jours. (Biffer le reste)

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Diese Bestimmung regelt den Inhalt der Wegweisungsverfügung sowie Ausreisefristen bei Personen, welche die Schweiz verlassen müssen. Ihre Kommission schlägt Ihnen vor, auf die vom Bundesrat vorgeschlagene detaillierte Regelung der Ausreisefrist im beschleunigten und im erweiterten Verfahren zu verzichten. Dies entspricht der heute bereits geltenden Regelung, wonach eine angemessene Ausreisefrist zwischen sieben und dreissig Tagen anzusetzen ist.

Angenommen – Adopté

Art. 46

Antrag der Kommission

Abs. 1bis

... zuständig. Für Personen nach Artikel 27 Absatz 4 bleibt der Standortkanton auch nach deren Aufenthalt in einem Zentrum des Bundes für den Vollzug der Wegweisung zuständig. Der Bundesrat kann vorsehen, dass ...

Abs. 1ter

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

Das SEM überwacht den Vollzug und erstellt zusammen mit den Kantonen ein Monitoring des Wegweisungsvollzugs.

Art. 46

Proposition de la commission

Al. 1bis

... qui abrite le centre. S'agissant de personnes visées à l'article 27 alinéa 4 cette règle s'applique également après le séjour dans un centre de la Confédération. Le Conseil fédéral peut prévoir ...

Al. 1ter

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

Le SEM surveille l'exécution et met sur pied, conjointement avec les cantons, un suivi de l'exécution des renvois.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission schlägt eine Ergänzung in Absatz 1bis vor. Demnach soll auch auf Gesetzesstufe klargestellt werden, was schon aus der Botschaft und der gemeinsamen Erklärung

der Kantone hervorgeht: Der ursprünglich als Vollzugskanton bezeichnete Kanton soll auch bei nichterfolgtm Vollzug einer Wegweisung aus einem Bundeszentrum weiterhin für den Vollzug der Wegweisung und die Ausrichtung von Nothilfe zuständig bleiben. Es handelt sich hier eigentlich um eine redaktionelle Präzisierung gegenüber der Version des Bundesrates.

Zu Absatz 3: Das ist nur noch eine kleine Ergänzung. Dem Staatssekretariat für Migration soll die Möglichkeit eingeräumt werden, den Vollzug zu überwachen und gemeinsam mit den Kantonen ein Monitoring des Wegweisungsvollzugs zu erstellen. Das ist eine wichtige Präzisierung, weil die Wegweisung auch immer wieder in der Kritik steht.

Angenommen – Adopté

Art. 52 Abs. 2; 68 Abs. 3; 69 Abs. 1; 72; 75 Abs. 4; 76 Abs. 5; 78 Abs. 4; Gliederungstitel vor Art. 80

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 52 al. 2; 68 al. 3; 69 al. 1; 72; 75 al. 4; 76 al. 5; 78 al. 4; titre précédant l'art. 80

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 80

Antrag der Kommission

Abs. 1–3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4

... Zentrum des Bundes aufhalten. Der Unterricht wird nach Bedarf in diesen Zentren durchgeführt. Der Bund kann für die Durchführung ...

Art. 80

Proposition de la commission

Al. 1–3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4

... dans ce centre. Au besoin, l'enseignement est dispensé dans le centre. La Confédération peut verser ...

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Der Bundesrat schlägt mit Absatz 4 vor, dass der Standortkanton den Grundschulunterricht für minderjährige Asylsuchende organisiert, welche sich in einem Zentrum des Bundes aufhalten. Der Bund kann dem Standortkanton für diese Aufgabe entsprechende Beiträge ausrichten.

Ihre Kommission schlägt nun eine Ergänzung von Absatz 4 vor, wonach der Grundschulunterricht nach Bedarf in diesen Zentren des Bundes stattfinden soll, um die Standortkantone bzw. die Standortgemeinden bei Bedarf entlasten zu können.

Angenommen – Adopté

Art. 80a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 82

Antrag der Kommission

Abs. 2bis

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3bis

Den besonderen Bedürfnissen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, Familien mit Kindern und betreuungs-

bedürftigen Personen ist bei der Unterbringung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Art. 82

Proposition de la commission

Al. 2bis

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3bis

Lors de l'hébergement des requérants d'asile mineurs non accompagnés, des familles avec enfants et des personnes ayant besoin d'un encadrement, il y a lieu de tenir compte autant que faire se peut des besoins particuliers des bénéficiaires.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ihre Kommission beantragt, in Absatz 3bis eine weitere Bestimmung aufzunehmen, wonach den besonderen Bedürfnissen von unbegleiteten Minderjährigen, Familien mit Kindern und betreuungsbedürftigen Personen bei der Unterbringung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen ist. Wir haben das vorher eigentlich schon einmal erwähnt, als es um die Frage ging, ob man gesonderte Zentren bilden sollte. Ich möchte einfach noch einmal darauf hinweisen, dass dieser Text hier noch entsprechend eingefügt wurde.

Angenommen – Adopté

Art. 88 Abs. 1, 3bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 88 al. 1, 3bis

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 89b

Antrag der Kommission

Titel

Rückforderung und Verzicht auf die Ausrichtung von Pauschalabgeltungen bei Vollzugsversäumnissen eines Kantons
Abs. 1

Der Bund kann bereits ausgerichtete Pauschalabgeltungen nach Artikel 88 und nach den Artikeln 55 und 87 AuG zurückfordern, wenn ein Kanton die Vollzugaufgaben gemäss Artikel 46 nicht oder nur mangelhaft erfüllt und keine entschuldigen Gründe vorliegen.

Abs. 2

Führt die Nichterfüllung oder die mangelhafte Erfüllung von Vollzugaufgaben nach Artikel 46 zu einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer der betroffenen Person in der Schweiz, so kann der Bund darauf verzichten, die entsprechenden beim Kanton anfallenden Kosten durch Pauschalabgeltungen nach Artikel 88 und nach den Artikeln 55 und 87 AuG zu entschädigen.

Art. 89b

Proposition de la commission

Titre

Remboursement et renonciation au versement d'indemnités forfaitaires en cas de manquements d'un canton à ses obligations en matière d'exécution

Al. 1

La Confédération peut réclamer le remboursement d'indemnités forfaitaires déjà versées conformément à l'article 88, ainsi qu'aux articles 55 et 87 LEtr, lorsqu'un canton ne remplit pas ses obligations en matière d'exécution comme le prévoit l'article 46 ou ne les remplit que partiellement et que rien ne justifie de tels manquements.

Al. 2

Si le fait de ne pas remplir ses obligations en matière d'exécution comme le prévoit l'article 46 ou de ne les remplir que partiellement entraîne une prolongation de la durée du séjour de l'intéressé en Suisse, la Confédération peut renoncer

à verser au canton les indemnités forfaitaires visées à l'article 88 et aux articles 55 et 87 LEtr.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Bei der vorliegenden Bestimmung geht es um die Durchsetzung der Vollzugspflicht der Kantone bei Vorliegen eines rechtskräftigen Asyl- und Wegweisungsentscheides. Ihrer Kommission war es ein wichtiges Anliegen, auch im Bereich des Wegweisungsvollzuges geeignete Massnahmen vorzuschlagen. Die Neustrukturierung des Asylbereichs kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn auch zielführende Massnahmen im Bereich des Wegweisungs vollzuges vorgesehen werden. Ihre Kommission beantragt deshalb die Aufnahme einer neuen Bestimmung, wonach die Subventionen des Bundes gestrichen oder zurückgefordert werden, wenn die Kantone ihrer Vollzugspflicht nicht oder nicht gehörig nachkommen und keine entschuldigen Gründe vorliegen.

Cramer Robert (G, GE): Comme je l'ai indiqué dans le débat d'entrée en matière, il n'y a pas loin de 50 amendements qui ont été déposés lors des travaux de la commission. Ici, on a affaire à une proposition qui a été reformulée par l'administration et qui, finalement, a été adoptée en commission sans opposition et je dirai, pour certains d'entre nous – moi en particulier –, un peu par souci de compromis.

Il ne faut cependant pas se cacher que l'article 89b, qui est une espèce de disposition punitive à l'égard des cantons, n'a pas pour vocation d'être très largement appliqué, car il s'agit en définitive d'une disposition de principe qui est plutôt formulée à titre préventif. Examinons-la.

D'abord, on voit qu'elle contient une formulation potestative. C'est donc déjà un premier élément qui nous met sur la piste.

Puis, si nous la lisons jusqu'au bout, nous voyons que, pour qu'on puisse l'appliquer, il faut qu'une double condition soit remplie. D'une part, il faut qu'un canton ne remplisse pas ses obligations; d'autre part, il faut en plus que «rien ne justifie de tels manquements». C'est donc dire qu'une très grande marge d'appréciation est réservée à l'administration. Lors des débats en commission, nous avons bien entendu que cette disposition ne serait appliquée qu'avec beaucoup de retenue. Notons encore que, si jamais elle devait être appliquée, il serait encore possible au canton, s'il n'est pas d'accord avec la décision prise, de faire recours et celui-ci serait déposé devant le Tribunal fédéral. On aurait donc un procès entre un canton et la Confédération arbitré par les juges fédéraux.

Vous comprenez donc à l'écoute de mes propos que je ne suis pas très enthousiasmé par ce texte et que je trouve un peu étonnant que ce soit notre Chambre des cantons, qui devrait être garante de l'autonomie des cantons et de la bonne entente confédérale, qui adopte une telle disposition qui va nous permettre d'envisager des procès entre la Confédération et des cantons.

Ceci dit, je ne me suis pas opposé à cette disposition en commission et je n'entends pas déposer de proposition demandant de la biffer, mais je pense que le Conseil national devrait examiner assez attentivement ce qu'il en est de ce texte et peut-être procéder à l'audition des cantons pour leur demander ce qu'ils en pensent, surtout si on se souvient que toute la loi a été rédigée en étroite harmonie et entente avec les cantons. Il serait tout à fait intéressant d'entendre leur avis sur cette disposition.

Schwaller Urs (CE, FR): Ich möchte nach dieser Auslegung von Artikel 89b nur einen Satz sagen: Als Ständerat sind wir, glaube ich, auch mitverantwortlich dafür, dass rechtskräftige Entscheide auch umgesetzt und durchgesetzt werden.

Berberat Didier (S, NE): J'ai écouté attentivement Monsieur Cramer. Des garanties ont été données en commission. Madame la présidente de la Confédération, pourriez-vous nous confirmer l'interprétation de Monsieur Cramer selon laquelle cet article sera utilisé avec grande parcimonie, à titre exceptionnel et selon des conditions assez strictes? Il serait inté-

ressant d'avoir ici une prise de position de la part du Conseil fédéral.

Levrat Christian (S, FR): Un mot ou, plutôt, des questions: comment en sommes-nous arrivés à intégrer cette disposition dans le texte de la loi, cette dernière n'ayant à l'évidence pas été prévue au départ? Pensez-vous à un canton particulier? Etes-vous d'avis que cela devrait être appliqué de manière immédiate à un cas d'espèce ou s'agit-il simplement de prudence et d'une entorse future au fédéralisme?

Engler Stefan (CE, GR): Unsere welschen Kollegen haben die Diskussion provoziert, nämlich zur Frage, ob in der Schweiz der Vollzug der Asylgesetzgebung in jedem Kanton gleich gehandhabt wird oder nicht. Das war auch der Grund, aus dem von der Kommission verlangt wird, dass in Zukunft ein Monitoring darüber geführt wird, damit daraus ersehen werden kann, wie die Kantone den Vollzug des Asylrechts bewältigen. Es gibt Statistiken darüber, welche Kantone vorbildlich getroffene Entscheide möglichst schnell umsetzen und welche Kantone da zurückhaltender sind. Dafür mag es gute Gründe wie etwa die fehlenden Haftplätze geben. Ich glaube, dass es durchaus auch im Sinne der Gleichbehandlung aller Kantone richtig ist, dass möglichst alle Kantone im Vollzug gleich funktionieren, was für die Glaubwürdigkeit des Asylrechts relevant ist. Entsprechend gehört jetzt auch die Bestimmung von Artikel 89b dazu, wonach derjenige, der ohne gute Gründe den Vollzug des Asylrechts vernachlässigt, nicht noch dafür belohnt wird.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Sie haben es beim Eintreten auf diese Vorlage selber mehrmals gesagt: Ein konsequenter Vollzug gehört zu einem glaubwürdigen Asylwesen. Der Vollzug ist eine Aufgabe der Kantone. Die Kantone sind von Gesetzes wegen verpflichtet, eine rechtskräftige Wegweisung zu vollziehen. Es gibt auch keinen Ermessensspielraum für die Kantone, aus subjektiven Gründen oder aus anderen Gründen einen Vollzug auszusetzen. Das heisst, hier gibt es eigentlich keinen Spielraum.

Wir haben mit den Kantonen vereinbart, dass wir ein Monitoring machen und damit schauen wollen, dass diese gesetzliche Aufgabe von allen Kantonen gleich gehandhabt wird. Wir sind daran, dieses Vollzugsmonitoring aufzubauen. Herr Levrat, Sie haben gefragt, ob wir an einen speziellen Kanton denken: Es geht nicht darum, mit dem Finger auf einen Kanton zu zeigen. Es geht darum, dass, wenn ein Vollzug nicht gemacht wird, natürlich Kosten entstehen, und zwar Kosten, die alle mittragen: Es sind, wegen der Globalpauschale, Sozialhilfekosten; es sind, wegen der Nothilfepauschale, Nothilfekosten; es gibt unter Umständen eine Integrationspauschale. Wenn Dublin nicht vollzogen wird, müssen wir einen Selbsteintritt machen, und das hat einfache Kostenfolgen. Ich denke, es ist auch im Sinne einer gemeinsamen Aufgabe richtig, dass die Kantone diese Aufgabe, die ihnen zusteht, solidarisch, das muss ich hier auch sagen, machen. Aber wir möchten nicht mit einem Finger auf einen Kanton zeigen, und wir wollen auch nicht einen Kanton an den Pranger stellen. Es war auch ein Bedürfnis der Kantone, dass diese Aufgabe in allen Kantonen gleich gehandhabt wird.

Wir haben das Vollzugsmonitoring; wir besprechen das mit den Kantonen, wir wollen das tun. In Ihrer Kommission ist dann der Vorschlag aufgetaucht, das auch ins Gesetz zu schreiben. Ich sage Ihnen so viel: Wir haben uns nicht dagegen gewehrt. Wir möchten das sowieso mit den Kantonen zusammen machen und dies nicht als eine Massnahme gegen die Kantone verstanden wissen, sondern mit den Kantonen zusammen durchführen.

Angenommen – Adopté

Art. 91 Abs. 2ter, 4bis; 93a; 93b; 94; Gliederungstitel vor Art. 95a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 91 al. 2ter, 4bis; 93a; 93b; 94; titre précédant l'art. 95a

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 95a

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2, 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

... ist im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens und der Interessenabwägung zu berücksichtigen.

Art. 95a

Proposition de la commission

Al. 1, 2, 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

... est pris en compte dans le cadre de la procédure d'approbation des plans et de la pesée des intérêts.

Angenommen – Adopté

Art. 95b; Gliederungstitel vor Art. 95c; Art. 95c–95h

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 95b; titre précédant l'art. 95c; art. 95c–95h

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 95i

Antrag der Kommission

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

... verlängern. Die Verlängerung ist ausgeschlossen, wenn sich die massgebenden tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse seit der rechtskräftigen Erteilung der Plangenehmigung wesentlich verändert haben.

Art. 95i

Proposition de la commission

Al. 1, 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

... au plus. Toute prolongation est exclue si les conditions effectives et juridiques qui sont déterminantes ont fondamentalement changé depuis l'entrée en force de la décision d'approbation des plans.

Angenommen – Adopté

Art. 95j; Gliederungstitel vor Art. 95k; Art. 95k; Gliederungstitel vor Art. 95l; Art. 95l; Gliederungstitel vor Art. 99a; Art. 99a Abs. 3 Bst. b; 99b Bst. d; Gliederungstitel vor Art. 102

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 95j; titre précédant l'art. 95k; art. 95k; titre précédant l'art. 95l; art. 95l; titre précédant l'art. 99a; art. 99a al. 3 let. b; 99b let. d; titre précédant l'art. 102

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 102f

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Föhn, Minder)
Streichen

Antrag Hösli
Abs. 1

Asylsuchende Personen, deren Gesuch in einem Zentrum des Bundes behandelt wird, haben bis zum erstinstanzlichen Asylentscheid Anspruch auf unentgeltliche Beratung und Rechtsvertretung.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 102f

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Föhn, Minder)

Biffer

Proposition Hösli

Al. 1

Le requérant dont la demande est traitée dans un centre de la Confédération a droit à un conseil et à une représentation juridique gratuits jusqu'à la décision d'asile prise en première instance.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Hösli Werner (V, GL): Eines der primären Ziele im Asylbereich muss die faire und rasche Behandlung der Asylgesuche sein. Dies, damit die Gesuchsteller in kurzer Zeit eine Einschätzung der Chancen oder einen ersten Entscheid haben und sich so automatisch die Spreu vom Weizen trennt und die nichtanerkannten Flüchtlinge rasch ordnungsgemäss ausgewiesen respektive zurückgeführt werden können. Dass diese gesamte Grundarbeit fachlich und rechtsstaatlich richtig abläuft, das muss sein. Ob dies gleichzeitig vom Staat, in dem um Asyl nachgesucht wird, auch vollumfänglich zur Verfügung gestellt und bezahlt werden soll, darüber kann man streiten. Wenn man aber davon ausgeht, dass richtige Flüchtlinge eigentlich nur noch mit ihren eigenen Kleidern am Leib in einen Staat, in unserem Fall also in die Schweiz, einreisen, hat diese Kostenübernahme Logik und ist grundsätzlich nötig. Dass es dann aber bei einem negativen erstinstanzlichen Entscheid nicht – ich betone: nicht – Sache der Schweiz ist, gegen den eigenen Entscheid Rekurs zu erheben, Kosten zu steigern und die erste Instanz damit unweigerlich und unzweifelhaft selber infrage zu stellen, ist ebenso logisch und ein Gebot der Stunde.

In dieser Gesamtschau betrachte ich meinen Einzelantrag zu diesem Artikel, welchem ja das System der Kostenübernahme bis zum erstinstanzlichen Urteil zugrunde liegt, als realitäts- und praxisnah sowie als der humanen Schweiz angemessen. Er ist kein Kompromiss zwischen der Mehrheit und der Minderheit gemäss Fahne, sondern ein Lösungsansatz, der die Rechte und Pflichten eines Staates, in dem um Asyl nachgesucht wird, meines Erachtens am ehesten abbildet.

Auch ergeben sich dadurch verfahrensmässig klare Normvorgaben und Vereinheitlichungen. Dies erhöht die Rechtssicherheit für die Asylsuchenden, beschleunigt tendenziell das Verfahren und sollte sich kostenmässig letztlich für den Staat nicht nur negativ auswirken.

Wir von der Subkommission 4 der ständerätlichen Finanzkommission haben im Februar dieses Jahres den Testbetrieb in Zürich besucht und uns vor Ort über die Erkenntnisse und Erfahrungen informieren lassen. Ich meine, festgestellt zu haben, dass es kein Larifari-Betrieb ist, die Verfahren beschleunigt werden und trotzdem die gewünschte Rechtssicherheit mit entsprechendem Vertrauen in das Verfahren besteht. Durch die Tatsache, dass die Rechtsvertretung zum Entwurf eines ablehnenden Asylentscheides nochmals Stellung nehmen kann, ist das erstinstanzliche Verfah-

ren sehr transparent und asylsuchendenfreundlich aufgebaut. Deshalb hat alsdann der erstinstanzliche Entscheid eine hohe Akzeptanz und ist rechtlich sehr fundiert.

Nun aber im Gesetz, wie es gemäss Fassung des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit daherkommt, festzulegen, dass der Bund jenen, die gewillt sind, Beschwerde gegen diesen Entscheid zu führen, eine Rechtsvertretung zur Beschwerdeerhebung zur Verfügung zu stellen und dies alles gleich auch noch zu bezahlen hat, ist inakzeptabel. Stellen Sie sich einmal vor, Sie bekommen für einen privaten Bau von der zuständigen Staatsebene die Baubewilligung. Ihr Nachbar will nun dagegen Einsprache erheben, und Sie haben ihm einen Rechtsvertreter zur Verfügung zu stellen und diesen samt allen damit zusammenhängenden Kosten gleich auch noch zu bezahlen, nur damit Ihr Nachbar Ihr eigenes Vorhaben verzögern kann, weil er klare Gesetzesgrundlagen nicht akzeptieren will. Oder Sie sind Besitzer einer Wohnung und kündigen Ihrem Mieter ordnungs- und rechtmässig. Nun müssen Sie dem Mieter einen Rechtsvertreter für seine Beschwerde gegen die Kündigung zur Verfügung stellen und diesen nebst sämtlichen übrigen Kosten auch noch bezahlen. Ich frage Sie: Würden Sie das machen? Sie müssen diese Frage nicht beantworten. Ich mache es für Sie alle hier im Saal: Sie würden sich zu Recht mit Händen und Füßen gegen ein solches Vorgehen wehren. Aber in diesem Asylgesetz wollen Sie nun eine noch weiterführende Regelung verankern. Sie bezahlen sämtliche Kosten, auch die dadurch steigenden Kosten der Gerichte, um das eigene Urteil anzufechten.

Auch das Bundesverwaltungsgericht steht dem Ansinnen des Bundesrates ablehnend gegenüber. Man befürchtet, wie in den Niederlanden, einen Weiterzug von 90 Prozent der Entscheide. Das ist eine nicht unwahrscheinliche Folgerung, wenn sogar eigene Entscheide des Bundes mit Bundesgeldern angefochten werden können. Der Testbetrieb hat dies noch nicht bestätigt. Aber es war auch ein reduzierter Testbetrieb, nicht mit der ganzen Breite des Gesichtsspektrums, und die Erfahrungen sind noch sehr kurzzeitig.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu Artikel 102h sagen. Hier habe ich die Ansicht, dass für die unentgeltliche Rechtsvertretung Antrag zu stellen ist. Der Bundesrat möchte die Rechtsvertretung ohne entsprechenden Antrag zuteilen. Asylbewerber müssen gemäss Bundesrat ausdrücklich auf die Rechtsvertretung verzichten, wenn sie diese nicht wollen. Das entbehrt jeglicher Usanz in unserem Land. Ausser für das Geborenwerden und das Sterben haben wir in unserem irdischen Schweizer Leben wohl für alles ein Gesuch zu stellen, Formulare auszufüllen, Anträge einzureichen. Asylbewerber wird freimütig und grosszügig gleich zu Beginn mehr zugestanden als jedem Bewohner dieses Staates. Das kann bzw. darf es nicht sein.

Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen. Sie handeln damit fair, rechtsstaatlich und logisch.

Föhn Peter (V, SZ): Ich beantrage Ihnen, die Artikel 102f bis 102m, auf der Fahne auf den Seiten 47 bis 52, zu streichen. Weshalb? Auch mein Kanton hatte das in der Vernehmlassung klar verlangt, denn er sagt auch, dass die Bundesverfassungsnorm absolut genügend sei. Diese Artikel sind für mich von grösster Wichtigkeit. Sie werden jetzt zwar von allen Seiten sehr gerühmt, sie dürfen meiner Meinung nach aber auch hinterfragt und kritisch betrachtet werden.

Wir halten auf Gesetzesstufe unmissverständlich fest, dass ab Beginn der Vorbereitungsphase und für das weitere Asylverfahren jeder Person eine Rechtsvertretung zugeteilt wird – mein Kollege Hösli hat es richtig gesagt –, sofern die asylsuchende Person, man höre und staune, nicht ausdrücklich darauf verzichtet. Wie dem Kanton Schwyz genügt auch mir die Verfassungsnorm. Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege hat man unter anderem, wenn das Begehren nicht aussichtslos erscheint. Hier im Asylgesetz bekommen alle Asylsuchenden unentgeltliche Rechtsvertretung, wenn sie nicht ausdrücklich darauf verzichten. Zahlen kann man immer zurechtbiegen, das heisst nur diejenigen Vergleiche einbringen und heranziehen, welche dann auch positiv und

sehr schön daherkommen, wie heute bei der Eintretensdebatte. Wie sehen diese Zahlen aber allenfalls morgen aus? Wenn sie dann nicht mehr genügen, was machen wir dann? Wir Schweizer sind bestrebt, jeder Person immer alles und jedes zu bieten, das heisst Entgegenkommen, wo immer möglich. Hier beantrage ich, dass unentgeltliche Rekursmöglichkeiten mit allen möglichen Rechtsmitteln nur so weit wie unbedingt notwendig zu geben sind.

Ich befürchte, dass hier etwas verankert wird, was nicht unbedingt sein muss und was es auch nicht unbedingt braucht. Auch wenn das heute schön geredet wird, befürchte ich in absehbarer Zeit eine Aufblähung der Verfahren durch mehr Beschwerden. Das wird sich sicher rasch herumsprechen. Ich befürchte eine unmittelbare Überlastung des Bundesverwaltungsgerichtes wegen einer massiven Steigerung der Beschwerdequote. Oberstes Ziel dieser Gesetzesanpassung ist aber die Verkürzung des gesamten Verfahrens.

Wir Schweizer sind keine Unmenschen, im Gegenteil: Wir empfangen die Asylsuchenden offen und bieten ihnen ein faires Verfahren an. Aber dies darf auch seine Grenzen haben. Ich befürchte eine massive Steigerung der Beschwerdequote, von heute unter 50 Prozent auf 90 Prozent wie in Holland, wo dies angeboten wird; es ist schon gesagt worden.

Frau Bundespräsidentin, kann das von unseren Gerichten bewältigt werden? Ich fürchte nein, von den horrenden Kosten ganz zu schweigen. Da wird wieder ein lukrativer Geschäftszweig auf dem Buckel der Allgemeinheit, das heisst auf dem Buckel des Steuerzahlers, aufgebaut.

Wie schon gesagt, hat auch der Kanton Schwyz in der Vernehmlassung diese Artikel klar abgelehnt. Ich zitiere: «Gemäss Artikel 29 Absatz 3 der Bundesverfassung hat jede Person, die nicht über die erforderlichen Mittel verfügt, Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, wenn ihr Rechtsbehagen nicht aussichtslos erscheint. Soweit es zur Wahrung ihrer Rechte notwendig ist, hat sie ausserdem Anspruch auf unentgeltlichen Rechtsbeistand. Diese Anspruchsvoraussetzungen haben auch im Asylverfahren zu gelten.»

Ich bitte Sie, die Attraktivität der Schweiz nicht noch weiter zu erhöhen und auszubauen, sondern eher zurückzufahren. Das heisst für mich: danke für die Unterstützung des Minderheitsantrages!

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Ich äussere mich zum Minderheitsantrag und zu den Überlegungen der Kommissionsmehrheit. Der Antrag Hösli lag in der Kommission nicht vor, und ich würde die Kommentierung dieses Antrages der Bundespräsidentin überlassen.

Wir haben uns in der Kommission nun grundsätzlich zu diesem Rechtsschutz, zu den Beschwerdeverfahren usw. informieren lassen; dies auch aufgrund unserer Forderung vor vier Jahren, dass wir ein beschleunigtes Verfahren wollten, dass wir aber auch für den Rechtsschutz Vorschläge wollten. Das waren die ganz wichtigen Eckpfeiler vor vier Jahren, die wir von der Kommission her dem Bundesrat in Auftrag gegeben haben. Wir haben auch zu den Erfahrungen aus dem Pilotbetrieb, zur Evaluation dieser ersten Monate, die Diskussion geführt. Wir sind zur Auffassung gekommen, dass es, um die raschen Verfahren im Rahmen der Neustrukturierung rechtsstaatlich korrekt und fair durchzuführen, richtig ist, den Asylsuchenden einen unentgeltlichen Rechtsschutz gewähren zu können. Deshalb soll für Asylsuchende im beschleunigten Verfahren und im Dublin-Verfahren als flankierende Massnahme zum raschen Verfahren ein Anspruch auf eine kostenlose Beratung und Rechtsvertretung vorgesehen werden.

Die Mehrheit folgt dem Entwurf des Bundesrates und spricht sich für den vorgeschlagenen Rechtsschutz aus. Sie ist darum auch den Vorschlägen gemäss den Artikeln 102f bis 102m des Asylgesetzes ohne jegliche Änderung gefolgt. Die Minderheit Föhn, der auch Herr Minder angehört, will diese Artikel ersatzlos streichen. Das heisst, sie ist eigentlich nicht mehr bereit, den Auftrag, den wir dem Bundesrat für dieses beschleunigte Verfahren gegeben haben, hier mitzutragen.

Der vom Bundesrat vorgeschlagene Rechtsschutz ist ein in sich geschlossenes Konzept, und es scheint mir eben schon noch wichtig, dass wir unser Augenmerk darauf richten. Änderungen bei der Ausgestaltung des Rechtsschutzes – das wird auch für den Antrag Hösli gelten – würden zwangsläufig zu einem Anpassungsbedarf bezüglich des Gesamtkonzeptes führen und weitere Folgen in anderen Bereichen, z. B. bei der Finanzierung, bei der Unterbringung usw., nach sich ziehen. Der Verzicht auf ein oder mehrere Elemente des Rechtsschutzes respektive auf den Rechtsschutz generell würde dazu führen, dass ein rechtsstaatlich korrektes und faires Verfahren nicht mehr garantiert und das vorrangige Ziel der Neustrukturierungsvorlage, nämlich die Beschleunigung der Verfahren, gefährdet wären.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, den Minderheitsantrag abzulehnen und der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen.

Schwaller Urs (CE, FR): Ich möchte zwei kurze Bemerkungen machen und eine abschliessende Frage stellen.

Ich glaube, wir alle wollen verkürzte, aber faire Verfahren. Solche Verfahren setzen voraus, dass die Betroffenen informiert sind und dass ihnen von einer unabhängigen Stelle, das heisst von einer unabhängigen Rechtsberatung, gerade auch erklärt wird, wie die Chancen des Erst- und des Beschwerdeverfahrens stehen. Ich habe mir das Zentrum in Zürich ebenfalls angeschaut. Es hat mich überzeugt, auch das Vorgehen, gerade bei der Rechtsberatung. Die Rechtsberatung hat bei mir einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Sie hat mich davon überzeugt, dass man dort nicht Beschwerde führt, bloss um Beschwerde zu führen. Nach meinen Informationen sind sehr viel weniger Beschwerden eingetroffen als erwartet. Ich glaube, über das ganze Jahr, bis im letzten März, wurden 117 Beschwerden eingereicht. Das ist eigentlich eine kleine Zahl. Darum meine ich, dass dieses System funktioniert. Die staatliche Finanzierung des Rechtsschutzes ist für mich schon zentral. Wir können diese Aufgabe nicht einfach an die Hilfswerke oder die Kirchen delegieren.

Herr Hösli, Sie haben uns nun einige Beispiele vorgetragen. Wenn ich alle richtig mitbekommen habe, muss ich darauf sagen: Das waren lauter Beispiele aus dem Privatrecht, lauter privatrechtliche Streitigkeiten. Die Ansprüche in solchen Verfahren können Sie nicht tel quel mit den Ansprüchen in einem öffentlich-rechtlichen Verfahren vergleichen, in dem es um Asyl und letztlich um den Schutz von Leib und Leben geht. Insofern greifen Ihre Vergleiche meines Erachtens zu kurz.

Nun komme ich zu meiner Frage: Ich war schon erstaunt darüber – vielleicht habe ich etwas nicht mitbekommen –, dass das Bundesverwaltungsgericht sich heute noch dagegen ausspricht, dass man auch für das Beschwerdeverfahren eine Rechtsberatung einrichtet. Wenn es wirklich so sein sollte, wäre ich schon erstaunt. So verstehe ich eigentlich die Rolle des Bundesverwaltungsgerichtes nicht. Herr Hösli hat einen Artikel aus der «Südosstschweiz» zitiert. Ich habe ihn auch gelesen. Herr Hösli hat erklärt, man habe dort darauf verwiesen, das Bundesverwaltungsgericht habe vor einer Mehrbelastung sowie vor hohen Zusatzkosten für das Gericht gewarnt, weil mithilfe des Gratisanwalts allzu leicht Beschwerde erhoben werde. Dabei wurde auf die Niederlande verwiesen. Aber wenn man den Beitrag weiterliest, stösst man dann darauf, dass auch das Gericht sich überrascht gezeigt hat, dass «nur» 117 Beschwerden eingereicht worden seien und nicht mehr. Darum, Frau Bundespräsidentin, sofern Sie die Frage beantworten können: Spricht sich das Bundesverwaltungsgericht heute tatsächlich dagegen aus, dass man auch eine unentgeltliche Rechtsberatung für Beschwerdeverfahren einrichtet? Für das erstinstanzliche Verfahren wird diese Rechtsberatung auch von Ihnen, Kollege Hösli, nicht bestritten, sondern Sie bestreiten sie nur für das Beschwerdeverfahren.

Eine Antwort wäre mir schon noch wichtig. Ich halte dafür, dass dies dazugehört: kurze, faire Verfahren mit einer Rechtsberatung. Dann haben wir auch die rechtsstaatlichen Garantien.

Insofern werde ich, unter Vorbehalt einer völlig anders lautenden Antwort, die beiden Anträge sicher ablehnen.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Die Zahlen wurden genannt. Die Befürchtung, dass eine Rechtsvertretung bei den Beschwerden zu einer hohen Beschwerdequote führt, hat sich im Testbetrieb einfach nicht bewahrheitet. Das hat sicher auch damit zu tun, dass wir die Rechtsvertreter im Testbetrieb nicht für das Einreichen einer Beschwerde bezahlen, sondern wir haben eine pauschale Abgeltung vorgesehen. Da muss sich ein Rechtsvertreter auch überlegen, ob er in einer aussichtslosen Situation trotzdem noch eine Beschwerde macht oder nicht. Wir werden das auch in Zukunft so handhaben. Wir geben bei unserer Bezahlung keine Anreize, um Beschwerden zu machen, aber wir geben auch keine Anreize, um auf eine Beschwerde zu verzichten, nur weil das Geld nicht reicht. Da kann uns gerade die Arbeit im Testbetrieb wertvolle Hinweise liefern. Dort sehen wir, wie gross der Aufwand ist, wie viele Stunden benötigt werden, wie die Abgeltung aussieht. Mit der pauschalen Abgeltung können wir verhindern, dass Anreize für Beschwerden entstehen; das werden wir weiterhin so handhaben.

Ich möchte mich in erster Linie zum Einzelantrag Hösli äussern. Der Antrag verlangt, dass ein Asylsuchender nach einem erstinstanzlichen Entscheid einen Antrag stellen muss, wenn er eine Rechtsvertretung für die Beschwerde haben will. Das heisst, das SEM muss jeden einzelnen Antrag auf eine Rechtsvertretung für das Beschwerdeverfahren, der gestellt wird, überprüfen. Es muss dann einen Entscheid fällen, und es muss ihn im Falle einer Ablehnung begründen. Der Entscheid kann angefochten werden. Bei der letzten Asylgesetzrevision hat das Parlament aber entschieden: Wir wollen diese Verfahren in den Verfahren nicht mehr. Das ist Gift für die Beschleunigung. Es besteht eine Frist von acht Arbeitstagen, wie wir heute gesagt haben, um den Entscheid zu fällen. Wir haben eine Beschwerdefrist von sieben Arbeitstagen. Wenn Sie dazwischen noch den Antrag jedes einzelnen Antragstellers prüfen und einen Entscheid fällen müssten, dann hätten Sie wieder ein Verfahren im Verfahren. Das würde zu Verzögerungen führen. Sie müssen schon abwägen: Lohnt sich dieser Aufwand, wenn sicher ist, dass es wieder zu einem Verfahren kommt?

Ein weiterer Punkt: Wir haben im beschleunigten Verfahren, davon sprechen wir hier, die Beschwerdefristen von dreissig auf sieben Arbeitstage reduziert; das ist eine massive Reduktion. Das Bundesamt für Justiz ist der Meinung, dass diese massive Reduktion einer Beschwerdefrist verfassungsrechtlich nur gemacht werden kann, wenn klar ist, dass jemand den Asylsuchenden beiseitesteht, der sich dann nicht noch in ein Dossier einarbeiten muss – das schaffen Sie in sieben Arbeitstagen einfach nicht – und einen Antrag stellen muss. Da muss ich Ihnen einfach sagen, dass dann die Beschwerdefrist aus verfassungsrechtlichen Gründen für alle wieder verlängert werden müsste, falls dort kein Rechtsvertreter zur Verfügung stünde. Schauen Sie, wir wollen keine Beschwerden verhindern, aber wir wollen verhindern, dass Beschwerden gemacht werden, um das Verfahren zu verzögern, um Zeit zu gewinnen. Eine zweite Überprüfung ist bei einem solch elementaren, zentralen Entscheid absolut möglich und auch gerechtfertigt. Aber wir wollen keine Beschwerdefristen, die dann insgesamt zu einer Verzögerung führen. Das müssten wir in Kauf nehmen, wenn wir die Rechtsvertretung nicht mehr sicherstellen würden.

Der Einzelantrag Hösli hätte noch eine weitere Auswirkung: Der Antrag besagt auch, dass im erweiterten Verfahren, bei dem auch nur noch eine Rechtsberatung zur Verfügung steht, der Rechtsvertreter, der das Dossier geführt hat, der Rechtsberatungsstelle die Information nicht mehr weitergeben darf. Ich muss Ihnen sagen, dass wir bei einem Handwechsel alles Interesse haben, dass der Rechtsvertreter diese Information an die kantonale Rechtsberatungsstelle weitergeben kann. Das wäre mit dem Einzelantrag Hösli dann unterbrochen, das wäre eben nicht mehr möglich, das wird mit diesem Antrag auch verlangt.

Zur Stellungnahme des Bundesverwaltungsgerichtes kann ich Ihnen nur so viel sagen: Das Bundesverwaltungsgericht ist in der Begleitgruppe für den Testbetrieb vertreten. Diese Begleitgruppe kann mitreden, kann mitbeobachten; sie sieht, wie die Evaluation gemacht wird. Wir haben in dieser Begleitgruppe nie eine Fundamentalopposition des Bundesverwaltungsgerichtes wahrgenommen. Es gibt Richter, die auch Bedenken haben, die Angst haben, vielleicht plötzlich mit Druck konfrontiert zu sein, weil wir jetzt auch Ordnungsfristen vorgesehen haben, denn ein Teil der Beschleunigung betrifft auch die Entscheide des Bundesverwaltungsgerichtes. Das Bundesverwaltungsgericht ist jedoch wirklich involviert. Wenn hier grössere Bedenken auftauchen, dann nehmen wir die ernst. Aber wir haben nicht gehört, dass in der Begleitgruppe eine Fundamentalopposition vorhanden wäre. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Einzelantrag Hösli abzulehnen. Wir müssten gemäss diesem Antrag, das hat die Kommissionspräsidentin gesagt, das ganze System der Beschwerdefristen neu aufgleisen, damit es auch in Zukunft verfassungskonform wäre. Ich glaube, das kann nicht der Sinn dieser Übung sein.

Zum Antrag der Minderheit Föhn hat die Kommissionspräsidentin Ausführungen gemacht. Ich glaube, wir haben beim Eintreten die Argumente auf den Tisch gelegt. Ich bitte Sie, hier die Kommissionmehrheit zu unterstützen.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 32 Stimmen

Für den Antrag Hösli ... 10 Stimmen

(1 Enthaltung)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 9 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 102g

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Föhn, Minder)

Streichen

Art. 102g

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Föhn, Minder)

Biffer

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 102h

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Föhn, Minder)

Streichen

Antrag Hösli

Abs. 1

Jeder asylsuchenden Person wird ab Beginn der Vorbereitungsphase und bis zum Abschluss des erstinstanzlichen Asylverfahrens eine Rechtsvertretung zugeteilt, sofern die asylsuchende Person dies beantragt.

Abs. 3

Die Rechtsvertretung dauert ungeachtet des Verfahrens bis zum erstinstanzlichen Entscheid.

Abs. 4

Streichen

Art. 102h*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Föhn, Minder)

Biffer

*Proposition Hösli**Al. 1*

Dès le début de la phase préparatoire et jusqu'au terme de la procédure d'asile menée en première instance, le requérant se voit attribuer un représentant légal s'il en fait la demande.

Al. 3

Quelle que soit la procédure appliquée, la représentation juridique est assurée jusqu'à la décision prise en première instance.

Al. 4

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 102i, 102j***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Föhn, Minder)

Streichen

Art. 102i, 102j*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Föhn, Minder)

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 102k***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Föhn, Minder)

Streichen

*Antrag Hösli**Abs. 1 Bst. d, f*

Streichen

Art. 102k*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Föhn, Minder)

Biffer

*Proposition Hösli**Al. 1 let. d, f*

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Gliederungstitel vor Art. 102i; Art. 102i; Gliederungstitel vor Art. 102m***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Föhn, Minder)

Streichen

Titre précédant l'art. 102i; art. 102i; titre précédant l'art. 102m*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Föhn, Minder)

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 102m***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Föhn, Minder)

Streichen

Antrag Hösli

Streichen

Art. 102m*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Föhn, Minder)

Biffer

Proposition Hösli

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Gliederungstitel vor Art. 103; Art. 108; 109; 110 Abs. 1, 3, 4; 110a; 111 Bst. d; 111abis; 111ater; 111b Abs. 1; 111c Abs. 1; Ziff. II***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre précédant l'art. 103; art. 108; 109; 110 al. 1, 3, 4; 110a; 111 let. d; 111abis; 111ater; 111b al. 1; 111c al. 1; ch. II*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Ziff. III***Antrag der Kommission**Abs. 1, 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3

... das bisherige Recht. Die im Zeitpunkt des Ablaufs dieser Frist noch hängigen Verfahren unterstehen bis zu ihrem rechtskräftigen Abschluss dem bisherigen Recht.

Abs. 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 5

Streichen

Abs. 6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. III*Proposition de la commission**Al. 1, 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3

... deux ans au maximum. Celles qui sont encore pendantes à l'échéance de ce délai sont régies par l'ancien droit jusqu'à la clôture de la procédure.

Al. 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 5

Biffer

Al. 6

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. IV

Antrag der Kommission

Abs. 1–3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 4, 5

Streichen

Ch. IV

Proposition de la commission

Al. 1–3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 4, 5

Biffer

Angenommen – Adopté

**Änderung anderer Erlasse
Modification d'autres actes**

Ziff. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

mit Ausnahme von:

Art. 80 Abs. 1

Die Haft wird von den Behörden des Kantons angeordnet, welcher für den Vollzug der Weg- und Ausweisung zuständig ist. Für Personen, welche sich in den Zentren des Bundes aufhalten, ist für die Anordnung der Vorbereitungschaft (Art. 75) der Standortkanton zuständig.

Art. 80 Abs. 1bis

In den Fällen nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 wird die Haft vom Standortkanton der Zentren des Bundes angeordnet; wurde gestützt auf Artikel 46 Absatz 1bis dritter Satz AsylG ein anderer als der Standortkanton für den Vollzug der Wegweisung als zuständig bezeichnet, so ist dieser auch für die Anordnung der Haft zuständig.

Art. 80 Abs. 2bis

Bei einer Haft nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 wird ...

Art. 80a Abs. 1 Bst. a

a. bei Personen, die sich in einem Zentrum des Bundes aufhalten: der Standortkanton der Zentren des Bundes;

Art. 80a Abs. 2

Aufheben

Art. 80a Abs. 3

Die Rechtmässigkeit und Angemessenheit der Haft wird auf Antrag der inhaftierten Person durch eine richterliche Behörde in einem schriftlichen Verfahren überprüft. Diese Überprüfung kann jederzeit beantragt werden.

Art. 126c Abs. 2

Bei hängigen Verfahren nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 und Artikel 76a Absatz 3 gelten die Artikel 80 Absatz 1 dritter Satz und Absatz 2bis, Artikel 80a Absätze 1 und 2 sowie die Artikel 108 Absatz 4 ...

Ch. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

à l'exception de:

Art. 80 al. 1

La détention est ordonnée par les autorités du canton qui exécute le renvoi ou l'expulsion. S'agissant de personnes séjournant dans un centre de la Confédération, la compétence d'ordonner une détention en phase préparatoire (art. 75) ressortit au canton sur le territoire duquel se trouve le centre.

Art. 80 al. 1bis

Dans les cas prévus à l'article 76 alinéa 1 lettre b chiffre 5, la détention est ordonnée par le canton sur le territoire duquel se trouve le centre concerné; si, en vertu de la troisième phrase de l'article 4 alinéa 1bis LAsi le canton désigné pour exécuter le renvoi n'est pas celui sur le territoire duquel se trouve le centre, ce canton a également compétence d'ordonner la détention.

Art. 80 al. 2bis

En cas de détention au sens de l'article 76 alinéa 1 lettre b chiffre 5, la légalité et ...

Art. 80a al. 1 let. a

a. s'agissant d'une personne qui séjourne dans un centre de la Confédération: au canton dans lequel se situe le centre de la Confédération;

Art. 80a al. 2

Abroger

Art. 80a al. 3

La légalité et l'adéquation de la détention sont examinées, sur demande de la personne détenue, par une autorité judiciaire au terme d'une procédure écrite. Cet examen peut être demandé à tout moment.

Art. 126c al. 2

Les procédures pendantes selon les articles 76 alinéa 1 lettre b chiffre 5 et 76a alinéa 3 sont régies par l'article 80 alinéa 1 troisième phrase et alinéa 2bis, l'article 80a alinéas 1 et 2 ainsi que les articles 108 alinéa 4 ...

Angenommen – Adopté

Ziff. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. 2, 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/872)*

Für Annahme des Entwurfes ... 35 Stimmen

Dagegen ... 3 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

Dritte Sitzung – Troisième séance

Mittwoch, 9. September 2015

Mercredi, 9 septembre 2015

08.00 h

14.063

Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile

Zweitrat – Deuxième Conseil

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 22.09.15 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Le président (Rossini Stéphane, président): J'ai le plaisir de vous saluer et d'ouvrir la séance d'aujourd'hui. Conformément à l'article 14 de l'ordonnance sur l'administration du Parlement, je vous informe que le débat d'aujourd'hui sera retransmis en direct par la chaîne de télévision SRF Info.

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)
Nichteintreten

Antrag der Minderheit
(Brand, Amaudruz, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)
Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit dem Auftrag, unmittelbar Vorschläge zur sofortigen Senkung der Attraktivität und zur Verbesserung des Vollzugs vorzulegen. In der Zwischenzeit wird der Bundesrat beauftragt, Artikel 55 des Asylgesetzes (Ausnahmesituationen) anzuwenden.

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)
Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité
(Brand, Amaudruz, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)
Renvoyer le projet au Conseil fédéral avec mandat de présenter des propositions visant à diminuer immédiatement l'attrait de la Suisse et à apporter sans délai des améliorations dans le domaine de l'exécution. Entre-temps, le Conseil fédéral est chargé d'appliquer l'article 55 de la loi sur l'asile (situations d'exception).

Amarelle Cesla (S, VD), pour l'Assemblée: Le projet de cette importante révision de la loi sur l'asile, qui vous est soumis aujourd'hui, est le résultat d'un long processus d'environ quatre ans, qui a démarré en 2011. Le Département fédéral de justice et police avait été alors chargé, par la Commission des institutions politiques du Conseil des Etats, de présenter des options nouvelles pour accélérer de manière significative les procédures d'asile, et les deux conseils ont soutenu cette orientation d'accélérer le processus en conformité avec les règles de droit.

La révision part en effet du constat simple que les procédures d'asile actuelles sont trop longues, trop coûteuses, trop inefficaces et aussi trop inhumaines. Pour parvenir à cette réforme, le Parlement a divisé le travail en trois projets distincts: le projet 3, qui a été adopté le 29 septembre 2012; le projet 1 contenant les accélérations non urgentes, qui a été adopté le 14 décembre 2012; et enfin le projet 2, qui vous est présenté aujourd'hui.

Le système d'asile étant une tâche composite entre les différents niveaux de l'Etat, la réforme s'est préparée en étroite collaboration avec les différents acteurs concernés. Ainsi, deux conférences nationales sur l'asile ont eu lieu le 21 janvier 2013 et le 28 mars 2014. C'est à l'unanimité que la cheffe du département, la Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et de police, la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales et les représentants des villes et des communes ont opté pour une planification générale de la restructuration du domaine de l'asile. Cette manière de collaborer de façon constante avec les cantons est novatrice; elle s'est révélée payante. En outre, la phase test, mise en oeuvre dans le cadre de la restructuration qui a été lancée en janvier 2014, permet d'évaluer la restructuration pas par pas en matière de procédure d'asile. Cette évaluation doit permettre de tirer des enseignements progressifs.

En parallèle, le Département fédéral de justice et police a également décidé en 2012 d'une nouvelle stratégie de traitement des demandes d'asile prévoyant des procédures «fast track» pour un certain nombre de pays de provenance. Les objectifs généraux de cette révision et les principales modifications proposées par la restructuration du domaine de l'asile sont les suivantes:

- prévoir 3600 places de plus;
- accélérer les procédures et les rendre plus justes;
- centraliser les procédures, ce qui constitue un avantage pour le requérant et pour les autorités puisque, au lieu d'attendre plusieurs années dans l'incertitude, les demandeurs d'asile sauront à l'avenir, dans un délai de 140 jours, si leur demande est acceptée;
- donner le droit à une procédure équitable en tant que droit fondamental, lequel s'en retrouve renforcé;
- mettre à disposition un soutien juridique permettant aux requérants qui ne sont pas coutumiers du système juridique suisse de suivre une procédure correcte et juste. La phase de test à Zurich a révélé un taux de recours contre les décisions plus bas qu'à l'accoutumée, celui-ci se situant à 15 pour cent contre 21 pour cent habituellement. L'amélioration de cette protection offerte gratuitement dès le début de la procédure d'asile contribue au respect des principes de l'Etat de droit. Par ailleurs, les requérants acceptent mieux les décisions les concernant. Autre exemple: sur 88 recours recensés, le Tribunal administratif fédéral a statué sur 64 recours dont 3 ont été approuvés.

Lors de sa séance du 15 juin 2015, le Conseil des Etats a approuvé le projet, par 35 voix contre 3 et 5 abstentions. Il a pour l'essentiel suivi le Conseil fédéral à l'exception de quelques amendements significatifs concernant les relations avec les cantons.

La Commission des institutions politiques du Conseil national a traité cette révision au cours de deux séances en juin et en août derniers. Des divergences assez fortes concernant la philosophie de cette réforme sont apparues, lesquelles ont débouché sur une cinquantaine de propositions de minorité provenant pour l'essentiel du groupe UDC. Nous

traiterons ces propositions au cours du débat structuré en cinq blocs.

La proposition de la minorité Fehr Hans vous invite à ne pas entrer en matière. Les partisans de cette proposition considèrent que cette réforme ne sert à rien en raison de l'absence de volonté politique de durcir concrètement le droit d'asile. Cette minorité de la commission appuie son argumentation sur des cas de requérants érythréens qui ne devraient pas, selon la minorité, être considérés comme des réfugiés mais comme des migrants économiques. Via la création de nouveaux centres, la restructuration pourrait en outre, selon cette minorité, provoquer un appel d'air pour les passeurs.

La majorité de la CIP considère que le modèle proposé par le Conseil fédéral constitue une base importante pour l'amélioration future du droit d'asile. Même si elle n'est pas parfaite, cette réforme s'établit sur de bonnes bases et prévoit un équilibre entre l'accélération des procédures et la protection juridique, ce qui est très important.

La majorité de la commission considère qu'il faut accélérer les procédures dans les centres, conformément aux règles de l'Etat de droit, qu'il convient d'insister sur un modèle élaboré étroitement avec les cantons, mais aussi qu'il est nécessaire de simplifier et accélérer les procédures d'approbation des plans et fournir la capacité d'hébergement nécessaire pour que la Confédération puisse traiter 60 pour cent des procédures d'asile dans un délai de 140 jours. La majorité de la commission considère en outre qu'il faut essayer de mettre en place un règlement rapide des procédures faiblement motivées.

L'évaluation globale de la phase de test opérée à Zurich depuis début 2014 est positive. La tenue de procédures rapides associées à la présence de tous les acteurs sur place constitue un facteur décisif. La durée des procédures accélérées et des procédures Dublin sont réduites de près de 30 pour cent et ont conduit à une baisse des recours, sans qu'un impact négatif sur la qualité des décisions soit constaté.

C'est la raison pour laquelle nous vous demandons, par 17 voix contre 7 et 0 abstention, de rejeter la proposition de la minorité Fehr Hans.

Nous sommes également en présence de la proposition de la minorité Brand, qui vise le renvoi du projet au Conseil fédéral. Elle se base sur le fait que les données figurant dans le message sont caduques. Elle se base sur le même constat que la proposition de la minorité Fehr Hans, selon lequel la majorité des requérants d'asile sont des migrants économiques, et non des réfugiés. La question des admis provisoires n'étant pas réglée, on considère que cela devrait être fait dans le cadre de la présente révision. Par ailleurs, la protection juridique risque d'augmenter les recours, et la notion de réfugié est devenue obsolète. Il est demandé de recourir à l'article 55 de la loi sur l'asile.

La majorité de la commission considère que, pour l'instant, il ne faut pas entrer en matière sur la proposition de la minorité Brand. La commission vous propose donc, par 15 voix contre 7 et 0 abstention, de rejeter cette proposition, essentiellement pour les raisons suivantes.

Tout d'abord, la proportion importante des demandes d'asile dans les centres fédéraux est absolument essentielle, compte tenu du contexte. Il y a un large consensus avec les cantons. L'article 55 de la loi sur l'asile est destiné aux situations d'afflux massif qui ne peuvent pas être traitées dans des délais raisonnables. Aujourd'hui, nous ne sommes pas dans cette situation, puisqu'il n'y a pas de chaos de l'asile. Nous arrivons, y compris avec le phénomène saisonnier de cet été, à l'objectif de 30 000 demandes d'asile pour la fin 2015. Même la situation du Tessin, qui est certes tendue, est considérée comme étant sous contrôle.

Ensuite, a également été évoqué, le fait que la situation des admis provisoires n'est effectivement pas satisfaisante. Nous sommes en attente d'un rapport du Conseil fédéral qui doit nous parvenir d'ici à la fin de l'année.

Pour terminer, un mot du contexte général actuel. Depuis plusieurs mois, des images insoutenables des drames de

l'asile sont diffusées dans les médias et sont accompagnées d'un discours qui véhicule l'idée que l'Europe se retrouve submergée par une immigration massive. Ce discours repose, en tout cas dans le contexte suisse, pour l'essentiel sur une vision étriquée du processus qui est en train d'être mis en oeuvre avec cette réforme. Un certain nombre de chiffres connus et souvent évoqués révèlent en fait que la situation dans le domaine de l'asile en Suisse est, pour l'heure, tout à fait sous contrôle.

Alors, je vous invite à agir avec intelligence. Il est temps aujourd'hui de remettre de l'ordre dans le discours politique. Dans ce cadre, la réforme qui vous est proposée constitue une opportunité essentielle à saisir pour mieux gérer ce domaine de l'asile et pour lui donner, aussi, la hauteur qu'il mérite.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Was wir heute hier diskutieren, haben wir bereits im September 2012 diskutiert, und über grosse Teile dieser Vorlage haben wir das Volk im Juni 2013 abstimmen lassen.

Worum geht es heute? Die Mehrheit der Kommission will eine Vorlage beschliessen, die im Wesentlichen Folgendes zum Inhalt hat: Beschleunigung der Asylverfahren in Zentren des Bundes, unter Einhaltung – das ist selbstverständlich – der Rechtsstaatlichkeit. Das Asylwesen ist eine Verbundaufgabe der Kantone und des Bundes. Zwei nationale Asylkonferenzen mit jeweils einer gemeinsamen Erklärung haben diese Vorlage einstimmig verabschiedet. Es geht auch um das Beschliessen eines Plangenehmigungsverfahrens, das heisst eines vereinfachten und beschleunigten Bewilligungsverfahren für Zentren des Bundes, um die notwendigen Unterbringungskapazitäten zu schaffen, damit der Bund 60 Prozent der Asylverfahren in alleiniger Zuständigkeit durchführen kann. Die raschere Abwicklung der Verfahren führt dazu, dass viel weniger unbegründete Asylgesuche gestellt werden. Das ist der eigentliche Schlüssel zum Erfolg eines Verfahrens, auch im Bereich des Vollzugs.

Der Testbetrieb in Zürich seit Anfang 2014, wo Asylverfahren einer umfassenden Evaluation unterzogen wurden, hat viele Aufschlüsse gebracht. Das Ergebnis fällt positiv aus. Rasche und fair durchgeführte Asylverfahren sind das Ziel. Die Präsenz aller beteiligten Akteure vor Ort ist ein entscheidender Faktor. Die Dauer der beschleunigten und der Dublin-Verfahren ist gegenüber dem Regelbetrieb um knapp 30 Prozent gesunken. Es gibt keine negativen Auswirkungen auf die Qualität der Entscheide, es gibt tiefere Beschwerdequoten als im Regelbetrieb usw.

Die Mehrheit der SPK empfiehlt Ihnen – das Stimmenverhältnis war 17 zu 7 bei 0 Enthaltungen –, ihr zu folgen und auf die Vorlage einzutreten.

Ich spreche gleichzeitig noch zum Antrag auf Rückweisung der Minderheit Brand, der ebenfalls auf der Fahne aufgeführt ist. Die Minderheit Brand beantragt Ihnen Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit dem Auftrag, unmittelbar Vorschläge zur sofortigen Senkung der Attraktivität und zur Verbesserung des Vollzugs vorzulegen. In der Zwischenzeit soll der Bundesrat beauftragt werden, Artikel 55 des geltenden Asylgesetzes, das ist ein Artikel für Ausnahmesituationen, anzuwenden.

Die Vorlage verfolgt das Ziel, einen wesentlichen Teil der Asylgesuche in Bundeszentren zu erledigen, wie ich das vorhin erwähnt habe, weil es nur so gelingt, die Asylverfahren zu beschleunigen. Es herrscht ein breiter Konsens mit den Kantonen, die ja am Ende den Vollzug machen müssen. Eine solche Reform lässt sich nur zusammen mit den Kantonen bewerkstelligen. Artikel 55 des Asylgesetzes, der in Ausnahmesituationen angewendet werden soll, ist für Situationen mit einem grossen Zustrom an Asylsuchenden und mit vielen Asylgesuchen konzipiert, die nicht innert nützlicher Frist behandelt werden können. Das Staatssekretariat für Migration rechnet bis Ende dieses Jahres mit rund 29 000 Asylgesuchen. Man kann sagen, die Situation sei angespannt und vor allem im Tessin sehr schwierig, aber immer noch unter Kontrolle.

Artikel 55 kann erst dann angewendet werden, wenn die Asylverfahren nicht mehr korrekt durchgeführt werden können. Gerade für Wirtschaftsflüchtlinge und Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind, sind rasche Verfahren die richtige Antwort. So wird schnell klar, dass sie nicht bei uns bleiben können und sehr rasch wieder zurückreisen müssen. Damit werden falsche Hoffnungen zurückgebunden. Derzeit stammen die meisten Asylgesuche in der Schweiz aus Eritrea, Somalia, Afghanistan, Syrien und China. Mit Ausnahme Eritreas kann man nicht sagen, dass es in diesen Ländern keine Kriege oder andere Bedrohungssituationen gibt.

Zum Thema der vorläufigen Aufnahme wird in der zweiten Jahreshälfte auf Antrag der Staatspolitischen Kommission Ihres Rates ein Bericht vorgelegt. Es ist beabsichtigt, dass wir das Institut der vorläufigen Aufnahme neu formulieren.

Die Mehrheit der SPK empfiehlt Ihnen – das Stimmenverhältnis war 15 zu 7 bei 0 Enthaltungen –, der Mehrheit zu folgen und den Antrag der Minderheit Brand auf Rückweisung abzulehnen.

Fehr Hans (V, ZH): Sie alle sind Zeugen von dramatischen Ereignissen in letzter Zeit, in den letzten Tagen, und das geht an niemandem spurlos vorbei. Aber ich glaube, es geht gerade in einer solchen Zeit darum, die richtigen Massnahmen zu treffen und Lösungen zu finden. Und es tut mir leid: Diese Neustrukturierung des Asylbereichs ist keine Lösung, sie wird die Situation sogar verschlechtern, sie wird sogar eine kontraproduktive Wirkung haben. Ich möchte Ihnen kurz sagen, warum.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren vor allem zur Linken, bitte ich Sie – auch Herrn Glättli, Frau Marra, Herrn Vischer, Frau Schenker und alle Leute, die es in der Mitte betreffen mag –: Versuchen Sie doch einmal, ich meine das ernst, parteipolitische Scheuklappen wegzulassen, nur auf die Sache zu schauen und unvoreingenommen diese sogenannte Neustrukturierung des Asylbereichs anzuschauen und zu beurteilen! Wenn Sie das unvoreingenommen machen, dann stellen Sie fest: Diese Neustrukturierung, so gut sie auch immer tönen mag und so stark sie im Ständerat auch unterstützt worden ist, löst kein einziges der aktuellen und künftigen Probleme! Kein einziges!

Ich habe sogar von Verschlechterung gesprochen. Warum das? Schauen Sie, die Botschaft, die mit dieser Neustrukturierung nach aussen gesandt wird und die in den entsprechenden Ländern, z. B. in Eritrea, vor allem ankommt, lautet: Kommt alle in die Schweiz; wir schaffen 6000 oder mehr neue Plätze; jeder von euch bekommt einen Gratisanwalt; wenn ihr kommt, könnt ihr lange oder praktisch für immer bleiben, und es wird für euch gesorgt. Das ist die Botschaft nach aussen, und sie gilt auch für die Schlepper. Die Schlepper werden sagen: «Schaut, die Schweiz will euch aufnehmen, sie schafft neue Strukturen, sie setzt in einer ersten Phase 550 Millionen Franken ein». Damit werden Sie die Schweiz als Asylland für jene, die gar keine Flüchtlinge sind, noch attraktiver machen.

Erlauben Sie mir, ein paar wenige spezielle Punkte zu erwähnen:

Gratisanwalt: Das kann man natürlich wortreich erklären. Aber in Holland, wo man ein ähnliches System hat, ergreifen über 90 Prozent der Asylbewerber dieses Rechtsmittel und machen Rekurs.

Zudem wird die Realisierung der Zentren, weil es Widerstände gibt, fünf bis zehn Jahre dauern. Sie kommen ohnehin viel zu spät.

Auch das Planverfahren – auf Deutsch: die Enteignungsmöglichkeiten – geht einem im schweizerischen Rechtsstaat nun über die Hutschnur. Sie können nicht Private und Gemeinden für Asylzentren enteignen. Sie müssen den Leuten das Anliegen erklären, aber Sie können sie nicht durch Enteignung zwingen.

Dass eine Beschleunigung eintritt, wie da angepriesen wird, muss man erst noch beweisen. Wenn der Vollzug nicht funktioniert, nützt auch eine Beschleunigung nichts. Dann kann Asylsuche sogar noch attraktiver sein. Abgesehen davon:

Wenn in Bundesbern und bei Frau Bundespräsidentin Sommaruga wirklich der politische Wille besteht, die Verfahren zu beschleunigen, ist zu sagen, dass man das mit den heutigen gesetzlichen Mitteln längst hätte machen können.

Schlussendlich ist die Vorlage «Neustrukturierung des Asylbereichs» auch veraltet. Sie folgt nämlich dem System Dublin, welches ja besagt: rasche Rücknahme dieser Leute ins Erstasyland. Aber wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie sagen, dass Sie es selbst wissen: Das Dublin-System ist praktisch tot. 2014 hätten wir gemäss Dublin 15 000 Leute zurückführen können. Wir konnten ganze 2600 zurückführen und hatten sogar 4000 Gegengesuche. Im Testzentrum in Zürich – ich war bei einem Besuch dabei – wird einfach eine doppelt so hohe Rückföhrhilfe gewährt wie normal.

Am Schluss heisst doch die Botschaft, die Sie nach aussen vermitteln müssen: Keiner kann in der Schweiz bleiben, ausser er ist persönlich an Leib und Leben bedroht. Diese Botschaft müssen Sie nach aussen geben.

Darum bitte ich Sie, auf den Irrweg «Neustrukturierung des Asylbereichs» gar nicht einzutreten.

Brand Heinz (V, GR): Ich beantrage Ihnen namens der SVP-Fraktion, die Vorlage zur Ergänzung und Verbesserung an den Bundesrat zurückzuweisen, und zwar, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, in den folgenden Bereichen: Die Ereignisse dieses Jahres, namentlich aber der letzten Monate und Wochen, zeigen mit aller Deutlichkeit, dass bisher noch nie dagewesene Menschenströme in Richtung Europa unterwegs sind. Bei aller Grosszügigkeit, bei aller Menschlichkeit ist es für die kleine Schweiz unrealistisch, alle Hoffnungen und Wünsche der Menschen, die hier in unserem Land ein besseres Leben suchen, zu erfüllen. Es ist deshalb wichtig, klare Gruppen zu definieren und eindeutige Kriterien zur Aufnahme der jeweiligen Gruppen zu formulieren. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Regelung von Personen, die aus Regionen kommen, in denen Krieg oder kriegsähnliche Zustände herrschen. Für diese Kategorie der Menschen sieht das geltende Recht den Status der Schutzbedürftigen vor. Dieser Status nützt allerdings wenig, wenn er nie zur Anwendung gelangt. Er ist deshalb nach Auffassung der SVP-Fraktion ohne Aufschub den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Ebenfalls keinen Aufschub erträgt die Ablösung des Status der vorläufigen Aufnahme. Mit Blick auf die starke Zunahme dieser Bewilligungen, die grossen Integrationsschwierigkeiten dieser Personen und die letztlich damit verbundenen finanziellen Konsequenzen für die Kantone und die Gemeinden ist diese Problematik unverzüglich anzugehen. Ein Verzicht auf diese Lösung würde bedeuten, dass dieses Problem noch auf Jahre hinaus ungelöst bleiben würde. Das ist unverantwortlich.

Es ist auch längst erkannt, dass die Asylsuchenden durch ein gutfunktionierendes Schleppersystem aktiv in die Schweiz gebracht und wirksam unterstützt werden. Die bedingungslose und undifferenzierte Aufnahmepolitik der Schweiz und gewisser EU-Staaten ist Wasser auf die Mühlen der menschenverachtenden Schlepper. Im Rahmen der vorliegenden Gesetzesrevision ist daher nicht nur eine Symptombekämpfung vorzunehmen, sondern es ist ebenso nachhaltig die Bekämpfung der Schleppernetzwerke anzugehen. Die SVP-Fraktion verlangt, dass die Vorlage mit wirksamen Bestimmungen zur Bekämpfung des Schlepperwesens und zur Senkung der Attraktivität der Schweiz für die illegale Migration ergänzt wird.

Die Vorlage in der jetzigen Form lässt aber nicht nur das verpönte Schlepperwesen unberührt, sondern sie enthält auch kaum neue und griffige Massnahmen zur Missbrauchsbe-kämpfung. Im Gesetzentwurf ist lediglich die Fairness der Verwaltung ein grosses Thema, von den Asylsuchenden selber ist aber diesbezüglich keine Rede. Wenn wir tatsächlich als Aufnahmestaat ernst genommen werden wollen, ist auch von den Asylsuchenden mehr Kooperation und Engagement zu verlangen und ihre Verweigerung der Zusammenarbeit im neuen Recht angemessen zu sanktionieren. Auch hier ist eine Nachbesserung erforderlich.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist zudem mit ausserordentlich hohen Investitionskosten verbunden, vorausgesetzt, dass das geplante System auch tatsächlich einmal planmässig funktioniert. Ob dies aber einmal der Fall ist, das ist aufgrund der jüngsten Entwicklung höchst zweifelhaft. Sofern es einen weitgehenden Wegfall der Dublin-Fälle und damit ein Ausbleiben der kostengünstigsten Fälle gibt, ist zweifelhaft, ob die angestellte Betriebsrechnung tatsächlich noch stimmt. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass die Vorlage aufgrund der neuesten Entwicklung im Migrationsbereich nochmals auf ihre Wirksamkeit und ihre Wirtschaftlichkeit hin überprüft werden muss.

Ein Stiefkind dieser Vorlage ist und bleibt der Vollzug. Die Vorlage enthält keine signifikanten Instrumente und Massnahmen zur Verbesserung der angespannten Vollzugssituation. Wer weiss, dass er trotz negativem Asylentscheid nicht ausgeschafft wird, geht keinerlei Risiken ein, wenn er die Schweiz als Asyldestination wählt. Deshalb führen gerade die Defizite im Vollzugsbereich zu einer besonderen Attraktivitätssteigerung unseres Landes. Mit Inkrafttreten der Dublin-III-Verordnung Mitte Jahr wurde die Vollzugssituation der Kantone nochmals massiv erschwert. Eine derartige Gesetzgebung läuft den nationalen Bemühungen zur Verbesserung der allgemeinen Vollzugssituation und damit auch unserer aktuellen Gesetzesrevision diametral zuwider.

Dies sind nur einige Punkte, welche eine Überarbeitung bzw. eine Ergänzung der Vorlage erfordern. Ich möchte Ihnen deshalb namens der SVP-Fraktion beantragen, die Vorlage zur Ergänzung und Verbesserung an den Bundesrat zurückzuweisen.

Schenker Silvia (S, BS): Zur Neustrukturierung des Asylbereichs und zur Einführung des beschleunigten Verfahrens hat die SP schon vor zwei Jahren Ja gesagt und damit lange bevor uns in den letzten Tagen und Wochen die furchtbaren Bilder in einer entsetzlichen Dichte ereilt haben. Auch wenn jenes Ja zur Vorlage also keineswegs unter dem Eindruck der aktuellen Situation entstanden ist, habe ich irgendwie Hemmungen, jetzt das unfassbare Elend der Flüchtlinge und deren verzweifelte Hoffen auf einen sicheren Platz in Europa in einen Zusammenhang mit einer politischen Debatte zu bringen. Denn wer die Not der Flüchtlinge jetzt für politische Voten missbraucht, setzt sich dem Vorwurf des Kalküls aus. Wer umgekehrt aber wegschaut, wer hier im komfortablen Mittel- und Westeuropa nicht zu helfen versucht, macht sich der grössten Unmenschlichkeit schuldig.

Eigentlich ist Wegschauen ja gar nicht mehr möglich. Niemand kann sich diesen Bildern von Frauen, Kindern und Männern entziehen, die versuchen, Zäune aus Stacheldraht zu überwinden, den Bildern von überladenen Booten, auf die Menschen ohne Rücksicht auf die akute Todesgefahr gepfercht werden, auch nicht den Bildern von Tausenden von Menschen, die zu Fuss auf einer Autobahn unterwegs sind – nicht zu reden von jenem kleinen Buben aus Syrien, der auf der Flucht ertrank. Noch kaum einmal hat ein Toter seine Pein derart durchdringend in die Welt hinausgeschrien wie dieser kleine, leblose Körper am Strand von Bodrum.

Solche Bilder müssen zwingend sofort weit mehr auslösen als eine Eintretensdebatte zu einem politischen Geschäft. Denn eines muss klar sein: Nur mit dieser Vorlage allein ändern wir nichts an den Problemen, welche die grossen Flüchtlingsströme in einigen europäischen Ländern verursachen. Sie ändert auch nichts am Elend der unzähligen Asylsuchenden, die durch Terror und Krieg zur Flucht gezwungen werden. 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Ein Bruchteil eines Bruchteils dieses Flüchtlingsstroms wird bis Ende Jahr in der Schweiz um Asyl bitten, nämlich ungefähr 30 000 Menschen – 30 000 von 60 Millionen Flüchtlingen; das sind die Dimensionen, die wir uns vor Augen halten müssen.

Mit diesem verhältnismässig extrem kleinen Anteil versucht die SVP nach wie vor ungerührt, ein Asylchaos in der Schweiz herbeizureden und herbeizuschreiben. Dem kann nicht genug widersprochen werden. Die Zahl der Asylsuchenden in der Schweiz mag derzeit zugenommen haben,

und am einen oder anderen Ort ist es vermutlich in der Tat schwierig, genügend Unterkünfte bereitzustellen. Doch deshalb haben wir noch längst kein Chaos, sondern eine Herausforderung, der wir uns mit Kreativität und Engagement stellen können und stellen müssen, denn die Asylverfahren dauern in der Schweiz lange, teilweise über Gebühr lange. Das führt dazu, dass die Betroffenen viel zu lange im Ungewissen sind, ob sie in der Schweiz bleiben dürfen oder ob sie wieder in ihr Herkunftsland zurückmüssen.

Die Vorlage, die wir heute den ganzen Tag beraten werden, schafft wenigstens einmal bei diesem Missstand Abhilfe. In den einfachen und klaren Fällen soll das Asylverfahren bis zum rechtskräftigen Entscheid in Zukunft innerhalb von 100 oder 140 Tagen abgeschlossen sein. Dieses beschleunigte Verfahren wird im Testzentrum in Zürich bereits durchgeführt. Dazu haben wir hier in diesem Rat die gesetzliche Grundlage geschaffen. Die Evaluation hat gezeigt, dass das Verfahren auf diese Weise gut funktioniert.

Da jedoch die Asylverfahren sehr rasch durchgeführt werden, muss den betroffenen Asylsuchenden gleichzeitig eine unentgeltliche Rechtsberatung zur Seite gestellt werden. Nur so ist ein faires Verfahren gewährleistet. Deshalb knüpft unsere Fraktion ihr Ja zu dieser Vorlage an die Umsetzung dieser eigentlich selbstverständlichen Massnahme.

Konsequenterweise müsste selbst die SVP diese Vorlage bejahen. Wie kann eine Partei, die hier ein Asylchaos ausmacht, dort ein beschleunigtes Verfahren bekämpfen, das Klarheit bringen wird?

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und die Rückweisung abzulehnen.

Marra Ada (S, VD): La thématique de l'asile prend enfin la dimension qu'elle doit prendre: celle des faits et non celle des mensonges; celle des chiffres avérés, relayés, et non plus celle des slogans scandés. Les conflits à nos portes et, surtout, les réfugiés qui prennent en masse la route de l'exil réveillent enfin les consciences européennes trop longtemps endormies dans une indifférence générée sans doute par un trop-plein de bien-être matériel.

Pendant des années, cette thématique a été traitée en Europe avec malhonnêteté, mauvaise foi et de façon dangereuse par quelques tribuns dont le but n'était pas l'objectivité ou l'analyse mais la carrière personnelle. La Suisse n'a pas été en reste: pendant des années et des années, certains clowns tristes ont martelé que la politique d'asile en Suisse était un chaos. A chaque crise mondiale, on a laissé croire aux gens que des hordes de délinquants allaient envahir nos villes sans ordre et sans encadrement. Cependant, même Monsieur le conseiller fédéral Maurer a dû admettre ces jours derniers qu'en Suisse il n'y avait pas de chaos de l'asile alors que, et malheureusement, la situation est chaotique dans plusieurs pays du sud de l'Europe, lesquels subissent les conséquences d'un régime de décision peu pertinent et peu judicieux, j'ai nommé le système de Dublin. On a en effet vu des pays submergés par l'arrivée massive de réfugiés; on a vu des Etats qui ne remplissaient plus leur devoir d'accueil humanitaire.

Si en Suisse un certain chaos a régné, ce n'est que celui que le lent glissement vers un traitement purement administratif et automatique des demandes a généré. C'est celui qui existe lorsque le traitement individuel du dossier n'est plus garanti. S'il y a eu du chaos, c'est parce que la thématique de l'asile est devenue une telle poudrière que la majorité des membres du Parlement n'a pas cessé de réformer le droit d'asile avant même de laisser la dernière révision législative déployer ses effets.

Les décisions concernant les non-entrées en matière ou encore l'interdiction de travailler ont eu pour conséquence la précarisation des personnes et parfois leur entrée dans la clandestinité. Une toute petite partie des requérants s'adonne au trafic de substances illicites. S'il y a eu du chaos, c'est durant les années où Monsieur Blocher était à la tête du Département fédéral de justice et police, lorsque des décisions politiques ont été prises de fermer des lieux d'accueil et de baisser les budgets alloués aux cantons pour la prise en

charge des requérants d'asile, avec des effets que l'on constate aujourd'hui. Les cantons ne trouvent plus de lieux d'accueil, si ce n'est dans des abris de protection civile. C'est là qu'ils peuvent loger les réfugiés forcés de fuir leur pays à cause de l'intensification et de la multiplication des conflits dans le monde.

«Gouverner c'est prévoir». Ce n'est pas ce qu'a fait la Suisse depuis des années, alors même que la part des requérants d'asile dans ce pays s'élève à environ 0,4 pour cent. Pourtant, on nous a fait croire que ce pourcentage mettait en péril l'équilibre de notre pays.

Eh bien, il était plus que temps de remettre de l'ordre non pas dans la gestion de l'asile, mais dans les gesticulations politiques. Cette révision est le fruit d'un compromis, le fruit d'une volonté de remettre du droit et de l'humanité dans le traitement des dossiers. Cette révision a deux objectifs: raccourcir la durée de traitement des dossiers afin que chaque partie puisse savoir où elle en est, et introduire une protection juridique gratuite au requérant, élément qui a été salué par tous les acteurs du terrain et les personnes qui s'intéressent à l'importance du droit dans une société démocratique. Comme dans tout compromis, il y a des points que les tenants de ce dernier ont dû mettre de côté. Ainsi la réussite de cette révision dépendra beaucoup de sa mise en oeuvre et des moyens qui lui seront alloués. L'évaluation de la phase de test à Zurich soulève encore quelques questions: les délais de recours ne sont-ils pas trop courts pour un travail de qualité? Le nombre de dossiers par mandataire n'est-il pas trop élevé, toujours dans un souci de qualité? Quels effets secondaires entraînera cette révision? Quels moyens financiers lui seront alloués pour qu'elle puisse prendre l'ampleur qu'elle mérite? Le Parti socialiste sera particulièrement attentif à ces questions dans le cadre de la mise en oeuvre de cette révision.

Le groupe socialiste entrera en matière sur cette révision car, outre les points positifs évoqués plus haut, elle démontre de la part de Madame la conseillère fédérale Sommaruga une vraie volonté de convaincre le peuple suisse que notre pays peut faire son devoir d'accueil de façon humaniste et organisée, dans le respect de chacun, c'est-à-dire du droit des requérants et de la volonté populaire.

C'est ce que je vous enjoints de faire en cessant, une fois pour toutes, les gesticulations indécentes à l'heure où des gens meurent à nos portes en tentant de survivre à des conflits armés.

Romano Marco (CE, TI): Nell'entrata in materia di questo dibattito dobbiamo decidere se vogliamo discutere della realtà o se vogliamo semplicemente alimentare paure, dipingere un quadro distorto della situazione e non risolvere i problemi reali. Da inizio anno a fine luglio in Austria – Paese molto simile al nostro – sono arrivate 37 000 richieste d'asilo, mentre in Svizzera gli arrivi sono stati 15 800, cioè meno della metà. Fare notare questa circostanza non significa ignorare o banalizzare la realtà ma contestualizzarla ed è quello che occorre fare. La problematica migratoria è globale e va gestita. Non è possibile risolverla con moratorie o pensare che revisioni legislative come questa evitino ogni problema.

La situazione internazionale è nota: centinaia di migliaia di persone si muovono verso l'Europa e tra queste ci sono sempre più donne e bambini. Numerosi Paesi hanno perso il controllo della situazione. E la Svizzera? In Svizzera non c'è caos, nessuno dorme ammassato in una stazione e gli arrivi dei migranti, anche se continui ed estenuanti per chi lavora al fronte a cui va tutta la nostra riconoscenza, sono nettamente inferiori alle cifre riscontrate nei Paesi a noi circostanti. Smettiamola di inventare problemi solo perché mancano cinque settimane alle elezioni federali!

La posizione di chi oggi invita a non entrare in materia e respingere tutto il progetto è strumentale ed elettorale. Non risolvere i problemi fa comodo ma è irresponsabile farlo in questo ambito. La mozione per una moratoria immediata in materia d'asilo, proposta dall'UDC, che verrà trattata alla fine di questo dibattito è indegna. E una politica da struzzi che ignora il contesto internazionale e che metterebbe in grave

difficoltà il nostro Paese. Vogliamo che la gente si ammassi a Chiasso? Vogliamo fomentare l'illegalità e vedere dormire persone in stazione? Vogliamo che si accumulino decine di migliaia di incarti? Il nostro sistema asilo funziona, abbiamo strutture sufficienti per gestire la situazione attuale. La gestione delle richieste permette sostanzialmente di accogliere chi ha diritto all'asilo nel solco della tradizione umanitaria svizzera.

Nel contempo, i dati lo dimostrano, siamo poco attrattivi verso chi sa di non avere possibilità di accoglimento. Non siamo la calamita d'Europa e la situazione non è fuori controllo. Vi sono aspetti che vanno migliorati e questa riforma ne è un elemento. Non si risolverà tutto, ma poniamo solide basi per ulteriori passi futuri. La maggior parte degli incarti viene finalmente gestita dalla Confederazione. Tramite centri federali si potranno accelerare le procedure, concentrare le risorse e gestire al meglio la logistica. Nel contempo, garantendo una consulenza giuridica gratuita, si accorceranno notevolmente i tempi delle procedure e i tempi di ricorso. I test negli ultimi due anni dimostrano efficacia. Decisioni più rapide permettono di rispondere alla sfida presente accogliendo chi merita rifugio e respingendo chi si muove per meri interessi economici o, peggio – ci sono anche questi –, con cattive intenzioni. Non polarizziamo il dibattito riducendolo a toni buonisti ma utopici o ad un'irresponsabile chiusura totale come vuole la moratoria dell'UDC. Costruite pure un muro, ma poi guardate in faccia a tutti coloro che vi si ammasseranno davanti.

Il gruppo PPD/PEV sosterrà la linea pragmatica della maggioranza. Il progetto è noto all'opinione pubblica, non è nulla di rivoluzionario. Invitiamo pure la sinistra ad assumersi la propria responsabilità di governo e a sostenere un progetto già sostenuto in votazione referendaria dal 80 per cento della popolazione il 9 giugno 2013. La sinistra ora deve dimostrare responsabilità di governo e non lasciare sola la propria consigliera federale su questo importante dossier.

Non tutto funziona correttamente. Bisogna ricordare anche quanto va migliorato: prima di tutto il rinvio delle persone non ammesse. In Romania c'è sicuramente parecchio da fare. Il Consiglio federale deve agire con fermezza e dove i cantoni non agiscono è corretto tagliare i contributi federali in materia. E inutile avere procedure rapide e poi non riuscire nel rinvio. In secondo luogo è fondamentale che il Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport, in caso di necessità, se la situazione dovesse degenerare, metta a disposizione strutture e risorse. In terzo luogo la problematica questione degli eritrei va chiarita al più presto evitando speculazioni e promuovendo un'azione diplomatica e politica concreta verso questo regime.

In conclusione non posso che ricordare che a Chiasso ogni giorno arrivano parecchie decine di migranti. La pressione per chi lavora al fronte è costante, talvolta estenuante. E doveroso garantire loro – penso alle guardie di confine – il miglior quadro legislativo possibile, ma soprattutto risorse necessarie per far fronte alla sfida. Verso i passatori e gli approfittatori serve infine una linea molto severa con una repressione efficace.

Humbel Ruth (CE, AG): Wenn wir heute eine Asyldebatte führen, eine Neustrukturierung des Asylwesens beschliessen und am Abend dann auch noch über die Motion 15.3645 zu einem Asylmoratorium beraten, tun wir das vor dem Hintergrund der aktuell dramatischen Flüchtlingssituation in Europa. Tagtäglich werden uns über alle Medienkanäle berührende und erschreckende Bilder von verzweifelter Menschen im Flüchtlingsstrom über die Balkan- oder die Mittelmeerroute vor Augen geführt. Unter teilweise prekären Bedingungen und auf lebensbedrohlichen Reisen fliehen sie aus ihrer Heimat und wollen nur eines: Sie wollen Schutz und ein besseres Leben in Europa.

Im letzten Jahr kamen gut 600 000 Flüchtlinge nach Europa, dieses Jahr wurde diese Zahl bereits Ende Juli erreicht, und bis Ende Jahr dürften es eine Million Flüchtlinge sein – schätzungsweise 29 000 davon kommen in die Schweiz. Bis Ende Juli sind bei uns knapp 16 000 Asylgesuche gestellt

worden. Das ist viel, aber bei dieser Faktenlage bei uns von einem Asylchaos zu sprechen ist zynisch. Ein sofortiges Asylmoratorium, wie es die SVP-Fraktion mit ihrer Motion verlangt, wäre das Ende der humanitären Tradition in der Schweiz und damit zutiefst unschweizerisch.

Für die CVP ist klar: Menschen, die auf Schutz angewiesen sind, sollen ihn in der Schweiz bekommen. Menschen hingegen, die nicht auf Schutz angewiesen sind, müssen unser Land wieder verlassen. Dazu braucht es faire Regeln, und das bedeutet auch Einschränkungen und Prioritäten, damit diejenigen Schutz finden, die ihn am dringendsten brauchen. Die CVP/EVP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage, und ich kann Herrn Fehr versichern, dass wir dies ohne parteipolitische Scheuklappen tun, sondern einzig und allein in Respektierung des Volksentscheides. Diese Vorlage ist nämlich im Wesentlichen die Fortsetzung und Bestätigung der dringlichen Asylgesetzrevision, welche im September 2012 in Kraft getreten und im Sommer 2013 von 78 Prozent der Stimmbevölkerung angenommen worden ist.

Den Kernpunkt bilden die zu bildenden Bundeszentren in den sechs Regionen mit insgesamt 5000 Plätzen. Die Nagelprobe, die dieses Gesetz zu bestehen hat, ist, ob es gelingt, innert nützlicher Zeit die erforderlichen Verfahrenszentren und mit ihnen auch die Unterbringungsmöglichkeiten landesweit und in der geplanten Grösse einzurichten. Von den Kantonen, welche unisono das neue Beschleunigungskonzept unterstützen, muss erwartet werden, dass sie sich aktiv engagieren. Da sind wir auch alle in der Pflicht, dass wir die Beteiligten nicht gegen Standorte aufhetzen. Da möchte ich gerade an die SVP appellieren, die ja Lösungen will, dass eben nicht gegen neue Standorte aufgehetzt wird, sondern dass wir Hand bieten, Zentren zu realisieren.

Die Frage des Rechtsschutzes ist eine der Kernfragen dieser Vorlage. Wir waren und sind auch etwas kritisch, ob es diesen ausgebauten Rechtsschutz ebenfalls in den Dublin-Verfahren braucht. Die Auswertungen des Testzentrums zeigen aber, dass die Verfahren kürzer sind und es weniger Beschwerden gibt. Zudem werden mit dem ausgebauten Rechtsschutz die Fristen massiv verkürzt.

Ob die vorliegende Asylgesetzrevision gelingt, hängt davon ab, wie konsequent der Vollzug durch die Kantone erfolgt und Missbräuche bekämpft werden, damit echte Flüchtlinge und Schutzbedürftige aufgenommen werden können. Das schnellste und rechtlich fairste Verfahren nützt nichts, wenn die negativen Entscheide nicht vollzogen werden oder nicht vollzogen werden können, weil das Herkunftsland nicht mitmachen will. Wir erwarten, dass alle diplomatischen und finanziellen Möglichkeiten für den Abschluss von Rücknahmeabkommen und Migrationspartnerschaften genutzt werden. Das EDA mit Aussenminister Burkhalter ist hier vermehrt in der Pflicht: Er muss sich verstärkt in den Krisengebieten, insbesondere in Eritrea und dessen Nachbarländern, engagieren.

Die vorliegende Asylgesetzrevision wird die weltweite Flüchtlingsproblematik nicht beseitigen. Für unser Land ist sie aber ein wichtiger und richtiger Schritt zur Bewältigung der schwierigen Herausforderungen in unserem Land. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Asylverfahren langfristig rasch und fair gestaltet werden. Parallel zu dieser Gesetzesrevision braucht es weitere Massnahmen, welche die Schweiz nicht alleine, sondern zusammen mit der EU und der internationalen Staatengemeinschaft angehen muss. Im Vordergrund stehen eine konsequente Bekämpfung des Schleppertums, Anstrengungen für friedensfördernde Massnahmen in den Krisenregionen und Hilfe vor Ort.

Die CVP/EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und im Wesentlichen der Mehrheit und dem Ständerat folgen.

Fluri Kurt (RL, SO): An sich ist es unverständlich, dass wir über eine derartige Vorlage einen ganzen Tag lang diskutieren müssen, denn diese Vorlage ist in einer früheren Phase von uns allen gewünscht worden. Es ist versucht worden, diese Diskussion vor den Hintergrund des Schlagwortes «Asylchaos» zu stellen. Dabei geht es um eine strukturierte

Revision des Asylgesetzes, wie wir sie schon früher gemacht haben. Es geht darum, Zustände zu verhindern, die eine Ausnahmesituation im Sinne von Artikel 55 des Asylgesetzes hervorrufen. Es geht darum, das Chaos zu verhindern, das die SVP offenbar so gerne hätte, um daraus Kapital zu schlagen. Wenn die SVP als grösste Partei unseres Landes die Gemeinden auffordert, Widerstand zu leisten gegen klare gesetzliche Abläufe, so ist das ihrer eigentlich unwürdig, es zeigt aber auch, worum es hier geht.

Diese Vorlage steht im Zusammenhang mit anderen Revisionen des Asylgesetzes. Wir erinnern uns an die seinerzeitige sogenannte Vorlage 1, bei der wir am 14. Dezember 2012 unter anderem Artikel 82 des Asylgesetzes revidierten, mit der abgestuften Ausrichtung von Sozialhilfeleistungen und Nothilfe je nach Status und Verhalten der Asylsuchenden und Schutzbedürftigen. Wir erinnern uns an die dringliche Vorlage 3, die wir am 29. September 2012 in Kraft gesetzt und mit einer zweiten Vorlage bis zum 28. September 2019 verlängert haben. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das Staatssekretariat für Migration und der Bundesrat ohne Gesetzesänderungen weitere Massnahmen getroffen haben, die in der Botschaft ab Seite 8008 ersichtlich sind: die neue Behandlungsstrategie mit der Prioritätenordnung ab Juli 2012, das sogenannte 48-Stunden-Verfahren für Asylsuchende aus den europäischen visumbefreiten Ländern, das sogenannte Fast-Track-Verfahren für ähnliche Länder, in denen es aber schwierig ist, die Papiere der Asylsuchenden zu beschaffen. Und wir erinnern uns an die Praxisänderung für Dublin-Mehrfachgesuche mit der Aufschiebung des Eintretens auf derartige Gesuche um sechs Monate. Wir erinnern uns, dass wir die Vorlage 2, über die wir heute wieder diskutieren, am 12. Dezember 2011 im Ständerat und am 13. Juni 2012 im Nationalrat zurückgewiesen haben, mit dem Auftrag an den Bundesrat, uns genau das vorzulegen, was er uns heute vorlegt, nämlich eine Vorlage mit Beschleunigungsmassnahmen durch die Schaffung von Verfahrenszentren des Bundes und durch die Anpassung der Beschwerdefristen und des Rechtsschutzes.

Genau diese Vorlage haben wir jetzt vor uns. Deswegen ist es für uns schlicht unverständlich, weshalb wir heute trotzdem wieder über Eintreten und über einen Rückweisungsantrag diskutieren müssen.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Testbetrieb in Zürich seit dem 6. Januar 2014 läuft. In der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates ist uns eine erste Evaluation von Februar 2015 vorgelegt worden. Wir haben dort gesehen, dass die prognostizierte Aufteilung in beschleunigte Verfahren mit einem Anteil von etwa 20 Prozent, in Dublin-Verfahren mit einem Anteil von etwa 40 Prozent und in erweiterte Verfahren mit einem Anteil von etwa 40 Prozent umgesetzt worden ist. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass in allen drei Verfahrensentwicklungen Verkürzungen der Verfahrensdauern erzielt werden konnten, und wir haben in unserer Kommission zur Kenntnis genommen, dass die Bilanz insgesamt, soweit man das in jenem Zeitpunkt schon sagen konnte, bei diesem Testbetrieb positiv war.

Uns ist nicht bekannt, ob der Vertreter des Nichteintretensantrages der Minderheit, Herr Kollege Fehr, der wohlweislich nicht im Saal ist, wenn es darum geht, ihm Antwort zu geben, diesen Evaluationsbericht kritisiert hat. Er hat jedenfalls keine Argumente aufgeführt, die gegen die positive Bilanz gesprochen hätten. Er hat auch heute keine Verbesserungsvorschläge eingebracht. Deswegen ist es für unsere Fraktion klar, dass wir diesem Nichteintretensantrag nicht stattgeben und dass wir im Gegenteil auf den von uns selbst verlangten Gesetzentwurf eintreten wollen.

Wir wissen ferner, dass alle drei staatlichen Ebenen in zwei Asylkonferenzen in dieses neue Verfahren einbezogen worden sind. Bund, Kantone sowie Gemeinde- und Städteverbände haben diesem Verfahren zugestimmt, inklusive der Schaffung dieser neuen Zentren des Bundes auf Gemeindegebiet irgendwo im Land. Alle drei Ebenen haben das unterstützt. Die Beschleunigung ist immer verlangt worden.

Wenn Herr Fehr hier wäre, müsste er sich auch enthalten lassen, dass das Dublin-Verfahren nach wie vor eine

positive Bilanz für unser Land aufweist. Wir können aufgrund des Dublin-Verfahrens anderer Länder nach wie vor mehr Gesuche zurückgeben, als wir entgegennehmen müssen. Wir haben gerade vor Kurzem zur Kenntnis genommen, dass die Gesuche eritreischer Staatsangehöriger gegenüber Juli 2015 im Monat August um einen Viertel zurückgegangen sind, obwohl dieses gesetzliche Verfahren nun hängig ist und obwohl daraus, nach Auffassung von Herrn Fehr, scheinbar eine Attraktivierung unseres Landes resultieren würde. Offensichtlich entspricht seine Auffassung eben nicht den Tatsachen.

Herr Brand weiss selbst am besten, dass die Voraussetzungen von Artikel 55 des Asylgesetzes, die sogenannte Ausnahmesituation, in keiner Art und Weise erfüllt sind. Schon deswegen ist sein Rückweisungsantrag unbegründet. Er weiss ferner auch, dass wir im Herbst dieses Jahres den Bericht des Bundesrates zu unserem Postulat 14.3008 betreffend die Revision des Status der vorläufigen Aufnahme entgegennehmen können. Wir gehen davon aus, dass wir an der nächsten Sitzung der SPK unseres Rates von diesem Bericht werden Kenntnis nehmen und ihn diskutieren können.

Unsere Kritik am ganzen Asylverfahren richtet sich nicht gegen die Vorlage. Aber wir sind der Auffassung, dass es endlich an der Zeit wäre, den Status des vorübergehenden Schutzes gemäss den Artikeln 4 und 66 des Asylgesetzes einmal anzuwenden. Wir sind der Meinung, dass gerade bei den eritreischen Flüchtlingen dieser Status besser wäre als die Anwendung des Status der vorläufigen Aufnahme mit den von uns immer wieder kritisierten Folgen.

Aber zurück zur Vorlage: Für uns ist das Verhalten der SVP völlig unverständlich, nämlich dass sie nicht auf die Vorlage eintreten oder sie zurückweisen will, dies, nachdem genau diese Vorlage von uns allen inklusive SVP immer wieder gefordert worden ist. Unsere Fraktion wird deshalb beide Minderheitsanträge ablehnen.

Schibli Ernst (V, ZH): Herr Kollege Fluri, gegen die Beschleunigung der Asylverfahren hat sicher niemand etwas einzuwenden. Sind Sie aber auch der Auffassung, dass definitiv abgelehnte Gesuche dazu führen, dass die entsprechenden Personen dann eben auch ausgeschafft werden?

Fluri Kurt (RL, SO): Den ersten Teil Ihrer Frage haben Sie mit Ihren beiden Minderheitsanträgen ja selbst beantwortet. Niemand ausser Ihnen ist gegen die Beschleunigung der Verfahren. Sonst hätten die Minderheiten, bestehend aus Mitgliedern der SVP-Fraktion, jetzt nicht einen Nichteintretens- und einen Rückweisungsantrag eingereicht. Sie hätten ja in der Kommission die Vorlage unterstützen und Verbesserungen in Ihrem Sinn einbringen können. Sie wissen ganz genau, dass die Ausschaffung und Wegweisung nach rechtskräftigen Nichteintretens- oder Abweisungsentscheiden eben nicht einfach unser Problem ist. Wenn die betreffenden Länder ihre Leute nicht mehr zurücknehmen wollen, ihnen die Papiere nicht beschaffen wollen, dann bleibt eben nichts anderes als der Ausweg über die vorläufige Aufnahme. Das wollen wir an sich auch nicht. Aber wir können nicht die Leute innerhalb unseres eigenen Staatsgebietes zurückschaffen.

Moret Isabelle (RL, VD): Qui n'a pas vu ces images bouleversantes? Qui ne s'est pas interrogé sur la réponse à apporter à cette vague de réfugiés qui déferle sur l'Europe? La réponse est claire: humanité et dignité. Ce ne sont plus des jeunes hommes en quête de travail qui sont jetés sur les routes, mais des populations entières, des familles en quête de protection qui fuient les combats, les zones de conflits et la déliquescence de pays en guerre. Ce ne sont plus quelques milliers d'opposants religieux ou politiques qui sont martyrisés par une dictature, c'est toute une population. En Syrie, en Erythrée, les paradigmes de l'asile ont changé. C'est pourquoi le groupe libéral-radical propose que le Conseil fédéral mette en oeuvre l'article 4 de la loi sur l'asile qui prévoit une protection provisoire aux réfugiés, le temps pour

eux de survivre, de sauver leurs enfants, de se reconstruire et d'entamer la reconstruction de leur pays. La protection provisoire, c'est un projet de vie qui est proposé à ces personnes en détresse. Nous leur offrons protection, mais aussi nos écoles, nos apprentissages, la possibilité de travailler dans notre pays, avec un seul objectif, devoir retourner dans leur pays pour le reconstruire. La protection provisoire permet d'être généreux selon la tradition humanitaire de la Suisse, tout en s'assurant qu'à moyen terme la population n'augmente pas en Suisse, puisque les personnes aidées devront retourner chez elles. C'est un investissement dans l'avenir d'un pays en guerre, une forme d'aide au développement. Voilà la réponse à apporter spécifiquement aux personnes en détresse en provenance de Syrie et d'Erythrée.

A côté de cette réponse spécifique à ces personnes, il est nécessaire de poursuivre ce que nous avons entrepris il y a deux ans: réformer la procédure d'asile. Dans ce projet qui vous est soumis, rien de nouveau. Nous l'avons accepté il y a près de deux ans dans le cadre d'une procédure urgente. Le peuple l'a accepté à près de 80 pour cent. La phase test est plus que concluante. Il convient maintenant de transposer ce qui a été décidé il y a deux ans dans le droit ordinaire. Accélérer les procédures, c'est permettre de renvoyer rapidement les personnes qui ne remplissent pas les critères de l'asile tout en intégrant rapidement ceux qui obtiennent le statut de réfugiés.

Brand Heinz (V, GR): Ich habe nun noch Gelegenheit, als Fraktionssprecher zu Ihnen zu reden, und möchte gerne noch ein paar grundlegende Überlegungen anstellen.

Die aktuellen Flüchtlingsströme, verbunden mit all den tragischen Ereignissen der letzten Wochen und Monate, müssen uns in der Asylpolitik zu einem Umdenken bringen. Die Aufnahme politik betreffend die zurzeit stattfindende Völkerwanderung nach Europa, die in erster Linie die Schlepper bereichert, setzt eindeutig falsche Anreize und weckt falsche Hoffnungen. Je mehr Personen mittels Schleppern nach Europa kommen, desto mehr werden ihnen folgen. Die Dramen werden mit einer grenzenlosen Aufnahme politik nicht aufhören, vielmehr wird sie die Situation erst recht anheizen. In der aktuellen Diskussion ist es deshalb umso wichtiger, dass klar unterschieden wird zwischen an Leib und Leben verfolgten Flüchtlingen nach der Genfer Konvention, Kriegsflüchtlingen und eben illegalen Wirtschaftsmigranten. Wir haben heute die Situation, dass unsere Asylunterkünfte wie auch unsere finanziellen und personellen Ressourcen massgeblich von Personen in Beschlag genommen und gebraucht werden, die weder an Leib und Leben verfolgt sind noch aus einem Kriegsgebiet stammen. Rund 40 Prozent aller Asylgesuche des laufenden Jahres wurden von Personen aus Eritrea eingereicht. Syrer machen hingegen lediglich 7 Prozent aus.

Unsere gesetzlichen Grundlagen würden nach Auffassung der SVP-Fraktion heute ausreichen, um eine faire und konsequente Asylpolitik durchzusetzen. Insbesondere betreffend die Eritreer haben wir in einer Referendumsabstimmung 2013 klar bestätigt, dass Wehrdienstverweigerung keine Flüchtlingseigenschaft begründet. Trotzdem erhält heute noch immer rund die Hälfte aller asylsuchenden Eritreer die Flüchtlingseigenschaft. Die übrigen werden vorläufig aufgenommen und können ebenfalls hierbleiben.

Doch anstatt die vorhandenen gesetzlichen Grundlagen konsequent umzusetzen, will der Bundesrat mit der vorliegenden Asylgesetzrevision das Asylverfahren nochmals grundlegend umbauen und nimmt damit auch grosse Investitionskosten in Kauf. Ziel soll sein, eine längst erwartete Verfahrensverkürzung endlich zu erreichen. Die Fraktion der SVP hat grundlegende Zweifel, ob der vorgeschlagene Weg mit den in Aussicht gestellten Massnahmen auch tatsächlich zielführend ist. Sie lehnt deshalb die vorgeschlagene Gesetzesrevision ab und beantragt Ihnen, auf das Geschäft nicht einzutreten. Eventualiter beantragt sie Ihnen, es zur Verbesserung an den Bundesrat zurückzuweisen.

Die vorliegende Gesetzesrevision basiert auf Rahmenbedingungen, die zwischenzeitlich völlig überholt sind; die heuti-

gen Rahmenbedingungen sind für die Schweiz wesentlich ungünstiger. Gemäss Botschaft geht man immer noch davon aus, dass 40 Prozent der Fälle im Dublin-Verfahren erledigt werden können und dass damit entsprechend weniger UnterkunftsKapazitäten benötigt werden. Es muss nach dem Scheitern der Schengen/Dublin-Verträge, welches mittlerweile zumindest im Ausland zugegeben wird, jedoch zur Kenntnis genommen werden, dass diese gemäss Botschaft massgebliche Fallkategorie geschrumpft ist und nur noch marginale Bedeutung hat. Die Folgen sind ein zusätzlicher Bedarf an Unterkünften, die wohl mehrheitlich von den Kantonen bereitzustellen sind.

Es ist müssig festzuhalten, dass bei diesen Veränderungen im Mengengerüst auch die finanziellen Folgen der Gesetzesrevision, wie sie in der Botschaft dargelegt sind, kaum mehr zutreffen dürften. Auch ohne diese Veränderungen geht die in der Botschaft angestellte Kostenberechnung von kühnen Annahmen aus. Mit diesen Veränderungen dürfte die Wirtschaftlichkeit der getroffenen Regelungen erst recht infrage gestellt sein.

Die vollständige Ausrichtung unserer Asylverfahren auf die Schengen/Dublin-Verträge hat sich im Übrigen als eklatanter Fehlentscheid erwiesen. Während sich andere Staaten kaum um die Anwendung dieser staatsvertraglichen Bestimmungen bemühen, hat die Schweiz inzwischen zahlreiche und wertvolle Bestimmungen ihres Asylrechts aufgegeben. Die Folge dieser Anpassung ist ein zusätzlicher Verlust an Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten.

Das neu vorgeschlagene Verfahren ist von einem beispiellosen Detaillierungsgrad und von einem Perfektionsstreben geprägt, welches auf der Annahme ganz bestimmter Fallkonstellationen beruht. Dabei haben die Erfahrungen in der Vergangenheit und ganz besonders die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt, dass das zuständige Staatssekretariat die Verfahren jeweils den aktuellen Verhältnissen anpassen können muss. Dies wird jedoch mit dem gewählten High-tech-Verfahren wohl kaum mehr möglich sein.

Die vorgeschlagene Gesetzesrevision basiert, wie wir alle wissen, auf einem idealisierten Verfahrenskonzept aus Holland. Die von der Verwaltung immer wieder gepriesenen Vorteile dieses Verfahrens haben sich bei einem Augenschein vor Ort als wenig überzeugend erwiesen. Zwar konnten die Verfahren innerhalb einer kürzeren Frist als in der Schweiz abgeschlossen werden, aber dem nachfolgenden Vollzug scheint man in Holland nur wenig Beachtung zu schenken. Zwangsmassnahmen sind dort ein Fremdwort. Der Abschluss eines Verfahrens ohne nachträgliche Verfahrens- und Vollzugskontrolle macht aber kaum Sinn.

Wenig überzeugend ist sodann auch – Kollege Fehr hat es bereits gesagt – die Beistellung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung. Diese hat in Holland in der Zwischenzeit zu einer Beschwerdequote von über 90 Prozent geführt. Die Risiken der Übernahme einer solchen Rechtsvertretung sind beträchtlich. Die SVP lehnt deshalb die vorgeschlagene Beistellung einer unentgeltlichen Rechtsvertretung ab. Sie ist im Übrigen einerseits ein beispielloser Misstrauensbeweis gegenüber dem Staatssekretariat für Migration. Andererseits erhalten damit Asylsuchende im Schweizer Rechtssystem sogar mehr Rechte als Schweizer, was nicht hinnehmbar ist. Überdies werden damit auch Präjudizien für andere Rechtsbereiche geschaffen, was unbedingt zu verhindern ist.

Die Realisierung des neuen Verfahrens setzt überdies auch den Bau zahlreicher neuer Verfahrenszentren voraus. Die abschliessende Errichtung und Inbetriebnahme dieser Zentren und damit das landesweite Funktionieren der neuen Verfahren erfordern dagegen offensichtlich noch mehrere Jahre. Vom Erkennen des Handlungsbedarfs in den Jahren 2010/11 bis zur Lösung des Problems vergehen damit nahezu zehn Jahre, was nach Auffassung der SVP inakzeptabel ist.

Darüber hinaus muss zur Realisierung der gewählten Unterbringungskonzepte ein Plangenehmigungsverfahren, verbunden mit der Einräumung von Enteignungsrechten, eingeführt werden. Eine derart weit gehende Einschränkung der Eigentumsrechte oder gar die Beschränkung demokrati-

scher Rechte für diesen Zweck lehnt die SVP aus grundsätzlichen Überlegungen kategorisch ab. Es kann und darf nicht sein, dass Schweizer Bürger zwangsweise Grund und Boden zur Lösung von Asylproblemen hergeben müssen.

Die schweizerische Asylgesetzgebung dient bekanntlich der Gewährung des Schutzes vor staatlicher Verfolgung und der Umsetzung der Genfer Konvention. Sie ist kein Instrument zur Bewältigung von Massenfluchten, sie ist erst recht keine Grundlage für die Aufnahme einer grossen Anzahl von Wirtschaftsfüchtlingen, die in der Schweiz unter dem Vorwand staatlicher Verfolgung Schutz suchen. Das Asylgesetz enthält auf der Grundlage von Artikel 4 Regelungen, welche eine vorübergehende Aufnahme von Personen als Schutzbedürftige aus Kriegsgebieten ermöglichen. Dies ist bereits Grundlage genug, um humanitären Verpflichtungen, die sich jetzt für die Schweiz aufdrängen, nachzukommen.

Bedauerlicherweise wurde im Rahmen der Arbeiten an dieser Gesetzesrevision die Gelegenheit zur Behebung anderer Regelungsdefizite verpasst. Ich habe das bereits in meinem Rückweisungsantrag begründet; es gibt viele Bereiche, die einer Überarbeitung, einer Verbesserung bedürfen. Ich denke hier insbesondere auch an eine Verbesserung der inneren Sicherheit, welche durch Asylsuchende, ja durch Personen des Asylbereichs generell immer wieder beeinträchtigt wird. Im Lichte der bereits erkannten Regelungsdefizite haftet dem totalrevidierten Asylrecht damit auch im Falle einer Zustimmung durch die Räte der Nimbus einer unausgeglichenen und teilweise lückenhaften Gesetzgebung an, mit der selbst Bereiche mit dringlichem Handlungsbedarf nicht oder nicht mit der notwendigen Konsequenz angegangen werden.

Vor rund zwanzig Jahren wurde an dieser Stelle im Rahmen einer Asylgesetzrevision festgehalten: «Eintreten bringt nichts, Nichteintreten bringt auch nichts.» Diese bedauerliche Feststellung gilt heute und jetzt leider auch wieder. Mit der vorliegenden Gesetzesrevision droht sich die Geschichte zu wiederholen. Sicher ist einzig, dass die anvisierte Gesetzesrevision massive Mehrkosten beim Personal und bei der Infrastruktur zur Folge haben wird. Ich möchte Sie deshalb im Interesse der Sache dringend bitten, die Vorschläge der SVP, die heute eingebracht werden, zumindest einer sachlichen Prüfung zu unterziehen.

Fiala Doris (RL, ZH): Herr Kollege Brand, wie ich anlässlich meines Besuches vergangenen Freitag im Testzentrum an der Förrlibuckstrasse in Zürich erfahren habe, haben Sie, zusammen mit Kollege Hans Fehr, das Testzentrum ja selber auch besucht. Nun führen Sie aus, dass Sie gegen diese Gratisberatung, diese juristische Unterstützung, sind, und meine Frage an Sie lautet: Hat man Sie an der Förrlibuckstrasse im Testzentrum nicht auch darüber informiert, dass eben aufgrund dieser kostenlosen Beratung die Verfahren viel schneller abgewickelt werden und im Grunde die Kosten sich eben nicht nur decken, sondern um ein Vielfaches wieder einspielen? Weil man die Menschen berät, wissen sie, dass sie keine Chance haben zu bleiben, und fügen sich dem auch eher.

Brand Heinz (V, GR): Ich habe sehr wohl Kenntnis von diesen Rechtsberatungen, ich habe das auch mitverfolgt. Ich bin einfach der Meinung, dass es nicht notwendig ist. Schauen Sie, es gibt kein anderes Rechtsgebiet im schweizerischen Recht, in dem man jedem Verfügungsadressaten eine unentgeltliche Rechtsberatung bietet, damit der Empfänger der Verfügung weiss, dass das, was er bekommt, auch tatsächlich rechtens ist. Das ist einzigartig in der Schweiz und nach meinem Dafürhalten unnötig. Im Übrigen habe ich aufgrund langjähriger Erfahrungen die Gewissheit, dass das Staatssekretariat für Migration sorgfältig arbeitet und dass auch die Beordnung eines Rechtsanwaltes nicht vor Fehlentscheiden schützt. Denken Sie an diese zwei kürzlich bekanntgewordenen Fälle. Diese Personen waren beide anwaltlich vertreten, beide waren vor dem Bundesverwaltungsgericht, und trotzdem hat sich offenbar der Entscheid als unrichtig erwiesen. Ich glaube, es ist auch eine

Frage der Entscheideröffnenden, den Adressaten der Verfügungen eben Sinn und Inhalt zu erklären, wenn sie dessen bedürfen.

Landolt Martin (BD, GL): Wir haben laut Medien heute eine «Asylschlacht» und eine «Monsterdebatte» vor uns. Trotzdem werde ich den Eindruck nicht los, dass bereits nach einer Stunde schon alles gesagt wäre. Ich werde mich deshalb kurzfassen.

Die BDP-Fraktion unterstützt die Asylgesetzrevision. Sie wird darauf eintreten und sämtliche Anträge der Kommissionmehrheit unterstützen. Das Asylwesen in der Schweiz wird nicht nur am Stammtisch, sondern auch in der Politik oft als ineffizient und teuer bezeichnet. Die Verfahren dauerten zu lange, heisst es, die Entscheide seien, je nach Sichtweise, zu grosszügig oder zu restriktiv. Dieses Grundrauschen an Stimmungsbildern mag teilweise seine Gründe haben, teilweise hat es sich aber auch einfach so eingebürgert und ist gewissermassen zur Gewohnheit geworden. Wenn man nun vor diesem Hintergrund die Asylgesetzrevision würdigen möchte, so kann man mit guten Gründen zu folgendem Fazit kommen: Es wird nicht alles gut, aber vieles wird besser.

Wir betrachten namentlich die Beschleunigung der Verfahren als einen Mehrwert dieser Vorlage. Die Asylverfahren werden strukturierter, die Fristen kürzer. Dazu müssen möglichst alle involvierten Akteure vor Ort sein. Denn letztlich sollen Asylsuchende möglichst rasch einen verbindlichen Entscheid erhalten, unabhängig von der Frage, wie dieser Entscheid dann lauten wird. Eine längere Ungewissheit hilft definitiv niemandem. Ebenso ist es wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Kantone hinter dieser Vorlage stehen, weil ihren Anliegen Rechnung getragen worden ist. Umgekehrt stellen sich die Kantone damit auch hinter eine bessere Einheitlichkeit beim Vollzug, weil hier die Unterschiede in der Vergangenheit sicher zu gross waren.

Alles in allem nimmt die Asylgesetzrevision viele bürgerliche Anliegen und Forderungen auf. Es könnte der Verdacht aufkommen, dass deshalb nicht sämtliche bürgerliche Fraktionen hinter dieser Revision stehen, weil eigene Forderungen aufgenommen worden sind, die man eigentlich gar nicht hätte erfüllt haben wollen – eine erfüllte Forderung taugt als Forderung nichts mehr. Die BDP hingegen ist davon überzeugt, dass diese Revision keinesfalls verzögert werden darf, weil sie wichtige Fortschritte bringt, über die wir schon länger diskutieren und die wir schon seit einiger Zeit in Aussicht stellen. Diese Revision bringt eine Verbesserung des Asylwesens und kann deshalb einen Beitrag dazu leisten, dass unser Asylwesen auch bei der Bevölkerung Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen kann. Die Akzeptanz für unser Asylwesen ist enorm wichtig und die Grundlage für einen breitabgestützten und sorgfältigen Umgang mit unserer humanitären Tradition.

Treten wir deshalb auf die Vorlage ein. Beraten wir sie, und unterstützen wir die Anträge der Kommissionmehrheit.

Leuenberger Ueli (G, GE): Aucune loi en Suisse n'a été aussi souvent modifiée que la loi sur l'asile ne l'a été depuis son entrée en vigueur, il y a environ 35 ans. On peut honnêtement se demander quand une nouvelle révision sera nécessaire, quand la situation «objective» ou «subjective» nous y conduira ou tout simplement quand une telle révision sera revendiquée voire imposée par les représentants de majorités politiques régulièrement très crispés par la thématique de l'asile. Je parie que cela se produira avant l'entrée en vigueur, en 2018 ou 2019, de la révision que nous traitons maintenant.

La situation dramatique des réfugiés qui traversent la mer Méditerranée ou qui doivent braver les dangers, passer les murs et fils barbelés nouvellement installés à la hâte sur le continent européen montre aussi à notre population qu'un effort plus important en faveur des nouveaux damnés de ce monde est nécessaire. En mars dernier, nous avons salué la décision du Conseil fédéral d'accueillir 3000 réfugiés syriens comme une décision qui allait dans la bonne direction. Mais

il est totalement incompréhensible que moins d'une cinquantaine de personnes aient pu rejoindre la Suisse depuis. Je donne raison à ceux qui disent que cette lenteur est scandaleuse: il doit être possible d'agir plus rapidement, d'une manière moins bureaucratique, en tenant compte de la détresse dans laquelle les réfugiés se trouvent. Les familles syriennes établies depuis fort longtemps en Suisse, qui sont dans l'attente de pouvoir accueillir une grand-mère ou une soeur avec ses enfants, ne comprennent pas cette lenteur. Moi non plus, et avec moi une grande partie de la population suisse non plus.

La Suisse doit faire plus, plus rapidement et avec moins de bureaucratie face à la catastrophe humanitaire, particulièrement en Syrie et dans les pays voisins. Elle doit agir plus, plus rapidement et avec moins de bureaucratie aussi dans le soutien à ceux qui ont pu atteindre les pays limitrophes des pays en guerre ainsi que nos pays voisins.

La loi qui nous est proposée contient une série de points positifs que les Verts soutiennent, tandis que de nombreux points ne nous satisfont pas entièrement ou pas du tout. Les Verts sont depuis toujours adeptes d'une procédure d'asile qui ne traîne pas pendant des années en laissant des femmes, des hommes et des enfants dans l'incertitude la plus totale quant à leur avenir. Des délais d'attente inadmissibles empêchent le véritable travail d'intégration de celles et ceux qui ont le droit de s'établir. De tels délais sont également inadmissibles pour celles et ceux qui ne remplissent pas les critères pour pouvoir rester en Suisse.

Pour nous, il est également évident que cette accélération est uniquement possible si une assistance juridique gratuite et de qualité est instaurée pour les requérants. Cette garantie est indispensable pour que la procédure d'asile devienne plus équitable. Cette accélération ne doit pas être seulement un instrument visant à rejeter les demandes qui ne remplissent pas les conditions d'octroi de l'asile, mais également un instrument visant à accorder plus rapidement l'asile à toutes celles et ceux qui ont le droit à la protection et à l'asile en Suisse, afin qu'ils puissent construire leur avenir en Suisse avec le soutien et les mesures d'intégration nécessaires. La procédure d'asile en ambassade doit être réintroduite tandis que l'ouverture de bureaux à proximité des lieux d'accueil de réfugiés, en collaboration avec d'autres pays, doit également trouver sa place dans la nouvelle loi.

Le délai de recours de trois jours est, dans certaines situations, tout simplement inacceptable et impraticable.

Ainsi, notre soutien à la loi lors du vote final dépendra des décisions quant aux délais de recours et à la réintroduction de la possibilité de déposer une demande d'asile dans une représentation suisse.

Glättli Balthasar (G, ZH): Wir haben derzeit die grösste Flüchtlingskatastrophe: Wir haben seit dem Zweiten Weltkrieg am meisten Menschen, die vor Krieg, Verfolgung, Diktatur und Folter fliehen. Wie viel wir hier in der Schweiz tun können, sehen nicht alle gleich. Immerhin, in der Kosovo-Krise 1998/99 haben wir insgesamt etwa 53 000 Menschen aus diesem Kriegsgebiet aufgenommen und dazu noch 40 000 Asylsuchende aus anderen Ländern. Da ist für uns Grüne klar: Was wir damals stemmen konnten, das müssen wir angesichts dieser Katastrophe auch heute stemmen können.

Mit Verlaub, Herr Präsident, wir Grünen sind angesichts des Elends gerne Gutmenschen und nicht Unmenschen. Wir wollen und wir dürfen nicht denen das Wort überlassen, die das Asylchaos herbeireden wollen. Unsere Überzeugung ist, dass Flüchtlinge Schutz brauchen, nicht Hetze. Die Flüchtlinge brauchen nicht mehr Brandstifter, sondern mehr Solidarität. Und sie brauchen zügige, aber korrekte Verfahren.

Wir sprechen von den Flüchtlingsströmen aus Syrien, wir sehen Bilder des Elends, die niemanden in diesem Saal kaltlassen können, Bilder der Verzweiflung. Aber wir sehen auch Bilder der Hoffnung, der Solidarität in Österreich und in Deutschland. Dort kommen Tausende und Abertausende tagtäglich an, und trotzdem ist die Solidarität stärker denn je. Sogar diese Bundesrepublik, die jetzt wirklich riesige,

enorme logistische Herausforderungen bewältigen muss, sogar unser Nachbarland sagt in dieser Situation: «Wir setzen das Dublin-Verfahren aus – wir machen vom Dublin-Recht Gebrauch, selbst auf diese Gesuche einzutreten.» Da verstehe ich nicht, warum die Schweiz, die heute kein Asylchaos, nicht einmal ein «Asylchaöslein» kennt, dies nicht zumindest auch machen kann, um jene Länder an der Aussen-grenze der EU zu entlasten, zumindest so lange, bis eine faire Verteilung der Flüchtlinge europaweit durchgesetzt ist. Im Kern geht es für uns in dieser Vorlage nicht nur um zügige, aber korrekte Verfahren, sondern es geht auch um das grosse Thema, wie Menschen, die bedroht sind, wie Kriegs-flüchtlinge überhaupt in Europa Schutz finden können. Natürlich können und müssen wir auch die Hilfe vor Ort verstärken, das ist unbestritten. Ich hoffe, dass, wenn es dann um Geld geht, nicht dort gekürzt wird, wo wir nachhaltig für die Zukunft mit Entwicklungszusammenarbeit Konfliktverhütung machen. Ich hoffe, dass wir da alle zusammen sagen: Das können wir zusätzlich aufbringen.

Aber was wir vor allem auch brauchen, sind Brücken statt Mauern. Wir brauchen Kontingente, Frau Bundespräsidentin, die nicht nur versprochen werden. Vielmehr muss diesen Menschen auch Schutz gewährt werden. Wir brauchen wieder die Möglichkeit, dass legal Asylgesuche gestellt werden können, ohne dass sich die Leute den Schleppern ausliefern müssen. Heute haben wir eine besondere Situation in der Schweiz. Bei über 60 Prozent der Asylgesuche, die hier gestellt werden, wird auf Schutzbedürftigkeit entschieden, das heisst, unser Asylwesen arbeitet für Menschen, die den Schutz brauchen. Zusätzliche 20 Prozent sind solche, die den Schutz brauchen, aber für die wir nicht zuständig sind. Mindestens da könnten wir ein Zeichen setzen: nicht die Menschen herumschieben, sondern unseren Teil zur Lösung beitragen.

Natürlich treten wir ein, aber wenn das Grundproblem, Brücken statt Mauern zu schaffen, nicht gelöst werden kann, dann können wir der Vorlage am Schluss nicht zustimmen und müssen uns leider der Stimme enthalten.

Moser Tiana Angelina (GL, ZH): Wir beraten heute die Asyl-gesetzrevision in einer Situation, die aussergewöhnlich emotional ist, in einer Situation voll mit Not und Leid. Die Bilder, die uns täglich erreichen, und die Geschichten über die menschlichen Schicksale sind kaum auszuhalten. Solange es Kriege, Willkürregimes und Perspektivenlosigkeit gibt, wird es Flüchtlinge geben. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir denen helfen, die an Leib und Leben bedroht sind. Das gilt ganz besonders für die Familien und Minder-jährigen auf der Flucht. Lösen können wir damit das Problem der Flüchtlingskrise nicht, weder alleine noch mit der heute zu diskutierenden Revision. Was wir aber machen können, das sind unsere Hausaufgaben:

1. Unsere Verfahren müssen schneller und effizienter werden und dabei gleichzeitig fair sein. Damit wir den Menschen helfen können, die wirklich bedroht sind, müssen wir die Verfahren so verbessern, dass jene, die keinen Anspruch auf Schutz haben, auch rasch wieder unser Land verlassen. Die heutige Revision legt dafür die rechtliche Basis. Deshalb treten wir Grünliberalen auf die Vorlage ein. Wir lehnen die Rückweisung ab und tragen weitgehend die Vorlage des Bundesrates mit. Die extremen Forderungen, die vor allem von rechts kommen, lehnen wir ab.

2. Wir müssen die Regeln auch durchsetzen, wir müssen auch konsequent handeln. Wer keinen Anspruch auf Schutz hat, muss unser Land wieder verlassen. Die Schweiz kann nicht Heimat für all jene sein, die sich ein besseres Leben wünschen. Mit der 48-Stunden-Regel und dem Fast-Track-Verfahren wurden bereits Massnahmen ergriffen. Entsprechend begrüssen wir aber auch die Massnahmen in dieser Vorlage zur Stärkung des Wegweisungsvollzugs.

3. Wir müssen im internationalen Verbund arbeiten. Die Flüchtlingsthematik ist vielschichtig. Einfache Lösungen gibt es keine. Die Schweiz kann die Asylproblematik nicht alleine lösen. Darum müssen wir uns mit Nachdruck für eine verstärkte Zusammenarbeit in Europa und eine gerechte Vertei-

lung der Quoten einsetzen. Dazu gehört, dass wir die Grenzländer und die Transitländer unterstützen, sei das finanziell oder mit Know-how. Wir können nicht erwarten, dass diese Länder die Herausforderungen alleine stemmen. Am stärksten betroffen sind die Nachbarregionen der Krisengebiete: Neun von zehn Personen suchen Schutz in der Nähe der Konfliktregionen. Die Belastung der Nachbarländer von Syrien ist enorm. Von den 4 Millionen Syrern, die auf der Flucht sind, hat alleine die Türkei die Hälfte aufgenommen. Die Schweiz hat bereits 178 Millionen Franken für die Hilfe in den Krisenregionen investiert. Die Grünliberalen sind sich bewusst, dass es weitere Mittel brauchen wird. Diese Massnahmen sind unabdingbar, aber sie bleiben Symptombekämpfung.

4. Hilfe vor Ort: Die Schweiz kann und soll, wo möglich, einen Beitrag zur Stabilisierung der Krisenregionen leisten. Die Grünliberalen haben deshalb die Erhöhung der Beiträge für die Entwicklungshilfe oder für friedensbildende Massnahmen stets unterstützt. Erfolgversprechend sind auch Migrationpartnerschaften wie mit Tunesien: Sie helfen, jungen Menschen in ihrem Land eine Perspektive zu geben.

Aber heute, heute müssen wir unsere Hausaufgaben machen und die Asylverfahren in der Schweiz verbessern. Wir Grünliberalen wollen Lösungen – ganz im Gegenteil zur SVP. Sich in der heutigen Situation in einem langen Prozess gegen diese Revision zu stellen zeigt einmal mehr, dass keine Bereitschaft da ist, Lösungen zu finden. Das ist grundsätzlich stossend, aber ganz besonders in der aktuellen Situation. Es sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. In dieser Situation ein Asylmoratorium zu fordern ist nur noch zynisch. Lesen Sie mal den Text dieses Vorstosses! Er ist realitätsfremd, und er ist menschenverachtend. Die Menschen, die Familien flüchten vor Krieg und Terror, ertrinken im Mittelmeer, und Sie, Sie wollen einen Zaun um die Schweiz erstellen! Einen Zaun um die Schweiz als Globalisierungsgewinnerin? Einen Zaun um die Schweiz, die in den letzten fünfzehn Jahren den tiefsten Anteil an Asylgesuchen in Europa gehabt hat? In den ersten acht Monaten dieses Jahres kamen 20 000 Flüchtlinge in die Schweiz – so viele sind am letzten Wochenende in München angekommen. Und Sie verlangen ein Moratorium per Notrecht und wollen, dass das Militär die Grenzen schützt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen der SVP-Fraktion, ziehen Sie diese Motion zurück! Sie können nicht ernsthaft denken, was in dieser Motion steht. Wir Grünliberalen sagen Ja zu schnelleren und fairen Verfahren und sagen Ja zur humanitären Tradition der Schweiz. Wir treten auf die Revision ein.

Bäumle Martin (GL, ZH): Wir behandeln heute zwei Hauptgeschäfte: eine Vorlage zur besseren Bewältigung der Asylverfahren und eine Motion der SVP-Fraktion für eine Aushebelung der humanitären Tradition. Wir tun dies vor dem Hintergrund dessen, dass sich die Situation in den letzten Wochen mit einer Welle von Kriegsflüchtlingen, von denen uns tragische Bilder erreicht haben, immer mehr verschärft hat. Langfristig kann nur mit einer Beschleunigung und Versachlichung der Asylverfahren, also mit der Umsetzung der heutigen Vorlage, der Goodwill in der Bevölkerung geschaffen werden, der nötig ist, um in Situationen wie der jetzigen durch ein Zusammengehen mit der EU auch Kontingentsflüchtlingen Schutz zu bieten, und zwar rasch und unbürokratisch.

Alle waren immer für eine Beschleunigung der Asylverfahren. Vor allem die Vertreter der SVP haben immer wieder das holländische Modell als die Lösung schlechthin propagiert. Eine Subkommission Ihrer SPK ist nach Holland gefahren, um sich ein Bild vom dortigen Asylverfahren machen zu können. Alle haben festgestellt, dass die Holländer hier gewisse Dinge besser machen als wir, obwohl auch sie gewisse Probleme nicht gelöst haben. Wir haben den Bundesrat damit beauftragt, das holländische System auf Schweizer Verhältnisse herunterzubrechen und die positiven Elemente zu übernehmen.

Der Entwurf, der uns vorliegt, ist insgesamt sehr gut. Alle Kantone stehen dahinter und haben sich auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Bund bedankt. Es ist offenbar gelungen, ein umfassendes Konzept zu verabschieden, das von Bund und Kantonen getragen wird. Mit unserer damaligen Gesetzgebung haben wir den Testbetrieb und die gewünschten Evaluationen ermöglicht. Erste Hinweise bestätigen, dass es zu Verbesserungen gekommen ist.

Bei den Fristen und beim Verfahrensablauf in den Bundeszentren haben wir vieles von Holland übernommen. Die unentgeltliche Rechtsvertretung sorgte zuerst auch bei mir für Unruhe. Die Vorteile sind aber offensichtlich: Nur so können die raschen und schnellen Verfahren auch rechtsstaatlich korrekt abgewickelt werden. Damit und dank einer Zusammenarbeit mit den Flüchtlingsorganisationen kann eben auch die Zahl aussichtsloser Beschwerden vermindert werden.

Anders als in Holland ist bei uns der ganze Bereich der Nothilfe organisiert. In Holland werden die abgewiesenen Asylsuchenden auf die Strasse gestellt und in die Illegalität entlassen, mit allen Risiken, die das für die Gesellschaft birgt. Wenn sich jemand dann aber fünf Jahre lang durchgeschlagen hat, wird er automatisch eingebürgert. Die Kombination dieser beiden Elemente wäre in der Schweiz kaum umsetzbar, Widerstand von links und rechts wäre programmiert.

Die in der Vorlage skizzierte Lösung stellt demgegenüber einen pragmatischen Schritt dar, eine Schweizer Lösung. Entscheidend werden die Vollzugsaufgaben bleiben. Bei den Fristen sind wir auf gutem Wege. Dazu muss aber die Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsgericht auch im grossen Massstab noch funktionieren.

Ungelöst bleibt das Problem der vorläufig Aufgenommenen, das in den Kantonen und Gemeinden weiter diskutiert wird. Die Vorlage bringt aber auch hier nur Verbesserungen und keine Verschlechterungen. Wir sollten das Problem schrittweise lösen, statt es weiterzubewirtschaften, wie es die SVP ganz offensichtlich will.

Mein Fazit lautet, dass die humanitäre Tradition, zu der wir alle stehen, mit dieser Vorlage gewahrt bleibt. Missbräuche können gegenüber vorher besser und wirksamer bekämpft werden. Auch die Verfahrensbeschleunigung bringt Verbesserungen. Die Rechtsstaatlichkeit ist trotz der kurzen Fristen mit der unentgeltlichen Rechtsvertretung klar gewährleistet. Die Grünliberalen werden klar für Eintreten stimmen und grundsätzlich der Vorlage des Bundesrates und des Ständerates folgen. Lehnen Sie sowohl den Nichteintretens- als auch den Rückweisungsantrag aus den Reihen der SVP ab, und stimmen Sie am Ende dieser ausgewogenen Vorlage in einer Gesamtbeurteilung zu.

Noch an die SVP-Fraktion gerichtet: Ziehen Sie doch Ihre menschenverachtende Motion zurück, geben Sie sich einen kleinen Ruck!

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Die heutige Beratung der Neustrukturierung des Schweizer Asylwesens fällt in eine besondere Zeit. Wir haben eine internationale Flüchtlingskrise, die uns allen unter die Haut geht. Wenn wir sehen, was sich derzeit auf den Migrationsrouten, insbesondere in Südosteuropa, und dann in Budapest, Österreich und Deutschland abspielt, dann stellen wir uns Fragen. Gibt es eine europäische Antwort auf diese Herausforderungen? Ist Dublin am Ende? Was können wir tun? Tun wir genug?

Auch wenn wir uns das nicht gerne eingestehen: Es gibt sie nicht, die abschliessende Lösung im Flüchtlingsbereich, die Lösung, die jedes Problem verschwinden lässt. Es mag zu diesen Fragen Haltungen und Antworten geben – so weit, so gut. Aber es ist meine tiefste Überzeugung, und es ist die Überzeugung der Schweizer Landesregierung, dass wir uns bei diesen Fragen an gewissen Leitlinien orientieren müssen: an der menschlichen Würde, am Recht jedes Menschen auf Sicherheit – das ist ein Menschenrecht – und an der Genfer Flüchtlingskonvention, die die Schweiz wie alle Staaten Europas unterzeichnet hat. Diese Leitlinien sind in breiten Teilen der Bevölkerung tief verankert. Das zeigen Solidaritätsbewegungen, die sich in den letzten Wochen in

Deutschland, aber auch in der Schweiz zunehmend manifestiert haben. Nicht nur in Deutschland, auch in der Schweiz wurde die menschliche Würde von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten in den vergangenen Wochen von einigen aufs Gröbste verletzt. Wer sich so verhält, verletzt die Würde von uns allen, denn man wird Europa und die Schweiz daran messen, wie sie auf diese Flüchtlingskrise reagieren.

Ich erwähne hier nochmals, was wir, die Schweiz, getan haben, und ich tue dies im Wissen, dass wir angesichts von Millionen von Flüchtlingen allein in den Nachbarstaaten Syriens immer mehr tun könnten. Die Schweiz hat 2013 die Kontingentspolitik wieder aufgenommen, die Ende der Neunzigerjahre auf Eis gelegt worden war. Die Schweiz hat nach Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs als einziger europäischer Staat, neben einigen deutschen Bundesländern, mit Visa-Erleichterungen dafür gesorgt, dass mehrere Tausend Syrerinnen und Syrer in die Schweiz zu ihren Angehörigen reisen konnten. Der Bundesrat hat vor einigen Monaten beschlossen – bevor Europa sein Um- und Neuansiedlungsprojekt lancierte, worüber ja nach wie vor nicht entschieden worden ist –, in den nächsten drei Jahren im Grundsatz weitere 3000 schutzbedürftige Personen aufzunehmen. Und selbstverständlich leistet die Schweiz in den Nachbarstaaten von Krisenländern mit beträchtlichen Mitteln Hilfe vor Ort. Der Bundesrat hat diese Hilfe im letzten März nochmals um 50 Millionen Franken aufgestockt. Die Schweiz hat also einiges getan und tut einiges. Die Schweiz gehört auch zu jenen Staaten, welche sich stets zu einer gemeinsamen und solidarischen europäischen Asylpolitik bekannt haben, und ich bin überzeugt, dass der Bundesrat diese Linie und diese Politik fortführen wird.

Was wir ebenfalls tun können: Wir können mit einem fairen und gleichzeitig rechtsstaatlichen Asylverfahren innerhalb der Schweiz dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger hinter unserem Asylwesen stehen. Niemand, der sich an Fakten und Tatsachen orientiert, wird ernsthaft bestreiten, dass wir hier unsere Aufgaben gemacht haben. Worin besteht die Aufgabe unseres nationalen Asylwesens? Die Aufgabe besteht einerseits darin, schutzbedürftigen Menschen Schutz zu bieten und ihnen in unserem Land ein Leben in Selbstverantwortung zu ermöglichen. Die Aufgabe besteht aber auch darin, dafür zu sorgen, dass Menschen, die keinen Schutz bekommen, in ihr Heimatland zurückkehren. An diesem Ziel haben wir in den letzten Jahren intensiv gearbeitet, an der Neustrukturierung im Asylwesen. Sie will genau das: dank raschen und fairen Asylverfahren abklären, ob Menschen hierbleiben können oder in ihr Herkunftsland zurückgehen müssen. Damit können wir verhindern, dass Menschen jahrelang in Ungewissheit verharren müssen. Wer als Flüchtling aufgenommen wird, soll so rasch wie möglich in unserer Gesellschaft und in der Arbeitswelt einen Platz finden. Das ist die beste Art, sich zu integrieren. Und wer zurückgehen muss, soll dies möglichst freiwillig tun. Mit der Rückkehrhilfe kann der Start für einen Neuanfang etwas erleichtert werden.

Wir haben diese Neustrukturierung, die Sie uns vor gut vier Jahren in Auftrag gegeben haben, in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erarbeitet. Die Kantone sind ja für die Unterbringung und später für die Integration der Flüchtlinge zuständig. Auch die Gemeinden und Städte haben wir eng einbezogen. Denn auch sie leisten gerade bei der Integration einen enorm wichtigen Beitrag.

Wir konnten in den letzten eineinhalb Jahren diese raschen und fairen Asylverfahren in einem Testbetrieb bereits durchführen. Die rechtliche Grundlage dazu haben Sie mit der dringlichen Asylgesetzrevision geschaffen, einer Revision, die von der Bevölkerung in der Abstimmung mit 78 Prozent Jastimmen sehr deutlich unterstützt wurde. Was wir heute beraten, wurde also in der Praxis bereits getestet. Wir können aufzeigen, dass diese raschen Asylverfahren nicht nur funktionieren, sondern dass sie dank einem umfassenden Rechtsschutz auch tatsächlich fair sind. Dass dank dieser Massnahme die Entscheide auch besser akzeptiert werden,

zeigt sich daran, dass die Beschwerdequote im Testbetrieb tiefer ist als im Normalbetrieb.

Eine Bemerkung noch zum Testbetrieb: Bis heute haben über 80 Delegationen aus dem In- und Ausland und auch zahlreiche Parteien und Fraktionen das Testzentrum besucht. Man hat mir gesagt, dass sich von diesen über 80 Delegationen nach dem Besuch 79 positiv oder sehr positiv über den Testbetrieb geäussert hätten.

Wir haben in den letzten Jahren aber nicht nur an dieser Gesetzesvorlage gearbeitet, sondern parallel dazu überall dort, wo es ohne Änderung des Gesetzes möglich war, die Asylverfahren beschleunigt. Das war für jene Asylverfahren möglich, die offensichtlich unbegründet waren und bei denen die Asylsuchenden aus Staaten kamen, die als sicher einzustufen sind, wie zum Beispiel die Staaten des Westbalkans sowie Kosovo und Georgien. Das sogenannte 48-Stunden-Verfahren hat dazu geführt, dass die Asylgesuche aus diesen Staaten massiv zurückgegangen sind.

Wir haben auch die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten verstärkt. Dazu gehören auch die bestehenden Migrationspartnerschaften, die wir mit Nigeria, Tunesien, Serbien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina haben. Auch diese zeigen beträchtliche Wirkung. Die Asylgesuche von Menschen aus diesen Staaten sind innerhalb von drei Jahren erheblich gesunken. Das Resultat ist also, dass heute mehrheitlich Menschen in der Schweiz um Asyl nachsuchen, die tatsächlich schutzbedürftig sind. Das dient der Glaubwürdigkeit unseres Asylsystems, und das ist ein wichtiges Ziel dieser Asylgesetzrevision.

Wir werden heute in der Detailberatung noch im Einzelnen aufzeigen können, wie die Neustrukturierung funktioniert. Wir sind übrigens auch in Bezug auf die Unterbringung in Bundeszentren auf sehr gutem Weg.

Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und den Nichteintretensantrag der Minderheit Fehr Hans sowie auch den Rückweisungsantrag der Minderheit Brand abzulehnen. Mit dem Rückweisungsantrag wird verlangt, dass der Bundesrat die Attraktivität senkt und den Vollzug verbessert. In der Zwischenzeit soll der Bundesrat die Ausnahmesituation ausrufen.

Wenn Sie den Vollzug verbessern wollen, dann müssen Sie gerade diese Vorlage beraten. Sie enthält wesentliche Schritte für einen besseren Vollzug. Die wichtigsten sind, dass die Asylverfahren beschleunigt werden und man den Asylsuchenden dank eines umfassenden Rechtsschutzes eben auch aufzeigen kann, dass das Verfahren fair durchgeführt wurde. Die Forderung, die Attraktivität zu senken, ist angesichts der Tatsache, dass sich über 80 Prozent der Flüchtlinge weder in der Schweiz noch im übrigen Europa, sondern in den Krisenregionen, in Entwicklungsländern befinden, nicht nachvollziehbar. Was die Asylgesuche in Europa anbelangt, ist der Anteil der Schweiz so tief wie in den letzten fünfzehn Jahren nicht mehr. Ein Hinweis noch zur Attraktivität: In Ungarn ist die Zahl der Asylgesuche in der ersten Hälfte dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr nicht wie bei uns um 16 Prozent gestiegen, sondern um über 1100 Prozent. Ich glaube nicht, dass das daran liegt, dass Ungarn seine Attraktivität für Asylsuchende besonders stark ausgebaut hätte.

Wir können heute nicht alle Probleme lösen, aber wir können das Schweizer Asylwesen einen grossen, einen wichtigen Schritt weiterbringen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Fiala Doris (RL, ZH): Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Sie haben unschwer feststellen können, dass ich alles versuche, um die Diskussion zu versachlichen. Ich habe mich bereits mehrmals dahingehend geäussert bzw. gefragt, ob Sie das Eritrea-Dossier nicht zur Chefsache erklären könnten, weil in keinem anderen Dossier so viele Unsicherheiten, Halbwahrheiten und auch Unwahrheiten verbreitet worden sind und weil die Schweizer Bevölkerung nicht weiss, woran sie sich halten soll. Ich frage Sie deshalb: Könnten Sie das zur Chefsache erklären, und wäre es möglich, dann in dieser

Art und Weise in Eritrea noch anders vorzusprechen oder vorzugehen?

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Danke, Frau Nationalrätin Fiala. Das Eritrea-Dossier ist bereits Chef- und Chefinnensache: Wir arbeiten, mit dem EDA zusammen, intensiv an der Frage, wie wir in diesem Dossier vorwärtskommen können. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin die Erste, die mit Eritrea ein Migrationsabkommen abschliessen möchte. Das würde nämlich bedeuten, dass in Eritrea die Menschenrechte respektiert würden und dass dort zumindest das IKRK Zugang zu den Gefängnissen hätte. Es gibt gewisse Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, aber ich möchte ein solches Migrationsabkommen unterzeichnen können, denn dann ist klar, dass sich die Situation für die Menschen in Eritrea verbessert hat.

Rusconi Pierre (V, TI): Signora presidente, l'Europa intende ripartire al suo interno gli asilanti, è un nuovo progetto che è stato lanciato. La Svizzera intende aderire o dare una partecipazione a questa ripartizione europea?

Sommaruga Simonetta, presidente della Confederazione: Sì, la Svizzera intende partecipare a questo progetto. Abbiamo già detto di essere d'accordo sul «resettlement» per i rifugiati che vengono direttamente dalle regioni di crisi. La Svizzera esamina anche se può partecipare alla ripartizione dei rifugiati; questo però bisogna discutere in Consiglio federale.

Amarelle Cesla (S, VD), pour la commission: J'aimerais revenir sur trois arguments sur lesquels le groupe UDC s'appuie pour refuser d'entrer en matière, à commencer par la question de la protection juridique. Le projet, qui intègre fortement cette protection, émanerait d'une forme de fantôme de la classe politique. C'est totalement faux puisqu'il est précisé à l'article 112b alinéa 3 de la loi sur l'asile – dont une réforme a été plébiscitée par le peuple suisse en juin 2013 – que le Conseil fédéral peut raccourcir le délai de recours de 30 à 10 jours lorsque des mesures appropriées garantissent une protection juridique efficace des requérants d'asile concernés. Le peuple suisse a donc déjà plébiscité le principe de la protection juridique et il ne s'agit dès lors pas d'un fantôme quelconque venant d'un département ou de la commission.

J'aimerais également insister sur la question du sempiternel dossier érythréen. Vous savez que, dans un domaine comme celui de l'asile, un domaine où les crises s'accumulent, se poursuivent et sont totalement imprévisibles, le grand défi lorsque l'on souhaite mener une politique bonne et efficace est de mettre en place dans la législation un ensemble d'instruments très diversifiés que l'on puisse activer au bon moment. Dans le domaine de l'asile, on dispose de ce qu'on appelle des experts-pays ainsi que des documents de référence. Ces instruments doivent permettre de savoir si les ressortissants d'un pays donné ont besoin de protection. J'aimerais dire qu'il faut faire preuve d'une remarquable obstination – c'est un euphémisme – pour continuer à dire que les Erythréens sont de faux réfugiés et qu'ils viennent en Suisse pour des raisons économiques. Vous le savez, depuis 2011, l'ensemble de la communauté internationale observe de manière très sérieuse, précise et ciblée ce qu'il se passe en Erythrée. Pas moins de quatre instances de référence – le Département d'Etat américain, le Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés, les Nations Unies et le Bureau européen d'appui en matière d'asile (EASO) publient des rapports sur la situation en Erythrée. Le dernier rapport de l'EASO, rendu public en juin 2015, est très précis en la matière.

Mais vous continuez à dire qu'il s'agit de «faux réfugiés» alors que le taux de protection en Suisse, dans le cas des Erythréens, est de 90 pour cent. Il faut donc faire preuve d'une belle obstination, qui confine à un entêtement assez fort, pour continuer à dire qu'il s'agit de «faux réfugiés». C'est totalement faux.

La troisième chose sur laquelle j'aimerais insister, c'est que vous mentionnez, pour justifier le fait de ne pas entrer en matière, l'article 55 de la loi sur l'asile. J'aimerais rappeler deux ou trois petites choses à propos de cet article – créé en 1977, ce qui démontre que c'est un instrument assez vé-tuste. Il y a au moins quatre raisons pour ne pas appliquer l'article 55 – qui concerne les situations d'exception – dans la situation qui nous occupe:

1. L'article 55 a été inscrit dans la loi en 1977 pour rappeler que l'institution de l'asile est soumise à une limite fondamentale, celle de ne pas compromettre l'existence de l'Etat et les bases de son ordre public. Voilà où doit se situer la limite. Est-on en train de mettre en péril l'ordre public suisse en continuant à délivrer l'asile? Eh bien, nous ne sommes pas dans une situation de ce type. C'est donc la première raison pour laquelle on ne peut pas recourir à cet article.

2. L'article 55 ne constitue pas une exception aux obligations consacrées par la Convention de Genève. Le principe de non-refoulement doit donc être appliqué, il faut le rappeler, même si l'on applique cet article.

3. Le Conseil fédéral a indiqué dans son message du 31 août 1977 à l'appui d'une loi sur l'asile et d'un arrêté fédéral concernant une réserve à la Convention relative au statut des réfugiés qu'il fallait tenir compte des nécessités du moment et ne pas appliquer une politique d'asile restrictive de manière préventive. C'est écrit à la page 129 du volume III de la Feuille fédérale de 1977, si jamais cela vous intéresse.

4. L'article 55 est limité par d'autres dispositions, telles que l'octroi de la protection provisoire inscrit dans la loi en 1998. Vous ne pouvez donc appliquer l'article 55 que pour des mouvements de fuite non liés à des dangers de guerre, à des guerres civiles ou à des situations de violence généralisée.

Voilà l'interprétation qu'il faut faire de l'article 55. Pour ces quatre raisons, on ne peut pas l'appliquer dans la situation présente.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à réfléchir et à entrer en matière sur cet objet.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Ich nehme noch Stellung zu ein paar Bemerkungen, die im Laufe der Eintretens- und Rückweisungsdebatte gemacht worden sind:

Zu den Gratisanwälten: Ich möchte darauf hinweisen, dass der Einsatz dieser Gratisanwälte in einer Volksabstimmung im Juni 2013 – die Vorlage habe ich hier – vom Volk beschlossen worden ist. Es steht hier ausdrücklich, dass die Verfahren verkürzt werden können, wenn der wirksame Rechtsschutz der betroffenen Asylsuchenden durch geeignete Massnahmen gewährleistet ist. Die Gratisanwälte arbeiten für eine Pauschale, d. h., sie sind nicht daran interessiert, das Verfahren weiter- und weiter- und weiterzuziehen – dies im Gegensatz zur heutigen Situation, bei der im Beschwerdebereich Anwälte eben für jeden Schritt, den sie weiter unternehmen, bezahlt werden. Der Einsatz der Gratisanwälte ist richtig so, und das hat das Volk im Juni 2013 bestätigt.

Zu Dublin: Dublin ist umstritten. Wir wissen, dass Dublin nicht perfekt funktioniert. Nehmen Sie aber zur Kenntnis, dass wir damit immer noch – ich beziehe mich auf das Jahr 2014 – dreimal mehr Asylverfahren abgeben können, als wir übernehmen müssen, dreimal mehr! Man kann doch, wenn in einem Neunfamilienhaus mit neun Mietwohnungen ein oder zwei Mieter nicht bezahlen, nicht das ganze Haus räumen – das ist dumm. Dublin bringt uns unter dem Strich einfach immer noch Vorteile. Es ist klar: Wir wissen, dass Dublin teilweise nicht funktioniert; Griechenland und Italien seien hier als Stichworte erwähnt. Auch Europa hat Mühe mit dem Vollzug des Dubliner Abkommens. Für die Schweiz geht die Rechnung aber auf, wenn man hier überhaupt von «Rechnen» sprechen darf. Daher verstehe ich nicht, dass man Dublin immer wieder infrage stellt. Sie können es dann infrage stellen, wenn wir mehr Asylverfahren übernehmen müssen, als wir abgeben. Aber nochmals: Wir geben dreimal mehr ab, als wir übernehmen müssen, und zwar effektiv, also nicht nur Gesuche, sondern effektive Überstellungen.

Zu Artikel 4, Schutzbedürftige: Es wurde moniert, dass wir den Schutzbedürftigenstatus gemäss den Artikeln 4 und 66ff. des geltenden Asylgesetzes einsetzen könnten. Das können wir, das kann die Verwaltung, das kann der Bundesrat. Der Bundesrat hat die Kompetenz, Asylsuchende als Schutzbedürftige gruppenweise aufzunehmen, d. h., das ganze Asylverfahren und Tausende von Leerläufen kann man sich ersparen. Das hat mit dieser Vorlage aber rein gar nichts zu tun. Dieser Artikel 4 ist im geltenden Recht vorhanden, der Schutzbedürftigenstatus ist da. Wenn der Bundesrat und das Staatssekretariat für Migration wollen, können sie diesen Artikel anwenden. Ich persönlich würde es begrüßen.

Dann ist gesagt worden, die Vorlage enthalte keine Massnahmen zur Verbesserung des Vollzugs. Da staune ich etwas. Ich bin jetzt zwölf Jahre in der Staatspolitischen Kommission. Es ist immer wieder die gleiche Debatte. Wir sprechen seit vielen Jahren von der Beschleunigung der Verfahren, und zwar im Interesse aller: der Asylsuchenden und der Verwaltung, die überfordert oder überlastet ist, wenn die Verfahren jahrelang dauern. Vor allem aber, und das ist entscheidend, ist am Ende des Verfahrens ein Vollzug kaum mehr möglich, wenn dieses Jahre dauert. Sie wissen es: Der Bericht über Beschleunigungsmassnahmen im Asylbereich von 2011 hat aufgezeigt, dass die Verfahren wirklich jahrelang gehen. Jetzt bringen wir nach langer Zeit eine Vorlage und schlagen mit einer deutlichen Kommissionsmehrheit vor, die Verfahren wirklich massiv zu beschleunigen. Und nun sind die Leute der SVP-Fraktion dagegen. Das können ich und auch andere nicht verstehen.

Ich möchte eines betonen: Es geht nicht um einen Papiertiger. Denn diese Inhalte haben Sie hier in diesem Saal beschlossen, notabene mit Unterstützung der SVP, und das Volk hat das im Juni 2013, notabene mit Unterstützung der SVP, bestätigt, und zwar mit 78,4 Prozent Jastimmen. Es geht hier um ein Testverfahren, das jetzt ins ordentliche Recht überführt wird. Man hat getestet – wann hat man das schon einmal gemacht? Ich bin grundsätzlich nicht der Meinung, dass wir im Asylbereich immer noch mehr Gesetze brauchen, das war immer meine Doktrin, und ich spreche hier auch für die Kommission – ich weiss es, ich muss da eine Gratwanderung machen. Aber wenn man wirklich etwas erreichen will im Vollzug, muss man die Verfahren beschleunigen, damit auch die Asylsuchenden Bescheid wissen und damit der Vollzug an die Hand genommen werden kann, bevor sich die Leute nach Jahren etabliert, integriert haben, Arbeitsplätze haben und allenfalls gar Familien gegründet haben. Das ist doch im Interesse eines sauberen, rechtsstaatlich korrekten Verfahrens. Auch hier ist das für mich nicht nachvollziehbar.

Dann wurde gesagt, unsere Institutionen, unsere Ressourcen würden von falschen, unechten Flüchtlingen oder wie immer man das nennen will belastet. Das mag sein. Aber genau mit dieser Vorlage wollen wir diese Leute mit schnellen Verfahren aussortieren, eine Triage machen. Das kann man nur tun, wenn man die Verfahren überhaupt macht, um jene herauszusuchen, die das Kriterium des Flüchtlings, des Schutzbedürftigen, des Kriegsvertriebenen eben nicht erfüllen. Wie wollen Sie sonst, wenn Sie keine Beschleunigung der Verfahren erreichen, nach vielen Jahren unechte Flüchtlinge noch zurückführen, ausschaffen, wenn sich die Leute etabliert haben? Das geht nicht zusammen. Daher ist die Vorlage auch in diesem Bereich richtig. Sie basiert auf Tests. Noch etwas zu Holland: Kollege Brand, ich staune. Sie sind ja auch Mitglied dieser Kommission. Wir haben die Beschwerdequote in Holland, die gegen 100 Prozent geht, mit diesen Schnellverfahren und mit diesen sogenannten Gratisanwälten – ich sage provokativ «Gratisanwälte», weil Kollege Hans Fehr diese ja immer wieder ins Feld führt. Holland hat in der Tat eine Beschwerdequote von weit über 90 Prozent. Warum? Weil es in Holland keine aufschiebende Wirkung der Beschwerde gibt. Das heisst, Anwälte und Asylsuchende reichen in Holland auf Vorrat gleich mal die ganze Batterie von Beschwerden ein. Das ist normal. In der Schweiz gibt es aber die aufschiebende Wirkung. Ein Asyl-

suchender muss nicht ausreisen, solange sein Entscheid nicht definitiv rechtsgültig ist. Das führt dazu, dass bei uns die Beschwerdequote im Regelbetrieb, das heisst ohne diese Vorlage, im Durchschnitt bei 26 Prozent liegt – 26 Prozent, ein Viertel des Prozentsatzes in Holland! – und im Testbetrieb bei 17 Prozent. Also wenn das kein Erfolg ist! Es könnten auch 30, 40 Prozent sein, es wäre immer noch wesentlich besser als in Holland. Daher kann ich nicht nachvollziehen, warum man gerade Holland noch als schlechtes Beispiel ins Feld führt. Man muss schon auch die Details betrachten, und ich erwarte auch von Kommissionsmitgliedern, dass sie entsprechend kommunizieren.

Noch etwas zu Artikel 55 zu den Ausnahmesituationen: Einmal abgesehen davon, dass dieser Artikel 55 wirklich nur für Notfälle gemacht ist und wir einen solchen Notfall nicht haben, ist das Staatssekretariat für Migration immer noch in der Lage, rechtsstaatlich saubere Verfahren korrekt durchzuführen. Sie sehen dort hinten auf der Bank den Chef des Staatssekretariates für Migration. Ich habe noch keine Hilferufe aus dieser Ecke gehört. Das heisst, dass Artikel 55 einmal grundsätzlich nicht anwendbar ist. Aber selbst wenn er es wäre, selbst wenn Frau Bundespräsidentin Sommaruga den Antrag stellen würde: «Ja, Notfall, Hilfe usw., Artikel 55 muss konsultiert werden», was würden wir dabei gewinnen? Nichts, einfach nichts. In diesem Artikel steht, dass die Rechtsstellung der Flüchtlinge eingeschränkt werden kann. Besondere Verfahrensbestimmungen können postuliert werden. Ja bitte, was wollen Sie denn mit besonderen Verfahrensbestimmungen? Die Verfahren noch mehr verkürzen, nachdem wir schon Fristen haben, die kaum ausreichen, um irgendein Blatt auszufüllen? Die Fristen sind brutal und massiv verkürzt worden. Was wollen Sie denn, wenn hier steht, dass Asyl auch nur vorübergehend gewährt werden kann, bis die Aufgenommenen weiterreisen können? Ich spreche von diesem im Rückweisungsantrag angerufenen Artikel 55. Er taugt nichts, er würde die Situation nicht verbessern, weil die Leute hier sind.

Ich bitte Sie aus all diesen Gründen, insbesondere aus den Gründen, die jetzt auch in der Eintretensdebatte genannt worden sind und die Bestimmungen betreffen, die von der Kommission deutlich beschlossen worden sind, einzutreten und die Rückweisung abzulehnen.

Rime Jean-François (V, FR): Monsieur Müller, j'ai l'impression que vous mélangez un peu votre rôle de président de parti avec celui de rapporteur. Mais ma question ne concerne pas cela. Les déclarations que vous faites aujourd'hui ne sont-elles pas un peu en contradiction avec les éléments que vous avez choisis pour bâtir toute votre carrière politique? Est-ce bien vous qui avez lancé l'initiative des 18 pour cent d'étrangers? Or aujourd'hui, nous en sommes à 23 ou 24 pour cent.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Herr Rime, wir haben in der Diskussion in der Kommission alle diese Aspekte, die ich erwähnt habe, diskutiert. Es ist meine Aufgabe, die Diskussion in der Kommission hier wiederzugeben. Die 18-Prozent-Initiative bezog sich aber nicht auf Asylsuchende, und hier geht es ja um Asylsuchende. Lesen Sie den Titel der Vorlage, dann wissen Sie das. Bei der 18-Prozent-Initiative ging es um die ständige ausländische Wohnbevölkerung. Das Gegenprojekt zu dieser Initiative war das Ausländergesetz, das seit dem 1. Januar 2008 in Kraft ist. Es ist ein erfolgreiches Gesetz – das wäre es, wenn man es korrekt anwenden würde; das ist eine persönliche Bemerkung, weil Sie mir eine persönliche Frage gestellt haben.

Mörgeli Christoph (V, ZH): Herr Kollege Müller, Sie haben sich geradezu euphorisch zu Dublin geäussert – euphorischer fast als alle europäischen Staatsführer. Wie erklären Sie es sich denn, dass ich der «Neuen Luzerner Zeitung» von damals, als wir Dublin einführten, entnehmen kann: «Philipp Müller bezeichnet sich als definitiv unabhängig und belegt dies auch mit seinem persönlichen Nein zu Schengen/Dublin»? Was hat Ihren erstaunlichen Meinungswechsel herbeigeführt?

gen/Dublin»? Was hat Ihren erstaunlichen Meinungswechsel herbeigeführt?

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Herr Mörgeli, Sie müssten eigentlich wissen, dass wir hier von Dublin sprechen, und Sie müssten auch wissen, dass Schengen ein anderes Dossier ist. Ich gehe davon aus, dass Sie das wissen und Ihre Frage damit überflüssig ist.

Le président (Rossini Stéphane, président): Je souhaite un excellent anniversaire à nos collègues Valérie Piller Carrard et Luzi Stamm! (*Applaudissements*)

Nous votons sur la proposition de non-entrée en matière de la minorité Fehr Hans.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 267)

Für Eintreten ... 135 Stimmen

Dagegen ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Le président (Rossini Stéphane, président): Nous votons maintenant sur la proposition de renvoi de la minorité Brand.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 268)

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

Dagegen ... 135 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen

Le débat sur cet objet est interrompu

14.063

Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile

Fortsetzung – Suite

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)
 Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)
 Ständerat/Conseil des Etats 22.09.15 (Differenzen – Divergences)
 Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
 Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Asylgesetz Loi sur l'asile

Detailberatung – Discussion par article

Le président (Rossini Stéphane, président): Nous passons à la discussion par article. Le déroulement des débats a été divisé en cinq blocs. Leur composition fait l'objet d'un document qui vous a été distribué.

Bloc 1 – Bloc 1

Asylbegriff; Flüchtlingsbegriff; zuständige Behörde; Mitwirkungspflicht; Verhältnis zum ausländerrechtlichen Verfahren; besondere Verfahrensbestimmungen; Einreichung; Asylgesuch aus dem Ausland und Einreisebewilligung; Asylgesuch an der Grenze, nach Anhaltung bei der illegalen Einreise oder im Inland; Verfahren am Flughafen; Entscheide am Flughafen

Définition du terme d'asile; définition du terme de réfugié; autorité compétente; obligation de collaborer; relation avec la procédure relevant du droit des étrangers; dispositions de procédure particulières; dépôt de la demande; demande d'asile présentée à l'étranger et autorisation d'entrer en Suisse; demande d'asile présentée à la frontière, après interception près de la frontière en cas d'entrée illégale ou en Suisse; procédure à l'aéroport; décisions à l'aéroport

Rutz Gregor A. (V, ZH): Es wurde verschiedentlich gesagt: In dieser Debatte geht es darum, dass wir die Handlungshoheit im Asylbereich zurückgewinnen. Um die Handlungshoheit zurückgewinnen zu können, ist es nicht nur nötig, die Verfahren zu beschleunigen, sondern auch, die Spielregeln zu klären; dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass wir feststellen, dass heute da und dort falsche Anreize gesetzt sind und falsche Hoffnungen geweckt werden. Diese führen zu einer weiteren Zunahme der Migrationsströme, was letztlich auch der Nährboden für das ganze Schlepperwesen und kriminelle Organisationen ist. Dies verursacht viel Leid, dies wollen wir vermeiden.

Darum ist es eben wichtig, die Spielregeln zu definieren. Faire Spielregeln heisst, denjenigen Schutz zu gewähren, die es nötig haben. Faire Spielregeln heisst aber auch, dass sie von beiden Seiten her fair eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund sind die beiden Minderheitsanträge zu Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 8 Absatz 3bis, die ich hier vertrete, eigentlich Selbstverständlichkeiten.

Es geht beim ersten Minderheitsantrag darum, Artikel 2 Absatz 2 dahingehend zu ergänzen, dass die Schweiz Flüchtlingen auf Gesuch hin Asyl gewährt, was das Recht auf Anwesenheit in der Schweiz einschliesst, aber nur so lange, wie der Bedarf nach Schutzgewährung besteht. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Ressourcen, die wir im Asylbereich haben, denjenigen zur Verfügung stehen, die an Leib und Leben bedroht sind, denjenigen, die es wirklich nö-

tig haben, und nicht von anderen Personen, welche aus anderen Gründen hier sind, beansprucht werden.

Zum zweiten Minderheitsantrag: Bei Artikel 8 Absatz 3bis geht es um Personen, die ohne triftigen Grund ihre Mitwirkungspflicht verletzen, um Personen, welche sich in den Verfahren nicht kooperativ zeigen. Wir sind der Auffassung, dass für den Fall, dass Personen, welche in Verfahren nicht kooperativ waren, wiederum ein Gesuch stellen möchten, nachdem das alte Verfahren abgeschlossen worden ist, eine Frist von fünf Jahren angemessen ist. Denn, ich habe es gesagt, faire Spielregeln erfordern eben Fairness von beiden Seiten.

Ich bitte Sie also, die Minderheitsanträge zu den Artikeln 2 und 8 zu unterstützen.

Grabier Jean-Pierre (V, BE): Les conflits catastrophiques en Syrie et ailleurs provoquent de grands flux migratoires en direction de l'Europe. Des centaines de migrants, extorqués par des passeurs sans scrupules, sont morts en tentant de rejoindre les rivages du nord de la Méditerranée. Les drames qui accompagnent la poussée migratoire vers notre continent suscitent de fortes émotions.

L'Europe et la Suisse maîtrisent de moins en moins la gestion de l'accueil des migrants et des réfugiés. La géographie des migrations rend l'accord de Dublin inapplicable. Pour essayer de résoudre ce grave problème, l'Union européenne tente d'imposer des quotas d'accueil à ses membres. Notre pays dispose d'un instrument juridique pour faire face avec pragmatisme à une pression migratoire de grande intensité, due à des conflits armés. Il s'agit de l'article 55 de l'actuelle loi sur l'asile, qui précise notamment que, confrontée à un afflux inhabituel de réfugiés, la Suisse leur accorde l'asile aussi longtemps que les circonstances le permettent, cela dans le cadre de ses possibilités mais aussi en se réservant le droit de régler de manière plus restrictive les conditions de l'octroi de l'asile.

Ma proposition d'amendement à l'article 3 ne doit pas être examinée à la lumière de la situation migratoire aiguë qui prévaut actuellement en Europe. Le droit existe certes pour régler des situations extraordinaires mais plus encore pour régler des situations ordinaires. L'article 3 définit le terme de «réfugié». Les alinéas 1 et 2 sont formulés positivement. Les alinéas 3 et 4 le sont négativement. A titre d'exemple, l'alinéa 3 évoque le cas des personnes qui refusent de servir ou de continuer à le faire. Je propose d'ajouter une troisième formulation négative aux deux précédentes, sous la forme d'un nouvel alinéa 5 libellé ainsi: «Ne sont pas des réfugiés les personnes dont les opinions politiques, religieuses ou philosophiques postulent clairement le recours à des formes de violence autres que purement défensives.» On me rétorquera que l'article 53 de la loi permet de ne pas octroyer l'asile à un réfugié en raison des actes répréhensibles qu'il aurait commis ou parce qu'il aurait porté atteinte à la sécurité de la Suisse. Cet article ne permet toutefois d'agir qu'a posteriori. Par ma proposition je veux indiquer que la Confédération ne doit pas accorder l'asile à des personnes qui, dans leur pays de provenance, ont préconisé la persécution, la haine, la violence physique à l'égard de certaines personnes voire leur mort, le non-respect des libertés individuelles classiques ou encore le renversement par la force du régime démocratique, cela par des écrits politiques, religieux ou philosophiques, par leurs propos sur les réseaux sociaux ou par leurs discours publics, dont on a pu avoir connaissance.

Cette disposition ne vise que les extrémistes de gauche, de droite ou se réclamant d'une religion qui diffusent publiquement un message de persécution, de haine, de mépris de la démocratie libérale ou qui incitent à commettre des actes terroristes. Cette disposition doit permettre de refuser en amont d'accorder l'asile à des personnes dangereuses pour la sécurité et la préservation des libertés de notre population.

Ma proposition de minorité à l'article 3 alinéa 5 est de nature à éviter le séjour définitif dans notre pays de personnes telles que ces deux leaders de Daech qui ont obtenu l'asile

en Allemagne en se vantant sur les réseaux sociaux d'avoir trompé les autorités administratives sur leurs intentions véritables. Ma proposition de minorité vise aussi à ce que nous soyons plus restrictifs dans notre politique d'accueil à l'égard de personnes dont il n'est pas souhaitable qu'elles s'établissent chez nous, pour que nous puissions enfin héberger davantage de véritables réfugiés, dont de nombreux chrétiens du Proche et du Moyen-Orient, par une politique d'asile plus conforme à notre tradition humanitaire.

Outre le mien, il y a au moins un groupe parlementaire qui devrait accepter ma proposition de minorité: le groupe PDC/PEV. Dans un plan d'action publié le 4 mai dernier, le PDC dit ceci au chiffre 5: «Nous empêchons que des extrémistes ou des criminels entrent en Suisse sous prétexte d'asile.» C'est exactement ce que je requiers et c'est dans ce sens que je vous demande d'adopter ma proposition de minorité.

Brand Heinz (V, GR): Ich spreche zu drei Minderheitsanträgen.

Mein erster Minderheitsantrag betrifft Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b. Es geht um den Identitätsnachweis. Wir beantragen Ihnen, dass diese Bestimmung noch dahingehend ergänzt wird, dass sämtliche mitgeführten Dokumente abgegeben werden müssen, wenn man in der Schweiz in ein Asylverfahren eintritt.

Der Identitätsnachweis ist eines der zentralen Probleme im schweizerischen Asylverfahren. Es ist einerseits ein zentrales Element für die Entscheidungsfindung, dass man weiss, mit wem man es zu tun hat, und andererseits ist es ein zentrales Instrument für die Beschaffung von Ersatzreisepapieren, von Laissez-passer usw. Es ist ein äusserst wichtiger Umstand, dass man genau weiss, mit wem man es zu tun hat. Die Identität wird aber häufig verheimlicht. Es wird auch häufig mit falschen Identitäten operiert. Die Reisedokumente werden nicht abgegeben. Das ist ein bekannter Missstand.

Bringt man aber alle Dokumente in das Asylverfahren ein, so ermöglicht man eben den Asylbehörden, die Herkunft und die Identität besser und schneller abzuklären. Es ist an sich eine kleine Ergänzung. Sie ist aber ausserordentlich wertvoll. Ich habe absolut kein Verständnis, dass man sich gegen diesen Umstand wehrt. Diese Abgabepflicht ist auch nicht Teil der Mitwirkungspflicht. Wenn dem so wäre, bräuchte man ja auch Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b gar nicht. Es ist deshalb ganz klar im Gesetz festzuhalten, was alles abzugeben ist, damit eine Weigerung dann allenfalls auch Konsequenzen haben könnte.

Mein zweiter Minderheitsantrag betrifft die Erledigung von Fällen, in denen die Personen untergetaucht sind. Ich bin der Meinung, dass man solche Fälle eben nicht formlos abschreiben und in die Schublade legen sollte, sondern dass man sie mit einem Nichteintretensentscheid erledigen sollte, für den Fall, dass die Person – und das kommt ja auch immer wieder vor – wieder auftaucht. Dann hätte man bereits einen Entscheid, den man umgehend vollziehen kann. Man müsste also nicht noch einen Entscheid erlassen, sondern könnte direkt zum Vollzug schreiten.

Das ist eine formaljuristische Frage. Sie hat aber mit Blick auf die Beschleunigung der Verfahren eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Wir sprechen heute immer wieder – und alle meine Vorrednerinnen und Vorredner haben dieses Commitment abgegeben – davon, dass wir die Verfahren beschleunigen wollen, dass wir sie optimieren wollen. Hier haben wir eine Möglichkeit, das Verfahren durch eine geringfügige Änderung zu beschleunigen und abzusichern.

Der dritte Minderheitsantrag betrifft eine Verfahrensfrage. Es wird von der Mehrheit beantragt, dass man die Personen, die man auf die Kantone verteilt, schon direkt von den Flughäfen aus auf die Kantone verteilt. Ich möchte jedoch beliebt machen, dass alle Personen, die möglicherweise einmal auf die Kantone verteilt werden, zuerst durch diese Bundeszentren geschleust werden, sodass alle das gleiche Aufnahme-prozedere durchlaufen, damit sie den Kantonen – ich sage das in Anführungs- und Schlusszeichen – im gleichen «Zustand», im gleichen Verfahrensstand, im gleichen Sachverhaltsabklärungsstand zugewiesen werden. Die Kantone

müssen ja schlussendlich für die Unterbringung und später möglicherweise einmal auch für den Vollzug zur Verfügung stehen. Auch dies vereinfacht das Prozedere, auch dies ermöglicht eine einfachere Abwicklung der Verfahren.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, meinen drei Minderheitsanträgen, die mit Ausnahme des ersten Antrages eher untergeordnete Fragen betreffen, zuzustimmen.

Fehr Hans (V, ZH): Ich habe drei Minderheitsanträge zu vertreten und bitte Sie natürlich, diese zu unterstützen.

Beim ersten geht es um die sogenannte Mitwirkungspflicht in Artikel 8. Da möchte ich explizit erwähnt haben, dass zur Mitwirkung auch die Abnahme der Fingerabdrücke gehört. Es gibt immer wieder Fälle, in denen Leute sich weigern, auch in der neueren Zeit – das ist ja selbstverständlich alles digital –, das über sich ergehen zu lassen. Herr Gattiker hat ausgeführt, das sei ja eigentlich in Absatz 1 Buchstaben a und e mindestens sinngemäss enthalten. Aber ich denke, damit es klar ist, muss explizit in Buchstabe g erwähnt werden, dass die Pflicht zur Mitwirkung nur dann erfüllt wird, wenn die Person auch bei der Abnahme der Fingerabdrücke mitmacht. Darum bitte ich Sie, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Der zweite Minderheitsantrag betrifft Artikel 17 auf Seite 10 der Fahne. Da geht es um Minderjährige. Es ist Ihnen bekannt, dass natürlich, etwas überspitzt ausgedrückt, möglichst viele mit dem Status «minderjährig» kommen und sich als das deklarieren. Vor allem, wenn keine Papiere vorhanden sind, ist das relativ einfach. Minderjährige haben bekanntlich Privilegien. Was meine Minderheit verlangt, ist quasi eine Umkehr der Beweislast, indem man sagt: Du musst im Zweifelsfall beweisen, mit Dokumenten oder wie immer du das beweisen kannst, dass du minderjährig bist.

Die Gegnerschaft sagt – um das gerade vorwegzunehmen –: Wenn die Angaben, die ein angeblich Minderjähriger macht, offensichtlich falsch sind, dann wird dieses Asylgesuch ohnehin als missbräuchlich abgeschrieben. Aber es geht eben nicht um die klaren Fälle. Es geht eben genau um Fälle, die nicht offensichtlich sind. Darum bitte ich Sie, diese Umkehr der Beweislast, die meine Minderheit verlangt, zu unterstützen. Das schafft Klarheit. Es ist ungerecht, wenn Leute, die gar keine Minderjährige sind, als solche taxiert werden und Privilegien erhalten.

Mein letzter Minderheitsantrag in diesem Zusammenhang betrifft Artikel 21 mit dem Thema «Asylgesuche an der Grenze». Heute ist es ja so, dass diese Leute den Bundeszentren zugewiesen werden. Wir verlangen, dass Leute, wenn sie an der Grenze bei illegaler Einreise angehalten werden, formlos und unverzüglich in den sicheren Drittstaat zurückgewiesen werden. Das ist eine klare humane Regelung, welche die Schweiz entlastet und auch dem Asylbewerber gerecht wird. Er wird ja nur in einen Drittstaat zurückgewiesen, der ein sicherer Drittstaat ist.

Ich bitte Sie, auch diesen Minderheitsantrag zu unterstützen. Wenn jemand ein Asylgesuch stellt, dann kann er das selbstverständlich machen, er muss aber den Entscheid in diesem betreffenden sicheren Drittstaat abwarten.

Das scheinen mir drei sehr gerechte, humane Regelungen zu sein, die aber die notwendige Klarheit schaffen. Darum bitte ich Sie um Zustimmung.

Amaudruz Céline (V, GE): Dans le bloc 1, je défends deux propositions de minorité: la première à l'article 14 alinéa 2 lettre a, qui concerne les cas de rigueur; la seconde à l'article 17 alinéa 3bis.

Ma première proposition de minorité a pour but qu'une autorisation de séjour, s'il s'agit d'un cas de rigueur, soit octroyée non pas après cinq ans mais sept ans. Aux termes de l'article 14 alinéa 2 de la loi sur l'asile, le canton peut, sous réserve de l'approbation du Secrétariat d'Etat aux migrations, octroyer une autorisation de séjour à toute personne qui lui a été attribuée, notamment si la personne concernée séjourne en Suisse depuis au moins cinq ans à compter du dépôt de la demande d'asile. Le cas de rigueur concerne donc les re-

quérants d'asile en procédure ou déboutés, ainsi que les titulaires d'une admission provisoire.

On veut nous faire croire qu'on veut accélérer les procédures tout en prévoyant une assistance juridique gratuite. Les avocats mettront toujours tout en oeuvre pour pousser leurs clients dans une procédure élargie. Tant et aussi longtemps que le nombre de possibilités de recours n'est pas réduit, il y a lieu de prolonger le délai à sept ans pour l'octroi d'une autorisation de séjour s'il s'agit d'un cas de rigueur. Aujourd'hui, une personne déboutée pourrait après cinq ans passer de la clandestinité au permis B. Ce délai de cinq ans sera facilement atteint notamment, comme je viens de le dire, si les possibilités de recours et les moyens de droit ne sont pas restreints et si l'on ne renonce pas au projet d'offrir des conseillers et représentants juridiques gratuits à tous les requérants d'asile.

J'en viens à ma deuxième proposition de minorité, qui concerne l'article 17 alinéa 3bis. La loi prévoit que si des indices laissent supposer qu'un requérant prétendument mineur a atteint l'âge de la majorité, le Secrétariat d'Etat aux migrations «peut» ordonner une expertise visant à déterminer son âge. Aujourd'hui, la loi doit être la même pour tout le monde. Toute latitude laissée pour juger un cas risque de conduire à traiter différemment des personnes dans la même situation. Le Secrétariat d'Etat aux migrations doit ordonner de faire une expertise lorsqu'on a un doute sur l'âge du requérant.

Ma proposition de minorité vise en fait simplement à remplacer les termes «peut ordonner» par «ordonne», de sorte que les faux mineurs puissent être renvoyés, le cas échéant.

Glättli Balthasar (G, ZH): Ich habe Ihnen zwei Minderheitsanträge zu begründen. Bei dem einen geht es um besondere Verfahrensbestimmungen für minderjährige Asylsuchende. Sie wissen es: Die Schweiz wird auch immer wieder kritisiert, weil wir hier in diesem Bereich die Problematik haben, dass es um besonders verletzte Personen geht und es wirklich sichergestellt werden muss, dass das Kindeswohl gewährleistet ist. Entsprechend schlage ich Ihnen mit meinem Minderheitsantrag III zu Artikel 17 Absatz 2ter vor, dass das Staatssekretariat für Migration unverzüglich die zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde benachrichtigt und dass das Asylverfahren sistiert wird, bis zu dem Moment, in dem klar ist, ob es Kinderschutzmassnahmen gemäss den Artikeln 307ff ZGB braucht. Hier geht es nicht um unendlich viele Fälle, sondern hier geht es um Einzelfälle. Es geht auch um Einzelfälle, bei denen aus meiner Sicht wirklich nur hohe Sorgfalt die einzig richtige Reaktion ist. Es kann nicht sein, dass man hier versucht, das Gegenteil zu machen, wie es Fehr Hans machen will, indem er sagt, dass man diese Asylgesuche sogar prioritär behandle. Ich denke, Priorität 1 hat das Kindeswohl, und Priorität 2 hat nachher ein korrektes und schnelles Verfahren, das darüber Sicherheit gibt, wie es dann weitergeht im Leben dieses Kindes oder dieses Jugendlichen.

Mein zweiter Minderheitsantrag, zu den Artikeln 19 und 20, betrifft einen Kernartikel. Es geht ums Botschaftsasyl. Christian van Singer wird nachher noch im Namen der Fraktion seinen Einzelantrag begründen, der das Botschaftsasyl ausweiten will, was aus Sicht der grünen Fraktion zwingend notwendig ist. Ich habe es beim Eintreten gesagt: Wir brauchen Brücken statt Mauern. Wir brauchen Möglichkeiten, legal ein Asylgesuch stellen zu können und sich nicht den Schleppern ausliefern zu müssen. In diesem Saal haben wir mit der dringlichen Asylgesetzrevision auch temporär das Botschaftsasyl abgeschafft. Heute geht es darum, ob das so bleibt oder ob diese Aufhebung wieder rückgängig gemacht wird.

Jetzt ist die Frau Bundespräsidentin leider gerade nicht hier. Aber ich möchte daran erinnern: Simonetta Sommaruga hat insbesondere denen, die die Abschaffung des Botschaftsasyls kritisiert haben – das waren neben den Grünen auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten –, hier versprochen, dass mit dem Mittel des humanitären Visums ein Ersatz für das Botschaftsasyl geschaffen würde. Unterdes-

sen haben wir Erfahrungen gemacht. Die Erfahrungen zeigen:

1. Das humanitäre Visum kann das Botschaftsasyl schon von der Konstruktion her dort, wo wir gar keine Botschaft haben, nicht ersetzen, weil ein humanitäres Visum nur in dem Staat beantragt werden kann, in dem man direkt bedroht ist. Das Botschaftsasyl gibt auch die Möglichkeit, ein Asylgesuch nicht in dem Land, in dem man direkt bedroht ist, zu stellen.

2. Schon die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Man kann an ein paar Händen abzählen, wie viele humanitäre Visa in diesem Zusammenhang vergeben wurden. Da geht es nicht um Massenfluchten. Ich denke, der Einzelantrag von Singer wäre eine Antwort. Darin wird vorgeschlagen, dass man eben auch Registrierstellen in den Flüchtlingslagern machen würde, auch bei Massenfluchten. Kontingente sind eine Antwort auf Massenfluchten. Aber wenn Sie hier der Wiedereinführung des Botschaftsasyls nicht zustimmen, dann verhindern Sie, dass auch Einzelfälle von politisch Bedrohten – beispielsweise Oppositionelle in einer Diktatur – die Möglichkeit haben, ein Asylgesuch zu stellen, ohne sich Schleppern ausliefern zu müssen. Wollen Sie das wirklich? Wenn Sie Nein sagen – was ich doch hoffe, weil in den letzten Tagen und Wochen immer wieder gesagt wurde, man müsste den Menschen die Möglichkeit geben, auch legal Schutz zu finden, man müsste die Schlepperei bekämpfen – und wenn Sie diesen Kampf ehrlich führen wollen, dann können Sie nicht nur auf Repression setzen. Gleich wie in der Drogenpolitik braucht es Repression auf der einen Seite, gegen Dealer respektive gegen Schlepper, die das kommerziell machen; es braucht aber auch eine Legalisierung, damit man nicht am Schluss die Schwächsten, die Schutzbedürftigen bestraft.

Herzog Verena (V, TG): Kollege Glättli, finden Sie nicht auch, dass das Schlepperproblem nicht bei uns in der Schweiz, sondern eben in Syrien und in den Ländern, in denen tragische Unglücke geschehen, anfängt und man dort vor Ort gegen die Schlepper vorgehen müsste?

Glättli Balthasar (G, ZH): Man muss überall gegen Menschen und gegen Organisationen vorgehen, die aus der Not von Menschen Profit schlagen; das gilt in Syrien, das gilt in den Transitländern, und das gilt auch in der Schweiz. Aber ich habe in einem Kommentar in der «Schweiz am Sonntag» geschrieben: «Schlepper sind auch Fluchthelfer. Fluchthelfer sind auch Schlepper.» Erinnern wir uns an die Situation in der DDR; erinnern wir uns an ein Land, das heute noch, wie damals die DDR, die Republikflucht als Straftatbestand kennt, nämlich Eritrea. Das sind Länder, die eine so schlimme Situation haben, dass sie ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger mit Verboten, Gefängnis und Folter von der Ausreise abhalten wollen. In solchen Fällen haben wir im Normalfall eine andere Haltung. Wir sehen, dass es die Möglichkeit braucht, legal auszureisen. Wenn Sie die Schlepperei an der Wurzel bekämpfen wollen, dann können Sie diesen Kampf nicht nur an die Schlepper adressieren – das führt bloss zu höheren Risiken und zu höheren Preisen. Dann müssen Sie vielmehr auch eine legale Möglichkeit schaffen, um Asyl zu ersuchen.

Schenker Silvia (S, BS): Wir kehren jetzt wieder zurück zu Artikel 17, zum Thema der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden. Zum Botschaftsasyl werde ich mich als Fraktionssprecherin später äussern. Ich begründe jetzt den Antrag meiner Minderheit IV zu Artikel 17 Absatz 3 Buchstabe a.

Lassen Sie mich zuerst meine Interessenbindung offenlegen: Ich arbeite bei einer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Somit beschäftige ich mich in meiner beruflichen Tätigkeit mit der Problematik der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden. Für mich ist es klar, dass die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden während des Asylverfahrens, aber auch nachher eine besondere Begleitung brauchen. Ich möchte in keiner Weise die Kompetenz der

Rechtsvertretungen in den Bundeszentren infrage stellen, glaube aber, dass es besondere Fähigkeiten und Kenntnisse braucht, um die jungen Asylsuchenden zu begleiten und zu unterstützen.

Mein Vorschlag sollte eine Art Kompromissvorschlag sein zwischen dem Antrag der Minderheit III (Glättli), den Herr Glättli vorhin begründet hat, und der Regelung, wie sie in der Vorlage vorgesehen ist. Meine Minderheit schlägt vor, dass die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden neben der Rechtsvertretung jemanden zugewiesen erhalten, der sie in den anderen Belangen, die für die Jungen wichtig sind, begleitet und unterstützt. Vergessen wir nicht: Die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden sind Kinder, das sind Jugendliche, die lange und gefährliche Reisen ohne erwachsene Begleitpersonen hinter sich gebracht haben. Ich glaube, es ist für uns alle unvorstellbar, was diese jungen Menschen hinter sich haben. Sie unternehmen nicht nur eine gefährliche, strapaziöse Reise, sondern viele von ihnen haben entweder ihre Familie im Herkunftsland zurücklassen müssen, oder sie haben die Familie unterwegs verloren. Das sind harte Schicksale, die die Jungen nachhaltig prägen. Wenn sie endlich in der Schweiz angekommen sind und zur Ruhe kommen können, brauchen sie eine Vertrauensperson, die versucht, die Familie oder die Eltern ein Stück weit zu ersetzen.

Bitte denken Sie bei der Abstimmung zu diesem Artikel an die jungen Menschen, um die es hier geht. Stimmen Sie dem Antrag meiner Minderheit IV und auch dem Antrag der Minderheit III (Glättli) zu.

Bugnon André (V, VD): Ma proposition de minorité à l'article 23 alinéa 2 va dans le même sens que la proposition de la minorité Brand à l'article 22 alinéa 6. Nous désirons d'une manière générale l'unité dans le traitement des demandes d'asile, également en ce qui concerne les demandes déposées à l'aéroport, dont il est question à l'article 23. Ainsi, plutôt que de laisser la possibilité, comme le prévoit le projet du Conseil fédéral, d'attribuer le requérant soit à un canton soit à un centre de la Confédération, nous souhaitons qu'il soit uniquement attribué à un centre de la Confédération. Cela vaut d'autant plus qu'il est précisé à cet article que la décision doit être notifiée dans les vingt jours suivant le dépôt de la demande. Or il ne serait pas logique, lorsqu'une procédure rapide dépasse les vingt jours, qu'elle se prolonge sur deux ou trois mois dans le cadre de l'attribution à un canton. Au contraire, la prolongation de la procédure ne devrait porter que sur cinq, dix ou quinze jours. Il n'y a dès lors pas de raison d'attribuer les requérants à un canton alors que nous avons mis en place, avec ce projet de loi, des centres de la Confédération.

Je demande donc de supprimer la possibilité d'attribuer le requérant à un canton afin qu'il soit attribué uniquement à un centre de la Confédération. Ainsi, un traitement similaire sera appliqué pour toutes les demandes d'asile.

Fischer Roland (GL, LU): Die Grünliberalen werden bei diesem ersten Block bei sämtlichen Artikeln der Kommissionen zustimmen. Wir sind der Überzeugung, dass wir hier gute, sinnvolle Lösungen gefunden haben, in dem Sinne, dass die Verfahren optimiert werden. Ich möchte hier, wenn ich an die einzelnen Artikel denke, die wir jetzt beraten, vor allem auf eines hinweisen – man kann es nicht oft genug betonen –: Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich bei den Schutzbedürftigen um Menschen handelt, um Junge, Alte, Einzelpersonen, Familien, Kinder, um Menschen, die in ihrem Herkunftsland, das sie aus irgendwelchen Gründen verlassen haben, auch eine Geschichte haben, wie auch wir eine Geschichte haben. Als Menschen sollten wir die Flüchtlinge behandeln. Das heisst, dass ihre Persönlichkeitsrechte und die Menschenrechte gewahrt bleiben müssen; das heisst auch, dass die Verfahren korrekt und fair sein müssen. Mit den von der Mehrheit Ihrer Kommission beantragten Lösungen sind diese Anforderungen aus Sicht der Grünliberalen erfüllt, sodass es deshalb keinen Anpassungsbedarf gibt.

Ich möchte nachfolgend nur auf einen Punkt speziell eingehen, auf das Botschaftsasyl oder generell auf die Möglichkeit, im Ausland ein Gesuch zu stellen. Das soll gemäss dem Antrag der Minderheit Glättli und gemäss dem Einzelantrag von Singer wieder möglich sein. Aus zwei Gründen werden die Grünliberalen auch hier dem Antrag der Kommissionenmehrheit folgen:

Wir dürfen erstens nicht vergessen, dass wir im Rahmen der dringlichen Änderung des Asylgesetzes ja beschlossen haben, dass diese Botschaftsgesuche abgeschafft werden. Die Bevölkerung hatte Gelegenheit, in der Referendumsabstimmung dazu Stellung zu nehmen. Da sie der Abschaffung zugestimmt hat, sollten wir das nicht wieder rückgängig machen. Aus unserer Sicht ist es gerechtfertigt, wenn wir jetzt diese Abschaffung ins ordentliche Recht überführen. Das heisst, dass ein Gesuch nur dann eingereicht werden kann, wenn man sich an der Schweizer Grenze oder eben auf dem Gebiet der Schweiz befindet. Doch es besteht auch die Möglichkeit, dass im Rahmen des geltenden Rechts aus humanitären Gründen ein Visum erteilt wird, wenn im Einzelfall offensichtlich davon ausgegangen werden muss, dass die betreffende Person im Heimat- und Herkunftsstaat unmittelbar, ernsthaft und konkret an Leib und Leben gefährdet ist. Diese Möglichkeit besteht hier also.

Der zweite Grund, aus dem es aus unserer Sicht nicht sinnvoll ist, zum heutigen Zeitpunkt ein Botschaftsasyl einzuführen, ist derjenige, dass wir es im Alleingang täten, da kein anderer europäischer Staat diese Möglichkeit kennt, und wir in der Folge schlichtweg überfordert wären. Wir müssten ja davon ausgehen, dass wir förmlich überrannt würden, weil nur unser Land diese Möglichkeit kennen würde – zumindest dort, wo ein solches Asylgesuch möglich wäre, also in Staaten, in denen wir Vertretungen haben. Es muss ja nicht notwendigerweise der Herkunftsstaat des Gesuchstellers, es kann auch irgendein anderer Staat sein. Der Antrag von Singer nimmt das Problem auf, dass wir in verschiedenen Staaten keine Vertretungen haben. Wir sollten diese Frage aber nicht in diesem Gesetz regeln, sondern zu einem späteren Zeitpunkt angehen, in Absprache mit den anderen europäischen Staaten, wenn es dort eine Lösung gibt.

Ich habe sehr grosses Verständnis dafür, dass man den Flüchtlingen eine legale und sichere Brücke nach Europa bauen will, und ich finde es persönlich eigentlich auch richtig, dass man das tut, denn sie kommen ja sowieso. Sie lassen sich weder von den Gefahren noch von Stacheldrahtzäunen abhalten. Heute sind sie auf ihrer Flucht aber an Leib und Leben gefährdet und werden durch Schlepper ausgebeutet. Wir können eine solche Brücke allerdings nur zusammen mit anderen Staaten bauen. Es muss dann auch gewährleistet sein, dass die Flüchtlinge fair auf die europäischen Staaten verteilt werden.

Ausserdem haben wir Grünliberalen ja stets eine direkte Aufnahme von Kontingentsflüchtligen gefordert. Wir sind überzeugt, dass wir diese Möglichkeit noch ein wenig ausbauen und dass wir zumindest in diesem Sinne eine Brücke nach Europa bauen können.

Ich ersuche Sie deshalb im Namen der grünliberalen Fraktion, in diesem Block überall der Mehrheit zu folgen.

Romano Marco (CE, TI): In diesem Block wird die CVP/EVP-Fraktion jeweils die Anträge der Mehrheit unterstützen, welche die Fassung von Bundesrat und Ständerat widerspiegeln. Wir lehnen alle Anträge aus der SVP ab, welche den Flüchtlingsbegriff einschränken möchten. Die Begriffe in den Bestimmungen entsprechen meist der geltenden und anerkannten Praxis, die vorgeschlagenen Präzisierungen sind deshalb unnötig. Das Gleiche gilt für die Mitwirkungspflicht: Die aktuellen Verfahren sind gut definiert und funktionieren auch.

Es muss klar betont werden, dass Asylbewerber, die für mehrere Tage untertauchen, bestraft werden müssen: Ihr Verfahren muss sofort beendet werden. In diesem Sinne unterstützen wir die Reduktion von zwanzig Tagen gemäss geltendem Recht auf fünf Tage, wie dies vom Ständerat beschlossen worden ist. Bundeszentren dienen der Optimie-

rung und Beschleunigung der Verfahrensabläufe, und Personen, die nicht aktiv mitwirken, müssen ausgeschlossen werden.

Bezüglich unbegleiteter Minderjähriger lehnt die CVP/EVP-Fraktion sowohl die Anträge aus der SP als auch diejenigen aus der SVP ab. Die aktuelle Praxis trägt den schwierigen humanitären Fällen genügend Rechnung. Die angebotene Unterstützung ist ausreichend. Es sind keine weiteren Behörden notwendig. Schutz und Unterstützung sind absolut gewährleistet. Die aktuelle Organisation in den Empfangszentren hat sich bewährt, dies wurde auch anlässlich unserer Besuche ersichtlich. Man würde die Situation nur bürokratisch komplizieren. Die gleichen Argumente gelten für die Anträge aus der SVP, welche die Abläufe ebenfalls nur komplizieren. Missbräuche aber müssen sanktioniert werden.

Mit Anträgen zu den Artikeln 19 und 20 will man das Botschaftsasyl wieder einführen. Das Schweizervolk hat sich zum Thema bereits geäußert. Auch wenn hinter diesem Vorschlag konstruktive Argumente stehen – auch beim Einzelantrag van Singer –, ist das heutzutage schlicht und einfach nicht praktikabel. Die Schweizer Botschaften in der Nähe der Kriegsgebiete würden sofort bestürmt; man könnte die Situation nicht mehr bewältigen. Botschaftsasyl ist keine Antwort auf die aktuelle Krisensituation. Es muss ein Ansatz auf europäischer Ebene gefunden werden, und das Vorgehen muss international koordiniert werden. Es ist daran zu erinnern, dass die Schweiz für Menschen aus Kriegsgebieten mit der Aufnahme über Kontingente aktiv ist, und das wird von der CVP/EVP-Fraktion begrüßt und unterstützt.

Der Minderheitsantrag aus der SVP zu Artikel 21 ist nicht praktikabel. Man muss hier jedoch betonen, dass auf operativer Ebene, nicht hier im Gesetz, die bestehenden Handlungsspielräume vor allem in der täglichen Arbeit des Grenzwachtkorps maximal ausgenutzt werden sollen. Am Bahnhof Chiasso können und müssen Migranten, die in Italien nicht registriert wurden, unmittelbar an die italienischen Behörden rücküberstellt werden. Es ist eine Frage des Vollzugs der bestehenden Regelungen, und es braucht die Mitwirkung der italienischen Behörden, die heute leider zu passiv sind. Zu dieser direkten Rücküberstellung von Migranten an die italienischen Behörden sollte die Schweiz etwas Konkretes sagen und hier vor allem konkreter handeln. Man muss in diesem Bereich intensiver schaffen.

van Singer Christian (G, VD): Dans ce bloc, les Verts soutiennent de façon générale les propositions de la majorité et vous demandent d'en faire autant. Ils veulent mettre en place une procédure juste et efficace. Ils défendent néanmoins les propositions de minorité à deux articles.

L'article 17 concerne la protection de l'enfance. Une procédure correcte pour protéger les enfants paraît encore plus importante que les procédures d'asile, c'est pourquoi les Verts soutiendront la proposition de la minorité III (Glättli) aux alinéas 2^{ter} et 3 et la proposition de la minorité IV (Schenker Silvia) à l'alinéa 3 lettre a.

Un autre article est essentiel dans cette loi, notamment en cas de crise. Les propositions de la minorité Glättli aux articles 19 et 20 concernent la possibilité de demander l'asile ou la protection aussi dans les ambassades. Nous l'avons bien vu, la décision des pays européens et de la Suisse de supprimer cette possibilité a ouvert les portes à l'activité des mafias qui contrôlent les passeurs et qui prélèvent des sommes exorbitantes pour traverser les mers ou les frontières. S'il ne s'agissait que d'argent, ce ne serait pas si grave, mais il s'agit de la vie, de l'intégrité de toutes ces personnes, de toutes ces familles qui doivent fuir leur pays, qui est menacée. Nous devons prévoir dans cette loi la possibilité de déposer des demandes d'asile et de protection dans les ambassades; c'est ce que visent les propositions de la minorité Glättli, que je vous demande de soutenir à l'article 19 alinéa 1 et 1bis et à l'article 20. La Suisse, c'est vrai, ne doit pas agir seule, ne doit pas proposer seule cette possibilité. Elle doit le faire en collaboration avec les pays qui nous entourent, les autres pays où ces réfugiés, ces demandeurs d'asile veulent aller.

Un autre élément m'a poussé à déposer une proposition individuelle. C'est le fait que souvent, dans les pays qui sont en guerre depuis longtemps, il n'y a plus d'ambassades et celles des pays voisins sont fort éloignées. Des gens qui fuient la guerre et des régimes sanguinaires peuvent difficilement les atteindre.

C'est la raison pour laquelle je propose, aux articles 19 et 20, d'offrir la possibilité de déposer des demandes d'asile ou de protection aussi dans des bureaux ouverts à proximité de camps de réfugiés. Ces bureaux devraient être ouverts en collaboration avec d'autres pays et le HCR. Il ne sert à rien de se plaindre et de dire: «Quelle horreur, il y a des morts en Méditerranée, il y a des profiteurs à toutes les frontières», tout en maintenant un statu quo dans ce domaine.

C'est pourquoi je vous invite ardemment à suivre les propositions de la minorité Glättli aux articles 19 et 20, complétées par ma proposition d'offrir cette possibilité, non seulement dans les ambassades, mais aussi dans des bureaux ouverts à proximité des camps de réfugiés.

Pantani Roberta (V, TI): Nach der Eintretensdebatte beginnen wir mit diesem Block mit der Detailberatung dieser Vorlage. Ziel der Vorlage war es, die Verfahren zu beschleunigen und die Attraktivität der Schweiz zu vermindern. Keine von diesen Erwartungen wurde aber in dieser Vorlage verwirklicht. Die aktuellen Flüchtlingsströme und die tragischen Ereignisse der letzten Wochen müssen uns in der Asylopolitik endlich zum Umdenken bringen. Leider müssen wir uns auf Zustände wie diejenigen in Deutschland und Österreich vorbereiten. Die anderen Länder haben das schon getan. Einige wollen das Schengen-Abkommen aufheben, andere die Kontrollen an den Grenzen wieder einführen. Das Dublin-Abkommen ist faktisch tot. Die aktuellen Strukturen sind durch die grosse Zahl der Menschen, die zu uns kommen, überlastet. Nicht alle von ihnen sind Flüchtlinge, die Schutz brauchen. In den letzten Tagen hat Deutschland beschlossen, Leuten, die aus Kosovo, Mazedonien und Albanien kommen, kein Asyl mehr zu gewähren. Man spricht von einem Drittel der Leute, die im letzten Jahr ein Asylgesuch eingereicht haben.

Und was passiert bei uns hier in der Schweiz? Wir beraten heute eine Vorlage, die nicht ausreicht, um die Situation zu bewältigen. Im internationalen Vergleich ist die Schweiz auch 2015 immer noch bei den Spitzenreitern, was die Asylgesuchszahlen betrifft. Im Verhältnis zur Bevölkerung verzeichnete die Schweiz von Januar bis Juli 2015 doppelt so viele Asylgesuche wie der EU-Durchschnitt. So kann es nicht mehr weitergehen.

La gestione della situazione sul fronte migratorio in questi ultimi giorni ha mostrato pienamente i suoi limiti. Non sarà la Svizzera con la sua ulteriore riforma a risolvere la questione. Ci si chiede quale sia oggi il ruolo del nostro Paese, quale sia il numero giusto di persone da accogliere, ma soprattutto quali criteri siano da applicare affinché sia concesso davvero lo statuto di asilante.

Le proposte di minoranza presentate dal gruppo UDC in questo blocco vanno in questo senso: chiarire e definire i criteri per la concessione dell'asilo. Attenzione, non stiamo parlando di coloro che necessitano di protezione, di coloro che davvero fuggono da un Paese in guerra! Siamo tutti d'accordo di concedere protezione a queste persone, che non deve essere però un'ammissione provvisoria. Stiamo parlando invece di chi fugge da un Paese per ragioni economiche, di persone alle quali l'asilo non deve essere concesso; vedasi ad esempio gli eritrei – sono stati citati più volte – che non fuggono da un Paese in guerra, ma che chiedono asilo nel nostro Paese per motivi esclusivamente economici e che poi fanno ritorno in patria per vacanza. A queste persone il diritto di rimanere nel nostro Paese va negato.

L'arrivo di migranti illegali è poi una questione centrale nella politica di immigrazione del nostro Paese. All'arrivo al confine – vi parlo per esperienza, perché sono responsabile della sicurezza del comune di Chiasso –, scendendo da un treno proveniente da sud, la prima parola che queste persone dicono è «asilo». Sono scientemente istruiti per farlo,

che ne abbiano diritto o no. Con la parola magica «asilo» queste persone vengono automatisch prese in consegna dalla Confederazione è indirizzate verso la procedura di asilo. Persino i casi Dublino, chechché ne dicano stampa e giornali, presi in consegna da un centro di registrazione vengono dirottati direttamente all'unità speciale Dublino che si trova qui a Berna, da dove poi sono attribuiti a un cantone competente per l'esecuzione del rimpatrio, cosa che raramente avviene.

I minorenni che giungono nel nostro Paese sono molti. Spesso vi sono problemi nella loro identificazione in quanto non dispongono di documenti d'identità. Per questo motivo all'articolo 17 la minoranza I (Fehr Hans) chiede che persone che si annunciano minorenni debbano darne prova effettiva nel caso in cui ciò non fosse riconoscibile ad un primo momento. Assolutamente inutile in questo senso in questo articolo sono le minoranze III (Glättli) e IV (Schenker Silvia). Con la proposta che la SEM deve informare le autorità di protezione si complica la procedura, non la si velocizza, anzi, si danno ulteriori garanzie per il soggiorno sul nostro territorio.

Nel giugno 2013 la revisione della legge sull'asilo è stata approvata dal popolo svizzero con oltre il 78 per cento dei voti. Tra queste norme vi era anche quella che cancellava la possibilità di deporre in ambasciata la domanda di asilo.

Il nostro Paese era rimasto l'ultimo a concedere questa possibilità, poco sfruttata e con inoltre un grande dispendio di risorse amministrative e finanziarie – insomma, il cosiddetto santo che non valeva la candela.

Sull'onda emotiva della migrazione di queste settimane la minoranza Glättli e la proposta individuale Van Singer vorrebbero reintrodurre all'articolo 19 questa possibilità, con la giustificazione che così facendo si eviterebbe un viaggio della speranza inutile a persone che non avrebbero diritto all'asilo – una pia illusione! La maggior parte delle persone che partono in queste settimane non avrebbero potuto cambiare una virgola del loro viaggio. La soluzione è da trovarsi a livello europeo con un intervento combinato nei Paesi da cui queste persone fuggono in balia di scaltri passatori senza scrupoli, paragonabili a mercanti di schiavi che vanno, questi sì, condannati duramente.

La Svizzera faccia il suo dovere, ma che sia chiaro chi dobbiamo aiutare, come dobbiamo farlo e a quale costo. Per questi motivi vi invito a sostenere tutte le proposte di minoranza presentate dal gruppo UDC in questo blocco.

Fluri Kurt (RL, SO): Vorweg möchte ich mich bei Kollege Hans Fehr entschuldigen. Ich habe ihn vorhin beschuldigt, er habe nicht zuhören wollen, er war aber draussen bei den Medien, wie es offenbar auch jetzt wieder der Fall ist. (*Heiterkeit*)

Die FDP-Liberale Fraktion lehnt sämtliche Minderheitsanträge ab. Wir bitten Sie, sich jeweils der Mehrheit anzuschliessen. Die Stimmenverhältnisse waren in der Kommission immer etwa dieselben: 16 zu 7 Stimmen, 17 zu 5 Stimmen usw.

Zu einigen ausgewählten Anträgen: Beispielsweise bei Artikel 3 betreffend den Flüchtlingsbegriff lehnen wir den Minderheitsantrag Graber Jean-Pierre ab, insofern, als es eben nicht darauf ankommt, ob der Flüchtling diese Eigenschaften aufweist, die Herr Graber nun anwenden will. Das Problem ist die Rückschaffbarkeit. So sind zum Beispiel sämtliche Tibeterinnen und Tibeter wegen des Verhaltens des Staates China nicht rückschaffbar. Das ist das Problem. Das Verhalten des Staates ist eben massgebend und nicht das Verhalten der betreffenden Person.

Bei Artikel 8 lehnen wir die Anträge der Minderheiten Brand und Fehr Hans ab, weil diese Vorschriften, die damit neu eingeführt werden sollen, schon Teil der Mitwirkungsverpflichtung gemäss dem Einführungssatz von Artikel 8 Absatz 1 sind. Es steht dort, dass Asylsuchende eben insbesondere das und das tun müssen. Und gemäss der Definition von «insbesondere» hat es keinen Sinn, weitere Details aufzuführen. Deswegen lehnen wir auch diese Minderheitsanträge ab.

Die Anträge der Minderheiten I (Brand) und II (Rutz Gregor) zu Artikel 8 Absatz 3bis lehnen wir ab, weil diese Thematik Teil des dringlichen Rechts ist, das wir im Februar 2014 eingeführt haben. Wir haben dort diese Details eingehend diskutiert und finden es deswegen nicht sinnvoll, nun bereits wieder darauf zurückzukommen.

Ferner haben wir einige Bemerkungen zu Artikel 17 und zur Problematik der unbegleiteten Minderjährigen. Wir sind der Auffassung, dass die unbegleiteten Minderjährigen ja ohnehin eine Rechtsvertretung haben und es deswegen nicht notwendig und sinnvoll ist, noch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder eine zusätzliche Vertrauensperson einzuschalten. Das würde das ganze Verfahren zusätzlich unnötig verkomplizieren. Die Rechtsvertretung genügt. Deswegen bitten wir Sie, die Anträge der Minderheiten III (Glättli) und IV (Schenker Silvia) abzulehnen.

Beim Antrag der Minderheit I (Fehr Hans) zu Absatz 2bis betreffend Altersnachweis sind wir der Auffassung, dass es ja oft unklar ist, ob jetzt jemand sechzehn, sechzehneinhalb oder siebzehn Jahre alt ist. Da gibt es eine gewisse Bandbreite. Deswegen ist es auch nicht sinnvoll, die Beweislast umzukehren. Wir sind der Auffassung, dass das Staatssekretariat für Migration eben in klaren Fällen eine Verfügung erlassen soll – wie das heute der Fall ist –, damit sich die betreffende Person gegen diese Verfügung zur Wehr setzen kann. Das ist dann auch der Grund, weshalb wir den Antrag der Minderheit II (Amaudruz) zu Absatz 3bis ablehnen, der vom Staatssekretariat für Migration ein Altersgutachten verlangt. Wir finden den umgekehrten Weg, wie skizziert, sinnvoller und rationeller.

Zum Fragenkomplex rund um das Botschaftsasyl: Wie bereits bei der Diskussion zum dringlichen Asylrecht bleiben wir dabei: An sich könnte man dieses Instrument und diese Massnahme diskutieren, aber es geht nicht an, dass wir als einziges Land dieses Botschaftsasyl wieder einführen. Die Konsequenzen waren damals ja offensichtlich. Das bewältigen wir schlicht und einfach nicht. Wir können uns vorstellen, dass es sinnvoll ist, dass diese Leute nicht nach Europa kommen müssen; aber das geht nicht, ohne dass zumindest die europäischen Länder hier mitmachen. Deswegen lehnen wir konsequenter- und notwendigerweise den Einzelantrag van Singer ab. Dieser Antrag hätte zur Voraussetzung, dass man das Botschaftsasyl an sich einführen würde. Die Delegation an sogenannte befugte Büros lehnen wir aus demselben Grund ab.

Damit komme ich noch zum Antrag der Minderheit Brand zu Artikel 22 Absatz 6 betreffend Verfahren am Flughafen. Wir sind der Auffassung, dass am Flughafen eine Beurteilung zur Frage, ob es sich um ein einfaches Verfahren oder voraussichtlich um ein komplexes Verfahren handelt, gemacht werden kann. Es ist deshalb sinnvoll, hier bereits die Triage vorzunehmen zwischen beschleunigten Verfahren, die in Zentren des Bundes kommen, und Personen im erweiterten Verfahren, die einem Kanton zugewiesen werden. Deswegen lehnen wir den Antrag der Minderheit Brand hier ab. Zusammenfassend bitten wir Sie noch einmal, sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

van Singer Christian (G, VD): Monsieur Fluri, avez-vous remarqué – et j'aurais pu poser la même question à Monsieur Roland Fischer – que ma proposition prévoit que ces bureaux soient ouverts en collaboration avec d'autres pays? Il ne s'agirait donc pas que seule la Suisse ouvre ces bureaux d'inscription qui permettraient d'éviter que les demandeurs d'asile se soumettent à ces mafias de passeurs; ce serait en collaboration avec d'autres pays.

Fluri Kurt (RL, SO): Ich habe das bei Ihrer Begründung Ihres Einzelantrages schon gemerkt. Das ändert aber nichts daran, dass es ja immer zwei Parteien braucht. Es braucht unsere Vorschriften, und es braucht natürlich die Bereitschaft anderer Länder, hier mitzuwirken. Solange das Botschaftsasyl auf europäischer Ebene aber derart konsequent abgelehnt wird, ist kaum anzunehmen, dass man in Ihren Vorschlag einwilligen würde.

Schenker Silvia (S, BS): Im Eintretensvotum habe ich von den Bildern gesprochen, die uns alle bewegen und schockieren. Die meisten Bilder zeigen Menschen, die auf einem gefährlichen und strapaziösen Weg ihr Leben riskieren. Zu viele von ihnen verlieren ihr Leben. Sie erinnern sich ganz sicher noch an die intensive Debatte, die wir anlässlich der Beratung der dringlichen Asylvorlage über die Abschaffung des Botschaftsasyls geführt haben. Die Abschaffung des Botschaftsasyls war einer der wesentlichen Gründe dafür, dass gegen diese Vorlage das Referendum ergriffen wurde. Auch jene Teile der SP, welche gegen das Referendum waren, lehnten die Abschaffung des Botschaftsasyls ab. Die SP hat sich also immer gegen die Abschaffung des Botschaftsasyls gewehrt.

Darüber hinaus besteht eine gewisse Einigkeit über die Parteigrenzen hinweg, dass man versuchen sollte, die Menschen vor diesem Fluchtweg zu bewahren, indem man ihnen die Möglichkeit eröffnet, in einer Botschaft in einem Drittland ein Asylgesuch einzureichen. Auch die öffentliche Meinung zur Frage des Botschaftsasyls hat sich geändert. Im Juni dieses Jahres ergab eine Umfrage des Forschungsinstituts GfS, dass eine Mehrheit der Befragten für eine Wiedereinführung des Botschaftsasyls war.

Ich habe versucht, dem Bundesrat eine Brücke zu bauen, indem ich einen Vorstoss (15.3462) eingereicht habe, der ihm den Auftrag gibt, auf europäischer Ebene das Botschafts asyl als einen Mosaikstein zur Lösung der Probleme einzubringen. Leider hat der Bundesrat mein Brückenangebot nicht angenommen, obwohl der Vorstoss politisch sehr breit abgestützt ist. Wir werden über diesen Vorstoss zu einem späteren Zeitpunkt sprechen und entscheiden. Ich hoffe immer noch, dass er angenommen wird.

Heute aber haben wir Gelegenheit, das Botschafts asyl für die Schweiz wieder einzuführen. Angesichts der dramatischen Szenen, die sich im Mittelmeer, auf der sogenannten Balkanroute oder wo auch immer abspielen, ist für die SP-Fraktion klar, dass wir den Fehler der letzten Asylgesetzrevision unbedingt korrigieren müssen. Das Botschafts asyl ist vielleicht nicht das tauglichste aller Mittel. Aber es kann Leben retten, und es ermöglicht den Betroffenen in einem frühen Zeitpunkt, wenn sie noch nicht Tausende von Kilometern hinter sich gebracht haben, Klarheit darüber zu erhalten, ob sie Chancen auf Asyl haben oder nicht.

Die Anträge aus der SVP zu diesem Block lehnen wir alle ab; das verwundert Sie nicht. Hingegen nehmen wir die Anträge aus unserer Fraktion und der Grünen an.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich kann etwas vorwegnehmen. Bei diesem Block 1 lehnt der Bundesrat sämtliche Minderheitsanträge ab. Ich werde jetzt bei der Begründung so vorgehen, dass ich die Minderheitsanträge in vier Kategorien unterteile. Zur ersten Kategorie gehören Anträge, die gegen die Bundesverfassung oder gegen das Völkerrecht verstossen, also zum Beispiel gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. In der zweiten Kategorie sind Anträge, die gegen die übergeordnete Zielsetzung dieser Asylgesetzrevision verstossen, nämlich die Beschleunigung der Asylverfahren. Ich werde als dritte Kategorie die Anträge aufzeigen, die bereits in der letzten Asylgesetzrevision umfassend und intensiv diskutiert und hier im Parlament bereits abgelehnt worden sind. Schliesslich folgen in der vierten Kategorie noch Anträge, die nicht umsetzbar oder nicht notwendig sind.

Ich komme jetzt also zuerst zu den Minderheitsanträgen in diesem ersten Block, die mit der Bundesverfassung und/oder mit dem Völkerrecht nicht vereinbar sind. Deshalb beantragt Ihnen der Bundesrat, diese abzulehnen. Es geht hier zuerst um eine Minderheit Graber Jean-Pierre bei Artikel 3, die vorschlägt, dass gewisse Personen aufgrund ihrer politischen, religiösen oder philosophischen Anschauungen aus der Flüchtlingseigenschaft ausgeschlossen werden, und zwar dann, wenn diese Anschauungen die Anwendung von Gewaltformen postulieren. Ein genereller Ausschluss von Personen aufgrund ihrer Anschauung ist mit der Genfer Flüchtlingskonvention nicht vereinbar. Die Genfer Flücht-

lingskonvention sieht allerdings bei schweren Verbrechen bereits heute Ausschlussgründe vor, also zum Beispiel bei Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit. Eine Minderheit I (Brand) bei Artikel 8 möchte eine Änderung vornehmen, wonach auf ein Asylgesuch nicht eingetreten wird, wenn die betroffene Person den Asylbehörden in einem Zentrum des Bundes ohne Ankündigung während mehr als fünf Tagen nicht zur Verfügung steht. Diesfalls soll dann der Vollzug der Wegweisung umgehend angeordnet werden. Das heisst also, dass auch ein unverschuldetes Fernbleiben automatisch dazu führen soll, dass ein Nichteintretensentscheid gefällt werden muss. Das widerspricht dem Verhältnismässigkeitsprinzip der Bundesverfassung. Mit der Flüchtlingskonvention, also mit dem Non-Refoulement-Prinzip, und mit der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar ist ferner auch die Forderung, dass in jedem Fall ein sofortiger Wegweisungsvollzug angeordnet werden muss.

Ich komme nun zu den Anträgen, die gegen die Zielsetzung dieser Neustrukturierungsvorlage, nämlich die Beschleunigung der Asylverfahren, verstossen. Aus diesem Grund lehnt der Bundesrat diese Anträge auch ab. Es bestehen in diesem Bereich diverse Anträge zum Thema minderjährige Asylsuchende. So wird zum Beispiel von der Minderheit III (Glättli) bei Artikel 17 und der Minderheit IV (Schenker Silvia) ebenfalls bei Artikel 17 beantragt, dass nicht die Rechtsvertretung, sondern wie im geltenden Recht eine kantonale Vertrauensperson die Interessen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden während des Asylverfahrens, also auch in den Zentren des Bundes, wahrnehmen soll. Das Staatssekretariat für Migration soll die zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde unverzüglich informieren; bis zum Entscheid über die notwendigen Massnahmen soll das Asylverfahren der betroffenen Minderjährigen sistiert werden.

Der Bundesrat empfiehlt Ihnen, aus seiner Sicht im Interesse der Minderjährigen selber, aber auch im Interesse der Verfahrensabläufe, diesen Vorschlag abzulehnen. Nimmt die Rechtsvertretung in den Bundeszentren nämlich die Aufgabe der Vertrauensperson wahr, dann haben die unbegleiteten Minderjährigen nur eine klare Ansprechperson. Das erleichtert zudem auch die organisatorischen Abläufe in den Zentren, das heisst, es gibt für alle unbegleiteten Minderjährigen, die in den Zentren des Bundes untergebracht sind, eine einheitliche Lösung.

Es kommt noch etwas hinzu: Die Rechtsvertretung kann die Aufgabe der Vertrauensperson vom ersten Tag ab Eintritt einer unbegleiteten minderjährigen Person in einem Zentrum des Bundes wahrnehmen, also bereits zu Beginn der Vorbereitungsphase. Die Rechtsvertretung verfügt auch über Kenntnisse der Asylgründe des unbegleiteten Minderjährigen sowie über die nötigen Rechtskenntnisse zur Wahrnehmung ihrer Funktion als Vertrauensperson. Sie sehen, mit dem Vorschlag der Kommissionmehrheit werden die Interessen der unbegleiteten Minderjährigen vollumfänglich gewahrt, und die Verfahren können rasch und fair durchgeführt werden, denn die Asylgesuche von unbegleiteten Minderjährigen sollen – wie schon nach dem geltenden Recht – prioritär behandelt werden.

Ich komme nun zu den Minderheitsanträgen, die bereits im Rahmen der letzten Asylgesetzrevision in diesem Rat und auch im Ständerat intensiv diskutiert und dann abgelehnt worden sind. Das ist der Grund, weshalb der Bundesrat Ihnen empfiehlt, diese Anträge abzulehnen.

Es geht um den Antrag der Minderheit II (Rutz Gregor). Sie schlägt in Artikel 8 eine Ergänzung vor, wonach ein neues Asylgesuch nach einer formlosen Abschreibung frühestens nach fünf Jahren wieder eingereicht werden kann. Der betreffende Artikel wurde wie gesagt im Rahmen der Vorlage 1 der Asylgesetzrevision eingefügt und ist ausführlich diskutiert worden. Gegen jene Vorlage wurde damals auch kein Referendum ergriffen. Sie ist seit Februar 2014 in Kraft und spricht von drei und nicht von fünf Jahren. Diese Bestimmung hat bis jetzt auch keinerlei Probleme bereitet.

Die Minderheit Amaudruz beantragt bei Artikel 14 eine Anpassung, wonach der Kanton mit Zustimmung des Staatssekretariates für Migration einer ihm nach dem Asylgesetz zugewiesenen Person erst nach sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz eine Aufenthaltsbewilligung erteilen kann. Heute sind es fünf Jahre. Auch diese Frage wurde im Rahmen der Vorlage 1 ausführlich diskutiert. Das Parlament hat sich damals ausdrücklich für fünf Jahre entschieden. Wie gesagt ist diese Bestimmung seit 2014 in Kraft.

Eine weitere Minderheit Glättli beantragt bei den Artikeln 19 und 20 die Wiedereinführung von sogenannten Auslandgesuchen auf Schweizer Vertretungen, also das sogenannte Botschaftsgesuch. Sie wissen es: Über diese Änderung wurde im Rahmen des dringlichen Asylgesetzrevisionsverfahrens bereits entschieden. Diese Revision wurde in der Volksabstimmung von 78 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger angenommen.

Ich möchte noch auf den Einzelantrag von Singer eingehen: Er ergänzt eigentlich die Anträge der Minderheit Glättli zu den Artikeln 19 und 20. Er schlägt zusätzlich vor, dass die schweizerische Vertretung im Ausland ihre Befugnisse an ein geöffnetes Büro in der Nähe einer Flüchtlingsaufnahme-stelle übertragen kann.

Ich muss Ihnen sagen, dass der Antrag von Herrn Nationalrat von Singer verständlich und nachvollziehbar ist. Die Problematik von Asylgesuchen im Ausland kann tatsächlich nur von einem internationalen Kontext aus betrachtet werden. Es trifft auch zu, dass sich die schweizerischen Vertretungen im Ausland oft gerade aus Sicherheitsgründen eben nicht in einem Krisengebiet befinden. Der Vorschlag von Herrn von Singer kann aber nur gelingen, wenn andere, möglicherweise alle anderen europäischen Staaten eine gleiche Regelung einführen. Es gibt ja jetzt diese europäische Migrationsagenda. Darin ist ein Pilotprojekt in Niger vorgesehen, bei dem eine Vorprüfung von Asylgesuchen in der Herkunftregion vorgenommen werden soll. Ich denke, dass das ein ganz wichtiger Versuch ist. Er wird aber jetzt gemeinsam von den europäischen Staaten gemacht. Wir sind sehr daran interessiert, die Erkenntnisse daraus dann auszuwerten und zu erfahren, ob das ein Weg ist, um auch legale Fluchtwege zu schaffen. So, wie ich aber überzeugt bin – ich habe es ja vorhin auch schon gesagt –, dass es jetzt keine nationalen Lösungen gibt, sondern dass es europäische Antworten braucht, die auch entwickelt und entschieden werden müssen, so wäre es im Moment nicht zielführend, eine Lösung im Asylgesetz vorzusehen, welche eine Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten vorsieht, ohne diese Zusammenarbeit auf europäischer Ebene vorerst gemeinsam zu vereinbaren.

Das ist der Grund, weshalb ich den Einzelantrag von Singer ebenfalls zur Ablehnung empfehle. Ich denke aber, dass wir, wenn wir in Zukunft auch wieder vermehrt über legale Fluchtwege diskutieren, die Frage im Auge behalten müssen, wie wir diese schaffen können. Wir dürfen und können nicht hinnehmen, dass allein in diesem Jahr bereits über 1800 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, und wir wissen wahrscheinlich längst nicht von allen.

Ich komme zum Schluss noch zu den Minderheitsanträgen, die aus Sicht des Bundesrates nicht umsetzbar oder nicht notwendig und deshalb abzulehnen sind.

Es handelt sich u. a. um den Antrag der Minderheit Fehr Hans zu Artikel 21. Sie verlangt, dass Personen, die an der Grenze zu einem sicheren Drittstaat bei der illegalen Einreise in die Schweiz angehalten werden, formlos und unverzüglich in den sicheren Drittstaat zurückgewiesen werden. Würden die Betroffenen ein Asylgesuch einreichen, dann sollte dieses entgegengenommen werden. Die Betroffenen sollten aber den Asylentscheid im sicheren Drittstaat abwarten. Ich muss Ihnen sagen: Eine solche Vorgehensweise ist weder mit dem aktuellen Dublin-Abkommen vereinbar, noch ist sie in den bestehenden Rückübernahmeabkommen vorgesehen, und zwar aus gutem Grund. Kein Staat, auch die Schweiz nicht, wäre bereit, einer solchen Regelung zuzustimmen.

Die Minderheit Rutz Gregor schlägt bei Artikel 2 vor, dass das Recht anerkannter Flüchtlinge auf Anwesenheit in der Schweiz nur so lange bestehen darf, wie ein Bedarf nach Schutzgewährung besteht. Das sehen aber schon das geltende Asylgesetz und die Flüchtlingskonvention vor; diese Bestimmung braucht es deshalb nicht noch einmal.

Obwohl wir hier eine Vorlage beraten, deren zentrales Ziel ja die Beschleunigung der Asylverfahren ist, schlägt die Minderheit Brand bei Artikel 8 vor, dass Asylsuchende verpflichtet werden sollen, sämtliche auf sich geführten Dokumente dem Staatssekretariat für Migration abzugeben, d. h. also auch solche, die für ein Asylverfahren gar nicht wesentlich sind. Zum Beispiel wären auch private Briefe solche Dokumente. Das macht überhaupt keinen Sinn und verursacht einen unnötigen Mehraufwand, was wiederum zu Mehrkosten und Verzögerungen im Verfahren führt. Das würden Sie dann ja wieder kritisieren. Deshalb bitten wir Sie, auch diesen Antrag abzulehnen.

Amarelle Cesla (S, VD), pour la commission: Le premier bloc contient diverses modifications proposées par le Conseil fédéral dans le cadre du projet de restructuration du domaine de l'asile et de la pérennisation du droit d'urgence dans le droit ordinaire. Ceci inclut, à l'article 3 alinéa 3 de la loi sur l'asile, une nouvelle définition du statut de réfugié excluant l'insoumission ou la désertion comme motif d'asile. D'autres dispositions sont pérennisées, à l'image de l'abrogation de l'article 20 de la loi sur l'asile qui permettait de déposer une demande d'asile auprès des ambassades. Le bloc contient d'autres dispositions d'ordre technique comme c'est le cas de la langue de procédure à l'article 16, des cas d'urgence aux aéroports ou encore de l'obligation de collaborer faite au requérant d'asile, laquelle est élargie à l'article 8. En outre, les dispositions de procédure particulières pour les requérants mineurs non accompagnés sont élargies à l'article 17 alinéas 3 et 4.

Le bloc 1 contient trois grands principes de la loi sur l'asile. Nous sommes en présence de quinze propositions de minorité dont l'énonciation sera partagée entre Monsieur Philipp Müller et moi-même. A l'article 2 consacré à la définition de l'asile, la proposition de la minorité Rutz Gregor vise à clarifier et préciser la protection offerte par l'asile en précisant, à l'alinéa 2, que ce droit d'asile est limité au «droit de résider en Suisse tant que l'octroi de la protection est nécessaire». Pour la majorité de la commission, cet amendement est inutile dans la mesure où la question est réglée par l'institution de la révocation et de l'extinction de l'asile ou du statut de réfugié prévue aux articles 63 et 64 de la loi sur l'asile et renvoyant en outre à l'article 1 section C chiffres 1 à 6 de la Convention relative au statut des réfugiés. L'institution de la révocation fonctionne puisque, dans la pratique, les chiffres pour 2013 et 2014 sont non négligeables. En effet, 767 cas ont été recensés en 2013 contre 1900 en 2014.

Par 14 voix contre 7 et aucune abstention, la commission vous recommande de rejeter cet amendement.

En ce qui concerne l'article 3 consacré à la définition du terme de réfugié, la proposition de la minorité Graber Jean-Pierre vise à refuser l'octroi de l'asile à une personne qui, par ses écrits, appelle à la violence ou s'exprime contre une civilisation. La commission, par 17 voix contre 7 et aucune abstention, considère que cette proposition n'est pas conforme au contenu et à la terminologie de l'article 1 section F de la Convention relative au statut des réfugiés, et qu'octroyer l'asile en Suisse pour des cas de ce genre n'est pas possible puisqu'il s'agit de motifs d'exclusion prévus dans ladite convention. Aussi, l'article 53 de la loi sur l'asile pourrait entrer en ligne de compte puisqu'il traite des cas d'indignité. Cette proposition de minorité n'est donc pas conforme à la Convention relative au statut des réfugiés, n'est pas exécutoire et est inutile compte tenu des dispositions qui existent déjà.

La commission vous propose de préciser, à l'article 6a alinéa 2, que le Conseil fédéral désigne d'autres pays d'origine et de provenance sûrs «outre les Etats de l'Union européen-

ne ou de l'AELE». Par 13 voix contre 9 et 1 abstention, la commission vous invite à soutenir cette proposition.

Concernant l'article 8, la minorité Brand propose d'exiger du requérant d'asile qu'il dépose ses documents de voyage et ses pièces d'identité au centre d'enregistrement, mais aussi tous les documents qu'il porte sur lui. Il semblerait qu'au début de la procédure, de nombreux problèmes pourraient être ainsi résolus. Si par exemple un requérant devait déposer son téléphone, on connaîtrait par ce biais son identité. La majorité de la commission considère que cette proposition n'apporte aucune valeur ajoutée à cette disposition et conduirait, si elle était appliquée, à des contradictions. Une obligation de remise de tous les documents, indépendamment de leur utilité, n'a pas de sens et pourrait contredire le principe de proportionnalité.

A l'article 8 alinéa 1 lettre g, la proposition de la minorité Fehr Hans vise à ce que l'obligation de coopérer porte également sur le relevé des empreintes digitales. Monsieur Fehr s'appuie sur des difficultés qui seraient survenues à Chiasso lors de la prise d'empreintes de ressortissants érythréens. Par 17 voix contre 7 et 0 abstention, la commission vous recommande de rejeter cette proposition, car la lettre e de l'article 8 alinéa 1 prévoit déjà l'obligation de collaborer à la saisie des données biométriques et selon la terminologie officielle, celles-ci comprennent le relevé d'empreintes digitales. L'article 8 alinéa 3bis fait l'objet d'une proposition de minorité I (Brand) qui vise à supprimer la possibilité pour le requérant d'asile d'invoquer une raison valable pour expliquer pourquoi il n'a pas pu collaborer, ceci afin de faciliter la pratique. La majorité de la commission relève que cet article est entré en vigueur en février 2014 seulement et que depuis il ne pose aucun problème dans la pratique. Par ailleurs, la réserve prévue in fine du respect de la Convention de Genève doit permettre d'éviter une éventuelle violation du principe de non-refoulement.

Il n'y a donc en principe aucune raison objective à changer la loi si rapidement. Par 14 voix contre 7 et 0 abstention, la commission vous invite à refuser la proposition défendue par la minorité I (Brand).

Toujours à cet article 8 alinéa 3bis, la minorité II (Rutz Gregor) souhaite qu'après un classement lié à une violation du droit de collaborer, le requérant ne puisse déposer une demande au plus tôt qu'après cinq ans et non trois ans comme dans le droit positif actuel. Il s'agirait d'un alignement avec la limite figurant à l'article 111c qui prévoit aussi un délai de cinq ans. Pour les mêmes raisons que celles mentionnées précédemment, la commission, par 16 voix contre 7 et 2 abstentions, vous invite à rejeter la proposition défendue par la minorité II (Rutz Gregor).

A l'article 14, la minorité Amaudruz propose de faire passer le délai de cinq à sept ans à partir du dépôt de la demande d'asile pour demander l'autorisation de séjour, considérant que le délai de cinq ans est trop court. Par 17 voix contre 7 et 0 abstention, la commission vous recommande de refuser cette proposition défendue par la minorité. Cette disposition a déjà largement été débattue dans le cadre du projet 1 et est entrée en vigueur en 2014.

A l'article 17, qui traite des dispositions de procédure particulières, dispositions spéciales relatives aux requérants d'asile mineurs, nous sommes en présence de quatre propositions de minorité: les propositions de la minorité III (Glättli) et IV (Schenker Silvia) concernent la protection des mineurs non accompagnés et les propositions de la minorité I (Fehr Hans) et de la minorité II (Amaudruz) concernent la preuve d'être une personne mineure. La minorité I (Fehr Hans) souhaite un renversement du fardeau de la preuve, au prétexte que trop de gens font semblant d'être mineurs pour être avantagés par ce statut. La minorité II (Amaudruz) demande à titre subsidiaire à la proposition de la minorité I de modifier la notion «peut ordonner une expertise» par «ordonne une expertise». Par 15 voix contre 5 et 0 abstention, la commission vous propose de rejeter la proposition défendue par la minorité I (Fehr Hans) et, par 14 voix contre 5 et 0 abstention, de rejeter la proposition défendue par la minorité II (Amaudruz), car il n'existe pas de preuve absolue de l'âge,

et l'acceptation de ces propositions n'induirait pas une amélioration de la situation. Selon la commission, des expertises sont complexes et coûteuses et il est considéré qu'il vaut mieux travailler sur les marges.

Au même article, la minorité III (Glättli) souhaite voir dissociée la représentation légale de l'enfant du travail d'aide proprement dit, avec l'aspect de soutien sociopsychologique. La minorité IV (Schenker Silvia) suggère un compromis afin de faire en sorte d'imposer la désignation, outre d'un représentant légal, d'une personne de confiance dans le cadre de la durée du séjour, dans les centres de la Confédération ou à l'aéroport. Cette personne aurait pour tâche d'assurer l'information et de coordonner l'aide. La commission vous invite, par 14 voix contre 5 et 3 abstentions, à rejeter la proposition défendue par la minorité III (Glättli) et, par 13 voix contre 9 et 0 abstention, à rejeter la proposition défendue par la minorité IV (Schenker Silvia). Le temps dans les centres de la Confédération est relativement court, il n'y a pas de nécessité d'intégrer une autre personne que le représentant légal qui est déjà sur place, et pour les adolescents en particulier, l'apport d'un accompagnateur en plus du représentant légal peut même contribuer à compliquer les relations. Des arguments de coûts ont également été avancés en commission pour refuser ces propositions que je vous recommande de rejeter.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Ich spreche zu den restlichen Minderheitsanträgen zu den Artikeln 19 bis 23. Ich versuche, es kurz zu machen.

Die Minderheit Glättli beantragt bei den Artikeln 19 und 20 des Entwurfes zum Asylgesetz, die Möglichkeit von Ausländergesuchen auf Schweizer Vertretungen wieder einzuführen. Die entsprechende dringliche Änderung ist am 9. Juni 2013 von 78,4 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz in einer Volksabstimmung, einer Referendumsabstimmung, angenommen, also gutgeheissen worden. Das heisst: kein Botschafts asyl. In Würdigung dieses Volksentscheides hat die Kommission mehrheitlich beschlossen, und zwar mit 14 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen, beim Thema Botschafts asyl bei der bisherigen Position zu bleiben, also den Volkswillen zu respektieren und das Botschafts asyl nicht wieder einzuführen. Die gleiche Argumentation gilt auch für den Einzelantrag von Singer.

Die Minderheit Fehr Hans beantragt eine Änderung bei Artikel 21 Absatz 1. Personen, die an der Grenze zu einem sicheren Drittstaat bei der illegalen Einreise in die Schweiz angehalten werden, sollen von den zuständigen Behörden formlos und unverzüglich in den sicheren Drittstaat zurückgewiesen werden. Reichen die Betroffenen ein Asylgesuch ein, soll dieses entgegengenommen werden, und die Betroffenen warten den Asylentscheid im sicheren Drittstaat ab. Des Weiteren beantragt diese Minderheit bei Artikel 21 einen neuen Absatz 1bis, wonach Personen, die im Inland angehalten werden und ein Asylgesuch stellen, von den zuständigen Behörden an ein Zentrum des Bundes verwiesen werden. Bei der Rückweisung einer Person, die kein Asylgesuch eingereicht hat, in einen sicheren Drittstaat sind die Bestimmungen des entsprechenden Übernahmeabkommens zu beachten. Dabei gibt es ein vereinfachtes Verfahren. Eine formlose Rückführung ist nicht erlaubt. Reicht die Person an der Grenze ein Asylgesuch ein, wird sie einem Bundeszentrum zugewiesen, und es wird geprüft, ob die Person allenfalls auf der Grundlage eines Dublin-Verfahrens in den Drittstaat überführt werden kann. Selbstredend gilt auch hier das Non-Refoulement-Prinzip.

Die Mehrheit der SPK empfiehlt Ihnen – das Stimmenverhältnis war 15 zu 7 bei 0 Enthaltungen – auch hier, ihren Anträgen zu folgen.

Die Minderheit Brand beantragt eine Änderung in Artikel 22 Absatz 6: Das Staatssekretariat für Migration soll Personen nach einem Aufenthalt von 60 Tagen am Flughafen nur einem Zentrum des Bundes zuweisen können und nicht, wie von der Mehrheit beantragt, alternativ auch einem Kanton. Die Mehrheit folgt bei Artikel 22 Absatz 6 dem Ständerat und beantragt, dass nach einem Aufenthalt von 60 Tagen am

Flughafen eine Zuweisung in ein Zentrum des Bundes oder in einen Kanton möglich sein soll. Auch am Flughafen findet eine Triage zwischen erweitertem Verfahren und beschleunigtem Verfahren statt. Personen im erweiterten Verfahren sollen auch im Verfahren am Flughafen den Kantonen zugewiesen werden können. Liegt nach einem Aufenthalt von 60 Tagen am Flughafen ein rechtskräftiger Asyl- oder Wegweisungsentscheid vor, soll die betroffene Person einem Zentrum des Bundes zugewiesen werden, zum Beispiel einem Ausreisezentrum. Es macht keinen Sinn, alle betroffenen Personen zwingend zuerst einem Bundeszentrum und erst danach einem Kanton zuzuweisen. Das würde das Asylverfahren unnötig verlängern, wäre teurer und wenig effizient, weil zweimal Abklärungen vorgenommen werden müssten.

Die SPK empfiehlt, auch diesen hier von der Minderheit vertretenen Antrag abzulehnen, und zwar mit 15 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Und nun zum letzten Minderheitsantrag zu Block 1: Die Minderheit Bugnon beantragt bei Artikel 23 Absatz 2, dass das Staatssekretariat für Migration die Betroffenen bei einem länger dauernden Asylverfahren nur einem Zentrum des Bundes und nicht alternativ auch einem Kanton zuweisen kann. Hier geht es um die gleiche Frage wie bei Artikel 22. Mit 17 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen empfiehlt Ihnen die SPK auch hier, den nun von der Minderheit vertretenen Antrag abzulehnen.

Titel und Ingress; Ziff. I Einleitung; Ersatz eines Ausdrucks

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I introduction; remplacement d'une expression

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2 Abs. 2

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder)

... es schliesst das Recht auf Anwesenheit in der Schweiz ein, solange der Bedarf nach Schutzgewährung besteht.

Art. 2 al. 2

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder)

... Il inclut le droit de résider en Suisse tant que l'octroi de la protection est nécessaire.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 269)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 137 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 3

Antrag der Mehrheit

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Graber Jean-Pierre, Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Joder, Rutz Gregor)

Abs. 5

Keine Flüchtlinge sind Personen, deren politische, religiöse oder philosophische Anschauungen eindeutig die Anwendung von Gewaltformen postulieren, die nicht nur der Abwehr dienen.

Art. 3

Proposition de la majorité

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Graber Jean-Pierre, Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Joder, Rutz Gregor)

Al. 5

Ne sont pas des réfugiés les personnes dont les opinions politiques, religieuses ou philosophiques postulent clairement le recours à des formes de violence autres que purement défensives.

Abs. 5 – Al. 5

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 270)

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

Dagegen ... 137 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 6a Abs. 2

Antrag der Kommission

Der Bundesrat bezeichnet neben den EU-/Efta-Staaten weitere Staaten, in denen nach seinen Feststellungen:

...

Art. 6a al. 2

Proposition de la commission

Le Conseil fédéral désigne, outre les Etats de l'UE ou de l'AELE:

...

Angenommen – Adopté

Art. 8

Antrag der Mehrheit

Abs. 1 Bst. b, f, 3bis

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Abs. 1 Bst. b

b. Reisepapiere, Identitätsausweise und sämtliche auf sich geführte Dokumente abgeben;

Antrag der Minderheit

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Abs. 1 Bst. g

g. bei der Abnahme der Fingerabdrücke mitwirken.

Antrag der Minderheit I

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Abs. 3bis

Personen, die ihre Mitwirkungspflicht verletzen oder ... Weiterführung des Verfahrens. Dasselbe gilt für Personen, die den Asylbehörden in einem Zentrum des Bundes ohne Ankündigung während mehr als fünf Tagen nicht zur Verfügung

stehen. Auf deren Gesuch wird nicht eingetreten und der Vollzug ist umgehend anzuordnen. Ein neues Gesuch ...

Antrag der Minderheit II

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder)

Abs. 3bis

... Ein neues Gesuch kann frühestens nach fünf Jahren dep. niert werden ...

Art. 8

Proposition de la majorité

Al. 1 let. b, f, 3bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Al. 1 let. b

b. ... et pièces d'identité ainsi que tous les documents qu'il porte sur lui;

Proposition de la minorité

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Al. 1 let. g

g. faire preuve de coopération lors du relevé d'empreintes digitales.

Proposition de la minorité I

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Al. 3bis

Le requérant qui ne respecte pas son obligation de collaborer ou ... la poursuite de la procédure. Il en va de même pour le requérant qui, sans annonce préalable, ne se tient pas à la disposition des autorités compétentes en matière d'asile dans un centre de la Confédération pendant plus de cinq jours. Dans un cas comme dans l'autre, la demande ne fait l'objet d'aucune entrée en matière et l'exécution du renvoi doit être ordonnée immédiatement. Il peut déposer ...

Proposition de la minorité II

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder)

Al. 3bis

... Il peut déposer une nouvelle demande au plus tôt après cinq ans. Le respect ...

Abs. 1 Bst. b – Al. 1 let. b

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 271)

Für den Antrag der Mehrheit ... 137 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1 Bst. g – Al. 1 let. g

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 272)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 137 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 3bis – Al. 3bis

Le président (Rossini Stéphane, président): Les deux propositions de minorité I (Brand) et II (Rutz Gregor) à cet aligné concernent deux questions différentes. Je vais par conséquent les opposer l'une après l'autre à la proposition de la majorité. Le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la majorité.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 273)

Für den Antrag der Mehrheit ... 137 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 274)

Für den Antrag der Mehrheit ... 137 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 12, 12a, 13

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 14 Abs. 2 Bst. a

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Rutz Gregor)

a. ... mindestens sieben Jahre ...

Art. 14 al. 2 let. a

Proposition de la minorité

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Rutz Gregor)

a. ... depuis au moins sept ans ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 275)

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

Dagegen ... 137 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 16 Abs. 1, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 16 al. 1, 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 17

Antrag der Mehrheit

Abs. 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Rutz Gregor)

Abs. 2bis

Personen, welche geltend machen, minderjährig zu sein, haben hierfür den Beweis zu erbringen, sofern dies nicht offensichtlich ist. Deren Asylgesuche werden prioritär behandelt.

Abs. 3bis

Aufheben

Antrag der Minderheit II

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Abs. 3bis

Bestehen Hinweise, dass eine angeblich minderjährige asylsuchende Person das Mündigkeitsalter bereits erreicht hat, so veranlasst das SEM ein Altersgutachten.

Antrag der Minderheit III

(Glättli, Gross Andreas, Masshardt, van Singer)

Abs. 2ter

Bei Asylgesuchen von unbegleiteten Minderjährigen informiert das SEM unverzüglich die zuständige Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Das Asylverfahren wird bis zum Entscheid über die erforderlichen Kindesschutzmassnahmen (Art. 307ff. ZGB) sistiert.

Abs. 3

Unverändert

Antrag der Minderheit IV

(Schenker Silvia, Amarelle, Glättli, Gross Andreas, Heim, Masshardt, Streiff, Tschümperlin, van Singer)

Abs. 3

Die Interessen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden werden wahrgenommen für die Dauer des Verfahrens:

a. ... durch die zugewiesene Rechtsvertretung; zusätzlich wird eine Vertrauensperson bestimmt; diese stellt die Koordination ...

...

Art. 17*Proposition de la majorité**Al. 3, 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Rutz Gregor)

Al. 2bis

Sauf évidence, les personnes faisant valoir qu'elles sont mineures doivent en apporter la preuve. Leurs demandes d'asile sont traitées en priorité.

Al. 3bis

Abroger

Proposition de la minorité II

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Al. 3bis

Si des indices laissent supposer qu'un requérant prétendument mineur a atteint l'âge de la majorité, le SEM ordonne une expertise visant à déterminer son âge.

Proposition de la minorité III

(Glättli, Gross Andreas, Masshardt, van Singer)

Al. 2ter

Le SEM informe sans délai les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte compétentes lorsque des demandes d'asile sont déposées par des requérants mineurs non accompagnés. La procédure d'asile est suspendue jusqu'à ce qu'une décision soit prise sur les mesures nécessaires en matière de protection de l'enfant (art. 307ss. CC).

Al. 3

Inchangé

Proposition de la minorité IV

(Schenker Silvia, Amarelle, Glättli, Gross Andreas, Heim, Masshardt, Streiff, Tschümperlin, van Singer)

Al. 3

La défense des intérêts des requérants mineurs non accompagnés est assurée aussi longtemps que dure la procédure:

a. dans un centre de la Confédération ou à l'aéroport: par le représentant légal désigné. Une personne de confiance est en outre désignée; elle assure la coordination avec les autorités compétentes;

...

*Abs. 2bis – Al. 2bis**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 276)

Für den Antrag der Minderheit I ... 53 Stimmen

Dagegen ... 138 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Abs. 3bis – Al. 3bis**Erste Abstimmung – Premier vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 278)

Für den Antrag der Minderheit II ... 53 Stimmen

Dagegen ... 138 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 279)

Für den Antrag der Minderheit I ... 53 Stimmen

Dagegen ... 138 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Abs. 3 – Al. 3**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 281)

Für den Antrag der Mehrheit ... 127 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit IV ... 62 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Abs. 2ter, 3 – Al. 2ter, 3**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 329)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit III ... 57 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Übrige Bestimmungen angenommen**Les autres dispositions sont adoptées***Art. 19***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Glättli, Amarelle, Heim, Masshardt, Schenker Silvia, van Singer)

Abs. 1

Das Asylgesuch ist bei einer Schweizer Vertretung, bei der Grenzkontrolle in einem schweizerischen Flughafen ...

Abs. 1bis

Aufheben

*Antrag van Singer**Abs. 1*

Gemäss Minderheit, aber:

... einer Schweizer Vertretung, welche ihre Befugnisse an ein geöffnetes Büro in der Nähe einer Flüchtlingsaufnahmestelle übertragen kann und dabei mit anderen Ländern zusammenarbeitet, bei der Grenzkontrolle in einem ...

Art. 19*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Glättli, Amarelle, Heim, Masshardt, Schenker Silvia, van Singer)

Al. 1

La demande d'asile doit être déposée auprès d'une représentation suisse, au poste de contrôle ...

Al. 1bis

Abroger

*Proposition van Singer**Al. 1*

Selon minorité, mais:

... d'une représentation suisse, qui peut déléguer ses prérogatives à un bureau ouvert à proximité d'un lieu d'accueil de réfugiés en collaboration avec d'autres pays, au poste de contrôle ...

Développement par écrit

L'analyse de la situation internationale montre que la possibilité de déposer des demandes d'asile ou de protection en ambassade s'impose. Elle permettrait aux requérants et à leurs familles, d'attendre la décision dans leur pays ou à proximité et d'éviter les dangers de parcours à la merci d'organisations criminelles. Mais même si le dépôt de demandes d'asile dans des ambassades était réintroduit, cela ne résoudrait pas le problème dans les cas où ce serait le plus nécessaire – en cas de dictatures violentes ou de conflits armés – car les représentations suisses seraient probablement fort éloignées et pratiquement inatteignables. En outre il paraît évident qu'il faudrait essayer de gérer de telles situations en collaboration avec d'autres pays. D'où cette proposition individuelle qui complète les propositions de la minorité aux articles 19 et 20.

Art. 20*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Glättli, Amarelle, Heim, Masshardt, Schenker Silvia, van Singer)

Titel

Asylgesuch aus dem Ausland und Einreisebewilligung

Abs. 1

Die schweizerische Vertretung überweist das Asylgesuch mit einem Bericht dem Bundesamt.

Abs. 2

Das Bundesamt bewilligt Asylsuchenden die Einreise zur Abklärung des Sachverhalts, wenn diesen nicht zugemutet werden kann, im Wohnsitz- oder Aufenthaltsstaat zu bleiben oder in ein anderes Land auszureisen.

Abs. 3

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement kann schweizerische Vertretungen ermächtigen, Asylsuchenden die Einreise zu bewilligen, die glaubhaft machen, dass eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder für die Freiheit aus einem Grund nach Artikel 3 Absatz 1 besteht.

Antrag van Singer

Gemäss Minderheit, aber:

Abs. 1

Die schweizerische Vertretung oder das befugte Büro überweist ...

Abs. 3

... kann schweizerische Vertretungen oder befugte Büros ermächtigen ...

Art. 20*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Glättli, Amarelle, Heim, Masshardt, Schenker Silvia, van Singer)

Titre

Demande d'asile présentée à l'étranger et autorisation d'entrer en Suisse

Al. 1

La représentation suisse transmet à l'office la demande d'asile accompagnée d'un rapport.

Al. 2

Afin d'établir les faits, l'office autorise le requérant à entrer en Suisse si celui-ci ne peut raisonnablement être astreint à rester dans son Etat de domicile ou de séjour ni à se rendre dans un autre Etat.

Al. 3

Le Département fédéral de justice et police peut habiliter les représentations suisses à accorder l'autorisation d'entrer en Suisse aux requérants qui rendent vraisemblable que leur vie, leur intégrité corporelle ou leur liberté sont exposées à

une menace imminente pour l'un des motifs mentionnés à l'article 3 alinéa 1.

Proposition van Singer

Selon minorité, mais:

Al. 1

La représentation suisse ou le bureau délégué transmet à ...

Al. 3

... peut habiliter les représentations suisses ou les bureaux délégués à accorder ...

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 282)

Für den Antrag van Singer ... 78 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 9 Stimmen

(103 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 283)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag van Singer ... 59 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 21*Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Fehr Hans, Brand, Bugnon, Graber Jean-Pierre, Joder, Mörgeli, Rutz Gregor)

Abs. 1

Die zuständigen Behörden weisen Personen, die an der Grenze zu einem sicheren Drittstaat bei der illegalen Einreise angehalten werden, formlos und unverzüglich in den sicheren Drittstaat zurück. Sollte bei der illegalen Einreise ein Asylgesuch gestellt werden, so nehmen die zuständigen Behörden dieses entgegen, und die asylsuchende Person wartet den Entscheid in dem sicheren Drittstaat, aus welchem sie illegal einreisen wollte, ab.

Abs. 1bis

Personen, welche im Inland angehalten werden und um Asyl nachsuchen, werden von den zuständigen Behörden an ein Zentrum des Bundes verwiesen. Vorbehalten bleibt Artikel 24a Absatz 2.

Art. 21*Proposition de la majorité**Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Fehr Hans, Brand, Bugnon, Graber Jean-Pierre, Joder, Mörgeli, Rutz Gregor)

Al. 1

Les autorités compétentes renvoient les personnes interceptées à la frontière d'un Etat tiers sûr en cas d'entrée illégale, sans décision formelle et sans délai, vers cet Etat tiers sûr. Si, lors de cette entrée illégale, une demande d'asile est déposée, les autorités compétentes enregistrent cette demande et le requérant d'asile attend la décision dans l'Etat tiers sûr, depuis lequel il voulait entrer de manière illégale.

Al. 1bis

Les personnes qui demandent l'asile après avoir été interceptées en Suisse sont assignées par les autorités compétentes à un centre de la Confédération. L'article 24a alinéa 2 est réservé.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 284)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 22*Antrag der Mehrheit**Abs. 3bis, 4, 6*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Mörgeli, Rutz Gregor)

Abs. 6

Das SEM weist die asylsuchende Person anschliessend einem Zentrum des Bundes zu. In den übrigen Fällen ...

Art. 22*Proposition de la majorité**Al. 3bis, 4, 6*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Mörgeli, Rutz Gregor)

Al. 6

Le SEM attribue ensuite le requérant à un centre de la Confédération. Dans les autres cas ...

Abstimmung – Vote(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 285)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 23 Abs. 2*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Bugnon, Brand, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Mörgeli, Rutz Gregor)

... Gesuches zu eröffnen. Dauert das Verfahren länger, so weist das SEM die asylsuchende Person einem Zentrum des Bundes zu.

Art. 23 al. 2*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Bugnon, Brand, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Mörgeli, Rutz Gregor)

... suivant le dépôt de la demande. Si la procédure est plus longue, le SEM attribue le requérant à un centre de la Confédération.

Abstimmung – Vote(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 286)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Block 2 – Bloc 2*Zentren des Bundes sowie erstinstanzliches Verfahren**Centres de la Confédération ainsi que la procédure de première instance***Fehr Hans (V, ZH):** Die Sache ist eigentlich ganz einfach, Artikel 24 besagt: Der Bund führt Zentren, die vom Staatssekretariat für Migration geführt werden usw. Meine Minderheit sagt: Diese Zentren sollen in einem geschlossenen Rahmen geführt werden.

Warum in einem geschlossenen Rahmen? Das heisst ganz einfach: Es gibt den Flüchtlingen einen entsprechenden Schutz; die sind gerne in einem geschlossenen Zentrum, sie wollen ja Schutz, ein Dach über dem Kopf und Verpflegung. Zudem sind die Leute immer da. Es ist gewährleistet, dass sie für Anhörungen und das weitere Verfahren immer zur

Verfügung stehen. Der geschlossene Rahmen ergibt eine beträchtliche Abhaltewirkung gegenüber Leuten, die gar keine Flüchtlinge sind. Denn diese Tausenden von jungen Männern haben keine Freude daran, für einige Wochen oder Monate in einem geschlossenen Zentrum zu sein. Entscheidend ist zudem: Die Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn Sie ein Zentrum geschlossen führen, wird beträchtlich steigen. Es wird wesentlich einfacher sein, notwendige Zentren zu bauen, zu betreiben, wenn sie geschlossen sind.

Geschlossene Zentren sind keine Gefängnisse, geschlossene Zentren sind keine Lager, geschlossene Zentren sind sehr menschlich führbar. Es gibt eine Kontrolle: Wer dringend hinausmuss, geht hinaus; es gibt eine Kontrolle, wann die Leute nicht am Bahnhof, nicht am Rheinufer, nicht irgendwo in Zürich herumhängen, nicht auf dem Drogenmarkt oder wo auch immer, nicht im öffentlichen Verkehr, nicht in den Trams und in den Bussen sind, sondern wenn sie immer im Zentrum sind und zur Verfügung stehen. In einem geschlossenen Zentrum gibt es unter Umständen auch Sportmöglichkeiten und einen Kinderspielplatz. Ich bitte Sie, dem Antrag meiner Minderheit zuzustimmen.

Brand Heinz (V, GR): Ich mache Bemerkungen zu zwei Bestimmungen in diesem Block, nämlich zu Artikel 24 Absätze 2 bis 5 sowie zu Artikel 27 Absatz 1bis.

Zunächst zu meinem Minderheitsantrag zu Artikel 24 Absätze 2 bis 5: Worum geht es in dieser Bestimmung? Es geht in unserer Fassung dieser Bestimmung eigentlich um einen Paradigmenwechsel, den wir Ihnen vorschlagen. Wir streben ja an, die Verfahren schneller und effizienter zu machen. Wenn wir schon dieses hehre Ziel haben, sollten wir es auch konsequent verfolgen. Wir haben vor Jahren die Befragung der Asylsuchenden beim Bund zentralisiert. Ich schlage Ihnen jetzt mit der Minderheit I vor, dass wir auch die Unterbringung beim Bund zentralisieren. Die Vorteile einer Zentralisierung sind augenscheinlich: Es gibt eine wesentlich bessere Koordinationsmöglichkeit der Unterkunftsplätze; man benötigt keine Absprachen mehr unter den Kantonen, wo die Einrichtungen beziehungsweise die Unterkünfte stehen; es ermöglicht einen wesentlich besseren Überblick über den Aufenthaltsort der Asylsuchenden; es ermöglicht eine höhere Professionalisierung der Betreuung. Last, but not least wird damit mit Sicherheit auch eine höhere Wirtschaftlichkeit erzielt, weil durch mehr Unterkünfte auch ein Skaleneffekt erreicht werden kann, was das Ganze billiger macht. Nachteile dieser Lösung gibt es kaum, weshalb ich sie auch beliebt mache. Damit ist auch die Verantwortung klar.

Man hat mit der Zentralisierung der Befragung angeblich gute Erfahrungen gemacht. Deshalb sollte man auch bei der Unterbringung diese Zentralisierung versuchen. Die Kantone sind im Übrigen sehr froh und dankbar, wenn sie diese Aufgabe nicht mehr erledigen müssen. Und der Föderalismus ist mit dieser Zentralisierung mit Sicherheit auch nicht in Gefahr.

Mein zweiter Antrag betrifft Artikel 27 Absatz 1bis. Hier geht es um die Zuteilung der Asylsuchenden. Die Zuteilung der Asylsuchenden auf die Kantone ist eine anerkannter- und erwiesenermassen äusserst heikle Angelegenheit. Die Kantone schauen sehr genau, wer welche Fälle, wer welche Familien, Kranken, Nationalitäten, Problemfälle usw. zugewiesen bekommt. Die Neuregelung, wie sie vorgeschlagen und von der Kommissionsminderheit eben abgelehnt wird, sieht eine Privilegierung der Flughafen- und der Standortkantone vor. Es ist gemäss neuem Recht so – das wird auch von der Kommissionsminderheit nicht bestritten –, dass diesen Kantonen ihre Zusatzleistungen abgeboten werden sollen, dass sie eine zusätzliche Entschädigung für ihre Aufwendungen, beispielsweise im Sicherheitsbereich, bekommen sollen. Was nach Auffassung der Kommissionsminderheit aber

nicht angeht, ist, dass sie auch noch bei der Zuteilung begünstigt werden. Es ist heute, mit der hohen Schutzquote, bei welcher rund 80 Prozent der Asylsuchenden auch noch Sozialhilfeempfänger werden, so, dass die Standort- und die Flughafenkantone dadurch ungebührlich privilegiert werden, zulasten der übrigen Kantone, welche die Fälle übernehmen müssen, die ihnen lange, möglicherweise sogar dauerhaft bleiben. Diese Zuteilungsregelung ist eine unangemessene, meines Erachtens auch eine übertriebene Privilegierung der Standortkantone.

Es wird immer wieder gesagt, diese Asylgesetzrevision geniesse die Zustimmung aller kantonalen Konferenzen, aller Kantonsregierungen. Wenn ich heute mit Regierungsräten spreche, dann höre ich ein etwas anderes Echo. Man sagt, ja, vor zwei, drei Jahren habe man dieser Asylgesetzrevision wie vorgeschlagen zugestimmt; heute herrschten andere Verhältnisse. Ich habe also etwas Zweifel an dieser vorbehaltlosen Zustimmung, weil mittlerweile eben auch gewisse Regierungsräte erkennen, dass diese Vorlage nicht nur Vorteile bringt.

Ich möchte Sie deshalb bitten, meinen beiden Minderheitsanträgen zu den Artikeln 24 und 27 zuzustimmen.

Rutz Gregor A. (V, ZH): Es wird jetzt immer wieder die Beschleunigung der Verfahren als Hauptziel dieser Gesetzesrevision erwähnt. Dieses Ziel ist sicher richtig, nur müssen wir uns fragen: Warum müssen denn die Verfahren beschleunigt werden? Die Verfahren müssen beschleunigt werden, damit wir die Handlungshoheit im Asylbereich wieder zurückgewinnen, wie es von unserer Seite bereits gesagt wurde. Die Verfahren müssen aber nicht beschleunigt werden im Hinblick darauf, dass noch mehr Kapazitäten geschaffen werden, die die Schweiz noch attraktiver gemacht wird und so eine weitere Zunahme der Migrationsströme initiiert wird. Es geht darum, die Kantone und Gemeinden zu entlasten und die Verfahren effizienter zu gestalten: Das ist das Ziel, das mit dieser Beschleunigung verbunden ist.

Im gleichen Atemzug muss auch einmal mehr darauf hingewiesen werden: Die Tatsache, dass unser Land immer überdurchschnittlich vielen Menschen Zuflucht und Schutz gewährt hat, beruht nicht zuletzt auch darauf, dass die humanitäre Tradition in der Schweiz immer von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung, von Kantonen und Gemeinden mitgetragen worden ist. In diesem Zusammenhang ist wiederum wichtig, dass auch die entsprechenden Mitspracherechte für die Bevölkerung, für die Kantone, für die Gemeinden gewahrt werden.

Vor diesem Hintergrund spreche ich auch zu meinen drei Minderheitsanträgen betreffend Artikel 24 Absatz 5, Artikel 24d Absatz 1 und Artikel 31a Absatz 1. Es geht hier darum, dass wir, wenn wir schon die Verfahren beschleunigen und neue Strukturen schaffen wollen, nicht mit dem gleichen Schritt auch schon wieder Ausnahmebestimmungen schaffen für den Fall, dass das dann nicht funktionieren würde. Es geht darum, den Druck zu erhöhen; es geht darum, dass wir eben am Schluss mit weniger Gesuchen und weniger Kapazitätsauslastungen konfrontiert sind, um eben denjenigen Schutz gewähren zu können, die dieses Schutzes bedürfen. Es ist auch wichtig, dass die Mitspracherechte von Kantonen und Gemeinden gesichert sind. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder Fälle erlebt, bei denen es zu Diskussionen kam. Diese Diskussionen müssen möglich sein, um bestmögliche Lösungen zu finden.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, diesen drei Minderheitsanträgen zuzustimmen.

Amaudruz Céline (V, GE): Ma proposition de minorité au bloc 2 concerne l'article 24a alinéa 1. Il s'agit de définir les conditions d'hébergement des requérants d'asile qui menacent la sécurité et l'ordre public. La majorité de la commission vous propose de les héberger dans des centres spécifiques. Toutefois, «spécifique» ne veut pas dire «fermé». Or nous parlons ici de délinquants voire même de criminels. Il s'agit de faire preuve d'un peu de bon sens pour assurer la

sécurité des citoyennes et des citoyens. Aujourd'hui, nous constatons à quel point il est difficile pour la population d'accepter les centres d'hébergement, ces derniers suscitant de nombreuses oppositions. Il s'agit donc de mener une politique respectueuse, encore une fois, des citoyennes et citoyens qui vivent légalement chez nous et de leur assurer un minimum de sécurité.

Il y a lieu de rappeler que les requérants d'asile violent en moyenne beaucoup plus régulièrement le régime légal suisse que ne le fait la population résidente. Alors que les personnes relevant de l'asile représentent environ 0,6 pour cent du total de la population, ils ont commis – selon la moyenne des quatre dernières années écoulées, soit entre 2011 et 2014 – 9 pour cent des violations du Code pénal. Cette statistique ne comprend bien évidemment pas les délits que la police n'enregistre même plus parce qu'elle sait que les auteurs ne seront jamais punis. Le droit pénal trop laxiste et une justice complaisante alimentent un sentiment général de résignation dans les milieux de la police, du Corps des gardes-frontière et de la migration.

Nous pouvons donc partir du principe que le taux de criminalité effectif des requérants d'asile est sensiblement plus élevé et pouvons ainsi légitimement nous demander si les individus qui violent aussi fréquemment les règles de leur pays d'accueil sont réellement menacés. Si tel était le cas, pensez-vous qu'ils mettraient en péril leur refuge par un comportement criminel?

Les requérants d'asile récalcitrants et délinquants doivent donc être placés dans des centres fermés situés dans un périmètre délimité. La dernière révision de la loi sur l'asile avait déjà introduit la possibilité de créer des centres spéciaux – mais, comme je l'ai déjà dit en introduction, cela ne signifie pas qu'ils soient fermés – pour les requérants récalcitrants. Malheureusement, à ce jour, aucun requérant récalcitrant n'a été placé dans un tel centre.

Je peux vous assurer que si on prévoit des centres fermés et contrôlés, il sera bien plus facile de trouver des emplacements.

Pantani Roberta (V, TI): Il nuovo articolo 24d conferma ciò che finora era sancito nell'articolo 26a, cioè la possibilità per la Confederazione di utilizzare strutture e immobili di sua proprietà per l'alloggio provvisorio dei richiedenti l'asilo per un massimo di tre anni senza l'accordo dei comuni e del cantone. Ciò che richiedo con questa proposta di emendamento è che da questa procedura facilitata sia escluso l'utilizzo dei terreni di proprietà della Confederazione. La Confederazione, nei vari cantoni possiede terreni, attualmente non utilizzati, situati spesso in centri delle città e in quartieri popolosi. Ciò che si vuole escludere è che la Confederazione possa utilizzare questi terreni per la posa di container o soluzioni provvisorie per l'alloggio di richiedenti l'asilo senza accordo dei comuni e del cantone, evitando la procedura della licenza di costruzione ordinaria. La proposta di emendamento è di fondamentale importanza per evitare che i comuni si ritrovino improvvisamente occupati da strutture provvisorie su terreni interessanti e posizionati in posti strategici. Nella proposta di minoranza all'articolo 24e si parla dell'utilizzo dei centri che invece sono di proprietà dei cantoni e dei comuni e per il cui utilizzo si chiede unicamente il consenso del cantone. Si tratta di un manifesto superamento di competenze. Quando una struttura è di proprietà di un comune o di un cantone è evidente che per l'utilizzo sia necessario l'accordo di entrambi. Il comune che ha sul proprio territorio una struttura che potrebbe essere utilizzata provvisoriamente per l'alloggio dei richiedenti l'asilo deve – sottolineo: deve – essere d'accordo e informato, soprattutto perché per il cantone e per il comune sorgono dei costi e degli obblighi a cui si devono attenere, così come formulato nel capoverso 2 di questo articolo. Pensiamo all'aiuto sociale, all'aiuto d'urgenza, alle cure mediche, alle lezioni scolastiche dei bambini e ai costi relativi per assicurare un funzionamento ordinato della struttura. In pratica, la Confederazione dispone, il cantone dà il suo accordo e al comune, senza poter dire nulla nonostante si tratti di strutture di sua proprietà, non ri-

mane che accollarsi i costi per una procedura e per una struttura per la quale potrebbe pure non essere d'accordo. Evidentemente, non sono questi i presupposti su cui fondare una revisione della legge sull'asilo e cioè sobbarcare sulle spalle dei comuni i costi senza che quest'ultimi possano dire alcunché.

Per questi motivi vi chiedo – e chiedo soprattutto ai sindaci, ai municipali e ai consiglieri comunali che siedono in questa sala – di voler sostenere le mie proposte di minoranza.

Schenker Silvia (S, BS): Seit ich mich mit der Einführung des beschleunigten Asylverfahrens beschäftige – und das ist schon längere Zeit –, habe ich mich immer wieder gefragt, ob das rasche Verfahren den speziellen Situationen und Bedürfnissen von traumatisierten Menschen gerecht wird. Ich hatte die Gelegenheit, das holländische Zentrum Ter Apel zu besuchen. Dort habe ich immer wieder die Frage gestellt, ob man garantieren könne, dass die Asylsuchenden, welche durch Missbrauch, Folter oder Vergewaltigung schwer traumatisiert seien, nicht unter dem Tempo des Verfahrens litten. Ich stelle mir vor, dass es für die von Gewalt Betroffenen schwer oder sogar unmöglich ist, so rasch über ihre Erlebnisse zu reden. Ich mache mir deshalb Sorgen, ob nicht ganz wesentliche Elemente, die zu ihrer schwierigen Situation oder zur Flucht gehören, im Tempo des Verfahrens untergehen könnten.

Ich habe weder in Holland noch jetzt bei unserer Beratung Antworten erhalten, die mich wirklich beruhigen. Noch immer habe ich Bedenken, dass in diesen Fällen das beschleunigte Verfahren problematisch sein könnte. Und ob wirklich alle diese Fälle als komplexe Fälle erkannt worden sind und darum ins erweiterte Verfahren kommen, bezweifle ich aus den vorhin erwähnten Gründen – darum mein Minderheitsantrag zu Artikel 26a.

Mit meinem Minderheitsantrag möchte ich erwirken, dass alle Leute, die am Verfahren beteiligt sind, eine Meldepflicht haben sollen, wenn sie Anzeichen einer Traumatisierung bemerken. Das Staatssekretariat für Migration wäre dann gehalten, von Amtes wegen die notwendigen Untersuchungen einzuleiten. Man hat mir in der Kommission gesagt, das gehe zu weit und wäre zu schwierig, weil ja auch Leute am Verfahren beteiligt seien, die vielleicht wenig Kenntnisse von solchen Themen hätten. Mich hat diese Antwort der Verwaltung nicht überzeugt, und meine Sorge ist immer noch die gleiche. Ich möchte alles erdenklich Mögliche tun, damit traumatisierte Personen als solche wirklich erkannt und entsprechend behandelt werden. Wenn wir mit der Zustimmung zu diesem Minderheitsantrag Wasser in den Rhein tragen, wie wir das in Basel formulieren würden, dann scheint mir das nicht so schlimm zu sein. Auch nach langem Überlegen sehe ich keinen Nachteil, der aus der Annahme meines Minderheitsantrages erwachsen könnte.

Darum bitte ich Sie, im Zweifelsfalle für meinen Minderheitsantrag zu sein.

Humbel Ruth (CE, AG): Die CVP/EVP-Fraktion wird grundsätzlich alle Anträge ablehnen, welche gegen Verfassungsrecht und gegen die EMRK verstossen. Das gilt insbesondere für den Minderheitsantrag Fehr Hans zu Artikel 24 Absatz 1. Dieser Antrag will, dass die Zentren, die vom Bund errichtet werden, in geschlossenen Anstalten errichtet werden. Der Antrag wird damit begründet, dass Asylsuchende eingesperrt sein wollen. Das zeigt, dass diese Begründung eher zynisch ist denn auf Fakten beruht, und das lässt auch etwas an der Ernsthaftigkeit dieses Antrages zweifeln. In unserem Land kann nur eingeschlossen werden, wer sich gesetzwidrig verhält und die öffentliche Sicherheit gefährdet. Wer in der Schweiz Schutz sucht und sich anständig und rechtskonform verhält, erhält eine normale Unterkunft und wird nicht eingesperrt. Wir werden den Antrag der Minderheit Fehr Hans zu Artikel 24 Absatz 1 ablehnen, wie wir alle anderen Minderheitsanträge aus der SVP ablehnen und jeweils den Anträgen der Mehrheit zustimmen werden. Verschiedene Minderheitsanträge wurden bereits in der dringenden Asylgesetzrevision eingehend beraten und abge-

lehnt, so der Antrag auf geschlossene Zentren für renitente Asylsuchende, wie er bei Artikel 24a gestellt wird. Abgesehen davon, dass wir diesen Antrag der Minderheit Amaudruz ablehnen, stellt sich die Frage bzw. stelle ich diese Frage der SVP: Wieweit sind Sie, d. h. diejenigen, die den Minderheitsantrag Amaudruz unterstützen, bereit, sich auch bei der konkreten Erstellung solcher Zentren für Renitente einzusetzen und in Ihrer Region ein solches Zentrum erstellen zu lassen? Es gehört doch auch hier vielmehr zur Bewirtschaftungstaktik, vieles zu fordern und bei der konkreten Umsetzung das Geforderte zu verhindern. Das gilt für Unterkünfte jeder Art. Gemäss Kommissionsmehrheit können renitente Asylsuchende nach Artikel 24a Absatz 1 in besonderen Unterkünften untergebracht werden, und gleichzeitig erhalten sie eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit, indem eine Ein- und Ausgrenzung gemäss Artikel 74 des Ausländergesetzes anzuordnen ist. Das genügt. Es braucht keine neue Kategorie für Asylunterkünfte.

Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit gefährden und deren Asylverfahren mit einer Wegweisung abgeschlossen ist, können in Administrativhaft genommen werden. Und dann liegt es an den Kantonen, diese auch zu vollziehen.

Wir lehnen auch die übrigen Minderheitsanträge aus der SVP-Fraktion zu den Artikeln 24d und 24e ab und unterstützen die vorgesehene Nutzung von militärischen Bauten und Anlagen des Bundes ohne kantonale oder kommunale Bewilligungen und ohne Plangenehmigungsverfahren zur zeitlich begrenzten Unterbringung von Asylsuchenden. Die Kantone sind mit dieser Lösung einverstanden, und das ist wichtig. Es versteht sich daher auch von selbst, dass mögliche Standortgemeinden in die Entscheidung mit einbezogen werden.

Wir lehnen auch den Antrag der Minderheit Schenker Silvia zu Artikel 26a Absatz 1bis ab. Es ist geltendes Recht, dass alle sachverhaltsrelevanten Aspekte, auch gesundheitliche Fragen, zu Beginn des Verfahrens vorgebracht werden und die Behörden darauf eingehen müssen. Es braucht also keine zusätzliche Regulierung.

Zusammengefasst: Die CVP/EVP-Fraktion wird in diesem Block alle Minderheitsanträge ablehnen und jeweils der Mehrheit folgen.

Heim Bea (S, SO): Es fällt nicht leicht, in dieser Debatte die richtigen Worte zu finden. Braucht es nüchterne gesetzes-technische Argumentation oder vielmehr – angesichts der oft zynischen Worte von der rechten Seite – vielleicht doch eine klare Antwort? Meine Antwort ist: Ich danke allen in diesem Saal, die auf das unvorstellbare Ausmass dieser humanitären Krise hingewiesen haben. Unser politisches Handeln muss dieser Zeit voller menschlicher Dramen Rechnung tragen. Es soll auch beachten, dass sich in unserem Land eine grosse Hilfsbereitschaft für und eine grosse Solidarität mit diesen Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten, breitmachen. Diese Solidarität widerlegt die zynische politische Propaganda von rechts; sie entlarvt das Gerede von Asylchaos als das, was es ist: Propaganda auf dem Buckel der Schwächsten.

Eine laute Minderheit versucht, diese Welle von Solidarität zu bremsen und diese Stimmen mit immer noch absurderen, untauglichen, noch menschenfeindlicheren Äusserungen und Forderungen zu übertönen. Damit stehen Sie bei mir unter Verdacht, eigentlich gar kein Interesse an Lösungen zu haben, die zur Bewältigung der vielen Asylgesuche und dieser humanitären Herausforderung beitragen würden. Vielmehr wollen Sie wie Brandstifter zündeln und weiterhin eine gefährliche Stimmung im Land anheizen.

Für die SP-Fraktion und für viele in diesem Land ist das schlicht unerträglich. Wir lehnen sämtliche Minderheitsanträge aus der SVP-Fraktion ab, weil wir Lösungen wollen, die zur Bewältigung der Asylgesuche beitragen. Die Anträge zu Artikel 24, bei denen es um geschlossene Zentren geht, sind geprägt von der ebenso zynischen wie irrigen Haltung, mit Härte und Abschottung und mit geschlossenen Zentren liessen sich Flüchtlinge abhalten. Nein, es kommen Menschen hierher, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um den

Schrecken von Krieg und Verfolgung zu entfliehen. Solche Menschen lassen sich auch nicht von SVP-Zentren, von geschlossenen Lagern, abhalten. Diesen Menschen geht es nämlich ums nackte Überleben, um das Überleben ihrer Familie und um das Überleben ihrer Kinder.

Einen Antrag auf Asyl zu stellen ist ein Recht und keine Straftat. Flüchtlinge sind keine Verbrecher. Darum sage ich Nein zu geschlossenen Zentren. Solche stehen im Widerspruch zu unserem rechtsstaatlichen Prinzip, wie das vom Volk beschlossen ist. Die Forderung der Rechten ist unschweizerisch, und sie widerspricht letztlich unserer humanitären Tradition und verletzt die Menschenrechtskonvention. Kollege Brand will mit seinem Minderheitsantrag I zu Artikel 24 Absätze 2 bis 5 nicht nur die einstimmig gefassten Beschlüsse der Asylkonferenzen mit den Kantonen infrage stellen, sondern die Revision eigentlich ganz sistieren und das zentrale Ziel der Beschleunigung der Verfahren verhindern. Dem sagt man: Man will Probleme schaffen, um sie politisch weiter zu bewirtschaften, aber man will nicht Probleme lösen. In dieselbe Kategorie gehören auch die Minderheitsanträge zu den Artikeln 24d und 24e, welche die Schaffung von Aufnahmeplätzen erschweren würden – um nicht zu sagen: torpedieren –, auch dies entgegen den Beschlüssen der Kantone in den Asylkonferenzen.

Scheinbar harmlos scheint der Minderheitsantrag Rutz Gregor zu Artikel 31a zu sein, nämlich die Streichung des Begriffs «in der Regel». In der Regel ist die Formel «in der Regel» relativ harmlos, nicht aber hier. Die Streichung würde es erlauben, Flüchtlinge in Länder wegzuwiesen, in denen Menschenrechte verletzt werden. Die SP-Fraktion bietet dazu nicht Hand.

Der Antrag der Minderheit Schenker Silvia bei Artikel 26a ist für uns ganz zentral. Ich bitte Sie im Namen der geschlossenen SP-Fraktion, diesen zu unterstützen. Es geht darum, den Menschen verkraften zu helfen, was sie in ihrem Heimatland an Schrecklichem erlebt haben. Es geht darum, dass sie in ihrer Traumatisierung nicht nur juristische Hilfe, sondern eine menschlich noch stärkere Stütze erhalten. Diese Menschen tragen harte Schicksale mit sich herum, die sie des Nachts und des Tags verfolgen und die sie zu verkraften haben; diese Leute brauchen Hilfe bei der Verarbeitung.

Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der Minderheit Schenker Silvia zuzustimmen und alle anderen Minderheitsanträge abzulehnen.

Schibli Ernst (V, ZH): Geschätzte Kollegin, auch die SVP ist der Auffassung, dass Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, in unserem Land Aufnahme finden sollen. Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass mit diesem Verhalten unsere humanitäre Tradition gewahrt ist und dass Menschen, die aus anderen Gründen zu uns kommen, in unserem Land keinen Platz haben?

Heim Bea (S, SO): Ich bin der Auffassung, dass es ein Recht ist, einen Asylantrag zu stellen, und dass es auch richtig sein muss, rechtsstaatliche Verfahren anzuwenden, damit man alle gleich behandelt und nicht ungleiches Recht bzw. Unrecht verursacht.

Amaudruz Céline (V, GE): Comme vous l'avez entendu, le bloc 2 concerne les centres de la Confédération, ainsi que la procédure de première instance. Je m'exprimerai de manière générale au nom du groupe UDC et vous indiquerai ensuite rapidement notre position sur les propositions de minorité qui ont été déposées.

De manière générale, le groupe UDC s'oppose aux expropriations et à l'éviction des communes lors de l'installation de nouveaux centres d'asile. Il est hors de question d'introduire un droit spécial pour la planification de tels centres. On ne saurait miner l'Etat de droit pour donner à la Confédération des compétences exclusives et excessives. Le projet du Conseil fédéral prive de tout pouvoir politique les communes et la population, ce qui est grave du point de vue des droits politiques et indigne de notre démocratie, ce d'autant que

l'afflux de personnes par la voie de l'asile et du regroupement familial pousse les communes à la limite de leurs possibilités financières et logistiques.

La Confédération verse aux cantons un forfait pour chaque requérant d'asile. Durant les cinq années suivant le dépôt de la demande d'asile, les cantons touchent un forfait pour les réfugiés reconnus. Cette période est de sept ans pour les personnes admises provisoirement. La situation devient réellement difficile lorsque les cinq ou sept années indemnisées par la Confédération arrivent à leur terme. Les communes sont alors seules à supporter les frais et tous les problèmes qui découlent de la présence de ces personnes. Ainsi, les communes doivent avoir un pouvoir politique, notamment en vertu du fédéralisme.

De plus, les centres fédéraux projetés doivent être conçus comme des installations fermées. Les personnes qui veulent les quitter doivent motiver leurs intentions et inscrire les sorties qui doivent être fortement limitées. Les requérants sont ainsi en permanence à disposition des autorités. La sécurité des communes concernées sera accrue et l'attractivité de la Suisse sera réduite.

Par ailleurs, un centre fermé avec un rayon délimité doit être installé pour les requérants d'asile criminels et récalcitrants – ceci a fait l'objet de ma proposition de minorité.

La dernière révision de la loi sur l'asile avait déjà introduit la possibilité de créer des centres spéciaux, mais non fermés, pour les requérants récalcitrants. Malheureusement, à ce jour, aucun requérant récalcitrant n'a été placé dans un tel centre, ce qui prouve une fois de plus que le département concerné n'exploite pas les possibilités qui lui sont données. Enfin, les possibilités de recours doivent être limitées à une seule instance interne à l'administration, les autres moyens de droit servant uniquement à prolonger le séjour – mais vous verrez cela de manière plus approfondie lors du traitement du bloc 5.

Le groupe UDC vous recommande ainsi d'adopter à l'article 24 alinéa 1 la proposition de la minorité Fehr Hans relative à la création de centres dans des sites fermés, ainsi que celle de la minorité I (Brand) à l'article 24 alinéas 2 à 5, relative à la procédure étendue, ou, à titre subsidiaire, celle de la minorité II (Rutz Gregor). Il vous invite également à soutenir la proposition de la minorité Amaudruz à l'article 24a alinéa 1, relative à la création de centres fermés et sécurisés pour les requérants criminels ou récalcitrants, de même que les propositions de la minorité I (Rutz Gregor) et de la minorité II (Pantani) à l'article 24d alinéa 1, relatives à l'hébergement et aux installations militaires. Il vous invite à soutenir aussi la proposition de la minorité Pantani à l'article 24e, relative à l'hébergement dans un centre communal; la proposition de la minorité Brand à l'article 27, relative à la répartition entre les cantons et à l'attribution, c'est-à-dire à la prise en considération des prestations particulières offertes par les cantons; et enfin la proposition de la minorité Rutz Gregor à l'article 31a relative à la décision du SEM, c'est-à-dire à la non-entrée en matière sur les demandes d'asile. Le groupe UDC vous recommande également de rejeter la proposition de la minorité Schenker Silvia à l'article 26a, relative à la constatation de l'existence d'un traumatisme.

Flach Beat (GL, AG): Die Grünliberalen werden bei diesem Block alle Minderheitsanträge ablehnen.

Bei Artikel 24 verlangt Kollege Fehr, dass Bundeszentren in einer geschlossenen Anlage errichtet werden. Leider ist er wieder nicht im Saal. Ich habe ihm sehr gut zugehört – er hat gesagt, dass geschlossene Anlagen keine Gefängnisse seien und dem Schutz der Asylsuchenden dienen. Der einzige Fall, in dem jemand aus einem solchen geschlossenen Zentrum hinausgehen dürfe, sei jener, in dem jemand dringend hinausgehen müsse. Jetzt weiss ich leider nicht, was das nach seiner Definition bedeutet.

Asylsuchende sind keine Sträflinge, Asylsuchende sind keine Verbrecher. Es sind Menschen, die einen nach Völkerrecht und nach schweizerischem Recht rechtmässigen Antrag auf Gewährung von Asyl gestellt haben. Mit diesem Gesetz wollen wir sie in Bundeszentren unterbringen, damit sie

nicht irgendwo auf der Strasse schlafen. Die Tendenz, die hier zu spüren ist, dass nämlich all diese hilfeschreitenden Menschen von vornherein als kriminell eingestuft werden, ist in meinen Augen etwas Unwürdiges, ja etwas Furchtbares. Nach meinem Wissen werden nicht einmal 4 Prozent der Asylsuchenden tatsächlich straffällig. Wenn Sie verwirklichen möchten, was Sie hier beantragen, liebe Kollegen aus der SVP-Fraktion, müssten Sie eigentlich hingehen und sagen, dass sämtliche sich in der Schweiz aufhaltenden französischen Staatsbürger in geschlossenen Anlagen wohnen sollten – denn bei diesen wird nachweislich ein höherer Prozentsatz straffällig als bei den Asylsuchenden. Wir lehnen diesen Minderheitsantrag ab.

Ebenso lehnen wir sämtliche Anträge ab, die darauf hinführen, die Schaffung neuer Bundeszentren von Anfang an zu verhindern. Wir haben jetzt klare Regeln, die vorsehen, dass bestehende Anlagen des Bundes für eine gewisse Zeit, nämlich für drei Jahre, umgenutzt werden können, ohne dass dort grosse bauliche Massnahmen vorgenommen werden. Möglich ist beispielsweise das Aufstellen eines Bürocontainers am Eingang für die Personenkontrolle. Das ist rechtens. Nach drei Jahren müsste dann aber ein ordentliches Planaufbauverfahren erfolgen.

Ebenso lehnen wir ab, dass die Gemeinden auch bei Bundesbauten von vornherein vom Bund angefragt werden müssen. Wir haben eine Solidarität, und wir haben in der Verfassung klar verankert, dass diese Aufgaben – dazu gehört auch das Asylwesen – von Bund und Kantonen gemeinsam gemeistert werden. Es kann nicht sein, dass jetzt unter dem Titel, irgendwie zu vereinfachen oder zu zentralisieren oder was weiss ich, schlicht und ergreifend versucht wird, die Parteien gegeneinander auszuspielen. Wir ziehen hier alle gemeinsam am selben Strick, und ich bitte Sie, das jetzt auch so zu beschliessen. Das Volk hat dieser Art und Weise des Vorgehens im Asylwesen schon einmal zugestimmt.

Die Minderheit Schenker Silvia möchte eine besondere Hilfe für traumatisierte Personen ins Gesetz schreiben. Wir sind der Meinung, dass die Kantone jetzt schon in der Pflicht sind, auffällig traumatisierten Personen eine adäquate Hilfe zur Verfügung zu stellen, und dass wir hier eigentlich nichts Zusätzliches legislieren müssen.

Ich bitte Sie, bei diesem Block überall der Mehrheit zu folgen.

Fluri Kurt (RL, SO): Ich bitte Sie namens der freisinnig-liberalen Fraktion ebenfalls, überall der Mehrheit zu folgen. Ich beschränke mich im Folgenden auf Ergänzungen zu den bereits ausgeführten Argumenten im Sinne der Mehrheit.

Zum Thema der geschlossenen Anlagen, Artikel 24, könnte man noch ergänzen, dass das Sanktionensystem auf einem Eskalationskonzept beruht. Sie kennen ja aus früheren Gesetzesrevisionen die Administrativhaft, die Vorbereitungshaft, die Ausschaffungshaft, die Durchsetzungshaft, und das ist eben die richtige Entwicklung bei Personen, die sich nicht so verhalten, dass sie dem Verfahren zudienen, sondern eher zur Renitenz neigen. Geschlossene Anlagen lehnen wir ab.

Zum Minderheitsantrag I (Brand) und zum Minderheitsantrag II (Rutz Gregor) zu Artikel 24 Absätze 2 bis 5: Hier kann ich auf die beiden Asylkonferenzen vom Januar 2013 und vom März 2014 verweisen. Herr Kollege Brand, diese Asylkonferenzen sind nicht vor einigen Jahren abgehalten worden, sondern erst vor relativ kurzer Zeit. Seither sind uns keinerlei Hinweise seitens von Kantonen oder Regierungsratsmitgliedern zugegangen, dass man sich inzwischen anders entschieden hätte. Mit anderen Worten: Die Beschlüsse dieser Asylkonferenzen sind für uns nach wie vor verbindlich. Wir freuen uns darüber, dass diese Konkordanz über alle Staatsebenen hinweg erzielt worden ist.

Die Minderheitsanträge zu Artikel 24d zum Thema «Nutzung von Bauten und Anlagen» lehnen wir ebenfalls ab. Die Minderheit I (Rutz Gregor) möchte diese Benutzung auf höchstens drei Jahre begrenzen. Dagegen muss man einwenden, dass die Nutzung erstens auf militärische Bauten und Anlagen beschränkt worden ist und dass es sich zweitens ja

nur um unerhebliche bauliche Massnahmen oder Änderungen bezüglich der Nutzung handeln kann. Erhebliche Änderungen unterliegen natürlich nach wie vor dem üblichen kantonalen und kommunalen Plangenehmigungsverfahren. Mit anderen Worten: Diese zeitliche Beschränkung ist aus unserer Sicht nicht nötig.

Zu Artikel 24e und zum Antrag der Minderheit Pantani möchte ich mich noch zusätzlich als Präsident des Städteverbandes äussern. An sich könnte ich sagen: Jawohl, das Einverständnis der Standortgemeinde ist notwendig, die kommunalen Interessen müssen gewahrt werden. Im Interesse des Ganzen unseres Landes an der Umsetzung unserer Asylpolitik geht es aber nicht an, dass eine Gemeinde de facto ein Vetorecht erhält und damit die ganze Planung dieser Zentren hinfällig machen kann, insbesondere dann, wenn Ihre Partei geradezu zum Widerstand, den die Gemeinden beginnen sollen, aufruft. Da machen wir nicht mit. Es gibt übergeordnete Interessen, denen wir uns unterzuordnen haben.

Schliesslich noch zum Antrag der Minderheit Schenker Silvia zu Artikel 26a Absatz 1bis: Hier handelt es sich um ein Verwaltungsverfahren. Im Verwaltungsverfahren gilt die Offizialmaxime. Mit anderen Worten: Alle beteiligten Behördenmitglieder sind verpflichtet, sich um die Frage zu kümmern, ob derartige Traumatisierungen oder anderweitige psychische Beeinträchtigungen vorliegen, ob es Indizien für diese Probleme gibt. Dann sind diese Personen verpflichtet, entsprechende Schritte zu unternehmen. Der beantragte Absatz 1bis trägt dazu nichts mehr bei, die beteiligten Behördenmitglieder tun das Verlangte bereits von Amtes wegen.

Die Minderheit Brand bei Artikel 27 übersieht, auch hier, die Ergebnisse der beiden erwähnten Asylkonferenzen. Diese Lösung gemäss Absatz 1bis ist einvernehmlich zwischen den drei beteiligten Staatsebenen beschlossen worden.

Schliesslich noch zu Artikel 31a: Die Minderheit Rutz Gregor will hier eine Vorschrift erlassen, wonach auf Asylgesuche dann nicht einzutreten ist, wenn die Literae a bis e von Absatz 1 erfüllt sind. Wir sind der Meinung, dass Ausnahmen immer möglich sein müssen, besonders im Hinblick auf unmögliche Wegweisungen. Wenn der Minderheitsantrag Rutz Gregor hier eine Mehrheit fände, dann käme man unweigerlich in Schwierigkeiten mit dem Non-Refoulement-Prinzip. Das wollen wir nicht.

Unsere Fraktion lehnt somit, wie gesagt, alle Minderheitsanträge ab.

Glättli Balthasar (G, ZH): Block 2 kann man unter den Titel «Hoch lebe das Sankt-Florians-Prinzip» stellen. Die SVP versucht mit ihren Minderheitsanträgen, den Widerstand der einzelnen Gemeinden oder Kantone anzuzünden, wie sie schon in – so glaube ich – gewollt missverständlicher Art und Weise zum Widerstand der Bevölkerung gegen Asylzentren aufgerufen hat. In einem Rechtsstaat, in dem jeder die Möglichkeit hat, sich einzubringen, ist das eigentlich etwas Unerträgliches. Aber vielleicht ist mein Vergleich mit dem Sankt-Florians-Prinzip auch falsch, denn dieses sagt ja: «Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andere an!»

Es geht hier aber nicht um etwas, was nur eine Last ist. Wir haben es immer wieder erlebt, in der ganzen Schweiz, im Norden, im Süden, im Osten, im Westen, in der Romandie, in der Deutschschweiz und im Tessin: Am Anfang, bevor solche Unterkünfte gebaut werden, gibt es Ängste, gibt es Protest. Wenn diese Unterkünfte dann eingerichtet sind, wenn Begegnungen mit den Leuten, die in diesen Zentren untergebracht sind, möglich werden, ändert die Stimmung regelmässig. Dann merken die Menschen, die in diesen Gemeinden leben, dass jene, die in diesen Zentren wohnen, eben auch Menschen sind, und zwar solche, denen es viel schlechter geht als ihnen selbst.

Deshalb bitte ich Sie: Lehnen Sie diese Minderheitsanträge ab. Die Kantone und die Gemeinden haben sich verpflichtet, das Aufstellen der Bundeszentren und auch die Unterbringung als Verbundaufgabe zu lösen. Da ist es richtig, dass wir hier diese Flexibilität bewahren.

Die Reihen haben sich zwar gelichtet, aber besonders ans Herz legen möchte ich Ihnen, gerade auch jenen Parteien, die ein E oder ein C im Namen haben, noch den Minderheitsantrag Silvia Schenker. Er hat überhaupt nichts mit Verschleppung zu tun, mit längeren Verfahren, mit mehr und komplizierterer Bürokratie. Er will einzig und allein das: Wenn irgendjemand in dieser ganzen Prozedur sieht, dass es Personen gibt, die Unterstützung brauchen, weil sie von den Ereignissen, sei es Folter, sei es Vergewaltigung, psychisch verletzt sind, sollen diese Informationen richtig und schnell zu den zuständigen Stellen fliessen, damit das berücksichtigt werden kann. Es kann auch bei den Härtesten unter Ihnen nicht die Meinung sein, dass die Prozedur so ausgestaltet ist, dass eine solche Fürsorge für wirklich psychisch angeschlagene Menschen nicht mehr möglich ist. Ich gehe nicht auf alle Minderheitsanträge ein. Aber der Antrag der Minderheit Rutz Gregor zu Artikel 31a hat es in sich: Sie haben in Artikel 6a Absatz 2, auf Seite 3 der Fahne, eine Grundvermutung angestellt, und wir haben dazu keinen Minderheitsantrag gestellt, obwohl das eigentlich sinnvoll und richtig gewesen wäre. Artikel 6a Absatz 2 bedeutet nämlich: Alle diese EU-/Efta-Staaten sind per definitionem Safe Countries, sichere Länder. Wenn wir hier in Artikel 31a nicht, wie das Kurt Fluri gut begründet hat, die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall zulassen, dann heisst das nichts anderes, als dass wir gegen das Non-Refoulement-Prinzip verstossen. Es heisst nichts anderes, als dass wir rechtlich nicht mehr die Möglichkeit haben, Leute nicht in ein solches Land zurückzuschicken, obwohl festgestellt ist, beispielsweise vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dass, ich nehme das Beispiel Griechenland, in diesem Land die Zustände für Asylsuchende nicht menschenwürdig sind. Bezüglich Artikel 31a bin ich froh um die klaren Worte von Kurt Fluri. Stimmen Sie dem Antrag der Mehrheit zu!

Mörgeli Christoph (V, ZH): Herr Kollege Glättli, die Grünen der Schweiz, die Sie präsidieren, rufen auf zum «Widerstand gegen ein neues AKW von Atel». Können Sie mir erklären, warum Sie dieses direktdemokratische Recht wahrnehmen, es uns aber nicht zugestehen, wenn wir uns dem Bau neuer Asylzentren und Asyleinrichtungen in den Gemeinden widersetzen?

Glättli Balthasar (G, ZH): Lieber Herr Mörgeli, zuerst muss ich die Ehre zurückweisen: Ich bin nicht Präsident der Grünen, sondern bin durchaus zufrieden mit der Aufgabe, die grüne Fraktion zu leiten. Weiter haben wir hier, in diesem Fall, auch die politischen Mittel ergriffen und nicht, wie Ihr Parteipräsident, einen Aufruf in gewollter Mehrdeutigkeit zum Widerstand «sur le terrain» gemacht. Das war Brandstifterei, und das gehört nicht in unser Land.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Mittwoch, 9. September 2015

Mercredi, 9 septembre 2015

15.00 h

14.063

Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile

Fortsetzung – Suite

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 22.09.15 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Asylgesetz Loi sur l'asile

Block 2 (Fortsetzung) – Bloc 2 (suite)

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich werde auch bei diesem Block so vorgehen wie beim Block 1, indem ich die Anträge unterscheide und einteile in Anträge, die gegen die Bundesverfassung und/oder gegen Völkerrecht verstossen, in Anträge, die der Zielsetzung dieser Vorlage, der Beschleunigung, entgegenstehen, in Anträge, die schon einmal diskutiert und abgelehnt worden sind, und in Anträge, die nicht umsetzbar oder nicht notwendig sind. In diesem Sinne kann ich hier ebenfalls vorwegnehmen, dass der Bundesrat bei allen Artikeln die Kommissionsmehrheit unterstützt und die Anträge der Kommissionsminderheiten ablehnt.

Ich komme zu den Minderheitsanträgen, die mit der Bundesverfassung und/oder dem Völkerrecht nicht vereinbar sind: Die Minderheit Fehr Hans bei Artikel 24 möchte, dass die Zentren des Bundes in einer geschlossenen Anlage errichtet werden. Die Minderheit Amaudruz bei Artikel 24a fordert dasselbe für die besonderen Zentren für Renitente. Beide Anträge sind weder mit der Schweizerischen Bundesverfassung noch mit der Menschenrechtskonvention vereinbar. Im Übrigen wurden auch diese Forderungen bereits intensiv im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zu den dringlichen Massnahmen diskutiert und vom Parlament verworfen. Die Vorlage wurde ja dann – das wurde heute Morgen auch mehrfach erwähnt – von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Man kann eigentlich auch daraus schliessen, dass die schweizerische Bevölkerung in ihrer Mehrheit keine geschlossenen Zentren für Asylsuchende will.

Ich komme jetzt zu den Anträgen, die der Zielsetzung, der Beschleunigung der Verfahren, entgegenstehen; deshalb lehnt sie der Bundesrat ebenfalls ab.

Ich möchte Sie an dieser Stelle aber noch auf einen Beschluss des Ständerates zu den besonderen Zentren, also den sogenannten Renitentenzentren, aufmerksam machen. Die Kommissionsmehrheit hat diesem Beschluss des Ständerates zugestimmt. Der Ständerat hat gegenüber dem Entwurf des Bundesrates beschlossen, dass renitente Personen in jedem Fall in einem besonderen Zentrum unterge-

bracht werden und ihre Bewegungsfreiheit auf einen bestimmten Rayon eingeschränkt wird. Es soll also im Gegensatz zur heutigen Regelung für das Staatssekretariat für Migration nicht mehr möglich sein, im Einzelfall über eine Zuteilung in ein besonderes Zentrum zu entscheiden. Das Ziel der geltenden Bestimmung über besondere Zentren ist aber nicht die Bestrafung von renitenten Asylsuchenden; dafür gibt es ja das Strafrecht, und es gibt auch disziplinarrechtliche Massnahmen. Es geht vielmehr um die Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit in einem Zentrum des Bundes. Eine generelle Unterbringung aller renitenten Asylsuchenden in einem besonderen Zentrum ist auch nicht praktikabel und würde überdies deutlich mehr kosten.

Nun schlägt die Mehrheit Ihrer Kommission bei den besonderen Zentren eine Änderung gegenüber der ständerätlichen Version vor: Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährden, sollen zwar ebenfalls in jedem Fall in einem besonderen Zentrum untergebracht werden. Es soll aber mit der Unterbringung in einem besonderen Zentrum eine Ein- oder Ausgrenzung angeordnet werden. Damit ist gewährleistet, dass bei der Rayonzuteilung trotz des beschlossenen Automatismus jeweils eine Verhältnismässigkeitsprüfung stattfindet, dass die Folgen einer Verletzung dieser Anordnung im Gesetz geregelt sind, dass eine richterliche Überprüfung gewährleistet und der Rechtsweg einheitlich geregelt ist. Im Unterschied zum Ständerat hat die Mehrheit Ihrer Kommission zudem beschlossen, dass eine Unterbringung in einem besonderen Zentrum, verbunden mit einer Ein- oder Ausgrenzung, nur bei einer erheblichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung möglich sein soll. Diese Einschränkung trägt dem verfassungsmässigen Verhältnismässigkeitsprinzip Rechnung und wird deshalb vom Bundesrat ebenfalls begrüsst. Wir unterstützen in diesem Fall also die Kommissionsmehrheit.

Ich komme nun noch zu den weiteren Minderheitsanträgen im Bereich der Zentren des Bundes: Die Minderheit Brand beantragt bei Artikel 24, dass auch Personen im erweiterten Verfahren bis zum rechtskräftigen Abschluss des Asylverfahrens in den Zentren des Bundes untergebracht werden. Demnach würden alle Asylsuchenden bis zum Abschluss des Verfahrens bzw. zum Vollzug der Wegweisung in Bundeszentren untergebracht, und es würden keine Zuweisungen an die Kantone mehr stattfinden können. Dieser Antrag ist mit der vorgeschlagenen Neustrukturierung nicht vereinbar. Er würde diese sogar erheblich erschweren. Der Antrag widerspricht übrigens auch dem Prinzip der föderalen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Es müsste eigentlich in diesem Rat bekannt sein, dass es diese Aufteilung gibt. Die Kantone haben übrigens an zwei Asylkonferenzen entschieden, dass die nun vorgeschlagene Aufgabenteilung sinnvoll ist und eben auch dem Föderalismus Rechnung trägt.

Die Minderheit Rutz Gregor beantragt bei Artikel 24, dass der Bund vor Ablauf der Höchstdauer von 140 Tagen in den Bundeszentren keine Asylsuchenden den Kantonen zuweisen kann. Die Neustrukturierung soll aber nicht nur dann funktionieren, wenn die Anzahl der Asylgesuche niedrig ist und es keine akute Krise in den Herkunftsländern gibt; die Neustrukturierung muss – das haben Sie explizit gewünscht – schwankungstauglich sein. Mit der Regelung, wie sie die Minderheit Rutz Gregor beantragt, hätte man diese Schwankungstauglichkeit eben gerade nicht mehr. Dazu kommt, dass auch eine Forderung aus den beiden Asylkonferenzen vorliegt, die Schwankungstauglichkeit sei sicherzustellen. Deshalb lehnen wir auch den Antrag der Minderheit Rutz Gregor zu Artikel 24 ab.

In Bezug auf die Berücksichtigung von besonderen Leistungen von Standortkantonen von Zentren des Bundes oder von Flughafenkantonen beantragt die Minderheit Brand bei Artikel 27 Absatz 1bis, dass diese nicht mehr explizit im Gesetz verankert werden. Im Rahmen der gemeinsamen Erklärung der Asylkonferenz 2014 wurde einstimmig festgelegt, dass diese besonderen Leistungen von Standortkantonen von Zentren des Bundes und von Flughafenkantonen bei der

Verteilung von Asylsuchenden berücksichtigt werden sollen. An dieser Asylkonferenz haben die Kantone einstimmig beschlossen, dass am heute feststehenden Finanzierungsprinzip grundsätzlich festgehalten wird, dass man aber dann mit einem periodischen Monitoring die Auswirkungen der Neustrukturierung auf die einzelnen Kantone überprüft und erst dann allenfalls Anpassungen vornimmt.

Ich komme nun noch zu Anträgen, die bereits bei früheren Gesetzesrevisionen beraten und abgelehnt worden sind; das sind die Anträge der Minderheiten I (Rutz Gregor) und II (Pantani) zu Artikel 24d. Darin wird beantragt, dass die vorübergehende Nutzung militärischer Bauten und Anlagen des Bundes, sofern bestehende Unterbringungsstrukturen nicht ausreichen, einer kantonalen respektive einer kommunalen Bewilligung bedarf. Ich muss Sie daran erinnern: Diese Bestimmungen wurden von der Bevölkerung im Juni 2013 mit grosser Mehrheit angenommen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass dies kurze Zeit später in der Vorlage zur Neustrukturierung des Asylbereichs wieder rückgängig gemacht werden soll. Ich erlaube mir zudem noch den Hinweis: Es ist genau dieser Artikel, der uns in einer allfälligen Krisensituation ein Instrument in die Hand gibt, damit wir rasch zusätzliche Unterkünfte eröffnen können. Es gibt Nachbarstaaten, Österreich zum Beispiel, die aktuell dringlich über genau eine solche Gesetzesbestimmung beraten, weil sie in der aktuellen Krise diesbezüglich handlungsunfähig sind.

Ich komme noch zu den Anträgen, die nicht umsetzbar oder nicht notwendig sind. Die Minderheit Pantani beantragt bei Artikel 24e, dass für die Unterbringung von Asylsuchenden in einem kommunal geführten Zentrum nicht nur das Einverständnis des Standortkantons, sondern auch dasjenige der Standortgemeinde erforderlich sein soll. Selbstverständlich kann ein Projekt nur erfolgreich zustande kommen, wenn die betroffene Gemeinde einbezogen wird. Das Einverständnis der Standortgemeinde muss aber nicht explizit ins Gesetz aufgenommen werden. Ich fand es eindrücklich, dass der Präsident des Städteverbandes heute Morgen explizit gesagt hat, eigentlich müssten die Gemeinden und Städte dafür sein, dass sie dieses Mitbestimmungsrecht bekommen. Sie haben aber selber gesehen, dass es im Gesamtinteresse ist, wenn diese Möglichkeit der Unterbringung besteht und deshalb auf die Mitbestimmung verzichtet wird. Wir beantragen Ihnen deshalb, auch diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Ich komme jetzt noch zum Antrag der Minderheit Schenker Silvia zu Artikel 26a Absatz 1bis: Diese Minderheit möchte, dass bei Anzeichen einer Traumatisierung oder einer anderen psychischen Beeinträchtigung alle am Verfahren und an der Unterbringung beteiligten Personen verpflichtet werden, dies dem Staatssekretariat für Migration mitzuteilen. Das SEM soll von Amtes wegen die notwendigen Untersuchungen einleiten. Ich muss sagen, ich habe Verständnis für dieses Anliegen, aber dieser Vorschlag ist in der Praxis weder umsetzbar, noch ist er aus unserer Sicht notwendig. Das Staatssekretariat ist bereits gesetzlich verpflichtet, den Sachverhalt von Amtes wegen festzustellen und die notwendigen Massnahmen einzuleiten. Auch die asylsuchenden Personen sind aufgrund ihrer Mitwirkungspflicht gesetzlich verpflichtet, eine entsprechende Beeinträchtigung grundsätzlich von sich aus geltend zu machen.

Mit dem umfassenden Rechtsschutz, den wir jetzt einführen wollen, ist auch sichergestellt, dass eine Vertrauensperson vorhanden ist, die mit der asylsuchenden Person auch solche Situationen besprechen kann. Sie kann sie darauf aufmerksam machen und auch ermutigen, solche Beeinträchtigungen frühzeitig einzubringen. Ich denke, diesem Anliegen ist Rechnung getragen. Ich muss sagen, wir nehmen es sehr ernst. Wir sind auch daran, unsere Leute immer wieder zu schulen, sie aufmerksam zu machen, dass hier eben gerade Traumatisierungen unter Umständen nur schwer vorgebracht werden. Wir müssen dem wirklich Aufmerksamkeit entgegenbringen.

Der Bundesrat lehnt sämtliche Minderheitsanträge ab und bittet Sie, das ebenfalls zu tun.

Schläfli Urs (CE, SO): In Artikel 24e ist die Entschädigung zugunsten der Standortkantone und -gemeinden geregelt. Es geht allerdings vor allem um die direkten Kosten, die diesen Gemeinden entstehen. Jetzt gibt es aber auch indirekte Kosten. Da spreche ich jetzt etwas aus meiner Sicht als Bewohner eines kleinen Dorfes mit 2000 Einwohnern. Es ist ein Asylzentrum mit 250 Plätzen geplant. Über 10 Prozent der Bevölkerung sind dann letztlich also in diesem Sinn Asylanten. Die Wohnattraktivität dieses Dorfes, das darf man hier schon sagen, wird dadurch nicht gerade gesteigert. Das sind für mich so indirekte Kosten, die entstehen. Zudem muss man auch festhalten, dass solche Zentren Aufgaben übernehmen, die eigentlich von der Allgemeinheit zu lösen sind. Diese Aufgaben werden auf eine Standortgemeinde konzentriert. Wie gedenken Sie diese indirekten Kosten zu entschädigen?

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Besten Dank für diese Frage. Ich verstehe, dass Sie das beschäftigt. Wir haben das mit den Kantonen intensiv angeschaut. Sie wissen, dass in der letzten Asylgesetzrevision zum Beispiel Sicherheitspauschalen beschlossen worden sind, die der Bund den Kantonen bezahlt, wenn zusätzliche Sicherheitskosten aufkommen. Wir haben auch Beschäftigungsprogramme vorgesehen, die in diesen Verfahrenszentren angeboten werden. Wie dann aber die Kantone mit den jeweiligen Standortgemeinden diskutieren, wie allenfalls auch Entschädigungen vorgesehen werden, müssen diese unter sich absprechen. Ich weiss, dass Kantone zum Teil mit den Gemeinden schauen, ob sie etwas tun können, ob man den Gemeinden irgendwie entgegenkommen kann. Das muss der jeweilige Kanton mit seinen Standortgemeinden absprechen. Das ist je nach Kanton sehr unterschiedlich geregelt, das betrifft auch die Kontakte sowie die Art und Weise, wie das mit den Standortgemeinden entwickelt worden ist.

Was wir hier besprechen, ist die Abgeltung der Kantone, in denen eben solche Verfahrenszentren zu liegen kommen. Dieses Kompensationsmodell haben die Kantone in grosser Arbeit miteinander besprochen, haben auch Berechnungen gemacht, haben Berechnungsmodelle erarbeitet und haben sich dann darauf geeinigt, dass die Kompensation mit diesem Modell geregelt werden soll. Aber, ich habe es gesagt, auch ein Monitoring ist vorgesehen. Wenn diese Neustrukturierung kommt, werden wir schauen, ob diese Berechnungen auch stimmen. Wenn sich zeigen sollte, dass die Berechnungen nicht korrekt sind oder Kosten nicht einbezogen worden sind, kann man dann auch nachbessern. Aber die Kantone wollten am Finanzierungsmodell und am Finanzierungsmodell jetzt explizit nichts ändern.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Ich nehme Stellung zu den Anträgen der Minderheiten bis Artikel 24d Absatz 1.

Wir haben in Artikel 24 Absatz 1 eine Minderheit Fehr Hans. Sie fordert geschlossene Zentren für Asylsuchende. Solche sind mit den Grund- und Menschenrechten der Bundesverfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar, in keiner Art und Weise. Die Unterbringung in einer geschlossenen Unterkunft stellt einen schweren Eingriff in die Bewegungsfreiheit nach Artikel 10 Absatz 2 der Bundesverfassung dar. Die geforderte generelle Unterbringung in geschlossenen Zentren ohne zeitliche Beschränkung und ohne die Möglichkeit einer richterlichen Überprüfung hält den Anforderungen von Artikel 31 unserer Verfassung und Artikel 5 der EMRK nicht stand. Die Forderung der Minderheit Fehr Hans wurde bereits im Rahmen der Vorlage 3 zu den dringlichen Änderungen im Asylbereich intensiv diskutiert und vom Parlament deutlich abgelehnt. Die Mehrheit der SPK – das Stimmenverhältnis in der Kommission betrug 16 zu 6 Stimmen – empfiehlt Ihnen, den Minderheitsantrag Fehr Hans abzulehnen.

Zu Artikel 24 Absätze 2 bis 5: Der Asylbereich ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen, das wissen wir inzwischen. Dies wurde im Rahmen zweier nationaler Asylkonferenzen bekräftigt. Ein Aufenthalt der Asylsuchenden im

erweiterten Verfahren in den Zentren des Bundes bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens würde der entsprechenden Übereinkunft widersprechen. Würde man der Minderheit I (Brand) folgen, müssten die Unterbringungskapazitäten in den Zentren des Bundes erhöht werden. Dies würde zu erheblichen Mehrkosten zulasten des Bundes führen. Das ist mit dem Prinzip einer föderalen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, wie sie heute bereits im Asylbereich existiert, nicht vereinbar. Die Kommission empfiehlt Ihnen – mit 16 zu 7 Stimmen, auch diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Dann haben wir noch die Minderheit II (Rutz Gregor) bei Artikel 24 Absatz 5. Hierzu ist zu bemerken, dass der Bund verpflichtet ist, Reserven von 20 Prozent vorzusehen. Dennoch kann es sein, dass diese Reserven nicht ausreichend sind. Diese Bestimmung soll aber nur bei ausserordentlichen Situationen Anwendung finden. Eine vorzeitige Verteilung auf die Kantone kann dann notwendig werden, wenn ein über die Schwankungsreserve von 20 Prozent hinausgehender, rascher und erheblicher Anstieg der Asylgesuche – zum Beispiel aufgrund einer akuten Krisensituation – vorliegt. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden haben sich anlässlich zweier Asylkonferenzen auf ein System geeinigt, das auf beiden Seiten schwankungstauglich ist. Die Kommission empfiehlt Ihnen auch hier mit 16 zu 7 Stimmen, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

Die Minderheit Amaudruz schlägt in Artikel 24a Absatz 1 vor, dass Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden, in geschlossenen Zentren und zugeteilten Rayons untergebracht werden sollen. Ich kann es hier kurz machen: Es gilt die gleiche Argumentation wie zum Antrag der Minderheit Fehr Hans zu Artikel 24 Absatz 1. Die Kommission empfiehlt Ihnen, mit 16 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung, diesen Minderheitsantrag abzulehnen und hier der neuen Formulierung zuzustimmen.

Die Minderheit I (Rutz Gregor) möchte in Artikel 24d Absatz 1 eine Änderung anbringen. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass die Bestimmung von Artikel 24d der am 9. Juni 2013 vom Volk angenommenen Bestimmung von Artikel 26a des Asylgesetzes entspricht; Artikel 26a sieht vor, dass Bauten und Anlagen des Bundes zur Unterbringung von Asylsuchenden ohne kantonale und kommunale Bewilligung während längstens drei Jahren genutzt – ich betone: genutzt und nicht enteignet – werden können. Aus Gründen der Klarheit hat der Ständerat beschlossen, Artikel 24d Absatz 1 mit dem Begriff «und ohne Plangenehmungsverfahren» zu ergänzen: Militärische Bauten und Anlagen, welche gemäss Artikel 24d genutzt werden können, stellen eine Ausnahmeregelung zur vorgeschlagenen bundesrechtlichen Plangenehmigung durch das EJPD dar. Der Antrag der Minderheit I (Rutz Gregor) würde dazu führen, dass die Nutzung von militärischen Bauten und Anlagen wiederum einer kantonalen oder kommunalen Bewilligung bedürfen würde. Solche Verfahren dauern erfahrungsgemäss häufig sehr lange.

Für die Einführung der Neustrukturierung sowie für die Gewährleistung der Schwankungstauglichkeit nach Einführung der Neustrukturierung sind entsprechend flexible Lösungen notwendig. Langwierige baurechtliche Verfahren würden diese Flexibilität verunmöglichen und Projekte durch Einsprachen jahrelang verzögern. Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 17 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Dann komme ich noch zum letzten Minderheitsantrag. Die Minderheit II (Pantani) schliesst sich in Artikel 24d Absatz 1 im Grundsatz der Mehrheit an. Sie möchte aber die Ergänzung anbringen, dass Grundstücke des Bundes ohne Bauten und Anlagen von der vorübergehenden, dreijährigen bewilligungslosen Nutzung ausgenommen sein sollen. Der Antrag der Minderheit II ist nicht notwendig. Sowohl im Titel von Artikel 24d wie auch in Absatz 1 wird klargestellt, dass es sich bei den infragekommenden Bauten und Anlagen nur um militärische Bauten und Anlagen handeln kann. Diese Einschränkung wurde vom Ständerat vorgenommen und von Ihrer Kommission so unterstützt. Die SPK empfiehlt Ihnen

diesen Minderheitsantrag ebenfalls zur Ablehnung, und zwar mit 17 zu 7 Stimmen.

Amarelle Cesla (S, VD), pour la commission: A l'article 24e alinéa 1, la proposition de la minorité Pantani prévoit que pour toute construction non existante, la procédure de demande de permis, les autorisations et les procédures habituelles s'appliquent. Par 17 voix contre 7 et 0 abstention, la commission vous invite à rejeter cette proposition de minorité, car la version du Conseil des Etats, qui correspond au projet du Conseil fédéral, est déjà suffisamment claire et exclut les craintes évoquées par Madame Pantani.

Pour information: à l'article 26, qui règle la phase préparatoire, la commission a élaboré une proposition. La commission suit la version du Conseil des Etats à l'article 26 alinéas 1, 2, 4 et 5. A l'alinéa 3, elle propose d'ajouter un complément pour que le Secrétariat d'Etat aux migrations puisse, dans le cadre de la procédure d'audition, questionner les demandeurs d'asile sur d'éventuels trafics professionnels de migrants.

Ensuite, à l'article 26a, la proposition de la minorité Schenker Silvia prévoit un traitement spécifique, en procédure accélérée, pour les personnes ayant subi des traumatismes, car toute personne impliquée dans le processus devrait pouvoir déclencher les investigations nécessaires. Par 16 contre 8 et 0 abstention, la commission vous recommande de rejeter cette proposition de minorité. Etant en maxime d'office, l'autorité est déjà tenue de traiter tous les aspects pertinents, y compris dans le domaine de la santé ou dans des cas de traumatisme.

A l'article 27, la proposition de la minorité Brand vise à biffer l'alinéa 1bis, qui prévoit la prise en compte, dans la répartition des requérants d'asile, des prestations particulières offertes par les cantons qui abritent un centre de la Confédération ou un aéroport. Par 18 voix contre 6 et 0 abstention, la commission vous invite à rejeter cette proposition de minorité. La clé de répartition et le financement sont régis dans le respect d'un subtil équilibre qu'il ne s'agirait pas de retoucher en l'état.

Enfin, à l'article 31a, la proposition de la minorité Rutz Gregor prévoit de supprimer les termes «en règle générale», de sorte à ne laisser aucune marge au Secrétariat d'Etat aux migrations pour entrer en matière dans les cas énumérés aux lettres a à e, et ce en particulier si les requérants d'asile peuvent retourner dans un pays tiers sûr.

Par 16 voix contre 7 et aucune abstention, la commission vous invite à rejeter cette proposition. Le cas de la Grèce a notamment été évoqué dans le cadre de l'argumentation. Il est emblématique sur ce point, puisque même si selon le règlement de Dublin nous pourrions théoriquement transférer des requérants d'asile en Grèce en tant que pays tiers dit sûr, nous ne le faisons pas parce que la Cour européenne des droits de l'homme a clairement indiqué qu'une exception devait être faite en raison des carences graves que subit ce pays au niveau des conditions d'accueil. Les présomptions ne peuvent donc pas être irréfragables dans ce domaine et il est nécessaire de garder une certaine nuance.

Enfin à l'article 31a alinéa 4, la commission a retenu la décision du Conseil des Etats.

Gliederungstitel vor Art. 24

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre précédant l'art. 24

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 24

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Fehr Hans, Brand, Bugnon, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Abs. 1

Der Bund errichtet Zentren in einer geschlossenen Anlage, die vom SEM geführt werden. Dabei beachtet er ...

Antrag der Minderheit I

(Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Abs. 2 Bst. c

c. im erweiterten Verfahren bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens.

Abs. 3, 4, 5

Streichen

Antrag der Minderheit II

(Rutz Gregor, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Mörgeli)

Abs. 5

Streichen

Art. 24*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Fehr Hans, Brand, Bugnon, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Al. 1

La Confédération crée des centres dans des sites fermés, dont elle confie la gestion au SEM. Ce faisant, elle veille ...

Proposition de la minorité I

(Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Rutz Gregor)

Al. 2 let. c

c. en cas de procédure étendue: jusqu'à la clôture de la procédure en question.

Al. 3, 4, 5

Biffer

Proposition de la minorité II

(Rutz Gregor, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Graber Jean-Pierre, Joder, Mörgeli)

Al. 5

Biffer

*Abs. 1 – Al. 1**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 287)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Abs. 2 Bst. c, 3, 4 – Al. 2 let. c, 3, 4**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 288)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Abs. 5 – Al. 5**Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 289)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I/II ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 24a*Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährden oder ... werden in besonderen Zentren untergebracht, die durch das SEM oder durch kantonale Behörden errichtet und geführt werden. Mit der Unterbringung in einem besonderen Zentrum ist eine Ein- oder Ausgrenzung nach Artikel 74 Absatz 1bis AuG anzuordnen; das Verfahren richtet sich nach Artikel 74 Absätze 2 und 3 AuG.

Abs. 1bis

In den besonderen Zentren können unter den gleichen Voraussetzungen Asylsuchende untergebracht werden, die einem Kanton zugewiesen wurden. Bund und Kantone beteiligen sich im Umfang der Nutzung anteilmässig an den Kosten der Zentren.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

... werden prioritär behandelt und allfällige Wegweisungsent-scheide prioritär vollzogen.

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Abs. 1

... werden in geschlossenen Zentren und ...

Art. 24a*Proposition de la majorité**Al. 1*

... hébergés dans des centres spécifiques créés et gérés par le SEM ou par les autorités cantonales. L'hébergement dans un centre spécifique est assorti d'une assignation d'un lieu de résidence ou d'une interdiction de pénétrer dans une région déterminée visées à l'article 74 alinéa 1bis LEtr; la procédure est régie par l'article 74 alinéas 2 et 3 LEtr.

Al. 1bis

Les cantons peuvent, aux mêmes conditions, héberger dans les centres spécifiques les requérants qui leur sont attribués. La Confédération et les cantons participent aux coûts des centres pour un montant proportionnel à l'utilisation qu'ils en font.

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

... sont traitées en priorité et les éventuelles décisions de renvoi concernant ces personnes sont exécutées en priorité.

Proposition de la minorité

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Al. 1

... hébergés dans des centres fermés et affectés ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 290)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 24b, 24c*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 24d***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Abs. 1

... nicht ausreichen, zur Unterbringung von Asylsuchenden oder zur Durchführung von Asylverfahren für höchstens drei Jahre genutzt werden ...

Antrag der Minderheit II

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Abs. 1

... erfolgt. Ausgenommen sind Grundstücke des Bundes ohne Bauten und Anlagen.

Art. 24d*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Al. 1

... peuvent être utilisées pour l'hébergement de requérants ...

Proposition de la minorité II

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Al. 1

... de la construction. Font exception les biens-fonds de la Confédération ne comportant ni constructions ni installations.

Erste Abstimmung – Premier vote(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 291)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 53 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 292)

Für den Antrag der Mehrheit ... 134 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 24e*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Abs. 1

... Einverständnis des Standortkantons und der Standortgemeinde erforderlich.

Art. 24e*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Al. 1

... L'hébergement dans un centre communal est subordonné au consentement du canton et de la commune abritant le centre.

Abstimmung – Vote(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 293)

Für den Antrag der Mehrheit ... 132 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 24f, 25a*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 26***Antrag der Kommission**Abs. 1, 2, 4, 5*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

... verlassen haben. Dabei kann das SEM Asylsuchende über einen möglichen gewerbsmässigen Menschenschmuggel befragen. Es klärt ...

Art. 26*Proposition de la commission**Al. 1, 2, 4, 5*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

... à quitter son pays. Ce faisant, le SEM peut interroger le migrant sur un éventuel trafic professionnel de migrants. Il établit ...

*Angenommen – Adopté***Art. 26a***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Schenker Silvia, Amarelle, Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Tschümperlin)

Abs. 1bis

Bei Anzeichen, die auf eine Traumatisierung oder eine anderweitige psychische Beeinträchtigung hindeuten, sind alle am Verfahren und an der Unterbringung beteiligten Personen verpflichtet, diese dem SEM mitzuteilen. Das SEM leitet von Amtes wegen die notwendigen Untersuchungen ein.

Art. 26a*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Amarelle, Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Tschümperlin)

Al. 1bis

Lorsque des éléments font penser à un traumatisme ou à toute autre atteinte psychique, toutes les personnes impliquées dans la procédure et dans l'hébergement sont tenues d'en faire part au SEM. Celui-ci ordonne d'office les examens nécessaires.

*Abs. 1bis – Al. 1bis**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 294)

Für den Antrag der Minderheit ... 59 Stimmen

Dagegen ... 129 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Übrige Bestimmungen angenommen**Les autres dispositions sont adoptées***Art. 26b***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 26c*Antrag der Kommission*

Nach Abschluss der Vorbereitungsphase folgt das beschleunigte Verfahren umgehend mit der Anhörung zu den Asylgründen oder der Gewährung des rechtlichen Gehörs nach Artikel 36 ...

Art. 26c*Proposition de la commission*

La procédure accélérée, comprenant l'audition sur les motifs d'asile ou l'octroi du droit d'être entendu visé à l'article 36 commence immédiatement après la fin de la phase préparatoire ...

Angenommen – Adopté

Art. 26d*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 27*Antrag der Mehrheit*

Titel, Abs. 1bis, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Abs. 1bis

Streichen

Art. 27*Proposition de la majorité*

Titre, al. 1bis, 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Al. 1bis

Biffer

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 295)

Für den Antrag der Mehrheit ... 137 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 29, 30*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 31a*Antrag der Mehrheit*

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Abs. 1

Das SEM tritt auf Asylgesuche nicht ein, wenn Asylsuchende ...

Art. 31a*Proposition de la majorité*

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Al. 1

Le SEM n'entre pas en matière sur une demande ...

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 296)

Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen

Dagegen ... 133 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Block 3 – Bloc 3

Stellung während des Asylverfahrens; Vollzug der Wegweisung und Ersatzmassnahmen; Asylgewährung; Rechtsstellung der Flüchtlinge; Beendigung des Asyls

Statut d'un requérant durant la procédure d'asile; exécution du renvoi et mesures de substitution; octroi de l'asile; statut de réfugiés; fin de l'asile

Bugnon André (V, VD): Nous traitons de la disposition relative à l'autorisation d'exercer une activité lucrative. La règle générale est l'interdiction de travailler pour les requérants d'asile, mais il existe quelques exceptions. Dans le droit en vigueur, une des exceptions permet aux requérants d'asile de participer à des programmes d'occupation d'utilité publique. Le projet du Conseil fédéral maintient cette possibilité.

Ma proposition de minorité modifie un peu cette autorisation de travailler puisqu'elle vise à ce que les requérants d'asile soient autorisés à participer comme prévu à des programmes d'occupation mais aussi à travailler gratuitement pour le compte des pouvoirs publics ou dans le cadre de la gestion du centre dans lequel ils séjournent.

Comme vous le savez, il n'est pas évident de mettre sur pied des programmes d'occupation. J'ai eu l'occasion de le faire en tant que président de commune, mais ce n'est pas facile. Il y du travail administratif, il faut notamment de nombreuses autorisations, c'est la raison pour laquelle il y a peu de chance que les requérants d'asile puissent participer à de tels programmes. Un autre élément à considérer est celui du lieu. En effet, le requérant peut vivre dans un centre de la Confédération et le programme d'occupation peut avoir lieu à plusieurs kilomètres de là; cela implique des déplacements. Avec ma proposition, si le requérant d'asile travaille pour le compte des pouvoirs publics ou dans le cadre de la gestion du centre – avec par exemple comme activité le nettoyage des dortoirs, de l'extérieur, la participation à la préparation des repas, etc. –, cet élément n'entre plus en considération. Il faut occuper les requérants d'asile car le fait de ne pas avoir d'activité peut avoir une influence négative sur leur moral. En les occupant dans le centre ou dans la commune où se trouve le centre, on évite ces écueils et cela rend service à tout le monde.

Vous avez pu remarquer que ma proposition de minorité n'est pas seulement cosignée par des membres du groupe UDC, mais qu'elle est également soutenue par Monsieur Gerhard Pfister ainsi que par Madame Streiff.

Je vous demande de soutenir ma proposition de minorité.

Schenker Silvia (S, BS): Ich werde es sehr kurz machen, denn zu diesem Minderheitsantrag lässt sich nicht allzu viel sagen. Ich beantrage Ihnen, bei Artikel 45 Absatz 2 dem Ständerat zu folgen und damit beim geltenden Recht zu bleiben. Diese Bestimmung, wie sie der Ständerat in der Vorlage vorgesehen hat, ermöglicht eine gewisse Flexibilität bei den Ausreisefristen. Der Rahmen ist aber dennoch klar gegeben, und zwar beträgt er zwischen 7 und 30 Tage.

Der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit wollen klar definiert haben, dass die Ausreisefrist im beschleunigten Verfahren 7 Tage und im erweiterten Verfahren 30 Tage beträgt. Für die Praxis scheint es mir aber wichtig und auch tauglicher zu sein, wenn diese Flexibilität ermöglicht wird. Ich bitte Sie daher, hier dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen.

Brand Heinz (V, GR): Ich mache zuerst ein paar Bemerkungen für die Fraktion, anschliessend komme ich auf meine Minderheitsanträge zu sprechen, die ich im Detail begründen werde.

Die Anträge in diesem Block betreffen im Wesentlichen die Rechtsstellung der Asylsuchenden während des Verfahrens und anschliessend die Rechtsstellung der Flüchtlinge nach der Asylgewährung. Die Fraktion, ich möchte das festhalten, unterstützt insbesondere den Antrag des Bundesrates in diesem Block bezüglich der Anordnung der Ausreisefrist. Die Ausreisefrist ist dem gewählten bzw. zugewiesenen Verfahren anzupassen, und ein Wahlrecht soll es nicht geben; das vereinfacht das Prozedere für die Bundesverwaltung.

Die Anträge zu den Artikeln 50, 51 und 64 betreffen den Status der anerkannten Flüchtlinge. In erster Linie sollen diese Bestimmungen den Missbrauch des Flüchtlingsstatus verhindern. Die Tragweite der einzelnen Minderheitsanträge ist unterschiedlich, ebenso die praktischen Folgen der einzelnen Bestimmungen.

Zur Gewährung, zur Einräumung des Zweitasyls besteht, das zeigen eigentlich die Zahlen, kein tatsächlicher Handlungsbedarf. Es sind, wie wir in der Kommission gehört haben, sehr wenige Fälle. Demzufolge ist es auch nicht nötig, dass wir hier noch einen Status für diese wenigen Fälle vorsehen. Das Familienasyl und die Ausreisemöglichkeiten bzw. das Verbot der Ausreise vorzugsweise ins Herkunftsland von anerkannten Flüchtlingen und Personen während des Asylverfahrens haben dagegen eine weit grössere Tragweite. Die missliebigen Folgen dieser Regelungen sind dringend zu bekämpfen. Beim Familiennachzug geht es um ein sehr tiefgreifendes Problem, um ein Problem, das auch eine tiefgreifende menschliche Seite hat, auf die ich dann noch bei der Begründung einer meiner Minderheitsanträge zu sprechen komme.

Es kann nach Auffassung der SVP-Fraktion nicht angehen, dass der Flüchtlingsstatus unter dem Vorwand des Familiennachzugs zum Nachzug von Dritten missbraucht und daraus sogar noch, man höre und staune, Kapital geschlagen wird. Es ist kein Ruhmesblatt für die Schweiz, dass man heute in einschlägigen Kreisen sogar vom «verkauften Familiennachzug» spricht. Eine solche Begleiterscheinung unseres Asylrechts ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Nach Auffassung der SVP-Fraktion geht es sodann ebenfalls nicht an, dass Personen im Asylverfahren oder auch anerkannte Flüchtlinge vorübergehend in ihr Herkunftsland zurückreisen. Wer in der Schweiz um Asyl nachsucht, muss sich in Gottes Namen den Ausreiserestriktionen unterziehen. Wer in der Schweiz um Schutz nachsucht und nach Hause in die Ferien fährt, erbringt damit den Nachweis, dass er auf den Schutz der Schweiz nicht mehr angewiesen ist, und er erbringt zusätzlich auch den Nachweis dafür, dass die Bedrohung im Herkunftsland offensichtlich nicht besteht. Gestatten Sie mir nun noch, eine Bemerkung zu meinen Minderheitsanträgen zu Artikel 46 und Artikel 51 zu machen. In Artikel 46 Absatz 3 beantragt Ihnen die Minderheit, dieses Monitoring, das notabene der Ständerat in die Vorlage eingefügt hat, öffentlich zu machen. Dieses öffentliche Monitoring soll für alle leicht einsehbar machen, wie die Vollzugssituation im eigenen Kanton oder in anderen Kantonen aussieht. Dieses öffentliche Monitoring soll aber zugleich auch Ausdruck des Nachweises der Bundestreue des einzelnen Kantons sein: Es erlaubt einerseits eine Beurteilung innerhalb des Kantons, soll aber andererseits auch eine Beurteilung durch die anderen Kantone ermöglichen. Dieses Monitoring soll öffentlich sein, damit es jedermann einfach einsehen kann. Bekanntlich besteht diesbezüglich tatsächlich Handlungsbedarf.

Nun noch einige Bemerkungen zu Artikel 51: Artikel 51 beschlägt wie gesagt den Familiennachzug von anerkannten Flüchtlingen. Das Problem dieser Bestimmung besteht darin, dass der konkrete Nachweis der Familienzugehörigkeit erbracht werden muss.

An sich ist es doch eine Selbstverständlichkeit, dass über den Familiennachzug nur tatsächliche Familienangehörige nachgezogen werden. In der Realität ist es aber leider so, dass der Familiennachzug tatsächlich dazu missbraucht wird, um entfernte Angehörige oder auch familienfremde Personen, seien es Kinder, sei es eine Frau, nachzuziehen. Nachzuziehende kommen oft aus Ländern, in welchen keine Register und dergleichen bekannt sind. Das heisst, der Nachweis der Familienzugehörigkeit muss und kann demzufolge vornehmlich über DNA-Analysen erfolgen. Dieser stringente Nachweis der Familienzugehörigkeit ist vor allem in Fällen notwendig, in denen Zweifel an der Familienzugehörigkeit bestehen. Dieser Nachweis ist hauptsächlich über die DNA-Analyse zu erbringen. Das heisst, über diese Analyse soll die Familienzusammengehörigkeit nachgewiesen werden. Bereits heute wird in vielen Fällen von Familiennachzug auf die Praxis der DNA-Analysen abgestellt. Es ist nicht einzusehen, weshalb gerade bei diesen kritischen Fällen von dieser Praxis abgewichen werden soll.

Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, mich mit einem Schweizer Botschafter, der in einem kritischen Staat ist, über diese Praxis zu unterhalten. Er hat mir ausdrücklich bestätigt, dass es gerade für die Botschaften ausserordentlich schwierig sei, diese Gesuche um Familiennachzug auf ihre Rechtmässigkeit zu beurteilen, weil die Familienzugehörigkeit sehr oft zweifelhaft sei. Auch er ist der Auffassung, dass dieser Nachweis über die DNA-Analyse ein pragmatisches, ein gutes Vorgehen ist.

Ich möchte Sie daher dringend bitten, nicht zuletzt mit Blick auf die grossen menschlichen Schicksale, die hier zur Diskussion stehen, beim Familiennachzug eine strenge Voraussetzung zu schaffen, damit nicht Personen missbraucht werden, damit nicht Personen unter einem falschen Titel in die Schweiz gelangen und nicht bei ihren Familienangehörigen landen, hier auf sich selbst gestellt sind und ein Auskommen suchen müssen, was sie oft in Isolation, in Depression, aber oft auch in Armut bringt.

Rutz Gregor A. (V, ZH): Wenn wir hier über die Restrukturierung des Asylbereichs sprechen, geht es darum, Schwachstellen in den Abläufen zu finden, Fehler zu beheben, dahingehend, dass die Ressourcen denjenigen Menschen zur Verfügung stehen, welche bedroht sind und dieser Ressourcen bedürfen. Wir wissen, dass zum Beispiel das Dublin-Abkommen – es wurde verschiedentlich angesprochen – nicht funktioniert, dass viele EU-Länder ihre Hausaufgaben nicht machen, dass Asylsuchende nicht registriert werden und dass hier grosser Handlungsbedarf besteht.

Wenn Sie das Asylgesetz ansehen, sehen Sie auch, dass es eine Bestimmung über Zweitasyll darin hat. Ich bitte Sie, unseren Minderheitsantrag zu Artikel 50, welcher auf eine Streichung dieses Artikels abzielt, zu unterstützen. Es geht hier um Flüchtlinge, die in einem anderen Staat aufgenommen worden sind, die also bereits Asyl erhalten haben. In einem solchen Kontext erscheint es uns wirklich nicht nötig, dass die Schweiz hier auch noch ein zweites Mal Asyl gewährt, nachdem diese Personen ja schon von einem anderen Staat aufgenommen worden sind. Auch hier können wir unsere Ressourcen sicher zielgerichteter einsetzen.

Beim zweiten Minderheitsantrag geht es um Artikel 64. Es geht um das Erlöschen des Asylrechts, und wir sind – Kollege Brand hat es bereits angesprochen – dezidiert der Auffassung, dass Asylbewerber, welche in ihr Heimatland zurückkehren, um dort Ferien zu verbringen, kein Recht auf ein Aufenthaltsrecht in der Schweiz haben sollen. Wir sind der Auffassung, dass das Asylrecht in der Schweiz, und das ist auch der Sinn und Kern unserer humanitären Tradition, denjenigen Personen zur Verfügung stehen soll, welche an Leib und Leben bedroht sind. Aber es soll nicht von Personen in Anspruch genommen werden, welchen der Aufenthalt hier

gefällt, welche aber gleichzeitig auf Ferienreisen in ihr Heimatland, wo sie angeblich verfolgt sind, nicht verzichten möchten.

Darum bitten wir Sie, auch unseren Minderheitsantrag zu Artikel 64 zu unterstützen.

Fiala Doris (RL, ZH): Wir sind Ihrer Meinung. Wir glauben auch, dass Flüchtlinge nicht in ihr Heimatland zurückreisen dürfen. Aber wir möchten Sie fragen, worauf Sie es abstützen, dass das der Fall sein soll. Denn würde man das tatsächlich beweisen können, wäre ja der Flüchtlingsstatus verwirkt. Mich würde interessieren, ob Sie noch andere Fakten haben als vielleicht nur fehlerhafte Berichte von einem Honorarkonsul, der in seinem Land sicher zum System gehört.

Rutz Gregor A. (V, ZH): Ich bin froh um Ihre Unterstützung, und ich entnehme Ihren Worten, dass auch Sie der Auffassung sind, dass Asylbewerber, welche wirklich verfolgt sind, kaum eine Ferienreise in ihr Heimatland machen würden. Ob all diese Berichte, die ich den Medien in den vergangenen Jahren entnehmen konnte, richtig sind, weiss ich auch nicht. Aber was ich sicher weiss, ist, dass jemand, der in seinem Heimatland verfolgt ist, dort sicher keine Ferien machen möchte. Einzig darum geht es bei unserem Minderheitsantrag zu Artikel 64: Das Asylrecht soll erlöschen, wenn jemand, der hier sagt, er sei in seinem Heimatland verfolgt, genau dorthin zurückreist, um Ferien zu verbringen. In diesem Sinne bin ich sehr dankbar, wenn auch Ihre Fraktion diesen Antrag unterstützt.

Glättli Balthasar (G, ZH): Sie haben die Begründungen der Herren Bugnon, Brand und Rutz gehört. Es geht ihnen hier eigentlich um lauter Sachen, die mit dem Grundthema dieser Revision, nämlich mit einer Neustrukturierung des Asylbereichs, überhaupt nichts zu tun haben. In diesem Sinne kann ich – auch im Sinne der Verfahrenseffizienz – unsere Begründung kurzhalten.

Wir sind nicht der Meinung, dass wir hier jetzt noch ein Wunschkonzert mit SVP-Forderungen abhalten müssen, die einmal mehr aus dem Altpapierstapel hervorgeholt wurden. Es geht hier nicht um die Probleme, als die sie die Votanten der SVP hinstellen wollten. Vielmehr geht es ihnen darum, in einem Bereich Härte zu markieren, der aus unserer Sicht nicht geeignet ist, um Härte zu markieren. Es geht ihnen darum, Themen zu bearbeiten, die von ihrer Partei den ganzen Sommer durch bearbeitet wurden. Ich glaube, wir sollten uns hier darauf fokussieren, das zu tun, was uns vom Bundesrat aufgegeben ist, nämlich die Restrukturierung zu beurteilen. Das kann man auf die eine oder auf die andere Weise machen. Wir sollten jetzt aber nicht die Forderungen eines Wunschkonzerts verabschieden.

In dem Sinne weisen wir alle Minderheitsanträge aus der SVP-Fraktion ab. Der Minderheit Schenker Silvia jedoch – Sie haben die Begründung gehört – können wir uns anschliessen; wir stimmen dort mit der Minderheit.

Amstutz Adrian (V, BE): Geschätzter Kollege Glättli, kennen Sie den Easo-Bericht «Länderfokus Eritrea» vom 11. August 2015, der also noch nicht Altpapier ist? Dort steht: «Tatsächlich wurde in den letzten Jahren aber beobachtet, dass Exil-Eritreer offenbar ohne Konsequenzen für Ferien und Familienbesuche nach Eritrea reisen.»

Glättli Balthasar (G, ZH): Danke für die Frage, Herr Amstutz. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, an dieser Stelle klarzustellen, was im «Tages-Anzeiger» – ich glaube, es war letzte Woche – endlich einmal klargestellt worden ist: Eritreer sind nicht gleich Eritreer. Es gibt zwei Generationen von Eritreern. Es gibt Eritreer, die dem heutigen Diktator gefolgt und dann vor den Äthiopiern geflohen sind. Sie sind jetzt natürlich durchaus positiv gestimmt, auch mit dem heutigen Diktator. Sie sind schon viel länger hier, und sie haben unterdessen zum Teil sogar die schweizerische Staatsbürgerschaft oder sonst einen Aufenthaltstitel, zwar nicht des

Asylrechts, aber des Ausländerrechts. Ihnen ist es selbstverständlich unbenommen, in ihr Land zurückzureisen.

Flach Beat (GL, AG): Die Grünliberalen werden in diesem Block wiederum überall der Mehrheit der Kommission folgen. Lassen Sie mich kurz die Gründe dafür ausführen:

Der Minderheitsantrag Bugnon zu Artikel 43 ist schlicht und ergreifend komplett am falschen Ort. Kollege Bugnon hat gesagt, es wäre ihm wichtig, dass Asylsuchende, die in den Zentren sind, auch für Tätigkeiten im gemeinschaftlichen Dienst usw. beigezogen werden könnten. Das können sie sowieso. Der Titel von Artikel 43 ist «Bewilligung der Erwerbstätigkeit». Hier geht es also darum, eine Tätigkeit gegen Lohn auszuführen und nicht einfach an einem Beschäftigungsprogramm in der Gemeinde teilzunehmen, z. B. – was weiss ich? – im Wald Neophyten auszureissen oder ähnliche Dinge. Es ist also schlicht am falschen Ort. Das, was diese Minderheit will, kann man sowieso tun. Es geht aber nicht um eine Arbeitsbewilligung für Erwerbstätigkeit.

Die Minderheit Schenker Silvia bei Artikel 45 will wieder zurück zu längeren Fristen. Diese Fristen sind tatsächlich sehr kurz. Sie sind sehr kurz, aber man hat uns in der Beratung in der Kommission auch gesagt, dass es möglich ist, diese Fristen einzuhalten. In Absatz 2 dieses Artikels haben wir für die Fälle, bei denen es dann eben doch nicht reicht, aus was für Gründen auch immer, die Ausnahmebestimmung, damit man die Verhältnismässigkeit bei der Fristenwahrung einhalten kann.

Bei Artikel 46 Absatz 3 will die Minderheit Brand, dass das Monitoring der Wegweisungen und der Ausführung der Wegweisungen öffentlich ist. Ich frage mich, wozu. Wir machen ja auch kein öffentliches Monitoring der einzelnen Durchsetzungen von beispielsweise Baugenehmigungsverfahren oder von anderen, z. B. strafrechtlichen Dingen. Es bringt einfach nichts, wenn man Zahlen aufschaltet; die Bürgerinnen und Bürger können sich dann trotzdem keinen Reim darauf machen, was das bedeuten mag.

Bei Artikel 50 will die Minderheit Brand das Zweitasyll abschaffen. Es gibt ganz wenige Fälle, in denen dieses Zweitasyll sinnvoll ist. Einen Asylantrag kann man ja auch in einem Staat stellen, der vielleicht dann selber zu einem Failing State wird, oder der Antrag wird verschleppt, oder es sind andere Umstände, durch die ein Zweitasyll plötzlich Sinn macht. Es ist ja auch nicht die Hauptsache, es ist eigentlich ein Nebenschauplatz.

Bei Artikel 51 verlangt Kollege Brand mit seinem Minderheitsantrag einen Nachweis der Familienzugehörigkeit, das heisst des verwandtschaftlichen Verhältnisses beim Nachzug. Es ist schon jetzt so, dass, wenn Zweifel bestehen, Gentests gemacht werden können.

Bei Artikel 64 verlangt die Minderheit Brand, dass bei einer Heimreise von Asylsuchenden in den Staat, in dem sie eigentlich verfolgt werden, das Asyl erlöschen solle. Das ist jetzt schon so. Der Asylgrund erlischt in diesem Moment. Aber Sie haben es vorhin gehört: Wir haben beispielsweise bei den Eritreern Menschen, die vor über zwanzig Jahren geflohen sind und heute in der Situation stehen, dass sie sich mit dem heutigen Diktator gut gestellt haben. Diese können tatsächlich zurückreisen. Wenn jemand aus einem Staat kommt, in dem er verfolgt ist, heute einen Asylantrag stellt, morgen trotzdem in diesen Staat reist, erlischt der Asylgrund, und dann ist der Aufenthaltsstatus zu hinterfragen. Hat jemand den Asylstatus in der Schweiz und eine Aufenthaltsgenehmigung aus diesem Grunde, darf er auch seine Verwandten in Schweden besuchen. Er darf einfach nicht zurück in das Heimatland, aus dem er kommt, aus dem er vertrieben worden ist.

Ich bitte Sie im Namen der Grünliberalen, hier in diesem Block überall der Mehrheit zu folgen.

Humbel Ruth (CE, AG): Bei Artikel 43 Absatz 4 unterstützt die CVP/EVP-Fraktion die Minderheit Bugnon, wie Herr Bugnon es schon angetönt hat. Es geht um die Frage, ob unentgeltliche Arbeitsleistungen zugunsten der öffentlichen Hand oder im Betrieb des Zentrums vom Arbeitsverbot ausgenom-

men werden sollen. Inhaltlich war man sich in der Kommission mehr oder weniger einig bei diesem Minderheitsantrag. Auch mein Vorredner hat ausgeführt, dass es heute schon üblich ist, dass Asylsuchende in Asylzentren mithelfen und unentgeltliche Arbeitsleistungen erbringen können. Es ist daher nur die Frage, ob dieser Zusatz ins Gesetz aufgenommen werden soll oder nicht. Wir sind der Meinung, dass wir es tun sollen, weil die Frage der Arbeit und des Arbeitsverbots auch ein Thema ist, das die Bevölkerung bewegt. Es darf daher auch betont werden, dass von Asylsuchenden unentgeltliche Arbeitsleistungen erbracht werden.

Bei Artikel 45 Absatz 2 unterstützen wir die Kommissionsmehrheit, gemäss Bundesrat. Es geht um die Ausreisefristen im beschleunigten Verfahren. Der Ständerat will gemäss geltendem Recht keine Frist setzen. Wir führen nun aber das beschleunigte Verfahren ein, und es ist folgerichtig, im Gesetz auch strengere Fristen für die Ausreise zu setzen. Bei Artikel 49 Absatz 3 geht es um den Begriff «öffentlich». Das Staatssekretariat für Migration erstellt zusammen mit den Kantonen ein Monitoring des Wegweisungsvollzugs. Die Minderheit will, dass es öffentlich ist. In der Kommission vermochte uns die Argumentation zu überzeugen, dass es zahlreiche verschiedene Monitorings gibt und diese im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips in der Regel öffentlich sind und jetzt nicht in einem Fall eine explizite Nennung des Öffentlichkeitsprinzips eingefügt werden soll. Es braucht diesen Begriff nicht, weshalb die CVP/EVP-Fraktion mit der Mehrheit stimmt.

Auch bei Artikel 50, «Zweitasyll», unterstützen wir die Mehrheit. Das geltende Recht hat zu keinen Problemen geführt, weshalb es auch nicht geändert werden soll, zumal der Minderheitsantrag direkt nichts zu tun hat mit dem Kern dieser Vorlage, der Beschleunigung der Verfahren.

Das Gleiche gilt für Artikel 51. Wir sehen auch da keinen Anlass, beim Familienasyl etwas zu ändern, weshalb wir den Minderheitsantrag Brand ablehnen.

Bei Artikel 64 Absatz 1 teilen wir die Meinung der Minderheit, dass das Asyl in der Schweiz erlöschen soll, wenn Flüchtlinge in den Staat reisen, für welchen sie Verfolgung geltend gemacht haben. Die Frau Bundespräsidentin erklärte uns in der Kommission, dass es heute so sei, dass einem Flüchtling das Asyl und die Flüchtlingseigenschaft aberkannt werden, wenn er in sein Heimatland reist. Die gesetzliche Grundlage dazu findet sich in Artikel 63 des Asylgesetzes zum Widerruf.

In diesem Zusammenhang habe ich noch eine Frage an die Frau Bundespräsidentin: Im Sommer haben ja die rege Reisetätigkeit von Asylsuchenden und die grosszügige Bewilligungspraxis für Schlagzeilen gesorgt und Unmut bei der Bevölkerung ausgelöst. Zwischen 2010 und 2014 sollen 62 000 Reisen für vorläufig Aufgenommene bewilligt worden sein. Insbesondere Somalier und Eritreer sollen davon Gebrauch gemacht haben und in ihre Heimatländer gereist sein. Das versteht also keiner, dass Leute ferienhalber in das Land zurückreisen, aus dem sie wegen Bedrohung an Leib und Leben geflohen sind. Wir von der CVP sind der Meinung, dass das nicht geht. Ich bitte die Frau Bundespräsidentin, Stellung zu nehmen zur Praxis, wie diese Gesuche gehandhabt werden, und zur Frage, ob allenfalls eine restriktivere Handhabung eingeführt wird.

Zusammenfassend unterstützt die CVP/EVP-Fraktion bei allen Anträgen die Mehrheit, mit Ausnahme von Artikel 43 Absatz 4; da stimmen wir mit der Minderheit.

Tschümperlin Andy (S, SZ): Viele von Ihnen sind zurzeit mit den nationalen Wahlen beschäftigt. In vierzig Tagen wissen wir, welche Kolleginnen und Kollegen in der 50. Legislatur wieder dabei sind. Ich hoffe, Sie haben auch die Gelegenheit, in Ihrem Kanton an Podien teilzunehmen und Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten. Eine Frage kommt sicher immer wieder: Warum dürfen Asylbewerber nicht arbeiten? Dann ist jeweils die Zeit gekommen, dass ich erkläre, dass Asylbewerber, die im Verfahren drin sind, während drei Monaten nicht arbeiten dürfen. Es gibt aber eine

Ausnahme: Sie dürfen an gemeinnützigen Beschäftigungsprogrammen teilnehmen.

Diese Programme sind für viele Menschen im Verfahren eine willkommene Abwechslung. Diese Programme werden auch von den Standortgemeinden geschätzt. Wir alle wissen aus unseren eigenen Erfahrungen, dass Arbeit und Beschäftigung für die psychische Gesundheit wichtig sind. Stellen Sie sich vor, wie es Ihnen gehen würde, wenn Sie zum Nichtstun verdammt wären! Vielfach ist Arbeit oder Beschäftigung gerade für Menschen, die schreckliche Erlebnisse verarbeiten müssen, ein wohltuender Ausgleich. Es ist auch so, entgegen den vielen Behauptungen, die immer wieder gemacht werden, dass Asylsuchende ihre Hausarbeiten selber machen. Diese Beschäftigungsprogramme dürfen aber keine Konkurrenz zum einheimischen Gewerbe sein. Schon in der Asylgesetzrevision vor drei Jahren konnten diese Beschäftigungsprogramme auf meinen Antrag hin verankert werden. Sie haben sich bewährt. Es braucht keine zusätzlichen Erweiterungen im Gesetz.

Darum lehnt die SP-Fraktion den Antrag der Minderheit Bugnon zu Artikel 43 Absatz 4 ab.

Bei Artikel 45 Absatz 2 bitte ich Sie, den Minderheitsantrag Schenker Silvia zu unterstützen. Die Festlegung der Ausreisefrist von 7 bis 30 Tagen ergibt sich ja bereits aus den Vorgaben der Rückführungsrichtlinien, sie entsprechen also bereits der heutigen Praxis.

Die restlichen vier Minderheitsanträge wurden mit klaren Mehrheiten in der Kommission abgelehnt; ich verzichte auf weitere Ausführungen. Die SP-Fraktion war immer mit der Mehrheit dabei. Ich bitte Sie, das Gleiche zu tun.

Fluri Kurt (RL, SO): Wir bitten Sie ebenfalls, sich überall der Mehrheit anzuschliessen, inklusive bei Artikel 43, auf den ich gleich zu sprechen komme.

Hier geht es meines Erachtens wenigstens zum Teil um ein Missverständnis. Wenn verlangt wird, dass unentgeltliche Arbeitsleistungen zugunsten der öffentlichen Hand nicht unter das Arbeitsverbot fallen, dann ist das ein Widerspruch in sich selbst, indem die unentgeltliche Arbeitsleistung eben nicht eine Erwerbstätigkeit ist. Artikel 43 trägt den Titel «Bewilligung zur Erwerbstätigkeit». Deswegen möchte ich insbesondere auch die CVP-Fraktion bitten, sich das noch einmal zu überlegen, bevor sie hier der Minderheit zustimmt, die meines Erachtens von falschen Voraussetzungen ausgeht. Die unentgeltliche Arbeitsleistung ist per Definition keine Erwerbstätigkeit und deshalb auch nicht verboten, ob wir das jetzt hier formulieren oder nicht.

Zum Antrag der Minderheit Schenker Silvia zu Artikel 45: Hier möchten wir die Fassung des Bundesrates übernehmen. Wir finden es sinnvoll, dass wir auch hier die Ausreisefrist etappieren oder abstufen, je nachdem, ob es sich eben um Entscheide im beschleunigten Verfahren oder um solche im erweiterten Verfahren handelt.

Artikel 46 Absatz 3 zum Monitoring könnte sich insofern kontraproduktiv auswirken, als bei einer Annahme des Minderheitsantrages Brand das Öffentlichkeitsprinzip, das ohnehin für die Verwaltungstätigkeit gilt, relativiert wird. Damit wird eigentlich ausgedrückt, dass alle anderen Monitorings, die ebenfalls sehr interessant sind, dann plötzlich nicht mehr als öffentlich erklärt würden. Wenn hier ein Monitoring als öffentlich erklärt wird, dann ist doch das eine Relativierung der Öffentlichkeit aller anderen Monitorings. Deswegen finden wir es erstens nicht nötig und zweitens möglicherweise kontraproduktiv und lehnen diesen Minderheitsantrag ab.

Die Minderheitsanträge zu den Artikeln 50 und 51 betreffen nicht einen Teil der Vorlage. Dazu gibt es auch keine Vernehmlassung. Es ist auch keine Relevanz hinter diesen Artikeln, indem es eben kaum Fälle des Zweitasylls gibt und auch die Problematik der Familienzugehörigkeit offenbar nicht akut ist.

Die Frage der Reisen in den Staat, in dem man verfolgt worden ist, ist offenbar ebenfalls ein Missverständnis. Wir haben jetzt verschiedentlich gehört, wie es sich mit diesen Eritreern verhält, die zum Teil eben anderen Regimes angehört haben

und deswegen nun in ihr Land zurückreisen können. Ich verzichte auf weitere Ausführungen. Ich bitte Sie somit, überall der Mehrheit zuzustimmen.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich werde mich in diesem Block auf die Minderheitsanträge beschränken, die nicht umsetzbar oder nicht notwendig sind und deshalb vom Bundesrat zur Ablehnung empfohlen werden.

Ich komme zum Antrag der Minderheit Bugnon zu Artikel 43 Absatz 4: Sie beantragt eine Erweiterung der Ausnahmen vom Arbeitsverbot. Demnach sollen unentgeltliche Arbeitsleistungen für die öffentliche Hand oder zum Betrieb eines Bundeszentrums nicht unter das Arbeitsverbot fallen. Ich teile das Anliegen von Herrn Bugnon. Auch der Bundesrat ist der Meinung, dass Beschäftigung wichtig ist; eine Beschäftigung hilft auch, die Tage etwas zu verkürzen. Deshalb haben wir diese Möglichkeit bereits mit der Ausnahmeregelung für Beschäftigungsprogramme in die letzte Asylgesetzrevision eingefügt. Damit ist das Anliegen aus unserer Sicht abgedeckt. Die Ausnahmeregelung gilt nämlich für alle Beschäftigungsprogramme, das heisst auch für gemeinnützige Beschäftigungsprogramme, wie zum Beispiel das Putzen eines Seeufers oder Waldarbeiten. In der Regel werden dafür bescheidene Beiträge im Rahmen von Motivationsentschädigungen ausgerichtet.

Ich muss Ihnen aber schon auch sagen: Die Gemeinden achten sehr genau darauf – das wird gerade auch vom Gewerbe erwartet –, dass sie nicht plötzlich mit Asylsuchenden Arbeiten erledigen, die sie sonst eigentlich dem Gewerbe in Auftrag gegeben haben. Da muss sich jede Gemeinde doch auch sehr gut überlegen, was sie mit diesen Beschäftigungsprogrammen macht, damit sie nicht plötzlich dem Gewerbe Aufträge entzieht, die bis jetzt bezahlt wurden und von denen auch das lokale Gewerbe profitiert hat.

In diesem Sinne ist das Anliegen von Herrn Bugnon bereits mit der heutigen Regelung abgedeckt. Wir beantragen Ihnen, hier nichts Zusätzliches ins Gesetz zu schreiben.

Der Ständerat hat in seiner Beratung beschlossen, eine neue Bestimmung aufzunehmen. Dem Staatssekretariat für Migration soll die Möglichkeit eingeräumt werden, den Vollzug zu überwachen und gemeinsam mit den Kantonen ein Monitoring des Wegweisungsvollzugs zu erstellen. Die Minderheit Brand möchte bei Artikel 46 Absatz 3, dass in diese Bestimmung auch noch hineingenommen wird, dass dieses Monitoring öffentlich sein muss. Haben Sie schon etwas vom Öffentlichkeitsgesetz gehört? Diese zusätzliche Bestimmung ist deshalb nicht nötig. Sie wollen ja auch immer gerne schlanke Gesetze. Auch diese Berichte unterstehen dem Öffentlichkeitsgesetz und sind damit der Allgemeinheit grundsätzlich zugänglich zu machen.

Ich komme zu einem weiteren Antrag der Minderheit Brand, demjenigen zu Artikel 51 Absatz 1. Danach müssen Personen, welche um Familienasyl nachsuchen, von sich aus einen Nachweis für die Familienzugehörigkeit erbringen. Ich habe Ihnen zugehört, Herr Brand. In Ihrer Argumentation haben Sie eigentlich nur darauf hingewiesen, dass man mit DNA-Analysen abklären muss, ob es sich wirklich um ein leibliches Kind handelt oder nicht, wenn dies unklar ist. Genau das machen wir aber. Es ist so: Das ist eine der Möglichkeiten, die wir haben, um Abklärungen vorzunehmen.

Was Sie hier ins Gesetz schreiben wollen, ist aber etwas anderes. Sie wollen ins Gesetz schreiben, dass die Geschwister den Nachweis von sich aus erbringen müssen. Das heisst, dass sie im Heimatstaat wichtige Beweismittel für die Familienzugehörigkeit anfordern müssten; Sie wissen, dass gerade das unter Umständen ein Problem ist. Sie haben selbst gesagt, dass häufig keine Register bestehen. Wenn Flüchtlinge für den Familiennachzug Untersuchungen im Herkunftsland anstellen müssen, gefährden sie unter Umständen genau mit dieser Kontaktaufnahme ihre Familienangehörigen. Sie kennen den Begriff der Reflexverfolgung: Wenn Sie Flüchtlinge zwingen, für den Familiennachzug eine Kontaktaufnahme im Heimatland vorzunehmen, riskieren Sie, dass Sie deren Familienangehörige in zusätzli-

che Gefahr bringen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das wollen. Was Sie hier gefordert haben, wird wie gesagt bereits heute gemacht; dazu müssen Sie diese Bestimmung nicht einfügen.

Ich komme jetzt noch zum Antrag der Minderheit Rutz Gregor zu Artikel 64: Sie möchte, dass das Asyl in der Schweiz erlischt, wenn Flüchtlinge freiwillig in den Staat reisen, in welchem sie Verfolgung geltend gemacht haben. Ich glaube, ich muss zu diesen Reisen etwas sagen. Ich kann Ihnen einfach sagen, Herr Rutz: Was Sie verlangen, ist geltendes Recht, das können Sie im Gesetz nachlesen. Wenn ein anerkannter Flüchtling in sein Heimatland zurückreist, wird ihm das Asyl aberkannt, und er verliert den Flüchtlingsstatus. Was heute gilt, geht sogar weiter als das, was Sie verlangen. Frau Nationalrätin Humbel hat mich gebeten, noch etwas zu diesen Reisefragen zu sagen. Ich spreche zuerst von den anerkannten Flüchtlingen – ich sage das einfach, damit das klar ist –: Anerkannte Flüchtlinge dürfen grundsätzlich reisen. Sie dürfen aber nicht in ihr Heimatland zurückreisen. Wenn sie das tun – das habe ich gerade gesagt, das ist geltendes Recht –, verlieren sie den Flüchtlingsstatus, dann wird ihnen die Flüchtlingseigenschaft aberkannt. Nun ist es aber so, dass anerkannte Flüchtlinge, z. B. wenn sie eine Niederlassungsbewilligung haben, weil sie schon lange in der Schweiz sind, den Flüchtlingsstatus zurückgeben und frei reisen können, auch in ihr Herkunftsland. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Viele Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei oder aus Ungarn, die vor langer Zeit in die Schweiz gekommen sind, sind heute nicht eingebürgert. Sie leben z. B. mit einer Niederlassungsbewilligung, sie haben ihren Flüchtlingsstatus zurückgegeben und reisen heute frei nach Ungarn oder Tschechien. Ich glaube, das ist für alle in dieser Saal eine absolute Selbstverständlichkeit. Stellen Sie sich vor, Sie würden sagen, die Menschen, die 1956 in die Schweiz gekommen seien, dürften nicht mehr zurück nach Ungarn. Das ist unvorstellbar! Das ist die heutige Realität. Es kann eben sein, dass ein Eritreer, wie ein Ungar oder ein Tscheche, den Flüchtlingsstatus erst aufgibt, wenn er eine Niederlassungsbewilligung hat, und erst dann reisen kann.

Jetzt komme ich zu den vorläufig Aufgenommenen und zu den Asylsuchenden, das ist ja bekanntlich eine andere Kategorie: Sie sind in ihrer Reisetätigkeit nicht nur in Bezug auf ihr Heimatland, sondern grundsätzlich massiv eingeschränkt. Wir haben 2012 die Verordnung geändert und ihre Reisetätigkeit zusätzlich eingeschränkt. Wenn Sie die Bewilligungen des Staatssekretariates für Migration für Reisen anschauen, sehen Sie: Seit dieser zusätzlichen Einschränkung in der Verordnung ist die Zahl der Bewilligungen noch einmal massiv zurückgegangen. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene dürfen in absolut begründeten Ausnahmefällen in ihr Heimatland zurückgehen, z. B. wenn es um einen Todesfall in der Familie geht.

Ich nenne Ihnen jetzt die Zahlen: Im Jahr 2013 hat das Staatssekretariat für Migration 16 Reisedokumente für Asylsuchende ausgestellt. Das waren nicht Dokumente für Reisen in den Heimatstaat, sondern Reisedokumente, die es Asylsuchenden ermöglichen, überhaupt zu reisen, das heisst, unser Land zu verlassen. Das ist die Realität. 2014 waren es 30 Reisedokumente. Noch einmal: Im Sinn einer absoluten Ausnahme kann es sein, dass in einem begründeten Fall jemand in sein Heimatland reisen kann. Das ist die Realität.

Dann wurde von einigen von Ihnen zu Recht gesagt, was das andere Problem ist: Falls jemand tatsächlich ins Heimatland reist, obwohl er das nicht tun darf, z. B. ein Flüchtling, müssen wir ihm das nachweisen können. Das ist wie gesagt das andere Problem. Dann ist es Aufgabe des Staatssekretariates für Migration, zusammen mit dem Grenzschutzkorps, den Zollbehörden oder der internationalen Gemeinschaft, an diese Informationen heranzukommen.

Ich hoffe, ich konnte diese Reisefragen für Sie ein bisschen klären. Ich bitte Sie, sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Rutz Gregor A. (V, ZH): Frau Bundespräsidentin, Sie haben auf Artikel 64 des Asylgesetzes verwiesen und gesagt, das sei bereits geltendes Recht. In Artikel 64 des Asylgesetzes steht das so nicht, sonst hätte ich ja keinen Antrag gestellt. Wenn es geltendes Recht wäre oder ist – was spricht denn dagegen, an dieser Stelle explizit festzustellen, dass das Asylrecht erlischt, wenn jemand in das Land zurückreist, in dem er verfolgt ist? Oder finden Sie es richtig, wenn das die Leute machen?

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Nein, ich finde es nicht richtig, es geht auch nicht. Aber ich habe Ihnen gesagt, dass es eben heute geltendes Recht ist. Ich liefere Ihnen nachher noch die genaue Nummer des entsprechenden Gesetzesartikels nach, damit Sie mir das hoffentlich auch glauben. Das Staatssekretariat für Migration hilft mir sicher dabei.

Humbel Ruth (CE, AG): Ich habe noch eine Frage zu den Zahlen. Sie haben jetzt gesagt, Sie hätten in 16 Fällen vorläufiger Aufnahme eine Bewilligung erteilt. Wie steht diese Zahl von 16 Fällen zu dieser enormen Zahl von 60 000 Bewilligungen in vier Jahren, wie das in den Zeitungen zu lesen war? Woher kommt dann diese Zahl?

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich muss das ganz präzise sagen: Ich habe «bei den Asylsuchenden» gesagt – Reisedokumente für Asylsuchende, nicht für vorläufig Aufgenommene.

Ich kann Ihnen noch die Zahlen für die vorläufig Aufgenommenen sagen, und zwar vor dem Inkrafttreten der Verordnungsänderung, die ich vorhin erwähnt habe, mit der wir die Reisemöglichkeiten insgesamt für vorläufig Aufgenommene eingeschränkt haben. Vor dem Inkrafttreten hat das Staatssekretariat für Migration jährlich zwischen 3000 und 3500 entsprechende Gesuche von vorläufig Aufgenommenen bewilligt. Seit der neuen Regelung ist diese Zahl auf rund 700 im Jahr 2013 zurückgegangen. Im Jahr 2014 waren es 1500 für vorläufig Aufgenommene.

Jetzt sage ich Ihnen nochmals die Zahl der Reisedokumente für Asylsuchende, aber nicht für den Heimatstaat, sondern um überhaupt unser Land zu verlassen: Reisedokumente für Asylsuchende gab es im Jahr 2013 insgesamt 16, und im Jahr 2014 waren es 30.

Ich hoffe, ich konnte diese Frage auch beantworten.

Amarelle Cesla (S, VD), pour la commission: Nous parvenons au terme de la discussion sur ce bloc 3 qui contient, entre autres, à l'article 43 alinéa 1, la disposition selon laquelle tant qu'un requérant d'asile réside dans un centre de la Confédération, il a l'interdiction de travailler. Les autres dispositions de ce bloc concernent divers changements en rapport avec le renvoi et l'exécution du renvoi, aux articles 45 à 46.

L'article 45 règle le contenu de la décision de renvoi, de même que les délais de départ pour quitter la Suisse. L'article 46 règle les compétences cantonales dans le cadre de l'exécution du renvoi; elle relève de la compétence du canton d'origine qui abrite le centre de la Confédération. Un autre canton peut être compétent pour exécuter le renvoi, les exceptions sont réglées à l'article 46 alinéa 1bis.

Nous sommes, dans ce bloc, en présence de six minorités. Je me permettrai de vous présenter les trois premières.

A l'article 43, la proposition de la minorité Bugnon vise à compléter l'alinéa 4 pour autoriser le travail à la personne «qui participe à des programmes d'occupation ou qui travaille gratuitement pour le compte des pouvoirs publics ou dans le cadre de la gestion du centre dans lequel il séjourne». Par 13 voix contre 11 et 0 abstention, la commission vous recommande de rejeter cette proposition, car elle considère qu'elle se fonde sur une confusion entre les activités rémunérées et celles qui sont gratuites. Les activités gratuites ou symboliques ne doivent pas être traitées dans le cadre des exceptions à l'interdiction de travailler, comme c'est le cas dans cette disposition. La proposition induit une

certaine confusion et pour cette raison, la commission vous recommande de la rejeter.

A l'article 45 alinéa 2, la minorité Schenker Silvia – qui propose de suivre le Conseil des Etats – prévoit de donner plus de flexibilité dans le cadre de la fixation du délai de départ, quel que soit le type de procédure, qu'on soit dans une procédure accélérée ou dans une procédure étendue. Par 14 voix contre 9 et 0 abstention, la commission soutient la version du Conseil fédéral qui prévoit un délai de départ de sept à trente jours, pour la simple et bonne raison que ce délai figure dans la directive sur le retour qui s'applique à la Suisse puisqu'elle est un développement de l'acquis de Schengen.

A l'article 46, la proposition de la minorité Brand vise à rendre public le suivi de l'exécution des renvois, lequel est effectué de manière très régulière par le Secrétariat d'Etat aux migrations.

Par 13 voix contre 7 et 2 abstentions, la commission vous invite à rejeter cette proposition de minorité qui pourrait nuire au climat de travail et à la collaboration avec les cantons qui, actuellement, est extrêmement bonne.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Die Minderheit Rutz Gregor möchte Artikel 50, «Zweitasyll», aufheben. Im Rahmen der Europäischen Vereinbarung über den Übergang der Verantwortung für Flüchtlinge hat sich die Schweiz bereiterklärt, die Verantwortung für einen Flüchtling zu übernehmen, wenn sich dieser während eines Zeitraums von zwei Jahren tatsächlich und ununterbrochen mit Zustimmung der schweizerischen Behörden in der Schweiz aufhalten hat. Sollte diese Möglichkeit des Zweitasylls in Artikel 50 des Asylgesetzes, wie von der Minderheit gefordert, aufgehoben werden, müsste das entsprechende Übereinkommen gekündigt werden. Folglich wäre auch der Übergang der Verantwortung für einen von der Schweiz anerkannten Flüchtling auf einen anderen Vertragsstaat der Vereinbarung ausgeschlossen. Auch andere europäische Staaten – beispielsweise Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich – haben diese Vereinbarung ratifiziert. Hinzu kommt, dass die Zahl der Fälle, in denen die Schweiz Zweitasyll gewährt, gering ist. So wurde von Anfang 2014 bis heute lediglich zehn Personen Zweitasyll gewährt.

Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 13 zu 6 Stimmen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Die Minderheit Brand möchte in Artikel 51 Absatz 1 eine Ergänzung anbringen, wonach der Nachweis der Familienzugehörigkeit von den Gesuchstellern zu erbringen ist. Sie haben dazu die ausführliche Argumentation der Bundespräsidentin gehört. Die Kommissionmehrheit teilt diese Argumentation, das ist ausgiebig diskutiert worden.

Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 14 zu 6 Stimmen, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Dann haben wir noch den Antrag der Minderheit Rutz Gregor zu Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe e. Hier beantragt die Minderheit Rutz Gregor, einen neuen Grund für das Erlöschen des Asyls einzufügen. Auch dazu hat sich die Frau Bundespräsidentin geäußert, und sie hat versprochen, noch eine Erklärung nachzuschicken.

Die SPK hat diesen Antrag diskutiert und ihn mit 14 zu 7 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Also, Herr Rutz: Es ist Artikel 63, «Widerruf». In Artikel 63 Absatz 1 Buchstabe b des geltenden Asylgesetzes heisst es: «Das SEM widerruft das Asyl oder aberkennt die Flüchtlingseigenschaft aus Gründen nach Artikel 1 Buchstabe c Ziffern 1–6 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.» Der Artikel verweist also auf die Flüchtlingskonvention. Ich lese Ihnen jetzt den entsprechenden Passus aus der Flüchtlingskonvention vor: «... wenn sie sich freiwillig wieder unter den Schutz des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, gestellt hat.» Das ist das, was Sie fordern.

Art. 43*Antrag der Mehrheit**Abs. 1, 4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Bugnon, Amaudruz, Brand, Clottu, Fehr Hans, Humbel, Lehmann, Pantani, Pfister Gerhard, Rutz Gregor, Streiff)

Abs. 4

... berechtigt sind, an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen oder unentgeltliche Arbeitsleistungen zugunsten der öffentlichen Hand oder zum Betrieb des Zentrums erbringen, unterliegen dem Arbeitsverbot nicht.

Art. 43*Proposition de la majorité**Al. 1, 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Bugnon, Amaudruz, Brand, Clottu, Fehr Hans, Humbel, Lehmann, Pantani, Pfister Gerhard, Rutz Gregor, Streiff)

Al. 4

... conformément aux dispositions de la police des étrangers, qui participe à des programmes d'occupation ou qui travaille gratuitement pour le compte des pouvoirs publics ou dans le cadre de la gestion du centre dans lequel il séjourne ne tombe pas sous le coup de l'interdiction de travailler.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 297)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 77 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 45*Antrag der Mehrheit**Abs. 1 Bst. c, 2bis*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schenker Silvia, Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Streiff, Tschümperlin)

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 45*Proposition de la majorité**Al. 1 let. c, 2bis*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Streiff, Tschümperlin)

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 298)

Für den Antrag der Mehrheit ... 128 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 56 Stimmen

(2 Enthaltungen)

Art. 46*Antrag der Mehrheit**Abs. 1bis, 1ter, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Erweist sich der Vollzug aus technischen Gründen als nicht möglich, so beantragt der Kanton dem SEM die Anordnung einer vorläufigen Aufnahme.

Antrag der Minderheit

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Abs. 3

... ein öffentliches Monitoring des Wegweisungsvollzugs.

Art. 46*Proposition de la majorité**Al. 1bis, 1ter, 3*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

S'il s'avère que, pour des raisons techniques, l'exécution du renvoi n'est pas possible, le canton demande au SEM d'ordonner l'admission provisoire.

Proposition de la minorité

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Al. 3

... un service public de l'exécution des renvois.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 299)

Für den Antrag der Mehrheit ... 133 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 50*Antrag der Minderheit*

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Aufheben

Art. 50*Proposition de la minorité*

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Abroger

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 300)

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

Dagegen ... 134 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 51 Abs. 1*Antrag der Minderheit*

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor) ... dagegen sprechen. Der Nachweis der Familienangehörigkeit ist von den Gesuchstellern zu erbringen.

Art. 51 al. 1*Proposition de la minorité*

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

... ne s'y oppose. Le requérant est tenu de fournir la preuve de son appartenance familiale.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 301)

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

Dagegen ... 133 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 52 Abs. 2*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 52 al. 2*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 64 Abs. 1 Bst. e***Antrag der Minderheit*

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

e. Flüchtlinge freiwillig in den Staat reisen, in welchem sie Verfolgung geltend gemacht haben.

Art. 64 al. 1 let. e*Proposition de la minorité*

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

e. lorsque le réfugié se rend de son plein gré dans le pays dans lequel il a indiqué être victime de persécution.

Abstimmung – Vote(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 302)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 133 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 68 Abs. 3; 69 Abs. 1; 72; 75 Abs. 4; 76 Abs. 5; 78 Abs. 4*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 68 al. 3; 69 al. 1; 72; 75 al. 4; 76 al. 5; 78 al. 4*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Block 4 – Bloc 4***Sozial- und Nothilfe; Bundesbeiträge**Aide sociale et aide d'urgence; subventions fédérales*

Pantani Roberta (V, TI): All'articolo 80 capoverso 4 si parla di lezioni scolastiche a minorenni che soggiornano in un centro della Confederazione. Nella versione del Consiglio degli Stati si indica che queste lezioni, a dipendenza delle necessità, possono essere tenute in questi centri. Nel caso in cui eccezionalmente venissero organizzate dal cantone, lo stesso deve giustamente essere indennizzato dalla Confederazione. Si tratta, anche in questo caso, di non riversare ai cantoni costi derivanti da compiti che potrebbero non essere di loro competenza. L'organizzazione di lezioni scolastiche all'interno dei centri di registrazione e di procedura potrebbe essere a carico della Confederazione in quanto comunque la permanenza dei richiedenti l'asilo potrebbe essere limitata, essendo obiettivo della Confederazione e di questa revisione quello di accorciare le procedure e arrivare a decisioni rapide sulle domande di asilo.

Per quanto riguarda la minoranza l'articolo 88 capoverso 3: è noto che nella maggior parte dei casi i richiedenti l'asilo e le persone bisognose di protezione con un permesso di soggiorno rimangono sul nostro territorio per ben più di cinque anni. Dopo questo termine, le persone che per la maggior parte beneficiano di prestazioni sociali sono a carico del cantone a cui sono attribuiti. Si chiede per questo motivo che la Confederazione si prenda la sua responsabilità nello svolgimento delle procedure e che quindi si prenda a carico per ulteriori due anni i costi derivanti dai ritardi, soprattutto nel caso in cui, come indicato nel capoverso 3bis, per un motivo o per l'altro queste persone siano impossibilitate al ritorno oppure anziane. Inoltre, se guardiamo l'articolo 87 della legge federale sugli stranieri, per quanto riguarda le ammissioni provvisorie sono pagati importi forfetari ai cantoni per sette anni. Come mai, quindi, in questa legge abbiamo cinque anni? Si lascia in pratica alla Confe-

derazione la facoltà di attribuire ad una categoria piuttosto che ad un'altra il richiedente l'asilo, in modo tale da gestire le risorse finanziarie. E vero che, se questa proposta di emendamento venisse accettata, il maggior costo per la Confederazione sarebbe di oltre 300 milioni di franchi l'anno. E altrettanto vero però che ciò potrebbe anche non avvenire, considerato che l'obiettivo di questa riforma è quello di accelerare le procedure. La Confederazione, se è convinta di ciò che sta facendo, potrebbe anche assumersi il rischio.

All'articolo 91 capoverso 2ter è importante sottolineare che il cambiamento di questo articolo di legge mi disturba parecchio. Questo articolo formulato nella legge rivista nel 2013 era stato ripreso in toto della commissione, in quanto dopo aver sentito le spiegazioni da parte mia sugli interventi di polizia causati dalla presenza dei richiedenti l'asilo su territorio comunale, si decise a quel momento di risarcire i cantoni sede di un centro di registrazione per i maggiori costi di sicurezza causati. Oggi all'articolo 41 dell'ordinanza 2 sull'asilo sono definiti importi e numeri: 110 000 franchi sono riconosciuti per ogni 100 posti disponibili. Oggi, questi importi sono versati ai cantoni che a loro volta indennizzano in parte i comuni sede di un centro di registrazione. Vale per il Ticino con Chiasso, per Vaud con Vallorbe, per Basilea Città con Basilea, per San Gallo con Altstätten e per Turgovia con Kreuzlingen. Oggi si vuole cambiare questa formulazione. Da un obbligo si vuole passare ad una facoltà di riconoscere questi importi. Mi piacerebbe sapere che cosa ne pensa in merito la CDDGP.

Es ist richtig, dass die Sicherheit eine Sache der Kantone ist. Aber in diesem Fall handelt es sich um keine normale Sicherheitsituation im Kanton, sondern um eine spezielle und ausserordentliche, die durch die Präsenz der Asylsuchenden im Kanton und in den Gemeinden verursacht wird. Wenn zudem eine Gemeinde zusätzlich gemäss Artikel 24a Sitz eines der berühmten besonderen Zentren für Asylsuchende ist, das die öffentliche Sicherheit erheblich stört, müssen höhere Pauschalbeiträge vorgesehen werden.

Nel caso in cui dovessero venire allestiti centri particolari per l'alloggio di richiedenti l'asilo renitenti, si chiede anche che la Confederazione indennizzi in maniera più importante i cantoni sede di questi centri per i maggiori costi di sicurezza derivanti dalla presenza sul territorio.

Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen, vor allem die Vertreter der betroffenen Kantone, d. h. der Kantone Tessin, Waadt, Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau. Vi chiedo anche di sostenere tutte le altre proposte di minoranza di questo blocco.

Brand Heinz (V, GR): Ich möchte drei Minderheitsanträge begründen.

Der erste Minderheitsantrag betrifft Artikel 82 Absatz 1bis. Mit diesem Minderheitsantrag beantrage ich, dass wir endlich einmal Klarheit in diesen Nothilfebegriff bringen. Wir sollten insbesondere klären, wie lange Nothilfe ausgerichtet wird. Wir wissen alle, dass abgewiesene Asylsuchende, die die Ausreise verweigern und die nicht ausgeschafft werden können, sich auf eine Notlage berufen können und damit auch in den Genuss von Nothilfe kommen. Diese Ausrichtung der Nothilfe ist rechtsstaatlich höchst problematisch, zum einen, weil die Betroffenen den rechtsstaatlich getroffenen Entscheid nicht respektieren, zum andern, weil illegal anwesende Personen staatlich unterstützt werden. Diesem Umstand ist nach meiner Beurteilung mit dieser Gesetzesänderung jetzt endlich ein Ende zu setzen. Das soll geschehen, indem die Dauer der Ausrichtung der Nothilfe zeitlich beschränkt wird. Die Kommissionen schlägt Ihnen vor, diese Frist auf höchstens 90 Tage zu beschränken.

Mein zweiter Minderheitsantrag betrifft Artikel 88 Absatz 3bis. Auch hier geht es um Unterstützungsleistungen, auch hier geht es um Pauschalen. Pauschalen – da bin ich mit der Bundesverwaltung und der Kommissionsmehrheit einverstanden – sind an sich ein gutes Mittel zur Abgeltung von Aufträgen, die von den Kantonen, allenfalls sogar von den Gemeinden übernommen werden. Pauschalen sind ein gutes Instrument für gleichgelagerte Fälle. Wir haben es hier

aber mit Personen zu tun, welche besondere Kosten generieren; es sind dies beispielsweise unbegleitete Minderjährige, besonders betreuungsbedürftige Personen, Personen mit Sondersettings usw. Ich beantrage Ihnen deshalb, hier eine Sonderregelung im Rahmen von Pauschalen einzuführen, nämlich eine erhöhte Pauschale für Sonderfälle mit gesteigertem Betreuungsbedürfnis.

Frau Bundespräsidentin Sommaruga wird mir sagen, man werde ein Monitoring machen und im Rahmen dieses Monitorings dann die entsprechenden Korrekturen vornehmen. Wenn man dabei zur Erkenntnis kommt, dass tatsächlich eine höhere Leistung gerechtfertigt ist, muss der Bund dann auch noch zahlen wollen. Wenn ich zurückdenke, wie lange man beim Bund auf der Matte gestanden ist, bis die Betreuungspauschalen für Häftlinge, die Haftpauschalen, erhöht worden sind, dann kann ich Ihnen sagen, dass das Monitoring alleine nicht unbedingt ein Grund ist, davon auszugehen, dass die Kantone dann tatsächlich auch das bekommen und vor allem rechtzeitig bekommen, was ihnen zusteht.

Ich komme damit noch zum dritten Minderheitsantrag, zu Artikel 87 Absatz 3 AuG. Dieser betrifft auch eine Entschädigungsfrage, aber bei einer ganz anderen Thematik. In Artikel 87 Absatz 3 wird festgehalten, dass Personen, die vorläufig aufgenommen werden, nach sieben Jahren in die Zuständigkeit der Kantone übergehen. Das heisst, bis sieben Jahre bezahlt der Bund mittels Pauschalen, ab sieben Jahren ist es Sache der Kantone. Es ist eine Tatsache, dass Personen, die nach sieben Jahren immer noch vorläufig aufgenommen sind, problematische Personen sind, zum einen weil sie z. B. krank sind, zum andern weil sie entweder renitent sind oder sonst nicht die Voraussetzungen für eine humanitäre Aufenthaltsbewilligung erfüllen. Es sind alles Personen, die den Kantonen hohe Unterstützungskosten abverlangen.

Die Erteilung der vorläufigen Aufnahme ist alleine Sache des Bundes. Die Kantone werden hier nicht angehört. Die Kantone tragen also die Konsequenzen der Praxis der Anordnung oder allenfalls auch der Nichtaufhebung der vorläufigen Aufnahme. Sie haben keine Einflussmöglichkeiten und sind damit den Kostenfolgen beliebig ausgeliefert. Diese Regelung wurde im Rahmen einer Asyldebatte vor einigen Jahren hier im Saal ohne vorangehendes Vernehmlassungsverfahren und überstürzt eingeführt. Es besteht nach meinem Dafürhalten deshalb durchaus die Möglichkeit, auf diesen Entscheid zurückzukommen. Wenn man die Regelung der Unterstützung der vorläufig Aufgenommenen bis zu deren Ausreise bzw. Aufenthaltsregelung in der Kompetenz des Bundes behalten würde, hätte das eine Gleichbehandlung der Kantone zur Folge.

Ich beantrage Ihnen deshalb mit meiner Minderheit, die Kantone bezüglich der Unterstützungsleistungen der vorläufig Aufgenommenen gleich zu behandeln, und zwar von der Anordnung der vorläufigen Aufnahme bis hin zur Aufhebung der vorläufigen Aufnahme.

Fehr Hans (V, ZH): Ich bitte Sie, den folgenden drei Minderheitsanträgen zuzustimmen.

Bei Artikel 82 geht es um bekanntes Recht: Wer eine definitive Wegweisungsverfügung erhalten hat, bekommt nach heutigem Recht keine Sozialhilfe mehr, aber er bekommt die sogenannte Nothilfe. Meine Minderheit ist der Meinung, dass auch die Nothilfe an gewisse Bedingungen gebunden sein soll – das kann man mit Fug und Recht verlangen. Wenn Sie sehen, dass Leute weiterhin fast unbegrenzt Nothilfe beziehen, aber zum Beispiel die Mitwirkungspflichten verletzen, wissen Sie, dass das ungerecht ist. Jetzt wird man vonseiten der Verwaltung kommen und sagen: Ja Moment, das Bundesgericht sieht das anders! Das kann sein. Aber wir sind ja hier, um neues Recht zu schaffen. Wir schaffen hier neues Recht, an das sich nachher das Bundesgericht und die Gerichte generell zu halten haben.

Darum bitte ich Sie, diesem Minderheitsantrag zu Artikel 82 zuzustimmen, in der Meinung, dass auch der Asylsuchende, der Nothilfe bezieht, eine gewisse Verantwortung hat. Durch

sein Verhalten hat er es ja in der Hand, ob er Nothilfe bekommt oder ob er sie nicht bekommt. Diese Bedingungen sollen also erfüllt sein.

Beim nächsten Minderheitsantrag geht es um die Pauschalabgeltungen. Die Kantone erhalten bekanntlich Pauschalabgeltungen, und es kommt bei gewissen Kantonen – vor allem bei gewissen – zu «Vollzugsversäumnissen», wie man das so schön formuliert. Nun steht in Artikel 89b, dass der Bund bei Vollzugsversäumnissen die Pauschalen an die Kantone zurückfordern oder künftig streichen kann. Meine Minderheit ist der Meinung, dass anstelle der Kann- eine Ist-Formulierung stehen muss, das heisst, dass es dann heissen soll: «Der Bund fordert bereits ausgerichtete Pauschalabgeltungen nach Artikel 88 ... zurück», wenn eben die Vollzugsaufgaben durch die Kantone nicht erfüllt werden. Die zwei Kann-Formulierungen sollen also durch Ist-Formulierungen ersetzt werden, dann haben Sie eine klare Situation. Am Schluss wird beim Ständerat beziehungsweise bei der Mehrheit noch eingeschränkt, man solle diese Pauschalabgeltungen kürzen oder aussetzen können, «wenn keine entschuldbaren Gründe vorliegen». Auch diese Hintertüre muss weg, denn «entschuldbare Gründe» wird man immer finden. Genau das beinhaltet mein Minderheitsantrag I zu Artikel 89b.

Der letzte Minderheitsantrag ist eine einfache Sache. Da geht es um Rückkehrhilfe und entsprechende Programme im Ausland. Ich weiss nicht, ob Sie sich die Mühe genommen haben, Artikel 93 Absatz 2 zu lesen. Ich möchte Ihnen das ersparen, das dauert zu lange. Es ist ein unglaubliches Beamtendeutsch, was da steht. Deshalb gibt es den Minderheitsantrag, der klipp und klar sagt: «Mit Programmen im Ausland leistet der Bund einen Beitrag zur Prävention irregulärer Migration.» Das ist eine klare Formulierung.

Das sind diese drei Minderheitsanträge. Sie schaffen Klarheit, sie schaffen Einheitlichkeit, und sie schaffen Gerechtigkeit – vor allem der erste Minderheitsantrag, der für die Nothilfe gewisse Bedingungen stellt, die erfüllt sein müssen, das nach Beurteilung der Minderheit mit Fug und Recht. Darum bitte ich Sie um ein dreimaliges Ja.

Amaudruz Céline (V, GE): Ma proposition de minorité au bloc 4 concerne l'article 84 relatif aux allocations pour enfants octroyées aux requérants dont les enfants vivent à l'étranger. L'article 84 actuel prévoit que: «Pour les requérants dont les enfants vivent à l'étranger, les allocations sont retenues pendant la durée de la procédure. Elles sont versées lorsque le requérant est reconnu comme réfugié ou admis à titre provisoire au sens de l'article 83 alinéas 3 à 5 de la loi sur les étrangers.»

Je vous propose de modifier l'article de la manière suivante: «Pour les requérants dont les enfants vivent à l'étranger, les allocations ne sont versées que lorsque le requérant est reconnu comme réfugié.» Il n'y a en effet pas lieu de retenir des allocations s'il n'est pas certain qu'elles seront versées. Soit le requérant est reconnu comme réfugié et il y a alors lieu de verser les allocations, soit le statut de réfugié n'est pas accordé et il n'y a pas lieu de retenir les allocations.

Schenger Silvia (S, BS): In diesem Block habe ich zwei Minderheitsanträge gestellt, die ich nun gleichzeitig begründen möchte.

In Artikel 89b geht es um eine Bestimmung, die in der ursprünglichen Vorlage nicht enthalten und darum auch nicht Teil der Vernehmlassungsvorlage war. Der Ständerat hat diese Bestimmung in die Vorlage eingefügt, weil er damit gegenüber den Kantonen, welche beim Vollzug der Wegweisungen etwas zurückhaltend sind, ein Zeichen setzen wollte. Dieser Artikel gibt dem Bund die Möglichkeit, Pauschalabgeltungen wieder zurückzufordern.

Anlässlich des Hearings in der Kommission wurde uns von den Vertretern der Kantone sehr eindrücklich geschildert und gezeigt, dass die Kantone diese Vorlage mittragen und bereit sind, auch ihren Teil der Verpflichtungen einzuhalten. Ich habe mir anlässlich dieses Hearings erlaubt, die beiden Kantonsvertreter zu fragen, ob die Kantone mit dieser Be-

stimmung hier auch einverstanden seien. Herr Regierungsrat Käser sagte zwar, das sei so, hat aber auf meine Nachfrage diese Aussage etwas relativiert. In der Zwischenzeit wissen wir, dass es Kantone gibt, die mit dieser Bestimmung ganz grosse Mühe haben. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, diese Bestimmung wieder zu streichen und bei der ursprünglichen Fassung des Bundesrates zu bleiben. Wir sollten nicht riskieren, dass die gute Akzeptanz der Vorlage durch diese Bestimmung gefährdet wird.

Der zweite Minderheitsantrag betrifft Artikel 86 des Ausländergesetzes. Dort geht es um ein Thema, das in den letzten Wochen kontrovers diskutiert wurde, nämlich um die Frage, ob Asylsuchende und/oder Leute mit einer vorläufigen Aufnahme Bargeld erhalten sollen. Es gab um den Artikel in der Kommission eine längere Diskussion. Wie Sie sehen, fand der Antrag Fehr Hans eine Mehrheit. Der Mehrheit war es offenbar ein Anliegen, dass die Unterstützungsleistungen für Personen mit einer vorläufigen Aufnahme möglichst in Form von Sachleistungen ausgerichtet werden. Ich bitte Sie, hier beim Ständerat respektive beim Bundesrat zu bleiben. Erstens ist es in der Kompetenz der Kantone, zu entscheiden, in welcher Form sie die Leistungen ausrichten. Die einen finden es sinnvoller und besser, Lebensmittel oder Gutscheine abzugeben; andere finden es besser und einfacher, die Unterstützung in Form von Geld auszurichten.

Wir sollten den Kantonen diese Freiheit lassen und sie hier nicht unnötig einschränken. Ich persönlich störe mich nicht daran, wenn vorläufig Aufgenommene Bargeld erhalten. Es hat aus meiner Sicht auch etwas mit Würde zu tun, wenn man den Menschen eine minimale Freiheit gibt, das Geld, das wenige Geld, das sie erhalten, so auszugeben, wie sie das möchten.

Fehr Hans (V, ZH): Der ganze Block 4 umfasst ziemlich viele Artikel des Asylgesetzes, von Artikel 80 bis Artikel 94, dazu dann noch Bestimmungen des Ausländergesetzes. Aus Sicht der SVP-Fraktion lässt sich das wie folgt zusammenfassen: Sie werden bass erstaunt sein, aber ich plädiere dafür, alle Minderheitsanträge aus der SVP-Fraktion zu befürworten und den Rest abzulehnen, weil eigentlich nur die SVP-Anträge Sinn machen, Herr Glättli.

Bei Artikel 80 geht es um die Zuständigkeit für den Schulunterricht. Es ist ja in der Regel so, dass Grundschulunterricht in den Asylzentren erteilt wird. Das ist Sache des Bundes. Jetzt kann es aber in Ausnahmefällen vorkommen, dass die Standortkantone das übernehmen, und dann sollen sie das Anrecht auf entsprechende Bundesbeiträge haben.

Unsere Position zu Artikel 82, «Sozialhilfeleistungen und Nothilfe», habe ich bereits erläutert. Es geht hier um die Minderheitsanträge Brand und Fehr Hans, wonach die Nothilfe erstens maximal 90 Tage lang ausgerichtet wird und zweitens auch an gewisse Bedingungen gebunden wird: Bei Leuten, die die Mitwirkung bei der Identitätsabklärung und dergleichen, bei der Beschaffung von Papieren verweigern, fällt auch die Nothilfe dahin. Sie haben es also, wie erwähnt, in der Hand, ob sie diese Hilfe erhalten.

Artikel 84 betrifft die Kinderzulagen für im Ausland lebende Kinder. Sie sollen nur ausgerichtet werden, wenn die asylsuchende Person als Flüchtling anerkannt wird. Ansonsten ist einem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Das ist ein wichtiger Artikel, um Klarheit zu schaffen. Ich bitte auch hier um Zustimmung.

Wenn sich die Kantone Vollzugsversäumnisse zuschulden kommen lassen, besteht, wie ich bereits erwähnt habe, ein Regulativ betreffend die Pauschalabgeltung. Es bestehen Sanktionsmöglichkeiten, damit diese Versäumnisse geahndet werden; sie sollen nicht bloss geahndet werden können.

Artikel 91 besagt, dass erhöhte Pauschalen an Sicherheitskosten möglich sein sollen, beispielsweise in Chiasso oder andernorts. Das ist auch richtig.

Zusammengefasst: Alle Minderheitsanträge vonseiten der SVP-Fraktion – Brand, Fehr Hans, Pantani, Amaudruz – bitte ich Sie, weil sehr sinnvoll, zu unterstützen. Sie schaffen Ordnung, sie setzen keine falschen Anreize. Sie bringen Sank-

tionen dort, wo Sanktionen nötig sind. Aber die anderen Minderheitsanträge bitte ich Sie abzulehnen.

Fischer Roland (GL, LU): Die Grünliberalen werden auch in diesem vierten Block bei fast sämtlichen Artikeln der Mehrheit der Kommission folgen. Es gibt eine Ausnahme, es handelt sich um Artikel 86 des Ausländergesetzes: Bei den Sachleistungen unterstützen wir die Minderheit Schenker Silvia.

Ich möchte gleich auf diesen Punkt eingehen: Die Kommissionmehrheit will, dass insbesondere für vorläufig aufgenommene Personen die Sozial- und Nothilfe nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen auszurichten sei und dass auch der Ansatz für diese Leistungen unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung liegen solle. Wir lehnen das aus folgenden Gründen ab: Zum einen muss erwähnt werden, dass die Nothilfe nach geltendem Recht nach Möglichkeit in der Form von Sachleistungen ausgerichtet werden kann und teilweise auch wird. Zum andern sind hier die Kantone für die Ausrichtung der Sozialhilfe und der Nothilfe zuständig. An dieser Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen sollten wir nicht ohne Grund herumschrauben und jetzt nicht Aufgabenverschiebungen machen, die zur Problemlösung, um die es in diesem Gesetz geht, eigentlich gar nichts beitragen.

Hinzu kommt, dass die Ausrichtung von Sachleistungen nicht immer die beste und schon gar nicht immer die kostengünstigste Lösung ist, vor allem aus logistischen Gründen. In vielen Kantonen müssten wohl, wenn sie ein solches System noch nicht kennen, zusätzliche Strukturen aufgebaut werden. Ausserdem besteht auch bei Sachleistungen und beispielsweise bei Gutscheinen die Gefahr des Missbrauchs. Oder wenn dann die Asylbewerber überhaupt kein Taschengeld erhalten, könnte es auch sein, dass sie vermehrt auf andere Möglichkeiten ausweichen, um sich Geld zu beschaffen, was dann auch wieder nicht sinnvoll ist. Aber, wie schon gesagt, wir sollten dies den Kantonen überlassen und hier nicht zusätzlich regulieren. Die Kantone sind vor Ort. Sie können am besten beurteilen, was bei ihnen die optimale Lösung ist.

Ich möchte noch etwas zum Minderheitsantrag zu Artikel 87 bezüglich der Streichung der Begrenzung der Bundesfinanzierung sagen. Diesen Antrag lehnen wir vor allem deshalb ab, weil er eigentlich mit Fehlanreizen verbunden ist. Es muss doch das Ziel sein, dass die Flüchtlinge möglichst schnell und gut integriert werden, und die Integration ist Sache der Kantone. Ich möchte jetzt den Kantonen nicht einfach schlechte Absichten unterstellen, aber auch meine Erfahrung in der Finanzpolitik zeigt, dass die Kantone sehr wohl auch auf finanzielle Anreize reagieren. Welcher Kanton hat dann hier ein Interesse, die Flüchtlinge möglichst schnell zu integrieren und Integrationsprogramme zu finanzieren, wenn der Bund Pauschalen für die Sozialhilfe bezahlt, solange die begünstigten Personen nicht arbeiten? Wenn wir diesen Absatz hier streichen, dann schaffen wir meines Erachtens im föderalistischen Gefüge zwischen Bund und Kantonen einen gewissen Fehlanreiz, den wir hier nicht zulassen sollten. Hinzu kommen natürlich auch die finanziellen Konsequenzen für den Bund. Die Kantone würden zwar entlastet, der Bund hätte jedoch Mehrausgaben zu tragen. Das würde dann das finanzielle Gefüge im Föderalismus bei den Aufgaben zwischen Bund und Kantonen beeinträchtigen. Man müsste dann wohl auch, wenn man das tatsächlich so machen würde, Anpassungen beim Finanzausgleich prüfen. Ich bitte Sie deshalb hier, den Minderheitsantrag Brand abzulehnen. Bei allen restlichen Artikeln in diesem Block bitte ich Sie, der Mehrheit zu folgen.

Glättli Balthasar (G, ZH): Ich werde im Namen der Grünen einige Artikel herausgreifen, die uns besonders wichtig erscheinen, zum Beispiel Artikel 82 und den Minderheitsantrag Brand: Ich habe bis jetzt gemeint, dass die Verelendungstheorie eine etwas missgeleitete Theorie der intellektuellen Linken des letzten Jahrhunderts sei. Jetzt sehe ich sie wieder, in der Gestalt des Antrages der Minderheit Brand. Herr

Brand will nach 90 Tagen tatsächlich auch die Nothilfe stoppen. Sie können sich jetzt entscheiden: Wollen Sie lieber Leute, die keine andere Möglichkeit haben, als kriminell zu sein? Wollen Sie lieber Leute, die auf den Strassen betteln? Wollen Sie lieber Leute, die sich irgendwo ein Obdach suchen müssen, weil sie kein Obdach mehr haben? Wollen Sie lieber Leute, die krank sind oder verunfallt und keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben? Oder wollen Sie den Artikel der Bundesverfassung hochhalten, der besagt, dass jeder Mensch – jeder Mensch, und das ohne Bedingung – in diesem Land das Recht auf ein Leben in Würde hat, und wenigstens die Mindestleistungen, die man mit der Nothilfe erhält, auch nach 90 Tagen noch gewähren? Ich bin froh, dass die Minderheit Brand eine Minderheit ist.

In Artikel 89b geht es darum, dass den Kantonen finanzielle Daumenschrauben angelegt werden sollen, wenn sie die Rückschaffungs- oder Ausschaffungspolitik nicht so machen, wie das der Bund will. Ich meine, in einem Land, in dem man den Föderalismus hochhält, muss man mindestens mit der Mehrheit stimmen. Sinnvoller wäre die Minderheit II (Schenker Silvia). Aber stimmen Sie zumindest nicht mit der Minderheit I (Fehr Hans)! Mit dem Antrag der Mehrheit haben wir eine Kann-Formulierung, das heisst, die Kantone können untereinander und in Zusammenarbeit mit dem Bund ausmachen, welche Sanktionen allenfalls sinnvoll und welche falsch sind. Ich meine, sie wären grundsätzlich falsch.

Zum Schluss noch zu Artikel 86 des Ausländergesetzes: Dass der Vorschlag von Mitgliedern einer Partei kommt, die das Christliche auf ihre Fahnen geschrieben hat, geht bei mir eigentlich immer noch nicht runter. Es geht darum, dass vorläufig Aufgenommene nur noch Sachleistungen erhalten können sollten. Ich glaube, in einer kapitalistischen Gesellschaft – jetzt nehme ich den Begriff einmal im positiven Sinne in den Mund – ist es auch ein Teil der Freiheit, dass man über die Leistungen, die einem zustehen, frei verfügen kann. Das ist ein wesentlicher Punkt der Freiheit in dem von Ihnen vermutlich hier grösstmehrheitlich unterstützten Gedankengut einer kapitalistischen Gesellschaft. Hier sagen Sie nichts anderes, als dass Sie aus diesen Menschen Abhängige machen wollen, denen man einfach das ins Tütchen tut, was man für sie für richtig hält. Aus meiner Sicht ist das eine Entwürdigung von Menschen – eine Entwürdigung von Menschen, die unseren Schutz brauchen; sonst wären sie ja nicht vorläufig Aufgenommene.

Fehr Hans (V, ZH): Ganz kurz, Herr Glättli: In welcher Welt leben Sie eigentlich? (*Zwischenruf Glättli: In dieser Welt!*) Sie leben in einer anderen Welt als die Mehrheit der Bevölkerung. In welcher Welt leben Sie eigentlich, wenn Sie sagen, nach 90 Tagen solle die Nothilfe weitergehen? Soll sie ein Jahr lang weitergehen oder fünf Jahre oder zehn Jahre? Diese Leute müssen das Land verlassen, und Sie wollen ihnen auf unbegrenzte Zeit Nothilfe gewähren, und Sie sprechen von Entwürdigung. Das ist doch absurd!

Glättli Balthasar (G, ZH): Nein, absurd ist, was Sie vorschlagen. Sie schlagen vor, dass Menschen verelendet werden, dass man Menschen auf die Strasse stellt. Sie wollen unsere Städte unsicher machen, Sie wollen mehr Kriminalität. Das ist nicht unsere Politik.

Romano Marco (CE, TI): Auch in diesem Block wird die CVP/EVP-Fraktion jeweils die Anträge der Kommissionsmehrheit unterstützen.

Beim Grundschulunterricht ist es – dies bei der heutigen Entwicklung der Lage in Europa – wirklich notwendig, dass wir uns engagieren, damit vor allem kleine Kinder sofort mit unserer Realität vertraut werden. Es ist zu vermuten, dass besonders schutzwürdige Personen eine lange Zeit, sehr wahrscheinlich das ganze Leben, in der Schweiz verbringen werden. In der Schule beginnt die Integration, und ohne Integration werden wir künftig grosse Probleme haben. Man schaue nur, welche Probleme heute in anderen Ländern entstanden sind, weil diesbezüglich nichts getan worden ist.

In diesem Block wird die Nothilfe wieder Thema. Die geltenden Bestimmungen wurden in der letzten Revision verschärft und respektieren die Verfassungsbestimmung. Asylbewerber mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid bekommen keine Sozialhilfe, aber Nothilfe steht ihnen verfassungsmässig zu. In diesem Bereich müssen die Kantone beim Vollzug konsequent sein. Zu grosse interkantonale Unterschiede sind nicht akzeptabel und müssen gemildert werden. Es geht um die Glaubwürdigkeit des gesamten Systems. Die Wegweisungsentscheide müssen durchgesetzt werden. Da muss auch die Romandie ihre Verantwortung wahrnehmen.

Bezüglich der Pauschalabgeltung der Kantone für den Vollzug dieses Gesetzes unterstützt die CVP/EVP-Fraktion den bundesrätlichen Entwurf bzw. den ständerätlichen Beschluss. Es braucht keine zwingenden Formulierungen. Es handelt sich um eine Verbundaufgabe. Der Bund unterstützt die Kantone bei den Kosten, wo es nötig und wichtig ist. Die Gelder müssen zielgerichtet eingesetzt werden, wobei kein Kanton seinen Verpflichtungen nicht nachkommen darf. Bei fehlendem Engagement müssen die Abgeltungen gestrichen werden. Die Effizienz und Wirkung des ganzen Systems hängen vom Vollzug ab, vor allem vom Rückführung. Es ist nicht akzeptabel, dass Kantone in diesem Bereich aus politischen und ideologischen Gründen nicht handeln.

Fluri Kurt (RL, SO): Hier bitten wir Sie, mit einer Ausnahme, sich der Mehrheit anzuschliessen.

Zuerst zu Artikel 80 und der Minderheit Pantani: Die Kantone und auch die Erziehungsdirektorenkonferenz achten auf die Kompetenzordnung im Schulbereich. Wenn das tatsächlich eine Sorge der Kantone wäre, hätte sich inzwischen mit Sicherheit ein Kanton bei uns gemeldet und gesagt, dass wir das im Sinne der Minderheit korrigieren müssen. Das ist nicht der Fall. Die angebehrte Änderung betrifft geltendes Recht, und wir bitten Sie, beim geltenden Recht zu bleiben, weil uns vonseiten der Kantone kein entsprechender Wunsch zugekommen ist. Offenbar wollen sie diesen Schutz gar nicht, den ihnen die Minderheit angedeihen lassen will.

In Artikel 82 geht es um eine verfassungsrechtliche Frage. Artikel 12 der Bundesverfassung bestimmt ganz klar, dass jede Person Anspruch hat auf eine minimale Unterstützung, die sogenannte Nothilfe. Wir erinnern uns an einen Bundesgerichtsentscheid, der diesbezüglich ganz klar war. Ich erinnere diejenigen Kreise, die diese Minderheit unterstützen wollen, auch daran, dass gerade im Parlament die Verfassungskonformität seinerzeit abgelehnt worden ist, mit dem Hinweis darauf, dass es Sache des Parlamentes ist, die Verfassung zu befolgen. Deswegen müssen wir auch hier Artikel 12 der Bundesverfassung befolgen und dürfen diese Nothilfe nicht streichen, weil es eben ganz klar verfassungswidrig ist.

Im Übrigen nur noch ein paar Zahlen: In meinem Kanton, im Kanton Solothurn, beträgt die Nothilfe für eine Person für Nahrung und Hygiene 9 Franken. Bei einer weiteren Person gibt es 8 Franken, degressiv dann 7 Franken im Rahmen einer sogenannten Unterstützungseinheit. Für eine Einheit von zwei Personen gibt es also nicht etwa 18 Franken, sondern 16 Franken, für drei Personen 21 Franken und dann für jede weitere Person 7 Franken mehr für Nahrung und Hygiene pro Tag. Ich glaube nicht, dass jemand wegen diesen Beträgen in unserem Lande bleibt.

Bei Artikel 84 haben wir die Minderheit Amaudruz. Sie will hier auch geltendes Recht verändern und eine Ungleichbehandlung zwischen den Flüchtlingen und den vorläufig Aufgenommenen einführen. Hier verweisen wir auf das Postulat der SPK zum Status der vorläufigen Aufnahme (14.3008) – ich komme später darauf zurück.

Bei Artikel 48 gibt es weiter die Minderheit I (Pantani), welche die Ausrichtung der Pauschalen für Flüchtlinge vom Bund an die Kantone von fünf auf sieben Jahre verlängern will. Hier geht es um ein Thema, das in den Asylkonferenzen zwischen Bund, Kantonen und den Kommunalverbänden ausgehandelt worden ist, hier natürlich konkret zwischen

dem Bund und den Kantonen. Es geht notabene um insgesamt 300 Millionen Franken pro Jahr, die vom Bund zusätzlich übernommen werden müssten. Sie können sich vorstellen, dass das kein Pappenstiel ist. Nicht zuletzt deswegen hat man sich eben bei diesen Asylkonferenzen über mehrere Punkte geeinigt, und es wäre falsch, jetzt diesen einen herauszubrechen und damit das ganze Finanzierungssystem wieder infrage zu stellen.

In Artikel 89b geht es beim Minderheitsantrag I (Fehr Hans) um die Frage, ob der Bund einen gewissen Ermessensspielraum behalten soll oder nicht. Wir sind der Auffassung, dass eben die Begriffe «mangelhafte Erfüllung» und «entschuld-bare Gründe» nicht ganz klare, mathematisch abgrenzbare Tatbestände umschreiben und dass deswegen ein Ermessensspielraum sinnvoll ist. Mit anderen Worten: Wir bitten Sie, hier der Mehrheit zu folgen und erst recht natürlich den Antrag der Minderheit II (Schenker Silvia) abzulehnen.

Beim Minderheitsantrag Pantani zu Artikel 91 Absatz 2ter geht es wieder um eine Frage, die in den Asylkonferenzen eingehend diskutiert und so beschlossen worden ist, wie es die Mehrheit und auch der bundesrätliche Entwurf wollen. Es geht hier auch darum, ob wir einen Teil der Vorlage 1 vom 14. Dezember 2012 bereits wieder ändern wollen.

Schliesslich komme ich noch zu den beiden umstrittenen Bestimmungen in Artikel 86 des Ausländergesetzes auf Seite 80 der deutschen Fahne. Die FDP-Liberale Fraktion bittet Sie mehrheitlich, sich der Minderheit anzuschliessen, weil die Frage der Sozialleistungen und der Sozialhilfe ganz klar kantonales Recht ist gemäss der seinerzeitigen Vorlage 1 aus dem Jahre 2012 und weil die Abstufung der Entrichtung von Sozialhilfe gemäss einheimischer Bevölkerung oder unter diesem Ansatz eben gerade in dieser Vorlage von 2012 diskutiert und entschieden worden ist.

Bei Artikel 87 zur Frage der Pauschalen für die vorläufige Aufnahme verweise ich Sie auf das Postulat der Staatspolitischen Kommission vom 14. Februar 2014; wir haben heute bereits mehrmals davon gehört. Im Laufe dieses Herbstes wird der Bericht des Bundesrates über den Status der vorläufigen Aufnahme in die SPK kommen, und es wäre falsch, heute bereits einen Teil dieses Status zu verändern.

Wir bitten Sie also, sich bei Artikel 86 des Ausländergesetzes der Minderheit und sonst überall der Mehrheit anzuschliessen.

Tornare Manuel (S, GE): Je vais parler de l'article 89b alinéa 1. Le groupe socialiste conteste ce qui est proposé ici. Je rappelle que l'article 46 alinéa 3 de la Constitution reconnaît un fédéralisme d'exécution, c'est-à-dire une marge de manoeuvre pour les cantons. Or l'article 89b alinéa 1 parle des renvois et donne peu de liberté de manoeuvre aux cantons, même si on en parle à l'article 46 alinéa 1bis de la loi sur l'asile, et, en quelque sorte, il les punit. Cela est contraire à une certaine notion de notre fédéralisme. Il y a des sensibilités différentes d'un canton à l'autre en matière d'asile, mais cela ne signifie bien évidemment pas que les cantons ne remplissent pas leurs devoirs.

Un renvoi n'est pas une chose facile ou aisée. Il ne suffit pas d'ordonner un renvoi après une décision de la Confédération pour que la personne visée quitte facilement la Suisse. Il faut donc laisser aux cantons une certaine liberté de manoeuvre dans l'exécution. Il s'agit d'une question d'humanité et de respect, de dignité de la personne humaine.

On parle depuis ce matin d'une problématique relative à ce qui se passe à l'heure actuelle dans certains pays – je pense par exemple à la Hongrie –, on ne va pas en arriver là! Il faut donc respecter notre tradition helvétique – la Suisse terre d'accueil –, ainsi que la liberté de manoeuvre des cantons qui, je le répète, ont parfois des sensibilités différentes, mais qui rempliront – je le répète – leurs obligations par rapport à ce que décide la Confédération.

Ce sont donc les raisons pour lesquelles le groupe socialiste propose de biffer l'article 89b.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich beginne wieder mit den Minderheitsanträgen, die mit der Bundesverfas-

sung oder mit dem Völkerrecht nicht vereinbar sind und deshalb vom Bundesrat zur Ablehnung empfohlen werden.

Ich beginne mit dem Antrag der Minderheit Brand zu Artikel 82: Sie verlangt eine neue Bestimmung, wonach eine Person, deren Ausreisefrist abgelaufen ist, höchstens für 90 Tage Nothilfe erhält. Eine andere Minderheit, die Minderheit Fehr Hans bei Artikel 82, verlangt die Streichung der Nothilfe, wenn Personen ihren Mitwirkungspflichten bei der Identitätsabklärung, der Papierbeschaffung oder der Vorbereitung der Ausreise nicht nachkommen.

Alle Personen haben in der Schweiz nach Artikel 12 der Bundesverfassung einen verschuldensunabhängigen Anspruch auf Hilfe in Notlagen. Ich sage es mal deutsch und deutlich: In unserem Land lässt man niemanden verhungern und niemanden verdursten. Das Bundesgericht hat es als unzulässig erklärt, das Recht auf Hilfe in Notlagen an Bedingungen mit ausländerrechtlicher Zielsetzung zu knüpfen. Für die Durchsetzung von ausländerrechtlichen Pflichten – also z. B. die Mitwirkung bei der Ausreise – haben wir Zwangsmassnahmen vorgesehen, die man anwenden kann. Die Streichung der Nothilfe ist aber verfassungswidrig. Diese Diskussion wurde übrigens bei den zwei letzten Asylgesetzrevisionen vertieft geführt, und das Anliegen wurde seitens des Parlamentes klar abgelehnt.

Ich komme zur Minderheit Pantani bei Artikel 80, die beantragt, dass in der Regel der Bund anstelle des Kantons den Schulunterricht für Personen, die sich in den Zentren des Bundes aufhalten, organisiert. Hier haben wir eine geltende Kompetenzordnung, auch gemäss Bundesverfassung, wonach die Kantone für den obligatorischen Schulunterricht zuständig sind. Der Ständerat hat eine entsprechende Ergänzung vorgenommen, aber er hat bei dieser Ergänzung die verfassungsmässige Kompetenzordnung berücksichtigt, weshalb wir die Fassung des Ständerates unterstützen können, nicht aber den Antrag der Minderheit Pantani.

Ich komme jetzt zu Minderheitsanträgen, die bereits einmal bei der Vorlage 3 beraten worden sind. Die Minderheit Pantani bei Artikel 91 verlangt die Ausrichtung eines Pauschalbeitrags an die Sicherheitskosten der Standortkantone. Sie möchte keine Kann-Formulierung, sondern eine verpflichtende Bestimmung. Zudem soll bei den besonderen Zentren eine erhöhte Pauschale ausgerichtet werden. Auch das haben Sie bei der letzten Asylreform ausführlich diskutiert, und Sie haben damals, bei der Vorlage, die ja dann von der Bevölkerung mit grosser Mehrheit unterstützt wurde, entschieden, dass eben die Kann-Formulierung die richtige Formulierung ist, weil sie auch eine Flexibilität beinhaltet.

Nun noch zu den Anträgen, die gegen die Vereinbarungen verstossen, die wir mit den Kantonen zur Neustrukturierung abgemacht haben: Die Minderheit I (Pantani) bei Artikel 88 Absatz 3 möchte, dass der Bund den Kantonen die Globalpauschale für Flüchtlinge nicht nur während längstens fünf Jahren ab Einreichung des Asylgesuchs, sondern während längstens sieben Jahren ausrichtet. Eine andere Minderheit verlangt bei Artikel 87 Absatz 3 des Ausländergesetzes die Aufhebung der Frist, wonach der Bund den Kantonen die Globalpauschale für vorläufig aufgenommene Personen während längstens sieben Jahren seit Einreichung des Asylgesuchs ausbezahlt.

Ich habe es Ihnen heute schon ein paarmal gesagt: Bund und Kantone haben sich an der letzten Asylkonferenz einstimmig darauf geeinigt, dass wir am geltenden Finanzierungssystem grundsätzlich festhalten und mit dem Monitoring dann die Überprüfung vornehmen. Herr Nationalrat Brand hat heute gesagt, es seien jetzt schon nicht mehr alle Kantone dabei. Wo kämen wir hin, wenn wir gemeinsam, einstimmig etwas abmachen und das ein Jahr später schon wieder nicht mehr gelten soll? Ich glaube, gerade im Föderalismus wissen wir, dass etwas, was man zusammen abmacht, auch verbindlich ist, dass man sich auch daran hält und sich nicht beim ersten Wind schon wieder umdreht.

Ich komme noch zu den Anträgen, die entweder nicht umsetzbar oder nicht notwendig sind. Die Minderheit Amaudruz will bei Artikel 84, dass Kinderzulagen für im Ausland lebende Kinder nur noch ausgerichtet werden, wenn eine Per-

son als Flüchtling anerkannt worden ist. Diese Änderung ist nicht notwendig, sie ist vielmehr überholt, weil wir ja das Familienzulagengesetz geändert haben; diese Änderung ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten. Das heisst, dass es für Kinder, die im Ausland leben, gar keine Familienzulagen mehr gibt – ausser wenn die Schweiz durch internationale Abkommen dazu verpflichtet ist.

Ich komme noch zur Mehrheit bei Artikel 86 Absatz 1 des Ausländergesetzes: Die Kommissionsmehrheit möchte hier, dass auch die Unterstützung für vorläufig aufgenommene Personen nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen ausgerichtet werden soll und dass der Ansatz der Unterstützung unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung liegen muss. Nun muss ich Ihnen einfach sagen: Das ist schon geregelt; vielleicht haben Sie es nicht gesehen oder übersehen. Es gibt nämlich die entsprechende Bestimmung im Asylgesetz, die auch auf vorläufig aufgenommene Personen anwendbar ist. Von dieser Regelung ausgenommen sind aber vorläufig aufgenommene Flüchtlinge, weil sie nach Artikel 23 der Flüchtlingskonvention Anspruch haben auf die gleiche Unterstützung wie die einheimische Bevölkerung. Ich muss Ihnen einfach sagen: Hier ist der Antrag der Kommissionsmehrheit nicht notwendig, weil es im Asylgesetz geregelt ist, dass sich das auch auf die vorläufig Aufgenommenen bezieht. Diese Fälle werden eben im Ausländergesetz geregelt. Wenn Sie das noch einmal schreiben wollen, dann tun Sie das; es ändert sich damit aber eigentlich gar nichts. Sodann zu einem weiteren Antrag der Minderheit II (Brand) bei Artikel 88 des Asylgesetzes: Herr Brand verlangt eine Ergänzung, wonach die Globalpauschalen für Resettlement-Flüchtlinge auch länger als auf fünf Jahre hinaus ausbezahlt werden können, wenn diese Personen chronisch krank oder besonders betreuungsbedürftig sind. Wir sind der Meinung, dass diese Ergänzung nicht nötig ist, weil es sich bei der vom Bundesrat vorgeschlagenen Regelung ja nicht um eine abschliessende Aufzählung handelt; d. h., der Bundesrat kann auf Verordnungsstufe jederzeit bei Bedarf oder bei einer ausgewiesenen Notwendigkeit den Anwendungsbereich erweitern oder anpassen. Da ist diese Regelung schon vorhanden.

Ich komme zur Minderheit I (Fehr Hans) bei Artikel 89b: Diese Minderheit verlangt, dass bei Vorliegen von Vollzugsversäumnissen die Subventionen des Bundes immer eingestellt oder zurückgefordert werden. Dies ersetzt die vorgeschlagene Kann-Formulierung. Die Kantone können keine entschuldbaren Gründe geltend machen. Ich muss Ihnen sagen, diese Anpassung ist nicht angemessen, und sie würde zu einer ungerechtfertigten finanziellen Bestrafung der Kantone führen. Entschuldbare Gründe liegen nämlich dann vor, wenn ein Vollzug aus objektiver Sicht nicht durchführbar ist. Solche Fälle gibt es eben, wenn z. B. eine Person untergetaucht ist oder wenn keine Kapazitäten für Flüge in den zuständigen Staat verfügbar sind.

Die Minderheit II (Schenker Silvia), ebenfalls bei Artikel 89b, verlangt die gänzliche Streichung des Artikels. Es empfiehlt sich jedoch aus Gründen der Rechtssicherheit und auch der Transparenz, die Folgen von Vollzugsversäumnissen im Asylgesetz aufzunehmen. Das unterstützen wir, das macht Sinn.

Ich komme noch zur Minderheit Fehr Hans bei Artikel 93. Diese schlägt vor, dass der Bund mit Programmen im Ausland einen Beitrag zur Prävention irregulärer Migration leisten muss. Heute haben wir eine Kann-Bestimmung. Mit dieser Anpassung, wie das Herr Fehr möchte, wird der Hauptzweck der Auslandprogramme auf das Ziel der Migrationsprävention eingeschränkt, und das ist nicht sinnvoll. Damit würde ein wichtiger Baustein des Rückkehrhilfekonzpts entfallen, das Sie ja auch immer unterstützen, wonach heute in erster Linie Programme zur Förderung der selbstständigen Ausreise und Reintegration gefördert werden. Wir sind der Meinung, dass man Programme zur Migrationsprävention durchaus durchführen kann, aber diese Muss-Bestimmung hier schränkt uns unnötig ein.

Ich komme noch zu Artikel 80 Absatz 4, wo eine Mehrheit Ihrer Kommission dem Beschluss des Ständerates folgen will,

allerdings mit einer Ergänzung: Der Begriff «minderjährige asylsuchende Personen» soll durch «asylsuchende Personen im schulpflichtigen Alter» ersetzt werden. Wir sind der Meinung, dass diese Präzisierung sinnvoll ist.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Ihre Kommission folgt dem Beschluss des Ständerates zu Artikel 82 Absatz 3bis des Asylgesetzes, wonach neu geregelt wird, dass den besonderen Bedürfnissen von unbegleiteten Minderjährigen, Familien mit Kindern und betreuungsbedürftigen Personen bei der Unterbringung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen sei. Diese Bestimmung ist sinnvoll. Wir unterstützen sie.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Eigentlich hat die Frau Bundespräsidentin bereits alles gesagt. Die Kommissionssprecher können nur nochmals zuhänden des Amtlichen Bulletins das Gleiche sagen. Ich will das aber abkürzen und empfehle Ihnen, den Antrag der Minderheit Pantani zu Artikel 80 Absatz 4 abzulehnen. Die Kommission hat mit 18 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen, den entsprechenden Antrag abzulehnen, und sie empfiehlt Ihnen, dies ebenfalls zu tun.

Bei Artikel 82 Absatz 1bis geht es um den Antrag der Minderheit Brand. Sie verlangt in Artikel 82 Absatz 1bis eine neue Bestimmung, wonach Personen, deren Ausreisefrist abgelaufen ist, nur noch für höchstens 90 Tage Nothilfe erhalten. Darauf ist die Frau Bundespräsidentin ausführlich eingegangen. Ich kann mich an die Debatte über das Asylgesetz und das Ausländergesetz im Jahre 2004 erinnern. Wir haben hier ausgiebig darüber diskutiert. Artikel 12 der Verfassung – es geht nicht nur um die Rechtsprechung, sondern auch um den Verfassungsartikel – lässt es nicht zu, dass wir hier eine Einschränkung vornehmen. Gleiches gilt für den Antrag der Minderheit Fehr Hans.

Die Kommission empfiehlt Ihnen, alle Minderheitsanträge, auch den Antrag der Minderheit Amaudruz, abzulehnen.

Amarelle Cesla (S, VD), pour la commission: J'en suis à l'article 88, qui régit les compensations financières versées par la Confédération aux cantons par le biais d'indemnités forfaitaires. L'article 88 alinéa 1 a été adapté par le Conseil des Etats aux nouveaux articles 93a et 93b de la loi sur l'asile, qui concernent les conseils et les contributions en vue du retour. La commission a approuvé la décision du Conseil des Etats.

Concernant l'article 88 alinéas 3 et 3bis, nous sommes en présence de deux propositions de minorité. La proposition de la minorité I (Pantani) a pour but la modification de l'alinéa 3 de manière à ce que la Confédération octroie aux cantons des indemnités forfaitaires pour les réfugiés, non seulement au plus tard cinq ans après le dépôt de la demande d'asile, mais aussi pour un maximum de sept ans à compter du dépôt de la demande. En conséquence, cette proposition prévoit aussi un ajustement de l'article 88 alinéa 3bis sur ce point pour les groupes de réfugiés concernés par l'article 56. Si cette proposition était acceptée, il s'agirait d'un changement de la loi qui n'est pas prévu par la restructuration.

Selon la majorité de la commission, cette modification aurait de graves conséquences financières pour la Confédération. Lors de la dernière conférence nationale sur l'asile, la Confédération et les cantons se sont prononcés à l'unanimité sur les principes du système de financement. Dans le cadre d'un suivi périodique, ils doivent également vérifier s'il existe un impact négatif sur certains cantons et si des ajustements, notamment dans le domaine des responsabilités et du financement, sont nécessaires. Pour ces raisons, la commission vous recommande, par 12 voix contre 10 et 0 abstention, de rejeter la proposition défendue par la minorité Pantani.

La proposition de la minorité II (Brand) vise à ce que l'article 88 alinéa 3bis intègre un critère supplémentaire pour que les indemnités forfaitaires pour les groupes de réfugiés ne soient versées pendant plus de cinq ans que «si ces personnes étaient handicapées, souffraient d'affections chroniques, avaient particulièrement besoin d'un encadrement ou étaient âgées à leur arrivée en Suisse».

Aux yeux de la commission, cet ajout n'est pas nécessaire car il ne fait pas partie de la liste prévue par le Conseil fédéral, qui est censée être exhaustive. Le Conseil fédéral peut étendre la liste ou l'adapter, et les termes «affections chroniques» ou «particulièrement besoin», tels que mentionnés dans la proposition de la minorité II (Brand), sont trop vagues. Une certaine souplesse est nécessaire pour trouver des solutions appropriées pour les groupes de réfugiés. Par 12 voix contre 10 et 0 abstention, la commission vous recommande de rejeter la proposition défendue par la minorité Brand.

Nous arrivons maintenant à l'article 89b, qui concerne le remboursement et la renonciation au versement d'indemnités forfaitaires en cas de manquement d'un canton à ses obligations en matière d'exécution.

Il faut d'emblée indiquer qu'il s'agit d'une nouvelle disposition, qui vise à ce que les cantons respectent l'exécution des renvois et à ce que les décisions fédérales de renvoi soient respectées.

Le Conseil des Etats, qui a présenté cette nouvelle disposition, avait pour but principal de proposer des mesures appropriées dans le domaine de la mise en oeuvre des décisions fédérales. Selon le Conseil des Etats, la restructuration du domaine de l'asile ne peut être mise en oeuvre avec succès que si les cantons agissent efficacement dans le domaine des renvois.

Le Conseil des Etats s'est donc prononcé en faveur de la nouvelle disposition, selon laquelle les subventions fédérales peuvent être réajustées, et même récupérées, si un canton ne remplit pas dûment, et sans que des raisons valables existent, son devoir d'application de la loi.

Cette nouvelle version est en conformité avec les nouvelles dispositions prévues à l'article 46 alinéa 3, qui concernent la surveillance dans l'application des renvois et du monitoring.

La formulation du Conseil des Etats fait l'objet de deux propositions de minorité. La proposition de la minorité I (Fehr Hans) vise d'une part à convertir le caractère potestatif de la réclamation par la Confédération en disposition impérative, c'est-à-dire de prévoir un recouvrement obligatoire et une définition des nouveaux paiements. D'autre part, elle prévoit d'intégrer le fait qu'aucune excuse ne peut être invoquée par le canton. Il n'y aurait donc pas de motif libératoire qui justifierait le manquement à l'exécution du renvoi.

La commission a privilégié la décision du Conseil des Etats. Elle considère qu'il faut suivre la majorité et propose, par 16 voix contre 7 et 0 abstention, de rejeter la proposition de la minorité I défendue par Monsieur Hans Fehr.

La majorité de la commission veut mettre l'accent sur l'argument selon lequel il peut y avoir des raisons excusables. Dans certains cas, ce n'est pas la faute des organismes d'application si la loi ne peut pas être appliquée. Une situation dans laquelle le renvoi est impossible pour des raisons techniques, par exemple lorsqu'une personne doit rester pour une longue période à l'hôpital en raison d'une maladie ou si aucun vol dans l'Etat d'origine n'est possible, constitue notamment une raison excusable.

La renonciation au droit de réclamer les indemnités pour des raisons excusables est proportionnée. L'absence d'une telle possibilité conduirait la Confédération à appliquer des sanctions financières injustifiées vis-à-vis des cantons.

J'en viens maintenant à la proposition de la minorité II (Schenker Silvia) qui vise à biffer l'article 89b, ce qui correspond au statu quo. Selon cette minorité de la commission, la formulation du Conseil des Etats se révèle être particulièrement étroite. D'une part, il ne suffit pas d'ordonner un renvoi pour que la personne visée par cette décision prononcée par la Confédération quitte la Suisse. L'organisation et l'exécution d'un renvoi nécessitent la collaboration des autorités du pays de destination, celle des personnes visées par la décision ainsi que la disponibilité des forces de police et de places de détention administrative. D'autre part, les autorités judiciaires démontrent des sensibilités différentes d'un canton à l'autre s'agissant du renvoi et de la détention administrative. En outre, les autorités cantonales chargées de l'organisation et de l'exécution des renvois ne disposent pas d'un

pouvoir discrétionnaire en la matière et doivent composer avec de multiples facteurs et intervenants extérieurs sur lesquels ils n'ont pas une maîtrise absolue. Ainsi, il existe une multitude de situations individuelles dans lesquelles l'alternative de surseoir à un renvoi se justifie pour des motifs qui ne font pas partie de ceux qui entraînent l'admission provisoire prévue à l'article 83 de la loi fédérale sur les étrangers, y compris dans le cadre de l'application des accords de Dublin.

La minorité II (Schenker Silvia) argumente également que le projet d'article 89b pourrait conduire à pénaliser financièrement des cantons qui ont opéré un choix d'opportunité qui, certes, est propre à ces cantons, mais qui n'est pas pour autant illégitime. Selon la minorité Schenker Silvia, l'article 89b constitue un mauvais signal adressé aux cantons dans le cadre de la restructuration en cours du domaine de l'asile. En effet, la Confédération et les cantons ont un besoin impérieux de travailler ensemble, et cette sanction, avec le lot de procédures judiciaires qu'elle pourrait engendrer, ne constitue pas une incitation à le faire.

La majorité de la commission a suivi le Conseil des Etats. A son sens, les dispositions prévues à l'article 89b sont nécessaires si l'on souhaite mener des procédures rapides et équitables, mais aussi dans l'optique de l'exécution des renvois de personnes qui n'ont pas besoin de protection et qui doivent par conséquent quitter la Suisse. Ces dispositions sont censées renforcer la crédibilité de la politique d'asile et, dans ce contexte, elles apparaissent aux yeux de la majorité de la commission comme un moyen raisonnable d'optimiser l'application des renvois.

Par 15 voix contre 7 et aucune abstention, la commission vous invite à rejeter cette proposition défendue par la minorité II (Schenker Silvia).

A l'article 91, la proposition de la minorité Pantani a été déposée. Cette dernière prévoit, à l'alinéa 2ter, que la Confédération verse de manière obligatoire et non plus potestative un forfait pour frais de sécurité aux cantons qui hébergent un centre de la Confédération ou un centre spécifique tel que décrit à l'article 24a.

Selon la majorité de la commission, les règles appliquées correspondent à la teneur du texte tel qu'il a été adopté en vertu de la loi d'urgence adoptée par le Parlement en septembre 2012 et acceptée par le peuple. La Confédération et les cantons ont déjà, à l'occasion de la dernière Conférence nationale sur l'asile, signé une déclaration conjointe disant que le système actuel de financement est correct – si des différences de coûts peuvent dans le cadre des travaux de mise en oeuvre être pris en compte, ils ne doivent pas être réglés au niveau législatif. Pour ces raisons, la commission recommande, par 16 voix contre 7 et aucune abstention, de suivre la décision du Conseil des Etats et le projet du Conseil fédéral. Elle vous invite à rejeter cette proposition de minorité.

A l'article 91 alinéa 4bis, la commission suit la décision du Conseil des Etats.

A l'article 93, qui régit l'aide au retour et la prévention de la migration irrégulière, nous sommes en présence d'une proposition de la minorité Fehr Hans. Elle propose que des programmes à l'étranger financés par la Confédération contribuent à la prévention de la migration irrégulière. La majorité de la commission ne souhaite pas modifier l'article 93 alinéa 2 et s'en tient au droit applicable. En vertu de ce droit applicable, l'article 93 alinéa 1 prévoit des programmes à l'étranger avec des mesures d'aide au retour et le soutien à la réinsertion des demandeurs d'asile déboutés. En plus de cette tâche principale, les programmes à l'étranger peuvent contribuer également à la prévention de la migration irrégulière conformément à l'article 93 alinéa 2. Pour la minorité Fehr Hans, le but principal des programmes à l'étranger est de limiter à la prévention de la migration irrégulière. Le Secrétariat d'Etat aux migrations a l'intention de financer à l'avenir à la fois des programmes de réinsertion des demandeurs d'asile en Suisse et des mesures pour la prévention de la migration irrégulière dans les pays de transit et d'origine. Pour ces raisons, la commission, par 16 voix contre 7

et 0 abstention, vous recommande de la suivre et vous invite à rejeter cette proposition de minorité.

J'en viens à la loi fédérale sur les étrangers. A l'article 86 alinéa 1, la majorité de la commission exige un ajout pour que l'aide sociale pour les personnes admises à titre provisoire soit donnée en nature, dans la mesure du possible, et soit inférieure à l'aide octroyée aux personnes résidant en Suisse. Une minorité Schenker Silvia veut maintenir la version du Conseil des Etats et du Conseil fédéral. La solution proposée par la majorité de la commission est considérée comme une clarification utile, car elle évite des interprétations différentes par rapport à la loi sur l'asile. Cependant, cette précision doit être en conformité avec l'article 23, «Assistance publique» de la Convention relative au statut des réfugiés qui précise que «les Etats Contractants accorderont aux réfugiés résidant régulièrement sur leur territoire le même traitement en matière d'assistance et de secours publics qu'à leurs nationaux».

Par 13 voix contre 9 et 2 abstentions, la commission recommande de rejeter la proposition défendue par la minorité Schenker Silvia.

J'en viens maintenant à l'article 87 de la loi sur les étrangers.

A l'alinéa 1, la commission adhère à la décision du Conseil des Etats.

A l'alinéa 3, pour ce qui concerne les personnes admises à titre provisoire, y compris les réfugiés admis à titre provisoire et récemment aussi les apatrides admis à titre provisoire – auxquels s'applique cet alinéa –, disposition compatible avec le droit applicable puisque les forfaits globaux sont adaptés pour un maximum de sept ans depuis l'entrée des personnes en Suisse, nous sommes en présence d'une proposition de la minorité Brand qui prévoit d'abroger l'alinéa car, en vertu de cette disposition, la Confédération verse aux cantons des forfaits globaux pour les personnes admises à titre provisoire pour un maximum de sept ans depuis le dépôt de la demande d'asile.

Pour la majorité de la commission, il faut suivre le Conseil des Etats. La proposition de la minorité Brand pourrait avoir de graves conséquences sur les finances de la Confédération.

Pour ces raisons, la commission, par 14 voix contre 8 et 1 abstention, vous invite à rejeter la proposition défendue par la minorité Brand.

Concernant l'article 87 alinéa 4 de la loi sur les étrangers, la commission adhère à la décision du Conseil des Etats.

Gliederungstitel vor Art. 80

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre précédant l'art. 80

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 80

Antrag der Mehrheit

Abs. 1–3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

... Grundschulunterricht für asylsuchende Personen im schulpflichtigen Alter, die sich ...

Antrag der Minderheit

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Abs. 4

Der Unterricht für asylsuchende Personen im schulpflichtigen Alter, die sich in einem Zentrum des Bundes aufhalten, wird in der Regel in diesem Zentrum durchgeführt. Sollte der Unterricht in Ausnahmefällen durch den Standortkanton organisiert werden müssen, so richtet der Bund für die Durch-

führung Beiträge aus, welche die gesamten Kosten decken. Die Entschädigung wird ...

Art. 80

Proposition de la majorité

Al. 1–3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 4

... pour les requérants d'asile en âge de scolarité obligatoire séjournant ...

Antrag der Minderheit

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Al. 4

En règle générale, l'enseignement pour les requérants d'asile en âge de scolarité obligatoire séjournant dans un centre de la confédération est dispensé dans le centre en question. Si, exceptionnellement, le canton abritant le centre doit organiser l'enseignement, la Confédération lui verse une contribution qui couvre la totalité des frais. L'indemnité ...

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12.303)

Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 80a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 82

Antrag der Mehrheit

Abs. 2bis, 3bis

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Abs. 1bis

Personen, deren Ausreisefrist abgelaufen ist, erhalten Nothilfe für höchstens 90 Tage.

Antrag der Minderheit

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Pantani, Rutz Gregor)

Abs. 1ter

Keine Nothilfe erhalten Personen, die ihren Mitwirkungspflichten bei der Identitätsabklärung, der Papierbeschaffung oder der Vorbereitung der Ausreise nicht nachkommen.

Art. 82

Proposition de la majorité

Al. 2bis, 3bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Antrag der Minderheit

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Al. 1bis

Les personnes dont le délai de départ est échu reçoivent une aide d'urgence pour une période de 90 jours au plus.

Proposition de la minorité

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Pantani, Rutz Gregor)

Al. 1ter

Aucune aide d'urgence n'est octroyée aux personnes qui ne se soumettent pas à leur obligation de collaborer en ne déclinant pas leur identité, en ne remettant pas leurs docu-

ments de voyage et d'identité ou en ne collaborant pas aux préparatifs de leur départ.

Abs. 1bis – Al. 1bis

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 304)

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

Dagegen ... 122 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abs. 1ter – Al. 1ter

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 305)

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

Dagegen ... 122 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées

Art. 84

Antrag der Minderheit

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

Kinderzulagen für im Ausland lebende Kinder werden nur ausgerichtet, wenn die asylsuchende Person als Flüchtling anerkannt wird.

Art. 84

Proposition de la minorité

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

Pour les requérants dont les enfants vivent à l'étranger, les allocations ne sont versées que lorsque le requérant est reconnu comme réfugié.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 306)

Für den Antrag der Minderheit ... 55 Stimmen

Dagegen ... 121 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 88

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 3bis

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Lustenberger, Rutz Gregor)

Abs. 3

... werden längstens während sieben Jahren nach Einreichung des Asylgesuchs ausgerichtet.

Abs. 3bis

... die Pauschale nach Absatz 3 länger als sieben Jahre ausrichten ...

Antrag der Minderheit II

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

Abs. 3bis

... behindert, chronisch krank, besonders betreuungsbedürftig oder betagt sind.

Art. 88

Proposition de la majorité

Al. 1, 3bis

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Lustenberger, Rutz Gregor)

Al. 3

... sont versées pendant sept ans au plus à compter du dépôt de la demande d'asile.

Al. 3bis

... les indemnités forfaitaires visées à l'alinéa 43 pendant plus de sept ans.

Proposition de la minorité II

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

Al. 3bis

... si ces personnes étaient handicapées, souffraient d'affections chroniques, avaient particulièrement besoin d'un encadrement ou étaient âgées à leur arrivée en Suisse.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 307)

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 55 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 308)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 55 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 89b

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Pantani, Rutz Gregor)

Abs. 1

Der Bund fordert bereits ausgerichtete Pauschalabgeltungen nach Artikel 88 und nach den Artikeln 55 und 87 AuG zurück, wenn ein Kanton die Vollzugsaufgaben gemäss Artikel 46 nicht oder nur mangelhaft erfüllt.

Abs. 2

... so verzichtet der Bund darauf, die entsprechenden beim Kanton anfallenden Kosten ...

Antrag der Minderheit II

(Schenker Silvia, Amarelle, Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Tschümperlin)

Streichen

Art. 89b

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Pantani, Rutz Gregor)

Al. 1

La Confédération réclame le remboursement d'indemnités forfaitaires ... ou ne les remplit que partiellement.

Al. 2

... la Confédération renonce à verser au canton les indemnités forfaitaires ...

Proposition de la minorité II

(Schenker Silvia, Amarelle, Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Tschümperlin)

Biffer

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 309)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote**(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 310)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 124 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 51 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 91*Antrag der Mehrheit**Abs. 2ter, 4bis*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Abs. 2ter

Der Bund richtet den Standortkantonen eines Zentrums des Bundes einen Pauschalbeitrag an die Sicherheitskosten aus. Bei Zentren gemäss Artikel 24a wird eine erhöhte Pauschale ausgerichtet.

Art. 91*Proposition de la majorité**Al. 2ter, 4bis*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Pantani, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Rutz Gregor)

Al. 2ter

La Confédération octroie aux cantons dans lesquels se trouve un centre de la Confédération une contribution forfaitaire pour les frais de sécurité. Elle verse une contribution plus élevée pour les centres spécifiques tels que décrits à l'article 24a.

*Abstimmung – Vote**(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 311)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 93 Abs. 2*Antrag der Minderheit*

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Pantani, Rutz Gregor)

Mit Programmen im Ausland leistet der Bund einen Beitrag zur Prävention irregulärer Migration. Programme zur Prävention ...

Art. 93 al. 2*Proposition de la minorité*

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Pantani, Rutz Gregor)

Avec les programmes à l'étranger, la Confédération contribue à la prévention de la migration irrégulière. Les programmes visant à prévenir ...

*Abstimmung – Vote**(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 312)*

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

Dagegen ... 121 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 93a, 93b, 94*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Änderung anderer Erlasse
Modification d'autres actes****Ziff. 1 Art. 86 Abs. 1***Antrag der Mehrheit*

... sind anwendbar. Insbesondere ist für vorläufig aufgenommene Personen die Unterstützung nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen auszurichten. Der Ansatz für die Unterstützung liegt unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung. Für ...

Antrag der Minderheit

(Schenker Silvia, Amarelle, Flach, Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Tschümperlin)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 86 al. 1*Proposition de la majorité*

... sont applicables. L'aide octroyée aux requérants, en particulier aux personnes admises provisoirement, doit être fournie dans la mesure du possible sous la forme de prestations en nature. Elle est inférieure à celle accordée aux personnes résidant en Suisse. En ce qui ...

Proposition de la minorité

(Schenker Silvia, Amarelle, Flach, Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Tschümperlin)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Abstimmung – Vote**(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 313)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 89 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 81 Stimmen

(5 Enthaltungen)

Ziff. 1 Art. 87*Antrag der Mehrheit**Abs. 1 Bst. b, d, 3, 4*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Abs. 3

Aufheben

Ch. 1 art. 87*Proposition de la majorité**Al. 1 let. b, d, 3, 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Al. 3

Abroger

*Abstimmung – Vote**(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 314)*

Für den Antrag der Mehrheit ... 119 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Block 5 – Bloc 5*Plangenehmigung bei Bauten und Anlagen des Bundes; erstinstanzliche Verfahrensfristen; Rechtsschutz, Beschwerdeverfahren, Wiedererwägung und Mehrfachgesuche sowie Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden; Bearbeitung von Personendaten; Strafbestimmungen; Übergangsbestimmungen; Schlussbestimmungen; Änderung anderer Erlasse*

Approbation des plans concernant les constructions et installations de la Confédération; délais concernant la procédure de première instance; voies de droit, procédure de recours, réexamen et demandes multiples ainsi que coopération avec les autorités de poursuite; traitement de données personnelles; dispositions pénales; dispositions transitoires; dispositions finales; modification d'autres actes

Brand Heinz (V, GR): Ich habe zwei Bemerkungen anzubringen: Ich äussere mich als Erstes zum Antrag, das ganze Kapitel 6a zu streichen.

Wir sind auf besten Wegen, in dieser Asylgesetzrevision ein Plangenehmigungsverfahren einzuführen. Ein Plangenehmigungsverfahren ist nach meinem Dafürhalten eine Bankrott-erklärung und eine Kapitulation vor den heutigen Asylproblemen. Dieses Plangenehmigungsverfahren steht auch im Widerspruch zu den heute immer wieder gehörten Aussagen, man sei mit den verschiedenen Partnern im besten Einvernehmen, man unterstütze die Erreichung der anvisierten Ziele. Wenn dem tatsächlich so ist, müsste man und könnte man gut auf ein Plangenehmigungsverfahren im Asylgesetz verzichten. Plangenehmigungsverfahren sind im bisherigen Recht für übergeordnete und wichtige Sachbereiche und zur Verfolgung übergeordneter, staatspolitisch wichtiger Ziele vorgesehen; zu denken ist hier etwa an den Nationalstrassenbau, die Eisenbahngesetzgebung oder die Energieversorgung. Dazu gehört der Asylbereich aber mit Sicherheit nicht. Wir nehmen hier auch einen Quantensprung nach unten vor: Wir senken die Voraussetzungen zur Einführung von Plangenehmigungsverfahren, was aus grundsätzlichen Überlegungen bedenklich ist.

Das Plangenehmigungsverfahren, das ist die klare Absicht, entbindet natürlich von lästigen Verhandlungen mit Grundeigentümern, es entbindet von langwierigen Diskussionen. Das gehört aber nun einmal in unserem Staat dazu. Wenn Projekte verwirklicht werden sollen, dann braucht es einfach Überzeugungsarbeit, dann braucht es Verhandlungen. Wenn man dann zum Ziel kommt, dann tragen die Verhandlungspartner diese Lösung in der Regel auch mit. Die Erfahrungen zeigen ja gerade auch beim Testzentrum in Zürich, dass es anders auch geht, dass diese Ziele auch anderweitig erreicht werden können. Ich denke, dieser Weg ist mit Blick auf die Sache weit befriedigender, als wenn man solche Einrichtungen auf dem Enteignungsweg bauen muss. Nicht zuletzt mit Blick auf die weitere Zusammenarbeit, auf den Betrieb dieser Zentren mit der Umgebung, sei es mit den Grundeigentümern, sei es mit den Anliegern, ist es vorteilhafter, wenn man sich einvernehmlich einigt, als wenn man sich das erforderliche Terrain auf dem Enteignungsweg aneignen muss. Plangenehmigung heisst ja letztendlich auch Eingriffe in die Eigentumsgarantie Privater, und dies für einen in der Bevölkerung nicht unbedingt anerkannten Zweck.

Man wird auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Einführung eines Plangenehmigungsverfahrens bei der Bevölkerung unseres Landes auf grossen Widerstand stossen wird. Wir haben ja bereits bei der immer wieder erwähnten Vorlage 3 zur Kenntnis nehmen können, dass alleine die vorübergehende Nutzungsänderung für Militärunterkünfte auf grosses Unverständnis gestossen ist und in der Bevölkerung sehr grossen Unmut ausgelöst hat. Es ist leicht vorstellbar, welche Emotionen die Einführung eines Plangenehmigungsverfahrens zur Errichtung von Asylbewerberunterkünften nach sich ziehen wird.

Ich komme damit noch zu meinem zweiten Minderheitsantrag: Ich möchte Ihnen beantragen, mit Artikel 115 Buchstabe g eine neue Strafbestimmung einzuführen. Artikel 115 Buchstabe g sieht die Einführung einer neuen Strafbestimmung für abgewiesene Asylbewerber vor, welche den Vollzug bzw. die zwangsweise Durchsetzung ihres Asylentscheides aktiv behindern, indem sie sich unkooperativ und renitent verhalten. Es kommt in der Praxis leider immer wieder vor, dass Asylbewerber zwangsweise Ausschaffungen und Rückführungen aktiv behindern und auf diese Art und Weise zum Scheitern bringen. Sie verweigern sehr oft auch

die Mitwirkung bei der Papierbeschaffung. Auf den konkreten Ausschaffungsflügen verhalten sie sich gewalttätig und sehr renitent.

Die Vollzugsorgane müssen sich heute – und wenn dieser Antrag scheitert, wohl auch in der Zukunft – unglaublich viel bieten lassen, ohne dass das Verhalten der renitenten Asylsuchenden irgendeine Konsequenzen hätte. Die Obstruktion, die Gewaltanwendung, die Beschimpfung gegenüber den Polizeiorganen bleiben damit völlig straflos – eine Erscheinung, die in unserer Rechtsordnung ebenfalls beispiellos ist. Tatsache ist auch, dass dieses Verhalten sehr oft zum Abbruch von Rückführungen führt, was für den Bund auch in vermögensrechtlicher Hinsicht sehr oft mit grossen Folgen verbunden ist. Mit dieser Strafbestimmung soll genau dieses renitente Verhalten in Zukunft nicht mehr straffrei möglich sein.

Ich ersuche Sie deshalb, auch im Interesse der Kantone, auch im Interesse der Polizeiorgane, welche diese schwierigen Aufgaben übernehmen müssen, eine Strafbestimmung einzuführen, damit ein derartiges Verhalten in Zukunft nicht mehr straffrei bleibt. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Glättli Balthasar (G, ZH): Die beiden ersten Minderheitsanträge zu Artikel 37 sind nicht das, was Sie vielleicht denken: Ich möchte nicht längere Fristen für die Rechtsanwälte oder die Rechtsberatung der Asylsuchenden herausholen, ich will mit diesen Minderheiten dafür sorgen, dass man so viele dieser Verfahren wie möglich wirklich im Rahmen des beschleunigten Verfahrens durchführen kann. Beide Minderheitsanträge möchten eine massvolle Verlängerung der Fristen des Bundes. Ich glaube, das ist etwas, was wir uns überlegen müssen: Es gibt Situationen, in denen es sinnvoller ist, noch einen oder zwei Tage dazuzugeben, damit man nicht den Wechsel vom einen zum anderen Verfahren machen muss. Das ist das Ziel dieser Anträge.

In den Artikeln 102f bis 102m geht es meiner Minderheit um den Rechtsschutz in den Zentren des Bundes. In Artikel 102k Absatz 1 Buchstabe c geht es mir um etwas ganz Zentrales: Wir unterscheiden ja zwischen einfachen Fällen, die im beschleunigten Verfahren sind, und den komplizierteren Fällen, die aus dem beschleunigten Verfahren herausgenommen werden. 60 bzw. 40 Prozent sind die Zahlen, die man sich zum Ziel setzt. Das will heissen, es gibt Fälle, die schnell und einfach zu entscheiden sind, positiv oder negativ, und es gibt Fälle, die komplizierter sind. Nun soll gerade in den Fällen, die komplizierter sind, der Rechtsschutz nicht mehr gewährt werden! Auch ich bin der Meinung: Gerade in den Fällen, die man nicht beschleunigen kann, weil sie rechtlich kompliziert sind, ist eine Rechtsberatung für die Qualität der Verfahren wichtig. Rechtsberatung ist ja nicht etwas, was a priori nur dem Asylsuchenden nützt, Rechtsberatung ist etwas, was der Qualität des Verfahrens nützt, weil man so saubere Grundlagen hat, weil man so nicht Feld-Wald-und-Wiesen-Anwälte und -Anwältinnen hat, was dazu führt, dass ein Entscheid komisch ausfällt, weil er schlecht begründet war und weil, im besten Fall für die betroffene Person, erst in der zweiten Runde, beim Rekurs, ein guter Anwalt hinzugezogen worden ist.

Ich nutze die letzten drei Minuten, die ich noch habe, für ein Fazit zu dieser Debatte: Wir haben etwas erreicht, oder wir werden nach Beratung von Block 5 etwas erreicht haben, was für Grüne, für Asylbewegte, für solidarische Menschen im Asylbereich schon seit Jahren eine Kernforderung war: eine Verbesserung des Rechtsschutzes. So, wie ich das mindestens im Testbetrieb erlebt habe, denke ich, ist das etwas, was funktioniert – für die Asylsuchenden, aber auch für qualitativ bessere Verfahren, auch für die Akzeptanz von negativen Entscheiden. Aber wir müssen das mit vielen Kröten, die wir schlucken müssen, bezahlen. Einerseits sind die Fristen aus meiner Sicht trotz Rechtsberatung immer noch viel zu kurz, und andererseits hat die Mehrheit die Chance verpasst, in dem Bereich etwas zu machen, der uns heute alle bewegt.

Es ist ja nicht das angebliche Asylchaos in der Schweiz, das uns heute alle bewegt. Denn bei uns funktioniert alles be-

stens, weil wir nicht so viele Asylgesuche haben. Was uns heute bewegt, sind doch diese Schlepper, sind die Bilder von Menschen, die aus Not, vor Bürgerkrieg, vor Isis-Terror flüchten und dann die Hilfe – man könnte auch sagen: die skrupellosen Dienste – von Schlepperbanden in Anspruch nehmen müssen, um überhaupt irgendwo ein Asylgesuch zu deponieren. Wir haben den Vorschlag gemacht, das Einreichen von Asylgesuchen in Botschaften wieder einzuführen, und wir haben den Vorschlag so erweitert – Einzelantrag von Singer –, dass man dafür in Zusammenarbeit mit anderen Ländern vor Ort, in den Flüchtlingslagern, entsprechende Stellen einrichten können muss, damit wir das Problem, das den Menschen im Mittelmeer das Leben kostet, an der Wurzel packen können.

Dass wir es da nicht geschafft haben, eine Mehrheit zu finden, macht mich traurig. Wir haben zu Anfang gesagt: Wegen des Rechtsschutzes werden wir diese Vorlage sicher nicht ablehnen, aber ohne diese zwingend notwendige Verbesserung, die sich gerade aus der aktuellen Situation heraus aufdrängt, können wir auch nicht zustimmen. Wir werden uns in der Gesamtabstimmung enthalten.

Amaudruz Céline (V, GE): Ma proposition de minorité concerne l'article 98a relatif à la coopération avec les autorités de poursuite pénale ainsi que la transmission d'informations et de moyens de preuve.

La majorité de la commission considère que l'article 98a en vigueur n'a pas à être amélioré. Il est rédigé ainsi: «Le SEM ou le Tribunal administratif fédéral transmet aux autorités de poursuite pénale compétentes les informations et les moyens de preuve concernant le requérant fortement soupçonné d'avoir enfreint le droit international public, notamment en commettant un crime contre la paix, un crime de guerre ou un crime contre l'humanité, en participant à un génocide ou en pratiquant la torture.»

Avec ma proposition de minorité, je souhaite modifier le texte de la manière suivante: «Le SEM ou le Tribunal administratif fédéral transmet aux autorités de poursuite pénale compétentes les informations et les moyens de preuve concernant le requérant accusé d'un crime ou d'un délit.» On sait que les requérants d'asile violent en moyenne beaucoup plus souvent le régime légal suisse que ne le fait la population résidente. Alors que les personnes du secteur de l'asile représentent environ 0,6 pour cent du total de la population, ils ont commis, selon la moyenne des années écoulées entre 2011 et 2014, 9 pour cent des violations du Code pénal. Dès lors, il n'y a pas lieu de faire de la rétention d'informations et ce, indépendamment de la gravité de l'infraction. Ce qui est connu doit être dit et transmis. Quel que soit le délit ou le crime, le Secrétariat d'Etat aux migrations ou le Tribunal administratif fédéral doit transmettre les informations et les moyens de preuve aux autorités de poursuite pénale compétentes.

Fehr Hans (V, ZH): Bei Artikel 37 wollen Sie alle offenbar die Verfahren beschleunigen; das ist gut so. Aber dann müssen Sie meiner Minderheit konsequenterweise zustimmen. Es geht um die Fristen in den erstinstanzlichen Verfahren. Diese werden geregelt in Absatz 1 für Dublin-Verfahren, auch wenn Dublin praktisch tot ist, in Absatz 2 für beschleunigte Verfahren; dann kommt Absatz 3, der lautet: «Liegen triftige Gründe vor und ist absehbar, dass der Entscheid im Zentrum des Bundes getroffen werden kann, so können die Fristen nach den Absätzen 1 und 2 um einige Tage überschritten werden.» Die Minderheit sagt hierzu, dass man genau diesen Absatz mit den triftigen Gründen streichen soll. Denn damit wird eine Tür geöffnet, die der Beschleunigung entgegenwirkt. Sie werden immer triftige oder angeblich triftige Gründe finden, davon bin ich überzeugt – die Verwaltung ist findig –, um die klar geregelten Fristen zu überschreiten. Natürlich wird man das dann damit begründen, dass es halt solche Fälle gebe und dass summa summarum wieder Zeit gewonnen werde, wenn man das im Zentrum machen könne. Sie müssen aber den Grundsätzen treu bleiben. Die Dublin-Verfahren sind erstinstanzlich klar geregelt,

die beschleunigten Verfahren sind erstinstanzlich klar geregelt, und jetzt kann man nicht wieder Ausnahmen schaffen mit diesen «triftigen» Gründen. Das Beschlossene soll nun gelten.

Wollen Sie Ja sagen zu einer effektiven Beschleunigung, die Sie ja eben wollen, dann sagen Sie bitte Ja zu diesem Minderheitsantrag.

Bei Artikel 115 geht es um die Geldstrafen bei Vergehen. Da wird angedroht, dass mit Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestimmte Vergehen bestraft werden. Beispielsweise wird bestraft, wer falsche Angaben zur Identität macht. Meine Minderheit will nun neu einen Buchstaben e einfügen, der vorsieht, dass die Verletzung der Mitwirkungspflicht im Asylverfahren auf die gleiche Stufe gehört und auf die gleiche Weise bestraft werden kann. Stimmen Sie bitte diesem Minderheitsantrag zu. Auch die Verletzung der Mitwirkungspflicht im Asylverfahren unterliegt der Geldstrafe und kann mit einer Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen bestraft werden. Ich bitte Sie um Zustimmung.

Rutz Gregor A. (V, ZH): Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion und begründe gleichzeitig meine Minderheitsanträge zu den Artikeln 102f bis 102m.

Bei all den Anträgen betreffend die Kapitel 6a und 8 geht es um die Wahrung und Stärkung der Rechtssicherheit. Es geht darum, dass wir unsere Rechtsordnung in diesem Bereich durchsetzen und sie nicht auf den Kopf stellen, wie das bei vielen Punkten, welche die Mehrheit befürwortet, der Fall wäre.

Beim Antrag der Minderheit Brand betreffend die Streichung von Kapitel 6a geht es um die Plangenehmigungsverfahren. Dort geht es darum – ich habe es in meinem letzten Votum bereits angetönt –, dass faire, transparente Verfahren zentral sind, gerade im Asylbereich, damit die humanitäre Tradition der Schweiz von der grossen Mehrheit, von der sie bisher getragen wurde, weiterhin getragen wird. Deshalb ist es wichtig, dass die Verfahren transparent sind. Es wäre falsch, hier Fristen zu verkürzen, auf öffentliche Auflagen zu verzichten und was hier alles noch an Sonderübungen vorgesehen ist – bis hin zur Möglichkeit des EJPD, private Grundstücke zu enteignen. Es wäre wirklich ganz falsch, hier solche Sonderbestimmungen ins Gesetz einzufügen. Wichtig ist Transparenz, wichtig ist, die Mitsprache und die Mitwirkung der Gemeinden und der Bevölkerung zu sichern.

Die gleiche Stossrichtung haben die Anträge der Minderheiten Amaudruz, Fehr Hans, Bugnon und Brand zu Artikel 98a und zu Artikel 115. Dort geht es um eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden, die sich eben nicht allein auf Personen beschränken soll, welche im Verdacht stehen, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen zu haben, sondern generell für Asylbewerber gelten soll, bei denen ein Verdacht auf kriminelle Handlungen vorliegt. Es geht auch um die Sanktionen gegenüber Asylbewerbern, welche ihre Mitwirkungspflichten verletzen, welche mit unwahren Angaben Vorteile zu erwirken versuchen oder welche ihre Rückführung behindern. Wir bitten Sie, alle diese Minderheitsanträge zu unterstützen; es sind alles Anträge, bei denen es darum geht, die Rechtssicherheit zu stärken und unsere Rechtsordnung durchzusetzen.

Darum geht es auch bei meinem Minderheitsantrag auf Streichung der Artikel 102f bis 102m, auf Streichung dieser neuen Bestimmungen zur unentgeltlichen Rechtspflege; das ist ein Antrag für die Beibehaltung des bisherigen Rechts. Hier geht es um ganz zentrale Grundsätze unserer Rechtsordnung. Worum geht es denn bei der unentgeltlichen Rechtspflege? Die unentgeltliche Rechtspflege kennen wir in unserem Land seit über 130 Jahren. Hier geht es darum, die Rechtsgleichheit zu bewerkstelligen, zu gewährleisten. Denn wir sagen zu Recht: Voraussetzung für die Gewährleistung der Rechtsgleichheit ist, dass alle Menschen den gleichen Zugang zur Justiz haben, auch jene, welche die Mittel dafür nicht haben. Das ist der Grundsatz, auf dem diese unentgeltliche Rechtspflege aufbaut. Das war früher in Artikel 4 der alten Verfassung; heute ist das explizit in Artikel 29 der

Verfassung geregelt. Dieses Recht gewährleistet auch die Europäische Menschenrechtskonvention in Artikel 6. Aber die EMRK stellt nur die Anforderung bezüglich zivilrechtlicher Angelegenheiten und strafrechtlicher Belange, während die Schweiz hier weiter geht und auch öffentliche Verfahren unter diesem Titel akzeptiert und unentgeltliche Rechtspflege ermöglicht.

Diese unentgeltliche Rechtspflege wird zugesprochen, wenn drei Bedingungen erfüllt sind: Es muss eine Bedürftigkeit vorliegen; das Verfahren, das vom Betroffenen angestrebt wird, darf nicht aussichtslos sein; und es muss eine Notwendigkeit der Verbeiständung gegeben sein. Diese drei Voraussetzungen müssen alle Personen, welche unentgeltliche Rechtspflege in Anspruch nehmen wollen, erfüllen. Das ist heute auch schon im Asylverfahren möglich, und es gilt für alle anderen Personen auch in anderen Verfahren.

Ein bedingungsloser Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege wäre ein Novum in der schweizerischen Rechtsordnung, in einem schweizerischen Gesetz. Es ist falsch, wenn gesagt wird, dass darüber schon 2013 von der Bevölkerung entschieden worden ist. In der Asylgesetzrevision, über welche wir am 9. Juni 2013 abgestimmt haben, steht die unentgeltliche Rechtspflege, die bedingungslose Gewährleistung der unentgeltlichen Rechtspflege so nicht drin. Auch im nichtdringlichen Teil, den das Parlament im Dezember 2012 beschlossen hat, ist das so nicht angeführt. Es ist erstmals in der bundesrätlichen Verordnung vom September 2013 explizit erwähnt, in der Testphasenverordnung; das war nach der Abstimmung. Im Bundesbüchlein – ich habe mir die Mühe genommen, das noch einmal sauber durchzulesen – stand kein Wort darüber. Man kann also nicht sagen, dass das die Bevölkerung schon gewollt habe und wir das jetzt einfach noch umsetzen müssten. Das ist falsch.

Ich staune auch etwas, wie hier unter den Parteien ein Sinnungswandel stattgefunden hat, nachdem es hier um ganz zentrale Grundwerte geht. Ich habe eine Vernehmlassungsantwort der Freisinnig-Demokratischen Partei vom September 2013 entdeckt, wo eigentlich genau das drinsteht, was ich Ihnen heute erzählen möchte, dass nämlich das bestehende Recht reiche, um die Probleme im Asylwesen zu lösen, wenn es nur konsequent umgesetzt würde; das hätte unserem Nichteintretens- oder unserem Rückweisantrag entsprochen. Abgelehnt wird jeglicher weiterer Ausbau des unentgeltlichen professionellen Rechtsschutzes, weil der generelle Beizug von professionellen Rechtsvertretern nicht zu einer Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens führe; das Gegenteil sei der Fall. Das meine ich auch. Ich bin froh, dass es die FDP so klar formuliert hat. Ich finde es aber etwas schade, dass Sie heute das Gegenteil davon erzählen. Sie schliessen Ihre Vernehmlassungsantwort mit einem guten Satz: «Das würde in der Schweiz die Kosten des Asylverfahrens explodieren lassen und neue vom Asylverfahren abhängige Berufsgruppen schaffen.» Datiert vom 26. September 2013, unterzeichnet von Kollege Philipp Müller.

Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist viel gravierender: Die unentgeltliche Rechtspflege wurde geschaffen, um die Rechtsgleichheit gewährleisten zu können, damit alle Menschen in der Schweiz den gleichen Zugang zur Justiz haben. Darum gibt es auch diese Bedingungen. Denn es wäre nicht richtig, wenn jemand, der sehr vermögend ist, gratis einen Rechtsbeistand erhalten würde und jemand, der diese Mittel nicht hat, keinen solchen Beistand zugesprochen erhielte. Darum müssen die Bedingungen gegeben sein – ich habe sie genannt: Bedürftigkeit, das Verfahren darf nicht aussichtslos sein, und die Notwendigkeit der Verbeiständung muss gegeben sein. Wenn wir hier für eine bestimmte Kategorie von Leuten eine bedingungslose unentgeltliche Rechtspflege einführen, schaffen wir gerade das Gegenteil von dem, was dieses Institut will. Wir schaffen eine Rechtsgleichheit, und das ist falsch. Es ist ja heute schon möglich, eine unentgeltliche Rechtsbeiständung zu kriegen, wenn man die Bedingungen dafür erfüllt.

Ich begreife wirklich nicht, wie man auf die Idee kommen kann, dass ein Verfahren schneller und effizienter wird, wenn mehr Juristen daran mitwirken. Das sage ich Ihnen auch als Jurist. Um dies noch mit einer Fachmeinung zu verdeutlichen: Die unentgeltliche Rechtspflege bezweckt nicht, sämtliche Prozesse, die ein Mittelloser vom Zaun bricht, mit Steuergeldern zu schützen. Erscheint das Begehren schon von Beginn an aufgrund einer ersten oberflächlichen Prüfung als aussichtslos, kann die unentgeltliche Rechtspflege verweigert werden. Nach der konstanten Praxis des Bundesgerichtes erscheinen Begehren als aussichtslos, bei denen die Gewinnaussichten beträchtlich geringer sind als die Verlustgefahren. Die Anerkennungsquote im Asylbereich war in den vergangenen zwanzig, dreissig Jahren ja konstant unter 20 Prozent; sie liegt jetzt etwas höher.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, den Minderheitsanträgen auf Streichung der Artikel 102f ff. zuzustimmen. Hier geht es um wichtige Grundwerte, hier dürfen wir nicht die Prinzipien unserer Rechtsordnung auf den Kopf stellen. Wir wollen die Rechtsordnung gewährleisten. Wer bedürftig ist, soll unentgeltliche Rechtspflege haben, aber hier mit einem ganzen Bataillon von Gratisanwälten aufzufahren verbessert nichts an den Verfahren; das wäre hier falsch, das schafft nur juristische Ungerechtigkeit.

Bugnon André (V, VD): L'article 115 traite des délits punissables d'une peine pécuniaire de 180 jours-amende au plus. On pourrait dire qu'il s'agit de petits délits puisque cela ne concerne pas les crimes ou délits pour lesquels le Code pénal prévoit une peine plus sévère.

Le droit en vigueur, repris dans le projet du Conseil fédéral, prévoit quatre cas de délits faisant l'objet de la peine pécuniaire précédemment évoquée tandis qu'un certain nombre de délits supplémentaires ont fait l'objet de propositions de minorité déposées par des représentants du groupe UDC.

Ma proposition de minorité vise, à la lettre f, à ce que quiconque obtiendrait un avantage dans la procédure d'asile ou une prolongation de son séjour en Suisse en fournissant des informations inexacts ou incomplètes soit également punissable de la peine pécuniaire de 180 jours-amende prévue par cet article. Il ne me paraît effectivement pas normal qu'un requérant d'asile obtienne des avantages dans la procédure ou une prolongation de son séjour s'il a fourni des informations fausses ou incomplètes. Il existe des règles du jeu à respecter et ce par toutes les parties. Le Secrétariat d'Etat aux migrations est chargé de poser un certain nombre de questions au requérant d'asile et ce dernier est tenu d'y répondre conformément à la vérité. Si le requérant ne fournit pas des informations complètes et exactes, il doit en assumer la responsabilité en s'exposant à la peine pécuniaire prévue à l'article 115.

Je vous invite à accepter ma proposition de minorité à l'article 115 lettre f.

Fluri Kurt (RL, SO): Ich möchte mich im Wesentlichen zum Plangenehmigungsverfahren sowie zur unentgeltlichen Rechtspflege äussern.

Zuerst zum Streichungsantrag der Minderheit Brand zum ganzen Kapitel 6a, «Plangenehmigung bei Bauten und Anlagen des Bundes», ab Seite 48 auf der deutschen Fahne: Herr Brand, unseres Erachtens gehört der Asylbereich auch zu den wichtigen Bundesaufgaben, wie die Infrastrukturvorhaben und andere, die Sie erwähnt haben, zu denen es Sachplanungen des Bundes oder übergeordnete sogenannte Plangenehmigungsverfahren auf Bundesebene gibt. Die Asylkonferenz vom 28. März 2014, ich komme einmal mehr darauf zurück, hat unter Ziffer 7 einstimmig beschlossen: «Das EJPD legt dem Bundesrat die Botschaft zur Neustrukturierung bis Sommer 2014 ... vor.» Und: «... wurde zur Vereinfachung des baurechtlichen Bewilligungsverfahrens in der Vernehmlassungsvorlage zur Neustrukturierung die Einrichtung eines Plangenehmigungsverfahrens vorgeschlagen. Die Mitwirkungsrechte der Kantone, Städte und Gemeinden werden gewahrt.» Unseres Erachtens ist diese Voraussetzung erfüllt. Die Asylkonferenz vom 28. März 2014

hat das einstimmig so verabschiedet. Seither ist uns nicht viel bekannt vom erwähnten grossen Unmut aus der Bevölkerung wegen der Umsetzung der dringlichen Umnutzungen gemäss der Vorlage 3, wie sie das Volk beschlossen hat. Die Kantone sind mit diesem Plangenehmigungsverfahren offensichtlich einverstanden, im Ständerat ist es nicht einmal zu einem Minderheitsantrag im gegenteiligen Sinn gekommen. Mit anderen Worten: Dieses Plangenehmigungsverfahren entspricht offenbar nach wie vor den Intentionen der Kantone.

Wir bitten Sie deshalb, den Antrag der Minderheit Brand abzulehnen; das nicht zuletzt auch deswegen, weil es bei der Rückweisung der seinerzeitigen Vorlage 2 ein Auftrag unserer Kammern war, unter anderem auch dieses Bewilligungsverfahren zu vereinheitlichen und zu beschleunigen.

Dann zur Frage des Rechtsschutzes: Herr Rutz hat behauptet, wir schüfen damit eine Ungleichheit zu Schweizer Bürgerinnen und Schweizer Bürgern und wir hätten uns in der Vernehmlassung gegenteilig geäussert. Das ist richtig: Wir haben befürchtet, dass die Beschwerdequote massiv ansteigt. Wir wissen, dass in den Niederlanden die Beschwerdequote sehr hoch ist, gegen 100 Prozent. Aber unterdessen wissen wir auch warum: weil die aufschiebende Wirkung der Beschwerde nicht gegeben ist.

Wir haben nun im Testbetrieb die Erfahrung gemacht, dass die Beschwerdequote momentan etwa bei 17 Prozent liegt. Sie oszillierte in der Vergangenheit zwischen 15 und 18 Prozent; im Moment liegt sie bei 17 Prozent. Im Regelverfahren ausserhalb des Testbetriebs beträgt die Beschwerdequote 26 Prozent. Das hat uns dazu bewogen, unsere Meinung im Nachgang zur Vernehmlassung aufgrund der gemachten Erfahrungen zu ändern.

Wieso sind wir der Auffassung, dass dieser Rechtsschutz und die unentgeltliche Rechtspflege gerechtfertigt sind? Wir haben gemäss Artikel 29 Absatz 3 der Bundesverfassung die Vorschrift, dass jede Person Anrecht auf eine notwendige Rechtsvertretung oder Verteidigung im Strafverfahren hat, wenn sie selbst nicht in der Lage ist, ihre Rechte zu wahren. Mit anderen Worten: Man muss bei jedem Verfahren im Asylrecht die Frage prüfen, ob ein Anspruch auf notwendige Verteidigung besteht. Nachdem damit zu rechnen ist, dass sehr viele Asylbewerber und von Asylverfahren betroffene Personen einen Antrag auf unentgeltliche Rechtspflege stellen würden, müsste man diesen Anspruch immer wieder prüfen, wie es im üblichen Zivil- und Strafprozessrecht der Fall ist.

Sie haben Recht: Die Voraussetzungen sind Nichtaussichtslosigkeit des Rechtsmittels und die Mittellosigkeit der betroffenen Person. Von der Mittellosigkeit der meisten von Asylverfahren betroffenen Personen können wir ruhig ausgehen – nicht bei allen, aber doch bei den meisten. Sie wären nicht in der Lage, die Verfahren und die Verteidigung zu bezahlen. Da sind Sie sicher mit mir einig. Über die Aussichtslosigkeit ist in dieser Phase oft relativ wenig zu erfahren. Mit anderen Worten: Die Beschwerdeinstanz müsste jedes Mal nicht nur die Frage der notwendigen Verteidigung prüfen, sondern auch die Frage der unentgeltlichen Prozessführung. Unter diesen Umständen scheint uns dieses Instrument richtig zu sein.

Der gleiche Zugang zu den Gerichten und zur unentgeltlichen Rechtspflege – das ist sehr oberflächlich betrachtet. Wir sind der Auffassung, dass alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger unterdessen über die Möglichkeit der unentgeltlichen Rechtspflege im Bilde sind und dass diese beansprucht wird. Deswegen kann mit der Zuweisung der automatischen unentgeltlichen Prozessführung im Asylverfahren kein Rechtsnachteil zugunsten der nicht im Asylverfahren stehenden Mitbürgerinnen und Mitbürger bestehen.

Ich möchte Sie noch auf die Anträge der Minderheiten Glättli auf den Seiten 59 und 62 der Fahne hinweisen. Wir machen da einen Unterschied zum Dublin-Verfahren, weil es uns gerechtfertigt erscheint, dass das Dublin-Verfahren nicht dasselbe Rechtsmittelverfahren verdient. Dort geht es ja nicht um die Prüfung von materiellen Fragen, sondern um die Prüfung formeller Fragen.

Ganz zum Schluss noch zu den Minderheitsanträgen Fehr Hans, Bugnon und Brand zu Artikel 115, auf Seite 69 der Fahne: Dort geht es immer um «Vergehen» während des Asylverfahrens, die durch Sanktionen des Asylgesetzes sanktioniert werden können. Es wäre deshalb sinnlos, zusätzliche Strafverfahren zu provozieren.

Rutz Gregor A. (V, ZH): Kollege Fluri, ich möchte da schon noch einmal einhaken. Sie sagen, dass die Notwendigkeit der unentgeltlichen Verbeiständung geprüft werden müsse, gehen aber offenbar davon aus, dass sie in Asylverfahren generell gegeben ist. Nun ist es ja denkbar, dass sich auch Schweizer Bürger in ähnlichen Situationen befinden, in denen sie sehr verletzlich und in Grundrechten direkt tangiert sind. Ich denke etwa an Verfahren bezüglich fürsorglichen Freiheitsentzugs oder an Verfahren mit Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Da müssen die drei Bedingungen erfüllt sein, damit eine unentgeltliche Verbeiständung erlangt werden kann. Das ist doch eine Ungleichheit. Finden Sie das nicht?

Fluri Kurt (RL, SO): Es ist eine formelle Ungleichheit. Jeder Anwalt, den Sie konsultieren, wenn Ihnen eine Massnahme durch eine Kesb-Behörde droht, wird Sie auf diese Möglichkeit aufmerksam machen, wenn Sie ihm darlegen, dass Sie nicht in der Lage sind, sein Mandat zu bezahlen. Wenn er zum Schluss kommt, dass der Fall nicht aussichtslos ist, dann wird er Ihnen selbst raten, das Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege zu stellen. Das ist kein grosser Aufwand, das ist ein zusätzlicher Brief; das ist der Unterschied zur automatischen Zuteilung der unentgeltlichen Prozessführung.

Flach Beat (GL, AG): Im letzten Block geht es um ein paar sehr wichtige Punkte. Die Minderheit Brand will das gesamte Kapitel 6a aus dieser Vorlage streichen. Das wäre ein fataler Fehler. Wir haben den ganzen Tag lang gemerkt, dass das Einrichten von Bundeszentren eine Bundesaufgabe ist. Damit ist es gerechtfertigt, dass ein Sachplan des Bundes als Grundlage genommen wird, um ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen. Ähnliche Verfahren kennen wir heute auch in anderen Bereichen, beim VBS beispielsweise im Bereich der Militäranlagen. Es ist ja auch nicht so, dass man jemandem etwas wegnimmt; bei diesem Verfahren geht es vor allem darum, dass es zentral gesteuert wird. Es wird nicht zentral geleitet, sondern es gibt eine Steuerung und eine Koordination der verschiedenen Player, die informiert werden müssen und Einsprache erheben können. Zu diesen gehören natürlich die Kantone und die entsprechenden Gemeinden. Dass das Verfahren auch einen Passus zur Enteignung enthält, ist logisch, denn sobald ein Plangenehmigungsverfahren von den üblichen kantonalen Plangenehmigungsverfahren abgelöst wird, muss man solche Fälle im Gesetz regeln.

Bei Artikel 37 möchte die Minderheit Glättli die Fristen verlängern. Die Minderheit Fehr Hans möchte die Ausnahmeregelung streichen, die vorsieht, dass insbesondere bei den Dublin-Verfahren die sehr kurzen Fristen um einige Tage verlängert werden können, wenn triftige Gründe dafür sprechen. Wir können beide Anträge ablehnen. Die Fristen sind kurz, das gebe ich zu, allerdings ist der Rechtsschutz gewährleistet, und es betrifft ja vor allen Dingen relativ klare oder sehr klare Fälle. Wir haben hier einen Mittelweg gefunden. Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zuzustimmen.

Bei Artikel 98a möchte die Minderheit Amaudruz, dass das Staatssekretariat für Migration den Strafverfolgungsbehörden auch Übertretungen weitermeldet. Sie müssen sich diesen Artikel einmal anschauen und sich überlegen, worum es da geht: Das Staatssekretariat für Migration soll im Gespräch herausfinden, ob es unter diesen Asylsuchenden allenfalls Kriegsverbrecher gibt. Es ist wichtig, dass man das macht, es kann aber nicht darum gehen herauszufinden, ob jemand bei Rot die Strasse überquert hat. Das ist nicht Aufgabe des Staatssekretariates für Migration bei diesen Befragungen. Es ist dann allenfalls eine Aufgabe der Aufsichtsbehörde in den Zentren, die solchen Dingen selbstverständlich

nachgehen muss. Wenn jemand straffällig geworden ist, soll es auch eine Anzeige geben, das ist selbstverständlich. Kollege Rutz hat ausgeführt, dass die automatische Rechtsvertretung eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen bedeute, z. B. gegenüber Schweizer Bürgern, die sich in einer ähnlichen Situation befinden und die zuerst um unentgeltliche Rechtspflege nachsuchen müssen. Sie müssen Folgendes sehen: Wir haben, wie Kollege Fluri ausgeführt hat, einen Grundrechtsschutz, der für alle gilt. In den allermeisten Verfahren, in denen wir uns irgendwann im Leben befinden, gibt es wesentlich längere Fristen. Sie sind wesentlich länger als diese äusserst kurzen Fristen, die wir jetzt hier einführen.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt: Belassen wir es nämlich so, dass das Verfahren üblicherweise ohne automatischen Rechtsbeistand läuft, bedeutet das, dass in vielen Fällen ein zweites Verfahren eröffnet wird. Es wird dann ein Antrag auf unentgeltliche Rechtspflege gestellt. Dieser Antrag wird dann vielleicht abgelehnt. Dann steht dem Gesuchsteller das normale rechtliche Verfahren offen, um dagegen Beschwerde zu führen. Dann dauert am Schluss das Beschwerdeverfahren gegen die Ablehnung der unentgeltlichen Rechtspflege womöglich länger als das jetzt vorgesehene Verfahren über den Entscheid des Asylgesuches.

Bei Artikel 115 liegen Anträge der Minderheiten Fehr Hans, Bugnon und Brand vor. Sie wollen eigentlich alle das Strafrecht in einem Bereich verschärfen, bei dem ich mich frage, was das am Schluss bringt, vor allen Dingen, wenn sie damit einen Asylsuchenden aus irgendeinem Land für unvollständig gemachte Angaben bestrafen und noch mit einer Busse belangen wollen. Was wollen Sie machen, wenn er die Busse nicht bezahlen kann? Solche Disziplinierungsmassnahmen sind hier einfach fehl am Platz, sie bringen uns nicht weiter. Vor allen Dingen straffen und beschleunigen sie die Verfahren nicht. Gegen eine solche Strafe kann der Betroffene selbstverständlich in jedem Fall wieder eine Beschwerde einreichen und behaupten, alle Angaben gemacht zu haben, über die er verfüge. Er könne nichts dafür, dass sie unvollständig seien in dem Sinne, wie es hier in Buchstabe f festgehalten wird. Das Verfahren würde damit noch einmal verlängert.

Ich bitte Sie namens der Grünliberalen, überall der Mehrheit zu folgen.

Humbel Ruth (CE, AG): Auch die CVP/EVP-Fraktion wird überall den Anträgen der Kommissionmehrheit zustimmen. Auch wir unterstützen das neueingeführte Plangenehmigungsverfahren anstelle des gewöhnlichen Baubewilligungsverfahrens. Die Kantone stehen hinter diesem Verfahren. Die Mitwirkungsrechte von Kantonen und Gemeinden sind gewahrt, aber die Suche nach geeigneten Standorten kann beschleunigt werden, die Entscheide können besser koordiniert werden, und auch die Baubewilligungsverfahren werden dadurch vereinfacht und beschleunigt.

Ich habe mich bereits beim Eintreten zum ausgebauten Rechtsschutz, zur unentgeltlichen Rechtshilfe geäussert. Auch die CVP/EVP-Fraktion unterstützt diese Neuerung. Neben dem rechtlichen Disput, den wir vorhin gehört haben, kann man ja auch noch auf einen praktischen Nutzen hinweisen: Die Ziele dieser Vorlage sind die Beschleunigung der Verfahren und weniger Beschwerden. Eine gute Rechtsvertretung verhindert nutzlose und überflüssige Beschwerden. Wir haben im Testzentrum in Zürich gesehen, dass dies, nämlich weniger Beschwerden und verkürzte Verfahren, eingetreten ist. Wir unterstützen daher bei den Bestimmungen der Artikel 102f bis 102m die Kommissionmehrheit und lehnen die Minderheitsanträge ab.

Im Gegenzug zum Ausbau des Rechtsschutzes unterstützen wir bei Artikel 37 die kürzeren Fristen bei erstinstanzlichen Verfahren in Dublin-Fällen.

Wir lehnen auch alle Minderheitsanträge zur Ergänzung des Strafrechts bei Artikel 115 ab. Verletzungen der Mitwirkungspflicht muss mit einem konsequenten Vollzug des Asylrechts begegnet werden. Eine strafrechtliche Ahndung macht wenig Sinn und kann sogar dazu führen, dass Ausschaffungen

nicht vollzogen werden können, wenn nämlich ein hängiges strafrechtliches Verfahren noch die Anwesenheit der betroffenen Person bedingt. Die Minderheitsanträge führen damit zur Behinderung des Vollzugs des Asylrechts, was ja auch nicht im Sinne der SVP sein kann.

Zusammengefasst werden wir, die CVP/EVP-Fraktion, im Block 5 alle Minderheitsanträge ablehnen und den Anträgen der Kommissionmehrheit folgen.

Müller Geri (G, AG): Wir sind mittlerweile in der neunten Stunde dieses Leidenswegs angelangt, auf dem wir Punkt für Punkt über diese Revision diskutieren. Eigentlich geht es ja hier um eine weltweite Bewegung, die im Gange ist und die, genau besehen, ein Zurückschlagen eines Pendels ist. Seit dem Ende der Kolonisation in den Sechzigerjahren und dem Ende des Kalten Kriegs vor dreissig Jahren, seit über fünfzig Jahren also, strömen Europäer und auch andere, Amerikaner, Chinesen usw., in diese Welt hinein, um dort, wie man sagt, zu investieren, hauptsächlich in den Abbau von Bodenschätzen. Dafür haben die Konzerne die Diktatoren bezahlt, sie haben die Gebiete praktisch kostenlos bekommen. Man hat sich bereichert, die Wirtschaft ist im Norden massiv gewachsen, im Süden ist sie stehengeblieben. Das ist die Situation.

Wenn man es genau anschaut, sieht man: Eigentlich gehen die Leute, die jetzt über das Meer und über den Osten nach Europa strömen, den Bodenschätzen hinterher. Wir diskutieren hier über ein Asylverfahren, als hätte man es mit persönlich verfolgten Menschen zu tun. Nein, sie sind nicht in dem Sinne verfolgt. Sie sind von Verzweiflung gepackt, die sie da hingehen lässt, wo heute ihre Güter sind. Wir erschrecken jetzt. Wir erschrecken ob diesen Bildern. Es geht nicht darum, mit einem neuen Asylgesetz dieses Erschrecken zu beruhigen. Es ist schrecklich, was im Mittelmeer passiert; wir weisen schon seit Jahren darauf hin, dass das nicht geklärt ist. Wir diskutieren einen ganzen Tag über diese Revisionen, eigentlich einen ganzen Tag Kleinkram, der immer wieder mit dem gleichen Resultat endet. Mit etwa 150 zu 50 Stimmen werden hier Brosamen hin- und hergeregelt, für ein Verfahren, das noch stärker perfektioniert wird, noch stärker detailliert wird.

Es ist ganz klar: Das wird die Asylsituation respektive die Flüchtlingssituation überhaupt nicht verändern, weil kein Asylsuchender über dem Mittelmeer diesen Text lesen wird, den wir hier verfasst haben. So versuchen wir, das Verfahrenssystem zu verbessern. Es hat Verbesserungen gegeben. Ich möchte dort auch die Anträge aus der Delegation meiner Fraktion in der Kommission unterstützen. Wir versuchen, den Rechtsschutz zu verbessern. Ihnen respektive einem Viertel von Ihnen ist es dann zu viel, rechtliche Regelungen zu beschliessen für eine Situation, in der wir praktisch keine rechtlichen Regelungen finden können. Denn wir sind völlig überfordert, wenn wir diese Situation auf das Asylverfahren zurückführen.

Es ist kleinkrämerisch, alles Mögliche wie Vergehen usw. aufzuzählen. Es ist kleinkrämerisch, Kinderzulagen wie einen Lottogewinn zu regulieren: «Wenn du die Asylanforderungen erfüllt hast, kriegst du die Kinderzulagen, und sonst hast du Pech gehabt.» Es ist eine Zusammenfassung von Kleinkram. Ich bitte Sie wirklich, jetzt, in der Schlussphase dieser Debatte, die Anträge weiterhin so zu verfassen, dass wir mindestens einen guten Eindruck machen, was das Asylgesetz betrifft, und dass wir dort nicht in Kleinkrämerie erstickten.

Ich bin überzeugt, dass es mit dem nicht geregelt werden kann. Die Debatte, ob das System, wie wir es heute haben, gerechtfertigt ist, muss weltweit geführt werden. Man macht hier Milliarden, und an anderer Stelle sind die Leute nicht mehr in der Lage, sich zu versorgen. Das ist die Katastrophe. Oder an anderen Orten wie im Nahen Osten führt man Kriege um den letzten Tropfen Öl, das zu einem unglaublich billigen Satz hier nach Europa gekommen ist. Wir konnten damit eine unglaubliche Wirtschaft aufbauen, was andere eben nicht konnten.

Wir sind jetzt dazu angehalten, das Gesetz zu machen. Ich möchte Sie aber dazu ermuntern, eben auch später, auch in den kommenden Legislaturen darüber zu diskutieren, wie man diesen Wahnsinn stoppen kann, diesen Wahnsinn, dass es an einem gewissen Ort der Welt die Güter gibt, die Leute dort davon aber nichts haben und sich hier das Geld ansammelt. Wir versuchen dann knausrig, bröselnd irgendwie ein Verfahren zu machen, das niemandem genügt. Es genügt Ihnen auf der rechten Seite nicht, es genügt aber auch niemandem auf der linken Seite, es wird auch den Asylsuchenden niemals genügen – das ist ja die Quintessenz dieser Debatte.

Ich bitte Sie also, den Minderheitsanträgen aus meiner Fraktion zuzustimmen und die Minderheitsanträge aus der SVP-Fraktion abzulehnen; diese werden wahrscheinlich wieder mit allen gegen 52 Stimmen abgelehnt.

Naef Martin (S, ZH): Kollege Geri Müller hat natürlich schon Recht. Dennoch bin ich der Meinung, dass es hier nicht einfach nur um Kleinkram geht. Es geht schliesslich um Verfahren gegenüber einzelnen betroffenen Personen, bei welchen der Rechtsschutz eine sehr wichtige Komponente einer qualitativ guten Entscheidung sein kann und sein muss. Insofern tun wir, glaube ich, gut daran, auch das in dieser langen Debatte seriös zu diskutieren. Es wurde vorhin durch die Vorrednerinnen und Vorredner im Detail ausgeführt, weshalb ich mich kurzfassen kann.

Ich möchte mich auf zwei Themenkreise beschränken, die mir die wesentlichsten zu sein scheinen. Es handelt sich um zwei Themenkreise, die eine eigentliche Bedingung für den Erfolg dieser Revision sind. Wenn wir die Verfahren merklich verkürzen wollen, dann müssen alle Verfahrensbeteiligten – inklusive Beratung und Rechtsvertretung – vor Ort sein. Dabei geht es nicht einfach um Unterstützung, sondern auch um die schnelle Klärung der Frage, inwieweit rechtliche Schritte sinnvoll sind. Um diesen Auftrag erfüllen zu können, brauchen die Vertreterinnen und Vertreter der Asylsuchenden genug Zeit, um wenig Zeit für das Gesamtverfahren in Anspruch nehmen zu müssen.

Ich bitte Sie darum, im Sinne der Minderheitsanträge Glättli den Beteiligten genug Zeit einzuräumen, ein qualitativ gutes und darum schlussendlich rasches Verfahren durchführen zu können.

Gleiches gilt für die Frage, in allen Verfahren den Betroffenen eine Möglichkeit zur Stellungnahme einzuräumen. Der Verzicht darauf würde bedeuten, dass die Beschwerdequote steigen würde, da sich eine betroffene Person nicht äussern könnte. Dieses Gehör entspricht nicht nur rechtsstaatlichen Grundsätzen. Jeder, der in der Rechtspflege tätig ist, wird Ihnen bestätigen können, dass Klarheit und Einbezug im Sinne des Vorhabens fairer, aber letztlich auch günstiger sind. Ein umfassender Rechtsschutz ist eben nicht eine Wohltat, welche die Verfahren verlängert. Sie ist vielmehr eine Massnahme der Klarheit für die betroffenen Asylsuchenden und auch eine vernünftige, pragmatische Massnahme, die hilft, die Verfahren zu beschleunigen. Sie können sonst auch über die Unentgeltlichkeit streiten oder die Qualität der Beratung – wie das Kollege Flach erwähnt hat –, aber das kostet und verlängert die Verfahren. Eigentlich verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht, wie man hier dagegen sein kann. Es geht um eine Professionalisierung; es geht um eine Beschleunigung. Die Erfahrungen im Zürcher Pilotprojekt haben zudem eindrücklich gezeigt, dass in dieser Organisation weniger Rekurse gegen Entscheidungen eingereicht wurden.

Ich bitte Sie darum im Namen meiner Fraktion, den Antrag der Minderheit I (Rutz Gregor) abzulehnen. Im Weiteren bitten wir Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Das sind jetzt tatsächlich noch zwei wichtige, zwei entscheidende Punkte in dieser Neustrukturierung des Asylwesens. Ich komme zuerst zum Plangenehmigungsverfahren. Eine Minderheit Brand beantragt bei Artikel 95a, die Bestimmungen über das

Plangenehmigungsverfahren zu streichen. Ich muss Ihnen aber sagen, dass das Plangenehmigungsverfahren eine der zentralen Voraussetzungen ist, dass die Neustrukturierung ins Asylbereich überhaupt umgesetzt werden kann. Das Ziel des Plangenehmigungsverfahrens ist es ja, eine bessere Koordination sowie eine Beschleunigung der Bewilligungsverfahren zu erreichen. Wir brauchen für den Aufbau der Neustrukturierung eine zentrale Steuerung. Wenn man jedes kantonale Baurecht berücksichtigen würde, dann wäre diese zentrale Steuerung nicht mehr möglich. Sie wissen ja, wir wollen mit sechs Asylregionen in der Schweiz arbeiten, und deshalb braucht es insgesamt auch diese Steuerung. Wenn Sie Artikel 95e anschauen, dann sehen Sie, dass es Mitwirkungsmöglichkeiten für die Gemeinden und für die Kantone gibt durch die Anhörung; Sie sehen bei den Artikeln 95g und 95l auch, dass es Beschwerdemöglichkeiten gibt und dass die Beschwerdemöglichkeiten für Kantone und Gemeinden gewährleistet sind. Das wird explizit im Asylgesetz festgehalten. Übrigens ist das Plangenehmigungsverfahren auch nicht irgendein unbekanntes Element. Wir kennen es für verschiedene Bauten von nationalem Interesse. Nicht nur der Bundesrat, auch die Kantone sowie der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband befürworten einstimmig das vorgeschlagene Plangenehmigungsverfahren im Asylbereich.

Ich komme jetzt noch zum Rechtsschutz. Eine Minderheit Rutz Gregor beantragt bei den Artikeln 102f ff., die ganzen Bestimmungen über den Rechtsschutz zu streichen und nur die geltende Regelung über die vereinfachte amtliche Verbeiständung beizubehalten. Damit würden ausschliesslich für das Beschwerdeverfahren gewisse Erleichterungen vorgesehen, dies, obwohl insbesondere im beschleunigten Verfahren die Beschwerdefrist von heute 30 Tagen auf 7 Tage natürlich markant gesenkt wird und ein Entscheid im beschleunigten Verfahren bereits nach 8 Arbeitstagen zu eröffnen ist. Wenn jetzt der Rechtsschutz gestrichen würde, dann wäre das bei diesen Fristen nicht nur verfassungswidrig, sondern es würde auch die Umsetzung der Neustrukturierung verunmöglichen, weil das zentrale Instrument der Neustrukturierung, nämlich die Beschleunigung, mit dem Wegfall des Rechtsschutzes nicht mehr erreicht werden könnte. Diese beiden Elemente – rasche und faire Verfahren – sind untrennbar miteinander verbunden. Man kann also nicht nur einfach rasche Verfahren fordern, ohne die Rechtsstaatlichkeit und Fairness dieser Verfahren zu garantieren.

Herr Rutz hat sich darüber beklagt, dass die Schweizerinnen und Schweizer mit diesem Vorgehen benachteiligt würden, weil bei ihnen für eine Verbeiständung gewisse Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Ich muss Ihnen allerdings sagen: Schauen Sie sich die Strafprozessordnungen der Kantone an – die Voraussetzungen sind eben dort geregelt –: Bei Sanktionen von einer besonderen Schwere, also zum Beispiel wenn eine langjährige Freiheitsstrafe droht, ist auch für Schweizerinnen und Schweizer beziehungsweise für Bürgerinnen und Bürger, die in der Schweiz leben, eine amtliche Rechtsvertretung ohne Abklärungen und ohne Vorbedingungen möglich, ausser wenn sie schon einen eigenen Anwalt haben. Aber ansonsten haben wir bei Sanktionen von einer besonderen Schwere diese Verbeiständung hier auch vorgesehen.

Nun ist das Rechtsgut beim Asylverfahren ein ausserordentlich hohes Rechtsgut, denn es geht um Leben und Tod. Es geht darum, dass, wenn entschieden wird, dass jemand in sein Land zurückgehen muss, dieser Person unter Umständen Tod oder Folter droht. Sie erinnern sich, dass vor zwei Jahren zwei Tamilen in ihr Land zurückgeschickt wurden und dort unmittelbar ins Gefängnis kamen. Da haben Sie gesehen, was passieren und was es bedeuten kann, wenn Sie jemanden in sein Land zurückschicken – die betreffende Person kann dann unter Umständen eben von Folter oder sogar vom Tod bedroht sein. Das ist die Frage! Vergessen Sie nicht, dass es beim Asylverfahren nicht um die Frage geht, ob man ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger hat, sondern die Frage ist: Wird jemand in sein Herkunftsland, in seinen Heimatstaat zurückgeschickt? Die Abklärung, die bei

einem Asylverfahren gemacht werden muss, ist, ob diese Person in ihrem Staat an Leib und Leben bedroht ist. Das ist das Rechtsgut, das beim Asylverfahren auf dem Spiel steht. Deshalb ist es auch nichts als richtig, dass wir bei raschen Verfahren dafür sorgen, dass dieser umfassende Rechtsschutz gewährleistet ist.

Wir hatten nun im Testbetrieb die Möglichkeit, Fakten zu schaffen und nicht mit Vorstellungen oder Befürchtungen oder Vorurteilen zu arbeiten. Die Fakten in Bezug auf diese unentgeltliche Rechtsvertretung im Testbetrieb in Zürich sind einfach klipp und klar: Sie zeigen, dass Fairness und Rechtsstaatlichkeit eben zusammengehören, dass das funktioniert und dass dadurch auch die Akzeptanz der Asylentscheide besser ist, was sich auch positiv auf die Beschwerdequote auswirkt. Wir haben heute schon mehrmals gehört, dass die Beschwerdequote im Testbetrieb sogar tiefer ist als im Normalbetrieb.

In der Kommission kam die Frage auf, ob man im Dublin-Verfahren auf diesen umfassenden Rechtsschutz verzichten könne. Nun ist es aber so, dass es sich auch bei Dublin-Verfahren um komplexe Konstellationen handeln kann. Bei vulnerablen Personen steht die Frage im Raum, ob eine Wegweisung zumutbar ist. Deshalb ist der Rechtsschutz auch im Dublin-Verfahren notwendig, das sieht auch die Kommissionmehrheit so. Etwas anderes ist fast noch wichtiger: Man kann die Dublin-Verfahren nicht einfach so von den anderen Verfahren loslösen. Ganz zu Beginn des Verfahrens ist unter Umständen noch nicht klar, ob es sich überhaupt um ein Dublin-Verfahren handelt oder ob es ein beschleunigtes Verfahren ist. Deshalb macht es Sinn, dass wir diesen Rechtsschutz auch für die Dublin-Verfahren vorsehen.

Die Kommissionmehrheit hat aber gewisse Einschränkungen am Konzept des Rechtsschutzes im Dublin-Verfahren vorgenommen. Wir können diese Anpassungen mittragen. Es geht darum, dass eine Stellungnahme der Rechtsvertretung nur zum ablehnenden Asylentscheid im beschleunigten Verfahren erfolgt, nicht aber zum Nichteintretensentscheid im Dublin-Verfahren. Damit wird der Rechtsvertretung ein Nichteintretensentscheid im Dublin-Verfahren auch nicht mehr zur Stellungnahme unterbreitet. Damit einher geht die Festlegung der Behandlungsfrist für das Dublin-Verfahren; sie soll gemäss Kommissionmehrheit bei drei Tagen festgelegt werden. Das ist ehrgeizig, denn es ist wirklich eine sehr kurze Zeit, aber wir sind der Meinung, es sei machbar. Wir können deshalb diese Änderung der Kommissionmehrheit gerade noch mittragen – so würde ich es nennen. Wir lehnen aus diesen Gründen den Antrag der Minderheit Glättli ab.

Ich komme noch zu den Minderheitsanträgen Fehr Hans, Bugnon und Brand zu den Strafbestimmungen in Artikel 115 des Asylgesetzes. Das Strafrecht stellt als Zwangsmittel die Ultima Ratio dar. Dessen Einsatz ist nur dann verhältnismässig, wenn andere Mittel, z. B. verwaltungsrechtliche Sanktionen, nicht ausreichen. Es kommt noch etwas anderes hinzu: Ein parallel oder im Anschluss an das Asylverfahren durchzuführendes Strafverfahren würde sich negativ auf die Dauer des Asyl- und Wegweisungsverfahrens auswirken. Wenn man jemanden ausweisen will, kann es nicht im Interesse der Sache sein, dass man noch ein Strafverfahren anhängen muss, die Person noch einmal zwei Monate lang im Gefängnis bleibt und man dann mit dem ganzen Prozedere wieder von vorne beginnen muss. Wir bitten Sie, auch die Anträge dieser Minderheiten abzulehnen.

Lustenberger Ruedi (CE, LU): Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, können Sie bestätigen, dass durch die neuen Bestimmungen in Kapitel 6a, «Plangenehmigung bei Bauten und Anlagen des Bundes», das Verbandsbeschwerderecht in keiner Art und Weise tangiert ist?

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Das kann ich bestätigen.

Amarelle Cesla (S, VD), pour la commission: Ce bloc 5, qui est le dernier, porte sur deux points essentiels: la procédure

d'approbation des plans concernant les constructions et installations de la Confédération aux articles 95a et suivants et la représentation juridique aux articles 102f et suivants.

Concernant la procédure d'approbation des plans, aux articles 95a et suivants, la loi révisée, au chapitre 6a, contient la base juridique pour une procédure d'approbation à l'échelle fédérale pour les bâtiments et installations servant à la Confédération pour assurer l'accueil des requérants d'asile et effectuer la procédure. Dans la loi sur l'asile, le processus de décision devrait être concentré sur une autorité unique, le Département fédéral de justice et police, comme le suggère l'article 95a. Les modifications proposées aux articles 95a à 95l doivent être limitées à dix ans depuis l'entrée en vigueur de cette révision pour la construction des bâtiments et installations.

J'en viens à la représentation juridique gratuite, aux articles 102f et suivants. Pour mener à bien des procédures rapides et pour effectuer correctement la restructuration de manière équitable, les demandeurs d'asile doivent bénéficier d'une protection juridique gratuite et complète, c'est ce qui est prévu dans la philosophie du projet et inscrit aux articles 102f et suivants. C'est pourquoi, en tant que mesure d'accompagnement à une procédure plus rapide, il faut pouvoir prétendre à une représentation légale pour les demandeurs d'asile dans le cadre de la procédure accélérée – articles 102f, 102g et 102h alinéa 3 – avec quelques restrictions ciblées sur la procédure Dublin; on songe aux articles 102h, 102g, 102h alinéa 3.

Cette prétention se prolonge tant que la personne concernée se trouve dans un centre de la Confédération, soit jusqu'à l'application de la procédure étendue; c'est ce qu'on appelle le triage de la première instance prévue aux articles 102h, 102g, 102h alinéa 3. Par la suite, les personnes concernées sont attribuées aux cantons – article 26d – et pendant le séjour dans le canton, la procédure juridique gratuite est limitée telle que prévue à l'article 102l et 102m.

L'organisation du conseil et de la représentation juridique dans les centres de la Confédération doit faire l'objet d'un contrat de prestations avec des tiers – article 102f alinéa 2 et 102i – et la somme sera versée dans le cadre d'un accord forfaitaire – article 102k.

Les autres thèmes de ce bloc touchent aux délais de recours contre les décisions d'asile.

Dans le cadre de la procédure accélérée, l'article 108 alinéa 1 de la loi sur l'asile indique que le délai de recours, qui commence à courir dès la notification de la décision, est de sept jours ouvrables pour les décisions prises en vertu de l'article 31a alinéa 4 et de cinq jours pour les décisions incidentes. La réduction du délai de recours de trente jours actuellement à sept jours ouvrables n'est possible qu'avec une protection juridique adéquate, conformément à la philosophie du projet. En ce qui concerne la procédure étendue, l'article 108 alinéa 2 indique que le délai de recours est de trente jours pour les décisions prises en vertu de l'article 31a alinéa 4 et de dix jours pour les décisions incidentes.

Les articles 95a à 95l régissent l'approbation des plans concernant les constructions et installations de la Confédération. Il convient de noter que la procédure d'approbation est précisément décrite aux articles 95c à 95j. La majorité de la commission suit la position du conseil des Etats concernant les articles 95a à 95l et soutient donc l'introduction d'une procédure d'approbation des plans au niveau fédéral pour les installations dont la Confédération est responsable. Le but est d'obtenir une meilleure coordination et une accélération des procédures d'approbation. Dans la loi sur l'asile, il est prévu que la procédure d'approbation des plans relève d'une instance unique, conformément à l'article 95a.

La proposition de la minorité Brand a pour but de supprimer les dispositions relatives à l'approbation des plans.

La commission, par 16 voix contre 7 et 1 abstention, vous invite à rejeter la proposition défendue par la minorité Brand, en considérant que la procédure d'approbation est un élément indispensable à la mise en oeuvre réussie de la restructuration du domaine de l'asile.

D'autres procédures de ce type ont fait leurs preuves, en pratique, pour ce qui concerne des bâtiments d'intérêt national. Cette procédure simplifiée a été élaborée d'entente avec les cantons et les communes dans le cadre de la Conférence nationale sur l'asile. Je vous rappelle que la procédure d'approbation est mentionnée au chiffre 3 de la déclaration commune du 21 janvier 2013 ainsi qu'au chiffre 7 de la déclaration commune du 28 mars 2014, déclarations adoptées à l'unanimité par la Conférence nationale sur l'asile.

L'article 95e de la loi sur l'asile garantit la consultation des cantons et des communes, et la possibilité de recourir est prévue à l'article 95l.

Pour toutes ces raisons, la majorité de la commission vous invite à rejeter la proposition de la minorité Brand qui vise à biffer tout le chapitre 6a.

Je passe à l'article 37 de la loi sur l'asile, qui traite des délais concernant la procédure de première instance dans le cadre de la procédure accélérée, de la procédure Dublin et de la procédure étendue. Les procédures restantes, il faut le savoir, par exemple celle qui s'applique aux demandes multiples, sont réglées à l'article 111c de la loi sur l'asile.

Trois propositions de minorité ont été déposées à l'article 37. A l'article 37 alinéa 1, la minorité Glättli demande que la notification de la décision dans une procédure Dublin puisse s'effectuer dans un délai de cinq jours ouvrables comme l'a décidé le Conseil des Etats, et non de trois jours comme le proposent le Conseil fédéral et la majorité de la commission. Cette question est liée à l'article 102k alinéa 1 lettre c de la loi sur l'asile, qui est en rapport avec la procédure Dublin. Il est prévu de maintenir la possibilité de pouvoir se prononcer sur le projet de décision dans la procédure accélérée. Ces deux éléments sont matériellement liés.

La commission recommande, par 15 voix contre 8 et aucune abstention, de rejeter la proposition défendue par la minorité Glättli.

A l'article 37 alinéa 2, la proposition de la minorité Glättli vise à augmenter à douze jours ouvrables le délai de notification dans une procédure accélérée, alors que la décision du Conseil des Etats prévoit huit jours, selon le projet du Conseil fédéral.

Toujours en invoquant la même argumentation, la commission vous invite, par 16 voix contre 8 et aucune abstention, à rejeter la proposition défendue par la minorité Glättli.

La minorité Glättli considère que l'on ne perd pas de temps si l'on accorde quatre jours de délai supplémentaire aux demandeurs d'asile. La majorité de la commission conteste cette analyse parce qu'elle s'appuie sur le rapport intermédiaire d'évaluation de la phase-test qui indique qu'il n'y a en fait pas de problème à maintenir le délai de huit jours.

Donc, par 16 voix contre 8, la commission vous invite à refuser les propositions défendues par la minorité Glättli.

J'en viens maintenant à la proposition de minorité Fehr Hans à l'article 37 alinéa 3. Elle demande la suppression de la disposition. Il faut savoir que cet alinéa règle la possibilité de déroger aux délais qui sont prévus en procédure accélérée et en procédure Dublin pour de justes motifs et s'il est prévisible que la décision pourra être rendue quelques jours après dans un centre de la Confédération.

Par 17 voix contre 6, la commission vous recommande de rejeter cette proposition défendue par la minorité Fehr Hans, parce qu'elle considère qu'il vaut mieux laisser un peu de souplesse dans le cadre de ces délais. Il vaut mieux exiger quelques jours de plus pour pouvoir maintenir les personnes dans les centres et éviter, à chaque fois qu'il y a un petit dépassement, un retard de quelques jours, de devoir transmettre la personne au canton. Je vous rappelle que l'on est en procédure Dublin et en procédure accélérée dans ce cadre-là.

C'est la raison pour laquelle la commission considère qu'il est justifié de rejeter la proposition de minorité Fehr Hans.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Ich will es kurz machen, angesichts der fortgeschrittenen Stunde. Die Meinungen dürften gemacht sein.

Ich möchte trotzdem auf einen Punkt eingehen. Worüber hat die Bevölkerung im Juni 2013 eigentlich abgestimmt? Darüber sind wir uns nicht ganz einig. Schon in der Kommission war das ein Thema. Ich möchte wiederholen, worum es damals ging.

Man hat der Bevölkerung eine Vorlage zu den Asylverfahren im Rahmen von Testphasen vorgelegt. Man hat gesagt, der Bundesrat könne für Beschwerden die Beschwerdefrist von 30 Tagen – von 30 Tagen! – gemäss Artikel 108 Absatz 1 in Testphasen auf 10 Tage verkürzen. Dies ist dann möglich, «wenn der wirksame Rechtsschutz der betroffenen Asylsuchenden durch geeignete Massnahmen gewährleistet ist». Genau so steht es in der Vorlage, die dem Volk vorgelegt wurde. Das Volk hat dazu mit 78,4 Prozent der Stimmen Ja gesagt.

Nun haben wir in diesem besagten Artikel 108 Absatz 1 sogar 7 Tage drin. Anders gesagt: Die Testphase war erfolgreich; das Volk hat gewusst: Wir testen das, wir machen keinen Papiertiger. Der Test war erfolgreich. Wir setzen mit dieser Vorlage das um, was im Juni 2013 vom Souverän angenommen worden ist. Das einfach zur Präzisierung.

Was den Antrag der Minderheit I (Rutz Gregor) in dieser Angelegenheit betrifft, hat die Kommission mit 16 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung den entsprechenden Antrag abgelehnt.

Der Antrag, der jetzt als Antrag der Minderheit II (Glättli) zu Artikel 102k Absatz 1 Buchstabe c vorliegt, wurde von der Kommission mit 15 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag, der jetzt als Antrag der Minderheit II (Glättli) zu Artikel 102m Absatz 4 vorliegt, ist mit 16 zu 8 Stimmen abgelehnt worden.

Dann haben wir noch den Antrag der Minderheit Amaudruz zu Artikel 98a. Der entsprechende Antrag ist mit 17 zu 6 Stimmen ebenfalls abgelehnt worden.

Ein weiterer Antrag der Minderheit Rutz Gregor liegt bei Artikel 110 Absatz 3 vor. Der entsprechende Antrag ist in der Kommission mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt worden.

Was den Antrag der Minderheit Fehr Hans zu Artikel 115 Buchstabe e, den Antrag der Minderheit Bugnon zu Buchstabe f und den Antrag der Minderheit Brand zu Buchstabe g betrifft: Die entsprechenden Anträge sind in der Kommission alle abgelehnt worden, und zwar mit 13 zu 9 bzw. 13 zu 10 Stimmen.

Ein letzter Minderheitsantrag wird von der Minderheit Fehr Hans zu Artikel 84 Absatz 4 des Ausländergesetzes gestellt. Der entsprechende Antrag ist in der Kommission ebenfalls abgelehnt worden, und zwar mit 13 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Zusammengefasst heisst das: Lehnen Sie bitte im Sinne der Kommissionsmehrheit sämtliche Minderheitsanträge ab, seien sie von links oder von rechts, und stimmen Sie den Anträgen der Mehrheit der Kommission zu.

Art. 37

Antrag der Mehrheit

Abs. 1

... innerhalb von drei Arbeitstagen zu eröffnen, nachdem ...

Abs. 2–6

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Glättli, Amarelle, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Schenker Silvia, Tschümperlin)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Schenker Silvia, Tschümperlin)

Abs. 2

... innerhalb von zwölf Arbeitstagen ...

Abs. 2bis

Ist ein Entscheid mit Wegweisungsverfügung geplant, sind der Rechtsvertretung drei Arbeitstage einzuräumen, um eine schriftliche Stellungnahme einzureichen.

Antrag der Minderheit

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Pantani, Rutz Gregor)

Abs. 3

Streichen

Art. 37*Proposition de la majorité**Al. 1*

... dans les trois jours ouvrables qui suivent l'approbation ...

Al. 2–6

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Glättli, Amarelle, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Schenker Silvia, Tschümperlin)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Glättli, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Schenker Silvia, Tschümperlin)

Al. 2

... notifiée dans les douze jours ouvrables ...

Al. 2bis

Si une décision de renvoi est prévue, il convient de laisser trois jours ouvrables à la représentation juridique pour rendre un avis écrit.

Proposition de la minorité

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Pantani, Rutz Gregor)

Al. 3

Biffer

*Abs. 1 – Al. 1**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 315)

Für den Antrag der Mehrheit ... 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 47 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Abs. 2, 2bis – Al. 2, 2bis**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 316)

Für den Antrag der Mehrheit ... 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 48 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Abs. 3 – Al. 3**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 317)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Übrige Bestimmungen angenommen**Les autres dispositions sont adoptées***Gliederungstitel vor Art. 95a; Art. 95a; 95b; Gliederungstitel vor Art. 95c; Art. 95c–95j; Gliederungstitel vor Art. 95k; Art. 95k; Gliederungstitel vor Art. 95l; Art. 95l***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Streichen

Titre précédant l'art. 95a; art. 95a; 95b; titre précédant l'art. 95c; art. 95c–95j; titre précédant l'art. 95k; art. 95k; titre précédant l'art. 95l; art. 95l*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Biffer

Abstimmung – Vote(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 318)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(1 Enthaltung)

Art. 98a*Antrag der Minderheit*

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

... übermittelt den zuständigen Strafverfolgungsbehörden Informationen und Beweismittel über Asylsuchende, die eines Vergehens oder Verbrechens beschuldigt werden.

Art. 98a*Proposition de la minorité*

(Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

... transmet aux autorités de poursuite pénale compétentes les informations et les moyens de preuve concernant le requérant accusé d'un crime ou d'un délit.

Abstimmung – Vote(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 319)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 110 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Gliederungstitel vor Art. 99a; Art. 99a Abs. 3 Bst. b; 99b Bst. d*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre précédant l'art. 99a; art. 99a al. 1 let. b; 99b let. d*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Gliederungstitel vor Art. 102f; Art. 102f–102j***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Streichen

Titre précédant l'art. 102f; art. 102f–102j*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Biffer

Art. 102k*Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

...

c. Stellungnahme zum Entwurf eines ablehnenden Asylentscheidendes im beschleunigten Verfahren;

...

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)
Streichen

Antrag der Minderheit II

(Glättli, Amarelle, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Schenker Silvia, Tschümperlin)

Abs. 1 Bst. c

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 102k

Proposition de la majorité

Al. 1

...

c. prise de position sur le projet de décision négative dans la procédure accélérée;

...

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Biffer

Proposition de la minorité II

(Glättli, Amarelle, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Schenker Silvia, Tschümperlin)

Al. 1 let. c

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Gliederungstitel vor Art. 102i; Art. 102i; Gliederungstitel vor Art. 102m

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Streichen

Titre précédant l'art. 102i; art. 102i; titre précédant l'art. 102m

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Biffer

Art. 102m

Antrag der Mehrheit

Abs. 1–3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

... im beschleunigten Verfahren entschieden worden ist und die auf eine Rechtsvertretung nach Artikel 102h verzichten. Dasselbe gilt, wenn die zugewiesene Rechtsvertretung im beschleunigten Verfahren ...

Antrag der Minderheit I

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Streichen

Antrag der Minderheit II

(Glättli, Amarelle, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Schenker Silvia, Tschümperlin)

Abs. 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 102m

Proposition de la majorité

Al. 1–3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 4

... fait l'objet d'une décision dans une procédure accélérée et qui renoncent à une représentation juridique au sens de l'article 102h. Il en va de même lorsque le représentant légal dans la procédure accélérée désigné ...

Proposition de la minorité I

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Biffer

Proposition de la minorité

(Glättli, Amarelle, Gross Andreas, Heim, John-Calame, Masshardt, Schenker Silvia, Tschümperlin)

Al. 4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Le président (Rossini Stéphane, président): Avant de procéder au vote sur la minorité I (Rutz Gregor) qui propose de biffer les articles 102f à 102m, nous nous prononçons sur les propositions de la minorité II (Glättli) à l'article 102k alinéa 1 lettre c et à l'article 102m alinéa 4.

Art. 102k Abs. 1 Bst. c – Art. 102k al. 1 let. c

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 320)

Für den Antrag der Mehrheit ... 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 49 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 102m Abs. 4 – Art. 102m al. 4

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 321)

Für den Antrag der Mehrheit ... 115 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 49 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Gliederungstitel vor Art. 102f; Art. 102f–102k; Gliederungstitel vor Art. 102i; Art. 102i; Gliederungstitel vor Art. 102m; Art. 102m

Titre précédant l'art. 102f; art. 102f–102k; titre précédant l'art. 102i; art. 102i; titre précédant l'art. 102m; art. 102m

Le président (Rossini Stéphane, président): Le vote vaut également pour l'article 110a.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 322)

Für den Antrag der Mehrheit ... 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I ... 53 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Gliederungstitel vor Art. 103; Art. 108; 109

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre précédant l'art. 103; art. 108; 109

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 110

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 3, 4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Abs. 3

Streichen

Art. 110*Proposition de la majorité**Al. 1, 3, 4*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Al. 3

Biffer

Abstimmung – Vote(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 323)

Für den Antrag der Mehrheit ... 111 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 110a*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Streichen

Art. 110a*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Rutz Gregor, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani)

Biffer

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 111 Bst. d; 111abis; 111ater; 111b Abs. 1; 111c Abs. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 111 let. d; 111abis; 111ater; 111b al. 1; 111c al. 1*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 115***Antrag der Minderheit*

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Lehmann, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

Bst. e

e. die Mitwirkungspflichten im Asylverfahren verletzt.

Antrag der Minderheit

(Bugnon, Amaudruz, Brand, Clottu, Fehr Hans, Lehmann, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

Bst. f

f. sich durch unwahre oder unvollständige Angaben einen Vorteil im Asylverfahren oder eine Verlängerung des Aufenthaltes in der Schweiz erwirkt.

Antrag der Minderheit

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Bst. g

g. die Rückführung behindert, namentlich bei der Papierbeschaffung nicht mitwirkt oder sich einer Ausschaffung widersetzt.

Art. 115*Proposition de la minorité*

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Lehmann, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

Let. e

e. ne respecte pas ses obligations de collaborer dans la procédure d'asile.

Proposition de la minorité

(Bugnon, Amaudruz, Brand, Clottu, Fehr Hans, Lehmann, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

Let. f

f. obtient un avantage dans la procédure d'asile ou une prolongation de son séjour en Suisse en fournissant des informations inexactes ou incomplètes.

Proposition de la minorité

(Brand, Amaudruz, Bugnon, Clottu, Fehr Hans, Pantani, Rutz Gregor)

Let. g

g. fait obstacle à l'exécution d'un rapatriement, notamment en ne collaborant pas à l'obtention de documents ou en s'opposant à un renvoi.

*Bst. e – Let. e**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 324)

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

Dagegen ... 110 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Bst. f – Let. f**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 325)

Für den Antrag der Minderheit ... 54 Stimmen

Dagegen ... 109 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Bst. g – Let. g**Abstimmung – Vote*(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 326)

Für den Antrag der Minderheit ... 53 Stimmen

Dagegen ... 110 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. II–IV*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II–IV*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Änderung anderer Erlasse****Modification d'autres actes****Ziff. 1 Art. 31 Abs. 3; 71b***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 31 al. 3; 71b*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Ziff. 1 Art. 74***Antrag der Kommission**Abs. 1bis*

Die zuständige kantonale Behörde macht einer Person, die in einem besonderen Zentrum nach Artikel 24a AsylG untergebracht wird, die Auflage, ein ihr zugewiesenes Gebiet nicht zu verlassen oder ein bestimmtes Gebiet nicht zu betreten.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 74*Proposition de la commission**Al. 1bis*

L'autorité cantonale compétente enjoint à un étranger qui est hébergé dans un centre spécifique en vertu de l'article 24a LAsi de ne pas quitter le territoire qui lui est assigné ou de ne pas pénétrer dans une région déterminée.

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Ziff. 1 Art. 76 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3, 5; 80 Abs. 1, 1bis, 2bis; 80a Abs. 1–3***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 76 al. 1 let. b ch. 3, 5; 80 al. 1, 1bis, 2bis; 80a al. 1–3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Ziff. 1 Art. 84 Abs. 4***Antrag der Minderheit*

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Humbel, Lehmann, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

... Monaten, bei einer Reise in jenen Staat, in welchen die Weg- oder Ausweisung nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar war, oder bei Erhalt einer Aufenthaltsbewilligung.

Ch. 1 art. 84 al. 4*Proposition de la minorité*

(Fehr Hans, Amaudruz, Brand, Bugnon, Clottu, Humbel, Lehmann, Lustenberger, Pantani, Rutz Gregor)

... sans autorisation, se rend dans un Etat vers lequel le renvoi ou l'expulsion n'est pas possible, n'est pas licite ou ne peut être raisonnablement exigé, ou obtient une autorisation de séjour.

*Abstimmung – Vote**(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 327)*

Für den Antrag der Minderheit ... 71 Stimmen

Dagegen ... 93 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Ziff. 1 Art. 126c; Ziff. 2, 3*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. 1 art. 126c; ch. 2, 3*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble**(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 14.063/12 328)*

Für Annahme des Entwurfes ... 99 Stimmen

Dagegen ... 53 Stimmen

(12 Enthaltungen)

*Abschreibung – Classement**Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires

selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

Zehnte Sitzung – Dixième séance

Dienstag, 22. September 2015

Mardi, 22 septembre 2015

08.15 h

14.063

Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile

Differenzen – Divergences

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 22.09.15 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Asylgesetz

Loi sur l'asile

Art. 6a Abs. 2; 24a Abs. 1, 1bis, 3; 26 Abs. 3; 26c; 37 Abs. 1; 45 Abs. 2; 46 Abs. 2; 80 Abs. 4; 102k Abs. 1 Bst. c; 102m Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 6a al. 2; 24a al. 1, 1bis, 3; 26 al. 3; 26c; 37 al. 1; 45 al. 2; 46 al. 2; 80 al. 4; 102k al. 1 let. c; 102m al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir Ihnen heute in der Differenzbereinigung eigentlich keine Differenzen zum Nationalrat mehr beantragen. Ihre Kommission hat in zwei frühmorgendlichen Sitzungen noch einmal sehr intensiv die kleinen Unterschiede zwischen der Fassung des Nationalrates und der Fassung unseres Plenums verglichen. Wir haben uns – an der ersten Sitzung mit der Frau Bundespräsidentin und an der zweiten Sitzung dann auch noch mit der Verwaltung – noch einmal im Detail mit Verfahrensfragen und Begrifflichkeiten auseinandergesetzt und uns gefragt, ob es sich lohnt, an unserer Version festzuhalten oder ob es sinnvoll ist, dass wir uns hier dem Nationalrat anschliessen.

Der Nationalrat hat in der Gesamtabstimmung mit 99 zu 53 Stimmen bei 12 Enthaltungen dieser Gesetzesrevision zugestimmt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir den Differenzen, die der Nationalrat geschaffen hat, folgen können, weil sie zum Teil redaktioneller Art sind, weil sie zum Teil Präzisierungen sind, aber an unserer Stossrichtung in der Substanz nichts mehr ändern. In Anbetracht der Zeit und der grossen Energievorlage, die wir noch zu besprechen haben, verzichte ich darauf, im Detail noch einmal auf diese kleinen Unterschiede zurückzukommen.

Falls ein Kommissionsmitglied oder ein Mitglied des Rates aber noch Fragen hat, stehen ich wie auch die Bundespräsidentin selbstverständlich zur Verfügung.

Minder Thomas (V, SH): Erlauben Sie mir als Kommissionsmitglied eine kurze Schlussbemerkung zur bearbeiteten Vor-

lage, die nun in die Schlussabstimmung gelangt. Diese Asylgesetzrevision ist eine der grössten der letzten Jahre; denken wir nur an die Bundeszentren, die Enteignungsmöglichkeit, die Kosten von 548 Millionen Franken, das getaktete Verfahren oder den unentgeltlichen Rechtsschutz. Diese Revision geht stark von einem funktionierenden Dublin-System aus. Zurzeit funktioniert jedoch weder das Dublin- noch das Schengen-System, und wohin die Entwicklung geht, ist heute noch nicht erkennbar. Löst allenfalls bald ein europäisches Kontingentierungssystem das Dublin-System ab, oder bricht Schengen gar auseinander?

Die Idee von Schengen war jene einer sicheren Aussen- und von offenen Innengrenzen, doch zurzeit erkennen wir gerade das Gegenteil. Die Idee von Dublin war jene einer Erstregistrierung im ersten Dublin-Staat und der Möglichkeit einer Rückführung in diesen Staat, aber auch dieser Grundpfeiler funktioniert zurzeit bewiesenermassen nicht. Mit Blick auf die geo- und migrationspolitische Lage befürchte ich also, dass wir mit dieser Asylgesetzrevision noch nicht das Ei des Kolumbus gefunden haben, obwohl sie so angekündigt wurde, und dass diese Revision schon bald von neuen Realitäten überrollt wird.

Ist es bei dieser Ausgangslage, just zu diesem Zeitpunkt, wirklich richtig, grünes Licht für die 548 Millionen Franken zu erteilen? Wäre es nicht klüger, wenn wir in den nächsten zwei, drei Monaten beobachten würden, was im EU-Raum passiert? Ich habe mir überlegt, ob ein Antrag auf Sistierung der Schlussabstimmung das Richtige wäre. In anderen Bereichen, etwa bei Volksinitiativen, haben wir die Schlussabstimmung auf später verschoben. Nun, ich habe davon abgesehen. Ich habe davon abgesehen, weil dies für einige von uns die letzte Session sein wird. Da möchte man bekanntlich möglichst viel unter Dach und Fach bringen.

Dennoch sei die Schlussbemerkung erlaubt, dass diese Revision massgeblich von einem funktionierenden Schengen/Dublin-System ausgeht. Da aber das Fundament gleich beider Systeme stark wackelt, steht auch unsere Revision auf tönernen Füüssen.

Ich erlaube mir daher eine Frage an Sie, Frau Bundespräsidentin: Was ist Ihre Einschätzung betreffend das Funktionieren des Dublin-Systems in den nächsten zwölf Monaten? Haben Sie einen Plan B, falls Dublin komplett auseinanderbricht?

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Ich gehe gerne auf das Votum von Herrn Ständerat Minder ein. Es ist in der Tat so, dass in Europa im Moment sehr viel in Bewegung ist. Das Problem einer Flüchtlingskrise kann – und ich glaube, das ist mittlerweile allen klar – nicht von einem einzelnen Staat gelöst und angegangen werden. Es kann hier keine nationalen Lösungen geben, es gibt nur eine gemeinsame Antwort auf das, was sich zurzeit in Europa abspielt. Deshalb ist das Dublin-System nicht am Ende, aber es steht unter Druck, und es muss gestärkt werden. Das ist die gemeinsame Überzeugung, und um diese ringt man im Moment in Europa fast Tag und Nacht, weil es schwierig ist, diese Solidarität von allen einzufordern. Der Verteilschlüssel wird jetzt zuerst im Rahmen von sogenannten Notmassnahmen diskutiert, indem man eine gewisse Anzahl von schutzbedürftigen Personen, die in grosser Zahl in Griechenland, in Italien und jetzt zum Teil auch in Ungarn ankommen, auf alle europäischen Staaten verteilt. Das ist eine Stärkung des Dublin-Systems. Man sagt, die Staaten, die zufälligerweise geografisch an der Aussen- und an der Innengrenze sind, können diese Situation nicht alleine bewältigen, es brauche hier Solidarität.

Ich will nicht verhehlen – ich habe es auch schon gesagt – dass man es in Europa in den letzten Jahren verpasst hat, eine gemeinsame europäische Asylpolitik aufzubauen. Jetzt müssten wir aber mit der heutigen Situation umgehen, und deshalb ist dieser Verteilmechanismus die richtige Antwort auf die heutige Situation. Es gibt die Diskussion in Europa, dass man einen solchen Verteilmechanismus permanent einführt, im Moment ist man aber weit davon entfernt. Man versucht notfallmässig, solche Umverteilungsprogramme auf die Beine zu stellen und eine solidarische, gemeinsame Ant-

wort zu geben. Der Bundesrat hat letzten Freitag entschieden, dass die Schweiz unter der Voraussetzung, dass das überhaupt beschlossen wird und dass dann auch die Registrierung an den Aussengrenzen funktioniert, bereit ist, sich an den Umverteilungsprogrammen zu beteiligen.

Sie haben gefragt, Herr Minder, ob die Neustrukturierung über die Asylgesetzrevision die richtige Antwort sei. Das Ei des Kolumbus gibt es in diesem Politikbereich sowieso nicht; das haben wir auch nie gesagt. Aber was diese Asylgesetzrevision, diese Neustrukturierung bringt, sind rasche und faire Verfahren: damit diejenigen, die Schutz bekommen, hierbleiben können, sich möglichst rasch integrieren, Arbeit suchen, die Sprache lernen, wissen, dass sie hierbleiben können, und damit diejenigen, die nicht schutzbedürftig sind, wissen, dass sie wieder gehen müssen und dass das auch vollzogen wird. Das dient der Glaubwürdigkeit der Asylpolitik, und das ist auch ein klares Signal der Schweiz, dass offensichtlich unbegründete Asylgesuche in unserem Asylsystem nichts zu suchen haben. Wenn Sie die Zahlen anschauen, sehen Sie, dass wir heute in unserem Asylsystem bereits aufgrund der getroffenen Massnahmen in diese Richtung einen höheren Anteil von Schutzbedürftigen haben und einen tiefen Anteil von offensichtlich unbegründeten Asylgesuchen. Das dient der Glaubwürdigkeit des Asylsystems.

Genau das ist der Inhalt dieser Vorlage. In diese Richtung wollen wir weiterarbeiten, und Sie schaffen jetzt die Grundlage, dass wir genau das tun können: Schutzbedürftigen Schutz geben. Diejenigen, die den Schutz nicht brauchen und nicht bekommen, sollen rasch wissen, dass sie wieder gehen müssen.

Ich glaube, die Glaubwürdigkeit des Asylsystems ist etwas vom Wichtigsten, was wir der Bevölkerung schuldig sind und was die Politik organisieren muss. Auf aussergewöhnliche Situationen müssen wir vorbereitet sein. Sie haben auch lesen können, dass wir intensiv daran sind, uns mit den Kantonen, mit dem Grenzwachtkorps, mit dem VBS, mit allen Beteiligten auf allfällige Notsituationen vorzubereiten; das ist auch die Aufgabe der Politik.

Wenn Sie erlauben, Herr Präsident, möchte ich noch ganz kurz etwas zu den Differenzen sagen. Es gibt zwei Differenzen, die wichtig waren und bei denen Ihre Kommission jetzt dem Nationalrat zugestimmt hat, was auch der Bundesrat unterstützen kann. Einmal geht es bei Artikel 24a um die Zuweisungen in die besonderen Zentren. Da hat der Nationalrat gesagt, es müsse eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bestehen, um dann aber automatisch eine solche Zuweisung vorzunehmen. Gleichzeitig – das hat der Nationalrat ebenfalls beschlossen – soll, damit verbunden, eine Ein- oder Ausgrenzung beschlossen werden, es sollen sogenannte Rayonverbote ausgesprochen werden. Diese müssten aber mit einer Verfügung beschlossen werden, und diese kann auch angefochten werden; damit haben wir auch den Rechtsweg geöffnet. Ich glaube, das ist eine sinnvolle und gute Kombination, die auch dem Prinzip der Verhältnismässigkeit Rechnung trägt.

Die zweite Differenz betrifft Artikel 37 und Artikel 102k. Hier hat der Nationalrat beschlossen, dass bei den Dublin-Verfahren die Rechtsvertretung bei einem ablehnenden Entscheid nicht mehr zum Entwurf Stellung nehmen soll. Das bedeutet, dass wir die Verfahrensdauer von fünf auf drei Tage verkürzt haben. Das ist so möglich, wenn dieser Schritt der Stellungnahme wegfällt. Das ist zu verkraften. Bei den beschleunigten Verfahren haben wir hingegen nach wie vor den Rechtsschutz, der notwendig ist, um diese raschen Verfahren rechtsstaatlich auch sicher durchzuführen.

Ich glaube, diese beiden wesentlichen Änderungen – die anderen sind kleinere Änderungen – sind sinnvoll. Wir haben sie unterstützt. Ich bin Ihrer Kommission dankbar, dass sie diese ebenfalls mitträgt.

Cramer Robert (G, GE): Mon intervention porte sur les articles 102k, 102m ainsi que sur l'article 37. La problématique soulevée par ces articles a été évoquée tout à l'heure par Madame la présidente de la Confédération Sommaruga.

Dans le projet, le Conseil fédéral a recherché une forme d'équilibre. D'une part, il vise, à l'article 37, à réduire de cinq à trois jours ouvrables les délais de notification de décision. D'autre part, il prévoit, aux articles 102k et 102m, d'instaurer l'automatisme de l'assistance juridique pour les personnes faisant l'objet d'une procédure Dublin.

Le Conseil national s'est montré favorable à la réduction du délai de cinq à trois jours, rejoignant en ce sens la législation actuelle. Quand bien même je suis d'avis qu'il est un peu chimérique d'exiger des délais aussi courts et que l'on verra bien qu'il sera difficile de respecter ces délais d'ordre, on peut éventuellement s'en accommoder.

Par ailleurs, le Conseil national a modifié le projet du Conseil fédéral sur la question de l'octroi automatique de l'assistance juridique dans la perspective d'un recours. Supprimer cette possibilité d'assistance automatique par un juriste est une erreur. Non seulement c'est une erreur par rapport aux grands principes du droit selon lesquels on a le droit d'être défendu, mais l'expérience montre aussi que la volonté de réduire les droits des personnes faisant l'objet d'une procédure ne permet de loin pas d'accélérer ces procédures. Au contraire, cela les ralentit.

Cela les ralentit parce que cela crée de la confusion, cela crée des premiers recours qui sont mal fondés, et que les juges permettent ensuite de compléter. On croit aller vite, mais en fait on va beaucoup plus lentement en diminuant les droits des personnes concernées. C'est particulièrement regrettable lorsque l'on voit la situation dans laquelle nous nous trouvons actuellement, qui montre bien que les procédures Dublin ne sont plus ces procédures automatiques qui tombaient sous le sens, dans lesquelles il suffisait d'identifier le pays d'où venait le requérant. Actuellement les choses sont bien plus complexes et on s'aperçoit que, y compris dans les procédures Dublin, un examen est souvent nécessaire. Voilà ce que je souhaitais dire.

J'ai bien compris aussi, dans le cadre des travaux de commission, que l'assistance juridique existera toujours, que c'est un droit constitutionnel, mais je pense qu'on est en train de mettre en place un système qui fonctionnera beaucoup moins bien que celui proposé par le Conseil fédéral. Cela dit, j'ai aussi compris, à travers les travaux de la commission, que l'on souhaitait boucler la révision de cette loi, que, finalement, une forme de chemin avait été trouvé par le Conseil national et qu'il ne fallait pas se montrer trop perfectionniste. Je renonce donc à déposer une proposition d'amendement formelle.

Diener Lenz Verena (GL, ZH), für die Kommission: Wir haben uns für dieses Thema wirklich zweimal nochmals Zeit genommen und haben uns damit auseinandergesetzt. Die Differenzbereinigung zwischen zwei Räten bedingt eben einfach auch, dass man bereit ist, einen Schritt in die Richtung der anderen Seite zu tun. Das haben wir im Bewusstsein gemacht, dass der rechtliche Ablauf immer noch gewahrt ist, mit gewissen Veränderungen und damit auch mit einer Verkürzung der Zeit, die für die Bearbeitung zur Verfügung steht. Wir haben aber keinen Minderheitsantrag gehabt, und darum glaube ich, dass wir uns hier im Rahmen der Differenzbereinigung dem Nationalrat anschliessen können.

Sommaruga Simonetta, Bundespräsidentin: Nur kurz: Beim Dublin-Verfahren wird nicht entschieden, ob jemand Asyl bekommt oder nicht, sondern es wird nur entschieden, welches Land zuständig ist, um das Asylverfahren durchzuführen. Das ist schon ein wesentlicher Unterschied. Deshalb sind wir der Meinung, dass es hier vertretbar ist, weil es eben klar ist, dass dabei nicht über Asyl oder kein Asyl entschieden wird, sondern darüber, welcher Staat für das Asylverfahren zuständig ist. Der Bundesrat wollte hier eine andere Lösung, aber deshalb können wir uns anschliessen.

In diesem Sinn ist es, nach unserer Meinung, auch vertretbar, dass man hier auf einen ablehnenden Entscheid keine Stellungnahme des Rechtsvertreters mehr einholt, aber nur deswegen. Wir sind aber froh, dass beim beschleunigten Verfahren – da hätten wir darauf beharrt – diese Rechtsver-

setzung bis zum Schluss des erstinstanzlichen Entscheids dann auch wirklich gewährleistet sein muss.

Angenommen – Adopté

Änderung anderer Erlasse
Modification d'autres actes

Ziff. 1 Art. 74 Abs. 1bis; 86 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. 1 art. 74 al. 1bis; 86 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Le président (Hêche Claude, président): L'objet est ainsi prêt pour le vote final.

14.063

**Asylgesetz. Neustrukturierung
des Asylbereichs****Loi sur l'asile. Restructuration
du domaine de l'asile***Schlussabstimmung – Vote final*

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 22.09.15 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

**Asylgesetz
Loi sur l'asile***Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/1099)
Für Annahme des Entwurfes ... 35 Stimmen
Dagegen ... 5 Stimmen
(3 Enthaltungen)

14.063

Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs

Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile

Schlussabstimmung – Vote final

Ständerat/Conseil des Etats 15.06.15 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)
Nationalrat/Conseil national 09.09.15 (Fortsetzung – Suite)
Ständerat/Conseil des Etats 22.09.15 (Differenzen – Divergences)
Ständerat/Conseil des Etats 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)
Nationalrat/Conseil national 25.09.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Amstutz Adrian (V, BE): Die vorliegende, gegen den Willen der SVP-Fraktion beschlossene Revision ist eine in diesem Bereich typische «Tun als ob»-Aktionsübung. Damit wird Land und Leuten Sand in die Augen gestreut. Deshalb wird die SVP das Referendum gegen diese Gesetzesrevision ergreifen.

Statt die verantwortliche Bundespräsidentin über noch klarere gesetzliche Vorgaben zum sofortigen Handeln zu zwingen, statt sie zu zwingen, das zu tun, was sie heute schon tun könnte und auch tun müsste, installieren wir mit den Gratiskanwälten neue Anreize, die Schweiz als Zielland zu wählen. Es wird Rekurse und hohe Kosten ohne Wirkung geben – eine weitere Stufe der organisierten Unverantwortlichkeit in diesem Bereich. Mit dem neugeschaffenen Plan genehmigungsverfahren und den Enteignungsmöglichkeiten werden Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden und Kantone regelrecht geknechtet. Ja, Sie können schon den Kopf schütteln auf der linken Seite. Landkauf, Enteignungsverfahren – ich gebe Ihnen ein Beispiel. Antragsteller für den Landkauf: das EJPD. Verhandlungsführer: das EJPD. Ermächtigungsstelle für die Enteignung: das EJPD. Einsprache- und Beschwerdeinstanz: das EJPD. Entscheide über die Enteignung: das EJPD. Genau gleich im Planungs- und Baubewilligungsverfahren. Antrag um Baugesuch: das EJPD. Verfahrensleitung: das EJPD. Einsprache- und Beschwerdestelle: das EJPD. Entscheid über Einsprachen: das EJPD. Bauentscheid: das EJPD. So funktionieren totalitäre Staaten, nicht die Schweiz. *(Teilweiser Beifall)*

Quadranti Rosmarie (BD, ZH): Als Fraktionssprecherin stelle ich mir bei der Debatte die Frage, ob man nicht besser schweigen sollte. Die BDP-Fraktion hat sich bei der eintägigen Debatte zu diesem Thema dann fürs Reden entschieden. Jetzt sollte man tatsächlich schweigen, muss aber reden, weil es Strömungen gibt, die nicht schweigen wollen. Man wird den Verdacht nicht los, dass diese Strömungen sehnsüchtig auf Flüchtlingsströme in die und durch die Schweiz warten – möglichst noch vor den Wahlen –, um dann die Fremdenfeindlichkeit weiter zu schüren und den Menschen in diesem Land weiter Angst zu machen. Deshalb müssen wir schon wieder sprechen, darüber, dass wir mit unserer Asylpolitik auf einem guten, gangbaren Weg sind. Das Asylgesetz wurde verschärft und trägt die Handschrift der bürgerlichen Parteien. Die Bundespräsidentin macht vieles richtig, rüttelt die Menschen in diesem Land wach, wirbt im Inneren für Verständnis für die aussergewöhnliche Lage dieser Menschen und sorgt dafür, dass sie später, wenn immer möglich, auch wieder zurückgehen können. Natürlich soll man davor warnen dürfen, dass Migration für unser Land auch zu einer Belastung werden kann. Vergessen wir aber nie: Hinter Flüchtlingen verbergen sich Menschen – Menschen, die sich vor allem in etwas von uns hier unterscheiden: Ihre Start- und Lebensbedingungen sind unendlich viel schlechter als unsere.

Es gibt kein Chaos, wir haben ein Asylgesetz; der Bundesrat hat die Möglichkeit, bei einer grösseren Zunahme der Flüchtlingsströme Massnahmen zu ergreifen. Und schlussendlich sprechen wir immer von Menschen, die in erster Linie unsere Hilfe benötigen. Diese Hilfe erfolgt geordnet, und sie ist der humanitären Tradition verpflichtet, so, wie wir es gewohnt sind.

Huber Gabi (RL, UR): Die FDP-Liberale Fraktion will rasche Asylverfahren, damit auch rasch erkannt wird, welche Gestuchsteller Anrecht auf Asyl und Schutz haben und welche nicht. Schnelle Verfahren und die konsequente Wegweisung von Wirtschaftsflüchtlings sind für die Akzeptanz unserer Migrationspolitik zentral und im Interesse aller, von den Asylsuchenden bis hin zur Verwaltung.

Heute können die Verfahren Jahre dauern. Nun haben wir eine Vorlage erarbeitet, welche dies ändert, und sie wird bekämpft. Das ist nicht verständlich, umso weniger, als auch die SVP die dringlichen Massnahmen im Jahr 2012 im Parlament und anlässlich der Volksabstimmung im Juni 2013 unterstützte und das Volk die Vorlage mit über 78 Prozent bejahte. Die dringlichen Massnahmen, Kollege Amstutz, sind kein Tun-als-ob, sie haben sich vielmehr in einem realen Testbetrieb bewährt. Wenn sie nun ins ordentliche Recht übertragen werden sollen, wird dem Volkswillen Rechnung getragen.

Scharf kritisiert werden vor allem die Gratisanwälte. Auch die FPD hat sie in der Vernehmlassung abgelehnt. Inzwischen sind wir gescheitert geworden und haben uns durch die Fakten überzeugen lassen; auch das muss man manchmal können. Die sogenannten Gratisanwälte arbeiten für eine Pauschale und sind deshalb nicht daran interessiert, unnötige Beschwerden zu machen und damit die Verfahren zu verlängern – dies ganz im Gegensatz zur bisherigen Situation, in der die unentgeltliche Rechtspflege nach Aufwand entschädigt wird. Es kann doch nicht das Ziel sein, so weiterzumachen. Es kommt dazu, dass das Volk im Juni 2013 die Testphase gutgeheissen hat. In der Vorlage stand ausdrücklich, dass die Verfahren verkürzt werden können, wenn der wirksame Rechtsschutz der betroffenen Asylsuchenden durch geeignete Massnahmen gewährleistet wird.

Die SVP hat das Referendum zu diesem Gesetz angekündigt. Wir freuen uns auf diesen Abstimmungskampf. Wir sind gespannt darauf, wie sie dem Volk erklären wird, dass die Verfahren wie früher wieder jahrelang dauern sollen. Die FDP-Liberale Fraktion jedenfalls wird der Neustrukturierung des Asylbereichs zustimmen.

Glättli Balthasar (G, ZH): Wir Grünen kämpfen nicht nur gegen die Ausbeutung der Natur, wir kämpfen auch gegen die Ausbeutung der Menschen. Wenn wir Grünen Politik machen, wollen wir eine Politik der Verantwortung machen, mit der wir für Entscheide, die wir heute fällen, auch unseren Kindern und unseren Enkeln in die Augen schauen können. Deshalb ist es klar, angesichts dieser riesigen Flüchtlingskatastrophe: Wir stehen dafür ein, dass die Schweiz klar sagt: Flüchtlinge brauchen Schutz statt Hetze.

Diese Revision löst sicher nicht alle Probleme. Das grösste Problem bleibt ungelöst, nämlich der sichere Zugang zu einem Asylverfahren, ohne dass sich ein Flüchtling Schleppten ausliefern muss. Aber diese Revision ist ein grosser Schritt, nicht nur hin zu einem zügigeren, sondern auch zu einem faireren Asylverfahren.

Vor die Frage gestellt, ob die Schweiz als Sitzstaat des UNHCR ein Asylgesetz machen soll, das der Abschreckung dient – wie das die SVP will –, oder ein Asylgesetz, das dem Schutz der bedrohten Menschen dient – wie wir das wollen –, ist es klar: Man kann diese Revision nicht ablehnen.

Wenn Sie unsere Haltung unterstützen, dass Flüchtlinge Schutz statt Hetze brauchen, dann fordere ich Sie auf, das auch mit Ihrem Namen zu unterstützen, heute in der Abstimmung, aber auch im Internet – auf unserer Plattform «Schutz statt Hetze». Es braucht in diesem Land einen Aufstand der Anständigen!

Bäumle Martin (GL, ZH): Wir sollten unterscheiden zwischen der aktuellen Flüchtlingskrise und den ordentlichen Asylverfahren, die wir haben. Die ausserordentliche Lage, insbesondere bezüglich Syrien, erfordert ausserordentliche Massnahmen. Friedensförderung kann nur erfolgen, wenn Russland und Amerika mit Syrien eine Lösung finden; die Schweiz kann ihre Guten Dienste anbieten.

Hilfe vor Ort ist ein immer wieder geforderter Ansatz. Die Schweiz ist vorangegangen, andere Länder müssen folgen. Darum geht es: Hilfe vor Ort zu leisten, damit viele Menschen, die in Verzweiflung sind, die kein Geld mehr haben, nicht weiterreisen, nicht ein Zielland wie Deutschland oder die Schweiz oder überhaupt Europa aufsuchen. Aber es sind schon viele Menschen an den Grenzen; sie überfordern in diesen Ländern die Institutionen, und da braucht es Lösungen der EU über die Kontingentsysteme. Hier soll die Schweiz mitziehen, freiwillig, aber ohne Swiss Finish.

Die Schweiz muss auch vorbereitet sein. Aktuell haben wir kein Problem, wir sind kein Zielland. Aber vorbereitet müssen wir sein, wenn plötzlich volle Züge ankommen. Hier ist das Grenzschutzkorps gefordert, hier ist aber auch subsidiär die Armee mit ihrer Logistik gefordert; eine Zusammenarbeit, die der Bundesrat über die Departemente machen muss. Nach unserer Einschätzung ist der Bundesrat gerüstet; er hat die Zeichen der Zeit erkannt und macht einen guten Job. Wir als Oppositionspartei können das ja sagen.

Zu den Verfahren: Seit Jahren haben alle gesagt, die Verfahren seien zu beschleunigen, man müsse effizienter werden. Das Modell Holland wurde insbesondere von der SVP und ihrem Experten Brand gelobt. Wir haben dieses Modell Holland bei einem Besuch angeschaut, und wir haben gesehen, dass dieses Modell Holland nicht eins zu eins auf die Schweiz übertragbar ist, dass es aber einen guten Weg anbietet. Genau die Vorlage, die wir beraten haben, ist eigentlich die Swiss-Vorlage für das Modell Holland: Beschleunigung, damit Menschen, die hierbleiben können, Asyl erhalten, damit sie rasch integriert werden können und nicht in die Sozialhilfe fallen. Menschen, die nicht hierbleiben können, erhalten so die Entscheide rasch und können zurückgeführt werden.

Die Bundeszentren sind eine zentrale Voraussetzung für die Entlastung der heutigen ineffizienten Strukturen.

Betreffend Gratisanwälte – Frau Huber hat es erwähnt – ist es heute nicht etwa günstiger, im Gegenteil! Diese neue Struktur ermöglicht Effizienz, Beschleunigung und Klarheit; sie ist eine Voraussetzung dafür. Es geht jetzt aber darum, den Vollzug sicherzustellen.

Von den Vertretern der SVP bin ich enttäuscht: Sie haben bis jetzt ausser dem Vorschlag, die Grenzen zu schliessen, nichts gebracht. Es scheint heute nur darum zu gehen, Wahlkampf zu machen und das Thema zu besetzen, statt das Problem zu lösen. Besser wäre es, wir würden jetzt diese Gesetzgebung beschliessen und durchlassen und dann über die Thematik der vorläufig aufgenommenen beraten; dort haben wir ein weiteres Feld.

Wie können wir bei Schengen/Dublin in Normalfällen, nicht in der Krise, wie wir sie jetzt haben, mit den Problemen umgehen? Wie können wir sie lösen? Hier kann ich nur an die SVP appellieren – obschon das wahrscheinlich sinnlos ist –, ihr heute angedrohtes Referendum, das im Wahlkampf entsteht, nach den Wahlen noch einmal zu überdenken und es im Interesse der Sache und einer guten Migrations- und Asylpolitik dann zurückzuziehen.

Tschümperlin Andy (S, SZ): Die SP-Fraktion stimmt der Neustrukturierung im Asylbereich zu. Erstmals dreht eine Asylreform nicht einfach an der Repressionsschraube, sondern sie verbessert die Situation der Schutzsuchenden, die vor Krieg, Gewalt und Tod geflohen sind. Zusammen mit den Kantonen, Gemeinden und den Städten verabschiedet heute eine konstruktive Mehrheit hier im Nationalratssaal eine Reform, die den Asylprozess für alle Beteiligten verbessert. Unter dem Eindruck der schrecklichen Bilder, die uns aus Osteuropa oder aus dem Mittelmeerraum erreichen, beweist diese

parteiübergreifende Mehrheit Reife und Verantwortungsbewusstsein.

Die destruktive Minderheit im Parlament verweigert sich hingegen jeglicher Diskussion und missbraucht den Nationalratssaal zum wiederholten Male als Wahlkampf Bühne. Wir kennen das ja. Sie beweisen ja direkt, im Moment, dass Sie die Diskussion gar nicht ernst meinen. Sie verabschieden sich, Sie sprechen, währenddem andere Parteien ihre Position darlegen, als hätte es die Unglücksfälle und die Dramen der letzten Tage und Wochen nicht gegeben, als würden Sie die menschlichen Schicksale komplett kaltlassen.

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition. Mit dieser Neustrukturierung stärken wir diese. Ich bin überzeugt davon, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land die Aufrechterhaltung dieser humanitären Tradition unterstützt.

Humbel Ruth (CE, AG): Die grossen Probleme der derzeitigen Migrationsströme und der globalen Flüchtlingsdramatik können wir mit diesem Gesetz nicht lösen. Dazu braucht es internationale Zusammenarbeit, Friedensbemühungen und Hilfe vor Ort, die Bekämpfung des Schleppertums und eine faire Lastenverteilung unter den Ländern. Gerade aber in Situationen, wo der Migrationsdruck und die Zahl der Asylgesuche hoch ist, gibt es nur eine einzige sinnvolle Strategie: rasche Asylverfahren und einen konsequenten Vollzug von Wegweisungen, wenn der Entscheid negativ ist. Das vermindert den Druck auf Kantone und Gemeinden und gibt das klare Signal an Migrantinnen und Migranten, dass es sich nur dann lohnt, einen längeren Aufenthalt in der Schweiz zu erhoffen, wenn sie wirklich ihre Schutzbedürftigkeit belegen können.

Diese Vorlage – das zu betonen ist wichtig – wurde in Zusammenarbeit mit den Kantonen, dem Schweizerischen Gemeindeverband und dem Schweizerischen Städteverband entwickelt. Kantone und Gemeinden stehen hinter dieser Vorlage und unterstützen die Neukonzeption des Asylwesens mit sechs regionalen Bundeszentren und insgesamt 5000 Plätzen.

Diese Gesetzesrevision basiert auf den dringlichen Änderungen des Asylgesetzes, ein Gesetz, das vor zwei Jahren von der SVP und von 78 Prozent der Bevölkerung unterstützt worden ist. Wer diesen Volksentscheid respektiert und ein Asylchaos verhindern will, sagt Ja zu dieser Vorlage. Die CVP/EVP-Fraktion tut dies.

Asylgesetz Loi sur l'asile

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 14.063/12 582)

Für Annahme des Entwurfes ... 138 Stimmen

Dagegen ... 55 Stimmen

(1 Enthaltung)

**Geschäft / Objet:**

14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs
 Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile
 Loi sur l'asile (LAsi)
 Legge sull'asilo. Riassetto del settore dell'asilo
 Legge sull'asilo (LAsi)

Gegenstand / Objet du vote: Vote sur l'ensemble**Abstimmung vom / Vote du:** 15.06.2015 20:10:28

Abate	Fabio	+	TI
Altherr	Hans	+	AR
Baumann	Isidor	+	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bieri	Peter	+	ZG
Bischof	Pirmin	+	SO
Bischofberger	Ivo	+	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	=	GE
Diener Lenz	Verena	+	ZH
Eberle	Roland	+	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Egerszegi-Obrist	Christine	+	AG
Engler	Stefan	+	GR
Fetz	Anita	+	BS
Föhn	Peter	-	SZ
Fournier	Jean-René	+	VS
Germann	Hannes	=	SH
Graber	Konrad	0	LU
Gutzwiller	Felix	0	ZH
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hêche	Claude	P	JU

Hefti	Thomas	+	GL
Hess	Hans	+	OW
Hösli	Werner	-	GL
Imoberdorf	René	+	VS
Janiak	Claude	+	BL
Keller-Sutter	Karin	+	SG
Kuprecht	Alex	=	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	+	TI
Luginbühl	Werner	+	BE
Maury Pasquier	Liliane	=	GE
Minder	Thomas	-	SH
Niederberger	Paul	+	NW
Rechsteiner	Paul	+	SG
Recordon	Luc	=	VD
Savary	Géraldine	+	VD
Schmid	Martin	+	GR
Schwaller	Urs	+	FR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stadler	Markus	+	UR
Stöckli	Hans	+	BE
Theiler	Georges	+	LU
Zanetti	Roberto	+	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	35
- Nein / non / no	3
= Enth. / abst. / ast.	5
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter la loi fédérale
 Bedeutung Nein / Signification du non: Rejet

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Entrer en matière

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 10:10:35

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	0	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	0	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	0	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	30	8	14	29	42		135
-	Nein / non / no							52	52
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1	1	1	2	3	9
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (entrer en matière)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans (ne pas entrer en matière)

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Proposition de renvoi

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 10:11:27

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	0	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	0	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	0	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	0	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	30	8	14	29	42		135
-	Nein / non / no							52	52
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1	1	1	2	3	9
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (ne pas renvoyer au CF)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand (renvoyer au CF)

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2, al. 2

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:45:34

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	0	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	28	43		137
-	Nein / non / no					1		52	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	3	6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 3, al. 5

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:46:29

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	0	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	0	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	30	8	15	29	43		137
-	Nein / non / no							52	52
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1		1	1	3	7
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Graber

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 8, al. 1, let. b

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:47:24

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	28	43		137
-	Nein / non / no					1		53	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	2	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 8, al. 1, let. g

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:48:09

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	0	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	28	43		137
-	Nein / non / no					1		52	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	3	6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 8, al. 3bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:49:06

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	28	43		137
-	Nein / non / no					1		53	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	2	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 8, al. 3bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:49:43

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	28	43		137
-	Nein / non / no					1		53	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	2	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 14, al. 2, let. a

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:50:27

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	28	43		137
-	Nein / non / no					1		53	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	2	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Amaudruz

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 17, al. 2bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:52:20

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	29	43		138
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	2	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 17, al. 3bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:53:02

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	29	43		138
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	2	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Amaudruz

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 17, al. 3bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:53:40

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	8	15	29	43		138
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1		1	1	2	5
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 17, al. 3

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:54:20

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	+	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	-	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	-	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Marra	-	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	=	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	-	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	-	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	-	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	-	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	-	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	-	S	ZH	Quadranti	-	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	27	7		29		52	127
-	Nein / non / no		3	1	15		43		62
=	Enth. / abst. / ast.							1	1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1		1	1	2	6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité IV Schenker Silvia

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 17, al. 2ter et 3

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:55:08

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	+	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	-	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	-	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Marra	-	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	0	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	0	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	-	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	-	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	-	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		12	31	8		29		52	132
- Nein / non / no					15		42		57
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	2	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1		1	2	3	7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité III Glättli

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 19 et 20

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:56:23

Aebi Andreas	=	V	BE	Français	=	RL	VD	Knecht	=	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	=	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	=	V	ZH
Aeschi Thomas	=	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	=	CE	BS	Riklin Kathy	-	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	=	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	=	CE	SG
Amaudruz	=	V	GE	Galladé	-	S	ZH	Lohr	=	CE	TG	Romano	=	CE	TI
Amherd	=	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	=	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	=	V	BE	Gasser	-	GL	GR	Lustenberger	=	CE	LU	Rösti	=	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	=	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	-	GL	ZH	Rusconi	=	V	TI
Bäumle	-	GL	ZH	Giezendanner	=	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	=	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	-	G	SG	Markwalder	=	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	-	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Marra	-	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	=	V	ZH	Glanzmann	=	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	=	V	ZH	Schibli	=	V	ZH
Böhni	-	GL	TG	Gmür	=	CE	SZ	Meier-Schatz	=	CE	SG	Schilliger	0	RL	LU
Borer	=	V	SO	Golay	=	V	GE	Merlini	=	RL	TI	Schläfli	=	CE	SO
Bortoluzzi	=	V	ZH	Gössi	=	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	=	CE	ZH
Bourgeois	=	RL	FR	Graber Jean-Pierre	=	V	BE	Monnard	=	RL	NE	Schneeberger	=	RL	BL
Brand	=	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	=	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	=	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	=	V	ZH	Schneider-Schneiter	=	CE	BL
Büchel Roland	=	V	SG	Grin	=	V	VD	Moser	-	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	=	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	=	V	SZ
Bugnon	=	V	VD	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller Leo	=	CE	LU	Semadeni	-	S	GR
Bulliard	=	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	=	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	=	CE	VS	Gschwind	=	CE	JU	Müller Thomas	=	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	=	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	=	RL	SG	Stahl	=	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	-	S	SG	Müller-Altmet	=	CE	SO	Stamm	=	V	AG
Caroni	-	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	=	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	=	V	LU	Stolz	=	RL	BS
Chevalley	-	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	-	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	-	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	=	V	NE	Hausammann	=	V	TG	Nidegger	=	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	=	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	=	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	=	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	=	V	BL	Herzog	=	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	=	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	=	V	TI	van Singer	-	G	VD
Egloff	=	V	ZH	Hiltbold	=	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	=	V	VD
Eichenberger	=	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Parmelin	=	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	=	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	=	RL	NE	Vitali	=	RL	LU
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	=	V	SH	Pezzatti	=	RL	ZG	Vogler	=	CE	OW
Fehr Hans	=	V	ZH	Ingold	-	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	=	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	=	RL	VD	Joder	=	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	=	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	=	RL	ZH	Walti Beat	=	RL	ZH
Fiala	=	RL	ZH	Jositsch	-	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	=	RL	BE
Fischer Roland	-	GL	LU	Keller Peter	=	V	NW	Quadri	=	V	TI	Weibel	-	GL	ZH
Flach	-	GL	AG	Kessler	-	GL	SG	Regazzi	=	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	=	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	=	V	SG	Winkler	=	BD	ZH
Fluri	-	RL	SO	Killer Hans	=	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	=	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si			2	7					9
- Nein / non / no		12	4		15	2	43	2	78
= Enth. / abst. / ast.			25	1		26		51	103
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	2	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				1		2	1	2	6
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la minorité Glättli

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition van Singer

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 19 et 20

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:57:03

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	+	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	-	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	V	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	-	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Marra	-	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	-	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	-	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	-	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	-	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	29	8		29		53	131
-	Nein / non / no		1		15		43		59
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1		1	1	2	6
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition van Singer

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 21, al. 1 et 1bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:57:49

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	9	15	29	43		139
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto					1	1	2	4
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 22, al. 6

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:58:32

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	9	15	29	43		139
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto					1	1	2	4
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 23, al. 2

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 11:59:15

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	0	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	E	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	0	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	31	9	15	29	43		139
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	2	3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto					1	1	2	4
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Bugnon

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:26:19

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	=	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	0	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	0	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	0	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	0	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	0	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	11	27	7	14	29	43		131
-	Nein / non / no							51	51
=	Enth. / abst. / ast.		1						1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	2	1	1	1	5	14
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24, al. 2, let. c et al. 3 et 4

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:28:04

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	0	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	0	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	0	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	11	28	7	14	29	43		132
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	2	1	1	1	3	12
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24, al. 5

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:28:51

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	0	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altmatter	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	0	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	0	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	11	28	7	14	29	43		132
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1	3	2	1	1	1	3	12
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Brand et proposition de la minorité II Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24a, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:29:30

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	0	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	0	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		10	29	7	14	29	43		132
- Nein / non / no								53	53
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	2	1	1	1	3	12
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Amaudruz

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24d, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:30:55

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	ZG	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	0	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	=	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	0	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	=	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	=	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	27	7	14	27	42		129
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.		2			2			4
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	1	1	2	3	11
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24d, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:31:33

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	0	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	29	7	14	29	43		134
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	1	1	1	3	10
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Pantani

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 24e, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:32:16

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	0	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	0	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	28	7	14	29	42		132
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3	2	1	1	2	3	12
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 26a, al. 1bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:33:02

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	+	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	-	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	-	G	ZH	Marra	-	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	-	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	-	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	-	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	-	S	ZH	Quadranti	-	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	28	6		29		54	129
-	Nein / non / no		1	1	14		43		59
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	1	1	1	2	9
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schenker Silvia

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 27, al. 1bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:33:53

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	29	7	14	29	43	3	137
-	Nein / non / no							51	51
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	1	1	1	2	9
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 31a, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 15:34:43

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	0	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	0	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	29	7	14	28	43		133
-	Nein / non / no					1		54	55
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	2	1	1	1	2	9
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 43, al. 4

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 16:30:21

Aebi Andreas	0	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	ZG	Lehmann	-	CE	BS	Riklin Kathy	-	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	-	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	-	CE	TG	Romano	-	CE	TI
Amherd	-	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	-	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	-	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	-	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	-	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	-	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	-	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	-	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	-	CE	VS	Gschwind	-	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	-	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altmet	-	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Stiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	-	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	-	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	-	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	-	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	-	CE	ZH	Pfister Gerhard	-	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	-	CE	TI	Wermuth	0	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	0	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	0	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	4	8	13	29	41		107
-	Nein / non / no		25				1	51	77
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	1	2	1	2	5	13
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Bugnon

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 45, al. 2

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 16:31:15

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	-	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	-	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	-	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	=	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	=	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	-	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	-	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	0	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	0	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		12	27	8		29		52	128
- Nein / non / no					13		43		56
= Enth. / abst. / ast.			2						2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	2	1	1	4	11
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schenker Silvia

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 46, al. 3

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 16:32:07

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altmatter	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	0	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	0	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	0	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	28	8	13	29	43		133
-	Nein / non / no							52	52
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3	1	2	1	1	4	12
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 50

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 16:32:46

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	0	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	0	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		12	29	8	13	29	43		134
- Nein / non / no								52	52
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			2	1	2	1	1	4	11
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 51, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 16:33:20

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	0	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	0	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	0	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	28	8	13	29	43		133
-	Nein / non / no							52	52
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		3	1	2	1	1	4	12
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 64, al. 1, let. e

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 16:34:00

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	0	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	ZG	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amadruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	0	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	+	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Stiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	0	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	0	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	29	8	13	28	43		133
-	Nein / non / no					1		52	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	1	2	1	1	4	11
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 80, al. 4

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:48:51

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	10	27	9	12	26	39		123
-	Nein / non / no							54	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	4		3	4	5	2	20
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Pantani

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 82, al. 1bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:49:42

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altmatter	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	10	26	9	12	26	39		122
-	Nein / non / no							54	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	5		3	4	5	2	21
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 82, al. 1ter

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:50:18

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	10	26	9	12	26	39		122
-	Nein / non / no							54	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	5		3	4	5	2	21
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 84

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:50:57

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	10	25	9	12	26	39		121
-	Nein / non / no		1					54	55
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	5		3	4	5	2	21
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Amaudruz

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 88, al. 3 et 3bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:52:22

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	10	25	9	12	26	39		121
-	Nein / non / no		1					54	55
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	5		3	4	5	2	21
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Pantani

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 88, al. 3bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:52:59

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	-	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		10	24	9	12	26	39		120
- Nein / non / no			1					54	55
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	6		3	4	5	2	22
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 89b

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:53:54

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	0	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	9	25	9	12	26	39		120
-	Nein / non / no							54	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	6		3	4	5	2	23
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité I Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 89b

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:54:29

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		10	25	9		26		54	124
- Nein / non / no					12		39		51
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	6		3	4	5	2	22
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Schenker Silvia

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 91, al. 2ter

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:55:08

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	10	25	9	12	26	39		121
-	Nein / non / no							54	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	6		3	4	5	2	22
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Pantani

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 93, al. 2

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:55:50

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	10	25	9	12	26	39		121
-	Nein / non / no							54	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	6		3	4	5	2	22
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Annexe, Art. 86, al. 1 LETr

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:56:53

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	-	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	-	BD	BE	Lüscher	-	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	-	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	-	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	-	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	-	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	-	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	-	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	-	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	-	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	-	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	-	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	-	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	-	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	=	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	=	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiert	-	S	FR
Cassis	-	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	-	RL	BS
Chevalley	-	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	=	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltpold	-	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	-	RL	AG	Huber	-	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	-	RL	NE	Vitali	-	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	+	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	-	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	=	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	-	RL	BE
Fischer Roland	-	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	-	GL	ZH
Flach	-	GL	AG	Kessler	-	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	-	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	-	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si		23	8		4		54	89
-	Nein / non / no	10		1	12	19	39		81
=	Enth. / abst. / ast.		2			3			5
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	6		3	4	5	2	22
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Schenker Silvia

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Annexe, Art. 87, al. 3 LEtr

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 17:57:53

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	0	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	0	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altmet	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	0	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	9	25	9	12	26	38		119
-	Nein / non / no							54	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	3	6		3	4	6	2	24
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Bedeutung Nein / Signification du non:

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 37, al. 1

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:19:39

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	0	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	0	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		8	22	9		23		53	115
- Nein / non / no					12		35		47
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	9		3	7	9	3	35
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Glättli

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 37, al. 2 et 2bis

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:20:27

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	0	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altmet	0	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neirynek	+	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		8	22	9		23		53	115
- Nein / non / no					12		36		48
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	9		3	7	8	3	34
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Glättli

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 37, al. 3

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:21:07

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Stiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	8	22	9	12	23	37		111
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	9		3	7	7	3	33
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Chapitre 6, art. 95a à 95l

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:22:11

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	=	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	0	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		8	21	9	12	22	37		109
- Nein / non / no								53	53
= Enth. / abst. / ast.			1						1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	9		3	8	7	3	34
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 98a

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:22:46

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	0	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	8	21	9	12	23	37		110
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	10		3	7	7	3	34
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Amaudruz

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 102k, al. 1, let. c

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:24:02

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altmet	0	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		8	22	9		23		53	115
- Nein / non / no					12		37		49
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	9		3	7	7	3	33
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité II Glättli

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 102m, al. 4

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:24:38

Aebi Andreas	+	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	-	S	VS
Aebischer Matthias	-	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	+	V	ZH
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Freysinger	+	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	-	G	GE	Rime	+	V	FR
Amarelle	-	S	VD	Friedl	-	S	SG	Leutenegger Oberholzer	-	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	+	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	+	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	-	G	GE	Ruiz Rebecca	-	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	+	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Maire Jacques-André	-	S	NE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	-	G	LU
Binder	+	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	-	S	BE	Schenker Silvia	-	S	BS
Birrer-Heimo	-	S	LU	Glättli	-	G	ZH	Matter	+	V	ZH	Schibli	+	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	+	V	SO	Golay	+	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH	Gössli	+	RL	SZ	Miesch	+	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	+	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	+	V	GR	Graf Maya	-	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	-	S	FR
Brunner	+	V	SG	Graf-Litscher	-	S	TG	Mörgeli	+	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	+	V	SG	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	-	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	-	S	ZH	Müller Geri	-	G	AG	Schwander	+	V	SZ
Bugnon	+	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	-	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	+	V	SG	Sommaruga Carlo	-	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	+	V	ZH
Carobbio Guscetti	-	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	+	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	-	S	SO	Munz	-	S	SH	Steiart	-	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	-	S	ZH	Müri	+	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	-	G	BE	Naef	-	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	-	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	-	G	VD
Clottu	+	V	NE	Hausammann	+	V	TG	Nidegger	+	V	GE	Tornare	-	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	+	V	ZH	Nordmann	-	S	VD	Trede	-	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	-	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	-	S	BE
de Courten	+	V	BL	Herzog	+	V	TG	Nussbaumer	-	S	BL	Tschümperlin	-	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	+	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	+	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	-	S	BE	Veillon	+	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	+	V	VD	Vischer Daniel	-	G	ZH
Estermann	+	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	+	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	+	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	+	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	-	S	BS	Pieren	+	V	BE	Voruz	-	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	+	V	BE	Piller Carrard	-	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	-	S	AG	John-Calame	-	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	+	V	NW	Quadri	+	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	-	S	AG
Flückiger Sylvia	+	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	+	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	+	V	AG	Reimann Maximilian	+	V	AG	Wobmann	+	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		8	22	9		23		53	115
- Nein / non / no					12		37		49
= Enth. / abst. / ast.									0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	9		3	7	7	3	33
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Glättli

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 102f à 102m et 110a

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:25:22

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	=	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	=	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	=	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	8	19	9	12	23	37		108
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.		3						3
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	9		3	7	7	3	33
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 110, al. 3

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:26:11

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	ZG	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	8	22	9	12	23	37		111
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	9		3	7	7	3	33
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Rutz Gregor

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 115, let. e

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:27:17

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	8	21	9	12	23	37		110
-	Nein / non / no		1					53	54
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	9		3	7	7	3	33
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 115, let. f

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:27:53

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Allemann	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	=	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	8	21	9	12	22	37		109
-	Nein / non / no		1					53	54
=	Enth. / abst. / ast.					1			1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	9		3	7	7	3	33
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Bugnon

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Art. 115, let. g

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:28:27

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	ZG	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	0	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semadeni	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadam	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Stiert	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	8	22	9	11	23	37		110
-	Nein / non / no							53	53
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	9		4	7	7	3	34
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Brand

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Annexe, ch. I, Art. 84, al. 4 LEtr

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:29:33

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	ZG	Lehmann	-	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	-	CE	TG	Romano	-	CE	TI
Amherd	-	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	-	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	-	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	-	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	-	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	-	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	-	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	-	CE	LU	Semedani	+	S	GR
Bulliard	-	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Candinas	-	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altarmatt	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	-	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltpold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	-	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	-	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	-	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	-	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	8	4	9	12	23	37		93
-	Nein / non / no		18					53	71
=	Enth. / abst. / ast.								0
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4						1	1	2
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	4	9		3	7	7	3	33
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

 Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité
 Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fehr Hans

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Vote sur l'ensemble

Abstimmung vom / Vote du: 09.09.2015 19:30:30

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	0	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	0	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	0	CE	ZH
Alleman	E	S	BE	Fridez	-	S	JU	Leuenberger-Genève	=	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	0	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	0	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	+	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	+	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	E	V	BE	Mahrer	=	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	0	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	0	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	0	S	GE	Gilli	0	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Bertschy	0	GL	BE	Girod	0	G	ZH	Marra	0	S	VD	Schelbert	=	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	=	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	0	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	0	CE	ZH
Bourgeois	0	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	=	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	=	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	0	S	SG	Müller-Altmet	0	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	=	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	0	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryneck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	=	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	=	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	0	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	0	RL	VD	Hess Lorenz	+	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	0	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	=	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinjaquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	0	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	0	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	0	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	0	RL	VD	Joder	-	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	0	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	=	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	0	RL	ZH
Fiala	0	RL	ZH	Jositsch	0	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	0	S	BE	Reimann Lukas	-	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	0	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+ Ja / oui / si		8	22	9		23	37		99
- Nein / non / no								53	53
= Enth. / abst. / ast.					12				12
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4							1	1	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		4	9		3	7	7	3	33
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes							1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet

**Geschäft / Objet:**

14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs
 Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile
 Loi sur l'asile (LAsi)
 Legge sull'asilo. Riassetto del settore dell'asilo
 Legge sull'asilo (LAsi)

Gegenstand / Objet du vote: Vote final**Abstimmung vom / Vote du:** 25.09.2015 08:54:29

Abate	Fabio	+	TI
Altherr	Hans	+	AR
Baumann	Isidor	+	UR
Berberat	Didier	+	NE
Bieri	Peter	+	ZG
Bischof	Pirmin	E	SO
Bischofberger	Ivo	+	AI
Bruderer Wyss	Pascale	+	AG
Comte	Raphaël	+	NE
Cramer	Robert	=	GE
Diener Lenz	Verena	+	ZH
Eberle	Roland	0	TG
Eder	Joachim	+	ZG
Egerszegi-Obrist	Christine	+	AG
Engler	Stefan	+	GR
Fetz	Anita	+	BS
Föhn	Peter	-	SZ
Fournier	Jean-René	+	VS
Germann	Hannes	-	SH
Graber	Konrad	+	LU
Gutzwiller	Felix	+	ZH
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hêche	Claude	P	JU

Hefti	Thomas	+	GL
Hess	Hans	+	OW
Hösli	Werner	-	GL
Imoberdorf	René	+	VS
Janiak	Claude	+	BL
Keller-Sutter	Karin	+	SG
Kuprecht	Alex	-	SZ
Levrat	Christian	+	FR
Lombardi	Filippo	+	TI
Luginbühl	Werner	+	BE
Maury Pasquier	Liliane	=	GE
Minder	Thomas	-	SH
Niederberger	Paul	+	NW
Rechsteiner	Paul	+	SG
Recordon	Luc	=	VD
Savary	Géraldine	+	VD
Schmid	Martin	+	GR
Schwaller	Urs	+	FR
Seydoux-Christe	Anne	+	JU
Stadler	Markus	+	UR
Stöckli	Hans	+	BE
Theiler	Georges	+	LU
Zanetti	Roberto	+	SO

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	35
- Nein / non / no	5
= Enth. / abst. / ast.	3
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	1
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter la loi fédérale
 Bedeutung Nein / Signification du non: Rejet

Geschäft / Objet
 14.063-1 Asylgesetz. Neustrukturierung des Asylbereichs: Asylgesetz (AsylG)
 Loi sur l'asile. Restructuration du domaine de l'asile: Loi sur l'asile (LAsi)
Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 25.09.2015 10:11:24

Aebi Andreas	-	V	BE	Français	+	RL	VD	Knecht	-	V	AG	Reynard	+	S	VS
Aebischer Matthias	+	S	BE	Frehner	-	V	BS	Landolt	+	BD	GL	Rickli Natalie	-	V	ZH
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Freysinger	-	V	VS	Lehmann	+	CE	BS	Riklin Kathy	+	CE	ZH
Alleman	+	S	BE	Fridez	+	S	JU	Leuenberger-Genève	+	G	GE	Rime	-	V	FR
Amarelle	+	S	VD	Friedl	+	S	SG	Leutenegger Oberholzer	+	S	BL	Ritter	+	CE	SG
Amaudruz	-	V	GE	Galladé	+	S	ZH	Lohr	+	CE	TG	Romano	+	CE	TI
Amherd	+	CE	VS	Gasche	0	BD	BE	Lüscher	+	RL	GE	Rossini	P	S	VS
Amstutz	-	V	BE	Gasser	+	GL	GR	Lustenberger	0	CE	LU	Rösti	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Mahrer	+	G	GE	Ruiz Rebecca	+	S	VD
Barazzone	+	CE	GE	Germanier	+	RL	VS	Maier Thomas	+	GL	ZH	Rusconi	-	V	TI
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Maire Jacques-André	+	S	NE	Rutz Gregor	-	V	ZH
Bernasconi	+	S	GE	Gilli	+	G	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	+	G	BE
Bertschy	+	GL	BE	Girod	+	G	ZH	Marra	=	S	VD	Schelbert	+	G	LU
Binder	-	V	ZH	Glanzmann	+	CE	LU	Masshardt	+	S	BE	Schenker Silvia	+	S	BS
Birrer-Heimo	+	S	LU	Glättli	+	G	ZH	Matter	-	V	ZH	Schibli	-	V	ZH
Böhni	+	GL	TG	Gmür	+	CE	SZ	Meier-Schatz	+	CE	SG	Schilliger	+	RL	LU
Borer	-	V	SO	Golay	-	V	GE	Merlini	+	RL	TI	Schläfli	+	CE	SO
Bortoluzzi	-	V	ZH	Gössi	+	RL	SZ	Miesch	-	V	BL	Schmid-Federer	+	CE	ZH
Bourgeois	+	RL	FR	Graber Jean-Pierre	-	V	BE	Monnard	+	RL	NE	Schneeberger	+	RL	BL
Brand	-	V	GR	Graf Maya	+	G	BL	Moret	+	RL	VD	Schneider Schüttel	+	S	FR
Brunner	-	V	SG	Graf-Litscher	+	S	TG	Mörgeli	-	V	ZH	Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Büchel Roland	-	V	SG	Grin	-	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Schwaab	+	S	VD
Büchler Jakob	+	CE	SG	Gross Andreas	+	S	ZH	Müller Geri	+	G	AG	Schwander	-	V	SZ
Bugnon	-	V	VD	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	CE	LU	Semedani	+	S	GR
Bulliard	+	CE	FR	Grunder	+	BD	BE	Müller Philipp	+	RL	AG	Siegenthaler	+	BD	BE
Buttet	+	CE	VS	Gschwind	+	CE	JU	Müller Thomas	-	V	SG	Sommaruga Carlo	+	S	GE
Cardinas	+	CE	GR	Guhl	+	BD	AG	Müller Walter	+	RL	SG	Stahl	-	V	ZH
Carobbio Guscetti	+	S	TI	Gysi	+	S	SG	Müller-Altarmatt	+	CE	SO	Stamm	-	V	AG
Caroni	+	RL	AR	Hadom	+	S	SO	Munz	+	S	SH	Steiart	+	S	FR
Cassis	+	RL	TI	Hardegger	+	S	ZH	Müri	-	V	LU	Stolz	+	RL	BS
Chevalley	+	GL	VD	Häsler	+	G	BE	Naef	+	S	ZH	Streiff	+	CE	BE
Chopard-Acklin	+	S	AG	Hassler	+	BD	GR	Neiryck	+	CE	VD	Thorens Goumaz	+	G	VD
Clottu	-	V	NE	Hausammann	-	V	TG	Nidegger	-	V	GE	Tornare	+	S	GE
Darbellay	+	CE	VS	Heer	-	V	ZH	Nordmann	+	S	VD	Trede	+	G	BE
de Buman	+	CE	FR	Heim	+	S	SO	Noser	+	RL	ZH	Tschäppät	+	S	BE
de Courten	-	V	BL	Herzog	-	V	TG	Nussbaumer	+	S	BL	Tschümperlin	+	S	SZ
Derder	+	RL	VD	Hess Lorenz	E	BD	BE	Pantani	-	V	TI	van Singer	+	G	VD
Egloff	-	V	ZH	Hiltbold	+	RL	GE	Pardini	+	S	BE	Veillon	-	V	VD
Eichenberger	+	RL	AG	Huber	+	RL	UR	Parmelin	-	V	VD	Vischer Daniel	+	G	ZH
Estermann	-	V	LU	Humbel	+	CE	AG	Perrinquet	+	RL	NE	Vitali	+	RL	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI	Hurter Thomas	-	V	SH	Pezzatti	+	RL	ZG	Vogler	+	CE	OW
Fehr Hans	-	V	ZH	Ingold	+	CE	ZH	Pfister Gerhard	+	CE	ZG	von Siebenthal	-	V	BE
Fehr Jacqueline	+	S	ZH	Jans	+	S	BS	Pieren	-	V	BE	Voruz	+	S	VD
Feller	+	RL	VD	Joder	0	V	BE	Piller Carrard	+	S	FR	Walter	-	V	TG
Feri Yvonne	+	S	AG	John-Calame	+	G	NE	Portmann	+	RL	ZH	Walti Beat	+	RL	ZH
Fiala	+	RL	ZH	Jositsch	+	S	ZH	Quadranti	+	BD	ZH	Wasserfallen	+	RL	BE
Fischer Roland	+	GL	LU	Keller Peter	-	V	NW	Quadri	-	V	TI	Weibel	+	GL	ZH
Flach	+	GL	AG	Kessler	+	GL	SG	Regazzi	+	CE	TI	Wermuth	+	S	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG	Kiener Nellen	+	S	BE	Reimann Lukas	0	V	SG	Winkler	+	BD	ZH
Fluri	+	RL	SO	Killer Hans	-	V	AG	Reimann Maximilian	-	V	AG	Wobmann	-	V	SO

	Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot.
+	Ja / oui / si	12	30	7	15	30	44		138
-	Nein / non / no							55	55
=	Enth. / abst. / ast.						1		1
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1					1
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	1				2	4
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet

Ablauf der Referendumsfrist: 14. Januar 2016

Asylgesetz (AsylG)

Änderung vom 25. September 2015

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 3. September 2014¹,
beschliesst:*

I

Das Asylgesetz vom 26. Juni 1998² wird wie folgt geändert:

Ersatz eines Ausdrucks

*Im gesamten Erlass wird der Ausdruck «Empfangs- und Verfahrenszentrum» durch
«Zentrum des Bundes» ersetzt. Die notwendigen grammatikalischen Anpassungen
sind vorzunehmen.*

Art. 3 Abs. 3

³ Keine Flüchtlinge sind Personen, die wegen Wehrdienstverweigerung oder Desertion ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden. Vorbehalten bleibt die Einhaltung des Abkommens vom 28. Juli 1951³ über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.

Art. 6 **Verfahrensgrundsätze**

Verfahren richten sich nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz vom 20. Dezember 1968⁴ (VwVG), dem Verwaltungsgerichtsgesetz vom 17. Juni 2005⁵ und dem Bundesgerichtsgesetz vom 17. Juni 2005⁶, soweit das vorliegende Gesetz nichts anderes bestimmt.

- 1 **BB1 2014 7991**
- 2 **SR 142.31**
- 3 **SR 0.142.30**
- 4 **SR 172.021**
- 5 **SR 173.32**
- 6 **SR 173.110**

Art. 6a Abs. 2 Einleitungssatz

² Der Bundesrat bezeichnet neben den EU/EFTA Staaten weitere Staaten, in denen nach seinen Feststellungen:

Art. 8 Abs. 1 Bst. b und f sowie Abs. 3^{bis}

¹ Asylsuchende sind verpflichtet, an der Feststellung des Sachverhaltes mitzuwirken. Sie müssen insbesondere:

- b. Reisepapiere und Identitätsausweise abgeben;
- f. sich einer vom SEM angeordneten medizinischen Untersuchung unterziehen (Art. 26a).

^{3^{bis}} Personen, die ohne triftigen Grund ihre Mitwirkungspflicht verletzen oder den Asylbehörden während mehr als 20 Tagen nicht zur Verfügung stehen, verzichten damit auf eine Weiterführung des Verfahrens. Dasselbe gilt für Personen, die den Asylbehörden in einem Zentrum des Bundes ohne triftigen Grund während mehr als 5 Tagen nicht zur Verfügung stehen. Die Gesuche werden formlos abgeschrieben. Ein neues Gesuch kann frühestens nach drei Jahren deponiert werden. Vorbehalten bleibt die Einhaltung der Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951⁷.

Art. 12 *Eröffnung und Zustellung bei einem Aufenthalt im Kanton*

¹ Eine Verfügung oder Mitteilung an die letzte den Behörden bekannte Adresse von Asylsuchenden oder von diesen Bevollmächtigten wird nach Ablauf der ordentlichen siebentägigen Abholfrist rechtsgültig, auch wenn die Betroffenen aufgrund einer besonderen Vereinbarung mit der Schweizerischen Post erst zu einem späteren Zeitpunkt davon Kenntnis erhalten oder wenn die Sendung als unzustellbar zurückkommt.

² Wird die asylsuchende Person durch mehrere Bevollmächtigte vertreten und bezeichnen diese keine gemeinsame Zustelladresse, so eröffnet die Behörde ihre Verfügungen oder stellt Mitteilungen der von der asylsuchenden Person zuerst bezeichneten bevollmächtigten Person zu.

³ Verfügungen können in geeigneten Fällen mündlich eröffnet und summarisch begründet werden. Die mündliche Eröffnung ist samt Begründung protokollarisch festzuhalten. Der Protokollauszug ist der asylsuchenden Person oder ihrer bevollmächtigten Person auszuhändigen.

Art. 12a *Eröffnung und Zustellung in den Zentren des Bundes*

¹ In den Zentren des Bundes erfolgen die Eröffnung von Verfügungen und die Zustellung von Mitteilungen durch Aushändigung. Ist die asylsuchende Person untergetaucht, so richten sich die Eröffnung und die Zustellung nach Artikel 12.

⁷ SR 0.142.30

² Bei Asylsuchenden mit zugewiesener Rechtsvertretung erfolgen die Eröffnung von Verfügungen und die Zustellung von Mitteilungen an den mit der Rechtsvertretung beauftragten Leistungserbringer. Dieser gibt der zugewiesenen Rechtsvertretung die Eröffnung oder Zustellung am gleichen Tag bekannt.

³ Bei Asylsuchenden ohne zugewiesene Rechtsvertretung erfolgen die Eröffnung von Verfügungen und die Zustellung von Mitteilungen an die asylsuchende Person. Einer von der asylsuchenden Person bevollmächtigten Person wird die Eröffnung oder Zustellung unverzüglich bekannt gegeben.

⁴ Die mündliche Eröffnung und summarische Begründung richtet sich nach Artikel 12 Absatz 3.

Art. 13 Eröffnung und Zustellung in Verfahren am Flughafen und in dringlichen Fällen

¹ Die zuständigen Behörden können Personen, die an der Grenze oder bei der Grenzkontrolle in einem schweizerischen Flughafen um Asyl nachsuchen (Art. 21–23), auch unterschriebene, mit Telefax übermittelte Verfügungen eröffnen. Die betreffenden Personen müssen die Aushändigung der Verfügung schriftlich bestätigen; bleibt die Bestätigung aus, so macht die zuständige Behörde die Aushändigung aktenkundig. Artikel 11 Absatz 3 VwVG⁸ findet keine Anwendung. Der bevollmächtigten Person wird die Eröffnung bekannt gegeben.

² Für das Verfahren am Flughafen gilt sinngemäss Artikel 12a.

³ In anderen dringlichen Fällen kann das SEM eine kantonale Behörde, eine schweizerische diplomatische Mission oder einen konsularischen Posten im Ausland (schweizerische Vertretung) ermächtigen, unterschriebene, mit Telefax übermittelte Verfügungen zu eröffnen.

Art. 16 Abs. 1 und 3

¹ Eingaben an Bundesbehörden können in jeder Amtssprache eingereicht werden. Der Bundesrat kann vorsehen, dass Eingaben von Asylsuchenden, die von einer bevollmächtigten Person vertreten werden, in Zentren des Bundes in der Amtssprache des Standortkantons des Zentrums eingereicht werden.

³ Das SEM kann von Absatz 2 abweichen, wenn:

- a. die asylsuchende Person oder deren Rechtsvertreterin oder Rechtsvertreter einer anderen Amtssprache mächtig ist;
- b. dies unter Berücksichtigung der Gesuchseingänge oder der Personalsituation für eine effiziente und fristgerechte Gesuchserledigung erforderlich ist;
- c. die asylsuchende Person von einem Zentrum des Bundes einem Kanton mit einer anderen Amtssprache zugewiesen wird.

Art. 17 Abs. 3 und 4

³ Die Interessen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden werden wahrgenommen für die Dauer des Verfahrens:

- a. im Zentrum des Bundes und am Flughafen durch die zugewiesene Rechtsvertretung als Vertrauensperson; diese stellt die Koordination mit den zuständigen kantonalen Behörden sicher;
- b. nach Zuweisung in den Kanton durch die von den zuständigen kantonalen Behörden unverzüglich bestimmte Vertrauensperson.

*4 Aufgehoben**Art. 19 Einreichung*

¹ Das Asylgesuch ist bei der Grenzkontrolle in einem schweizerischen Flughafen, bei der Einreise an einem geöffneten Grenzübergang oder in einem Zentrum des Bundes einzureichen. Vorbehalten bleibt Artikel 24a Absatz 3.

^{1bis} Ein Gesuch kann nur einreichen, wer sich an der Schweizer Grenze oder auf dem Gebiet der Schweiz befindet.

*Art. 20**Aufgehoben**Art. 21 Abs. 1*

¹ Die zuständigen Behörden weisen Personen, die an der Grenze oder nach Anhaltung bei der illegalen Einreise im grenznahen Raum oder im Inland um Asyl nachsuchen, an ein Zentrum des Bundes. Vorbehalten bleibt Artikel 24a Absatz 3.

Art. 22 Abs. 3^{bis}, 4 und 6

^{3bis} Der Bund gewährleistet asylsuchenden Personen, die in einem schweizerischen Flughafen ein Asylgesuch einreichen, unentgeltliche Beratung und Rechtsvertretung sinngemäss nach den Artikeln 102f–102k.

⁴ Die Verfügung über die Verweigerung der Einreise und die Zuweisung eines Aufenthaltsortes ist der asylsuchenden Person innert zwei Tagen nach der Einreichung des Gesuches mit Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen. Vorgängig wird ihr das rechtliche Gehör gewährt.

⁶ Das SEM kann die asylsuchende Person anschliessend einem Kanton oder einem Zentrum des Bundes zuweisen. In den übrigen Fällen richtet sich das weitere Verfahren am Flughafen nach den Artikeln 23, 29, 36 und 37.

Art. 23 Abs. 2

² Der Entscheid ist innert 20 Tagen nach Einreichung des Gesuches zu eröffnen. Dauert das Verfahren länger, so weist das SEM die asylsuchende Person einem Kanton oder einem Zentrum des Bundes zu.

*Gliederungstitel vor Art. 24***2a. Abschnitt: Zentren des Bundes***Art. 24* Zentren des Bundes

¹ Der Bund errichtet Zentren, die vom SEM geführt werden. Dabei beachtet er die Grundsätze der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit.

² Der Bund bezieht bei der Errichtung der Zentren die Kantone und die Gemeinden frühzeitig ein.

³ Eine Unterbringung von Asylsuchenden in einem Zentrum des Bundes erfolgt ab Einreichung des Asylgesuchs:

- a. im beschleunigten Verfahren bis zur Asylgewährung, der Anordnung einer vorläufigen Aufnahme oder bis zur Ausreise;
- b. im Dublin-Verfahren bis zur Ausreise;
- c. im erweiterten Verfahren bis zur Zuweisung an den Kanton.

⁴ Die Höchstdauer des Aufenthaltes in den Zentren des Bundes beträgt 140 Tage. Nach Ablauf der Höchstdauer erfolgt eine Zuweisung an einen Kanton.

⁵ Die Höchstdauer kann angemessen verlängert werden, wenn dadurch das Asylverfahren rasch abgeschlossen oder der Vollzug der Wegweisung erfolgen kann. Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten zur Verlängerung der Höchstdauer des Aufenthaltes in den Zentren des Bundes.

⁶ Eine Zuweisung an einen Kanton kann auch vor Ablauf der Höchstdauer des Aufenthalts in den Zentren des Bundes erfolgen insbesondere bei einem raschen und erheblichen Anstieg der Asylgesuche. Die Verteilung und Zuweisung richten sich nach Artikel 27.

Art. 24a Besondere Zentren

¹ Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährden oder welche durch ihr Verhalten den Betrieb und die Sicherheit der Zentren des Bundes erheblich stören, werden in besonderen Zentren untergebracht, die durch das SEM oder durch kantonale Behörden errichtet und geführt werden. Mit der Unterbringung in einem besonderen Zentrum ist eine Ein- oder Ausgrenzung nach Artikel 74 Absatz 1^{bis} AuG⁹ anzuordnen; das Verfahren richtet sich nach Artikel 74 Absätze 2 und 3 AuG.

² In den besonderen Zentren können unter den gleichen Voraussetzungen Asylsuchende untergebracht werden, die einem Kanton zugewiesen wurden. Bund und Kantone beteiligen sich im Umfang der Nutzung anteilmässig an den Kosten der Zentren.

⁹ SR 142.20

³ In den besonderen Zentren können die gleichen Verfahren durchgeführt werden wie in den Zentren des Bundes nach Artikel 24; ausgenommen ist die Einreichung eines Asylgesuchs.

⁴ Asylgesuche von Personen in den besonderen Zentren werden prioritär behandelt und allfällige Wegweisungsentscheide prioritär vollzogen.

Art. 24b Betrieb der Zentren

¹ Das SEM kann Dritte mit Aufgaben zur Sicherstellung des Betriebs der Zentren des Bundes beauftragen. Die beauftragten Dritten unterstehen der gleichen Schweigepflicht wie das Bundespersonal.

² Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) erlässt Bestimmungen, um ein rasches Verfahren und einen geordneten Betrieb in den Zentren des Bundes sicherzustellen.

Art. 24c Vorübergehende Nutzung von militärischen Bauten und Anlagen des Bundes

¹ Militärische Bauten und Anlagen des Bundes können, sofern die bestehenden Unterbringungsstrukturen nicht ausreichen, ohne kantonale oder kommunale Bewilligungen und ohne Plangenehmigungsverfahren zur Unterbringung von Asylsuchenden oder zur Durchführung von Asylverfahren für höchstens drei Jahre genutzt werden, wenn die Zweckänderung keine erheblichen baulichen Massnahmen erfordert und keine wesentliche Änderung in Bezug auf die Belegung der Anlage oder Baute erfolgt.

² Keine erheblichen baulichen Massnahmen im Sinne von Absatz 1 sind insbesondere:

- a. gewöhnliche Unterhaltsarbeiten an Gebäuden und Anlagen;
- b. geringfügige bauliche Änderungen;
- c. Ausrüstungen von untergeordneter Bedeutung wie sanitäre Anlagen oder Wasser- und Elektrizitätsanschlüsse;
- d. Fahrnisbauten.

³ Eine erneute Nutzung derselben Bauten oder Anlagen nach Absatz 1 kann erst nach einem Unterbruch von zwei Jahren erfolgen, ausser der Kanton und die Standortgemeinde sind mit dem Verzicht auf einen Unterbruch einverstanden; vorbehalten bleiben Ausnahmesituationen nach Artikel 55.

⁴ Der Bund zeigt dem Kanton und der Standortgemeinde nach einer Konsultation die Nutzungsänderung spätestens 60 Tage vor der Inbetriebnahme der Unterkunft an.

Art. 24d Kantonale und kommunale Zentren für die Unterbringung

¹ Asylsuchende können in einem kantonal oder kommunal geführten Zentrum untergebracht werden, wenn nicht genügend Unterbringungsplätze in den Zentren des Bundes nach Artikel 24 verfügbar sind. Für die Unterbringung in einem kommunalen Zentrum ist das Einverständnis des Standortkantons erforderlich.

² Der Standortkanton oder die Standortgemeinde:

- a. gewährleistet eine angemessene Unterbringung, Betreuung und Beschäftigung;
- b. richtet die Sozialhilfe oder Nothilfe aus;
- c. stellt die medizinische Betreuung sowie den Grundschulunterricht für Kinder sicher;
- d. trifft die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen, um einen geordneten Betrieb sicherzustellen.

³ Der Standortkanton oder die Standortgemeinde kann die Aufgaben nach Absatz 2 ganz oder teilweise Dritten übertragen.

⁴ Für die Ausrichtung von Sozialhilfe und Nothilfe gilt kantonales Recht.

⁵ Der Bund entrichtet dem Standortkanton oder der Standortgemeinde durch Vereinbarung Bundesbeiträge für die Abgeltung der Verwaltungs- und Personal- sowie der übrigen Kosten, die bei der Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 2 entstehen. Die Abgeltung wird pauschal festgesetzt. Ausnahmsweise können die Beiträge nach Aufwand festgesetzt werden, insbesondere zur Abgeltung einmalig anfallender Kosten.

⁶ Die übrigen Bestimmungen für Zentren des Bundes gelten sinngemäss auch für kantonale und kommunale Zentren. In Zentren nach Absatz 1 können die gleichen Verfahren durchgeführt werden wie in den Zentren des Bundes nach Artikel 24.

Art. 24e Zusätzliche Vorkehrungen

Bund und Kantone treffen Massnahmen, damit sie auf Schwankungen der Asylgesuche mit den erforderlichen Ressourcen, insbesondere im Bereich der Unterbringung, des Personals und der Finanzierung, oder weiteren Vorkehrungen rechtzeitig reagieren können.

*Art. 25a**Aufgehoben**Art. 26* Vorbereitungsphase

¹ Nach Einreichung des Asylgesuchs beginnt die Vorbereitungsphase. Sie dauert im Dublin-Verfahren höchstens 10 Tage und in den übrigen Verfahren höchstens 21 Tage.

² In der Vorbereitungsphase erhebt das SEM die Personalien und erstellt in der Regel Fingerabdruckbogen und Fotografien. Es kann weitere biometrische Daten erheben, Altersgutachten (Art. 17 Abs. 3^{bis}) erstellen, Beweismittel und Reise- und Identitätspapiere überprüfen und herkunfts- sowie identitätsspezifische Abklärungen treffen.

³ Das SEM weist die Asylsuchenden auf ihre Rechte und Pflichten im Asylverfahren hin. Es kann die Asylsuchenden zu ihrer Identität, zum Reiseweg und summarisch zu den Gründen befragen, warum sie ihr Land verlassen haben. Dabei kann das SEM Asylsuchende über einen möglichen gewerbsmässigen Menschenschmuggel befragen. Es klärt mit der asylsuchenden Person ab, ob ihr Asylgesuch hinreichend begründet ist. Sollte dies nicht der Fall sein und zieht die asylsuchende Person ihr Gesuch zurück, so wird dieses formlos abgeschrieben und die Rückreise eingeleitet.

⁴ Der Abgleich der Daten nach Artikel 102a^{bis} Absätze 2–3, die Überprüfung der Fingerabdrücke nach Artikel 102a^{ter} Absatz 1 sowie die Anfrage zur Aufnahme oder Wiederaufnahme an den zuständigen durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebundenen Staat werden während der Vorbereitungsphase vorgenommen.

⁵ Das SEM kann Dritte mit Aufgaben nach Absatz 2 beauftragen. Die beauftragten Dritten unterstehen der gleichen Schweigepflicht wie das Bundespersonal.

Art. 26a

Bisheriger Artikel 26^{bis}.

Art. 26b Dublin-Verfahren

Das Verfahren im Hinblick auf einen Entscheid nach Artikel 31a Absatz 1 Buchstabe b beginnt mit der Einreichung des Gesuchs an einen Dublin-Staat um Aufnahme oder Wiederaufnahme der asylsuchenden Person. Es dauert bis zur Überstellung in den zuständigen Dublin-Staat oder bis zu seinem Abbruch und zum Entscheid über die Durchführung eines beschleunigten oder erweiterten Verfahrens.

Art. 26c Beschleunigtes Verfahren

Nach Abschluss der Vorbereitungsphase folgt das beschleunigte Verfahren umgehend mit der Anhörung zu den Asylgründen oder der Gewährung des rechtlichen Gehörs nach Artikel 36. Der Bundesrat legt die einzelnen Verfahrensschritte fest.

Art. 26d Erweitertes Verfahren

Steht nach der Anhörung zu den Asylgründen fest, dass ein Entscheid im Rahmen des beschleunigten Verfahrens nicht möglich ist, namentlich weil weitere Abklärungen erforderlich sind, erfolgen die Zuteilung in das erweiterte Verfahren und eine Zuweisung auf an die Kantone nach Artikel 27.

Art. 27 Sachüberschrift, Abs. 1^{bis} und 4

Verteilung und Zuweisung auf die Kantone

^{1bis} Besondere Leistungen, welche Standortkantone von Zentren des Bundes oder Flughafenkantone erbringen, werden bei der Verteilung von Asylsuchenden angemessen berücksichtigt.

⁴ Nicht zugewiesen werden Personen, bei denen der Vollzug der Wegweisung angeordnet worden ist und deren Asylentscheid in einem Zentrum des Bundes in Rechtskraft erwachsen ist oder deren Asylgesuch in einem Zentrum des Bundes abgeschrieben wurde.

Art. 29 Anhörung zu den Asylgründen

¹ Das SEM hört die Asylsuchenden zu den Asylgründen an; die Anhörung erfolgt in den Zentren des Bundes.

^{1bis} Es zieht nötigenfalls eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher bei.

² Die Asylsuchenden können sich zusätzlich auf eigene Kosten von einer Person und einer Dolmetscherin oder einem Dolmetscher ihrer Wahl, die selber nicht Asylsuchende sind, begleiten lassen.

³ Über die Anhörung wird ein Protokoll geführt. Dieses wird von den Beteiligten unterzeichnet.

*Art. 30**Aufgehoben**Art. 31a Abs. 4*

⁴ In den übrigen Fällen lehnt das SEM das Asylgesuch ab, wenn die Flüchtlingseigenschaft weder bewiesen noch glaubhaft gemacht worden ist oder ein Asylausschlussgrund nach den Artikeln 53 und 54 vorliegt.

Art. 37 Erstinstanzliche Verfahrensfristen

¹ Entscheide im Dublin-Verfahren (Art. 26b) sind innerhalb von drei Arbeitstagen zu eröffnen, nachdem der angefragte Dublin-Staat dem Ersuchen um Überstellung nach den Artikeln 21 und 23 der Verordnung (EU) Nr. 604/2013¹⁰ zugestimmt hat.

² Entscheide im beschleunigten Verfahren (Art. 26c) sind innerhalb von acht Arbeitstagen nach Abschluss der Vorbereitungsphase zu eröffnen.

¹⁰ Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung), Fassung gemäss ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 31.

³ Liegen triftige Gründe vor und ist absehbar, dass der Entscheid im Zentrum des Bundes getroffen werden kann, so können die Fristen nach den Absätzen 1 und 2 um einige Tage überschritten werden.

⁴ Entscheide im erweiterten Verfahren (Art. 26d) sind innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss der Vorbereitungsphase zu treffen.

⁵ In den übrigen Fällen sind Nichteintretensentscheide innerhalb von fünf Arbeitstagen und Entscheide innerhalb von zehn Arbeitstagen nach der Gesuchstellung zu treffen.

⁶ Das SEM entscheidet ausserhalb der Reihe und unverzüglich, wenn die asylsuchende Person auf der Grundlage eines Ersuchens des Staates, vor welchem diese Schutz in der Schweiz sucht, in Auslieferungshaft ist.

Art. 43 Abs. 1 und 4

¹ Während des Aufenthaltes in den Zentren des Bundes dürfen Asylsuchende keine Erwerbstätigkeit ausüben.

⁴ Asylsuchende, die nach den fremdenpolizeilichen Bestimmungen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt sind oder an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen, unterliegen dem Arbeitsverbot nicht.

Art. 45 Abs. 1 Bst. c, 2 und 2^{bis}

¹ Die Wegweisungsverfügung enthält:

c. die Androhung von Zwangsmitteln;

² Mit der Wegweisungsverfügung ist eine angemessene Ausreisefrist zwischen sieben und dreissig Tagen anzusetzen. Die Ausreisefrist bei Entscheiden, welche im beschleunigten Verfahren getroffen wurden, beträgt sieben Tage. Im erweiterten Verfahren beträgt sie zwischen sieben und dreissig Tagen.

^{2^{bis}} Eine längere Ausreisefrist ist anzusetzen oder die Ausreisefrist wird verlängert, wenn besondere Umstände wie die familiäre Situation, gesundheitliche Probleme oder eine lange Aufenthaltsdauer dies erfordern.

Art. 46 Abs. 1^{bis}, 1^{ter}, 2 und 3

^{1^{bis}} Während des Aufenthaltes einer asylsuchenden Person in einem Zentrum des Bundes ist der Standortkanton für den Vollzug der Wegweisung zuständig. Für Personen nach Artikel 27 Absatz 4 bleibt der Standortkanton auch nach deren Aufenthalt in einem Zentrum des Bundes für den Vollzug der Wegweisung zuständig. Der Bundesrat kann vorsehen, dass aufgrund besonderer Umstände ein anderer als der Standortkanton als zuständig bezeichnet wird.

^{1^{ter}} Bei einem Mehrfachgesuch nach Artikel 111c bleibt der im Rahmen des früheren Asyl- und Wegweisungsverfahrens zuständige Kanton weiterhin für den Vollzug der Wegweisung und die Ausrichtung von Nothilfe zuständig.

² Erweist sich der Vollzug aus technischen Gründen als nicht möglich, so beantragt der Kanton dem SEM die Anordnung einer vorläufigen Aufnahme.

³ Das SEM überwacht den Vollzug und erstellt zusammen mit den Kantonen ein Monitoring des Wegweisungsvollzugs.

Art. 52 Abs. 2

Aufgehoben

Art. 68 Abs. 3

Aufgehoben

Art. 69 Abs. 1

¹ Auf Gesuche von Schutzbedürftigen an der Grenze oder im Inland finden die Artikel 18 und 19 sowie 21–23 sinngemäss Anwendung.

Art. 72 *Verfahren*

Im Übrigen finden auf die Verfahren nach den Artikeln 68, 69 und 71 die Bestimmungen des 1., des 2a. und des 3. Abschnittes des 2. Kapitels sinngemäss Anwendung. Auf die Verfahren nach den Artikeln 69 und 71 finden die Bestimmungen des 8. Kapitels sinngemäss Anwendung.

Art. 75 Abs. 4

⁴ Schutzbedürftige, die nach den fremdenpolizeilichen Bestimmungen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt sind oder an Beschäftigungsprogrammen teilnehmen, unterliegen dem Arbeitsverbot nicht.

Art. 76 Abs. 5

⁵ Für die Absätze 2–4 sind die Bestimmungen des 1a. Abschnittes des 8. Kapitels sinngemäss anwendbar.

Art. 78 Abs. 4

⁴ Soll der vorübergehende Schutz widerrufen werden, so findet in der Regel eine Anhörung nach Artikel 29 statt. Die Bestimmungen des 1a. Abschnittes des 8. Kapitels sind sinngemäss anwendbar.

*Gliederungstitel vor Art. 80***5. Kapitel: Sozialhilfe und Nothilfe****1. Abschnitt:****Ausrichtung von Sozialhilfe, Nothilfe und Kinderzulagen
sowie Grundschulunterricht***Art. 80* Zuständigkeit in den Zentren des Bundes

¹ Der Bund gewährleistet die Sozialhilfe oder die Nothilfe für Personen, die sich gestützt auf dieses Gesetz in der Schweiz aufhalten und in einem Zentrum des Bundes oder in einem Erstintegrationszentrum für Flüchtlingsgruppen untergebracht sind. Er stellt in Zusammenarbeit mit dem Standortkanton die Gesundheitsversorgung und den Grundschulunterricht sicher. Er kann diese Aufgaben ganz oder teilweise Dritten übertragen. Artikel 81–83a gelten sinngemäss.

² Das SEM gilt den beauftragten Dritten durch Vertrag die Verwaltungs- und Personalkosten sowie die übrigen Kosten ab, die ihnen bei der Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 entstehen. Die Abgeltung wird pauschal festgesetzt. Ausnahmsweise können die Beiträge nach Aufwand festgesetzt werden, insbesondere zur Abgeltung einmalig anfallender Kosten.

³ Das SEM kann mit dem Standortkanton vereinbaren, dass dieser die obligatorische Krankenversicherung abschliesst. Das SEM vergütet die Kosten für die Krankenkassenprämien, den Selbstbehalt und die Franchise pauschal.

⁴ Der Standortkanton organisiert den Grundschulunterricht für asylsuchende Personen im schulpflichtigen Alter, die sich in einem Zentrum des Bundes aufhalten. Der Unterricht wird nach Bedarf in diesen Zentren durchgeführt. Der Bund kann für die Durchführung des Grundschulunterrichts Beiträge ausrichten. Die Entschädigung wird pauschal festgesetzt. Ausnahmsweise können die Beiträge nach Aufwand festgesetzt werden, insbesondere zur Entschädigung einmalig anfallender Kosten.

Art. 80a Zuständigkeit in den Kantonen

Die Zuweisungskantone gewährleisten die Sozialhilfe oder die Nothilfe für Personen, die sich gestützt auf dieses Gesetz in der Schweiz aufhalten. Für Personen, die keinem Kanton zugewiesen wurden, wird die Nothilfe von dem Kanton gewährt, der für den Vollzug der Wegweisung als zuständig bezeichnet worden ist. Die Kantone können die Erfüllung dieser Aufgaben ganz oder teilweise Dritten übertragen.

Art. 82 Abs. 2^{bis} und 3^{bis}

^{2bis} Die Kantone können während der Dauer eines generellen Entscheid- und Vollzugsmoratoriums und wenn das EJPD dies vorsieht, für Personen nach den Absätzen 1 und 2 Sozialhilfe ausrichten. Die Abgeltung richtet sich nach Artikel 88 Absatz 2.

^{3bis} Den besonderen Bedürfnissen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden, Familien mit Kindern und betreuungsbedürftigen Personen ist bei der Unterbringung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Art. 88 Abs. 1 und 3^{bis}

¹ Der Bund gilt den Kantonen die Kosten aus dem Vollzug dieses Gesetzes mit Pauschalen ab. Diese enthalten nicht die Beiträge nach den Artikeln 91–93b.

^{3bis} Der Bund kann für Personen, die im Rahmen einer Asylgewährung für Flüchtlingsgruppen nach Artikel 56 in der Schweiz aufgenommen werden, die Pauschale nach Absatz 3 länger als fünf Jahre ausrichten, namentlich wenn diese Personen bei ihrer Einreise behindert oder betagt sind.

Art. 89b Rückforderung und Verzicht auf die Ausrichtung von Pauschalabgeltungen

¹ Der Bund kann bereits ausgerichtete Pauschalabgeltungen nach Artikel 88 des vorliegenden Gesetzes und nach den Artikeln 55 und 87 AuG¹¹ zurückfordern, wenn ein Kanton die Vollzugsaufgaben gemäss Artikel 46 des vorliegenden Gesetzes nicht oder nur mangelhaft erfüllt und keine entschuldbaren Gründe vorliegen.

² Führt die Nichterfüllung oder die mangelhafte Erfüllung von Vollzugsaufgaben nach Artikel 46 zu einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer der betroffenen Person in der Schweiz, so kann der Bund darauf verzichten, die entsprechenden beim Kanton anfallenden Kosten durch Pauschalabgeltungen nach Artikel 88 des vorliegenden Gesetzes und nach den Artikeln 55 und 87 AuG zu entschädigen.

Art. 91 Abs. 2^{ter} und 4^{bis}

^{2ter} Der Bund kann den Standortkantonen eines Zentrums des Bundes einen Pauschalbeitrag an die Sicherheitskosten ausrichten.

^{4bis} Er kann Beiträge für die Durchführung von Beschäftigungsprogrammen für Personen ausrichten, welche sich in Zentren des Bundes aufhalten. Er schliesst zu diesem Zweck Leistungsvereinbarungen mit den Standortkantonen, Standortgemeinden oder beauftragten Dritten ab.

Art. 93a Rückkehrberatung

¹ Der Bund fördert durch Rückkehrberatung die freiwillige Rückkehr. Die Rückkehrberatung erfolgt in den Zentren des Bundes und in den Kantonen.

² Das SEM sorgt für regelmässige Beratungsgespräche in den Zentren des Bundes. Es kann diese Aufgaben den kantonalen Rückkehrberatungsstellen oder Dritten übertragen.

Art. 93b Beiträge an die Rückkehrberatung

¹ Der Bund entrichtet dem Leistungserbringer der Rückkehrberatung in den Zentren des Bundes durch Vereinbarung Beiträge zur Abgeltung der für die Information und Beratung der Asylsuchenden und der weggewiesenen Personen angefallenen Verwaltungs- und Personalkosten. Die Abgeltung wird pauschal festgesetzt. Aus-

¹¹ SR 142.20

nahmsweise können die Beiträge nach Aufwand festgesetzt werden, insbesondere zur Abgeltung einmalig anfallender Kosten.

² Für die in den Kantonen geleistete Rückkehrberatung richtet sich die Ausrichtung der Beiträge nach Artikel 93 Absatz 4.

Art. 94

Aufgehoben

Gliederungstitel vor Art. 95a

6a. Kapitel: Plangenehmigung bei Bauten und Anlagen des Bundes

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 95a Grundsatz

¹ Bauten und Anlagen, die dem Bund zur Unterbringung Asylsuchender oder zur Durchführung von Asylverfahren dienen, erfordern eine Plangenehmigung des EJPD (Genehmigungsbehörde), wenn sie:

- a. neu errichtet werden;
- b. geändert oder diesem neuen Nutzungszweck zugeführt werden.

² Mit der Plangenehmigung werden sämtliche nach Bundesrecht erforderlichen Bewilligungen erteilt.

³ Kantonale Bewilligungen und Pläne sind nicht erforderlich. Das kantonale Recht ist im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens und der Interessenabwägung zu berücksichtigen.

⁴ Die Plangenehmigung für Vorhaben, die sich erheblich auf Raum und Umwelt auswirken, setzt grundsätzlich einen Sachplan nach dem Bundesgesetz vom 22. Juni 1979¹² über die Raumplanung voraus.

Art. 95b Enteignungsrecht und anwendbares Recht

¹ Der Erwerb von Grundstücken für Bauten und Anlagen zur Unterbringung Asylsuchender oder zur Durchführung von Asylverfahren sowie die Begründung dinglicher Rechte an solchen Grundstücken ist Sache des EJPD. Es ist ermächtigt, nötigenfalls die Enteignung durchzuführen.

² Das Plangenehmigungsverfahren richtet sich nach diesem Gesetz und subsidiär nach dem Bundesgesetz vom 20. Juni 1930¹³ über die Enteignung (EntG).

¹² SR 700

¹³ SR 711

*Gliederungstitel vor Art. 95c***2. Abschnitt: Plangenehmigungsverfahren***Art. 95c* Einleitung des ordentlichen Plangenehmigungsverfahrens

Das Plangenehmigungsgesuch ist mit den erforderlichen Unterlagen bei der Genehmigungsbehörde einzureichen. Diese prüft die Unterlagen auf ihre Vollständigkeit und verlangt allenfalls Ergänzungen.

Art. 95d Aussteckung

¹ Vor der öffentlichen Auflage des Gesuchs muss der Gesuchsteller die Veränderungen, welche die geplanten Bauten und Anlagen im Gelände bewirken, sichtbar machen, indem er sie aussteckt; bei Hochbauten hat er Profile aufzustellen.

² Einwände gegen die Aussteckung oder die Aufstellung von Profilen sind sofort, jedenfalls aber vor Ablauf der Auflagefrist bei der Genehmigungsbehörde vorzubringen.

Art. 95e Anhörung, Publikation und Auflage

¹ Die Genehmigungsbehörde übermittelt das Gesuch den betroffenen Kantonen und Gemeinden zur Stellungnahme. Das gesamte Anhörungsverfahren dauert drei Monate. In begründeten Fällen kann diese Frist ausnahmsweise verlängert werden.

² Das Gesuch ist in den amtlichen Publikationsorganen der betroffenen Kantone und Gemeinden sowie im Bundesblatt zu publizieren und während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.

³ Die öffentliche Auflage hat den Enteignungsbann nach den Artikeln 42–44 EntG¹⁴ zur Folge.

Art. 95f Persönliche Anzeige

Spätestens mit der öffentlichen Auflage des Gesuchs muss der Gesuchsteller den Entschädigungsberechtigten nach Artikel 31 EntG¹⁵ eine persönliche Anzeige über die zu enteignenden Rechte zustellen.

Art. 95g Einsprache

¹ Wer nach den Vorschriften des VwVG¹⁶ oder des EntG¹⁷ Partei ist, kann während der Auflagefrist Einsprache erheben. Wer keine Einsprache erhebt, ist vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

¹⁴ SR 711

¹⁵ SR 711

¹⁶ SR 172.021

¹⁷ SR 711

² Innerhalb der Auflagefrist sind auch sämtliche enteignungsrechtlichen Einwände sowie Begehren um Entschädigung oder Sachleistung geltend zu machen. Nachträgliche Einsprachen und Begehren nach den Artikeln 39–41 EntG sind bei der Genehmigungsbehörde einzureichen.

³ Die betroffenen Gemeinden wahren ihre Interessen mit Einsprache.

Art. 95h Bereinigung in der Bundesverwaltung

Das Bereinigungsverfahren in der Bundesverwaltung richtet sich nach Artikel 62b des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997¹⁸.

Art. 95i Geltungsdauer

¹ Mit der Plangenehmigung entscheidet die Genehmigungsbehörde gleichzeitig auch über die enteignungsrechtlichen Einsprachen.

² Die Plangenehmigung erlischt, wenn fünf Jahre nach ihrer rechtskräftigen Erteilung mit der Ausführung des Bauvorhabens nicht begonnen worden ist.

³ Die Genehmigungsbehörde kann die Geltungsdauer der Plangenehmigung aus wichtigen Gründen um höchstens drei Jahre verlängern. Die Verlängerung ist ausgeschlossen, wenn sich die massgebenden tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse seit der rechtskräftigen Erteilung der Plangenehmigung wesentlich verändert haben.

Art. 95j Vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren

¹ Das vereinfachte Plangenehmigungsverfahren wird angewendet bei:

- a. örtlich begrenzten Vorhaben mit wenigen, eindeutig bestimmbar Betroffenen;
- b. Bauten und Anlagen, deren Änderung oder Umnutzung das äussere Erscheinungsbild nicht wesentlich verändert, keine schutzwürdigen Interessen Dritter berührt und sich nur unerheblich auf Raum und Umwelt auswirkt;
- c. Bauten und Anlagen, die spätestens nach drei Jahren wieder entfernt werden.

² Detailpläne, die sich auf ein bereits genehmigtes Projekt stützen, werden im vereinfachten Verfahren genehmigt.

³ Die Genehmigungsbehörde kann die Aussteckung anordnen. Das Gesuch wird nicht publiziert und nicht öffentlich aufgelegt. Die Genehmigungsbehörde unterbreitet die Planvorlage den Betroffenen, soweit sie nicht vorher schriftlich ihre Einwilligung gegeben haben; deren Einsprachefrist beträgt 30 Tage. Die Genehmigungsbehörde kann bei Kantonen und Gemeinden Stellungnahmen einholen. Sie setzt dafür eine angemessene Frist.

⁴ Im Übrigen gelten die Bestimmungen für das ordentliche Verfahren. Im Zweifelsfall wird dieses durchgeführt.

¹⁸ SR 172.010

*Gliederungstitel vor Art. 95k***3. Abschnitt: Schätzungsverfahren; vorzeitige Besitzeinweisung***Art. 95k*

¹ Nach Abschluss des Plangenehmigungsverfahrens wird, soweit erforderlich, das Schätzungsverfahren vor der Eidgenössischen Schätzungskommission (Schätzungskommission) nach den Bestimmungen des EntG¹⁹ durchgeführt. Es werden nur angemeldete Forderungen behandelt.

² Die Genehmigungsbehörde übermittelt dem Präsidenten der Schätzungskommission die genehmigten Pläne, den Enteignungsplan, die Grunderwerbstabelle und die angemeldeten Forderungen.

³ Der Präsident der Schätzungskommission kann gestützt auf einen vollstreckbaren Plangenehmigungsentscheid die vorzeitige Besitzeinweisung bewilligen. Dabei wird vermutet, dass dem Enteigner ohne die vorzeitige Besitzeinweisung bedeutende Nachteile entstünden. Im Übrigen gilt Artikel 76 EntG.

*Gliederungstitel vor Art. 95l***4. Abschnitt: Rechtsmittelverfahren***Art. 95l*

¹ Für das Rechtsmittelverfahren gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Bundesrechtspflege.

² Zur Beschwerde berechtigt sind auch die betroffenen Kantone und Gemeinden.

*Gliederungstitel vor Art. 99a***1a. Abschnitt:
Informationssystem der Zentren des Bundes und der Unterkünfte
an den Flughäfen***Art. 99a Abs. 3 Bst. b*

³ MIDES enthält folgende Personendaten:

- b. Protokolle der in den Zentren des Bundes und an den Flughäfen durchgeführten summarischen Befragungen nach den Artikeln 22 Absatz 1 und 26 Absatz 3;

Art. 99b Bst. d

Zugriff auf MIDES haben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist:

- d. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen oder kommunalen Zentren nach Artikel 24d, die für die Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden zuständig sind.

Gliederungstitel vor Art. 102f

8. Kapitel: Rechtsschutz, Beschwerdeverfahren, Wiedererwägung und Mehrfachgesuche

1. Abschnitt: Rechtsschutz in den Zentren des Bundes

Art. 102f Grundsatz

¹ Asylsuchende Personen, deren Gesuch in einem Zentrum des Bundes behandelt wird, haben Anspruch auf unentgeltliche Beratung und Rechtsvertretung.

² Das SEM beauftragt einen oder mehrere Leistungserbringer mit der Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1.

Art. 102g Beratung über das Asylverfahren

¹ Während des Aufenthalts im Zentrum des Bundes haben Asylsuchende Zugang zur Beratung über das Asylverfahren.

² Die Beratung beinhaltet namentlich die Information der Asylsuchenden über Rechte und Pflichten im Asylverfahren.

Art. 102h Rechtsvertretung

¹ Jeder asylsuchenden Person wird ab Beginn der Vorbereitungsphase und für das weitere Asylverfahren eine Rechtsvertretung zugeteilt, sofern die asylsuchende Person nicht ausdrücklich darauf verzichtet.

² Die zugewiesene Rechtsvertretung informiert die asylsuchende Person so rasch als möglich über ihre Chancen im Asylverfahren.

³ Die Rechtsvertretung dauert bis zur Rechtskraft des Entscheides im beschleunigten und im Dublin-Verfahren oder bis zum Entscheid über die Durchführung eines erweiterten Verfahrens. Vorbehalten bleibt Artikel 102l.

⁴ Die Rechtsvertretung endet mit der Mitteilung der zugewiesenen Rechtsvertreterin oder des zugewiesenen Rechtsvertreters an die asylsuchende Person, sie oder er sei wegen Aussichtslosigkeit nicht gewillt, eine Beschwerde einzureichen. Diese Mitteilung erfolgt so rasch als möglich nach Eröffnung des ablehnenden Asylentscheides.

⁵ Die Aufgaben der Rechtsvertretung richten sich nach Artikel 102k.

Art. 102i Aufgaben des Leistungserbringers

¹ Der Leistungserbringer nach Artikel 102*f* Absatz 2 ist insbesondere verantwortlich für die Sicherstellung, Organisation und Durchführung der Beratung und Rechtsvertretung in den Zentren des Bundes. Er sorgt für die Qualität der Beratung und Rechtsvertretung.

² Der Leistungserbringer bestimmt die mit der Beratung und Rechtsvertretung betrauten Personen. Er teilt die mit der Rechtsvertretung betrauten Personen den Asylsuchenden zu.

³ Zur Beratung sind Personen zugelassen, die sich beruflich mit der Beratung von Asylsuchenden befassen.

⁴ Zur Rechtsvertretung zugelassen sind Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Zugelassen sind auch Personen mit universitärem juristischem Hochschulabschluss, die sich beruflich mit der Beratung und Vertretung von Asylsuchenden befassen.

⁵ Zwischen dem Leistungserbringer und dem SEM findet ein regelmässiger Informationsaustausch statt, namentlich zur Koordination der Aufgaben und zur Qualitätssicherung.

Art. 102j Teilnahme der Rechtsvertretung

¹ Das SEM teilt dem Leistungserbringer die Termine für die Erstbefragung in der Vorbereitungsphase, für die Anhörung zu den Asylgründen sowie für weitere Verfahrensschritte mit, bei denen eine Mitwirkung der Rechtsvertretung notwendig ist. Der Leistungserbringer teilt der Rechtsvertretung die entsprechenden Termine unverzüglich mit.

² Bei rechtzeitiger Mitteilung der Termine entfalten die Handlungen des SEM ihre Rechtswirkungen auch ohne die Anwesenheit oder Mitwirkung der Rechtsvertretung. Vorbehalten bleiben kurzfristige Verhinderungen aus entschuldbaren, schwerwiegenden Gründen.

³ Reicht eine Rechtsvertretung keine oder nicht fristgerecht eine Stellungnahme zum Entwurf eines ablehnenden Asylentscheides ein, obwohl dieser ihr vom Leistungserbringer rechtzeitig zugestellt wurde, so gilt dies als Verzicht auf eine Stellungnahme.

Art. 102k Entschädigung für die Beratung und Rechtsvertretung

¹ Der Bund richtet dem Leistungserbringer durch Vereinbarung und auf Grundlage von kostengünstigen Lösungen eine Entschädigung für die Erfüllung namentlich folgender Aufgaben aus:

- a. Information und Beratung der Asylsuchenden;
- b. Teilnahme der Rechtsvertretung an der Erstbefragung in der Vorbereitungsphase und an der Anhörung zu den Asylgründen;
- c. Stellungnahme zum Entwurf eines ablehnenden Asylentscheides im beschleunigten Verfahren;

- d. Wahrnehmung der Rechtsvertretung im Beschwerdeverfahren, insbesondere das Verfassen einer Beschwerdeschrift;
- e. die Wahrnehmung der Interessen von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden als Vertrauensperson in den Zentren des Bundes und am Flughafen;
- f. bei einem Wechsel in das erweiterte Verfahren die Information der Rechtsberatungsstelle durch die zugewiesene Rechtsvertretung über den bisherigen Verfahrensstand oder die Weiterführung der zugewiesenen Rechtsvertretung bei entscheiderelevanten Verfahrensschritten nach Artikel 102l.

² In der Entschädigung enthalten sind ein Beitrag an die Verwaltungs- und Personalkosten des Leistungserbringers, insbesondere für die Organisation der Beratung und der Rechtsvertretung sowie ein Beitrag an eine unabhängige Übersetzung. Die Abgeltung wird pauschal festgesetzt. Ausnahmsweise können die Beiträge nach Aufwand festgesetzt werden, insbesondere zur Abgeltung einmalig anfallender Kosten.

Gliederungstitel vor Art. 102l

1a. Abschnitt: Beratung und Rechtsvertretung im erweiterten Verfahren nach Zuweisung auf die Kantone

Art. 102l

¹ Nach Zuweisung auf den Kanton können sich Asylsuchende bei entscheiderelevanten Schritten im erstinstanzlichen Verfahren, insbesondere wenn eine zusätzliche Anhörung zu den Asylgründen durchgeführt wird, kostenlos an eine Rechtsberatungsstelle oder an die zugewiesene Rechtsvertretung wenden.

² Der Bund richtet der Rechtsberatungsstelle durch Vereinbarung und auf Grundlage von kostengünstigen Lösungen eine Entschädigung für die Tätigkeit nach Absatz 1 aus. Die Abgeltung wird pauschal festgesetzt. Ausnahmsweise können die Beiträge nach Aufwand festgesetzt werden, insbesondere zur Abgeltung einmalig anfallender Kosten.

³ Der Bundesrat legt die für die Zulassung als Rechtsberatungsstelle notwendigen Voraussetzungen fest und bestimmt die entscheiderelevanten Verfahrensschritte nach Absatz 1.

Gliederungstitel vor Art. 102m

1b. Abschnitt: Unentgeltliche Rechtspflege

Art. 102m

¹ Das Bundesverwaltungsgericht bestellt auf Antrag der asylsuchenden Person, die von der Bezahlung der Verfahrenskosten befreit wurde, eine amtliche Rechtsbeistandin oder einen amtlichen Rechtsbeistand ausschliesslich bei Beschwerden gegen:

- a. Nichteintretensentscheide, ablehnende Asyl- sowie Wegweisungsentscheide nach den Artikeln 31a und 44 im Rahmen des erweiterten Verfahrens;

- b. Entscheide über den Widerruf und das Erlöschen des Asyls nach den Artikeln 63 und 64;
- c. die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme bei Personen aus dem Asylbereich nach Artikel 84 Absätze 2 und 3 AuG²⁰;
- d. Entscheide im Rahmen der Gewährung des vorübergehenden Schutzes nach dem 4. Kapitel.

² Ausgenommen sind Beschwerden nach Absatz 1, wenn sie im Rahmen von Wiedererwägungs- und Revisionsverfahren und von Mehrfachgesuchen ergehen. Für solche und für die übrigen Beschwerden mit Ausnahme von Absatz 1 gilt Artikel 65 Absatz 2 VwVG²¹.

³ Bei Beschwerden, die gestützt auf dieses Gesetz eingereicht werden, sind auch Personen mit universitärem juristischem Hochschulabschluss zur amtlichen Verbeiständung zugelassen, die sich beruflich mit der Beratung und Vertretung von Asylsuchenden befassen.

⁴ Die Absätze 1–3 gelten auch für Personen, über deren Gesuch im beschleunigten Verfahren entschieden worden ist und die auf eine Rechtsvertretung nach Artikel 102*h* verzichten. Dasselbe gilt, wenn die zugewiesene Rechtsvertretung im beschleunigten Verfahren auf die Erhebung einer Beschwerde verzichtet (Art. 102*h* Abs. 4).

Gliederungstitel vor Art. 103

1c. Abschnitt: Beschwerdeverfahren auf Kantonsebene

Art. 108 Beschwerdefristen

¹ Im beschleunigten Verfahren ist die Beschwerde gegen einen Entscheid nach Artikel 31*a* Absatz 4 innerhalb von sieben Arbeitstagen, gegen Zwischenverfügungen innerhalb von fünf Tagen seit Eröffnung der Verfügung einzureichen.

² Im erweiterten Verfahren ist die Beschwerde gegen einen Entscheid nach Artikel 31*a* Absatz 4 innerhalb von 30 Tagen, bei Zwischenverfügungen innerhalb von zehn Tagen seit Eröffnung der Verfügung einzureichen.

³ Die Beschwerde gegen Nichteintretensentscheide sowie gegen Entscheide nach Artikel 23 Absatz 1 und Artikel 40 in Verbindung mit Artikel 6*a* Absatz 2 Buchstabe a ist innerhalb von fünf Arbeitstagen seit Eröffnung der Verfügung einzureichen.

⁴ Die Verweigerung der Einreise nach Artikel 22 Absatz 2 kann bis zum Zeitpunkt der Eröffnung einer Verfügung nach Artikel 23 Absatz 1 angefochten werden.

⁵ Die Überprüfung der Rechtmässigkeit und der Angemessenheit der Zuweisung eines Aufenthaltsortes am Flughafen oder an einem anderen geeigneten Ort nach Artikel 22 Absätze 3 und 4 kann jederzeit mittels Beschwerde beantragt werden.

²⁰ SR 142.20

²¹ SR 172.021

⁶ In den übrigen Fällen beträgt die Beschwerdefrist 30 Tage seit Eröffnung der Verfügung.

⁷ Per Telefax übermittelte Rechtsschriften gelten als rechtsgültig eingereicht, wenn sie innert Frist beim Bundesverwaltungsgericht eintreffen und mittels Nachreichung des unterschriebenen Originals nach den Regeln gemäss Artikel 52 Absätze 2 und 3 VwVG²² verbessert werden.

Art. 109 Behandlungsfristen

¹ Im beschleunigten Verfahren entscheidet das Bundesverwaltungsgericht über Beschwerden gegen Entscheide nach Artikel 31a Absatz 4 innerhalb von 20 Tagen.

² Im erweiterten Verfahren entscheidet das Bundesverwaltungsgericht über Beschwerden gegen Entscheide nach Artikel 31a Absatz 4 innerhalb von 30 Tagen.

³ Bei Beschwerden gegen Nichteintretentsentscheide sowie gegen Verfügungen nach Artikel 23 Absatz 1 und Artikel 40 in Verbindung mit Artikel 6a Absatz 2 Buchstabe a entscheidet es innerhalb von fünf Arbeitstagen.

⁴ Die Fristen nach den Absätzen 1 und 3 können bei triftigen Gründen um einige Tage überschritten werden.

⁵ Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide nach Artikel 22 Absätze 2–3 und 4 unverzüglich auf Grund der Akten.

⁶ In den übrigen Fällen entscheidet das Bundesverwaltungsgericht über Beschwerden innerhalb von 20 Tagen.

⁷ Es entscheidet ausserhalb der Reihe und unverzüglich, wenn die asylsuchende Person auf der Grundlage eines Ersuchens des Staates, vor welchem diese Schutz in der Schweiz sucht, in Auslieferungshaft ist.

Art. 110 Abs. 1, 3 und 4

¹ Die Nachfrist für die Verbesserung der Beschwerde beträgt sieben Tage, bei Beschwerden gegen Nichteintretentsentscheide und Entscheide nach Artikel 23 Absatz 1, nach Artikel 40 in Verbindung mit Artikel 6a Absatz 2 Buchstabe a sowie Verfügungen nach Artikel 111b drei Tage.

³ Die Frist nach Absatz 2 kann verlängert werden, wenn die beschwerdeführende Person beziehungsweise ihre Vertreterin oder ihr Vertreter namentlich wegen Krankheit oder Unfall verhindert ist, innerhalb dieser Frist zu handeln.

⁴ Die Verfahrensfristen betragen längstens zwei Arbeitstage bei Verfahren betreffend die Verweigerung der Einreise in die Schweiz und die Zuweisung eines Aufenthaltsorts am Flughafen nach Artikel 22 Absätze 2–3 und 4.

Art. 110a

Aufgehoben

²² SR 172.021

*Art. 111 Bst. d**Aufgehoben**Art. 111a^{bis}* Instruktionsmassnahmen und mündliche Urteilseröffnung

¹ In Beschwerdeverfahren gegen Asylentscheide nach Artikel 31a des vorliegenden Gesetzes, die im beschleunigten oder im Dublin-Verfahren ergangen sind, kann das Bundesverwaltungsgericht in den Zentren des Bundes Instruktionsmassnahmen nach Artikel 39 Absatz 2 des Verwaltungsgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005²³ durchführen, wenn damit die Beschwerde rascher zur Entscheidungsfähigkeit geführt werden kann.

² Das Urteil kann mündlich eröffnet werden. Die mündliche Eröffnung ist samt summarischer Begründung protokollarisch festzuhalten.

³ Die Parteien können innert 5 Tagen nach der mündlichen Urteilseröffnung eine vollständige Ausfertigung des Urteils verlangen. Die Vollstreckbarkeit wird damit nicht aufgeschoben.

Art. 111a^{ter} Parteientschädigung

Im Beschwerdeverfahren gegen Asylentscheide nach Artikel 31a, die im beschleunigten oder im Dublin-Verfahren ergangen sind, wird keine Parteientschädigung zugesprochen. Hat die asylsuchende Person auf eine Rechtsvertretung nach Artikel 102h verzichtet oder hat die zugewiesene Rechtsvertretung auf die Erhebung einer Beschwerde verzichtet (Art. 102h Abs. 4), so gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Bundesrechtspflege.

Art. 111b Abs. 1

¹ Das Wiedererwägungsgesuch ist dem SEM innert 30 Tagen nach Entdeckung des Wiedererwägungsgrundes schriftlich und begründet einzureichen. Es findet keine Vorbereitungsphase statt.

Art. 111c Abs. 1

¹ Bei Asylgesuchen, die innert fünf Jahren nach Eintritt der Rechtskraft des Asyl- und Wegweisungsentscheides eingereicht werden, hat die Eingabe schriftlich und begründet zu erfolgen. Es findet keine Vorbereitungsphase statt. Die Nichteintretensgründe nach Artikel 31a Absätze 1–3 finden Anwendung.

II

Die Änderung anderer Erlasse wird im Anhang geregelt.

III

Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 25. September 2015

¹ Für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom 25. September 2015 hängigen Verfahren gilt das bisherige Recht. Vorbehalten bleibt Absatz 2.

² Für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der vorliegenden Änderung hängigen beschleunigten Verfahren und Dublin-Verfahren, die gestützt auf die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 112*b* Absätze 2 und 3 in der Fassung gemäss Ziffer 1 der Änderung vom 28. September 2012²⁴ des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (Dringliche Änderung des Asylgesetzes) durchgeführt werden, gilt das bisher dafür anwendbare Recht.

³ Für Asylgesuche, die nicht in den Zentren des Bundes behandelt werden können, gilt während längstens zwei Jahren das bisherige Recht. Die im Zeitpunkt des Ablaufs dieser Frist noch hängigen Verfahren unterstehen bis zu ihrem rechtskräftigen Abschluss dem bisherigen Recht.

⁴ Plangenehmigungsverfahren zur Errichtung neuer Bauten und Anlagen können bis zur rechtskräftigen Erledigung fortgeführt werden, wenn das Gesuch während der Gültigkeitsdauer von Artikel 95*a* Absatz 1 Buchstabe a eingereicht worden ist.

⁵ Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom 25. September 2015 erstinstanzlich hängigen Bewilligungsverfahren zur Errichtung von Bauten und Anlagen, die dem Bund zur Unterbringung Asylsuchender oder zur Durchführung von Asylverfahren dienen, werden im Verfahren nach dem 6*a*. Kapitel fortgeführt.

²⁴ AS 2012 5359; AS 2015 2047

IV

Koordination mit der Änderung vom 20. März 2015 des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 121 Abs. 3–6 BV über die Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer)

Unabhängig davon, ob zuerst die vorliegende Änderung oder die Änderung vom 20. März 2015²⁵ des Schweizerischen Strafgesetzbuches²⁶ und des Militärstrafgesetzes²⁷ in Kraft tritt, lauten mit Inkrafttreten der später in Kraft tretenden Änderungen sowie bei gleichzeitigem Inkrafttreten die nachfolgenden Bestimmungen wie folgt:

1. Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005²⁸ über die Ausländerinnen und Ausländer

Art. 76 Abs. 1 Einleitungssatz

¹ Wurde ein erstinstanzlicher Weg- oder Ausweisungsentscheid eröffnet oder eine erstinstanzliche Landesverweisung nach Artikel 66a oder 66a^{bis} StGB²⁹ oder Artikel 49a oder 49a^{bis} MStG³⁰, so kann die zuständige Behörde die betroffene Person zur Sicherstellung des Vollzugs:

Art. 86 Abs. 1

¹ Die Kantone regeln die Festsetzung und die Ausrichtung der Sozialhilfe und der Nothilfe für vorläufig aufgenommene Personen. Die Artikel 80a–84 AsylG³¹ für Asylsuchende sind anwendbar. Insbesondere ist für vorläufig aufgenommene Personen die Unterstützung nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen auszurichten. Der Ansatz für die Unterstützung liegt unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung. Für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und für Flüchtlinge mit einer rechtskräftigen Landesverweisung nach Artikel 66a oder 66a^{bis} StGB³² oder Artikel 49a oder 49a^{bis} MStG³³ gelten bezüglich Sozialhilfestandards die gleichen Bestimmungen wie für Flüchtlinge, denen die Schweiz Asyl gewährt hat.

25 BBl 2015 2735

26 SR 311.0

27 SR 321.0

28 SR 142.20

29 SR 311.0

30 SR 321.0

31 SR 142.31

32 SR 311.0

33 SR 321.0

2. Asylgesetz vom 26. Juni 1998³⁴

Art. 37 Abs. 4 und 6

⁴ Entscheide im erweiterten Verfahren (Art. 26*d*) sind innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss der Vorbereitungsphase zu treffen.

⁶ Das SEM entscheidet ausserhalb der Reihe und unverzüglich, wenn die asylsuchende Person auf der Grundlage eines Ersuchens des Staates, vor welchem diese Schutz in der Schweiz sucht, in Auslieferungshaft ist. Dies gilt auch, wenn gegen sie eine Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*^{bis} des Strafgesetzbuchs³⁵ (StGB) oder Artikel 49*a* oder 49*a*^{bis} des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927³⁶ (MStG) ausgesprochen wurde

Art. 109 Abs. 5 und 7

⁵ Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide nach Artikel 22 Absätze 2–3 und 4 unverzüglich auf Grund der Akten.

⁷ Es entscheidet ausserhalb der Reihe und unverzüglich, wenn die asylsuchende Person auf der Grundlage eines Ersuchens des Staates, vor welchem diese Schutz in der Schweiz sucht, in Auslieferungshaft ist. Dies gilt auch, wenn gegen die asylsuchende Person eine Landesverweisung nach Artikel 66*a* oder 66*a*^{bis} StGB³⁷ oder Artikel 49*a* oder 49*a*^{bis} MStG³⁸ ausgesprochen wurde.

V

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

³ Artikel 95*a* Absatz 1 Buchstabe a gilt während zehn Jahren nach seinem Inkrafttreten.

Ständerat, 25. September 2015

Der Präsident: Claude Hêche
Die Sekretärin: Martina Buol

Nationalrat, 25. September 2015

Der Präsident: Stéphane Rossini
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Datum der Veröffentlichung: 6. Oktober 2015³⁹

Ablauf der Referendumsfrist: 14. Januar 2016

³⁴ SR 142.31

³⁵ SR 311.0

³⁶ SR 321.0

³⁷ SR 311.0

³⁸ SR 321.0

³⁹ BBl 2015 7181

Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005⁴⁰ über die Ausländerinnen und Ausländer

Art. 31 Abs. 3

Aufgehoben

Art. 71b Weitergabe medizinischer Daten zur Beurteilung der Transportfähigkeit

¹ Die behandelnde medizinische Fachperson gibt auf Anfrage die für die Beurteilung der Transportfähigkeit notwendigen medizinischen Daten von Personen mit einem rechtskräftigen Weg- oder Ausweisungsentscheid an die folgenden Behörden weiter, soweit diese die Daten zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen:

- a. die für die Weg- oder Ausweisung zuständigen kantonalen Behörden;
- b. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SEM, die für die zentrale Organisation und Koordination des zwangsweisen Weg- und Ausweisungsvollzugs zuständig sind;
- c. die medizinischen Fachpersonen, die im Auftrag des SEM die medizinische Überwachung beim Vollzug der Weg- oder Ausweisung im Zeitpunkt der Ausreise wahrnehmen.

² Der Bundesrat regelt die Aufbewahrung und Löschung der Daten.

Art. 74 Abs. 1^{bis} und 2

^{1bis} Die zuständige kantonale Behörde macht einer Person, die in einem besonderen Zentrum nach Artikel 24a AsylG⁴¹ untergebracht wird, die Auflage, ein ihr zugewiesenes Gebiet nicht zu verlassen oder ein bestimmtes Gebiet nicht zu betreten.

² Diese Massnahmen werden von der Behörde des Kantons angeordnet, der für den Vollzug der Weg- oder Ausweisung zuständig ist. Für Personen, welche sich in den Zentren des Bundes aufhalten, ist der Standortkanton zuständig. Das Verbot, ein bestimmtes Gebiet zu betreten, kann auch von der Behörde des Kantons erlassen werden, in dem dieses Gebiet liegt.

⁴⁰ SR 142.20

⁴¹ SR 142.31

Art. 76 Abs. 1 Bst. b Ziff. 3 und 5

¹ Wurde ein erstinstanzlicher Weg- oder Ausweisungsentscheid eröffnet, so kann die zuständige Behörde die betroffene Person zur Sicherstellung des Vollzugs:

- b. in Haft nehmen, wenn:
 - 3. konkrete Anzeichen befürchten lassen, dass sie sich der Ausschaffung entziehen will, insbesondere weil sie der Mitwirkungspflicht nach Artikel 90 dieses Gesetzes sowie Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a oder Absatz 4 AsylG⁴² nicht nachkommt,
 - 5. der Wegweisungsentscheid in einem Zentrum des Bundes eröffnet wird und der Vollzug der Wegweisung absehbar ist.

Art. 80 Abs. 1, 1^{bis} und 2^{bis}

¹ Die Haft wird von den Behörden des Kantons angeordnet, welcher für den Vollzug der Weg- oder Ausweisung zuständig ist. Für Personen, welche sich in den Zentren des Bundes aufhalten, ist für die Anordnung der Vorbereitungshaft (Art. 75) der Standortkanton zuständig. In den Fällen nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 wird die Haft vom Standortkanton der Zentren des Bundes angeordnet.

^{1^{bis}} In den Fällen nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 wird die Haft vom Standortkanton der Zentren des Bundes angeordnet; wurde gestützt auf Artikel 46 Absatz 1^{bis} dritter Satz AsylG⁴³ ein anderer als der Standortkanton für den Vollzug der Wegweisung als zuständig bezeichnet, so ist dieser auch für die Anordnung der Haft zuständig.

^{2^{bis}} Bei einer Haft nach Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 wird die Rechtmässigkeit und Angemessenheit der Haft auf Antrag der inhaftierten Person durch eine richterliche Behörde in einem schriftlichen Verfahren überprüft. Diese Überprüfung kann jederzeit beantragt werden.

Art. 80a Abs. 1 Bst. a sowie 2 und 3

¹ Zur Haftanordnung nach Artikel 76a ist zuständig:

- a. bei Personen, die sich in einem Zentrum des Bundes aufhalten: der Standortkanton der Zentren des Bundes;

² Aufgehoben

³ Die Rechtmässigkeit und Angemessenheit der Haft wird auf Antrag der inhaftierten Person durch eine richterliche Behörde in einem schriftlichen Verfahren überprüft. Diese Überprüfung kann jederzeit beantragt werden.

Art. 86 Abs. 1

¹ Die Kantone regeln die Festsetzung und die Ausrichtung der Sozialhilfe und der Nothilfe für vorläufig aufgenommene Personen. Die Bestimmungen der Arti-

⁴² SR 142.31

⁴³ SR 142.31

kel 80a–84 AsylG⁴⁴ für Asylsuchende sind anwendbar. Insbesondere ist für vorläufig aufgenommene Personen die Unterstützung nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen auszurichten. Der Ansatz für die Unterstützung liegt unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung. Für vorläufig aufgenommene Flüchtlinge gelten bezüglich Sozialhilfestandards die gleichen Bestimmungen wie für Flüchtlinge, denen die Schweiz Asyl gewährt hat.

Art. 87 Abs. 1 Bst. b und d sowie Abs. 3 und 4

¹ Der Bund zahlt den Kantonen für:

- b. jeden vorläufig aufgenommenen Flüchtling und jede staatenlose Person nach Artikel 31 Absatz 2 eine Pauschale nach den Artikeln 88 Absatz 3 und 89 AsylG;
- d. jede staatenlose Person nach Artikel 31 Absatz 1 eine Pauschale nach den Artikeln 88 Absatz 3 und 89 AsylG.

³ Die Pauschalen nach Absatz 1 Buchstaben a und b werden während längstens sieben Jahren nach der Einreise ausgerichtet.

⁴ Die Pauschale nach Absatz 1 Buchstabe d wird während längstens fünf Jahren nach der Anerkennung der Staatenlosigkeit ausgerichtet.

Art. 126d Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 25. September 2015 des AsylG

¹ Für Asylsuchende, deren Asylgesuch nicht in den Zentren des Bundes behandelt werden kann, gilt während längstens zwei Jahren das bisherige Recht.

² Bei hängigen Verfahren nach den Artikeln 76 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 5 und 76a Absatz 3 gelten die Artikel 80 Absatz 1 dritter Satz und Absatz 2^{bis}, Artikel 80a Absätze 1 und 2 des vorliegenden Gesetzes sowie die Artikel 108 Absatz 4, 109 Absatz 3, 110 Absatz 4 Buchstabe b, 111 Buchstabe d AsylG⁴⁵ in der bisherigen Fassung.

2. Bundesgesetz vom 20. Juni 2003⁴⁶ über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich

Art. 1 Abs. 2

² Die Artikel 101, 102, 103, 104–107, 110 und 111a–111i des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005⁴⁷ über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG), die Artikel 96–99, 102–102a^{bis} und 102b–102e des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998⁴⁸

⁴⁴ SR 142.31

⁴⁵ SR 142.31

⁴⁶ SR 142.51

⁴⁷ SR 142.20

⁴⁸ SR 142.31

(AsylG) sowie Artikel 44 des Bürgerrechtsgesetzes vom 20. Juni 2014⁴⁹ (BüG) bleiben vorbehalten.

3. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946⁵⁰ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

Art. 93^{bis} Meldungen an das Staatssekretariat für Migration

¹ Die Zentrale Ausgleichsstelle gleicht die ihr vom Staatssekretariat für Migration (SEM) übermittelten Versichertennummern von Personen aus dem Asyl- und Ausländerbereich, für welche die Kantone Pauschalabgeltungen erhalten, periodisch mit den ihr von den Ausgleichskassen gemeldeten Einträgen in den individuellen Konten ab.

² Stellt sie dabei fest, dass eine gemeldete Person ein Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit erzielt hat, so meldet sie dies von Amtes wegen dem SEM zur Überprüfung der ausgerichteten Pauschalabgeltungen und der korrekten Abrechnung der Sonderabgabe.

³ Der Bund zahlt einen Pauschalbeitrag zur anteilmässigen Abgeltung der Aufwendungen, die der Zentralen Ausgleichsstelle und den Ausgleichskassen aus dem Datenabgleich, der Datenübermittlung und der Datenpflege entstanden sind.

⁴⁹ SR 141.0

⁵⁰ SR 831.10

Délai référendaire: 14 janvier 2016

Loi sur l'asile (LAsi)

Modification du 25 septembre 2015

*L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu le message du Conseil fédéral du 3 septembre 2014¹,
arrête:*

I

La loi du 26 juin 1998 sur l'asile² est modifiée comme suit:

Remplacement d'une expression

*Dans toute la loi, «centre d'enregistrement et de procédure» est remplacé par
«centre de la Confédération».*

Art. 3, al. 3

³ Ne sont pas des réfugiés les personnes qui, au motif qu'elles ont refusé de servir ou déserté, sont exposées à de sérieux préjudices ou craignent à juste titre de l'être. Les dispositions de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés³ sont réservées.

Art. 6 Règles de procédure

Les procédures sont régies par la loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (PA)⁴, par la loi du 17 juin 2005 sur le Tribunal administratif fédéral⁵ et par la loi du 17 juin 2005 sur le Tribunal fédéral⁶, à moins que la présente loi n'en dispose autrement.

Art. 6a, al. 2, phrase introductive

² Le Conseil fédéral désigne, outre les Etats de l'UE ou de l'AELE:

- 1 FF **2014 7771**
- 2 RS **142.31**
- 3 RS **0.142.30**
- 4 RS **172.021**
- 5 RS **173.32**
- 6 RS **173.110**

Art. 8, al. 1, let. b et f, ainsi que 3^{bis}

¹ Le requérant est tenu de collaborer à la constatation des faits. Il doit en particulier:

- b. remettre ses documents de voyage et ses pièces d'identité;
- f. se soumettre à un examen médical ordonné par le SEM (art. 26a).

^{3^{bis}} Le requérant qui, sans raison valable, ne respecte pas son obligation de collaborer ou ne se tient pas à la disposition des autorités compétentes en matière d'asile pendant plus de vingt jours renonce de facto à la poursuite de la procédure. Il en va de même pour le requérant qui, sans raison valable, ne se tient pas à la disposition des autorités compétentes en matière d'asile dans un centre de la Confédération pendant plus de cinq jours. Dans un cas comme dans l'autre, la demande est classée sans décision formelle. Le requérant peut déposer une nouvelle demande au plus tôt après trois ans. Le respect de la Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés⁷ est réservé.

Art. 12 Notification et communication en cas de séjour dans le canton

¹ Toute décision ou communication effectuée à la dernière adresse du requérant ou de son mandataire dont les autorités ont connaissance est juridiquement valable à l'échéance du délai de garde ordinaire de sept jours, même si les intéressés n'en prennent connaissance que plus tard en raison d'un accord particulier avec la Poste suisse ou si l'envoi revient sans avoir pu leur être délivré.

² Si le requérant est représenté par plusieurs mandataires qui n'ont pas donné d'adresse commune de notification, l'autorité notifie ses décisions ou adresse ses communications au mandataire désigné en premier lieu par le requérant.

³ Les décisions peuvent, si la situation le justifie, être notifiées oralement et motivées sommairement. La notification orale et la motivation doivent être consignées dans un procès-verbal. Le requérant ou son mandataire en reçoit un extrait.

Art. 12a Notification et communication dans les centres de la Confédération

¹ Dans les centres de la Confédération, les décisions sont notifiées et les communications effectuées par voie de remise. En cas de disparition du requérant, la notification et la communication se font conformément à l'art. 12.

² S'agissant d'un requérant pour lequel un représentant juridique a été désigné, les décisions sont notifiées et les communications remises au prestataire chargé de fournir la représentation juridique. Ce prestataire fait part de la notification ou de la communication le jour même au représentant juridique désigné.

³ S'agissant d'un requérant pour lequel aucun représentant juridique n'a été désigné, les décisions sont notifiées et les communications remises au requérant. Si celui-ci a désigné un mandataire, ce dernier est informé immédiatement de la notification ou de la communication.

⁴ La notification orale et la motivation sommaire sont régies par l'art. 12, al. 3.

⁷ RS 0.142.30

Art. 13 Notification et communication en cas de procédure à l'aéroport et dans les cas urgents

¹ Les autorités compétentes peuvent notifier au requérant qui présente sa demande à la frontière ou au poste de contrôle d'un aéroport suisse (art. 21 à 23) les décisions signées qui leur ont été transmises par télécopie. Le requérant en accuse réception par écrit; à défaut, l'autorité compétente enregistre la réception. L'art. 11, al. 3, PA⁸ n'est pas applicable. Le mandataire est informé de la notification.

² L'art. 12a s'applique par analogie à la procédure à l'aéroport.

³ Dans d'autres cas urgents, le SEM peut habiliter soit une autorité cantonale, soit une mission diplomatique suisse ou un poste consulaire à l'étranger (représentation suisse) à notifier des décisions signées qui leur ont été transmises par télécopie.

Art. 16, al. 1 et 3

¹ Une requête adressée aux autorités fédérales peut être déposée dans n'importe quelle langue officielle. Le Conseil fédéral peut prévoir que les requérants qui séjournent dans un centre de la Confédération et se font représenter par un mandataire formulent leurs requêtes dans la langue officielle du canton dans lequel se situe le centre.

³ Le SEM peut déroger à la règle fixée à l'al. 2 dans les cas suivants:

- a. le requérant ou son mandataire maîtrise une autre langue officielle;
- b. une telle mesure s'avère nécessaire, en raison du nombre des requêtes ou de la situation sur le plan du personnel, pour traiter les demandes d'asile de façon efficace et dans les délais;
- c. le requérant est attribué depuis un centre de la Confédération à un canton où une autre langue officielle est parlée.

Art. 17, al. 3 et 4

³ La défense des intérêts des requérants mineurs non accompagnés est assurée aussi longtemps que dure la procédure:

- a. dans un centre de la Confédération ou à l'aéroport: par le représentant juridique désigné, en qualité de personne de confiance; ce représentant juridique assure la coordination avec les autorités cantonales compétentes;
- b. après l'attribution des intéressés à un canton: par une personne de confiance immédiatement désignée par les autorités cantonales compétentes.

⁴ *Abrogé*

Art. 19 Dépôt de la demande

¹ La demande d'asile doit être déposée au poste de contrôle d'un aéroport suisse ou, lors de l'entrée en Suisse, à un poste-frontière ouvert ou dans un centre de la Confédération. L'art. 24a, al. 3, est réservé.

^{1bis} Quiconque dépose une demande d'asile doit être présent à la frontière suisse ou sur le territoire suisse.

Art. 20

Abrogé

Art. 21, al. 1

¹ Les autorités compétentes assignent les personnes qui demandent l'asile à la frontière, ou après avoir été interceptées près de la frontière en cas d'entrée illégale, ou encore en Suisse, à un centre de la Confédération. L'art. 24a, al. 3, est réservé.

Art. 22, al. 3^{bis}, 4 et 6

^{3bis} Par analogie aux art. 102f à 102k, la Confédération garantit un conseil et une représentation juridique gratuits au requérant qui dépose une demande d'asile dans un aéroport suisse.

⁴ Le refus de l'entrée en Suisse et l'assignation d'un lieu de séjour doivent être notifiés au requérant d'asile dans les deux jours suivant le dépôt de sa demande; les voies de droit doivent lui être indiquées simultanément. Le droit d'être entendu doit lui être préalablement octroyé.

⁶ Le SEM peut ensuite attribuer le requérant à un canton ou à un centre de la Confédération. Dans les autres cas, la procédure à l'aéroport s'applique conformément aux art. 23, 29, 36 et 37.

Art. 23, al. 2

² La décision doit être notifiée dans les 20 jours suivant le dépôt de la demande. Si la procédure est plus longue, le SEM attribue le requérant à un canton ou à un centre de la Confédération.

*Titre précédant l'art. 24***Section 2a Centres de la Confédération***Art. 24* Centres de la Confédération

¹ La Confédération crée des centres dont elle confie la gestion au SEM. Ce faisant, elle veille à respecter les principes d'une exécution adéquate et rationnelle de sa tâche.

² La Confédération associe suffisamment tôt les cantons et les communes à la création des centres.

³ Tout requérant est hébergé dans un centre de la Confédération à compter du dépôt de sa demande d'asile:

- a. en cas de procédure accélérée: jusqu'à l'octroi de l'asile ou de l'admission provisoire, ou jusqu'à son départ;
- b. en cas de procédure Dublin: jusqu'à son départ;
- c. en cas de procédure étendue: jusqu'à son attribution à un canton.

⁴ La durée maximale du séjour dans les centres de la Confédération est de 140 jours. A l'échéance de la durée maximale, le requérant est attribué à un canton.

⁵ La durée maximale du séjour peut être prolongée raisonnablement si cela permet de clore rapidement la procédure d'asile ou d'assurer l'exécution du renvoi. Le Conseil fédéral règle les modalités de prolongation de la durée maximale de séjour dans les centres de la Confédération.

⁶ L'attribution à un canton peut intervenir avant l'échéance de la durée maximale de séjour dans les centres de la Confédération, notamment en cas de hausse soudaine et considérable du nombre de demandes d'asile. La répartition entre les cantons et l'attribution des requérants sont régies par l'art. 27.

Art. 24a Centres spécifiques

¹ Les requérants qui menacent sensiblement la sécurité et l'ordre publics ou qui, par leur comportement, portent sensiblement atteinte au fonctionnement et à la sécurité des centres de la Confédération, sont hébergés dans des centres spécifiques créés et gérés par le SEM ou par les autorités cantonales. L'hébergement dans un centre spécifique est assorti d'une assignation d'un lieu de résidence ou d'une interdiction de pénétrer dans une région déterminée visées à l'art. 74, al. 1^{bis}, LEtr⁹; la procédure est régie par l'art. 74, al. 2 et 3, LEtr.

² Les cantons peuvent, aux mêmes conditions, héberger dans les centres spécifiques les requérants qui leur sont attribués. La Confédération et les cantons participent aux coûts des centres pour un montant proportionnel à l'utilisation qu'ils en font.

³ Les procédures prévues pour les centres de la Confédération au sens de l'art. 24 peuvent s'appliquer aux centres spécifiques, sauf en ce qui concerne le dépôt d'une demande d'asile.

⁴ Les demandes d'asile provenant de personnes hébergées dans les centres spécifiques sont traitées en priorité et les éventuelles décisions de renvoi concernant ces personnes sont exécutées en priorité.

Art. 24b Fonctionnement des centres

¹ Le SEM peut confier à des tiers des tâches destinées à assurer le fonctionnement des centres de la Confédération. Les tiers mandatés sont soumis à l'obligation de garder le secret au même titre que le personnel de la Confédération.

⁹ RS 142.20

² Le Département fédéral de justice et police (DFJP) édicte des dispositions relatives aux centres de la Confédération afin d'en assurer le bon fonctionnement et de garantir une procédure rapide.

Art. 24c Utilisation temporaire de constructions et d'installations militaires de la Confédération

¹ Si les structures d'hébergement existantes ne suffisent pas, les constructions et les installations militaires de la Confédération peuvent être utilisées sans autorisation cantonale ou communale ni procédure d'approbation des plans pour l'hébergement de requérants ou l'exécution de procédures d'asile pendant trois ans au plus, lorsque le changement d'affectation ne nécessite pas d'importants travaux de transformation et qu'il n'entraîne aucune modification essentielle dans l'occupation de l'installation ou de la construction.

² Ne sont pas des travaux de transformation importants au sens de l'al. 1, en particulier:

- a. les travaux d'entretien ordinaires sur les bâtiments et les installations;
- b. les légères modifications de la construction;
- c. la pose d'équipements de peu d'importance, tels les installations sanitaires ou les raccordements en eau et en électricité;
- d. l'installation de constructions mobilières.

³ Une réutilisation des constructions ou installations conformément à l'al. 1 n'est possible qu'après une interruption de deux ans, à moins que le canton et la commune concernés acceptent de renoncer à une interruption; les situations d'exception au sens de l'art. 55 demeurent réservées.

⁴ Après les avoir consultés, la Confédération annonce le changement d'utilisation au canton et à la commune concernés au plus tard 60 jours avant la mise en exploitation de la construction ou de l'installation.

Art. 24d Centres d'hébergement cantonaux et communaux

¹ Les requérants peuvent être hébergés dans un centre géré par un canton ou par une commune lorsque le nombre de places d'hébergement disponibles dans les centres de la Confédération visés à l'art. 24 n'est pas suffisant. L'hébergement dans un centre communal est subordonné au consentement du canton abritant le centre.

² Le canton ou la commune abritant le centre:

- a. assure un hébergement, un encadrement et une occupation appropriés des requérants;
- b. octroie l'aide sociale ou l'aide d'urgence;
- c. garantit des soins de santé et un enseignement de base pour les enfants;
- d. prend les mesures de sécurité nécessaires pour en assurer le bon fonctionnement.

³ Le canton ou la commune abritant le centre peut déléguer tout ou partie des tâches visées à l'al. 2 à des tiers.

⁴ L'octroi de l'aide sociale et de l'aide d'urgence est régi par le droit cantonal.

⁵ La Confédération verse, sur la base d'une convention, des contributions fédérales au canton ou à la commune abritant un centre pour l'indemniser des frais administratifs, des dépenses de personnel et des frais restants engagés lors de l'accomplissement des tâches visées à l'al. 2. L'indemnité est fixée forfaitairement. A titre exceptionnel, les contributions peuvent être fixées selon la dépense, en particulier pour l'indemnisation de coûts uniques.

⁶ Les autres dispositions relatives aux centres de la Confédération s'appliquent par analogie aux centres cantonaux ou communaux. Les procédures prévues pour les centres de la Confédération au sens de l'art. 24 peuvent s'appliquer aux centres visés à l'al. 1.

Art. 24e Mesures complémentaires

La Confédération et les cantons prennent des mesures afin de pouvoir réagir à temps aux fluctuations du nombre de demandes d'asile avec les ressources nécessaires, notamment dans les domaines de l'hébergement, du personnel et du financement ou par d'autres dispositions.

Art. 25a

Abrogé

Art. 26 Phase préparatoire

¹ La phase préparatoire commence lors du dépôt d'une demande d'asile. Elle dure au plus dix jours s'il s'agit d'une procédure Dublin, au plus 21 jours pour les autres procédures.

² Durant la phase préparatoire, le SEM recueille les données personnelles du requérant; en règle générale, il relève ses empreintes digitales et le photographie. Il peut aussi saisir d'autres données biométriques le concernant, établir une expertise visant à déterminer son âge (art. 17, al. 3^{bis}), vérifier les moyens de preuve, les documents de voyage ainsi que les papiers d'identité et prendre des mesures d'instruction concernant la provenance et l'identité du requérant.

³ Le SEM informe le requérant de ses droits et de ses devoirs pendant la procédure d'asile. Il peut, dans le cadre d'une audition, interroger le requérant sur son identité, sur l'itinéraire emprunté et, sommairement, sur les motifs qui l'ont poussé à quitter son pays. Ce faisant, le SEM peut interroger le requérant sur un éventuel trafic organisé de migrants. Il établit avec le requérant si sa demande d'asile est suffisamment fondée. Si tel n'est pas le cas et que le requérant retire sa demande, celle-ci est classée sans décision formelle et les démarches en vue du retour sont engagées.

⁴ L'échange de données visé à l'art. 102a^{bis}, al. 2 à 3, le contrôle des empreintes digitales visé à l'art. 102a^{ter}, al. 1, et la demande de prise ou reprise en charge adressée à l'Etat responsable lié par un des accords d'association à Dublin ont lieu durant la phase préparatoire.

⁵ Le SEM peut confier à des tiers les tâches mentionnées à l'al. 2. Les tiers mandatés sont soumis à l'obligation de garder le secret au même titre que le personnel de la Confédération.

Art. 26a

Ex-art. 26bis.

Art. 26b Procédure Dublin

La procédure en vue d'une décision au sens de l'art. 31a, al. 1, let. b, commence avec le dépôt de la demande de prise ou reprise en charge du requérant adressée à un Etat Dublin. Elle dure jusqu'au transfert dans l'Etat Dublin compétent ou jusqu'à son interruption faisant suite à la décision de traiter la demande dans une procédure accélérée ou une procédure étendue.

Art. 26c Procédure accélérée

La procédure accélérée, comprenant l'audition sur les motifs d'asile ou l'octroi du droit d'être entendu visé à l'art. 36, commence immédiatement après la fin de la phase préparatoire. Le Conseil fédéral définit les différentes étapes de la procédure.

Art. 26d Procédure étendue

S'il ressort de l'audition sur les motifs d'asile qu'une décision ne peut être rendue dans le cadre d'une procédure accélérée, notamment parce que des mesures d'instruction supplémentaires doivent être engagées, le traitement de la demande se poursuit dans une procédure étendue et le requérant est attribué à un canton conformément à l'art. 27.

Art. 27, titre, al. 1^{bis} et 4

Répartition entre les cantons et attribution

^{1bis} Lors de la répartition des requérants, les prestations particulières offertes par les cantons abritant un centre de la Confédération ou un aéroport sont prises en compte de manière appropriée.

⁴ Les personnes dont l'exécution du renvoi a été ordonnée et dont la décision d'asile est entrée en force dans un centre de la Confédération ou y a été classée ne sont pas attribuées à un canton.

Art. 29 Audition sur les motifs de la demande d'asile

¹ Le SEM entend le requérant sur ses motifs d'asile; l'audition se déroule dans un centre de la Confédération.

^{1bis} Au besoin, le SEM fait appel à un interprète.

² Le requérant peut en outre se faire accompagner, à ses frais, d'une personne et d'un interprète de son choix pour autant que ceux-ci ne soient pas des requérants.

³ L'audition est consignée dans un procès-verbal. Celui-ci est signé par les personnes ayant participé à l'audition.

Art. 30

Abrogé

Art. 31a, al. 4

⁴ Dans les autres cas, le SEM rejette la demande d'asile si la qualité de réfugié n'est ni prouvée ni rendue vraisemblable ou s'il existe un motif d'exclusion au sens des art. 53 et 54.

Art. 37 Délais concernant la procédure de première instance

¹ Dans une procédure Dublin (art. 26*b*), la décision est notifiée dans les trois jours ouvrables qui suivent l'approbation, par l'Etat Dublin requis, de la demande de transfert conformément aux art. 21 et 23 du règlement (UE) n° 604/2013¹⁰.

² Dans une procédure accélérée (art. 26*c*), la décision est notifiée dans les huit jours ouvrables qui suivent la fin de la phase préparatoire.

³ Si des raisons valables le justifient et s'il est prévisible que la décision pourra être rendue dans le centre de la Confédération, les délais visés aux al. 1 et 2 peuvent être dépassés de quelques jours.

⁴ Dans une procédure étendue (art. 26*d*), la décision est prise dans les deux mois qui suivent la fin de la phase préparatoire.

⁵ Dans les autres cas, les décisions de non-entrée en matière sont prises dans les cinq jours ouvrables et les décisions matérielles dans les dix jours ouvrables qui suivent le dépôt de la demande.

⁶ Le SEM statue en priorité et sans délai lorsque le requérant est détenu aux fins d'extradition sur la base d'une demande adressée par l'Etat contre lequel il cherche à se protéger en Suisse.

¹⁰ Règlement (UE) n° 604/2013 du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 établissant les critères et mécanismes de détermination de l'Etat membre responsable de l'examen d'une demande de protection internationale introduite dans l'un des Etats membres par un ressortissant d'un pays tiers ou un apatride (refonte), JO L 180 du 29.6.2013, p. 31

Art. 43, al. 1 et 4

¹ Pendant son séjour dans un centre de la Confédération, le requérant n'a pas le droit d'exercer d'activité lucrative.

⁴ Le requérant autorisé à exercer une activité lucrative conformément aux dispositions de la police des étrangers ou qui participe à des programmes d'occupation ne tombe pas sous le coup de l'interdiction de travailler.

Art. 45, al. 1, let. c, 2 et 2^{bis}

¹ La décision de renvoi indique:

c. les moyens de contrainte applicables;

² La décision de renvoi est assortie d'un délai de départ raisonnable allant de sept à 30 jours. Pour les décisions rendues lors d'une procédure accélérée, le délai de départ est de sept jours. Pour les décisions prises lors d'une procédure étendue, il est de sept à 30 jours.

^{2^{bis}} Un délai de départ plus long est imparti ou le délai de départ est prolongé lorsque des circonstances particulières telles que la situation familiale, des problèmes de santé ou la durée du séjour le justifient.

Art. 46, al. 1^{bis}, 1^{ter}, 2 et 3

^{1^{bis}} Durant le séjour d'un requérant d'asile dans un centre de la Confédération, l'exécution du renvoi relève de la compétence du canton qui abrite le centre. S'agissant de personnes visées à l'art. 27, al. 4, cette règle s'applique également après le séjour dans un centre de la Confédération. Le Conseil fédéral peut prévoir qu'un autre canton est compétent si des circonstances particulières le requièrent.

^{1^{ter}} Dans le cas d'une demande multiple au sens de l'art. 111c, le canton désigné dans la procédure d'asile et de renvoi précédente reste compétent pour l'exécution du renvoi et l'octroi de l'aide d'urgence.

² S'il s'avère que, pour des raisons techniques, l'exécution du renvoi n'est pas possible, le canton demande au SEM d'ordonner l'admission provisoire.

³ Le SEM surveille l'exécution et met sur pied, conjointement avec les cantons, un suivi de l'exécution des renvois.

Art. 52, al. 2

Abrogé

Art. 68, al. 3

Abrogé

Art. 69, al. 1

¹ Les art. 18, 19 et 21 à 23 s'appliquent par analogie aux demandes déposées par des personnes à protéger se trouvant à la frontière ou en Suisse.

Art. 72 Procédure

Au demeurant, les dispositions des sections 1, 2a et 3 du chap. 2 s'appliquent par analogie aux procédures définies aux art. 68, 69 et 71. Les dispositions du chapitre 8 s'appliquent par analogie aux procédures définies aux art. 69 et 71.

Art. 75, al. 4

⁴ Les personnes à protéger qui sont autorisées à exercer une activité lucrative conformément aux dispositions de la police des étrangers ou qui participent à des programmes d'occupation ne tombent pas sous le coup de l'interdiction de travailler.

Art. 76, al. 5

⁵ Les dispositions de la section 1a du chapitre 8 s'appliquent par analogie aux al. 2 à 4.

Art. 78, al. 4

⁴ Lorsqu'il est prévu de révoquer la protection provisoire, une audition a lieu en application de l'art. 29. Les dispositions de la section 1a du chapitre 8 s'appliquent par analogie.

*Titre précédant l'art. 80***Chapitre 5 Aide sociale et aide d'urgence****Section 1****Octroi de prestations d'aide sociale, de l'aide d'urgence et d'allocations pour enfants et enseignement de base***Art. 80* Compétence dans les centres de la Confédération

¹ La Confédération fournit l'aide sociale ou l'aide d'urgence aux personnes qui séjournent en Suisse en vertu de la présente loi et sont hébergées dans un centre de la Confédération ou un centre d'intégration pour groupes de réfugiés. Elle garantit, en collaboration avec le canton abritant le centre, que des soins de santé et un enseignement de base sont fournis. Elle peut confier tout ou partie de cette tâche à des tiers. Les art. 81 à 83a s'appliquent par analogie.

² Le SEM indemnise, sur la base d'un contrat, les tiers mandatés pour les frais administratifs, les dépenses de personnel et les frais restants engagés lors de l'accomplissement des tâches visées à l'al. 1. L'indemnité est fixée forfaitairement. A titre exceptionnel, les contributions peuvent être fixées selon la dépense, en particulier pour l'indemnisation de dépenses uniques.

³ Le SEM peut convenir avec le canton abritant un centre qu'il conclue une assurance-maladie obligatoire. Le SEM lui verse une indemnité forfaitaire pour les primes d'assurance-maladie, les quotes-parts et les franchises.

⁴ Le canton abritant un centre de la Confédération organise l'enseignement de base pour les requérants d'asile en âge de scolarité obligatoire séjournant dans ce centre. Au besoin, l'enseignement est dispensé dans le centre. La Confédération peut verser une contribution pour les frais d'enseignement. L'indemnité est fixée forfaitairement. A titre exceptionnel, les contributions peuvent être fixées selon la dépense, en particulier pour l'indemnisation de dépenses uniques.

Art. 80a Compétence dans les cantons

L'aide sociale ou l'aide d'urgence est fournie aux personnes qui séjournent en Suisse en vertu de la présente loi par le canton auquel elles ont été attribuées. S'agissant des personnes qui n'ont pas été attribuées à un canton, l'aide d'urgence est fournie par le canton désigné pour exécuter le renvoi. Les cantons peuvent déléguer tout ou partie de ces tâches à des tiers.

Art. 82, al. 2^{bis} et 3^{bis}

^{2bis} Les cantons peuvent octroyer l'aide sociale pour les personnes visées aux al. 1 et 2 pendant la durée d'un moratoire général relatif aux décisions en matière d'asile et à l'exécution du renvoi, si le DFJP le prévoit. L'indemnisation est régie par l'art. 88, al. 2.

^{3bis} Lors de l'hébergement des requérants d'asile mineurs non accompagnés, des familles avec enfants et des personnes ayant besoin d'un encadrement, il y a lieu de tenir compte autant que faire se peut des besoins particuliers des bénéficiaires.

Art. 88, al. 1 et 3^{bis}

¹ La Confédération verse des indemnités forfaitaires aux cantons pour les frais résultant de l'application de la présente loi. Ces indemnités n'englobent pas les contributions fédérales visées aux art. 91 à 93b.

^{3bis} Pour les personnes admises en Suisse dans le cadre de l'asile octroyé à des groupes de réfugiés en vertu de l'art. 56, la Confédération peut verser les indemnités forfaitaires visées à l'al. 3 pendant plus de cinq ans, notamment si ces personnes sont handicapées ou âgées à leur arrivée en Suisse.

Art. 89b Remboursement et renonciation au versement d'indemnités forfaitaires

¹ La Confédération peut réclamer le remboursement d'indemnités forfaitaires déjà versées conformément à l'art. 88 de la présente loi, ainsi qu'aux art. 55 et 87 LEtr¹¹, lorsqu'un canton ne remplit pas ses obligations en matière d'exécution comme le

¹¹ RS 142.20

prévoit l'art. 46 de la présente loi ou ne les remplit que partiellement et que rien ne justifie de tels manquements.

² Si le fait de ne pas remplir ses obligations en matière d'exécution comme le prévoit l'art. 46 ou de ne les remplir que partiellement entraîne une prolongation de la durée du séjour de l'intéressé en Suisse, la Confédération peut renoncer à verser au canton les indemnités forfaitaires visées à l'art. 88 de la présente loi et aux art. 55 et 87 LEtr.

Art. 91, al. 2^{ter} et 4^{bis}

^{2^{ter}} La Confédération peut octroyer aux cantons dans lesquels se trouvent un centre de la Confédération une contribution forfaitaire pour les frais de sécurité.

^{4^{bis}} La Confédération peut octroyer des contributions destinées à la réalisation de programmes d'occupation en faveur de personnes séjournant dans un centre de la Confédération. A cet effet, elle conclut des conventions de prestations avec les cantons et les communes dans lesquels se trouvent ces centres ou avec des tiers mandatés.

Art. 93a Conseil en vue du retour

¹ La Confédération encourage les retours volontaires par le biais d'un conseil en vue du retour. Celui-ci a lieu dans les centres de la Confédération et dans les cantons.

² Le SEM veille à ce que des entretiens en vue du retour soient régulièrement organisés dans les centres de la Confédération. Il peut confier ces tâches aux services-conseils cantonaux en vue du retour ou à des tiers.

Art. 93b Contributions pour le conseil en vue du retour

¹ La Confédération verse, sur la base d'une convention, des contributions au prestataire du conseil en vue du retour dans les centres de la Confédération pour l'indemniser des frais administratifs et des dépenses de personnel liés à l'information et au conseil fournis aux requérants et aux personnes frappées d'une décision de renvoi. L'indemnité est fixée forfaitairement. A titre exceptionnel, les contributions peuvent être fixées selon la dépense, en particulier pour l'indemnisation de coûts uniques.

² Le versement des contributions pour le conseil en vue du retour fourni dans les cantons est régi par l'art. 93, al. 4.

Art. 94

Abrogé

Titre précédant l'art. 95a

Chapitre 6a

Approbation des plans concernant les constructions et installations de la Confédération

Section 1 Généralités

Art. 95a Principe

¹ Les constructions et les installations qui servent à la Confédération pour l'hébergement de requérants d'asile ou l'exécution de procédures d'asile sont soumises au DFJP (autorité d'approbation) pour approbation des plans dans les cas suivants:

- a. elles sont nouvellement érigées;
- b. elles sont modifiées ou affectées à cette nouvelle utilisation.

² L'approbation des plans couvre toutes les autorisations requises par le droit fédéral.

³ Aucune autorisation ni aucun plan relevant du droit cantonal ne sont requis. Le droit cantonal est pris en compte dans le cadre de la procédure d'approbation des plans et de la pesée des intérêts.

⁴ En règle générale, l'approbation des plans des projets ayant des effets considérables sur l'aménagement du territoire et sur l'environnement présuppose qu'un plan sectoriel conforme à la loi du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire¹² ait été établi.

Art. 95b Droit d'expropriation et droit applicable

¹ Le droit d'acquérir des biens-fonds pour des constructions et des installations destinées à héberger des requérants d'asile ou à exécuter des procédures d'asile ou de constituer à cet effet des droits réels sur des biens-fonds appartient au DFJP. Ce dernier peut, au besoin, procéder à l'expropriation.

² La procédure d'approbation des plans est régie par la présente loi et, subsidiairement, par la loi fédérale du 20 juin 1930 sur l'expropriation (LEx)¹³.

Titre précédant l'art. 95c

Section 2 Procédure d'approbation des plans

Art. 95c Ouverture de la procédure ordinaire d'approbation des plans

La demande d'approbation des plans doit être adressée avec les documents requis à l'autorité chargée de l'approbation des plans. Cette dernière vérifie si le dossier est complet et, au besoin, le fait compléter.

¹² RS 700

¹³ RS 711

Art. 95d Piquetage

¹ Avant la mise à l'enquête de la demande, le requérant doit marquer sur le terrain par un piquetage, et pour les bâtiments par des gabarits, les modifications requises par la construction ou l'installation projetée.

² Les objections émises contre le piquetage ou la pose de gabarits doivent être adressées sans retard à l'autorité chargée de l'approbation des plans, mais au plus tard à l'expiration du délai de mise à l'enquête.

Art. 95e Consultation, publication et mise à l'enquête

¹ L'autorité chargée de l'approbation des plans transmet la demande aux cantons et communes concernés afin qu'ils prennent position. La procédure de consultation complète dure trois mois. Si la situation le justifie, ce délai peut exceptionnellement être prolongé.

² La demande doit être publiée dans les organes officiels des cantons et des communes concernés ainsi que dans la Feuille fédérale et mise à l'enquête pendant 30 jours.

³ La mise à l'enquête institue le ban d'expropriation visé aux art. 42 à 44 LEx¹⁴.

Art. 95f Avis personnel

Le requérant adresse aux intéressés, au plus tard lors de la mise à l'enquête de la demande, un avis personnel les informant des droits à exproprier, conformément à l'art. 31 LEx¹⁵.

Art. 95g Opposition

¹ Quiconque a qualité de partie en vertu de la PA¹⁶ ou de la LEx¹⁷ peut faire opposition pendant le délai de mise à l'enquête. Toute personne qui n'a pas fait opposition est exclue de la suite de la procédure.

² Toutes les objections en matière d'expropriation et les demandes d'indemnité ou de réparation en nature doivent être déposées dans le délai de mise à l'enquête. Les oppositions et les demandes déposées ultérieurement en vertu des art. 39 à 41 LEx doivent être adressées à l'autorité chargée de l'approbation des plans.

³ Les communes font valoir leurs intérêts par voie d'opposition.

Art. 95h Elimination des divergences au sein de l'administration fédérale

La procédure d'élimination des divergences au sein de l'administration fédérale est régie par l'art. 62b de la loi du 21 mars 1997 sur l'organisation du gouvernement et de l'administration¹⁸.

¹⁴ RS 711

¹⁵ RS 711

¹⁶ RS 172.021

¹⁷ RS 711

¹⁸ RS 172.010

Art. 95i Durée de validité

¹ Lorsqu'elle approuve les plans, l'autorité compétente statue également sur les oppositions en matière d'expropriation.

² L'approbation des plans est caduque si la réalisation du projet de construction n'a pas commencé dans les cinq ans qui suivent l'entrée en force de la décision.

³ Si des raisons majeures le justifient, l'autorité chargée de l'approbation des plans peut prolonger la durée de validité de sa décision de trois ans au plus. Toute prolongation est exclue si les conditions déterminantes de fait ou de droit ont changé sensiblement depuis l'entrée en force de la décision.

Art. 95j Procédure simplifiée d'approbation des plans

¹ La procédure simplifiée d'approbation des plans s'applique:

- a. aux projets qui affectent un espace limité et ne concernent qu'un ensemble restreint et bien défini de personnes;
- b. aux constructions et installations dont la modification ou la réaffectation n'altère pas sensiblement l'aspect extérieur du site, n'affecte pas les intérêts dignes de protection de tiers et n'a que des effets minimes sur l'aménagement du territoire et sur l'environnement;
- c. aux constructions et installations qui seront démontées après trois ans au plus.

² La procédure simplifiée s'applique aux plans de détail élaborés sur la base d'un projet déjà approuvé.

³ L'autorité chargée de l'approbation des plans peut ordonner le piquetage. La demande n'est ni publiée, ni mise à l'enquête. L'autorité chargée de l'approbation des plans soumet le projet aux intéressés, qui peuvent faire opposition dans un délai de 30 jours, sauf s'ils ont donné auparavant leur accord écrit. Elle peut solliciter l'avis des cantons et des communes. Elle leur accorde un délai raisonnable pour se prononcer.

⁴ Au surplus, la procédure ordinaire est applicable. En cas de doute, cette dernière est appliquée.

*Titre précédant l'art. 95k***Section 3 Procédure d'estimation; envoi en possession anticipé***Art. 95k*

¹ Après clôture de la procédure d'approbation des plans, une procédure d'estimation est ouverte, au besoin, devant la commission d'estimation, conformément à la LEx¹⁹. Seules les prétentions qui ont été produites sont prises en considération.

¹⁹ RS 711

² L'autorité chargée de l'approbation des plans transmet au président de la commission d'estimation les plans approuvés, le plan d'expropriation, le tableau des droits expropriés ainsi que les prétentions qui ont été produites.

³ Le président de la commission d'estimation peut autoriser l'envoi en possession anticipé lorsque la décision d'approbation des plans est exécutoire. L'expropriant est présumé subir un préjudice sérieux s'il ne bénéficie pas de l'entrée en possession anticipée. Au surplus, l'art. 76 LEx est applicable.

Titre précédant l'art. 95l

Section 4 Procédure de recours

Art. 95l

¹ La procédure de recours est régie par les dispositions générales de la procédure fédérale.

² Les cantons et les communes concernés ont qualité pour recourir.

Titre précédant l'art. 99a

Section 1a

Système d'information des centres de la Confédération et des logements dans les aéroports

Art. 99a, al. 3, let. b

³ Il contient les données personnelles suivantes:

- b. les procès-verbaux des auditions sommaires effectuées dans les centres de la Confédération et dans les aéroports conformément aux art. 22, al. 1, et 26, al. 3;

Art. 99b, let. d

Ont accès au MIDES, pour autant que cela soit nécessaire à l'exécution de leurs tâches:

- d. les collaborateurs des centres cantonaux ou communaux visés à l'art. 24d chargés de l'hébergement et de l'encadrement des requérants d'asile.

Titre précédant l'art. 102f

Chapitre 8

Voies de droit, procédure de recours, réexamen et demandes multiples

Section 1 Voies de droit dans les centres de la Confédération

Art. 102f Principe

¹ Le requérant dont la demande est traitée dans un centre de la Confédération a droit à un conseil et à une représentation juridique gratuits.

² Le SEM mandate un ou plusieurs prestataires pour remplir les tâches visées à l'al. 1.

Art. 102g Conseil concernant la procédure d'asile

¹ Durant son séjour dans un centre de la Confédération, le requérant bénéficie d'un conseil concernant la procédure d'asile.

² Ce conseil comprend notamment les informations fournies au requérant sur ses droits et ses obligations durant la procédure d'asile.

Art. 102h Représentation juridique

¹ Dès le début de la phase préparatoire et pour la suite de la procédure d'asile, le requérant se voit attribuer un représentant juridique, à moins qu'il y renonce explicitement.

² Le représentant juridique désigné informe dès que possible le requérant sur ses chances de succès dans la procédure d'asile.

³ La représentation juridique est assurée jusqu'à l'entrée en force de la décision en cas de procédure accélérée ou de procédure Dublin, ou jusqu'à ce qu'il soit décidé de mener une procédure étendue. L'art. 102l est réservé.

⁴ La représentation juridique prend fin lorsque le représentant juridique désigné communique au requérant qu'il n'est pas disposé à déposer un recours parce que celui-ci serait voué à l'échec. Cette communication doit intervenir aussi rapidement que possible après la notification de la décision de rejet de la demande d'asile.

⁵ Les tâches du représentant juridique sont régies par l'art. 102k.

Art. 102i Tâches du prestataire

¹ Le prestataire visé à l'art. 102f, al. 2, est en particulier responsable d'assurer, d'organiser et de mettre en œuvre le conseil et la représentation juridique au sein des centres de la Confédération. Il veille à la qualité du conseil et de la représentation juridique.

² Le prestataire désigne les personnes chargées d'assumer le conseil et la représentation juridique. Il attribue les représentants juridiques aux requérants.

³ Sont habilitées à fournir un conseil les personnes qui, à titre professionnel, conseillent des requérants d'asile.

⁴ Sont habilités à exercer la fonction de représentation juridique d'un requérant les avocats. Sont également habilités les titulaires d'un diplôme universitaire en droit qui, à titre professionnel, conseillent et représentent des requérants d'asile.

⁵ Le prestataire et le SEM procèdent à un échange d'informations régulier, en vue notamment de coordonner les tâches et d'assurer la qualité.

Art. 102j Participation du représentant juridique

¹ Le SEM informe le prestataire des dates du premier entretien effectué dans la phase préparatoire, de l'audition sur les motifs d'asile et des autres étapes de la procédure pour lesquelles la participation du représentant juridique est requise. Ces dates sont ensuite communiquées sans délai au représentant juridique par le prestataire.

² Lorsque les échéances sont communiquées à temps, les actes du SEM déploient leur plein effet juridique même sans la présence ni la participation d'un représentant juridique. Sont réservés les empêchements à court terme pour raisons graves et excusables.

³ Si le représentant juridique ne donne pas d'avis sur le projet de décision négative, ou le donne en dehors des délais impartis, bien que le prestataire lui ait transmis ce projet en temps utile, il est réputé avoir renoncé à prendre position.

Art. 102k Indemnité pour le conseil et la représentation juridique

¹ La Confédération verse au prestataire, sur la base d'une convention et pour des solutions financièrement avantageuses, une indemnité pour l'accomplissement, notamment, des tâches suivantes:

- a. information et conseil aux requérants;
- b. participation du représentant juridique au premier entretien effectué dans la phase préparatoire et à l'audition sur les motifs d'asile;
- c. prise de position sur le projet de décision négative dans la procédure accélérée;
- d. représentation juridique lors de la procédure de recours, en particulier par la rédaction d'un mémoire de recours;
- e. défense des intérêts de requérants d'asile mineurs non accompagnés en qualité de personne de confiance dans les centres de la Confédération et à l'aéroport.
- f. en cas de passage à la procédure étendue, information par le représentant juridique désigné au bureau de conseil juridique sur l'état actuel de la procédure, ou maintien du mandat de représentation en présence d'étapes de procédure déterminantes pour la décision visées à l'art 102l.

² L'indemnité inclut une contribution aux frais administratifs ainsi qu'aux charges du personnel du prestataire, en particulier pour l'organisation du conseil et de la représentation juridique, ainsi qu'une contribution pour le recours à des interprètes indépendants. L'indemnité est fixée forfaitairement. A titre exceptionnel, les contributions peuvent être fixées selon la dépense, en particulier pour l'indemnisation de coûts uniques.

Titre précédant l'art. 102l

Section 1a

Conseil et représentation juridique dans la procédure étendue après l'attribution à un canton

Art. 102l

¹ Après l'attribution à un canton, le requérant d'asile peut s'adresser gratuitement au représentant juridique désigné ou à un bureau de conseil juridique pour les étapes de la procédure de première instance déterminantes pour la décision, en particulier si une audition supplémentaire sur les motifs d'asile doit avoir lieu.

² La Confédération verse aux bureaux de conseil juridique, sur la base d'une convention et pour des solutions financièrement avantageuses, une indemnité pour les activités visées à l'al. 1. Cette indemnité est fixée forfaitairement. A titre exceptionnel, les contributions peuvent être fixées selon la dépense, en particulier pour l'indemnisation de coûts uniques.

³ Le Conseil fédéral fixe les conditions applicables à l'agrément des bureaux de conseil juridique et définit les étapes de la procédure déterminantes pour la décision au sens de l'al. 1.

Titre précédant l'art. 102m

Section 1b Assistance judiciaire gratuite

Art. 102m

¹ Sur demande du requérant qui a été dispensé de payer les frais de procédure, le Tribunal administratif fédéral désigne un mandataire d'office exclusivement dans les cas de recours:

- a. contre des décisions de non-entrée en matière et des décisions négatives assorties d'une décision de renvoi, prises en vertu des art. 31a et 44 dans le cadre de la procédure étendue;
- b. contre des décisions concernant la révocation et l'extinction de l'asile prises en vertu des art. 63 et 64;
- c. contre des décisions de levée de l'admission provisoire de personnes relevant du domaine de l'asile prises en vertu de l'art. 84, al. 2 et 3, LETR²⁰;

²⁰ RS 142.20

d. contre des décisions en matière d'octroi de la protection provisoire prises en vertu du chapitre 4.

² Font exception les recours visés à l'al. 1, lorsqu'ils sont formés dans le cadre de procédures de réexamen, de procédures de révision ou de demandes multiples. Dans ces cas-ci et dans les cas autres que ceux visés à l'al. 1, l'art. 65, al. 2, PA²¹ est applicable.

³ Dans le cas de recours déposés conformément à la présente loi, les titulaires d'un diplôme universitaire en droit qui, à titre professionnel, conseillent et représentent des requérants d'asile, sont également habilités à fournir l'assistance judiciaire.

⁴ Les al. 1 à 3 s'appliquent également aux personnes dont la demande a fait l'objet d'une décision dans une procédure accélérée et qui renoncent à une représentation juridique au sens de l'art. 102*h*. Il en va de même lorsque le représentant juridique désigné dans la procédure accélérée renonce à déposer un recours (art. 102*h*, al. 4).

Titre précédant l'art. 103

Section 1c Procédure de recours au niveau cantonal

Art. 108 Délais de recours

¹ Dans la procédure accélérée, le délai de recours, qui commence à courir dès la notification de la décision, est de sept jours ouvrables pour les décisions prises en vertu de l'art. 31*a*, al. 4, et de cinq jours pour les décisions incidentes.

² Dans la procédure étendue, le délai de recours, qui commence à courir dès la notification de la décision, est de 30 jours pour les décisions prises en vertu de l'art. 31*a*, al. 4, et de dix jours pour les décisions incidentes.

³ Le délai de recours contre les décisions de non-entrée en matière et contre les décisions visées aux art. 23, al. 1, et 40 en relation avec l'art. 6*a*, al. 2, let. a, est de cinq jours ouvrables à compter de la notification de la décision.

⁴ Le refus de l'entrée en Suisse prononcé en vertu de l'art. 22, al. 2, peut faire l'objet d'un recours tant que la décision prise en vertu de l'art. 23, al. 1, n'a pas été notifiée.

⁵ L'examen de la légalité et de l'adéquation de l'assignation d'un lieu de séjour à l'aéroport ou dans un autre lieu approprié conformément à l'art. 22, al. 3 et 4, peut être demandé en tout temps au moyen d'un recours.

⁶ Dans les autres cas, le délai de recours est de 30 jours à compter de la notification de la décision.

⁷ Toute pièce transmise par télécopie est considérée comme ayant été valablement déposée si elle parvient au Tribunal administratif fédéral dans les délais et que le recours est régularisé par l'envoi de l'original signé, conformément aux règles prévues à l'art. 52, al. 2 et 3, PA²².

²¹ RS 172.021

²² RS 172.021

Art. 109 Délais de traitement des recours

¹ En procédure accélérée, le Tribunal administratif fédéral statue dans les 20 jours sur les recours déposés contre des décisions prises en vertu de l'art. 31a, al. 4.

² En procédure étendue, il statue dans un délai de 30 jours sur les recours déposés contre des décisions prises en vertu de l'art. 31a, al. 4.

³ Il statue dans un délai de cinq jours ouvrables sur les recours déposés contre les décisions de non-entrée en matière et contre les décisions visées aux art. 23, al. 1, et 40 en relation avec l'art. 6a, al. 2, let. a.

⁴ Les délais visés aux al. 1 et 3 peuvent être dépassés de quelques jours pour de justes motifs.

⁵ Le Tribunal administratif fédéral statue sans délai et en l'état du dossier sur les recours déposés contre les décisions prises en vertu de l'art. 22, al. 2 à 3 et 4.

⁶ Dans les autres cas, il statue sur les recours dans un délai de 20 jours.

⁷ Il statue en priorité et sans délai lorsque le requérant est détenu aux fins d'extradition sur la base d'une demande adressée par l'Etat contre lequel il cherche à se protéger en Suisse.

Art. 110, al. 1, 3 et 4

¹ Le délai supplémentaire accordé pour régulariser un recours est de sept jours; il est de trois jours pour un recours déposé contre une décision de non-entrée en matière, contre une décision rendue en vertu des art. 23, al. 1, et 40 en relation avec l'art. 6a, al. 2, let. a, ou contre une décision visée à l'art. 111b.

³ Le délai visé à l'al. 2 peut être prolongé si le recourant ou son mandataire ont été empêchés d'agir dans le délai imparti, notamment pour cause de maladie ou d'accident.

⁴ Le délai est de deux jours ouvrables au plus pour les procédures concernant le refus de l'entrée en Suisse et l'assignation d'un lieu de séjour dans le cadre de la procédure à l'aéroport prévue à l'art. 22, al. 2 à 3 et 4.

Art. 110a

Abrogé

Art. 111, let. d

Abrogée

Art. 111a^{bis} Mesures d'instruction et notification orale du jugement

¹ Dans la procédure de recours contre des décisions d'asile visées à l'art. 31a de la présente loi qui ont été prises dans le cadre d'une procédure accélérée ou d'une procédure Dublin, le Tribunal administratif fédéral peut entreprendre des mesures d'instruction au sens de l'art. 39, al. 2, de la loi du 17 juin 2005 sur le Tribunal

administratif fédéral²³ dans les centres de la Confédération lorsque ces mesures lui permettent de statuer plus rapidement sur le recours.

² Le jugement peut être notifié oralement. La notification orale et la motivation sommaire doivent être consignées dans un procès-verbal.

³ Les parties peuvent exiger une expédition complète du jugement dans les cinq jours qui suivent sa notification orale. Cette démarche ne suspend pas le caractère exécutoire du jugement.

Art. 111a^{ter} Dépens

Aucune indemnité n'est allouée aux parties dans les procédures de recours contre des décisions d'asile prises conformément à l'art. 31a dans le cadre d'une procédure accélérée ou d'une procédure Dublin. Si le requérant a renoncé à se voir attribuer un représentant juridique au sens de l'art. 102h, ou lorsque le représentant juridique désigné a renoncé à déposer un recours (art. 102h, al. 4), les dispositions générales de la procédure fédérale sont applicables.

Art. 111b, al. 1

¹ La demande de réexamen dûment motivée est déposée par écrit auprès du SEM dans les 30 jours qui suivent la découverte du motif de réexamen. Il n'y a pas de phase préparatoire.

Art. 111c, al. 1

¹ La demande d'asile formée dans les cinq ans suivant l'entrée en force d'une décision d'asile et de renvoi est déposée par écrit et dûment motivée. Il n'y a pas de phase préparatoire. Les motifs de non-entrée en matière visés à l'art. 31a, al. 1 à 3, sont applicables.

II

La modification d'autres actes est réglée en annexe.

III

Dispositions transitoires de la modification du 25 septembre 2015

¹ Les procédures pendantes à l'entrée en vigueur de la modification du 25 septembre 2015 sont régies par l'ancien droit. L'al. 2 est réservé.

² Les procédures accélérées et les procédures Dublin pendantes à l'entrée en vigueur de la présente modification et menées en application des dispositions d'exécution de l'art. 112b, al. 2 et 3, dans sa teneur selon le ch. I de la modification du 28 septembre 2012²⁴ de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile (Modifications urgentes de la loi sur

²³ RS 173.32

²⁴ RO 2012 5359; RO 2015 2047

l'asile), sont régies par le droit qui leur était applicable avant l'entrée en vigueur de la présente modification.

³ Les demandes d'asile qui ne peuvent pas être traitées dans un centre de la Confédération sont régies par l'ancien droit pendant deux ans au plus. Celles qui sont encore pendantes à l'échéance de ce délai sont régies par l'ancien droit jusqu'à la clôture de la procédure.

⁴ Les procédures d'approbation des plans en vue de l'édification de nouvelles constructions et installations peuvent être poursuivies jusqu'à leur clôture lorsque la demande d'approbation a été déposée durant la période de validité de l'art. 95a, al. 1, let. a.

⁵ Les procédures d'autorisation pendantes en première instance à l'entrée en vigueur de la modification du 25 septembre 2015 qui portent sur l'édification de nouvelles constructions et installations servant à la Confédération pour l'hébergement de requérants ou l'exécution de procédures d'asile, sont soumises aux dispositions du chapitre 6a.

IV

Coordination avec la modification du 20 mars 2015 du code pénal et du code pénal militaire (mise en œuvre de l'art. 121, al. 3 à 6, Cst. relatif au renvoi des étrangers criminels)

Quel que soit l'ordre dans lequel la présente modification ou la modification du 20 mars 2015²⁵ du CP²⁶ et du CPM²⁷ entrent en vigueur, à l'entrée en vigueur de la seconde de ces modifications ou à leur entrée en vigueur simultanée, les dispositions énumérées par la suite auront la teneur suivante:

1. Loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers²⁸

Art. 76, al. 1, phrase introductive

¹ Après notification d'une décision de première instance de renvoi ou d'expulsion au sens de la présente loi ou une décision de première instance d'expulsion au sens des art. 66a ou 66a^{bis} CP²⁹ ou 49a ou 49a^{bis} CPM³⁰, l'autorité compétente peut, afin d'en assurer l'exécution, prendre les mesures ci-après:

²⁵ FF 2015 2521

²⁶ RS 311.0

²⁷ RS 321.0

²⁸ RS 142.20

²⁹ RS 311.0

³⁰ RS 321.0

Art. 86, al. 1

¹ Les cantons règlent la fixation et le versement de l'aide sociale et de l'aide d'urgence destinées aux personnes admises provisoirement. Les art. 80a à 84 LAsi³¹ concernant les requérants d'asile sont applicables. L'aide octroyée aux requérants, en particulier aux personnes admises provisoirement, doit être fournie dans la mesure du possible sous la forme de prestations en nature. Elle est inférieure à celle accordée aux personnes résidant en Suisse. En ce qui concerne l'aide sociale, les réfugiés admis provisoirement et les réfugiés sous le coup d'une expulsion entrée en force au sens des art. 66a ou 66a^{bis} CP³² ou 49a ou 49a^{bis} CPM³³ sont soumis aux mêmes dispositions que les réfugiés auxquels la Suisse a accordé l'asile.

2. Loi du 26 juin 1998 sur l'asile³⁴*Art. 37, al. 4 et 6*

⁴ Dans une procédure étendue (art. 26d), la décision est prise dans les deux mois qui suivent la fin de la phase préparatoire.

⁶ Le SEM statue en priorité et sans délai lorsque le requérant est détenu aux fins d'extradition sur la base d'une demande adressée par l'Etat contre lequel il cherche à se protéger en Suisse. Cela vaut aussi lorsqu'il est sous le coup d'une expulsion au sens des art. 66a ou 66a^{bis} du code pénal (CP)³⁵ ou 49a ou 49a^{bis} du code pénal militaire du 13 juin 1927 (CPM)³⁶.

Art. 109, al. 5 et 7

⁵ Le Tribunal administratif fédéral statue sans délai et en l'état du dossier sur les recours déposés contre les décisions prises en vertu de l'art. 22, al. 2 à 3 et 4.

⁷ Il statue en priorité et sans délai lorsque le requérant est détenu aux fins d'extradition sur la base d'une demande adressée par l'Etat contre lequel il cherche à se protéger en Suisse. Cela vaut aussi lorsqu'il est sous le coup d'une expulsion au sens des art. 66a ou 66a^{bis} CP³⁷ ou 49a ou 49a^{bis} CPM³⁸.

31 RS 142.31
 32 RS 311.0
 33 RS 321.0
 34 RS 142.31
 35 RS 311.0
 36 RS 321.0
 37 RS 311.0
 38 RS 321.0

V

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

³ L'art. 95a, al. 1, let. a, a effet pendant dix ans à compter de son entrée en vigueur.

Conseil des Etats, 25 septembre 2015

Le président: Claude Hêche

La secrétaire: Martina Buol

Conseil national, 25 septembre 2015

Le président: Stéphane Rossini

Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Date de publication: 6 octobre 2015³⁹

Délai référendaire: 14 janvier 2016

³⁹ FF 2015 6567

Modification d'autres actes

Les actes mentionnés ci-après sont modifiés comme suit:

1. Loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers⁴⁰

Art. 31, al. 3

Abrogé

Art. 71b Transmission de données médicales aux fins d'évaluation
de l'aptitude au transport

¹ Les professionnels de la santé compétents transmettent aux autorités ci-après, à leur demande, les données médicales nécessaires à l'évaluation de l'aptitude au transport des personnes frappées d'une décision de renvoi ou d'expulsion entrée en force, pour autant que les autorités concernées en aient besoin pour accomplir leurs tâches légales:

- a. les services cantonaux compétents pour exécuter les renvois ou les expulsions;
- b. les collaborateurs du SEM chargés de l'organisation centralisée et de la coordination de l'exécution des renvois et des expulsions sous contrainte;
- c. les professionnels de la santé mandatés par le SEM pour assurer, lors du départ, la surveillance médicale en vue de l'exécution d'un renvoi ou d'une expulsion.

² Le Conseil fédéral règle les modalités de conservation et d'effacement de ces données.

Art. 74, al. 1^{bis} et 2

^{1bis} L'autorité cantonale compétente enjoint à un étranger qui est hébergé dans un centre spécifique en vertu de l'art. 24a LAsi⁴¹ de ne pas quitter le territoire qui lui est assigné ou de ne pas pénétrer dans une région déterminée.

² La compétence d'ordonner ces mesures incombe au canton qui exécute le renvoi ou l'expulsion. S'agissant de personnes séjournant dans un centre de la Confédération, cette compétence ressortit au canton sur le territoire duquel se trouve le centre. L'interdiction de pénétrer dans une région déterminée peut aussi être prononcée par le canton dans lequel est située cette région.

⁴⁰ RS 142.20

⁴¹ RS 142.31

Art. 76, al. 1, let. b, ch. 3 et 5

¹ Lorsqu'une décision de renvoi ou d'expulsion de première instance a été notifiée, l'autorité compétente peut, afin d'en assurer l'exécution, prendre les mesures ci-après:

- b. mettre en détention la personne concernée:
 - 3. si des éléments concrets font craindre que la personne concernée entend se soustraire au renvoi ou à l'expulsion, en particulier parce qu'elle ne se soumet pas à son obligation de collaborer en vertu de l'art. 90 de la présente loi ou de l'art. 8, al. 1, let. a, ou al. 4, LAsi⁴²,
 - 5. si la décision de renvoi est notifiée dans un centre de la Confédération et que l'exécution du renvoi est imminente.

Art. 80, al. 1, 1^{bis} et 2^{bis}

¹ La détention est ordonnée par les autorités du canton qui exécute le renvoi ou l'expulsion. S'agissant de personnes séjournant dans un centre de la Confédération, la compétence d'ordonner une détention en phase préparatoire (art. 75) ressortit au canton sur le territoire duquel se trouve le centre.

^{1^{bis}} Dans les cas prévus à l'art. 76, al. 1, let. b, ch. 5, la détention est ordonnée par le canton sur le territoire duquel se trouve le centre concerné; si, en vertu de la troisième phrase de l'art. 46, al. 1^{bis}, LAsi⁴³, le canton désigné pour exécuter le renvoi n'est pas celui sur le territoire duquel se trouve le centre, ce canton a également compétence d'ordonner la détention.

^{2^{bis}} En cas de détention au sens de l'art. 76, al. 1, let. b, ch. 5, la légalité et l'adéquation de la détention sont examinées, sur demande de la personne détenue, par une autorité judiciaire au terme d'une procédure écrite. Cet examen peut être demandé à tout moment.

Art. 80a, al. 1, let. a, 2 et 3

¹ La compétence d'ordonner une détention au sens de l'art. 76a ressortit:

- a. s'agissant d'une personne qui séjourne dans un centre de la Confédération: au canton sur le territoire duquel se situe le centre de la Confédération;

² *Abrogé*

³ La légalité et l'adéquation de la détention sont examinées, sur demande de la personne détenue, par une autorité judiciaire au terme d'une procédure écrite. Cet examen peut être demandé à tout moment.

⁴² RS 142.31

⁴³ RS 142.31

Art. 86, al. 1

¹ Les cantons règlent la fixation et le versement de l'aide sociale et de l'aide d'urgence destinées aux personnes admises provisoirement. Les art. 80a à 84 LAsi⁴⁴ concernant les requérants d'asile sont applicables. L'aide octroyée aux requérants, en particulier aux personnes admises provisoirement, doit être fournie dans la mesure du possible sous la forme de prestations en nature. Elle est inférieure à celle accordée aux personnes résidant en Suisse. En ce qui concerne l'aide sociale, les réfugiés admis provisoirement sont soumis aux mêmes dispositions que les réfugiés auxquels la Suisse a accordé l'asile.

Art. 87, al. 1, let. b et d, al. 3 et 4

¹ La Confédération verse aux cantons:

- b. pour chaque réfugié admis provisoirement et pour chaque apatride visé à l'art. 31, al. 2, une indemnité forfaitaire au sens des art. 88, al. 3, et 89 LAsi;
- d. pour chaque apatride visé à l'art. 31, al. 1, une indemnité forfaitaire au sens des art. 88, al. 3, et 89 LAsi.

³ Les indemnités forfaitaires visées à l'al. 1, let. a et b, sont versées au plus pendant sept ans à compter de l'entrée en Suisse.

⁴ Les indemnités forfaitaires visées à l'al. 1, let. d, sont versées au plus pendant cinq ans à compter de la reconnaissance de l'apatridie.

Art. 126d Dispositions transitoires relatives à la modification de la LAsi
du 25 septembre 2015

¹ Pour les requérants d'asile dont la demande d'asile ne peut pas être traitée dans un centre de la Confédération, l'ancien droit est applicable pendant deux ans au plus.

² Les procédures pendantes selon les art. 76, al. 1, let. b, ch. 5, et 76a, al. 3, sont régies par l'art. 80, al. 1, 3^e phrase, et al. 2^{bis}, par l'art. 80a, al. 1 et 2, de la présente loi ainsi que par les art. 108, al. 4, 109, al. 3, 110, al. 4, let. b, et 111, let. d, LAsi⁴⁵, dans leur ancienne teneur.

⁴⁴ RS 142.31

⁴⁵ RS 142.31

2. Loi fédérale du 20 juin 2003 sur le système d'information commun aux domaines des étrangers et de l'asile⁴⁶

Art. 1, al. 2

² Les art. 101, 102, 103, 104 à 107, 110 et 111a à 111i de loi fédérale du 16 décembre 2005 sur les étrangers (LEtr)⁴⁷, les art. 96 à 99, 102 à 102a^{bis} et 102b à 102e de loi du 26 juin 1998 sur l'asile (LAsi)⁴⁸, ainsi que l'art. 44 de la loi du 20 juin 2014 sur la nationalité (LN)⁴⁹ sont réservés.

3. Loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants⁵⁰

Art. 93bis Communication de données au Secrétariat d'Etat aux migrations

¹ La Centrale de compensation compare périodiquement les numéros AVS qui lui sont communiqués par le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) concernant des personnes relevant des domaines de l'asile et des étrangers pour lesquelles les cantons perçoivent des indemnités forfaitaires avec ceux des personnes pour lesquelles les montants inscrits dans les comptes individuels lui sont communiqués par les caisses de compensation.

² Si elle constate qu'une personne dont le numéro AVS lui a été communiqué par le SEM a réalisé un revenu provenant d'une activité lucrative, elle l'annonce d'office au SEM pour qu'il contrôle les indemnités forfaitaires versées et vérifie l'exactitude des décomptes de la taxe spéciale.

³ La Confédération verse une contribution forfaitaire pour indemniser proportionnellement la Centrale de compensation et les caisses de compensation en raison des dépenses entraînées par la comparaison, la communication et la gestion des données.

⁴⁶ RS 142.51

⁴⁷ RS 142.20

⁴⁸ RS 142.31

⁴⁹ RS 141.0

⁵⁰ RS 831.10

Termine di referendum: 14 gennaio 2016

Legge sull'asilo (LAsi)

Modifica del 25 settembre 2015

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,
visto il messaggio del Consiglio federale del 3 settembre 2014¹,
decreta:

I

La legge del 26 giugno 1998² sull'asilo è modificata come segue:

Sostituzione di un'espressione

In tutta la legge «centro di registrazione e procedura» e «centri di registrazione e procedura» sono sostituiti, con i necessari adeguamenti grammaticali, con «centro della Confederazione», rispettivamente «centri della Confederazione».

Art. 3 cpv. 3

³ Non sono rifugiati le persone che sono esposte a seri pregiudizi o hanno fondato timore di esservi esposte per aver rifiutato di prestare servizio militare o per aver disertato. È fatto salvo il rispetto della Convenzione del 28 luglio 1951³ sullo statuto dei rifugiati.

Art. 6 Norme procedurali

Le procedure sono rette dalla legge federale del 20 dicembre 1968⁴ sulla procedura amministrativa (PA), dalla legge del 17 giugno 2005⁵ sul Tribunale amministrativo federale e dalla legge del 17 giugno 2005⁶ sul Tribunale federale, in quanto la presente legge non preveda altrimenti.

Art. 6a cpv. 2, frase introduttiva

² Oltre agli Stati dell'UE e dell'AELS, il Consiglio federale designa:

- 1 FF **2014 6917**
- 2 RS **142.31**
- 3 RS **0.142.30**
- 4 RS **172.021**
- 5 RS **173.32**
- 6 RS **173.110**

Art. 8 cpv. 1 lett. b ed f, nonché 3bis

¹ Il richiedente l'asilo è tenuto a collaborare all'accertamento dei fatti. Deve in particolare:

- b. consegnare i documenti di viaggio e d'identità;
- f. sottoporsi a un esame medico ordinato dalla SEM (art. 26a).

^{3bis} Il richiedente che senza un valido motivo viola il suo obbligo di collaborare o non si tiene a disposizione delle autorità preposte all'asilo per più di 20 giorni rinuncia di fatto alla continuazione del procedimento. Lo stesso vale per il richiedente che senza un valido motivo non si tiene a disposizione delle autorità preposte all'asilo in un centro della Confederazione per più di cinque giorni. La domanda è stralciata in entrambi i casi senza formalità. Una nuova domanda può essere presentata al più presto dopo tre anni. È fatto salvo il rispetto della Convenzione del 28 luglio 1951⁷ sullo statuto dei rifugiati.

Art. 12 Notificazione e recapito in caso di soggiorno in un Cantone

¹ La notificazione di una decisione o il recapito di una comunicazione all'ultimo indirizzo del richiedente o a quello del suo procuratore conosciuto dalle autorità è giuridicamente efficace allo scadere del termine ordinario di ritiro di sette giorni anche se il richiedente o il suo procuratore ne ha conoscenza soltanto più tardi sulla base di una convenzione speciale con la Posta svizzera oppure nel caso in cui l'invio ritorni al mittente come non recapitabile.

² Se il richiedente è rappresentato da più procuratori senza che questi abbiano indicato un recapito comune, l'autorità notifica le decisioni o recapita le comunicazioni al procuratore designato per primo dal richiedente.

³ Ove giustificato, le decisioni possono essere notificate oralmente e motivate sommariamente. La notificazione orale e la relativa motivazione devono essere messe a verbale. Il richiedente o il suo procuratore ne riceve un estratto.

Art. 12a Notificazione e recapito nei centri della Confederazione

¹ Nei centri della Confederazione le decisioni sono notificate e le comunicazioni recapitate di persona. Se il richiedente l'asilo è entrato in clandestinità, la notificazione e il recapito sono effettuati secondo l'articolo 12.

² Se al richiedente l'asilo è stato assegnato un rappresentante legale, le decisioni sono notificate e le comunicazioni recapitate al fornitore di prestazioni incaricato della rappresentanza legale. Il giorno stesso della ricezione della decisione o della comunicazione, quest'ultimo informa il rappresentante legale designato.

³ Se al richiedente l'asilo non è stato assegnato alcun rappresentante legale, le decisioni sono notificate e le comunicazioni recapitate al richiedente stesso. Un procuratore designato dal richiedente l'asilo è informato senza indugio dell'avvenuta notificazione o dell'avvenuto recapito.

⁴ La notificazione orale e la motivazione sommaria sono disciplinate dall'articolo 12 capoverso 3.

Art. 13 Notificazione e recapito nell'ambito della procedura all'aeroporto e in casi urgenti

¹ Le autorità competenti possono notificare alla persona che presenta la domanda d'asilo alla frontiera o a un posto di controllo di un aeroporto svizzero (art. 21–23) anche decisioni firmate, trasmesse per telefax. La persona interessata deve confermarne il ricevimento per scritto; altrimenti l'autorità competente registra come avvenuta la consegna. Non è applicabile l'articolo 11 capoverso 3 PA⁸. La notificazione è comunicata al procuratore.

² Alla procedura all'aeroporto si applica per analogia l'articolo 12a.

³ In altri casi urgenti, la SEM può autorizzare un'autorità cantonale, una missione diplomatica svizzera o un posto consolare all'estero (rappresentanza svizzera) a notificare decisioni firmate trasmesse per telefax.

Art. 16 cpv. 1 e 3

¹ Le istanze alle autorità federali possono essere inoltrate in qualsivoglia lingua ufficiale svizzera. Il Consiglio federale può prevedere che le istanze di richiedenti l'asilo rappresentati da un procuratore siano depositate nei centri della Confederazione nella lingua ufficiale del Cantone d'ubicazione del centro.

³ La SEM può derogare alla disposizione di cui al capoverso 2 se:

- a. il richiedente l'asilo o il suo rappresentante legale parla un'altra lingua ufficiale;
- b. in considerazione del numero di domande presentate o della situazione a livello del personale, ciò è necessario per un disbrigo efficiente e tempestivo delle domande;
- c. il richiedente l'asilo è attribuito da un centro della Confederazione a un Cantone con un'altra lingua ufficiale.

Art. 17 cpv. 3 e 4

³ Per la durata della procedura gli interessi dei richiedenti l'asilo minorenni non accompagnati sono difesi:

- a. nei centri della Confederazione e all'aeroporto, dal rappresentante legale assegnato, in qualità di persona di fiducia; questi garantisce il coordinamento con le competenti autorità cantonali;
- b. dopo l'attribuzione a un Cantone, dalla persona di fiducia designata senza indugio dalle competenti autorità cantonali.

⁴ *Abrogato*

Art. 19 Deposito della domanda

¹ La domanda d'asilo deve essere depositata al posto di controllo di un aeroporto svizzero oppure, all'atto dell'entrata in Svizzera, presso un passaggio di frontiera aperto o in un centro della Confederazione. È fatto salvo l'articolo 24a capoverso 3.

^{1bis} Può depositare una domanda solo chi si trova alla frontiera svizzera o sul territorio svizzero.

*Art. 20**Abrogato**Art. 21 cpv. 1*

¹ Le autorità competenti assegnano a un centro della Confederazione le persone che presentano una domanda d'asilo alla frontiera o dopo l'intercettazione nei pressi della frontiera in occasione dell'entrata illegale o all'interno del Paese. È fatto salvo l'articolo 24a capoverso 3.

Art. 22 cpv. 3^{bis}, 4 e 6

^{3bis} Al richiedente l'asilo che presenta una domanda d'asilo in un aeroporto svizzero, la Confederazione garantisce una consulenza e una rappresentanza legale gratuite per analogia con gli articoli 102f-102k.

⁴ La decisione relativa al rifiuto dell'entrata e all'assegnazione di un luogo di soggiorno è notificata al richiedente, indicando i rimedi giuridici, entro due giorni dal deposito della domanda. Prima della decisione, al richiedente è concesso il diritto di essere sentito.

⁶ La SEM può in seguito attribuire il richiedente a un Cantone o a un centro della Confederazione. Negli altri casi, l'ulteriore procedura all'aeroporto è retta dagli articoli 23, 29, 36 e 37.

Art. 23 cpv. 2

² La decisione è notificata entro 20 giorni dalla presentazione della domanda. Se la procedura si protrae oltre tale periodo, la SEM attribuisce il richiedente a un Cantone o a un centro della Confederazione.

*Titolo prima dell'articolo 24***Sezione 2a: Centri della Confederazione***Art. 24* Centri della Confederazione

¹ La Confederazione istituisce centri gestiti dalla SEM. Al riguardo tiene conto dei principi dell'adeguatezza e dell'economicità.

² Coinvolge tempestivamente i Cantoni e i Comuni nell'istituzione dei centri.

³ I richiedenti l'asilo sono alloggiati in centri della Confederazione a partire dal deposito della domanda d'asilo:

- a. nella procedura celere, fino alla concessione dell'asilo, fino alla decisione d'ammissione provvisoria o fino alla partenza;
- b. nella procedura Dublino, fino alla partenza;
- c. nella procedura ampliata, fino all'attribuzione al Cantone.

⁴ Il soggiorno nei centri della Confederazione dura al massimo 140 giorni. Alla scadenza della durata massima del soggiorno il richiedente l'asilo è attribuito a un Cantone.

⁵ La durata massima può essere adeguatamente prolungata se ciò consente di concludere rapidamente la procedura d'asilo o di eseguire l'allontanamento. Il Consiglio federale stabilisce i dettagli relativi al prolungamento della durata massima di soggiorno nei centri della Confederazione.

⁶ L'attribuzione a un Cantone può essere decisa anche prima dello scadere della durata massima di soggiorno nei centri della Confederazione, in particolare in caso di aumento rapido e significativo delle domande d'asilo. La ripartizione e l'attribuzione sono rette dall'articolo 27.

Art. 24a Centri speciali

¹ I richiedenti l'asilo che compromettono considerevolmente la sicurezza e l'ordine pubblici o che con il loro comportamento disturbano considerevolmente l'esercizio e la sicurezza dei centri della Confederazione sono collocati in centri speciali istituiti e gestiti dalla SEM o dalle autorità cantonali. La collocazione in un centro speciale può essere accompagnata da un'assegnazione di un luogo di soggiorno o da un divieto di accedere a un dato territorio ai sensi dell'articolo 74 capoverso 1^{bis} LStr⁹; la procedura è retta dall'articolo 74 capoversi 2 e 3 LStr.

² Nei centri speciali possono, alle stesse condizioni, essere collocati richiedenti l'asilo attribuiti a un Cantone. La Confederazione e i Cantoni partecipano alle spese dei centri proporzionalmente all'uso che ne fanno.

³ Nei centri speciali si possono effettuare le stesse procedure svolte nei centri della Confederazione di cui all'articolo 24; è eccettuato il deposito di una domanda d'asilo.

⁴ Le domande d'asilo presentate da persone collocate nei centri speciali sono trattate prioritariamente ed eventuali decisioni di allontanamento eseguite prioritariamente.

Art. 24b Esercizio dei centri

¹ La SEM può incaricare terzi di svolgere compiti tesi a garantire l'esercizio dei centri della Confederazione. I terzi incaricati sottostanno allo stesso obbligo del segreto che vincola il personale della Confederazione.

⁹ RS 142.20

² Il Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) emana disposizioni al fine di assicurare una procedura rapida e un esercizio ordinato dei centri della Confederazione.

Art. 24c Utilizzo provvisorio di edifici e infrastrutture militari della Confederazione

¹ Se le esistenti strutture di alloggio non sono sufficienti, gli edifici e le infrastrutture militari della Confederazione possono essere utilizzati senza autorizzazione cantonale o comunale e senza procedura di approvazione dei piani per l'alloggio di richiedenti o per lo svolgimento di procedure d'asilo per al massimo tre anni, se il cambiamento di destinazione non richiede provvedimenti edilizi rilevanti e non avviene alcuna modifica essenziale in relazione all'occupazione dell'infrastruttura o dell'edificio.

² Non sono provvedimenti edilizi rilevanti ai sensi del capoverso 1 in particolare:

- a. i lavori usuali di manutenzione agli edifici e alle infrastrutture;
- b. le trasformazioni edilizie di esigua entità;
- c. le installazioni di importanza secondaria quali gli impianti sanitari o i raccordi idraulici ed elettrici;
- d. le costruzioni mobiliari.

³ Gli edifici o le infrastrutture di cui al capoverso 1 possono essere riutilizzati al più presto dopo un'interruzione di due anni, salvo che il Cantone e il Comune d'ubicazione accettino di rinunciare a un'interruzione; sono fatte salve le circostanze eccezionali di cui all'articolo 55.

⁴ Dopo averli consultati, la Confederazione annuncia il cambiamento di destinazione al Cantone e al Comune d'ubicazione al più tardi 60 giorni prima della messa in esercizio dell'alloggio.

Art. 24d Centri d'alloggio cantonali e comunali

¹ I richiedenti l'asilo possono essere alloggiati in centri gestiti da un Cantone o da un Comune se non sono disponibili posti sufficienti nei centri della Confederazione di cui all'articolo 24. Per l'alloggio nei centri comunali è necessario il consenso del Cantone d'ubicazione.

² Il Cantone o il Comune d'ubicazione:

- a. garantisce un alloggio, un'assistenza e un'occupazione adeguati;
- b. concede l'aiuto sociale o il soccorso d'emergenza;
- c. garantisce l'assistenza medica e l'istruzione scolastica di base per i bambini;
- d. adotta i provvedimenti di sicurezza necessari per garantire un esercizio ordinato.

³ Il Cantone o il Comune d'ubicazione può delegare a terzi l'adempimento di tutti o parte dei compiti di cui al capoverso 2.

⁴ La concessione dell'aiuto sociale e del soccorso d'emergenza è retta dal diritto cantonale.

⁵ Sulla base di un accordo, la Confederazione versa al Cantone o al Comune d'ubicazione sussidi federali per l'indennizzo delle spese amministrative, delle spese per il personale e di altre spese sostenute nell'adempimento dei compiti di cui al capoverso 2. L'indennizzo è fissato a titolo forfettario. Eccezionalmente, i sussidi possono essere fissati in funzione delle spese effettive, in particolare per l'indennizzo di spese uniche.

⁶ Le rimanenti disposizioni vigenti per i centri della Confederazione sono applicabili per analogia anche ai centri cantonali e comunali. Nei centri di cui al capoverso 1 si possono effettuare le stesse procedure svolte nei centri della Confederazione di cui all'articolo 24.

Art. 24e Misure complementari

La Confederazione e i Cantoni prendono provvedimenti al fine di poter reagire tempestivamente alle fluttuazioni del numero delle domande d'asilo con le necessarie risorse, in particolare per quanto concerne l'alloggio, il personale e il finanziamento, o con altre misure.

Art 25a

Abrogato

Art. 26 Fase preparatoria

¹ Con la presentazione della domanda d'asilo inizia la fase preparatoria. Questa dura al massimo dieci giorni nella procedura Dublino e al massimo 21 giorni nelle altre procedure.

² Durante la fase preparatoria la SEM rileva le generalità del richiedente e di norma allestisce schede dattiloscopiche e fotografie. Può rilevare altri dati biometrici, disporre una perizia volta ad accertare l'età (art. 17 cpv. 3^{bis}), verificare mezzi di prova, documenti di viaggio e d'identità, nonché svolgere accertamenti specifici sulla provenienza e sull'identità del richiedente.

³ La SEM informa il richiedente dei suoi diritti e doveri nella procedura d'asilo. Può interrogarlo sulla sua identità, sull'itinerario seguito e sommariamente sui motivi che lo hanno indotto a lasciare il suo Paese. La SEM può interrogare il richiedente su un eventuale traffico di migranti a scopo di lucro. Accerta con il richiedente se la domanda d'asilo è sufficientemente motivata. Se questa condizione non è adempiuta e il richiedente ritira la domanda, questa è stralciata senza formalità ed è avviata la procedura per il ritorno.

⁴ Durante la fase preparatoria sono effettuati il confronto dei dati secondo l'articolo 102a^{bis} capoversi 2–3 e la verifica delle impronte digitali secondo l'articolo 102a^{ter} capoverso 1 ed è presentata la domanda di presa o ripresa in carico al competente Stato vincolato da un Accordo di associazione alla normativa di Dublino.

⁵ La SEM può incaricare terzi di svolgere i compiti di cui al capoverso 2. I terzi incaricati sottostanno allo stesso obbligo del segreto che vincola il personale della Confederazione.

Art. 26a

Ex art. 26^{bis}

Art. 26b Procedura Dublino

La procedura in vista di una decisione di cui all'articolo 31a capoverso 1 lettera b ha inizio con la presentazione della domanda a uno Stato Dublino di prendere o riprendere in carico il richiedente l'asilo. Dura fino al trasferimento nello Stato Dublino competente o fino alla sua interruzione e alla decisione relativa allo svolgimento di una procedura celere o ampliata.

Art. 26c Procedura celere

Al termine della fase preparatoria inizia immediatamente la procedura celere con l'audizione sui motivi d'asilo o la concessione del diritto di essere sentiti secondo l'articolo 36. Il Consiglio federale stabilisce le singole fasi procedurali.

Art. 26d Procedura ampliata

Se dall'audizione del richiedente sui motivi d'asilo risulta che non è possibile pronunciare una decisione nel quadro della procedura celere, segnatamente perché sono necessari accertamenti supplementari, la domanda d'asilo è trattata nel quadro della procedura ampliata e il richiedente attribuito a un Cantone secondo l'articolo 27.

Art. 27, rubrica, cpv. 1^{bis} e 4

Ripartizione e attribuzione ai Cantoni

^{1bis} Nella ripartizione dei richiedenti l'asilo si tiene conto in modo adeguato delle prestazioni particolari fornite dai Cantoni in cui è ubicato un centro della Confederazione o un aeroporto.

⁴ Non sono attribuite ai Cantoni le persone per le quali è stata ordinata l'esecuzione dell'allontanamento e per le quali la decisione sull'asilo è passata in giudicato in un centro della Confederazione o la cui domanda d'asilo è stata stralciata in un centro della Confederazione.

Art. 29 Audizione sui motivi d'asilo

¹ La SEM procede all'audizione del richiedente sui motivi d'asilo; l'audizione si svolge nei centri della Confederazione.

^{1bis} Se necessario, la SEM fa capo a un interprete.

² Il richiedente può inoltre farsi accompagnare, a sue spese, da una persona e da un interprete di sua scelta che non siano essi stessi richiedenti l'asilo.

³ L'audizione è messa a verbale. Il verbale deve essere firmato dai partecipanti.

Art. 30

Abrogato

Art. 31a cpv. 4

⁴ Negli altri casi, la SEM respinge la domanda d'asilo se non è stata dimostrata o resa verosimile la qualità di rifugiato o se sussiste un motivo d'esclusione ai sensi degli articoli 53 e 54.

Art. 37 Termini procedurali di prima istanza

¹ Nella procedura Dublino (art. 26*b*) le decisioni devono essere notificate entro tre giorni lavorativi dall'approvazione da parte dello Stato Dublino interessato dalla domanda di trasferimento secondo gli articoli 21 e 23 del regolamento (UE) n. 604/2013¹⁰.

² Nella procedura celere (art. 26*c*) le decisioni devono essere notificate entro otto giorni lavorativi dalla conclusione della fase preparatoria.

³ Se sussistono motivi validi e qualora si possa prevedere che la decisione sarà presa nel centro della Confederazione, i termini di cui ai capoversi 1 e 2 possono essere superati di alcuni giorni.

⁴ Nella procedura ampliata (art. 26*d*) le decisioni devono essere prese entro due mesi dalla conclusione della fase preparatoria.

⁵ Nei casi rimanenti le decisioni di non entrata nel merito devono essere prese entro cinque giorni lavorativi e le altre decisioni entro dieci giorni lavorativi dal deposito della domanda.

⁶ Se il richiedente è incarcerato in vista d'extradizione su richiesta dello Stato da cui cerca protezione in Svizzera, la SEM decide senza indugio e in via prioritaria.

Art. 43 cpv. 1 e 4

¹ Durante il soggiorno nei centri della Confederazione i richiedenti non hanno il diritto di esercitare un'attività lucrativa.

⁴ I richiedenti autorizzati a esercitare un'attività lucrativa conformemente alle disposizioni di polizia degli stranieri o che partecipano a programmi d'occupazione non sottostanno al divieto di lavorare.

¹⁰ Regolamento (UE) n. 604/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio, del 26 giugno 2013, che stabilisce i criteri e i meccanismi di determinazione dello Stato membro competente per l'esame di una domanda di protezione internazionale presentata in uno degli Stati membri da un cittadino di un paese terzo o da un apolide (rifusione), GU L 180 del 29.6.2013, pag. 31.

Art. 45 cpv. 1 lett. c, 2 e 2^{bis}

¹ La decisione d'allontanamento indica:

c. i mezzi coercitivi;

² Con la decisione d'allontanamento è impartito un termine di partenza adeguato, compreso tra sette e 30 giorni. Nel caso di decisioni prese nella procedura celere, il termine di partenza è di sette giorni. Nella procedura ampliata il termine è compreso tra sette e 30 giorni.

^{2^{bis}} Se circostanze particolari quali la situazione familiare, problemi di salute o la lunga durata del soggiorno lo esigono, è impartito un termine di partenza più lungo o è prorogato il termine di partenza inizialmente impartito.

Art. 46 cpv. 1^{bis}, 1^{ter}, 2 e 3

^{1^{bis}} Durante il soggiorno di un richiedente l'asilo in un centro della Confederazione l'esecuzione dell'allontanamento compete al Cantone d'ubicazione. Per le persone di cui all'articolo 27 capoverso 4 l'esecuzione dell'allontanamento compete al Cantone d'ubicazione anche dopo il loro soggiorno in un centro della Confederazione. Il Consiglio federale può prevedere che a causa di circostanze particolari sia competente un Cantone diverso da quello d'ubicazione.

^{1^{ter}} In caso di domanda multipla ai sensi dell'articolo 111c, l'esecuzione dell'allontanamento e la concessione del soccorso d'emergenza spettano al Cantone competente per la precedente procedura d'asilo e d'allontanamento.

² Se per ragioni tecniche l'allontanamento non può essere eseguito, il Cantone domanda alla SEM di ordinare l'ammissione provvisoria.

³ La SEM vigila sull'esecuzione e allestisce congiuntamente ai Cantoni un monitoraggio dell'esecuzione dell'allontanamento.

Art. 52 cpv. 2

Abrogato

Art. 68 cpv. 3

Abrogato

Art. 69 cpv. 1

¹ Gli articoli 18, 19 e 21–23 si applicano per analogia alle domande presentate da persone bisognose di protezione che si trovano alla frontiera o in Svizzera.

Art. 72 Procedura

Per il rimanente, alle procedure secondo gli articoli 68, 69 e 71 si applicano per analogia le disposizioni delle sezioni 1, 2a e 3 del capitolo 2. Alle procedure secondo gli articoli 69 e 71 si applicano per analogia le disposizioni del capitolo 8.

Art. 75 cpv. 4

⁴ Le persone bisognose di protezione autorizzate a esercitare un'attività lucrativa conformemente alle disposizioni della polizia degli stranieri o che partecipano a programmi di occupazione non soggiacciono al divieto di lavorare.

Art. 76 cpv. 5

⁵ Ai capoversi 2–4 si applicano per analogia le disposizioni della sezione 1a del capitolo 8.

Art. 78 cpv. 4

⁴ Prima di revocare la protezione provvisoria, si procede a un'audizione secondo l'articolo 29. Si applicano per analogia le disposizioni della sezione 1a del capitolo 8.

*Titolo prima dell'articolo 80***Capitolo 5: Aiuto sociale e soccorso d'emergenza****Sezione 1:****Concessione dell'aiuto sociale, del soccorso d'emergenza e degli assegni per figli, nonché istruzione scolastica di base***Art. 80* Competenza nei centri della Confederazione

¹ La Confederazione garantisce aiuto sociale o soccorso d'emergenza alle persone che soggiornano in Svizzera in virtù della presente legge e sono alloggiate in un centro della Confederazione o in un centro di prima integrazione per gruppi di rifugiati. Assicura, in collaborazione con il Cantone d'ubicazione, l'assistenza sanitaria e l'istruzione scolastica di base. Può delegare a terzi l'adempimento di tutti o parte di questi compiti. Gli articoli 81–83a si applicano per analogia.

² La SEM indennizza i terzi incaricati, sulla base di un contratto, per le spese amministrative e di personale, nonché per le altre spese sostenute nell'adempimento dei compiti di cui al capoverso 1. L'indennizzo è fissato a titolo forfettario. Eccezionalmente l'indennizzo può essere fissato in funzione delle spese effettive, in particolare l'indennizzo di spese uniche.

³ La SEM può convenire con il Cantone d'ubicazione che quest'ultimo stipuli l'assicurazione malattie obbligatoria. La SEM rimborsa a titolo forfettario le spese per i premi, le aliquote percentuali e la franchigia dell'assicurazione malattie.

⁴ Il Cantone d'ubicazione organizza l'istruzione scolastica di base per i richiedenti l'asilo in età di scuola dell'obbligo che soggiornano in un centro della Confederazione. Se necessario, l'istruzione è impartita nel centro stesso. La Confederazione può versare sussidi per l'istruzione scolastica di base. L'indennizzo è fissato a titolo forfettario. Eccezionalmente l'indennizzo può essere fissato in funzione delle spese effettive, in particolare per l'indennizzo di spese uniche.

Art. 80a Competenza nei Cantoni

I Cantoni d'attribuzione garantiscono aiuto sociale o soccorso d'emergenza alle persone che soggiornano in Svizzera in virtù della presente legge. Riguardo alle persone che non sono state attribuite ad alcun Cantone, il soccorso d'emergenza è prestato dal Cantone designato competente per l'esecuzione dell'allontanamento. I Cantoni possono affidare tutti o parte di questi compiti a terzi.

Art. 82 cpv. 2^{bis} e 3^{bis}

^{2bis} Durante una moratoria generale delle decisioni e delle esecuzioni e se il DFGP lo prevede, i Cantoni possono concedere aiuto sociale alle persone di cui ai capoversi 1 e 2. L'indennizzo è retto dall'articolo 88 capoverso 2.

^{3bis} Nel collocare richiedenti l'asilo minorenni non accompagnati, famiglie con figli e persone che necessitano di assistenza occorre tener conto, per quanto possibile, dei loro bisogni particolari.

Art. 88 cpv. 1 e 3^{bis}

¹ La Confederazione indennizza i Cantoni per le spese derivanti dall'esecuzione della presente legge versando loro somme forfettarie. Queste non comprendono i sussidi di cui agli articoli 91–93b.

^{3bis} Per le persone accolte in Svizzera nell'ambito della concessione dell'asilo a gruppi di rifugiati secondo l'articolo 56, la Confederazione può versare per più di cinque anni la somma forfettaria di cui al capoverso 3, segnatamente se al loro arrivo in Svizzera tali persone sono disabili o anziane.

Art. 89b Rimborso e rinuncia al versamento di indennizzi a titolo forfettario

¹ La Confederazione può chiedere il rimborso degli indennizzi a titolo forfettario già versati di cui all'articolo 88 della presente legge e agli articoli 55 e 87 LStr¹¹ se un Cantone non adempie gli obblighi in materia d'esecuzione secondo l'articolo 46 della presente legge o li adempie solo parzialmente e niente giustifica tale inadempienza.

² Se l'inadempimento o l'adempimento parziale degli obblighi in materia d'esecuzione secondo l'articolo 46 determina un prolungamento della durata del soggiorno in Svizzera dell'interessato, la Confederazione può rinunciare a versare al Cantone gli indennizzi a titolo forfettario di cui all'articolo 88 della presente legge e agli articoli 55 e 87 LStr per coprire le spese corrispondenti.

Art. 91 cpv. 2^{ter} e 4^{bis}

^{2ter} La Confederazione può versare ai Cantoni in cui è ubicato un centro della Confederazione un contributo forfettario alle spese per la sicurezza.

¹¹ RS 142.20

^{4bis} Può versare sussidi per lo svolgimento di programmi d'occupazione destinati a persone che soggiornano nei centri della Confederazione. A tal fine conclude convenzioni di prestazioni con i Cantoni e i Comuni d'ubicazione o con terzi incaricati.

Art. 93a Consulenza per il ritorno

¹ La Confederazione promuove il ritorno volontario fornendo una consulenza per il ritorno. Quest'ultima si svolge nei centri della Confederazione e nei Cantoni.

² La SEM provvede a organizzare consulenze regolari nei centri della Confederazione. Può affidare questi compiti ai consultori cantonali per il ritorno o a terzi.

Art. 93b Sussidi per la consulenza per il ritorno

¹ La Confederazione versa, sulla base di un accordo, sussidi ai fornitori della consulenza per il ritorno nei centri della Confederazione al fine di indennizzarne le spese amministrative e di personale per l'informazione e la consulenza dei richiedenti l'asilo e delle persone allontanate. L'indennizzo è fissato a titolo forfettario. Eccezionalmente l'indennizzo può essere fissato in funzione delle spese effettive, in particolare l'indennizzo di spese uniche.

² Per la consulenza per il ritorno offerta nei Cantoni il versamento dei sussidi è retto dall'articolo 93 capoverso 4.

Art. 94

Abrogato

Titolo prima dell'articolo 95a

Capitolo 6a:

Approvazione dei piani per edifici e infrastrutture della Confederazione

Sezione 1: Disposizioni generali

Art. 95a Principio

¹ Gli edifici e le infrastrutture che servono alla Confederazione per alloggiare richiedenti l'asilo o per espletare procedure d'asilo necessitano dell'approvazione dei piani da parte del DFGP (autorità d'autorizzazione) se sono:

- a. edificati ex novo;
- b. modificati o destinati a tale nuovo scopo.

² Con l'approvazione dei piani sono rilasciate tutte le autorizzazioni necessarie secondo il diritto federale.

³ Non è necessaria alcuna autorizzazione o piano del diritto cantonale. Nella procedura di approvazione dei piani e nella ponderazione degli interessi va considerato il diritto cantonale.

⁴ L'approvazione dei piani per progetti che hanno un impatto notevole sul territorio e sull'ambiente presuppone fondamentalmente un piano settoriale secondo la legge federale del 22 giugno 1979¹² sulla pianificazione del territorio.

Art. 95b Diritto d'espropriazione e diritto applicabile

¹ L'acquisto di fondi per edifici e infrastrutture destinati all'alloggio di richiedenti l'asilo o all'espletamento di procedure d'asilo e la costituzione di diritti reali su tali fondi competono al DFGP. Se necessario, il DFGP è autorizzato a procedere all'espropriazione.

² La procedura di approvazione dei piani è retta dalla presente legge e, sussidiariamente, dalla legge federale del 20 giugno 1930¹³ sull'espropriazione (LEspr).

Titolo prima dell'articolo 95c

Sezione 2: Procedura di approvazione dei piani

Art. 95c Avvio della procedura ordinaria di approvazione dei piani

La domanda di approvazione dei piani deve essere presentata all'autorità competente corredata della documentazione necessaria. Questa esamina la documentazione e, se del caso, chiede di completarla.

Art. 95d Picchettamento

¹ Prima del deposito pubblico della domanda, il richiedente deve rendere visibili mediante picchettamento e, per gli edifici, mediante l'indicazione dei profili, le modifiche del terreno causate dagli edifici e dalle infrastrutture previste.

² Le obiezioni contro il picchettamento o l'indicazione dei profili devono essere presentate immediatamente all'autorità competente per l'approvazione, in ogni caso prima della scadenza del termine di deposito dei piani.

Art. 95e Consultazione, pubblicazione e deposito dei piani

¹ L'autorità competente per l'approvazione trasmette la domanda per parere ai Cantoni e ai Comuni interessati. L'intera procedura di consultazione dura tre mesi. In casi motivati, tale termine può eccezionalmente essere prorogato.

² La domanda è pubblicata negli organi ufficiali di pubblicazione dei Cantoni e dei Comuni interessati, nonché nel Foglio federale e depositata pubblicamente durante 30 giorni.

³ Il deposito pubblico dei piani ha per conseguenza il bando di espropriazione secondo gli articoli 42–44 LEspr¹⁴.

¹² RS 700

¹³ RS 711

¹⁴ RS 711

Art. 95f Avviso personale

Al più tardi con il deposito pubblico della domanda, il richiedente trasmette a tutti gli aventi diritto a un'indennità secondo l'articolo 31 LESpr¹⁵ un avviso personale sui diritti da espropriare.

Art. 95g Opposizione

¹ Durante il termine di deposito dei piani, chiunque è parte in virtù della PA¹⁶ o della LESpr¹⁷ può fare opposizione. Chi non fa opposizione è escluso dal seguito della procedura.

² Entro il termine di deposito dei piani devono essere fatte valere tutte le obiezioni relative al diritto di espropriazione nonché le domande di indennizzo o di prestazione in natura. Opposizioni e domande successive secondo gli articoli 39–41 LESpr vanno presentate all'autorità d'approvazione.

³ I Comuni interessati tutelano i propri interessi mediante opposizione.

Art. 95h Procedura di eliminazione delle divergenze nell'Amministrazione federale

La procedura di eliminazione delle divergenze nell'Amministrazione federale è retta dall'articolo 62*b* della legge del 21 marzo 1997¹⁸ sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione.

Art. 95i Durata di validità

¹ Con l'approvazione dei piani l'autorità competente decide simultaneamente anche circa le opposizioni relative al diritto d'espropriazione.

² L'approvazione dei piani decade se entro cinque anni dal passaggio in giudicato della decisione non è stato dato inizio all'esecuzione del progetto di costruzione.

³ Per gravi motivi, l'autorità d'approvazione può prorogare di tre anni al massimo la durata di validità dell'approvazione. La proroga è esclusa se la situazione determinante di fatto o di diritto si è sostanzialmente modificata dal passaggio in giudicato dell'approvazione.

Art. 95j Procedura semplificata di approvazione dei piani

¹ La procedura semplificata di approvazione dei piani è applicata a:

- a. progetti limitati localmente e che concernono pochi interessati chiaramente individuabili;

¹⁵ RS 711

¹⁶ RS 172.021

¹⁷ RS 711

¹⁸ RS 172.010

- b. edifici e infrastrutture la cui modifica o il cui cambiamento di destinazione non altera in maniera sostanziale l'aspetto esterno, non lede interessi degni di protezione di terzi e ha soltanto ripercussioni insignificanti sul territorio e sull'ambiente;
- c. edifici e infrastrutture che sono rimossi entro tre anni al più tardi.

² Ai piani particolareggiati basati su un progetto già approvato si applica la procedura semplificata.

³ L'autorità d'approvazione può ordinare il picchettamento. La domanda non è né pubblicata né depositata pubblicamente. L'autorità d'approvazione sottopone il progetto agli interessati, sempreché non abbiano dato precedentemente il loro consenso scritto; questi possono fare opposizione entro 30 giorni. L'autorità d'approvazione può chiedere un parere a Cantoni e Comuni. Impartisce un termine adeguato a tal fine.

⁴ Per il rimanente si applicano le disposizioni sulla procedura ordinaria. In caso di dubbio è eseguita la procedura ordinaria.

Titolo prima dell'articolo 95k

Sezione 3: Procedura di stima; immissione in possesso anticipata

Art. 95k

¹ Dopo la conclusione della procedura di approvazione dei piani è eseguita, se necessario, la procedura di stima dinanzi alla Commissione federale di stima (Commissione di stima) secondo le disposizioni della LEspr¹⁹. Sono discusse soltanto le pretese annunciate.

² L'autorità d'approvazione trasmette al presidente della Commissione di stima i piani approvati, il piano di espropriazione, la tabella dei fondi di cui si chiede l'espropriazione e le pretese annunciate.

³ Il presidente della Commissione di stima può, sulla base di una decisione esecutiva di approvazione dei piani, autorizzare l'immissione in possesso anticipata. Si presume che, senza l'immissione in possesso anticipata, l'espropriante subirebbe un significativo pregiudizio. Per il rimanente si applica l'articolo 76 LEspr.

Titolo prima dell'articolo 95l

Sezione 4: Procedura di ricorso

Art. 95l

¹ La procedura di ricorso è retta dalle disposizioni generali sull'amministrazione della giustizia federale.

² I Cantoni e i Comuni interessati sono legittimati a ricorrere.

¹⁹ RS 711

Titolo prima dell'articolo 99a

**Sezione 1a:
Sistema d'informazione per i centri della Confederazione e gli alloggi
negli aeroporti**

Art. 99a cpv. 3 lett. b

³ MIDES contiene i dati personali seguenti:

- b. verbali degli interrogatori sommari effettuati nei centri della Confederazione e negli aeroporti secondo gli articoli 22 capoverso 1 e 26 capoverso 3;

Art. 99b lett. d

Hanno accesso a MIDES, in quanto necessario all'adempimento dei loro compiti:

- d. i collaboratori dei centri cantonali o comunali di cui all'articolo 24d responsabili dell'alloggio e dell'assistenza ai richiedenti l'asilo.

Titolo prima dell'art. 102f

**Capitolo 8:
Tutela giurisdizionale, procedura di ricorso, riesame e domande
multiple**

Sezione 1: Protezione giuridica nei centri della Confederazione

Art. 102f Principio

¹ I richiedenti l'asilo la cui domanda è trattata in un centro della Confederazione hanno diritto a una consulenza e una rappresentanza legale gratuite.

² La SEM affida l'adempimento dei compiti di cui al capoverso 1 a uno o più fornitori di prestazioni.

Art. 102g Consulenza sulla procedura d'asilo

¹ Durante il soggiorno in un centro della Confederazione, i richiedenti l'asilo beneficiano della consulenza sulla procedura d'asilo.

² La consulenza comprende segnatamente l'informazione dei richiedenti l'asilo sui loro diritti e obblighi nella procedura d'asilo.

Art. 102h Rappresentante legale

¹ Dall'inizio della fase preparatoria e per il seguito della procedura d'asilo, a ogni richiedente l'asilo è assegnato un rappresentante legale, sempreché il richiedente l'asilo non vi rinunci esplicitamente.

² Il rappresentante legale assegnato informa quanto prima il richiedente l'asilo sulle probabilità di riuscita della procedura d'asilo.

³ La rappresentanza legale è assicurata fino al passaggio in giudicato della decisione emanata nel quadro di una procedura celere e di una procedura Dublino, oppure fino alla decisione in merito allo svolgimento di una procedura ampliata. È fatto salvo l'articolo 102l.

⁴ La rappresentanza legale cessa nel momento in cui il rappresentante legale designato comunica al richiedente l'asilo di non voler interporre ricorso, in quanto esso non avrebbe alcuna probabilità di successo. Tale comunicazione avviene quanto prima una volta notificata la decisione negativa sull'asilo.

⁵ I compiti del rappresentante legale sono retti dall'articolo 102k.

Art. 102i Compiti del fornitore di prestazioni

¹ Il fornitore di prestazioni di cui all'articolo 102f capoverso 2 è tenuto in particolare a garantire, organizzare ed eseguire la consulenza e la rappresentanza legale nei centri della Confederazione. Assicura la qualità della consulenza e della rappresentanza legale.

² Il fornitore di prestazioni designa le persone incaricate della consulenza e della rappresentanza legale. Assegna le persone incaricate della rappresentanza legale ai richiedenti l'asilo.

³ Sono ammesse a fornire consulenza le persone che svolgono per professione attività di consulenza dei richiedenti l'asilo.

⁴ Sono ammessi ad assumere la rappresentanza legale gli avvocati. Sono pure ammessi i titolari di un diploma universitario in giurisprudenza che svolgono per professione attività di consulenza e rappresentanza dei richiedenti l'asilo.

⁵ Il fornitore di prestazioni e la SEM si scambiano regolarmente informazioni, in particolare per coordinare i compiti e garantire la qualità.

Art. 102j Partecipazione del rappresentante legale

¹ La SEM comunica al fornitore di prestazioni le date della prima interrogazione nel quadro della fase preparatoria, dell'audizione sui motivi d'asilo e delle ulteriori fasi della procedura in cui è necessaria la partecipazione del rappresentante legale. Il fornitore di prestazioni comunica senza indugio tali date al rappresentante legale.

² Se la comunicazione delle date è tempestiva, le azioni della SEM esplicano effetto giuridico anche senza la presenza o la collaborazione del rappresentante legale. Sono fatti salvi impedimenti a breve termine per motivi gravi scusabili.

³ Se il rappresentante legale non presenta o non presenta entro i termini fissati il proprio parere in merito alla bozza di decisione negativa sull'asilo, sebbene il fornitore di prestazioni gliel'abbia trasmessa in tempo utile, si considera che rinunci a pronunciarsi.

Art. 102k Indennità per la consulenza e la rappresentanza legale

¹ Sulla base di un accordo e di soluzioni finanziariamente vantaggiose, la Confederazione versa al fornitore di prestazioni un'indennità per l'adempimento segnatamente dei seguenti compiti:

- a. l'informazione e la consulenza ai richiedenti l'asilo;
- b. la partecipazione del rappresentante legale alla prima interrogazione nel quadro della fase preparatoria e all'audizione sui motivi d'asilo;
- c. la presentazione di un parere sulla bozza di decisione negativa sull'asilo nella procedura celere;
- d. l'assunzione della rappresentanza legale durante la procedura di ricorso, in particolare la redazione di un atto di ricorso;
- e. la difesa, in veste di persona di fiducia, degli interessi di richiedenti l'asilo minorenni non accompagnati nei centri della Confederazione e all'aeroporto;
- f. in caso di passaggio alla procedura ampliata, l'informazione del consultorio giuridico da parte del rappresentante legale designato sullo stato della procedura oppure il proseguimento della rappresentanza legale nelle fasi procedurali rilevanti per la decisione ai sensi dell'articolo 102l.

² L'indennità comprende un contributo per le spese amministrative e di personale del fornitore di prestazioni, in particolare per l'organizzazione della consulenza e della rappresentanza legale, nonché un contributo per interpreti indipendenti. L'indennizzo è fissato a titolo forfettario. Eccezionalmente può essere fissato in funzione del dispendio effettivo, in particolare a titolo di indennizzo per spese uniche.

*Titolo prima dell'art. 102l***Sezione 1a: Consulenza e rappresentanza legale nella procedura ampliata dopo l'attribuzione a un Cantone***Art. 102l*

¹ Dopo l'attribuzione a un Cantone, nelle fasi procedurali di prima istanza rilevanti per la decisione, in particolare se si procede a un'audizione supplementare sui motivi d'asilo, i richiedenti l'asilo possono rivolgersi gratuitamente a un consultorio giuridico o al rappresentante legale designato.

² Sulla base di un accordo e di soluzioni finanziariamente vantaggiose, la Confederazione versa al consultorio giuridico un'indennità per le attività di cui al capoverso 1. L'indennizzo è fissato a titolo forfettario. Eccezionalmente può essere fissato in funzione del dispendio effettivo, in particolare a titolo di indennizzo per spese uniche.

³ Il Consiglio federale stabilisce le condizioni necessarie per l'autorizzazione a esercitare l'attività di consultorio giuridico e definisce le fasi procedurali rilevanti per la decisione ai sensi del capoverso 1.

*Titolo prima dell'art. 102m***Sezione 1b: Gratuito patrocinio***Art. 102m*

¹ Su domanda del richiedente l'asilo dispensato dal pagamento delle spese procedurali, il Tribunale amministrativo federale nomina un patrocinatore d'ufficio esclusivamente per ricorsi contro:

- a. decisioni di non entrata nel merito, di rifiuto dell'asilo e di allontanamento secondo gli articoli 31a e 44 nell'ambito della procedura ampliata;
- b. decisioni di revoca e di termine dell'asilo secondo gli articoli 63 e 64;
- c. la revoca dell'ammissione provvisoria per le persone del settore dell'asilo secondo l'articolo 84 capoversi 2 e 3 LStr²⁰;
- d. decisioni relative alla concessione della protezione provvisoria secondo il capitolo 4.

² Il capoverso 1 non si applica ai ricorsi presentati nell'ambito di procedure di riesame e di revisione e di procedure relative a domande multiple. Ai ricorsi di questo genere e a tutti gli altri ricorsi, eccettuati quelli di cui al capoverso 1, si applica l'articolo 65 capoverso 2 PA²¹.

³ Per i ricorsi presentati in base alla presente legge il gratuito patrocinio può essere garantito anche da titolari di un diploma universitario in giurisprudenza che svolgono per professione attività di consulenza e rappresentanza dei richiedenti l'asilo.

⁴ I capoversi 1–3 si applicano anche alle persone in merito alla cui domanda si è deciso in procedura celere e che rinunciano a una rappresentanza legale ai sensi dell'articolo 102h. Lo stesso vale se nella procedura celere il rappresentante legale designato rinuncia a interporre ricorso (art. 102h cpv. 4).

*Titolo prima dell'art. 103***Sezione 1c: Procedura di ricorso a livello cantonale***Art. 108* Termini di ricorso

¹ Nella procedura celere, il ricorso contro una decisione secondo l'articolo 31a capoverso 4 deve essere interposto entro sette giorni lavorativi o, se si tratta di decisioni incidentali, entro cinque giorni dalla notificazione della decisione.

² Nella procedura ampliata, il ricorso contro una decisione secondo l'articolo 31a capoverso 4 deve essere interposto entro 30 giorni o, se si tratta di una decisione incidentale, entro dieci giorni dalla notificazione della decisione.

³ Il ricorso contro le decisioni di non entrata nel merito e contro le decisioni di cui agli articoli 23 capoverso 1 e 40 in combinato disposto con l'articolo 6a capoverso 2

²⁰ RS 142.20

²¹ RS 172.021

lettera a deve essere interposto entro cinque giorni lavorativi dalla notificazione della decisione.

⁴ Il ricorso contro il rifiuto dell'entrata in Svizzera secondo l'articolo 22 capoverso 2 può essere interposto fino al momento della notificazione di una decisione secondo l'articolo 23 capoverso 1.

⁵ La verifica della legalità e dell'adeguatezza dell'assegnazione di un luogo di soggiorno all'aeroporto o in un altro luogo appropriato conformemente all'articolo 22 capoversi 3 e 4 può essere chiesta in qualsiasi momento mediante ricorso.

⁶ Negli altri casi il termine di ricorso è di 30 giorni dalla notificazione della decisione.

⁷ Gli atti scritti trasmessi per telefax sono considerati consegnati validamente se pervengono tempestivamente al Tribunale amministrativo federale e sono regolarizzati mediante l'invio ulteriore dell'originale firmato, conformemente alle norme dell'articolo 52 capoversi 2 e 3 PA²².

Art. 109 Termini d'evasione dei ricorsi

¹ Nella procedura celere, il Tribunale amministrativo federale decide entro 20 giorni sui ricorsi contro le decisioni di cui all'articolo 31a capoverso 4.

² Nella procedura ampliata, il Tribunale amministrativo federale decide entro 30 giorni sui ricorsi contro le decisioni di cui all'articolo 31a capoverso 4.

³ Il Tribunale amministrativo federale decide entro cinque giorni lavorativi sui ricorsi contro le decisioni di non entrata nel merito, nonché contro le decisioni di cui agli articoli 23 capoverso 1 e 40 in combinato disposto con l'articolo 6a capoverso 2 lettera a.

⁴ I termini di cui ai capoversi 1 e 3 possono essere superati di alcuni giorni in presenza di motivi fondati.

⁵ Il Tribunale amministrativo federale decide senza indugio, sulla base degli atti, sui ricorsi contro le decisioni di cui all'articolo 22 capoversi 2-3 e 4.

⁶ Negli altri casi, il Tribunale amministrativo federale decide sui ricorsi entro 20 giorni.

⁷ Se il richiedente è incarcerato in vista d'extradizione su domanda dello Stato da cui cerca protezione in Svizzera, il Tribunale amministrativo federale decide in via prioritaria e senza indugio.

Art. 110 cpv. 1, 3 e 4

¹ Il termine supplementare per regolarizzare un ricorso è di sette giorni; è di tre giorni per i ricorsi contro le decisioni di non entrata nel merito, contro le decisioni di cui agli articoli 23 capoverso 1 e 40 in combinato disposto con l'articolo 6a capoverso 2 lettera a e contro le decisioni di cui all'articolo 111b.

³ Il termine di cui al capoverso 2 può essere prorogato se il ricorrente o il suo rappresentante ha un impedimento ad agire entro tale termine, segnatamente per ragioni di salute o infortunio.

⁴ I termini sono al massimo di due giorni lavorativi per le procedure concernenti il rifiuto dell'entrata in Svizzera e l'assegnazione di un luogo di soggiorno all'aeroporto secondo l'articolo 22 capoversi 2-3 e 4.

Art. 110a

Abrogato

Art. 111 lett. d

Abrogata

Art. 111a^{bis} Misure istruttorie e notificazione orale delle sentenze

¹ Nella procedura di ricorso contro decisioni in materia d'asilo secondo l'articolo 31a della presente legge pronunciate nella procedura celere o nella procedura Dublino, il Tribunale amministrativo federale può attuare, nei centri della Confederazione, le misure istruttorie di cui all'articolo 39 capoverso 2 della legge del 17 giugno 2005²³ sul Tribunale amministrativo federale, se ciò permette di emanare una decisione sul ricorso in tempi più brevi.

² La sentenza può essere notificata oralmente. La notificazione orale e la motivazione sommaria devono essere messe a verbale.

³ Le parti possono richiedere il testo integrale della sentenza entro cinque giorni dalla sua notificazione orale. Ciò non ne sospende la forza esecutiva.

Art. 111a^{ter} Indennità alle parti

Nella procedura di ricorso contro decisioni in materia d'asilo secondo l'articolo 31a pronunciate nella procedura celere o nella procedura Dublino non è riconosciuta alcuna indennità alle parti. Se il richiedente l'asilo ha rinunciato alla rappresentanza legale secondo l'articolo 102h o se il rappresentante legale designato ha rinunciato a interporre ricorso (art. 102h cpv. 4) si applicano le disposizioni generali sull'amministrazione della giustizia federale.

Art. 111b cpv. 1

¹ La domanda di riesame debitamente motivata deve essere indirizzata per scritto alla SEM entro 30 giorni dalla scoperta del motivo di riesame. Non si svolge alcuna fase preparatoria.

²³ RS 173.32

Art. 111c cpv. 1

¹ Le domande d'asilo presentate entro cinque anni dal passaggio in giudicato della decisione in materia d'asilo e di allontanamento devono essere motivate e presentate per scritto. Non si svolge alcuna fase preparatoria. Si applicano i motivi di non entrata nel merito di cui all'articolo 31a capoversi 1–3.

II

La modifica di altri atti normativi è disciplinata nell'allegato.

III

Disposizioni transitorie della modifica del 25 settembre 2015

¹ Alle procedure pendenti al momento dell'entrata in vigore della modifica del 25 settembre 2015 si applica il diritto anteriore. È fatto salvo il capoverso 2.

² Le procedure celeri e Dublino pendenti al momento dell'entrata in vigore della presente modifica ed espletate in virtù delle disposizioni esecutive relative all'articolo 112b capoversi 2 e 3 nel tenore conformemente alla cifra I della modifica del 28 settembre 2012²⁴ della legge del 26 giugno 1998 sull'asilo (Modifiche urgenti della legge sull'asilo) sono rette dal corrispondente diritto applicabile prima dell'entrata in vigore della presente modifica.

³ Le domande d'asilo che non possono essere trattate nei centri della Confederazione sono rette dal diritto anteriore per al massimo due anni. Le procedure ancora pendenti al momento della scadenza di questo termine sono rette dal diritto anteriore fino alla decisione definitiva passata in giudicato.

⁴ Le procedure di approvazione dei piani per la costruzione di nuovi edifici e infrastrutture possono proseguire fino alla loro conclusione definitiva se la domanda è stata presentata durante la durata di validità dell'articolo 95a capoverso 1 lettera a.

⁵ Le procedure di autorizzazione pendenti in prima istanza all'entrata in vigore della modifica del 25 settembre 2015 per la costruzione di edifici o infrastrutture che servono alla Confederazione per alloggiare richiedenti l'asilo o per espletare procedure d'asilo proseguono secondo la procedura di cui al capitolo 6a.

²⁴ RU 2012 5359; RU 2015 2047

IV

Coordinamento con la modifica del 20 marzo 2015 del Codice penale svizzero e del Codice penale militare (Attuazione dell'art. 121 cpv. 3–6 Cost. sull'espulsione di stranieri che commettono reati)

Indipendentemente dal fatto che entri prima in vigore la modifica del 20 marzo 2015²⁵ del Codice penale svizzero²⁶ e del Codice penale militare²⁷ (Attuazione dell'art. 121 cpv. 3–6 Cost. sull'espulsione di stranieri che commettono reati) o la presente modifica, alla seconda di queste entrate in vigore o in caso di entrata in vigore simultanea delle due modifiche le disposizioni qui appresso avranno il seguente tenore:

1. Legge federale del 16 dicembre 2005²⁸ sugli stranieri

Art. 76 cpv. 1, frase introduttiva

¹ Se è stata notificata una decisione di prima istanza d'allontanamento o espulsione, o una decisione di prima istanza di espulsione secondo l'articolo 66a o 66a^{bis} CP²⁹ o l'articolo 49a o 49a^{bis} CPM³⁰, l'autorità competente, allo scopo di garantire l'esecuzione, può:

Art. 86 cpv. 1

¹ I Cantoni disciplinano la determinazione e il versamento delle prestazioni di aiuto sociale e del soccorso d'emergenza per gli stranieri ammessi provvisoriamente. Sono applicabili gli articoli 80a–84 LAsi³¹ concernenti i richiedenti l'asilo. In particolare il sostegno agli stranieri ammessi provvisoriamente deve consistere, per quanto possibile, in prestazioni in natura. L'entità del sostegno è inferiore a quanto previsto per le persone residenti in Svizzera. Per quanto concerne gli standard dell'aiuto sociale, per i rifugiati ammessi provvisoriamente e per i rifugiati condannati con sentenza passata in giudicato all'espulsione ai sensi dell'articolo 66a o 66a^{bis} CP³² o dell'articolo 49a o 49a^{bis} CPM³³ si applicano le condizioni valide per i rifugiati cui la Svizzera ha concesso asilo.

25 FF 2015 2281

26 RS 311.0

27 RS 321.0

28 RS 142.20

29 RS 311.0

30 RS 321.0

31 RS 142.31

32 RS 311.0

33 RS 321.0

2. Legge del 26 giugno 1998³⁴ sull'asilo

Art. 37 cpv. 4 e 6

⁴ Nella procedura ampliata (art. 26d) le decisioni devono essere prese entro due mesi dalla conclusione della fase preparatoria.

⁶ Se il richiedente è incarcerato in vista d'extradizione su richiesta dello Stato da cui cerca protezione in Svizzera, la SEM decide senza indugio e in via prioritaria. Lo stesso vale anche se nei suoi confronti è stata pronunciata l'espulsione secondo l'articolo 66a o 66a^{bis} del Codice penale (CP)³⁵ o l'articolo 49a o 49a^{bis} del Codice penale militare (CPM)³⁶.

Art. 109 cpv. 5 e 7

⁵ Il Tribunale amministrativo federale decide senza indugio, sulla base degli atti, sui ricorsi contro le decisioni di cui all'articolo 22 capoversi 2–3 e 4.

⁷ Se il richiedente è incarcerato in vista d'extradizione su domanda dello Stato da cui cerca protezione in Svizzera, il Tribunale amministrativo federale decide in via prioritaria e senza indugio. Lo stesso vale anche se nei suoi confronti è stata pronunciata l'espulsione secondo l'articolo 66a o 66a^{bis} CP³⁷ o l'articolo 49a o 49a^{bis} CPM³⁸.

V

¹ La presente legge sottostà a referendum facoltativo.

² Il Consiglio federale ne determina l'entrata in vigore.

³ L'articolo 95a capoverso 1 lettera a ha effetto per dieci anni dopo la sua entrata in vigore.

Consiglio degli Stati, 25 settembre 2015

Il presidente: Claude Hêche
La segretaria: Martina Buol

Consiglio nazionale, 25 settembre 2015

Il presidente: Stéphane Rossini
Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

Data della pubblicazione: 6 ottobre 2015³⁹

Termine di referendum: 14 gennaio 2016

³⁴ RS 142.31

³⁵ RS 311.0

³⁶ RS 321.0

³⁷ RS 311.0

³⁸ RS 321.0

³⁹ FF 2015 5895

Modifica di altri atti normativi

Gli atti normativi qui appresso sono modificati come segue:

1. Legge federale del 16 dicembre 2005⁴⁰ sugli stranieri

Art. 31 cpv. 3

Abrogato

Art. 71b Trasmissione di dati medici per valutare l' idoneità al trasporto

¹ Lo specialista competente per l'esame medico trasmette, su richiesta, i dati medici necessari per valutare l' idoneità al trasporto di persone oggetto di una decisione di allontanamento o di espulsione alle seguenti autorità, in quanto ne necessitano per l' adempimento dei loro compiti legali:

- a. le autorità cantonali cui compete l' allontanamento o l' espulsione;
- b. i collaboratori della SEM responsabili per l' organizzazione centrale e il coordinamento dell' esecuzione coattiva dell' allontanamento o dell' espulsione;
- c. il personale medico specializzato che, su incarico della SEM, assicura il monitoraggio medico sull' esecuzione dell' allontanamento o dell' espulsione al momento della partenza.

² Il Consiglio federale disciplina la conservazione e la cancellazione dei dati.

Art. 74 cpv. 1^{bis} e 2

^{1bis} L' autorità cantonale competente impone a uno straniero collocato in un centro speciale di cui all' articolo 24a LAsi⁴¹ di non abbandonare o di non accedere a un dato territorio.

² Queste misure sono ordinate dall' autorità del Cantone competente per l' esecuzione dell' allontanamento o dell' espulsione. Riguardo alle persone che soggiornano in un centro della Confederazione, è competente il Cantone in cui è ubicato il centro. Il divieto di accedere a un dato territorio può essere ordinato anche dall' autorità del Cantone in cui si trova questo territorio.

⁴⁰ RS 142.20

⁴¹ RS 142.31

Art. 76 cpv. 1 lett. b n. 3 e 5

¹ Se è stata notificata una decisione di prima istanza d'allontanamento o espulsione, l'autorità competente, allo scopo di garantire l'esecuzione, può:

- b. incarcerare lo straniero se:
 - 3. indizi concreti fanno temere ch'egli intenda sottrarsi al rinvio coatto, in particolare perché non si attiene all'obbligo di collaborare secondo l'articolo 90 della presente legge e l'articolo 8 capoverso 1 lettera a o capoverso 4 LAsi⁴²,
 - 5. la decisione d'allontanamento è notificata in un centro della Confederazione e l'esecuzione dell'allontanamento è presumibilmente attuabile.

Art. 80 cpv. 1, 1^{bis} e 2^{bis}

¹ La carcerazione è ordinata dall'autorità del Cantone competente per l'esecuzione dell'allontanamento o dell'espulsione. Riguardo alle persone che soggiornano in un centro della Confederazione, la competenza di ordinare la carcerazione preliminare (art. 75) spetta al Cantone in cui è ubicato il centro.

^{1bis} Nei casi di cui all'articolo 76 capoverso 1 lettera b numero 5, la carcerazione è ordinata dal Cantone d'ubicazione del centro della Confederazione; se in virtù dell'articolo 46 capoverso 1^{bis} terzo periodo LAsi⁴³ il Cantone designato per eseguire l'allontanamento non è quello in cui è ubicato il centro, detto Cantone è competente anche per ordinare la carcerazione.

^{2bis} Su richiesta dello straniero incarcerato, la legalità e l'adeguatezza della carcerazione secondo l'articolo 76 capoverso 1 lettera b numero 5 sono esaminate da un'autorità giudiziaria in procedura scritta. Tale esame può essere chiesto in ogni tempo.

Art. 80a cpv. 1 lett. a, nonché 2 e 3

¹ La competenza di ordinare la carcerazione secondo l'articolo 76a spetta:

- a. nei riguardi di uno straniero che soggiorna in un centro della Confederazione: al Cantone in cui è ubicato il centro;

2 Abrogato

³ Su richiesta dello straniero incarcerato la legalità e l'adeguatezza della carcerazione sono esaminate da un'autorità giudiziaria in procedura scritta. Tale esame può essere chiesto in ogni tempo.

⁴² RS 142.31

⁴³ RS 142.31

Art. 86 cpv. 1

¹ I Cantoni disciplinano la determinazione e il versamento delle prestazioni di aiuto sociale e del soccorso d'emergenza per gli stranieri ammessi provvisoriamente. Sono applicabili gli articoli 80a–84 LAsi⁴⁴ concernenti i richiedenti l'asilo. In particolare il sostegno agli stranieri ammessi provvisoriamente deve consistere, per quanto possibile, in prestazioni in natura. L'entità del sostegno è inferiore a quanto previsto per le persone residenti in Svizzera. Per quanto concerne gli standard dell'aiuto sociale, per i rifugiati ammessi provvisoriamente si applicano le condizioni valide per i rifugiati cui la Svizzera ha concesso asilo.

Art. 87 cpv. 1 lett. b e d, nonché 3 e 4

¹ La Confederazione versa ai Cantoni:

- b. per ogni rifugiato ammesso provvisoriamente e per ogni apolide secondo l'articolo 31 capoverso 2, una somma forfettaria secondo gli articoli 88 capoverso 3 e 89 LAsi;
- d. per ogni apolide secondo l'articolo 31 capoverso 1, una somma forfettaria secondo gli articoli 88 capoverso 3 e 89 LAsi.

³ Le somme forfettarie di cui al capoverso 1 lettere a e b sono versate per un periodo massimo di sette anni dopo l'entrata in Svizzera.

⁴ La somma forfettaria di cui al capoverso 1 lettera d è versata per un periodo massimo di cinque anni dopo il riconoscimento dell'apolidia.

Art. 126d Disposizioni transitorie della modifica del 25 settembre 2015 della LAsi

¹ Per i richiedenti l'asilo la cui domanda d'asilo non può essere trattata nei centri della Confederazione si applica per al massimo due anni il diritto anteriore.

² Le procedure pendenti di cui agli articoli 76 capoverso 1 lettera b numero 5 e 76a capoverso 3 sono rette dagli articoli 80 capoversi 1 terzo periodo e 2^{bis} e 80a capoversi 1 e 2 della presente legge, nonché dagli articoli 108 capoverso 4, 109 capoverso 3, 110 capoverso 4 lettera b e 111 lettera d LAsi⁴⁵ nella loro versione anteriore.

⁴⁴ RS 142.31

⁴⁵ RS 142.31

2. Legge federale del 20 giugno 2003⁴⁶ sul sistema d'informazione per il settore degli stranieri e dell'asilo

Art. 1 cpv. 2

² Sono fatti salvi gli articoli 101, 102, 103, 104–107, 110 e 111a–111i della legge federale del 16 dicembre 2005⁴⁷ sugli stranieri (LStr), gli articoli 96–99, 102–102a^{bis} e 102b–102e della legge del 26 giugno 1998⁴⁸ sull'asilo (LAsi) nonché l'articolo 44 della legge del 20 giugno 2014⁴⁹ sulla cittadinanza (LCit).

3. Legge federale del 20 dicembre 1946⁵⁰ sull'assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti

Art. 93bis Informazione della Segreteria di Stato della migrazione

¹ L'Ufficio centrale di compensazione confronta periodicamente i numeri d'assicurato delle persone dei settori dell'asilo e degli stranieri comunicatigli dalla Segreteria di Stato della migrazione (SEM) per le quali i Cantoni ricevono indennizzi a titolo forfettario con le registrazioni nei conti individuali notificategli dalle casse di compensazione.

² Se constatata che una persona notificata ha realizzato un reddito da attività lucrativa, l'Ufficio centrale di compensazione lo comunica d'ufficio alla SEM per la verifica degli indennizzi versati a titolo forfettario e il conteggio corretto del contributo speciale.

³ La Confederazione versa un contributo forfettario per indennizzare proporzionalmente le spese sostenute dall'Ufficio centrale di compensazione e dalle casse di compensazione per il confronto, la trasmissione e la gestione dei dati.

⁴⁶ RS 142.51

⁴⁷ RS 142.20

⁴⁸ RS 142.31

⁴⁹ RS 141.0

⁵⁰ RS 831.10

Parlamentsdienste
Services du Parlement
Servizi del Parlamento
Servetschs dal parlament



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

JA zur Asylgesetzrevision am 5. Juni 2016

asylg-ja.ch

Argumentarium

WORUM ES GEHT	1
ARGUMENTE	2
DIE WICHTIGSTEN ARGUMENTE	2
DIE ARGUMENTE IM DETAIL	2
SCHNELLERE VERFAHREN UND ENTSCHEIDE	2
GERECHTE VERFAHREN	4
GÜNSTIGER: BUNDESZENTREN FÜR TIEFERE KOSTEN IM ASYLBEREICH	5
GÜNSTIGER: KOSTENEINSPARUNGEN IM SOZIALHILFEBEREICH	6
ASYLTHEMA ANGEHEN, STATT BEWIRTSCHAFTEN!	6
WEITERE ARGUMENTE	6
GRÖSSTE KRITIKPUNKTE UND GEGENARGUMENTE	7
KOSTENLOSE RECHTSVERTRETUNG – GEGENARGUMENTE	7
ENTEIGNUNGSARTIKEL IM PLANGENEHMIGUNGSVERFAHREN – GEGENARGUMENTE	8

Worum es geht

Mit der Asylgesetzrevision sollen die Asylverfahren beschleunigt werden. Die Mehrheit der Asylgesuche, für die es keine weiteren Abklärungen braucht, sollen demnach künftig in einem beschleunigten Verfahren mit kontinuierlichem Rechtsschutz behandelt und abgeschlossen werden. Betroffene Asylsuchende sind für die gesamte Dauer des Verfahrens bis zu ihrer allfälligen Wegweisung aus der Schweiz in regionalen Zentren des Bundes untergebracht (Bundeszentren). Das Verfahren dauert für Dublin-Fälle maximal 140 Tage, für Fälle im beschleunigten Verfahren maximal 100 Tage. Sind für den Entscheid über ein Asylgesuch weitere Abklärungen notwendig, werden die Asylsuchenden für erweiterte Verfahren wie bisher den Kantonen zugewiesen. Bund, Kantone, Gemeinde und Städte haben die Asylgesetzrevision gemeinsam beschlossen und werden die Umsetzung gemeinsam angehen.

Das Referendum gegen die Änderung vom 25. September 2015 des Asylgesetzes (AsylG) wurde von der SVP ergriffen und ist am 25. Januar 2016 mit 65'375 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Sie wehren sich gegen die kostenlose Rechtsberatung (laut ihnen sind dies Gratisanwälte) und gegen den im Plangenehmigungsverfahren enthaltenen Artikel, welcher im äussersten Fall eine Enteignung für die Errichtung eines Bundeszentrum ermöglichen würde.

Text der Schlussabstimmung: www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2015/7181.pdf

Bundesrat und Parlament empfehlen die Asylgesetzrevision zur Annahme. Der Nationalrat hat der Gesetzesrevision mit 138 zu 55 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt. Der Ständerat hat mit 35 zu 8 bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Alle Gegenstimmen kamen aus der SVP-Fraktion.

Argumente

Die wichtigsten Argumente

1. Schneller: Schnellere Verfahren und Entscheide

Wegen der grossen Zahl an Asylgesuchen in der Schweiz braucht es dringend schnellere Verfahren. Flüchtlinge mit anerkannten Asylgründen müssen in der Schweiz Schutz und folglich möglichst schnell Asyl erhalten. Wer keine anerkannten Asylgründe vorbringen kann, soll innert kürzester Zeit einen definitiven Entscheid erhalten und die Schweiz verlassen. So kann die Empfangsinfrastruktur den Flüchtlingen mit anerkannten Asylgründen zur Verfügung gestellt werden.

2. Gerechter: Schnellere und faire Verfahren dank konsequenter Rechtsvertretung

Um diese schnellen Verfahren zu ermöglichen, bedarf es einer konsequenten Rechtsvertretung, damit auch im beschleunigten Prozess faire Verfahren garantiert bleiben. Erfahrungen aus dem Testbetrieb in Zürich zeigen klar, dass die Beschwerdequote bei den beschleunigten Verfahren mit dem verbesserten Rechtsschutz tiefer ist, als im normalen Verfahren. Die Leistungserbringer, welche die Rechtsvertreter stellen (im Testbetrieb die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH) haben zudem kein Interesse daran, die Verfahren zu verzögern, da sie mittels einer Pauschale vergütet werden.

3. Günstiger: Bundeszentren für tiefere Kosten im Asylbereich

Die heutigen Verfahren dauern zu lange. Das hat hohe Kosten (Unterbringung, Sozialhilfe, Rekurse usw.) zur Folge. Bund, Kantone und Gemeinden gehen die Beschleunigung der Asylverfahren gemeinsam an. Bundeszentren bieten die Infrastruktur für effizientere Verfahren, wodurch mittel- bis langfristig substantielle finanzielle Einsparungen erzielt werden können. Besonders auch im Hinblick auf die Zunahme der Gesuche ist diese Beschleunigung der Asylverfahren ein wichtiger Schritt für die Kostenoptimierung im Asylbereich.

Die Argumente im Detail

Schnellere Verfahren und Entscheide

Bundeszentren als Schlüssel für schnellere Verfahren und zur Entlastung der Kantone

Mit der Revision zur Beschleunigung der Asylverfahren sollen künftig 60 Prozent der Asylgesuche in Bundeszentren abgewickelt werden. Zurzeit sind in der Schweiz fünf Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ), zahlreiche temporäre Bundesunterkünfte und der Testbetrieb Zürich in Betrieb. Mit der Beschleunigung der Asylverfahren werden verschiedene Typen von dauerhaften Bundesasylunterkünften geschaffen:

Verfahrenszentren – alles unter einem Dach

In den Verfahrenszentren des Bundes werden Asylgesuche eingereicht, geprüft und entschieden. Alle dazu nötigen Akteure befinden sich unter einem Dach. Asylsuchende bleiben für die Dauer ihres Verfahrens in diesen Zentren und werden nicht mehr an die Kantone überwiesen. Durch die neuen Zentren in den sechs Verfahrensregionen lässt sich der administrative Aufwand reduzieren, was die Verfahren beschleunigt. In diesen Zentren gibt es neben den Unterkünften für Asylsuchende auch Büros für Befrager/innen, Dolmetscher/innen, Dokumentenprüfer/innen, die Rechtsvertretung, etc.

Ausreisezentren – Die Rückführung beschleunigen

In den Ausreisezentren halten sich überwiegend Personen auf, deren Asylverfahren unter das Dublin-Abkommen fallen oder deren Asylgesuche abgelehnt wurden. Diese Personen bleiben in den Bundeszentren und sollen nicht mehr wie anhin in die kantonalen Asylzentren transferiert werden. Das Dublin-Verfahren sieht vor, dass nur ein einziger Dublin-Staat für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig ist. Damit sollen Mehrfachgesuche im EU-Raum vermieden werden. Andere Asylbewerber warten hier die Rückführung ab, wenn ihr Asylgesuch in letzter Instanz negativ entschieden wurde. Es handelt sich also um Personen, die in der Regel die Schweiz nach kurzer Zeit wieder verlassen müssen.

Besondere Zentren – Problemfälle gesondert behandeln

Wer als Asylsuchender die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder den Betrieb der normalen Asylunterkünfte des Bundes durch sein Verhalten stört, kann in einem besonderen Zentrum untergebracht werden. Diese Asylsuchenden können zudem individuell durch die kantonalen Behörden mit einer Eingrenzung belegt werden. Das bedeutet, dass sie in diesem Fall ein bestimmtes Gebiet nicht verlassen dürfen. Vorgesehen sind zwei Bundeszentren für je rund 60 Personen.

Klar tiefere Verfahrenszeiten

Die 2012 eingeführten 48h-Verfahren und das Verbot der Mehrfachgesuche sowie die 2013 eingeführten „Fast Track“-Verfahren führten seit 2011 bereits zu einer markanten Beschleunigung der Asylverfahren. Der Testbetrieb in Zürich zeigte nun, dass Asylgesetzrevision eine weitere Beschleunigung bringt. Dank den Bundeszentren können Dublin-Verfahren und beschleunigte Verfahren in unter 60 Tagen rechtskräftig entschieden werden. Die Aufenthaltszeit in einem Bundeszentrum ist auf 140 Tage beschränkt. Aber auch erweiterte Verfahren werden dank der Asylgesetzrevision noch rund ein Jahr dauern, also knapp halb so lange wie noch 2011.

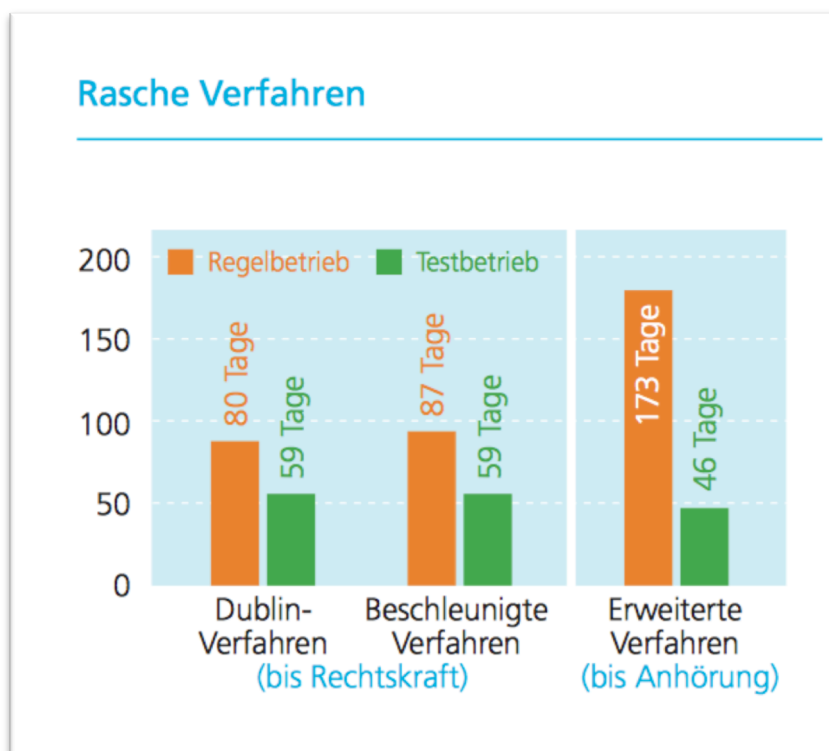


Abbildung 1 – Quelle: SEM, <http://bit.ly/22obpMP>

	2011/2012	2014 Regulärbetrieb ¹	2015 Testbetrieb
Dublin-Verfahren (Bis Rechtskraft)	94 Tage	80 Tage (- 15 %)	59 Tage (- 30 %)
Beschleunigte Verfahren (Bis Rechtskraft)	310 Tage	87 Tage (- 70 %)	59 Tage (- 30 %)
Erweiterte Verfahren (Bis Anhörung)	321 Tage	173 Tage (- 50 %)	46 Tage (- 73 %)

¹ Massnahmen, die getroffen wurden:
2012: 48h-Verfahren und Verbot Mehrfachgesuche
2013: „Fast Track“-Verfahren

Schnellere Entscheide positiv für Asylsuchende und Staat

Schnellere Verfahren sind im Interesse der Asylsuchenden und des Staates. Der Testbetrieb im Bundeszentrum in Zürich zeigt, dass von beschleunigten Asylverfahren alle Beteiligten profitieren. Auch für die Asylsuchenden ist es von Vorteil, wenn sie rasch wissen, ob sie in der Schweiz bleiben dürfen oder nicht. Lange Wartezeiten sollen vermieden werden, denn sie sind für alle Beteiligten unbefriedigend. Sind heute Familien manchmal bis zum Entscheid teilweise bereits integriert und ist damit eine Ausschaffung schwieriger, so ist bei den kurzen Verfahren der Entscheid schneller getroffen. Bei einem negativen Bescheid kann die Rückführung erfolgen. Bei einem positiven Entscheid können die Integrationsmassnahmen eher beginnen.

Verbesserter Vollzug

Asylsuchende, die in der Schweiz kein Asyl erhalten und nicht vorläufig aufgenommen werden, müssen die Schweiz wieder verlassen. Mit der geplanten Gesetzesrevision wird der Grossteil der Wegweisungen künftig direkt ab den Bundeszentren vollzogen. Der Vollzug erfolgt dadurch früher, rascher und konsequenter. Damit werden die Kantone in den Bereichen Unterbringung und Nothilfe entlastet.

Gerechte Verfahren

Rechtsschutz garantiert

Die Bundesverfassung (Art. 29 Abs. 3) garantiert in der Schweiz eine Rechtsvertretung: „Jede Person, die nicht über die erforderlichen Mittel verfügt, hat Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege, wenn ihr Rechtsbegehren nicht aussichtslos erscheint. Soweit es zur Wahrung ihrer Rechte notwendig ist, hat sie ausserdem Anspruch auf unentgeltlichen Rechtsbeistand.“

Der Rechtsschutz ist auch im beschleunigten Verfahren garantiert. Um rechtstaatlich korrekte Entscheide zu gewährleisten, sieht die Asylgesetzrevision einen verbesserten Rechtsschutz für Asylsuchende vor: Sie haben ab Beginn des Verfahrens Anspruch auf eine kostenlose Rechtsberatung und Rechtsvertretung.

Ohne Rechtsvertretung keine schnelleren Verfahren

Für beschleunigte Verfahren braucht es zwingend eine Beratung und Rechtsvertretung. Der Rechtsschutz ermöglicht trotz kurzer Fristen rechtsstaatlich korrekte Verfahren und sorgt dafür, dass die Asylsuchenden ihren Rechte und Pflichten kennen. So können sie auch einen negativen Entscheid besser akzeptieren und legen deshalb weniger Beschwerden ein. Und wenn es weniger Beschwerden gibt, können die Verfahren früher abgeschlossen werden. Ohne die Rechtsvertretung würden die Verfahren durch Beschwerden und Rekurse wieder verlängert und die gewünschte Effizienzsteigerung wäre nicht gegeben.

Weniger Rekurse dank der Rechtsvertretung

Die Beschwerdequote ist im Testbetrieb mit 17,1 Prozent deutlich tiefer als im Regelbetrieb (25,4 Prozent). Die tiefere Quote ist auf die bessere Aufklärung der Asylsuchenden zurück zu führen. Die zugewiesene Rechtsvertretung kann schneller klar machen, dass ein Rekurs aussichtslos ist.

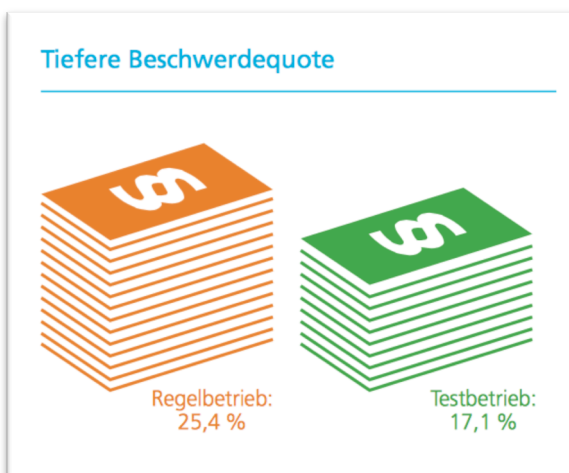


Abbildung 2 – Quelle: SEM, <http://bit.ly/22obpMP>

Günstiger: Bundeszentren für tiefere Kosten im Asylbereich

Kosteneinsparungen bei Abgeltungspauschalen: 233 Mio. CHF / Jahr

Die Revision zur Beschleunigung der Asylverfahren führt zu jährlichen Einsparungen bei den Abgeltungspauschalen (Global-, Nothilfe- und Verwaltungskostenpauschalen) des Bundes an die Kantone in Höhe von rund 233 Mio. CHF. Diese Einsparungen werden durch die Schaffung der Bundeszentren erzielt, weil so den Kantonen weniger Asylsuchende zugewiesen werden bzw. der Unterbringungsbedarf in kantonalen Strukturen für die Abwicklung der Asylverfahren abnimmt. Entsprechend sind vom Bund auch weniger Abgeltungszahlungen an die Kantone zu leisten. Schliesslich wurde, gestützt auf Forschungsergebnisse des Migration Policy Lab der Universität Zürich, angenommen, dass die Beschleunigung der Asylverfahren bei einem Teil der anerkannten Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen zu einer schnelleren und höheren Erwerbsintegration führt, woraus sich ebenfalls Einsparungen bei den Globalpauschalen ergeben.

Kosten für die Beschleunigung der Asylverfahren: 123 Mio. CHF /Jahr

Für den Erwerb oder Bau neuer Bundeszentren werden Investitionen in der Höhe von rund 548 Mio. CHF nötig. Zudem wird die Schaffung der Bundeszentren zu jährlich höheren laufenden Kosten von total rund 123 Mio. CHF in folgenden Bereichen führen:

- Zusätzliche Personalkosten für die Abwicklung der schnelleren Verfahren
- Mehraufwand für Rechtsschutz und zusätzliche externe Personen insbesondere Dolmetschenden und Protokollführenden
- Zusätzliche Betriebskosten der Bundeszentren (Sicherheits- und Betreuungskosten)

Einsparpotenzial mit Beschleunigung der Asylverfahren: 110 Mio. CHF / Jahr

Insgesamt stehen dem Einsparpotential von jährlich rund 233 Mio. CHF zusätzliche laufende Kosten in Höhe von jährlich rund 123 Mio. CHF gegenüber. Daraus ergeben sich mögliche jährliche Nettoeinsparungen von rund 110 Mio. CHF gegenüber heutigem System.

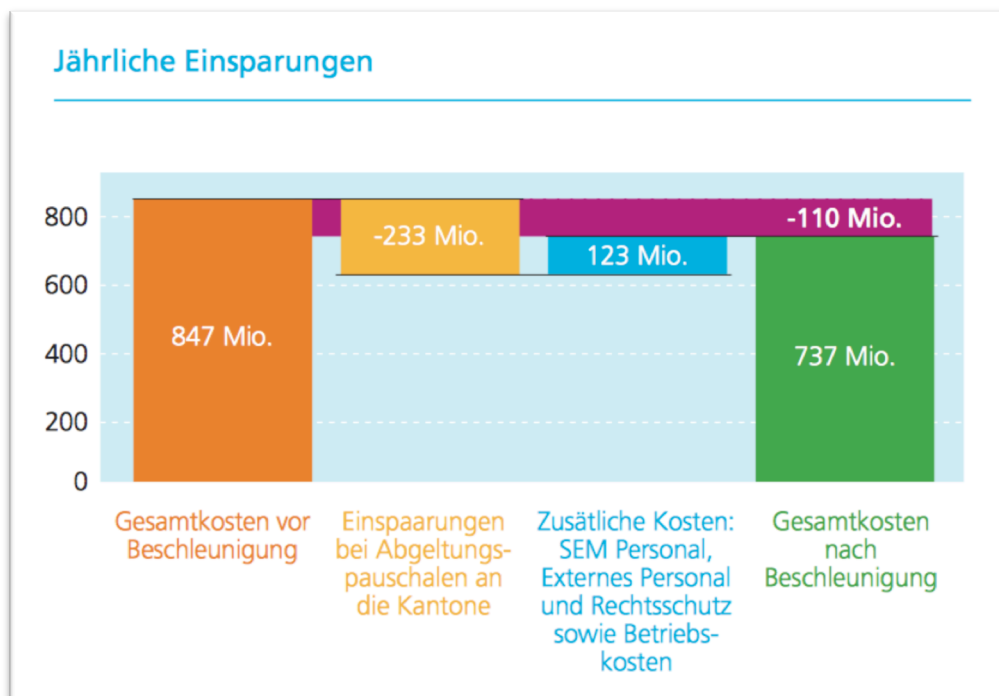


Abbildung 3 – Quelle: SEM, <http://bit.ly/22obpMP>

Günstiger: Kosteneinsparungen im Sozialhilfebereich

Weniger Nothilfe

Schnelle Verfahren und gezielte Rückkehr-, Chancen- und Rechtsberatung wirken sich positiv auf die Ausreisebereitschaft aus. Weggewiesene Asylsuchende im Testbetrieb nehmen die Nothilfe deutlich weniger und kürzer in Anspruch. Die Kosten für die Nothilfe pro weggewiesenem Gesuchsteller sinken auf durchschnittlich 185 CHF.

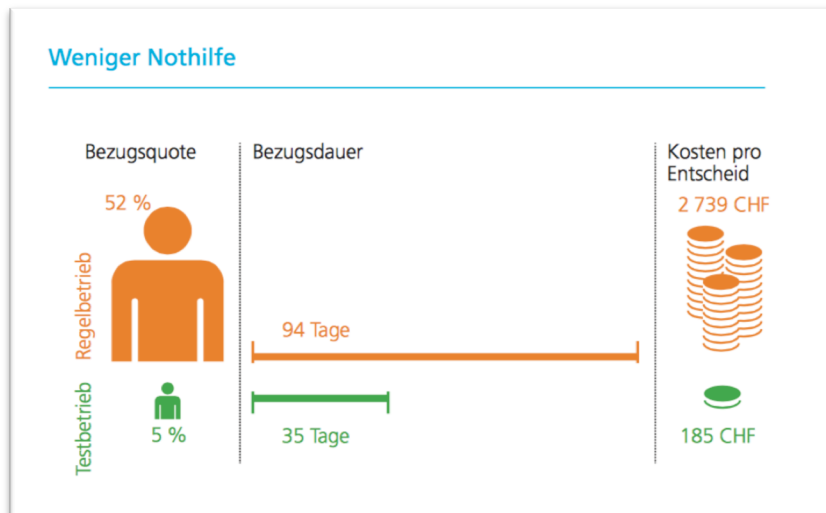


Abbildung 4 – Quelle: SEM, <http://bit.ly/22obpMP>

Asylthema angehen, statt bewirtschaften!

Das Volk hat bereits 2013 Ja gesagt zum neuen Asylgesetz

Das Stimmvolk hat 2013 mit 78 Prozent Ja gesagt zur Asylgesetzrevision. Damit wurden dringliche Änderungen bereits rechtskräftig und die Testphase für die Bundeszentren ermöglicht. Die vorliegende Revision ist eine Folge daraus. Sie möchte die dringlichen Änderungen, welche bis 2019 befristet sind, unbefristet weiterführen und weitere Massnahmen treffen, um gerechte und schnelle Verfahren zu ermöglichen.

Das Asylgesetz-Referendum ist eine Zwängerei

Die SVP will ihre eigene Politik durchdrücken – oder gar keine. Deshalb hat sie aus dem Nichts, am letzten Tag der Debatte das Referendum angekündigt und daraufhin ergriffen. Eigentlich ist die SVP nämlich für schnellere Asylverfahren, doch nun kämpft sie dagegen an.

Weitere Argumente

- **Das Gesetz ist breit abgestützt**

Seit 2010 wird das Asylgesetz nun beraten und revidiert. Zu dringlichen Änderungen hat das Volk bereits 2013 mit 78 Prozent Ja-Anteil zugestimmt. Diese vorab dringlichen Änderungen sollen nun ins ordentliche Gesetz überführt werden. Das vorliegende Gesetz ist ein Kompromiss, wobei alle Seiten eigene Forderungen streichen mussten. Es ist absurd, dass die gegnerische Seite (SVP), welche sich noch 2013 für die Änderungen eingesetzt hatte, nun das Referendum ergriffen hat. Bei einer Ablehnung des Gesetzes würde der Status Quo beibehalten (bis 2019 mit dringlichen Änderungen) und die Beschleunigung der Verfahren verunmöglicht.

- **Angriff auf den in der Verfassung verankerten Rechtsschutz**
Der unentgeltliche Rechtsschutz ist kein Privileg für Schweizer Bürger, sondern in der Bundesverfassung (Art. 29 Abs. 3) für jeden Menschen garantiert, ebenso in der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 6 und 13). Mit dem Referendum wegen der unentgeltlichen Rechtsvertretung greift die SVP diesen urschweizerischen und in der Verfassung verankerten Rechtsschutz an. Wer bedürftig ist, sich somit keinen Rechtsbeistand leisten kann und der Prozess nicht völlig aussichtslos scheint, hat Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung. Das gilt für einen der Steuerhinterziehung angeklagten Schweizer genauso, wie für eine Asylsuchende aus Syrien.
- **Kantone in der Verantwortung für besseren Vollzug**
Der Vollzug des Asylgesetzes wird mit der Revision markant verbessert. So sieht das Gesetz neu vor, dass Kantone bei Vollzugsversäumnissen sanktioniert werden können. Weiter wurde beispielsweise der Zugang zur Rückkehrberatung für die Asylsuchenden verbessert.
- **Beschäftigungsgrad der Flüchtlinge erhöhen**
Mit der Beschleunigung der Verfahren können Asylbewerber schneller in den Arbeitsprozess integrierte werden. Dies führt zu niedrigeren Kosten in der Sozialhilfe und einer besseren Integration. Die Kosteneinsparungen beziffert die Flüchtlingshilfe mit bis 750 Mio. CHF pro Jahr.

Grösste Kritikpunkte und Gegenargumente

Kostenlose Rechtsvertretung – Gegenargumente

Schnellere Verfahren nur mit Rechtsvertretung möglich

Die Testergebnisse zeigen: Schnellere Verfahren sind nur mit einer konsequenten Rechtsvertretung möglich. Somit können Verfahrensfehler und Rekurse vermieden werden. Zudem sind die verkürzten Beschwerdefristen nur mit Rechtsvertretungen umsetzbar, damit die Verfahren korrekt und rechtsstaatlich durchgeführt werden können.

Verankerung des unentgeltlichen Rechtsschutzes in der Verfassung

Der unentgeltliche Rechtsschutz ist kein Privileg für Schweizer Bürger, sondern in der Bundesverfassung (Art. 29 Abs. 3) für jeden Menschen garantiert, ebenso in der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 6 und 13).

Fallpauschale

Die Rechtsvertreter haben kein Interesse daran, die Verfahren zu verzögern. Denn der Leistungserbringer (im Testbetrieb die SFH) wird mit einer Pauschale pro Asylsuchender abgegolten.

Tiefere Kosten für Beschwerdeinstanzen

Bereits heute bezahlt der Staat die Kosten für die Rechtsvertretung, falls ein Asylbewerber diesen nicht selbst finanzieren kann und Beschwerde einreicht. Die Beschränkung der Kosten für die Rechtsvertretung auf eine Pauschale von 1200 CHF durch die Reform, führt somit zu geringeren Kosten für den Staat.

Rückkehrhilfe kann erklärt werden – vermehrt freiwillige Rückkehr

Die Ergebnisse aus dem Testbetrieb zeigen, dass sich schnelle Verfahren sowie eine gezielt eingesetzte Rückkehr-, Chancen- und Rechtsberatung positiv auf die Ausreisebereitschaft auswirken. Die frühzeitige Rückkehrberatung sowie die Chancenberatung durch die Rechtsvertretung führen dazu, dass die Asylsuchenden den Ausgang des Asylverfahrens besser und früher einschätzen können. Zudem wissen die Gesuchsteller aufgrund des getakteten Verfahrens besser, wann der Entscheid gefällt wird. In der Folge entscheiden sie sich eher für eine freiwillige Ausreise. Von den mit Rückkehrhilfe aus dem Testbetrieb abgereisten Personen haben sich rund 72% bereits in der Vorbereitungsphase dafür entschieden. An der Rückkehrhilfe ändert das revidierte Asylgesetz nichts, einzig die Information wird besser übermittelt und es gibt vermehrte freiwillige Rückkehren, was die Kosten wieder senkt.

Tiefere Kosten durch bessere Begleitung

Im Testbetrieb sind die Beschwerdequote und die Verfahrensdauer gesunken. Laut mehreren Evaluationen bewirken die kostenlosen Rechtsvertreter, dass die Asylsuchenden besser über das Verfahren und ihre Chancen informiert sind.

Enteignungsartikel im Plangenehmigungsverfahren – Gegenargumente

Übliches Plangenehmigungsverfahren

Der Enteignungsartikel ist Teil des Plangenehmigungsverfahrens. Einige Bauten und Anlagen (z. B. Gasleitungen, Eisenbahnen, Hochspannungsleitungen) werden nicht im regulären Baubewilligungsverfahren abgehandelt, sondern bedürfen immer eines Plangenehmigungsverfahrens. Dieses wurde nun auch für die Bundeszentren festgehalten und wird von den Kantonen und Gemeinden mitgetragen.

Enteignung nur im äussersten Fall und auf 10 Jahre befristet

Es ist so, dass eine Enteignung nur im äussersten Fall angewendet werden darf. Dann, wenn es weder eine Einigung noch eine Alternative gibt. Da für die relativ grossen Bundeszentren, Grossanlagen gesucht werden, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es eine Privatperson betrifft, äusserst gering. Viel mehr sind die Grundbesitzer der jeweiligen Regionen, die Gemeinden und Städte betroffen. Weiter sind alle Einspruchsrechte gewahrt und der Grundbesitzer kann sich wehren. Im Gesetz ist ausserdem festgehalten, dass das Plangenehmigungsverfahren für Neubauten von Bundeszentren auf 10 Jahre befristet ist.

Verhältnismässigkeit garantiert

Grundsätzlich besitzt oder erwirbt der Bund die betreffenden Grundstücke. Die Massnahme der Enteignung im Plangenehmigungsverfahren ist als Ultima Ratio gedacht, wenn sich Bund, Kantone, Gemeinden und allenfalls Private nicht einig werden. Das Bundesgesetz über Enteignungen setzt den Rahmen und enthält Bestimmungen zur Verhältnismässigkeit. Das VBS zum Beispiel hat in den letzten 20 Jahren nicht zu diesem Instrument gegriffen.

OUI à la révision de la loi sur l'asile le 5 juin 2016

Argumentaire

DE QUOI S'AGIT-IL	1
ARGUMENTS	2
LES PRINCIPAUX ARGUMENTS	2
LE DETAIL DES ARGUMENTS	2
PROCEDURES ET DECISIONS PLUS RAPIDES	2
PROCEDURES EQUITABLES	4
PLUS ECONOMIQUE : DES CENTRES FEDERAUX POUR DES COUTS REDUITS EN MATIERE D'ASILE	5
PLUS ECONOMIQUE : ECONOMIES DANS LE DOMAINE DE L'AIDE SOCIALE	6
TRAITER LE THEME DE L'ASILE AU LIEU DE L'ENTREtenir !	6
ARGUMENTS SUPPLEMENTAIRES	6
PRINCIPALES CRITIQUES ET CONTRE-ARGUMENTS	7
CONTRE-ARGUMENTS CONCERNANT L'ASSISTANCE JUDICIAIRE GRATUITE	7
ARTICLE SUR L'EXPROPRIATION DANS LA PROCEDURE D'APPROBATION DES PLANS – CONTRE-ARGUMENTS	8

De quoi s'agit-il

La révision de la loi sur l'asile prévoit d'accélérer les procédures d'asile. La majorité des demandes d'asile, pour autant qu'elles ne requièrent pas d'autres éclaircissements, seront traitées et achevées dans le cadre d'une procédure accélérée et d'une protection juridique continue. Pendant toute la durée de la procédure et donc jusqu'à leur éventuel renvoi de la Suisse, les demandeurs d'asile sont hébergés dans les centres régionaux de la Confédération (centres fédéraux). La procédure ne durera pas plus de 140 jours pour les cas Dublin et au maximum 100 jours pour les cas qui rentrent dans le cadre de la procédure accélérée. Si d'autres éclaircissements s'avèrent nécessaires pour statuer sur une demande d'asile, les requérants concernés sont redirigés vers les cantons (comme c'est le cas aujourd'hui) et leur demande traitée en procédure *étendue*. La Confédération, les cantons, les communes et les villes ont, d'un commun accord, opté pour la révision de la loi sur l'asile et participeront tous à sa mise en œuvre.

Le referendum contre la modification du 25 septembre 2015 de la loi sur l'asile (LAsi) a été saisi par l'UDC, referendum qui a abouti le 25 janvier 2016 avec 65 375 signatures valables. L'UDC s'oppose à la gratuité des conseils juridiques (selon eux des avocats gratuits) et contre l'article contenu dans la procédure d'approbation des plans qui rend possible, dans les cas extrêmes, le principe d'expropriation pour construire un centre fédéral.

Texte pour le vote final : <https://www.admin.ch/opc/fr/federal-gazette/2015/6567.pdf>

Le Conseil fédéral et le Parlement recommandent l'acceptation de la modification de la loi sur l'asile. Au Conseil national, la loi a été adoptée par 138 voix contre 55, et 1 abstention. Au Conseil des Etats, la loi a été adoptée par 35 voix contre 5 et 3 abstentions.

Arguments

Les principaux arguments

1. Plus rapide : procédures et décisions plus rapides

En raison du nombre important de demandes d'asile en Suisse, les procédures doivent être obligatoirement accélérées. Les réfugiés avec des motifs d'asile reconnus doivent pouvoir obtenir une protection et donc l'asile en Suisse le plus rapidement possible. Les personnes sans motif d'asile reconnu doivent obtenir une décision définitive dans les meilleurs délais et quitter la Suisse. Cela permet ainsi de mettre à disposition la structure d'accueil aux réfugiés aux motifs d'asile reconnus.

2. Plus équitable : des procédures plus rapides et plus équitables grâce à une assistance judiciaire cohérente

Afin de rendre possible des procédures plus rapides, il faut une assistance juridique cohérente pour que l'équité soit garantie même si les procédures sont plus rapides. Les expériences faites lors de la phase de test à Zurich montrent clairement que le nombre de recours, dans le cadre des procédures accélérées avec protection juridique améliorée, est moins élevé que dans le cadre des procédures normales. Les fournisseurs de prestation qui mettent à disposition l'assistance juridique (dans la phase de test, l'Organisation suisse d'aide aux réfugiés (OSAR)) n'ont aucun intérêt à retarder le processus, leur rémunération étant forfaitaire.

3. Plus économique : les centres fédéraux pour des coûts réduits en matière d'asile

Les procédures actuelles durent trop longtemps. Cela engendre des frais élevés (hébergement, aide sociale, recours, etc.). La Confédération, les cantons et les communes se lancent ensemble dans une accélération de la procédure d'asile. Les centres fédéraux offrent l'infrastructure pour des procédures plus efficaces permettant ainsi de réaliser des économies importantes à moyen et long terme. Cette restructuration est une étape importante dans l'optimisation du domaine de l'asile, en particulier aussi au regard de l'augmentation des demandes.

Le détail des arguments

Procédures et décisions plus rapides

Les centres fédéraux comme clé pour des procédures plus rapides et pour le délestage des cantons

La modification du droit d'asile doit permettre à l'avenir de traiter 60 pour cent des demandes d'asile dans les centres fédéraux. Actuellement, six hébergements fédéraux, cinq centres d'enregistrement et de procédure (CEP), de nombreux centres d'accueil et la phase de test à Zurich sont en activité. L'accélération des procédures a donné naissance à différents types d'hébergements fédéraux d'asile durables.

Des centres de procédure pour réunir tous les acteurs sous le même toit

Outre les places d'hébergement pour les requérants d'asile, un centre de procédure de la Confédération abrite des bureaux pour les auditions, les services linguistiques, la vérification des documents et la représentation juridique, entre autres. Grâce à ces nouveaux centres, qui permettent de réunir tous les acteurs concernés sous le même toit, les frais administratifs sont réduits et les procédures accélérées. Les requérants d'asile ne sont ainsi plus transférés dans les cantons.

Des centres de départ pour accélérer les rapatriements

Les centres de départ accueillent essentiellement des personnes dont la procédure d'asile tombe sous le coup de la convention de Dublin et qui sont en attente d'une décision. Selon la convention de Dublin, un seul Etat Dublin est compétent pour examiner la demande d'asile. Cette manière de procéder permet d'éviter le dépôt de demandes multiples. Mais les centres de départ hébergent également les requérants d'asile dont la demande a abouti à une décision négative en dernière instance et qui attendent d'être rapatriés. Il s'agit donc de personnes qui doivent généralement quitter la Suisse sous peu.

Des centres spécifiques pour traiter séparément des cas problématiques

Les centres spécifiques sont spécialement conçus pour accueillir les requérants d'asile qui menacent la sécurité et l'ordre publics ou perturbent considérablement le bon fonctionnement des centres d'hébergement classiques. Ces personnes peuvent être assignées à titre individuel par les autorités cantonales à un territoire particulier, c'est-à-dire qu'elles n'ont alors pas le droit de quitter ce territoire. La Confédération envisage d'ouvrir deux centres spécifiques d'une capacité pour chacun de 60 personnes.

Des procédures beaucoup plus courtes

La procédure de 48 h introduite en 2012 et l'interdiction du dépôt des demandes multiples ainsi que la procédure «Fast Track» introduite 2013 ont conduit à une accélération significative des procédures d'asile depuis 2011. La phase de test à Zurich a montré que la révision de la loi sur l'asile permet une accélération supplémentaire. Grâce aux centres fédéraux, les procédures de Dublin et les procédures accélérées peuvent être bouclées définitivement en moins de 60 jours. La durée de séjour dans un centre fédéral est limitée à 140 jours. Même les procédures élargies sont réduites de moitié par rapport à 2011 et ne durent plus qu'une année, ceci grâce à la modification.

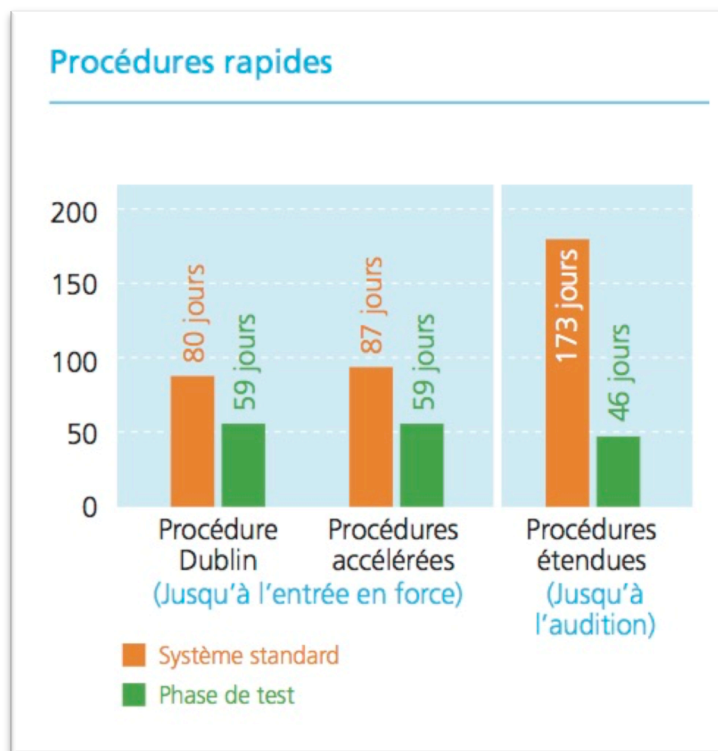


Illustration 1 – Source : SEM, <http://bit.ly/1Yg82Rw>

	2011/2012	2014 Système standard	2015 Phase de test
Procédure Dublin (Jusqu'à l'entrée en force)	94 jours	80 jours (- 15 %)	59 jours (- 30 %)
Procédures accélérées (Jusqu'à l'entrée en force)	310 jours	87 jours (- 70 %)	59 jours (- 30 %)
Procédures étendues (Jusqu'à l'audition)	321 jours	173 jours (- 50 %)	46 jours (- 73 %)

Les décisions plus rapides ont un impact positif pour les demandeurs d'asile et pour l'Etat

Les procédures plus rapides sont dans l'intérêt des demandeurs d'asile et de l'Etat. La phase de test dans le centre fédéral à Zurich montre que l'accélération des procédures d'asile profite à toutes les personnes impliquées. C'est également à l'avantage des demandeurs d'asile qui savent rapidement s'ils ont droit ou non de rester en Suisse ou s'ils doivent partir. Les délais d'attente prolongés doivent être évités, car ils sont insatisfaisants pour toutes les parties prenantes. Les familles sont parfois déjà en partie intégrées au moment de la décision, ce qui rend l'expulsion plus difficile, les procédures accélérées représentent donc un avantage. En cas de décision négative, l'expulsion peut être lancée. En cas de décision positive, les mesures d'intégration peuvent commencer plus tôt.

Exécution améliorée

Les demandeurs d'asile dont la demande a été refusée et qui ne peuvent pas être intégrés doivent quitter la Suisse. Avec la modification prévue de la loi, une grande partie des expulsions sera exécutée directement depuis les centres fédéraux. L'exécution a lieu plus tôt, de manière plus rapide et plus cohérente. Les cantons sont ainsi déchargés dans le domaine de l'hébergement et de l'aide d'urgence.

Procédures équitables

Assistance judiciaire garantie

La constitution fédérale (art. 29 al. 3) garantit en Suisse une assistance judiciaire : « Toute personne qui ne dispose pas de ressources suffisantes a droit, à moins que sa cause paraisse dépourvue de toute chance de succès, à l'assistance judiciaire gratuite. Elle a en outre droit à l'assistance gratuite d'un défenseur, dans la mesure où la sauvegarde de ses droits le requiert. »

L'assistance judiciaire est également garantie dans la procédure accélérée. Afin de garantir des décisions correctes du point de vue de l'Etat de droit, la restructuration prévoit une protection juridique améliorée des demandeurs d'asile : ils ont droit, dès le début de la procédure, à un conseil juridique et à une assistance judiciaire gratuits.

Aucune procédure accélérée sans assistance judiciaire

Le conseil et l'assistance judiciaire sont indispensables pour permettre les procédures accélérées. L'assistance judiciaire garantit, dans le cadre de délais plus courts, une procédure conforme à l'Etat de droit et veille à ce que les demandeurs d'asile connaissent leurs droits et devoirs. Ils acceptent ainsi mieux une décision négative et déposent moins de recours. Lorsque les recours sont moins nombreux, les procédures peuvent être terminées plus rapidement. Sans l'assistance judiciaire, les procédures seraient allongées par les réclamations et recours et l'augmentation de l'efficacité n'aurait pas été possible.

Moins de recours grâce à l'assistance judiciaire

Le nombre de recours en phase de test de 17,1% est clairement inférieur à celui dans le cadre des procédures normales (25,4%). Le nombre réduit est lié à une meilleure information des demandeurs d'asile. L'assistance judiciaire octroyée permet d'expliquer clairement que le recours est dépourvu de chance d'aboutir.

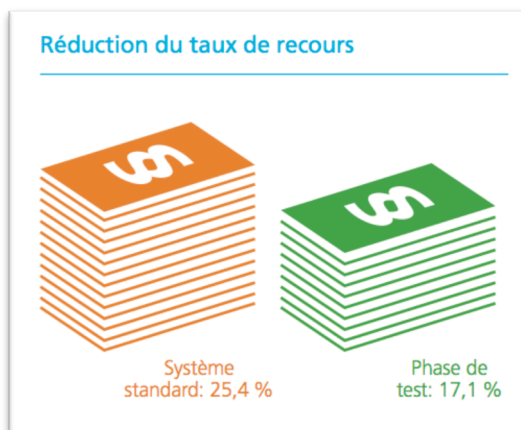


Illustration 1 – Source : SEM, <http://bit.ly/1Yg82Rw>

Plus économique : des centres fédéraux pour des coûts réduits en matière d'asile

Economies réalisées avec les indemnités forfaitaires : 233 mios CHF / an

La restructuration et les indemnités forfaitaires (forfait global, d'aide d'urgence et frais administratifs) de la Confédération aux cantons permettent de réaliser des économies d'environ CHF 233 mios. Ces économies sont réalisées avec la création des centres fédéraux, car moins de demandeurs d'asile sont attribués aux cantons respectivement le besoin d'hébergement dans les structures cantonales pour le traitement des demandes d'asile baisse. La Confédération doit par conséquent fournir moins d'indemnités aux cantons. Finalement, les résultats d'une recherche du Migration Policy Lab de l'université de Zurich montrent que l'accélération des demandes d'asile pour une partie des réfugiés reconnus et des admis provisoires conduit à une intégration professionnelle plus rapide et plus efficace, ce qui permet également de réaliser des économies sur les forfaits globaux.

Coûts de l'accélération de la procédure d'asile : 123 mios CHF / an

L'acquisition ou la construction de nouveaux centres fédéraux nécessite des investissements d'environ CHF 548 mios. Par ailleurs, la création des centres fédéraux conduit à des dépenses courantes d'un total d'environ CHF 123 mios dans les domaines suivants :

- Frais de personnel supplémentaires pour le traitement des procédures accélérées
- Frais supplémentaires pour l'assistance juridique et des personnes extérieures en particulier des interprètes et des rédacteurs de procès-verbaux
- Frais d'exploitation supplémentaires dans les centres fédéraux (frais de sécurité et d'encadrement dans les centres fédéraux)

Potentiel d'économie grâce à l'accélération de la procédure d'asile : CHF 110 mios par an

Au total, en face du potentiel d'économie annuel d'environ CHF 233 mios, se trouvent les frais courants annuels d'environ CHF 123 mios. Cela permet d'atteindre des économies nettes d'environ CHF 110 mios par rapport au système actuel.

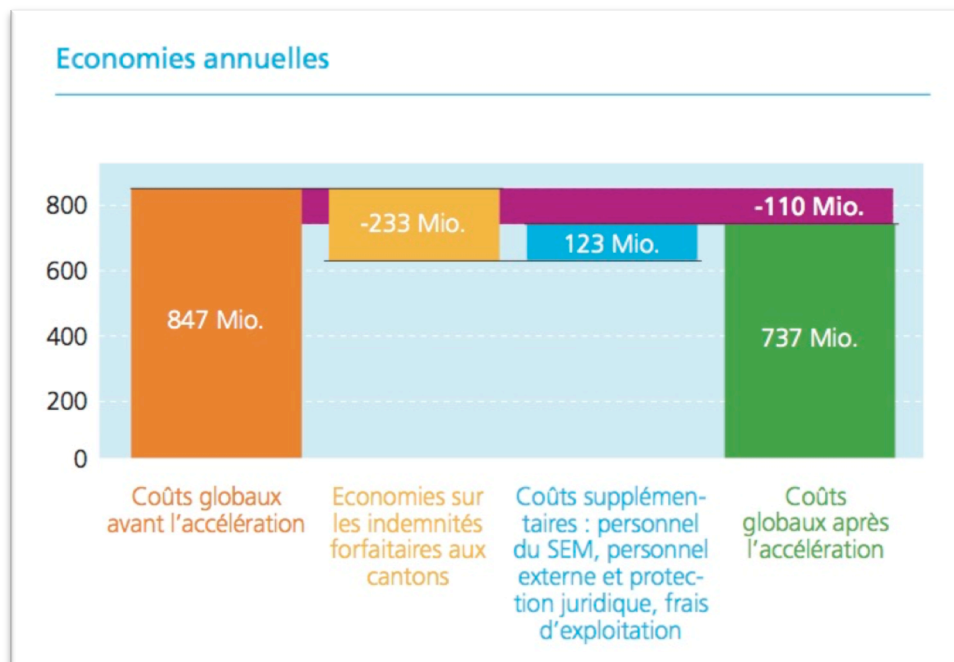


Illustration 2 – Source : SEM, <http://bit.ly/1Yg82Rw>

Plus économique : économies dans le domaine de l'aide sociale

Moins d'aide d'urgence

Les procédures rapides et les conseils ciblés sur le retour/opportunités et les conseils juridiques ont une influence positive sur l'encouragement des personnes à quitter la Suisse. Les demandeurs d'asile expulsés au cours de la phase de test ont beaucoup moins recours à l'aide d'urgence et de façon moins prolongée. Les coûts pour l'aide d'urgence par demandeur d'asile expulsé baissent en moyenne à CHF 185.

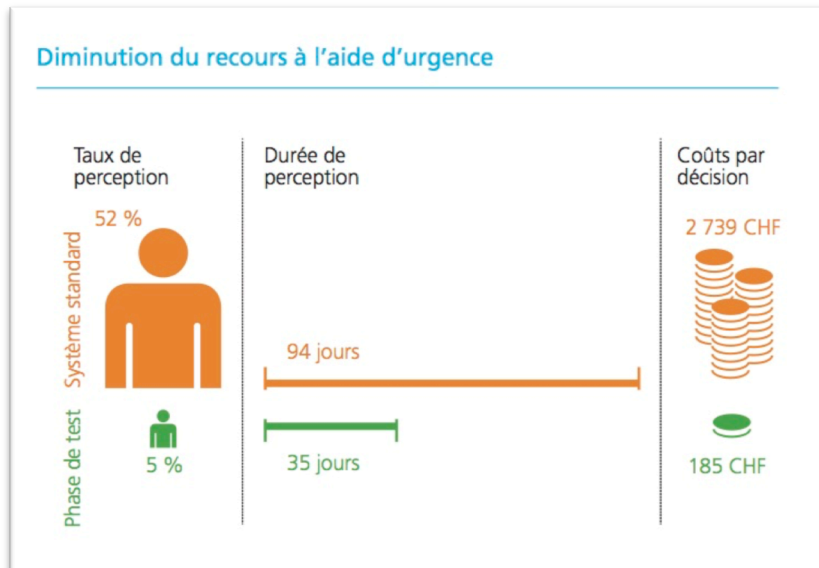


Illustration 3 – Source : SEM, <http://bit.ly/1Yg82Rw>

Traiter le thème de l'asile au lieu de l'entretenir !

La population a déjà donné son approbation à la nouvelle loi sur l'asile

En 2013, le corps électoral a approuvé à 78% la révision de la loi sur l'asile. Les modifications les plus urgentes sont déjà en vigueur et la phase de test pour les centres fédéraux a été rendue possible. La présente révision en est une conséquence. Elle veut que les modifications urgentes qui sont limitées jusqu'en 2019 soient poursuivies sans limite temporelle et veut prendre d'autres mesures pour permettre des procédures rapides et équitables.

Le référendum sur la modification de la loi sur l'asile est un coup de force

L'UDC veut imposer sa politique et n'en accepte aucune autre. C'est la raison pour laquelle elle a annoncé arbitrairement avoir recours au référendum le dernier jour du débat. L'UDC est favorable aux procédures d'asile plus rapides, mais aujourd'hui elle les combat.

Arguments supplémentaires

- **La loi a un large soutien**

Depuis 2010, la loi sur l'asile est en cours de délibération et révisée. En 2013 la population a déjà accepté à 78% les modifications urgentes. Les modifications urgentes doivent à présent être intégrées dans la loi ordinaire. La présente loi est un compromis où toutes les parties ont dû renoncer à des exigences. Il est absurde que la partie adverse (UDC) qui s'était engagée pour des modifications en 2013 saisisse aujourd'hui le référendum. En cas de rejet de la loi, le statu quo serait maintenu (jusqu'en 2019 avec des modifications urgentes) et l'accélération des procédures serait rendue impossible.

- **L'attaque sur l'assistance judiciaire ancrée dans la constitution**

L'assistance judiciaire gratuite n'est pas un privilège pour le citoyen suisse mais est garantie par la Constitution fédérale (art. 29 al. 3) pour toute personne, elle est également prévue dans la Convention européenne des droits de l'homme (art. 6 et 13). Avec son référendum lancé sur le motif de l'assistance judiciaire, l'UDC attaque la protection juridique, un droit traditionnel suisse et ancré dans la constitution. Toute personne qui en a besoin et qui ne dispose pas de ressources suffisantes et dont la cause ne paraît pas dépourvue de toute chance de succès, a droit à une assistance juridique gratuite. Cela vaut aussi bien pour un citoyen suisse accusé de fraude fiscale que pour un demandeur d'asile syrien.

- **Responsabilité des cantons pour une meilleure application**

L'application de la loi sur l'asile est largement améliorée grâce à la révision. La nouvelle loi prévoit ainsi que les cantons peuvent être sanctionnés en cas de défaut d'exécution. L'accès au conseil en vue du retour pour les demandeurs d'asile a également été amélioré.

- **Augmenter le taux d'occupation des réfugiés**

Grâce à l'accélération des procédures, les demandeurs d'asile peuvent être plus rapidement intégrés au monde du travail. Cela conduit à baisser les frais pour l'aide sociale et à une meilleure intégration. Les économies réalisées dans le cadre de l'aide aux réfugiés s'élèvent à jusqu'à CHF 750 millions par an.

Principales critiques et contre-arguments

Contre-arguments concernant l'assistance judiciaire gratuite

Les procédures rapides ne sont possibles qu'avec une assistance judiciaire

Les résultats des tests montrent que les procédures plus rapides ne sont possibles qu'avec une assistance judiciaire cohérente. Il est ainsi possible d'éviter des erreurs de procédure et des recours. Par ailleurs, les délais de réclamation raccourcis ne peuvent être mis en œuvre qu'avec une assistance judiciaire pour que la procédure soit conduite de manière correcte et en respect de l'Etat de droit.

Ancrage de l'assistance judiciaire gratuite dans la constitution

L'assistance judiciaire gratuite n'est pas un privilège réservé au citoyen suisse mais est garantie par la Constitution fédérale (art. 29 al. 3) pour toute personne et également dans la Convention européenne des droits de l'homme (art. 6 et 13).

Forfaits par cas

Les assistants juridiques n'ont aucun intérêt à prolonger les procédures, puisque que les fournisseurs de prestation (dans le cas de la phase de test de l'OSAR) perçoivent un montant forfaitaire par demandeur d'asile.

Frais plus bas pour les autorités de recours

L'Etat prend déjà actuellement en charge l'assistance juridique, si un demandeur d'asile ne peut le financer lui-même et qu'il dépose un recours. Avec cette révision, la limitation des frais d'assistance juridique à un forfait de CHF 1200 permet de réduire les frais.

L'aide au retour peut être expliquée et favorise les retours volontaires

Les résultats de la phase de test à Zurich montrent qu'une assistance juridique ciblée sur le retour et les opportunités influence positivement la disposition à quitter le territoire. L'octroi en amont par l'assistance juridique de conseils sur le retour et d'une évaluation sur les opportunités permet aux demandeurs d'asile une meilleure estimation et plus rapide de la procédure de demande d'asile. En outre, grâce à une procédure cadencée, les requérants savent quand la décision sera prise. En conséquence, ils choisissent plutôt un retour volontaire. Parmi toutes les personnes qui dans la phase de test on choisi l'aide au retour, près de 72% ont fait ce choix dans la phase préparatoire. La loi sur l'asile révisée ne modifie rien quant à l'aide au retour, seule l'information est mieux transmise et le nombre de retours volontaires augmente, ce qui réduit les coûts.

Des frais moins élevés grâce à un meilleur accompagnement

Le nombre de recours et la durée des procédures ont baissé au cours de la phase de test. Selon plusieurs évaluations, la présence de représentants légaux gratuits permet une meilleure information des demandeurs d'asile concernant la procédure et leurs chances.

Article sur l'expropriation dans la procédure d'approbation des plans – Contre-arguments

Procédure ordinaire d'approbation des plans

L'article sur l'expropriation fait partie de la procédure d'approbation des plans. Certains bâtiments et installations (p. ex. conduites de gaz, chemins de fer, lignes à haute tension) ne sont pas traités par le biais de la procédure de permis de construire ordinaire, mais sont toujours soumis à une procédure d'approbation des plans. Celle-ci a également été fixée pour les centres fédéraux et est portée par les cantons et communes.

L'expropriation n'est prononcée que dans les cas extrêmes et se limite à une durée de dix ans

L'expropriation ne doit être appliquée qu'en tout dernier recours. Uniquement en l'absence d'accord ou d'alternative. Les centres fédéraux nécessitant la recherche de grandes installations, la probabilité que cela concerne un particulier est très faible. Les propriétaires fonciers sont généralement les régions correspondantes, les communes et villes. Par ailleurs, tous les droits de veto sont garantis et le propriétaire foncier peut se défendre. La loi prévoit en outre que la procédure d'approbation des plans pour les constructions nouvelles de centres fédéraux est limitée à 10 ans.

Garantie de la proportionnalité

La Confédération est généralement propriétaire ou alors acquiert les biens-fonds concernés. La mesure d'expropriation, dans la procédure d'approbation, des plans est prévue comme dernier recours lorsque la Confédération, les cantons, les communes et éventuellement le particulier ne parviennent à aucun accord. La loi fédérale sur l'expropriation prévoit le cadre et contient des dispositions quant à la proportionnalité. Le DDPS n'a par exemple pas eu recours à cet instrument au cours des 20 dernières années.

NEIN zur verantwortungslosen Willkommenskultur!

**Nein zu Gratisanwälten
und Enteignungen**

ARGUMENTARIUM
gegen die Änderung des Asylgesetzes
(AsylG)

1. ARGUMENTE GEGEN DIE ASYLGESETZREVISION AUF EINEN BLICK	3
2. ASYLSYSTEM SCHWEIZ	5
2.1 Das geltende Asylverfahren	5
2.2 Das vorgesehene, neue Verfahren	5
2.3 Die „Jetzt-wird-alles-besser“ Lüge	7
2.4 Die Unterbringungslüge	8
2.5 Willkommenskultur, statt Verabschiedungsvollzug	8
2.6 Das Dublin-Assoziierungsabkommen	9
2.7 Völkerwanderung nach Europa	12
2.8 Europäischer Vergleich Asylgesuchszahlen im Verhältnis zur Bevölkerung	14
3. WAS WILL DIE SCHÄDLICHE ASYLGESETZREVISION?	16
4. REVISION DES ASYLGESETZES: FALSCHER ANTWORT ZUM FALSCHEN ZEITPUNKT	18
4.1 Veränderte Rahmenbedingungen	18
4.2 Falsche Signale: verantwortungslose Willkommenskultur à la Merkel auch in der Schweiz	18
4.3 Die Revision baut auf völlig falschen Grundlagen auf	19
4.4 Vollzugsprobleme werden nicht angegangen	19
4.5 Offene Tore für Schlepper und illegale Migranten	22
4.6 Asylbewerber: 72 % Männer	22
4.7 Integration stösst an ihre Grenzen – Sicherheit gefährdet	23
4.8 Islamisierung und Wertewandel	23
4.9 Asyl-Kriminalität wird unter dem Deckel gehalten	24
4.10 In zehn Jahren eine Verdreifung der laufenden Kosten – alleine beim Bund	24
5. NEIN ZU GRATIS-ANWÄLTEN FÜR ALLE	27
5.1 Wer kommt als Gratisanwalt in Frage?	27
5.1.1 Ausbau der Asylindustrie	28
5.2 Voraussetzungen für unentgeltliche Rechtsvertretung mehrheitlich nicht erfüllt	28
5.3 Prozessflut vorprogrammiert	29
5.4 Rechtliche Ungleichbehandlung zwischen Asylbewerbern und übriger Bevölkerung	29
5.5 Asyl-Testzentrum zu Staatspropagandazwecken aufgebaut	29
6. PLANGENEHMIGUNGSVERFAHREN UND ENTEIGNUNGEN – EINE AUSHEBELUNG DER STIMMBÜRGER	32
6.1 Einleitung	32
6.2 Vorübergehende Nutzung von Bauten und Anlagen des Bundes	33
6.3 Dauerhafte Nutzung von Bauten und Anlagen des Bundes	33
6.3.1 Plangenehmigung	33
6.3.2 Ordentliches und vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren	34
6.4 Unverhältnismässige Möglichkeit der Enteignung	34
6.4.1 Formelle Enteignung von Grundeigentümern zum Bau von Asylunterkünften	34
6.4.2 Materielle Enteignung von Grundeigentümern	35
6.4.3 Folgen der formellen und materiellen Enteignung für Grundeigentümer und Mieter	35
7. WAS IST ZU TUN?	36
8. ANTWORTEN AUF DIE HÄUFIGSTEN FRAGEN UND VORWÜRFE:	37
9. ANHÄNGE: ZAHLEN UND STATISTIKEN	40
10. BEGRIFFSERKLÄRUNGEN	46
10.1 Definitionen und Ausweise für Asylbewerber aus Drittstaaten	46
10.2 Weitere Begriffe	47

1. Argumente gegen die Asylgesetzrevision auf einen Blick

Die verantwortungslose Asylgesetzrevision zur Neustrukturierung des Asylbereichs ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

1. **Für illegale Wirtschafts- und Sozialmigranten ist die Schweiz nicht da!** Echte, an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge erhalten in der Schweiz Hilfe. Das ist unsere humanitäre Tradition, die nur durch Missbrauchsbekämpfung erhalten werden kann.
2. **Die Asylgesetzrevision schadet der Schweiz.** Die Attraktivität der Schweiz als Zielland ist angesichts der grossen Völkerwanderung nach Europa und der damit verbundenen massiven Probleme stark zu senken. Der Fokus in der Asylpolitik müsste beim Vollzug und damit bei der Rückschaffung der Wirtschafts- und Sozialmigranten liegen. Dieser Führungsaufgabe verweigert sich das Departement Sommaruga seit Jahren. Die heute geltenden Gesetzesgrundlagen würden dazu jedoch vollständig genügen.
3. **Die Vorlage von SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga basiert auf falschen Zahlen.** Die Asylrevision geht von 24'000 Asylgesuchen jährlich aus (2015 hatten wir aber bereits 39'523 Gesuche). Und sie geht davon aus, dass 40% der Asylbewerber als „Dublin-Fälle“ bereits ab Bundeszentren in andere europäische Staaten überwiesen werden können. In der Realität konnten im Jahr 2015 von 17'377 „Dublin-Fällen“ nur gerade 2'461 Personen an die zuständigen Dublin-Staaten überstellt werden, das entspricht nur gut 6% aller Asylbewerber im vergangenen Jahr. Die grosse Mehrheit der verbleibenden Fälle wird auch künftig auf die Kantone verteilt.
4. **Gratisanwälte für alle Asylsuchende führen zu einer teuren Prozessflut.** Für 40'000 Asylsuchende (Jahr 2015) Gratisanwälte zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig zu behaupten die Verfahren werden schneller, glaubt kein vernünftiger Mensch. Eine Prozessflut mit unzähligen Rekursen, noch stärker überlasteten Gerichten und Abermillionen Franken an Kosten sind die Folge. Zusätzlich werden Asylsuchende mit einem bedingungslosen Gratisanwalt bessergestellt als jeder Schweizer Bürger.
5. **Staatliche Enteignungen von Privatpersonen und Gemeinden für den Bau von neuen Asylzentren sind der direktdemokratischen Schweiz unwürdig.** Die Eigentumsrechte der Bürger und die Autonomie der Kantone und Gemeinden werden noch stärker mit Füßen getreten. Die Revision verlangt zentralistische Plangenehmigungsverfahren mit der Möglichkeit von Enteignungen. Damit sollen Grundrechte, Föderalismus und unsere direkte Demokratie für diesen Bereich ausser Kraft gesetzt werden.
6. **Mit der Revision könnten noch mehr Asylsuchende noch schneller hierbleiben,** ungeachtet, ob sie an Leib und Leben bedroht sind oder nicht. Eine Beschleunigung der Verfahren ohne den konsequenten Vollzug mit entsprechenden Rückführungen ist gar kontraproduktiv, da es die Attraktivität der Schweiz als Zielland für Wirtschaftsmigranten und für Schlepper weiter steigert. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die im-

mensen Folgekosten für Gemeinden, Kantone und die Sozialwerke von grosser Bedeutung.

7. **Die langfristigen Kosten werden unser Land an den Rand des Kollapses bringen.** Die Investitionskosten inkl. Arbeitsplätze für die neuen Bundeszentren belaufen sich auf 548 Millionen Franken. Wer will nicht in die Schweiz kommen, wenn es hier für jeden und jede umsonst medizinische, zahnärztliche und psychiatrische Behandlung, Sozialhilfe und jetzt noch einen bedingungslosen Gratisanwalt auf Kosten der Steuerzahler gibt. Dazu kommen die staatlichen Integrationsmassnahmen wie Sprachkurse, Ausbildungszulagen, Benimm-dich-Kurse etc., die massiv ausgebaut und von Bundesbern subventioniert werden. Lautstark fordern linke Kreise bereits staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme für Asylsuchende.
8. **Renitente Asylbewerber könnten mit dem heutigen Asylgesetz bereits gesondert untergebracht werden.** Auch hier betreiben die zuständigen Behörden Verweigerungspolitik und nehmen die Sicherheit der Bevölkerung zu wenig ernst. Asylbewerber waren im Jahr 2015 fünfmal krimineller als die Schweizer Bevölkerung¹. Der Steuerzahler bezahlt ebenfalls die Polizei-, Gerichts- und Gefängniskosten.

Fazit:

Die Asylgesetzrevision will die bereits gescheiterte Willkommenskultur noch ausbauen statt begrenzen. Damit gefährdet sie die humanitäre Asyl-Tradition der Schweiz.

Stattdessen sind die Grenzen sofort systematisch zu kontrollieren, wenn nötig mit Hilfe der Armee, um insbesondere auch den brutalen Schlepperbanden das Handwerk zu legen und eine erste Triage der Migrantenströme vorzunehmen.

Die Regierung hat sich der Thematik des zunehmenden Werte- und Kulturwandel durch die grenzenlose Zuwanderung anzunehmen. Dazu gehören auch die vielen abgewiesenen, aber nicht ausgeschafften oder auch kriminelle Asylbewerber sowie die Gefahr der Einschleusung von Terroristen, welche beispielsweise über die Asylschiene einreisen. Die Bildung von Ghettos, wie wir sie in vielen umliegenden Ländern kennen, ist in der Schweiz zu verhindern. Den Grenzen der Integrationsmöglichkeiten aufgrund der grossen Anzahl von Menschen mit völlig anderem kulturellen Hintergrund ist Rechnung zu tragen.

Mit den geforderten Gratisanwälten für alle Asylsuchenden und der Möglichkeit der diktatorischen Enteignung von Privaten, Unternehmen und Gemeinden zur Umnutzung oder zum Neubau von Asylzentren durch den Bund wird eine verfehlte und gefährliche Politik auf dem Buckel der Bürgerinnen und Bürger durchgedrückt.

Zusätzlich laufen die Kosten vollkommen aus dem Ruder. In diesem Jahr werden die Kosten wohl allein beim Bund auf 1,842 Milliarden Franken ansteigen, bis im Jahr 2018 sich gegenüber 2015 bereits auf 2,4 Milliarden Franken verdoppeln. Zusätzlich tragen Kantone und Gemeinden jährliche Kosten von bis zu 2 Milliarden Franken. Die jährlich rund 3 Milliarden Franken Entwicklungshilfe sind zudem vermehrt als Hilfe und für Informationskampagnen vor Ort einzusetzen und auch an Rückübernahmeabkommen mit diesen Staaten zu knüpfen.

¹ Beschuldigte gemäss Kriminalstatistik 2015

2. Asylsystem Schweiz

2.1 Das geltende Asylverfahren

2015 wurden an den Flughäfen Genf und Zürich 271 Asylgesuche gestellt². Alle anderen der total 39'523 Asylgesuchsteller³ kamen über einen sicheren Dublin-Drittstaat (allesamt EU-Staaten) in die Schweiz. Wer heute auf dem Landweg einreist oder sich bereits in der Schweiz befindet, muss sein Gesuch in einem der fünf Empfangs- und Verfahrenszentren (EVZ) des Bundes einreichen. Sie befinden sich in Basel, Chiasso, Kreuzlingen, Vallorbe und Altstätten.

In der Praxis sieht es so aus, dass die Grenzwaache Asylbewerber aufgreift, egal ob sie Ausweise bei sich tragen oder nicht, ihnen die Adresse des nächsten Empfangszentrums und eine Zugfahrkarte in die Hände drückt und sie losschickt. Ob die Personen je in einem Empfangszentrum ankommen oder gleich untertauchen, weiss ab diesem Moment niemand mehr.

Im Empfangszentrum angekommen, werden Asylsuchende registriert. Es werden Fingerabdrücke abgenommen und die Identitätspapiere eingezogen⁴. Zudem wird eine erste kurze Befragung zur Person durchgeführt. Dabei wird auch nach dem Reiseweg, nach den Asylgründen, der Sprache, der Identität, nach früheren Aufenthaltsorten oder nach den Altersangaben gefragt. Es können auch Abklärungen zum Gesundheitszustand vorgenommen werden.

Nach der ersten Befragung entscheidet das Staatssekretariat für Migration (SEM), ob die Schweiz ein Asylgesuch inhaltlich prüfen muss oder ob dafür ein anderer Staat zuständig ist (sogenanntes Dublin-Verfahren / siehe 2.6).

Danach werden die Asylbewerber für die Dauer der weiteren Bearbeitung des Gesuchs durch das Staatssekretariat für Migration an die Kantone übergeben, welche ihre Unterbringung organisieren.

2.2 Das vorgesehene, neue Verfahren

Neu werden die Asylbewerber aufgegriffen und, statt in Empfangs- und Verfahrenszentren, in die neuen Bundeszentren geschickt - oder sie melden sich dort direkt. In den Bundeszentren ist neu eine so genannte Vorbereitungsphase von maximal drei Wochen vorgesehen, in welcher alles gesammelt werden soll, was nötig ist, um nachher das Verfahren durchzuführen, also Fingerabdrücke, Identitätsdokumente, medizinische Untersuchungen – alles wie gehabt.

Mit dem sogenannten „getakteten Verfahren“ (Worthülse aus dem Departement Sommaruga), soll danach alles schneller gehen: die Anhörung, die Stellungnahme zum Entscheid und der Entscheid - all das soll neu innerhalb von acht Arbeitstagen möglich sein. Das gehe aber nur, wenn alle Akteure vor Ort seien (Dolmetscher, Gratisanwalt, Ärzte und mehr Asyl-Beamte).

Neu will der Bund 60 Prozent aller Gesuche in der Zuständigkeit des Bundes durchführen. Das will der Bund in sechs Regionen mit 16 Bundeszentren mit 5'000 Plätzen schaffen. Über 1400 Plätze verfügt der Bund heute schon in fünf Verfahrenszentren. Doch er braucht noch rund 3'600 weitere Plätze. Um diese zu finden und nutzen zu können, sieht die Gesetzesrevision ein Plangenehmigungsverfahren vor, inklusive die Möglichkeit der Enteignung von Grundstücken. Damit soll das heute geltende ordentliche Baubewilligungsverfahren für Asylzentren und jeglicher Widerstand der lokalen Bevölkerung gebrochen, bzw. verhindert werden.

² SEM Asylstatistik 2015

³ SEM Asylstatistik 2015

⁴ Die SVP Vertreter haben in der parlamentarischen Debatte verlangt, dass sämtliche Dokumente (nicht nur Reisepapiere und Identitätsausweise, die sie auf sich tragen abzugeben sind, kamen aber auch mit diesem Antrag nicht durch).

Die mit der Revision geplanten neuen 16 Bundeszentren mit 5'000 Plätzen im Überblick:

Asyl-Bundeszentren –Verteilung auf die 6 Regionen

Auflistung der Regionen und der geplanten Zahl von Plätzen in den künftigen Bundeszentren.

Region	Plätze in künftigen Bundeszentren
Westschweiz	1280 Plätze
Zürich	870 Plätze
Nordwestschweiz	840 Plätze
Ostschweiz	700 Plätze
Zentral- und Südschweiz	690 Plätze
Bern	620 Plätze

Es werden sechs Asylregionen gebildet, die je ein Verfahrens- und mindestens ein Ausreisezentrum eröffnen müssen.

Insgesamt entstehen 5000 Plätze für Asyl-suchende in Bundeszentren

- **6 Verfahrenszentren (ca. 2'090 Plätze)**

In den Verfahrenszentren des Bundes sollen Asylgesuche künftig eingereicht, geprüft und entschieden werden. Alle dazu nötigen Akteure sollen sich unter einem Dach befinden. Dazu schreibt das Staatssekretariat für Migration: „**Asylsuchende bleiben für die Dauer ihres Verfahrens in diesen Zentren und werden nicht mehr an die Kantone überwiesen.**“⁵ Durch die neuen Zentren in den sechs Verfahrensregionen soll sich der administrative Aufwand reduzieren, was die Verfahren beschleunige. In diesen Zentren gibt es neben den Unterkünften für Asylsuchende auch Büros für Befrager, Dolmetscher, Dokumentenprüfer, die Rechtsberatung und -vertretung, etc.

- **2 besondere Zentren (ca. 120 Plätze für Renitente und Problemfälle)**

Wer als Asylsuchender die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder den Betrieb der normalen Asylunterkünfte des Bundes durch sein Verhalten stört, kann in einem besonderen Zentrum untergebracht werden. Diese Asylsuchenden können zudem individuell durch die kantonalen Behörden mit einer Eingrenzung belegt werden. Das bedeutet, dass sie in diesem Fall ein bestimmtes Gebiet nicht verlassen dürfen.

- **6-10 Ausreisezentren (ca. 2'910 Plätze)**

In den Ausreisezentren halten sich überwiegend Personen auf, deren Asylverfahren unter das Dublin-Abkommen fallen oder deren Asylgesuche abgelehnt wurden. Diese Personen bleiben in den Bundeszentren und sollen nicht mehr wie anhin in die kantonalen Asylzentren transferiert werden. Das Dublin-Verfahren sieht vor, dass nur ein einziger Staat für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig ist. Damit sollen Mehrfachgesuche im EU-Raum vermieden werden. Andere Asylbewerber warten hier die Rückführung ab, wenn ihr Asylgesuch in letzter Instanz negativ entschieden wurde. Es handelt sich also um Personen, die in der Regel die Schweiz nach kurzer Zeit wieder verlassen sollten.

⁵ <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/beschleunigung/bundesasylunterkuenfte.html>

2.3 Die „Jetzt-wird-alles-besser“ Lüge

Mit der schädlichen Asylgesetzrevision sollen künftig 60 Prozent aller Asylgesuche mit diesen raschen Verfahren auf Bundesstufe durchgeführt werden können, inklusive der eingeplanten 40% Dublin-Fälle. Doch was nützt ein schnelles Verfahren, wenn der Wegweisungsvollzug bei abgelehnten Fällen kaum stattfindet? Die meisten Dublin-Fälle können in der Praxis zwar identifiziert, die Betroffenen aber trotz Verträge nicht zurückgeschafft werden. Stattdessen werden sie dann doch (siehe Abschnitt 2.6) den Kantonen und Gemeinden aufgehast. Und wie kommuniziert Frau Bundesrätin Sommaruga mit den EU-Vertragspartnern? Sie pocht auf eine solidarische Lösung, statt auf Vertragseinhaltung.

Das Departement von Bundesrätin Sommaruga verspricht dem Volk bei Asylgesetzrevisionen jeweils viel, setzt das geltende Recht dann aber nicht um. Vor allem Volksentscheide werden nicht umgesetzt. Schon vor drei Jahren hat Asyl-Ministerin Sommaruga das Volk mit einer Asylgesetzrevision über das Ohr gehauen. Bei der Volksabstimmung über die dringliche Asylgesetzrevision vom 9. Juni 2013, bei der linke Kreise das Referendum ergriffen hatten, stimmten sagenhafte 78% der Schweizerinnen und Schweizer JA zu Verschärfungen. Sie sagten etwa Ja zu:

<u>Versprechen Bundesrätin Sommaruga</u>	<u>Taten strafen der Worte Lüge</u>
<p>Wehrdienstverweigerung ist keine Flüchtlingseigenschaft mehr:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Damit reagiert das Parlament auf den Beschluss der damaligen Asylrekurskommission (heutiges Bundesverwaltungsgericht), dass Wehrdienstverweigerer aus Eritrea immer als Flüchtlinge gelten. Der damalige Entscheid hatte zur Folge, dass Tausende Eritreer (und solche, die behaupteten Eritreer zu sein) in der Schweiz ein Asylgesuch stellten und praktisch immer als Flüchtlinge anerkannt wurden. 	<p><i>Was ist seither passiert?</i></p> <p><i>Nichts! Die Schweiz setzt den Volksentscheid nicht um und wird immer attraktiver für Asylbewerber aus Eritrea. Die Zahl der Asylgesuche aus Eritrea ist seit 2013 von 2'563 auf 9'966 (im Jahr 2015) gestiegen. Mit 38,6% kommen die Asylgesuche aus Eritrea im Jahr 2015 immer noch auf eine extrem hohe Anerkennungsquote.</i></p>
<p>Renitente Asylbewerber können in besonderen Zentren untergebracht werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die SVP forderte für renitente geschlossene, eingezäunte Anlagen. Die Forderung wurde jedoch abgelehnt. Mit dem Resultat, dass der Volkswille bis heute nicht umgesetzt wurde und renitente, teilweise gefährliche Asylbewerber einfach in normalen, offenen Unterkünften wohnen. 	<p><i>Was ist seither passiert?</i></p> <p><i>Nichts! Es gibt noch kein einziges Zentrum für renitente Asylbewerber. Bundesrätin Sommaruga bringt die Idee in der neuen Asylgesetzrevision wieder. Dafür bräuchte es die Revision aber gar nicht. Solche Zentren sind heute schon gesetzlich machbar. Es fehlt wie überall im Asylwesen bloss am Vollzug der geltenden Gesetzgebung.</i></p>
<p>Bundesbauten können während höchstens drei Jahren ohne Bewilligung der betroffenen Kantone und Gemeinden als Asylunterkünfte genutzt werden, sofern diese Umnutzung keine baulichen Massnahmen bedingt.</p>	<p><i>Was ist seither passiert?</i></p> <p><i>Oft rücksichtslos und mit schlechter Information und Kommunikation vor Ort wird dies genutzt, um neue Plätze für Asylsuchende zu schaffen. Die betroffenen Bewohner wissen wenigstens, dass die Massnahme auf 3 Jahre beschränkt ist. Das neue Asylgesetz will gar noch viel weiter gehen und nötigenfalls Enteignungen von Grundstücken von Privaten, Unternehmen</i></p>

	<i>und Gemeinden möglich machen. Das ist unschweizerisch und eine Aushebelung des Rechtsstaates.</i>
--	--

2.4 Die Unterbringungslücke

Die 5'000 Betten in den Bundeszentren reichen bei 3'600 neuen Gesuchen monatlich (Monat Januar 2016) gerade einmal fünf bis sechs Wochen. Dann wird man die Asylbewerber für den weiteren Verlauf des Verfahrens aus den chronisch überfüllten Bundeszentren wohl oder übel an die Kantone übergeben.

Doch den Kantonen und Gemeinden wird von Seiten des Staatssekretariats für Migration glaubhaft gemacht, sie könnten ihre „Unterbringungskapazitäten massiv reduzieren“. Sie würden in Zukunft noch rund 10'000 Plätze benötigen. Dieses Versprechen ist angesichts der Realität Augenwischerei.

Die Rechnung ist bei 39'523 Asylgesuchen (Jahr 2015) schnell gemacht: Müssten die Kantone und Gemeinden künftig wie vorgesehen nur noch 10'000 davon übernehmen, hätte sich der Bund um 29'523 zu kümmern (inkl. Abgänge und Rückführungen). Wie soll das mit 5'000 Betten gehen?

Entweder übergibt man die Asylbewerber aus den Bundeszentren rasch an die Kantone, um Betten frei zu machen (dann ändert sich nichts gegenüber heute) – oder man baut zusätzliche Bundeszentren, womit die die Kosten der Gesetzesrevision explodieren. Eines ist aber sicher: Ein schnellerer Entscheid führt noch lange nicht zu einer schnelleren Ausreise oder Rückschaffung der Asylbewerber. Mit der heutigen politischen Führung ist es gar kontraproduktiv, da diese Revision noch schneller Platz macht für neue hauptsächlich Wirtschaftsmigranten. Ein Grossteil der Asylbewerber bleibt langfristig in der Schweiz (als anerkannte Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene, Härtefälle usw.). Diese Personen landen – sofern die Revision ihre Wirkung entfaltet - noch rascher bei den Kantonen und Gemeinden, welche langfristig für sie aufkommen müssen (Sozialhilfe).

Die Kantone werden also weiterhin die Hauptlast der Asylunterbringung tragen müssen. Denn die Asylgesetzrevision sieht zudem vor: Wenn weitere Abklärungen nötig sind (bei rund 40% der Fälle vorgesehen), soll auch ein erweitertes Verfahren stattfinden, das maximal zwölf Monate dauern soll. Dann werden die Asylsuchenden auf die Kantone verteilt, und auch sie haben einen Anspruch auf eine Beratung und eine Rechtsvertretung, aber nur noch für entscheidungswesentliche Verfahrensschritte.

Ausser höheren Kosten und allenfalls schnellere Entscheiden ändert sich mit der Asylgesetzrevision am effektiven Vollzug und Rückführung in der Realität also wenig bis gar nichts.

2.5 Willkommenskultur, statt Verabschiedungsvollzug

Das Ziel der Politik von Bundesrätin Sommaruga und der Mitte-Links-Mehrheit im Parlament ist es medienwirksam möglichst viele Migranten in der Schweiz aufzunehmen, egal, ob sie verfolgt sind oder nicht, und dies als humanitäre Tradition auszugeben. **Das Zeichen, das sie abgeben, ist, dass man problemlos illegal in die Schweiz einreisen kann – Schlepperwesen und Menschenhandel werden ausgeblendet - und hier von A wie Anwalt bis Z wie Zahnarzt versorgt wird. Gratisanwälte werden ein Bleiberecht schon erstreiten. Das zieht weitere Scheinasylanten wie ein Magnet an.**

Die Folgen dieser ruinösen Politik müssen – insbesondere auf längere Sicht – die Gemeinden und damit die Bevölkerung, vorab die Steuerzahler, tragen. Die Mehrheit der Asylsuchenden ist weder in die Gesellschaft noch in den Arbeitsmarkt integrierbar. Gemäss der Antwort auf

eine Interpellation im Jahr 2014 von Nationalrat Peter Keller waren im Jahr 2012 Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene aus Eritrea oder Syrien zu über 90% bzw. zu über 85% von der Sozialhilfe abhängig. Die grosszügige Schweizer Unterstützung umfasst nicht nur die Sozialhilfe, sondern auch umfassende Leistungen im Bereich Krankenkasse, Zahnarzt, Sprachkurse, Schulen usw. Längerfristig ist diese undifferenzierte und masslose Aufnahmepolitik **für unsere Gemeinden und unser Sozialsystem finanziell nicht tragbar**. Die Aushöhlung unseres Sozialsystems durch Personen, die selber keinen Rappen Steuern und Abgaben einbezahlt haben, wird über kurz oder lang zu sozialen Unruhen führen.

Zu dieser Politik passt, dass Bundesrätin Sommaruga neben den Asylbewerbern, die in die Schweiz gelangen, noch Tausende aus anderen EU-Ländern einfliegen und übernehmen möchte, um so ihre Solidarität mit der EU zu unterstreichen.

2.6 Das Dublin-Assoziierungsabkommen

Mit der Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 sagte das Schweizer Volk mit 54.6% Ja zu den Schengen/Dublin-Verträgen mit der EU. Dies gegen massiven Widerstand der SVP, welche damals unterlegen ist.

Im Vorfeld der Abstimmung hat der Bundesrat den Schweizerinnen und Schweizer diverse Versprechungen gemacht, die nie eingehalten worden sind. Über zehn Jahre später sieht die Bilanz folgendermassen aus:

<p>Das hat der Bundesrat vor der Abstimmung 2005 versprochen⁶:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Das Schengen-Abkommen hebt die systematischen Passkontrollen an den Grenzen zwischen den Schengen-Staaten auf...“ ▪ „Mit einer Reihe von Massnahmen erhöht es [...] die Sicherheit...“ 	<p>So sieht die Schengen-Realität für die Schweiz heute aus:</p> <p style="text-align: center;">✓</p> <p>➤ Seit dem Schengen-Beitritt gelangen deutlich mehr illegale Einwanderer in die Schweiz.⁷ Der Kriminaltourismus hat zugenommen.⁸</p>
--	---

⁶ Abstimmungsbüchlein (Erläuterungen des Bundesrates) zur Volksabstimmung vom 5. Juni 2005, S. 5 ff.

⁷ Total rechtswidrige Ein-/Ausreise und Aufenthalt sind gemäss polizeilicher Kriminalstatistik vom Jahr 2009 (neue Gliederung der Statistik daher nur diese Zahlen wirklich vergleichbar) bis ins Jahr 2015 von 18'543 Straftaten auf 29'710 Straftaten angewachsen (+ 60%). Alleine von 2014 auf 2015 ergibt sich ein plus von 11%.

⁸ 2011 hatten über 40% der wegen Vermögensdelikten Verurteilten keinen Wohnsitz in der Schweiz (vgl. Rahel Guggisberg, „Immer mehr Banden suchen die Schweiz heim“, Berner Zeitung vom 19. Februar 2014, online unter: <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Immer-mehr-Banden-suchen-die-Schweiz-heim/story/24177009>). Während 2009 etwa 2700 Ausländer, die weder zur ständigen Wohnbevölkerung noch zur Asylbevölkerung gehörten, eines Einbruchs, Taschen- oder Ladendiebstahls beschuldigt wurden, stieg diese Zahl 2013 auf ca. 5600 (vgl. Camilla Alabor, „Die Schweiz ist nicht mehr das sicherste Land“, 20 Minuten vom 24. März 2014, online unter: <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/-Die-Schweiz-ist-nicht-mehr-das-sicherste-Land--30814726>). Erst 2015 ist die Zahl der Beschuldigten aus der nichtständigen Bevölkerung marginal gesunken (Polizeiliche Kriminalstatistik, Jahresbericht 2015, S. 8). Das könnte u.a. auf die im Anschluss an die Paris-Anschläge vom November 2015 wieder eingeführten Grenzkontrollen in Frankreich zurückzuführen sein, die zu einem massiven Rückgang der Kriminalität, insbesondere etwa in Genf, geführt haben (vgl. <http://www.letemps.ch/suisse/2016/02/05/delinquants-passent-frontiere-franco-suisse>). Diese Grenzkontrollen könnten möglicherweise zumindest teilweise auch den Rückgang bei den Vermögensdelikten

<ul style="list-style-type: none"> ▪ „Dazu gehören im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Kontrollen an der Aussengrenze des Schengen-Raums...“ ▪ „...und die Fahndungsdatenbank SIS.“ „Um trotz Reisefreiheit die Sicherheit zu gewährleisten, hat die EU die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz verstärkt. Kernstück ist das Fahndungssystem SIS. [...] Mit den neuen Instrumenten im Bereich der Sicherheit soll verhindert werden, dass sich straffällige Personen in ein anderes Land absetzen.“ ▪ „Das Schengener Sicherheitssystem sieht auch eine gemeinsame Visumpolitik vor. Alle Schengen-Staaten erteilen die Visa nach einheitlichen Kriterien und die Gesuche werden eingehend geprüft.“ ▪ „Die Kosten von Schengen und Dublin belaufen sich in den nächsten Jahren 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Die Schengen-Aussengrenze ist an vielen Stellen durchlässig (Griechenland und Italien besitzen allein über 20'000 km offene, kaum schützbares Küsten). Zudem sind Qualität und Intensität der Grenzkontrollen je nach Land sehr unterschiedlich. Allein 2015 ist es daher über einer Million illegaler Einwanderer gelungen nach Europa zu kommen.⁹ ➤ Die für 2007 vorgesehene Fertigstellung von SIS II wurde fünfmal verschoben. Letztendlich wurde SIS II erst im April 2013 in Betrieb genommen.¹⁰ Die Kosten, die ursprünglich mit 15 Millionen Euro veranschlagt worden waren, lagen am Schluss bei über 190 Millionen Euro!¹¹ Es kommt hinzu, dass nur die wenigsten Ausschreibungen im SIS erfolgen. Polizei und Staatsanwaltschaft nehmen ihren Ausschreibungen grösstenteils weiterhin nur in der nationalen Fahndungsdatenbank RIPOL vor. ➤ Dass Schengen-Visa erschlichen werden, ist an der Tagesordnung.¹² Dennoch muss die Schweiz, wenn die EU z.B. Visafreiheit für die Bürger aus der Türkei beschliesst, das hinnehmen, ungeachtet auch der Gefahr, dass zahlreiche Personen bei ihren in der Schweiz wohnhaften Verwandten untertauchen.¹³ ➤ Dies entspräche für den Zeitraum 2005-2010 einer Summe von 37 Mio. Franken.
--	--

(Diebstähle) erklären. Hierbei gilt es allerdings zu beachten, dass es sich bei diesen Straftaten oft um kleinere Delikte handelt, weshalb ein Rückgang auch deshalb zu beobachten sein könnte, weil weniger Vermögensstraftaten angezeigt werden (Klau des Portemonnaies), ohne dass in diesem Bereich tatsächlich weniger Straftaten begangen wurden.

⁹ „UN zählt 2015 eine Million neue Flüchtlinge in Europa“, Die Welt, 22. Dezember 2015, online unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/un-fluechtlinge-europa-2015>. Für genauere Zahlen vgl. auch den *Asylum Quarterly Report* (März 2016) des Statistikbüros der EU, Eurostat, online unter: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_quarterly_report

¹⁰ Vgl. zur Chronologie der Entwicklung von SIS II auch den Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs „Erkenntnisse aus der Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) durch die Europäische Kommission“, 2014, S. 43, online unter: http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR14_03/SR14_03_DE.pdf.

¹¹ „Fahndungsdatenbank SIS wird teurer als bisher geschätzt“, online unter: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Fahndungsdatenbank-SIS-II-wird-teurer-als-bisher-geschaetzt-1865443.html>.

¹² Ott, Interview Tagesanzeiger (Fn. 2).

¹³ Dazu diverse Presseberichte, etwa NZZ vom 9. November 2010, S. 5 oder 20Minuten vom 10. November 2010, S. 9.

<p>für den Bund auf durchschnittlich 7,4 Millionen Franken pro Jahr.“</p>	<p>In einer provisorischen Aufstellung kam der Bundesrat aber auf eine Summe von 185 Mio. Franken, welche Schengen die Schweiz bis 2010 gekostet hat.¹⁴ Unter dessen kostet die Schweiz das Abkommen etwa 100 Mio. Franken jährlich.¹⁵</p>
--	---

Der Dublin-Raum umfasst heute 32 Staaten, die 28 der Europäischen Union sowie Norwegen, Island, das Fürstentum Liechtenstein und die Schweiz. Grundlage des Dublin-Verfahrens bilden zwei Verordnungen des Rates der Europäischen Union und der Europäischen Kommission. Das Dublin-Verfahren hat zum Ziel, dass nur ein einziger Dublin-Staat für die Prüfung des jeweiligen Asylgesuchs zuständig ist, nämlich jener, in welchem der betreffende Asylbewerber erstmals registriert wurde. Steht die Zuständigkeit fest, findet das nationale Recht des zuständigen Dublin-Staates Anwendung. Reist der Asylbewerber weiter und stellt in anderen Dublin-Staaten erneut ein Asylgesuch, so kann dieser an den zuständigen Staat der erstmaligen Registrierung überstellt werden. Soweit der Buchstabe.

Die Praxis sieht leider anders aus: Asylbewerber kommen heute auf dem Landweg über viele sichere Staaten in die Schweiz. Sie suchen sich ihr Wunschziel aus. Das ist grundsätzlich ein grosser Unterschied zur Situation, wie sie etwa während dem Zweiten Weltkrieg herrschte.

Der häufigste Fall ist, dass eine Person illegal über eine EU-Aussengrenze in einen Dublin-Staat eingereist ist. Im Jahr 2015 konnten durch die Schweiz von 17'377 mutmasslichen „Dublin-Fällen“ nur 2'461 Personen effektiv an die Länder ihrer ersten Registrierung überstellt werden¹⁶. Im Rahmen des Dublin-Abkommens musste 2015 zudem auch die Schweiz 558 Personen von anderen Dublin-Staaten übernehmen.

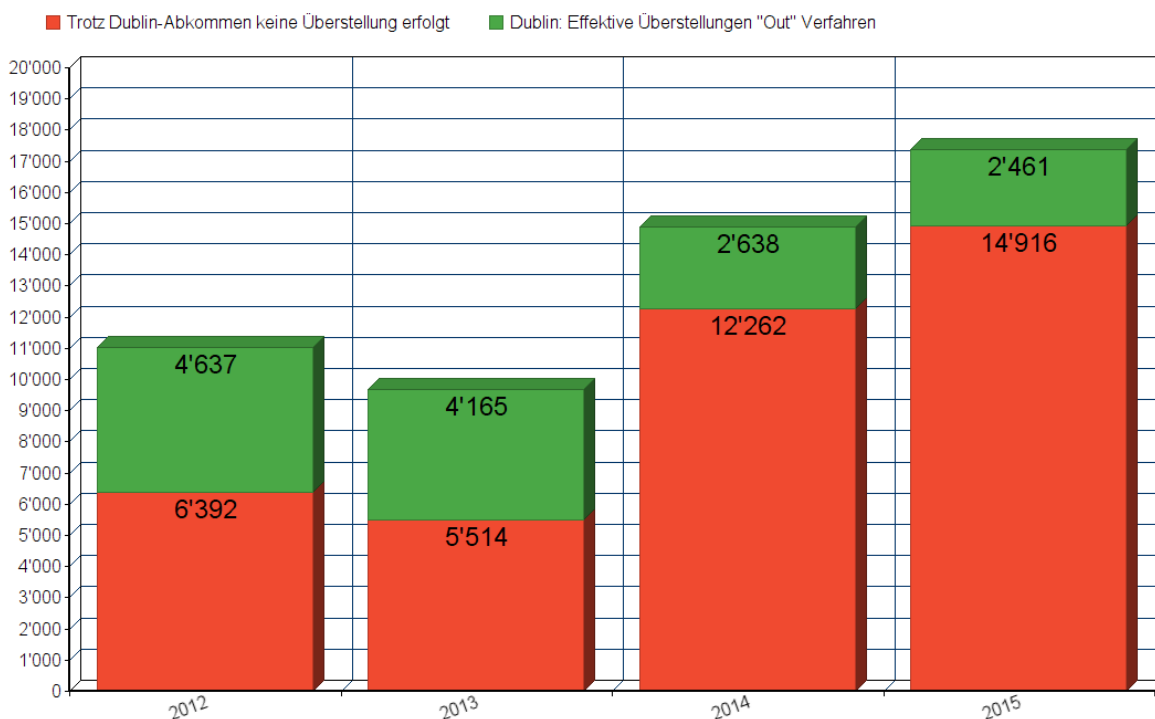
¹⁴ Vgl. die Unterlagen des Bundesrates zu den Von-Wattenwyl-Gesprächen mit den Bundesratsparteien vom 3. September 2010, S. 8 (französische Version).

¹⁵ Christian Mundt, „Das Märchen von Dublin“, Weltwoche 21/2014; Tagesanzeiger vom 20. Oktober 2012, online unter: <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Kostenfalle-Schengen/story/13736567>. In der Bernerzeitung ist von 600 Mio. Franken für die Jahre 2005-2014 die Rede (Peter Meier, „EU pumpt Milliarden in die Überwachung – die Schweiz zahlt brav mit“, Bernerzeitung vom 3. März 2015, online unter: <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/EU-pumpt-Milliarden-in-Ueberwachung--die-Schweiz-zahlt-brav-mit/story/20425812>).

¹⁶ SEM Asylstatistik 2015

Effektive Rückführungen in zuständigen Dublin-Staat

Mutmassliche Dublin-Fälle: Ersuchen um "Out"-Verfahren und effektive Überstellungen



	2012	2013	2014	2015
Asylgesuche	28631	21465	23765	39'523
davon mutmassliche Dublin-Fälle	11029	9679	14900	17'377
Effektive Rückführungen in Dublin-Staaten	4637	4165	2'638	2'461

Quelle: Staatssekretariat für Migration

2.7 Völkerwanderung nach Europa

Die gemeinsame Asylpolitik der EU hat versagt. Die zusätzlichen Willkommenssignale von Deutschland für die stattfindende Völkerwanderung nach Europa, die in erster Linie die Schlepper bereichert, setzt falsche Zeichen in den Herkunftsländern. Je mehr Personen mittels Schleppern nach Europa gelangen, desto mehr werden ihnen folgen. Die tödlichen Dramen werden mit einer grenzenlosen Aufnahmepolitik nicht aufhören, sondern erst recht angeheizt. Das Schlepperwesen ist zu einem riesigen, kriminellen und menschenverachtenden Geschäft geworden.

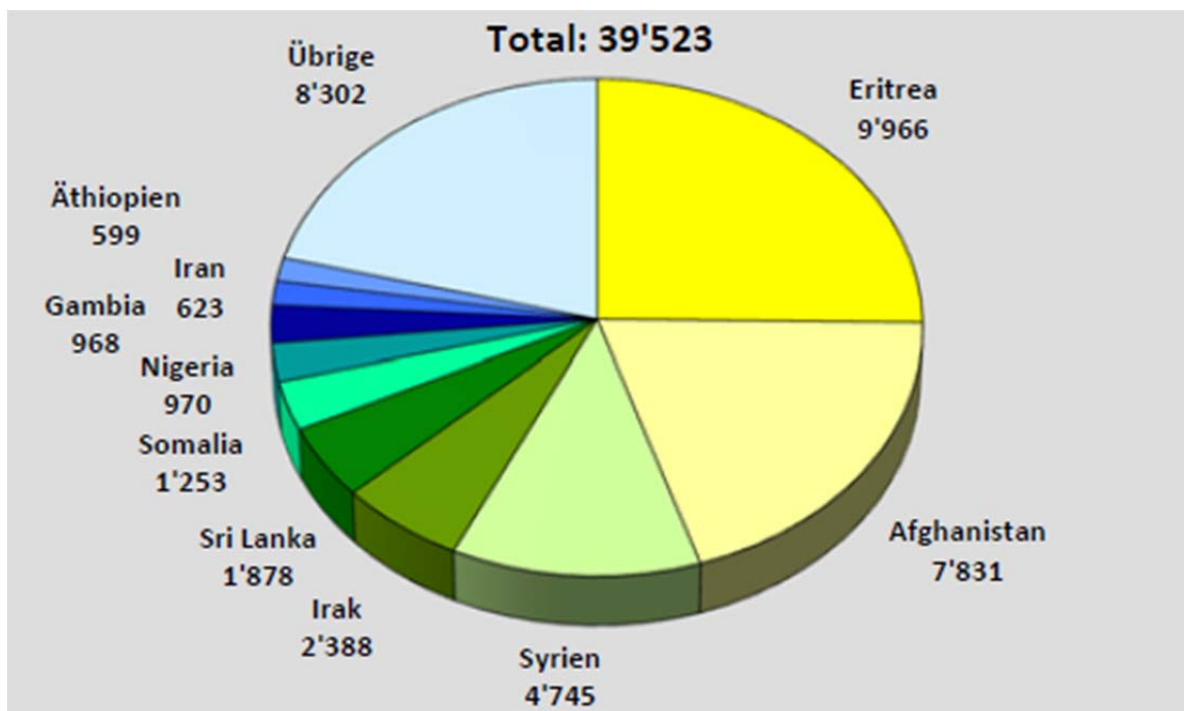
Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität im österreichischen Bundeskriminalamt lässt sich zitieren: "Schlepper verkaufen Gesamtpakete. Für eine dreiköpfige Familie verlangen sie 30'000 Euro für die Schleppung von der Türkei bis Schweden. 8'000 bis 12'000 Euro pro Person sind ein gängiger Preis."¹⁷ Ebenfalls im gleichen Artikel steht: „Europol hat den Profit, den Schlepperbanden im vergangenen Jahr gemacht haben, auf drei bis sechs Milliarden Euro geschätzt und vor einer Verdoppelung oder sogar Verdreifachung für den Fall gewarnt, dass der Zustrom von Flüchtlingen anhält.“

¹⁷ Quelle: Österreichisches Bundeskriminalamt zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität
<http://www.suedtirolnews.it/d/artikel/2016/02/26/schlepperei-wird-laut-polizei-neu-organisiert.html#.VuLgEij2ZaQ>

In der aktuellen Diskussion ist es umso wichtiger, dass klar unterschieden wird zwischen an Leib und Leben verfolgten Flüchtlingen nach Genfer Konvention, Kriegsvertriebenen und illegalen Wirtschafts- und Sozialmigranten.

Wir haben heute die Situation, dass unsere Asylunterkünfte wie auch unsere finanziellen und personellen Ressourcen im Asylwesen massgeblich durch Personen belastet werden, die weder an Leib und Leben verfolgt sind noch aus einem Kriegsgebiet kommen.

45% aller Asylgesuche im Jahr 2015 wurden von Personen aus Eritrea und Afghanistan eingereicht. Syrer haben hingegen nur 12% der Asylgesuche ausgemacht.



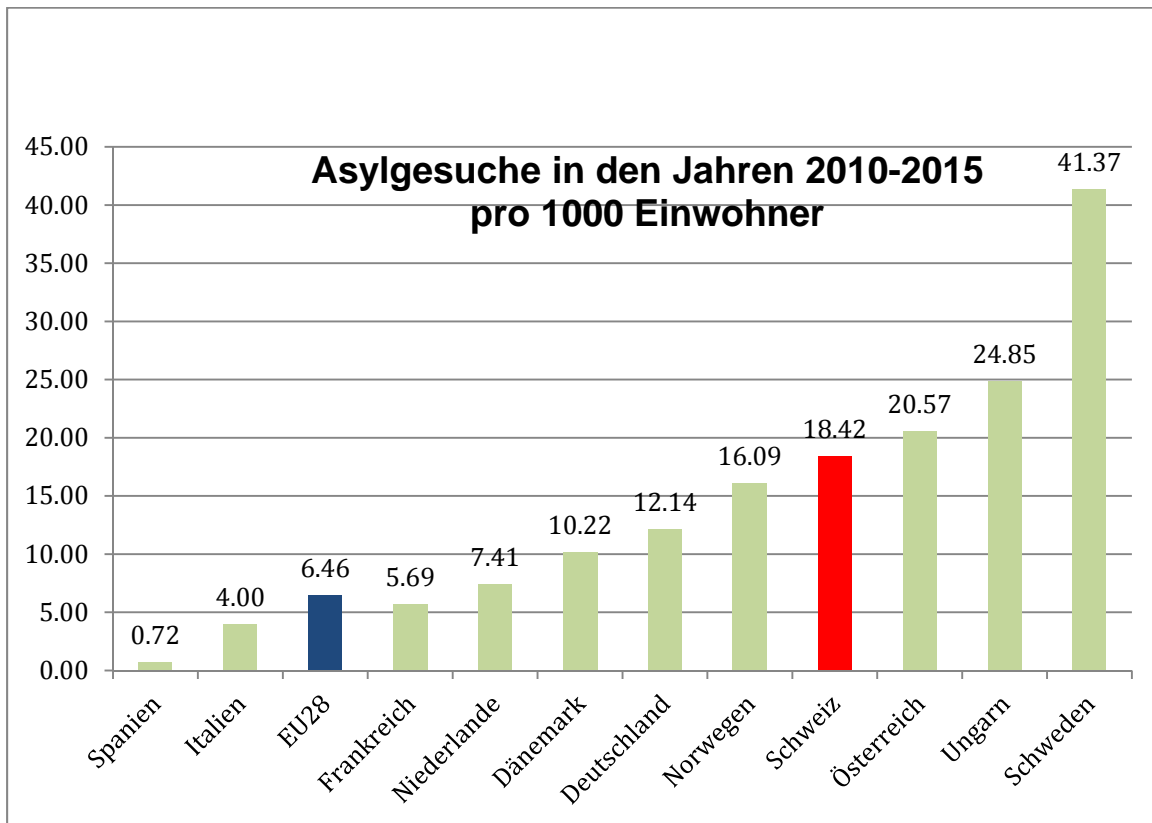
Quelle: Staatssekretariat für Migration

Doch statt hier ein klares Zeichen zu Gunsten von echten Flüchtlingen und zu Ungunsten von illegalen Wirtschaftsmigranten zu setzen, erhalten über die Hälfte (Schutzquote von 50-60%) aller Gesuchsteller entweder Asyl oder die vorläufige Aufnahme, welche in der Realität früher oder später ebenfalls zu einer Aufenthaltsbewilligung führt.

2.8 Europäischer Vergleich Asylgesuchszahlen im Verhältnis zur Bevölkerung

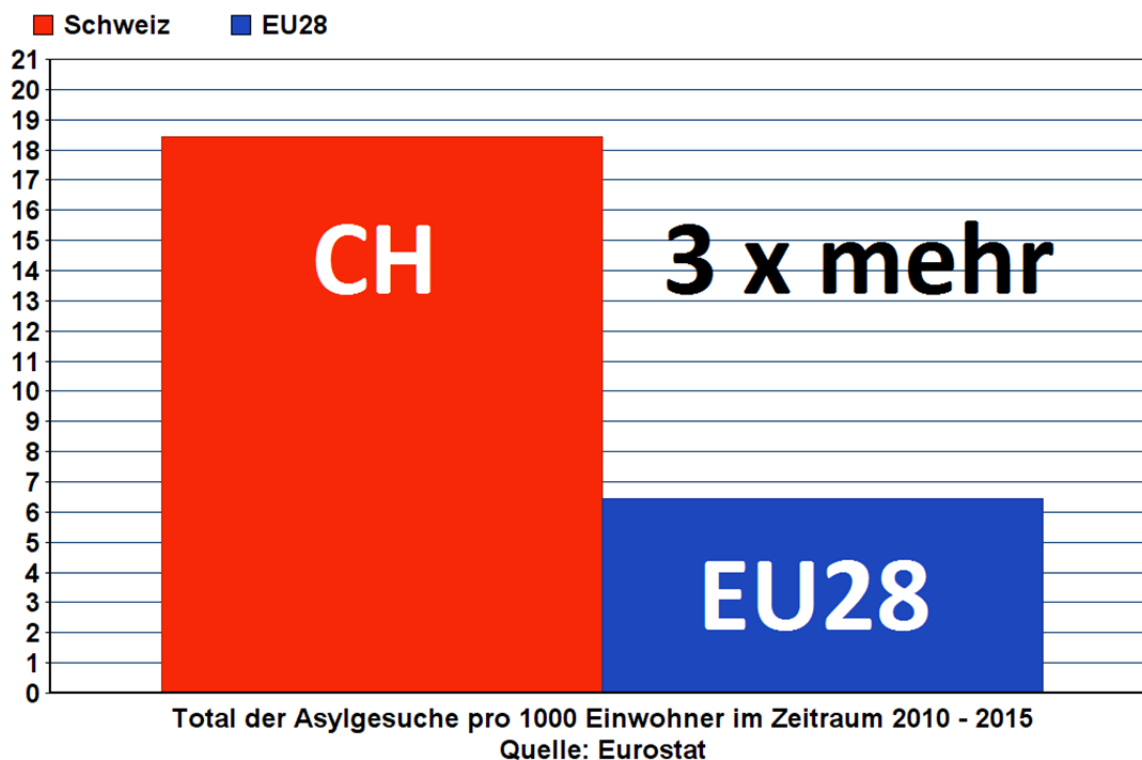
Die Schweiz ist im europäischen Vergleich auch 2015 immer noch bei den Spitzenreitern, was die Asylgesuchszahlen betrifft. Die Zahl der Asylgesuche muss immer ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl eines Landes gesetzt werden.

Trotz den Fernsehbildern von massiven Flüchtlingsströmen nach Deutschland, verzeichnet die Schweiz zwischen 2010 bis 2015 pro 1'000 Einwohner immer noch massiv mehr Asylgesuche als etwa Deutschland, Frankreich oder Italien.



Quelle: Eurostat

Schweiz: 3x mehr Asylgesuche als im Durchschnitt aller Länder der EU28



Das nicht funktionierende Dublin-Abkommen sowie die offenen Schengen-Grenzen, ohne rigorose Kontrollen an den EU-Aussengrenzen, sind Sprengstoff in einer Zeit der Völkerwanderung nach Europa.

Die Ersteintrittsstaaten registrieren die Ankommenden nicht und die EU beschliesst eine Verteilung der Migranten. Dies alles steht im klaren Widerspruch zu Schengen/Dublin. Niemand trägt Verantwortung.

Das System der „offenen Türen“, gepaart mit einer staatlich gelebten Willkommenskultur, entfaltet eine regelrechte Sogwirkung für Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben.

Dabei wägen Scheinasylanten ihre Chancen durchaus richtig ab. Kaum jemand von ihnen ersucht in Spanien oder Bulgarien um Asyl. Hingegen sind Österreich, Deutschland, Schweden und die Schweiz logischerweise lohnendere Ziele.

Schweiz öffnet ihre Tore – Dublin-Staaten machen sie dicht

Schweden hat jüngst für Asylsuchende de facto die Grenzen geschlossen. Dänemark wird wegen einer Verschärfung des Asylgesetzes vom Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge extensiv gerüffelt. Norwegen will mit der Einführung von vierzig neuen Restriktionen im Asylwesen zu einer möglichst unattraktiven Destination für Flüchtlinge werden¹⁸. Ungarn mauert sich ein. Österreich legt eine Obergrenze für neue Asylgesuche fest. Frankreich, Italien und Spanien nehmen kaum mehr „Dublin-Fälle“ zurück. Und was macht die Schweiz? Sie will Verfahren beschleunigen um noch mehr Gesuche noch schneller bearbeiten zu können.

¹⁸ NZZ 24.01.2016

<http://www.nzz.ch/international/europa/legislatives-wettruesten-in-skandinavien-1.18682184>

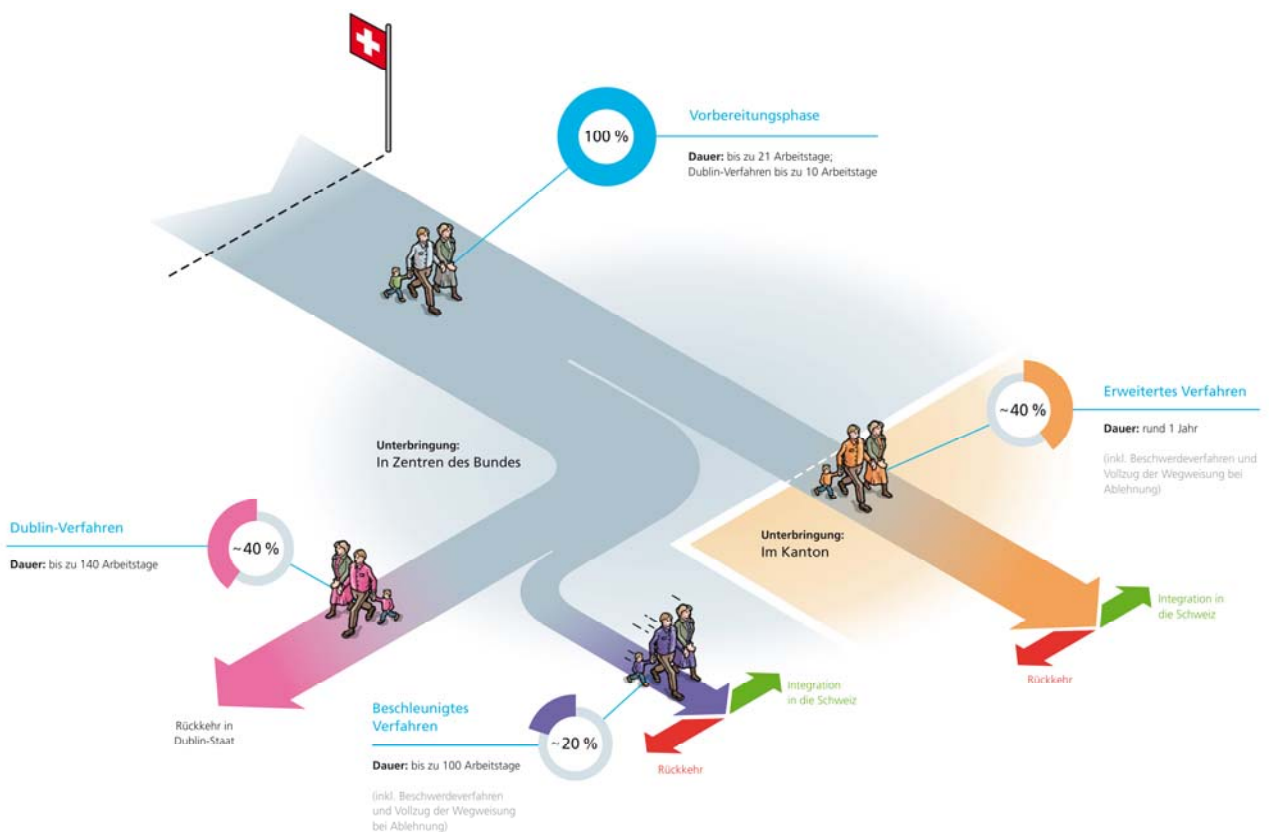
3. Was will die schädliche Asylgesetzrevision?

In der Botschaft des Bundesrates an das Parlament wird von den übergeordneten Zielen gesprochen¹⁹:

„Mit der Neustrukturierung des Asylbereichs sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Asylverfahren sollen rasch und rechtsstaatlich korrekt durchgeführt werden;
- schutzbedürftigen Personen soll weiterhin der notwendige Schutz gewährt und sie sollen so rasch als möglich in der Schweiz integriert werden;
- der Anreiz, offensichtlich unbegründete Asylgesuche einzureichen, soll gesenkt und der Missbrauch im Asylbereich bekämpft werden;
- die Glaubwürdigkeit des Asylbereichs soll nachhaltig gestärkt werden.“

Die mit der Asylgesetzrevision geplante Neustrukturierung des Asylbereichs soll zu schnelleren Verfahren unter Beibehaltung der Fairness (Rechtsberatung) führen. Dazu wird die Schweiz in sechs Verfahrensregionen eingeteilt werden. Die geplanten neuen Verfahrenszentren des Bundes sollen idealerweise zwischen 350 und 650 Plätze anbieten können. Für die Ausreisezentren wird von einer Grösse von 250 bis 500 Plätzen ausgegangen. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) verspricht tiefere Kosten dank effizienten Abläufen in diesen relativ grossen Zentren.



Quelle: SEM, 11 Fakten zu den Bundeszentren

¹⁹ Botschaft zur Änderung des Asylgesetzes vom 3. September 2014: Seite 8010

1. Ziel: Beschleunigung der Verfahren

Ziel ist es mehr Verfahren in den Bundeszentren zu erledigen und damit weniger Asylsuchende an die Kantone zu überstellen.

Wie dies?

60 % der Asylgesuche sollen in den Bundeszentren erledigt werden, nur noch 40% bei den Kantonen bzw. Gemeinden. Mit diesen Versprechungen hat man die Gemeinden und Kantone im Rahmen der Vernehmlassung geködert.

~ 40 % sollen im Dublinverfahren in Bundeszentren abgearbeitet werden: D.h. in 140 Arbeitstagen soll das Verfahren abgeschlossen werden und die Asylsuchenden in den Dublin-Staat abgeschoben sein. Im Dublin-Verfahren werden wie heute keine Anhörungen gemacht, es wird jedoch eine Erstbefragung durchgeführt und das rechtliche Gehör gewährt.

~ 20 % der Asylgesuche, bei denen es keine zusätzlichen Abklärungen braucht, sollen im beschleunigten Verfahren in Bundeszentren in bis zu 100 Arbeitstagen, inkl. Vollzug und Wegweisung bei Ablehnung, behandelt werden. Es erfolgt grundsätzlich keine Zuteilung dieser Asylgesuche auf die Kantone.

~ 40 % der Asylgesuche, die weitere Abklärungen verlangen oder im Rahmen des Beschwerdeverfahrens nicht sofort entschieden werden können, sollen im erweiterten Verfahren in den Kantonen in rund 1 Jahr abgewickelt werden bis zum Vollzug und Wegweisung bei Ablehnung.

2. Ziel: Beibehaltung faire Verfahren trotz Beschleunigung:

Die Asylgesetzrevision will neu einen Anspruch auf eine kostenlose Beratung über das Asylverfahren und Rechtsvertretung für Asylsuchende in der Vorbereitungsphase, im beschleunigten Verfahren und bei den Dublin-Verfahren vorsehen. Beim erweiterten Verfahren soll ein Anspruch auf eine kostenlose Beratung und Rechtsvertretung bis zum Entscheid bestehen, dass das erweiterte Verfahren zur Anwendung kommt, d.h. bis und mit Anhörung zu den Asylgründen (Triage im erstinstanzlichen Verfahren, Art. 26d und 102h Abs. 3 E-AsylG).

4. Revision des Asylgesetzes: Falsche Antwort zum falschen Zeitpunkt

4.1 Veränderte Rahmenbedingungen

Die nun zur Abstimmung gelangende Revision des Asylgesetzes wurde von der Bundesverwaltung ab 2011 aufgegleist und vom Bundesrat Mitte 2013 in die Vernehmlassung geschickt. Seit diesem Zeitpunkt hat sich die Situation grundlegend verändert. Europa und die Schweiz sind mit massiven Migrationsströmen konfrontiert. 2013 stellten 21'465 Personen ein Asylgesuch in der Schweiz. Im vergangenen Jahr waren es fast doppelt so viele, nämlich 39'523. Im Januar und Februar 2016 sind wiederum doppelt so viele Asylgesuche gestellt worden wie im Januar und Februar des Vorjahres. Es ist also davon auszugehen, dass die Zahl der Asylgesuche in diesem Jahr noch weit höher liegen wird als im Jahr 2015. Das europäische Dublin-System im Asylbereich (Zuständigkeit für das Asylverfahren bei jenem Staat in Europa, bei dem ein Asylbewerber zuerst eingereist ist), dem auch die Schweiz angeschlossen ist, funktioniert nicht mehr. Konnten 2013 im Verhältnis zur Gesamtzahl der Asylgesuche wenigstens noch fast 20% der Gesuche an einen anderen Dublin-Staat weitergegeben werden, fiel diese Quote im Jahr 2015 auf gerade noch etwas über 6%. Die Beschleunigung in der Asylgesetzrevision basiert jedoch auf 40% aller Gesuche gemäss dem Dublin-Verfahren. Der Bundesrat macht hier in seinen Unterlagen glauben, dass diese Gesuche schliesslich auch zu einer Überstellung an einen anderen Dublin-Staat führen (siehe Grafik des Bundes unter Kapitel 3). Diese Annahme ist völlig unrealistisch und wird wider besseres Wissen verbreitet!

4.2 Falsche Signale: verantwortungslose Willkommenskultur à la Merkel auch in der Schweiz

Die „Willkommenskultur“, welche die deutsche Bundeskanzlerin Merkel mit ihrem Aufruf „Wir schaffen das!“ ausgerufen hat, setzte ein verhängnisvolles Signal, welche den Zustrom von Migranten nach Europa massiv befördert hat. Auch in der Schweiz wird diese Willkommenskultur durch Justizministerin Sommaruga und ihr Departement geprägt und sendet völlig falsche Signale aus. Noch am 4. November 2015 hat eine Sprecherin des Staatssekretariates für Migration (SEM) am Schweizer Fernsehen wortwörtlich gesagt: „Wir haben noch Platz für all die Leute, die noch kommen wollen.“ Bundesrätin Sommaruga betont noch in diesen Tagen, dass die „gegenseitige Solidarität“ das entscheidende Element einer europäischen Asylpolitik unter Beteiligung der Schweiz sei. Die Logik dieser verfehlten „Willkommenskultur“ übernimmt auch die Asylgesetzrevision. **Möglichst viele Migranten sollen in gut ausgerüsteten Bundeszentren empfangen, rundum betreut, umfassend medizinisch versorgt und mit einer kostenlosen Rechtsvertretung und Beratung ausgestattet werden.** Ein Grossteil dieser Menschen wird in der Schweiz bleiben, obwohl sie in ihrer Heimat nicht individuell an Leib und Leben bedroht sind. Nicht einmal 9'000 Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, haben die Schweiz im vergangenen Jahr kontrolliert verlassen. Im Verhältnis zur Zahl der Asylgesuche sind dies gerade einmal 23%! Eine allfällige Beschleunigung der Verfahren bringt also dem Grossteil der Migranten, die in die Schweiz kommen die Gewissheit, hier bleiben zu können, noch schneller als bisher. Das bedeutet in der Konsequenz: Es kommen immer mehr Asylbewerber und immer mehr können bleiben. Die Attraktivität der Schweiz für Schlepper und illegale Migranten steigt damit durch die Revision des Asylgesetzes weiter an, während andere Staaten ihre Attraktivität konsequent senken. Die Revision setzt ein völlig falsches Signal zum falschen Zeitpunkt.

Diese falschen Signale werden durch die geplante Änderung des Asylgesetzes ausgesendet:

- Die Schweiz schafft **Platz für unbeschränkt viele Neuankömmlinge**, indem für den Betrieb neuer Asylzentren die kommunale und kantonale Autonomie abgeschafft wird und wo nötig Enteignungen durchgeführt werden können.
- Ich werde – auch als illegaler Migrant – sofort in einem Bundeszentrum begrüsst, wo ich auf Kosten der Schweizer Steuerzahler von **kostenloser Rechtsvertretung, Beratung und umfassender Gesundheitsversorgung** profitiere.
- Die **unsichere Situation wird verkürzt**, indem die Verfahren beschleunigt werden (was jedoch in der Praxis noch bewiesen werden muss). **Eine Beschleunigung ohne Vollzug (Rückweisung von abgewiesenen Asylsuchenden) ist gar kontraproduktiv, da es die Attraktivität der Schweiz weiter steigert.** So erhält ein Asylsuchender schneller die Flüchtlingseigenschaft oder die vorläufige Aufnahme – was in der Realität in beiden Fällen heisst, dass er für immer in der Schweiz bleiben kann und **Anspruch auf Sozialhilfe** hat.
- Missbräuche haben kaum Konsequenzen. Wenn sich jemand renitent verhält oder untertaucht, wird er heute auch ohne Flüchtlingseigenschaft oder vorläufige Aufnahme nicht in seine Heimat zurückgeschickt. **Es gibt keine spürbaren, strafrechtlichen Konsequenzen für diese illegalen Migranten.** Im Gegenteil. Sie bekommen staatliche Nothilfe.
- Mit falschen Signalen und einer unbeschränkten Aufnahme steigt auch die **Gefahr, dass Kriminelle und Terroristen in die Schweiz eingeschleust werden.** Auch die Nachrichtendienste und die für die Sicherheit unseres Landes zuständigen Stellen warnen vor dieser Entwicklung.

4.3 Die Revision baut auf völlig falschen Grundlagen auf

Wie oben erwähnt, haben sich die Rahmenbedingungen gegenüber der Zeit als die Revision gestaltet wurde, grundlegend verändert. Die für die Revision notwendigen Infrastrukturen und Ressourcen bauen auf einer Zahl von 24'000 Asylgesuchen auf mit einer Reserve bis max. 29'000 Gesuche. Im vergangenen Jahr hatten wir aber 39'523 Gesuche, in diesem Jahr dürften es nochmals deutlich mehr sein. Das heisst, es braucht Zentren des Bundes nicht mit 5000 Plätzen, sondern mit mindestens doppelt bis dreimal so grossen Kapazitäten. Bereits die definitive Verfügbarkeit der bisher veranschlagten zusätzlichen 3600 Plätze ist indes in keiner Art und Weise gesichert. Damit verbunden werden auch die Kosten des Asylwesens weiter aus dem Ruder laufen. In diesem Jahr werden die Kosten allein beim Bund auf 1,842 Milliarden Franken veranschlagt, ab dem Jahr 2018 auf 2,4 Milliarden Franken. In der Botschaft zur Asylgesetzrevision werden Investitionskosten für die Unterbringungsstruktur inklusive Arbeitsplätze von 548 Millionen veranschlagt. Gleichzeitig wird gesagt, dass die jährlichen Kosten im Vergleich zu heute um 20%, d.h. von 847 Millionen auf 676,9 Millionen Franken, sinken werden.

Diese geplanten Kosten basieren auf den viel zu tiefen Annahmen von 24'000 Gesuchen pro Jahr. Fazit: Die Asylgesetzrevision kann im Bereich der Infrastrukturen nicht im vorgesehenen Rahmen realisiert werden. Sollte eine Realisierung auf der Basis der neuen Rahmenbedingungen überhaupt möglich sein, dann nur zu massiv höheren Kosten.

4.4 Vollzugsprobleme werden nicht angegangen

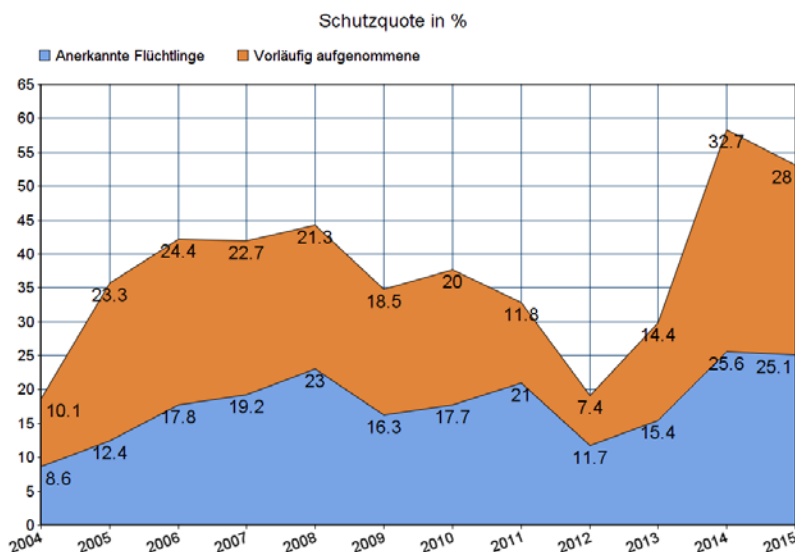
Unser Asylsystem versagt derzeit sowohl beim Zugang als auch beim Abgang aus dem System. Beim Zugang, weil der Flüchtlingsbegriff gemäss internationalen Konventionen und schweizerischem Asylrecht nicht mehr korrekt angewendet wird. Die Flüchtlingsdefinition ist gemäss Art. 3 Asylgesetz die folgende:

¹ **Flüchtlinge sind Personen, die in ihrem Heimatstaat oder im Land, in dem sie zuletzt wohnten, wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Anschauungen ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind oder begründete Furcht haben, solchen Nachteilen ausgesetzt zu werden.**

² **Als ernsthafte Nachteile gelten namentlich die Gefährdung des Leibes, des Lebens oder der Freiheit sowie Massnahmen, die einen unerträglichen psychischen Druck bewirken. Den frauenspezifischen Fluchtgründen ist Rechnung zu tragen.**

Ein Grossteil der Personen, welche heute als Asylbewerber nach Europa oder in die Schweiz kommen, kann keine individuelle Verfolgung geltend machen. Sie sind Migranten, welche ihre Heimat aus den unterschiedlichsten Gründen verlassen, sei es wegen Konflikten, Notlagen, Perspektivlosigkeit oder einfach, weil sie sich in Europa ein besseres Leben erhoffen, auf legalem Weg aber keine Aufenthaltsberechtigung erhalten. Indem all diese Leute in unseren Asylprozess aufgenommen werden und ein Grossteil von ihnen am Schluss sogar hier bleiben kann, hat sich die Schweiz von ihrer humanitären Tradition, welche auf an Leib und Leben verfolgte Menschen ausgerichtet war, entfernt. Dadurch strömen immer mehr Migranten in unser Land, auch wenn sie keine eigentlichen Asylgründe haben. Erschwerend kommt hinzu, dass der Schutzbedürftigen-Status, der für Kriegsflüchtlinge mit temporärem Aufenthalt vorgesehen wäre (ohne Asylverfahren), nicht angewendet wird, weil er im Gesetz falsch konzipiert ist.

Wenn immer mehr Menschen um Asyl ersuchen, die Verfahren schneller gehen, dafür immer weniger abgelehnte Gesuchsteller zurückkehren, steigt die Bleibe-Quote massiv.



Die Grafik zeigt die Schutzquote in Prozent der eingereichten Asylgesuche. Mit Schutzquote sind die effektiv anerkannten Flüchtlinge gemeint, plus die vorläufig Aufgenommenen.

Quelle: SEM

Es finden kaum mehr Sonderflüge statt

Im Gegenzug werden Personen mit abgelehnten Gesuchen oder mit einer vorläufigen Aufnahme (die das Land eigentlich möglichst rasch wieder verlassen sollten) immer seltener in ihre Heimat oder einen sicheren Drittstaat, aus dem sie zu uns kommen, zurückgeschickt. Der entsprechende Wegweisungsvollzug funktioniert immer schlechter. Praktiker berichten, dass

heute kaum mehr Sonderflüge für Rückschaffungen in die Herkunftsländer stattfinden. Das Ergebnis: Die Zahl der Rückführungen und kontrollierten Ausreisen stagniert trotz sprunghaft ansteigender Gesuche bei jährlich rund 9'000 Personen. In Relation zu den neuen Asylgesuchen waren dies 2015 noch knapp 23% (2014: 38%).

Ausschaffungshaft nur noch im Ausnahmefall

Seit Juli 2015 ist die Umsetzungsgesetzgebung zur Dublin-III-Verordnung in Kraft²⁰. Demnach wird Haft bei «Dublin-Fällen» nur noch im Ausnahmefall bei erheblicher Gefahr des Untertauchens zur Sicherstellung des Vollzugs der Wegweisung angeordnet. Die Maximalfrist für die Vorbereitungshaft vor dem Dublin-Entscheid des SEM beträgt 7 Wochen, für die Ausschaffungshaft 6 Wochen, bei Renitenz ist diese verlängerbar um 6 Wochen bis maximal drei Monate. Für «Dublin-Fälle» beträgt die absolute maximale Haftfrist somit nur noch 3 Monate und 7 Wochen.

Problematisch ist, dass meist gar keine Inhaftierungen mehr stattfinden, weil Haft nur noch der Ausnahmefall darstellen soll. Wird ein «Dublin-Asylant» in Haft genommen, so reichen diese Fristen in der Praxis meist nicht aus, um ihn auszuschaffen, bzw. in den Erst-Dublinstaat zurückzuführen. Bei Renitenz schon gar nicht.

Bei SwissRepat wird bei notorisch renitenten Asylbewerbern nicht von Anfang an ein Sonderflug gebucht, sondern man versucht es zuerst mit einem Linienflug (als Passagier). Erst wenn die Person nicht einsteigt oder randaliert, wird ein neuer Flug gebucht, oft reichen dann 3 Monate nicht aus. Oftmals müssen diese Personen nach Ablauf der kurzen Haftfristen entlassen werden und tauchen natürlich unter. Wenn ein untergetauchter «Dublin-Asylant» nach über 18 Monaten wieder auftaucht, ist die Schweiz definitiv für ihn zuständig und keine Rückführung mehr in das Land der erstmaligen Registrierung möglich. Das ist mittlerweile in der Praxis ein grosses Problem, angesichts der wachsenden Zahl untergetauchter «Dublin-Asylanten».

Die Ausschaffungshaftplätze in den Kantonen sind nicht mehr voll belegt²¹. Die Zahl der Personen mit sogenannter „Vollzugsunterstützung“, bei denen der Bund auf Gesuch der zuständigen kantonalen Fremdenpolizeibehörde hin Reisepapiere für weg- oder ausgewiesene ausländische Personen beschafft, ist seit 2010 ebenfalls kontinuierlich zurückgegangen^[1].

Dieser zentrale Bereich des Asylwesens, nämlich die Rückführungen, funktioniert beim Bund und den Kantonen nur noch ungenügend.

Der „Selbsteintritt“ - eine Dublin-Kapitulation

Mittlerweile ist das zuständige Staatssekretariat für Migration (SEM) sogar dazu übergegangen, bei Asylbewerbern, die in Griechenland, Ungarn usw. zwar registriert wurden, also klare Dublin-Fälle wären, einen so genannten „Selbsteintritt“ zu machen. Weil die genannten Dublin-Staaten (und andere) kaum registrierte Asylbewerber zur Durchführung des Asylverfahrens zurücknehmen, eröffnen die Asylverantwortlichen in der Schweiz einfach ein Asylverfahren, als ob wir das Land der ersten Registrierung wären, also einen «Selbsteintritt». Hinter vorge-

²⁰ Quelle: Anpassung der Weisungen AuG und AsylG per 1. Juli 2015 (Mitteilung des SEM vom 23.06.15 an die Migrationsämter und Zwangsmassnahmengerichte.)

²¹ <http://www.nzz.ch/schweiz/sinkende-nachfrage-nach-ausschaffungsplaetzen-fuer-asylbewerber-1.18700833>)

^[1] Quelle: NZZ vom 25. Februar 2016: <http://www.nzz.ch/schweiz/sinkende-nachfrage-nach-ausschaffungsplaetzen-fuer-asylbewerber-1.18700833>

haltener Hand wird in der Asylindustrie die Zahl von ca. 1'500 «Selbsteintritten» im Jahr 2015 genannt. Bei dieser Gelegenheit kann das zuständige SEM zugleich die Bilanz des nicht mehr funktionierenden Dublin-Abkommens noch etwas schönen.

4.5 Offene Tore für Schlepper und illegale Migranten

Wegen der offenen Grenzen als Folge des Schengen-Vertrages existieren in der Schweiz keine systematischen Personenkontrollen mehr an den Grenzen (nur Warenkontrollen). Es geht dabei nicht um eine lückenlose Kontrolle aller Grenzübertritte, aber um die Möglichkeit engmaschiger und punktueller Identitätskontrollen, z.B. in den Zügen. Als Folge der offenen Grenzen mehren sich die illegalen Grenzübertritte.

2002, also vor dem Schengen/Dublin-Abkommen, hat das Grenzwachtkorps an unserer Grenze 110'127 Personen zurückgewiesen, 32'290 Personen wurden der Polizei übergeben und 7'405 wurden bei der illegalen Einreise aufgegriffen. Zudem wurden 4'823 Zuwiderhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz und 1'986 Ausweisfälschungen aufgedeckt.

Trotz fehlender systematischer Kontrollen wurde im vergangenen Jahr die Rekordzahl von 31'000 illegalen Grenzübertritten festgestellt (2014: 14'300). Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Im Zeitalter des „grenzenlosen Europa“ sind die früheren Erfolgszahlen vor «Schengen» Vergangenheit. Aufgrund der gegenwärtigen Völkerwanderung ist das Schengen-System endgültig zusammengebrochen.

Konsequenz: Wenn die EU nicht in der Lage ist, den Schengen-Vertrag einzuhalten und ihre Aussengrenzen wirkungsvoll zu schützen, muss die Schweiz ihre Landesgrenze wieder wie eine Aussengrenze sichern und selbst für Ordnung sorgen.

Ein verbesserter Grenzschutz, unter Einbezug eines Assistenzdienstes der Armee, wäre ein zentrales Element, um illegale Migranten rasch und wirksam abzuhalten und den Schlepperbanden das Handwerk zu legen.

Ebenso sind Grenzkontrollen die beste Prävention gegen Kriminaltouristen und Terroristen. So haben die wieder eingeführten Grenzkontrollen von Frankreich nach den Attentaten vom 13. November 2015 in Paris zu einem Rückgang der Einbrüche in Genf im Dezember 2015 von 14% gegenüber 2014 geführt. Die rasche und markante Wirkung von Grenzkontrollen auf die illegale Einwanderung zeigt sich in jenen Ländern, die wieder Grenzkontrollen eingeführt haben (Österreich, Frankreich, Norwegen usw.).

Genau die gleichen Kreise, welche nun die verfehlte Asylgesetzrevision unterstützen, haben bisher im Parlament fast geschlossen verhindert, dass die Schweiz ihre Grenzen wieder selbständig schützt.

4.6 Asylbewerber: 72 % Männer

Während viele elektronische Medien und Zeitungen, zwecks Beeinflussung der Massen und Erweckung öffentlichen Mitleids, gerne Bilder von Flüchtlingsfamilien mit weinenden Kindern zeigen, haben solche Bilder in der Realität Seltenheitswert, wie ein Blick auf die Zusammensetzung der Asylgesuche des Jahres 2015 nach Geschlechtern und Altersgruppen zeigt. **Von den 39'523 Asylgesuchen des Jahres 2015 wurden 28'566, d.h. 72 % von Männern gestellt. Bei den Asylgesuchstellern zwischen 16-25 Jahren sind über 80% junge Männer.**

Viele von diesen jungen Männern werden in den nächsten Jahren mittels Familiennachzug ihre Frauen und Kinder in die Schweiz holen.

	2015				
Alter	Frauen	in %	Männer	in %	Total
00-03	1'867	48.5	1'984	51.5	3'851
03-05	448	49.4	459	50.6	907

06-15	1'630	39.1	2'534	60.9	4'164
16-17	443	18.4	1'967	81.6	2'410
18-25	2'796	18.7	12'163	81.3	14'959
26-35	2'320	26.5	6'446	73.5	8'766
36-49	1'099	30.6	2'490	69.4	3'589
50-64	288	38.3	463	61.7	751
65+	66	52.4	60	47.6	126
Total	10'957	27.7	28'566	72.3	39'523

Quelle: SEM

4.7 Integration stösst an ihre Grenzen – Sicherheit gefährdet

Zur Netto-Einwanderung von jährlich rund 80'000 Menschen, die über das Personenfreizügigkeitsabkommen aus EU-Staaten, aus Drittstaaten sowie als Flüchtlinge anerkannt werden, kommen 2015 40'000 Asylbewerber hinzu, wobei bei einer Schutzquote von 55-60% 20'000 bis 25'000 zusätzlich in der Schweiz bleiben können.

Es besteht die grosse Gefahr, dass die Bereitschaft zur Einbindung und Akzeptanz dieser Personen bei der Schweizer Bevölkerung abnimmt. Dies hängt auch damit zusammen, dass der kulturelle und religiöse Hintergrund ein ganz anderer ist. Man geht vielerorts davon aus, dass wohl bis 70% der heutigen Asylsuchender nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Dies birgt nebst enormen Kosten für unseren Sozialstaat auch die Gefahr von Ghettobildungen und Radikalisierung einzelner Personen.

4.8 Islamisierung und Wertewandel

Die aufgeklärte, christlich-abendländische Kultur der Schweiz bildet eine wichtige Basis für unsere Identität und unser Zusammenleben. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen in unserem Land im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchlichen Tätigkeiten. Diese Toleranz findet aber da Grenzen, wo Religionsgemeinschaften die Toleranz verachten oder gar offen bekämpfen.

Als Folge der masslosen Einwanderung und der offenen Grenzen sowie der wachsenden Menge an Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Asylbewerbern aus islamischen Ländern, hat sich auch die religiöse Zusammensetzung der ansässigen Bevölkerung verändert. In der Schweiz leben heute beispielsweise über 400'000 Angehörige des muslimischen Glaubens. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistischem Gedankengut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind.

Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung von Gegenrecht bestehen. **Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem können nicht geduldet werden.** Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen; unsere Gerichte dürfen einen islamischen «Kulturhintergrund» keinesfalls als Strafmilderung akzeptieren. Die Duldung und gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, «Ehrenmorde», Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen ist hierzulande absolut inakzeptabel.

Es ist eine Kernaufgabe des Staates, von den Migrantinnen und Migranten eine schnellstmögliche Integration einzufordern.

4.9 Asyl-Kriminalität wird unter dem Deckel gehalten

Die Versuche der Behörden, die sexuellen Belästigungen und Gruppenvergewaltigungen von Frauen an Silvester 2015 in Köln und anderen Europäischen Städten unter dem Deckel zu halten, zeigen, dass über Asyl-Kriminalität nicht gesprochen werden soll. In der Schweiz gehen Kantone sogar dazu über, Polizeieinsätze in Asylzentren zu verschweigen. Auf Anfrage der Medien heisst es dann, Zwischenfälle in Asylzentren seien «Häusliche Gewalt». Und über Fälle «Häuslicher Gewalt» würden die Medien jeweils nicht informiert. Doch teure Polizeieinsätze in Asylzentren häufen sich. Ebenfalls gilt festzuhalten, dass Asylbewerber im Jahr 2015 fünfmal krimineller als die Schweizer Bevölkerung. Dabei gilt es festzuhalten, dass gemäss der polizeilichen Kriminalstatistik 2015 jeder fünfte Beschuldigte (21,5%) aus dem Asylbereich bzw. der «übrigen ausländischen Wohnbevölkerung» zu verzeichnen war.

Polizeiliche Kriminalstatistik Jahr 2015: Seite 27:

	Anzahl Beschuldigte	in % aller Beschuldigter
Total beschuldigte Personen	77'062	
Ständige Wohnbevölkerung	60'404	78.4 %
Schweizer aus der ständigen Wohnbevölkerung	36'746	47.7 %
Total Ausländer der ständigen Wohnbevölkerung	23'658	30.7 %
Beschuldigte aus Asylbereich	2'541	3.3 %
übrige Ausländer (dazu zählen Kurzaufenthalter, Grenzgänger, Touristen, Asylsuchende mit Nicht-eintretensentscheid und abgewiesene mit Sozialhilfestopp, illegale Aufenthalter)	14'117	18.3 %

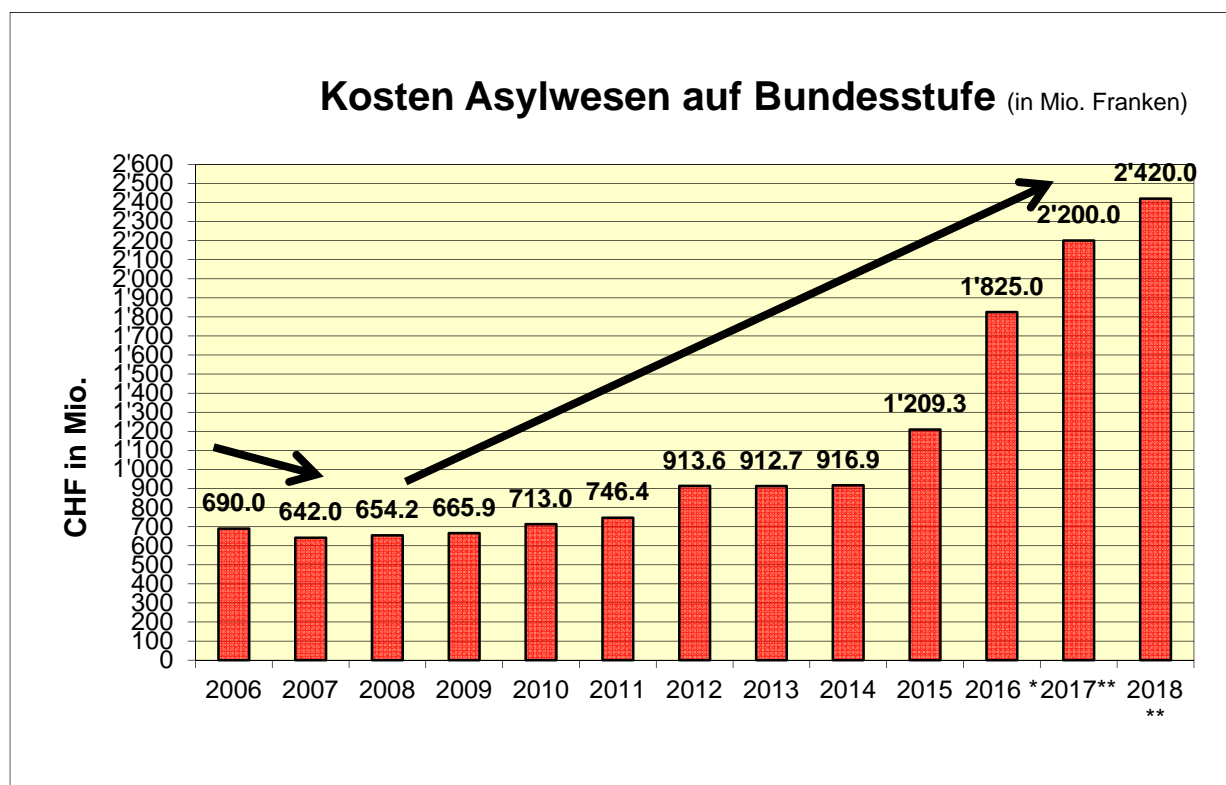
Mit seinem Ja zu einer dringlichen Revision des Asylgesetzes hat das Schweizer Volk 2013 auch Zentren für renitente Asylbewerber zugestimmt. Auch da Arbeitsverweigerung von Frau Sommaruga. Bis heute ist kein einziges Zentrum für solche Asylbewerber in Betrieb. Es ist aber auch klar: Wer will schon offene Zentren für renitente Asylbewerber in der eigenen Gemeinde. Die SVP forderte dafür geschlossene, eingezäunte Anlagen. Die Forderung wurde abgelehnt. Mit dem Resultat, dass der Volkswille bis heute nicht umgesetzt wurde und renitente, gefährliche Asylbewerber einfach in normalen Unterkünften hausen.

4.10 In zehn Jahren eine Verdreifachung der laufenden Kosten – alleine beim Bund

Die Neustrukturierung des Asylwesens soll nebst den laufenden Kosten von heute rund 1.8 Milliarden Franken pro Jahr beim Bund zusätzlich 548 Millionen Franken Investitionskosten für die Unterbringungsstruktur inkl. Arbeitsplätze auslösen. Die Kostenplanung basiert auf den viel zu tiefen Annahmen von 24'000 bis 29'000 Asylgesuchen jährlich. Bei 40'000 Gesuchen (die wir in der Realität ja schon haben oder den für 2016 erwarteten 50'000 neuen Gesuchen) dürften sich die Initialkosten für die Umsetzung der Asylgesetzrevision stark erhöhen.

Auch die laufenden Kosten laufen wegen der desolaten Asylpolitik der Schweiz aus dem Ruder. Die Kosten für das Asylwesen werden allein beim Bund im Jahr 2016 auf 1,842 Milliarden Franken veranschlagt, ab 2018 2,4 Milliarden Franken, was einer Verdoppelung seit dem Jahr 2015 entspricht. Vollkostenrechnungen fehlen, aber man kann davon ausgehen, dass in den

Kantone mindestens zusätzliche 2 Milliarden Kosten anfallen, die auch vom Steuerzahler berappt werden. Die langfristigen Folgekosten in den Kantonen, Gemeinden und bei den Sozialwerken sind dabei noch gar nicht eingerechnet.



Quellen: 2016: Voranschlag (1'470 Mio. CHF) plus Nachtragskredit (353.40 Mio. CHF)
 2017-2018: EFD, Serge Gaillard auf SRF (<http://www.srf.ch/news/schweiz/bund-rechnet-mit-verdopplung-der-asylkosten>)

Die Ausgaben des Bundes für das Asylwesen zeigen, dass die Talsohle 2007 erreicht war (notabene das letzte Amtsjahr des damals zuständigen Bundesrats Christoph Blocher). Seit her stiegen die Kosten sprunghaft an und werden **2016 rund 1,8 Milliarden Franken, d.h. den dreifachen Wert des Jahres 2007** erreichen.

Nicht vergessen darf man die Kosten der Kantone und Gemeinden, sowie indirekte Kosten, die hier noch dazugerechnet werden müssen. Dazu gehören etwa Kosten, welche durch kriminelle Asylbewerber verursacht werden im Bereich der **Polizei, Gerichte und Gefängnisse**. Auch die **Arbeitslosenkasse** wird durch anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, die kurzzeitig einer Arbeit nachgegangen sind, stark belastet.

Hinzu kommen folgende indirekte Kosten durch Asylbewerber, die nirgendwo publiziert werden:

- Kosten für psychologische Betreuung und psychiatrische Behandlung
- Prämienanstieg bei Krankenkassen durch „teure“ Risiken
- Ausrichtung von Prämienverbilligung
- Schule, Sprachschule, Heilpädagogen, Nachhilfe
- unentgeltliche Rechtspflege
- Zahnarztkosten
- Übersetzungsdienste bei Bund, Polizei, Justiz und Verwaltung
- Kostenanteil für Personal bei Sozialdiensten, Betreuungswesen, Familienbegleitungen, Väter- und Mütterberatung usw.
- Entgangene Beiträge an die Sozialwerke durch Untergetauchte, welche schwarz arbeiten
- Diverse Integrationsmassnahmen (Bund, Kantone, Gemeinden)
- Kostenloser Transport in ÖV

Leider fehlt bis heute eine entsprechende Vollkostenrechnung, die aufzeigen würde, was das Asylwesen in der Schweiz den Steuerzahler wirklich kostet.

7 Milliarden Franken für Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie

Wenn man die Kosten beim Bund, den Kantonen und Gemeinden zusammenzählt, kommt man auf rund 4 Milliarden Franken jährlich (bei einer vorsichtig geschätzten Vollkostenrechnung im Jahr 2016). Zusammen mit den 3,2 Milliarden Franken, welche die Schweiz jährlich für die Entwicklungshilfe ausgibt, belaufen sich die Kosten für die Asyl- und Entwicklungshilfeindustrie schon auf über 7 Milliarden Franken jährlich.

Beispiel Bern

Im Kanton Bern etwa kommt der Bund für zwei Drittel der Asylbewerber in Form von pauschalen Abgeltungen auf. Diese betragen gemäss Berner Zeitung im Jahr 2015 150²² Millionen Franken, die an den Kanton Bern ausbezahlt wurden, wovon 100 Millionen für Personen mit hängigen Asylgesuchen oder vorläufig Aufgenommenen und 50 Millionen Franken für anerkannte Flüchtlinge gedacht sind. Kurz gesagt: Der Bund bezahlt dem Kanton Bern pro Asylbewerber rund 15'000 Franken jährlich. Dazu kommen die Unterstützungsbeiträge des Kantons für die überwiegende Mehrheit der Asylbewerber, die allenfalls trotz einer Beschäftigung auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Wer bezahlt die Sozialhilfe für Bund, wann die Gemeinden?

Bund	Flüchtlinge < 5 Jahre in der Schweiz Wie: In Form einer Pauschale an die Kantone im Jahr 2009 Fr. 55.80 pro Tag im Durchschnitt Mit diesem Pauschalbetrag finanziert der Kanton die Ausgaben für die Unterbringung, die Unterstützung, die obligatorische Krankenversicherung und für allfällig weitere medizinische Versorgung (z.B. Zahnbehandlungskosten).	Vorläufig aufgenommene < 7 Jahre in der Schweiz Wie: In Form einer Pauschale an die Kantone im Jahr 2009 Fr. 54.30 pro Tag im Durchschnitt Mit diesem Pauschalbetrag finanziert der Kanton die Ausgaben für die Unterbringung, die Unterstützung, die obligatorische Krankenversicherung und für allfällig weitere medizinische Versorgung (z.B. Zahnbehandlungskosten).
Kantone bzw. Gemeinden	Flüchtlinge > 5 Jahre in der Schweiz Übliche kantonale Ansätze für Sozialhilfe (SKOS)	Vorläufig aufgenommene > 7 Jahre in der Schweiz Übliche kantonale Ansätze für Sozialhilfe (SKOS)

Flüchtlinge bzw. vorläufig aufgenommene Asylbewerber, die länger als fünf, respektive sieben Jahre hier leben, erhalten seitens des Bundes keine Unterstützung mehr und sind auf die Sozialhilfe des Kantons angewiesen. Arbeitslose Asylbewerber, die nach fünf bis sieben Jahren noch in der Schweiz sind, fallen endgültig der Sozialhilfe und damit den Kantonen und Gemeinden zur Last. Die wachsende Zahl solcher Asylbewerber gilt als „tickende Zeitbombe“ für die sonst schon angespannten Budgets von Gemeinden und Kantonen. Von den anerkannten Flüchtlingen mit Asyl (Ausweis B) waren im Jahr 2015 nur 2'750 erwerbstätig (Erwerbsquote 21,3%).

²² Berner Zeitung, 17.03.16, «Die Asylindustrie ist ein Millionengeschäft»

Sozialhilfequote

Der Bundesrat beantwortete 2014 eine Interpellation von Nationalrat Peter Keller²³. Die Sozialhilfequote der erwerbsfähigen Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsbewilligung (bis 5 Jahre Aufenthalt in der Schweiz) und der erwerbsfähigen vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge (bis 7 Jahre Aufenthalt in der Schweiz) stellt sich folgendermassen dar (bezogen auf das Jahr 2012):

- Eritrea: 91,4 %
- Sri Lanka: 74,5 %
- Syrien: 86,6 %

Hypothetische Sozialhilfekosten für einen Asylbewerber zulasten Steuerzahler

Annahmen: Ein Asylbewerber kommt mit 20 in die Schweiz. Ihm wird die vorläufige Aufnahme gewährt. Die Kosten für ihn werden während 7 Jahre vom Bund getragen – im Schnitt Fr. 55.80 pro Tag.	= 150'000 Franken
Mit 27 Jahren arbeitslos, bis zum Alter von 65 Jahren Sozialhilfe: Annahme pro Jahr Fr. 30'000.— Kosten (ohne Sondersettings und Familiennachzug bzw. Familiengründung). Integrationsproblematik je nach Bildungsstand und finanziellen Anreizen...	= 1.1 Millionen Franken

5. Nein zu Gratis-Anwälten für alle

Damit die neuen Verfahren „rechtsstaatlichen Ansprüchen“ genügen, werden mit dem revidierten Gesetz jedem Asylbewerber kostenlose Beratungen über das Asylverfahren und eine kostenlose Rechtsvertretung angeboten: bedingungslose Gratisanwälte für alle Asylsuchenden. Asylsuchende sollen zudem frühzeitig und umfassend über das bestehende Rückkehrhilfeangebot informiert werden. Der Zugang zur Rückkehrberatung und die freiwillige Ausreise mit Rückkehrhilfe sollen in jeder Verfahrensphase möglich sein. Diese Rechtsberater sind «Vertrauensleute» der Asylsuchenden.

Zusätzlich besteht auch die Gefahr, dass die Behörden aufgrund des Fristendrucks mehr Asylgesuche gutheissen werden als bisher. Aus Sicht eines Asylbeamten ist seine Situation wie folgt: Lenkt er ein und gewährt er Asyl, so ist der Fall schnell erledigt, da sich niemand zur Wehr setzt. Lehnt der Beamte das Asyl ab so muss er mit einer Beschwerde rechnen. Dementsprechend muss er seinen Entscheid ausführlicher Begründen und er muss Zeit und Energie in ein Beschwerdeverfahren stecken. Was wird er tun? Ganz einfach: Asyl gewähren.

5.1 Wer kommt als Gratisanwalt in Frage?

Vorgeschlagen wird, dass mit dem Leistungserbringer (im Testzentrum Zürich ist das die Flüchtlingshilfe, deren Interessenlage offensichtlich ist) ein Vertrag für die gesamte Rechtsbe-

²³ Quelle: Antwort des Bundesrates auf Interpellation Peter Keller 14.3790

<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/curia-vista/vorstoesse-tabellen-grafiken/Documents/cv-14-3790-d.pdf>

ratung und Rechtsvertretung etc. erstellt wird. Der Leistungserbringer führt eine Liste mit Rechtsberatungsstellen, unabhängigen Anwältinnen und Anwälten sowie Juristinnen und Juristen, die über vertiefte Kenntnisse im Asylrecht verfügen. Die Leistungserbringer werden mit einer Pauschale abgegolten.

Gemäss neuem Gesetz können diese Pauschalen jedoch „ausnahmsweise nach Aufwand festgelegt werden, insbesondere zur Abgeltung einmalig anfallender Kosten“. Es ist absehbar, dass sich damit auch in diesem Bereich die Asylindustrie mit ihren Anwälten und Juristen breit macht.

Wie „hart“ der Bund bei seinen Dienstleistungsaufträgen verhandelt, kennen wir zudem aus anderen Bereichen wie der Informatik. Hier wird ein neuer Selbstbedienungsladen eingerichtet. Jeder der jährlich rund 40'000 oder mehr Asylbewerber erhält in der Zukunft gesetzlich garantiert einen eigenen Rechtsberater! Die Kosten dieser Übung werden letztlich in astronomische Höhen schnellen und vom Steuerzahler zu berappen sein. **Kein Mensch glaubt zudem, dass mit einem Anwalt etwas schneller geht (Prozessflut ist vorprogrammiert).**

5.1.1 Ausbau der Asylindustrie

Es ist absehbar, dass sich damit auch in diesem Bereich die Asylindustrie mit ihren Anwälten und Juristen breit macht. Auch Hilfswerke und NGOs können sich als Leistungserbringer bewerben. Im heutigen Testbetrieb wird die Rechtsberatung durch Anwälte der Schweizerischen Flüchtlingshilfe bewerkstelligt. Es hat sich gemäss Staatssekretär Gattiker nur die Schweizerische Flüchtlingshilfe für diesen Auftrag beworben. Gerade die Hilfswerke, insbesondere die Schweizerische Flüchtlingshilfe hat sich in der Vergangenheit aber mit besonderem Eifer für Flüchtlinge eingesetzt. Sie lassen dabei jegliches Augenmass vermissen und scheinen vom Ziel, möglichst vielen Personen eine Aufenthaltsbewilligung zu verschaffen, getrieben. So finden sich auf der Homepage der Schweizerischen Flüchtlingshilfe ausführliche Informationen über das Schweizer Asylverfahren in 20 Sprachen. Zudem stellt die Hilfsorganisation ausführliche Anleitungen für das Beschwerdeverfahren bereit und auf der Homepage kann eine Musterbeschwerde heruntergeladen werden. Gerade diese Kreise werden inskünftig Asylbewerber auf Staatskosten beraten. Es ist absehbar, dass diese den Staat mit einer Flut von Rechtsmitteln zudecken werden und auf Staatskosten alles unternehmen werden um ihr Ziel, möglichst vielen Asylsuchenden ein dauerhaftes Bleiberecht zu verschaffen, forcieren werden.

5.2 Voraussetzungen für unentgeltliche Rechtsvertretung mehrheitlich nicht erfüllt

Unentgeltliche Rechtsvertretung gibt es heute schon. Allgemein gilt jedoch, dass der Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung geltend gemacht werden kann, müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein:

- **Bedürftigkeit des Betroffenen**
- **Nicht-Aussichtslosigkeit der Rechtssache**
- **Notwendigkeit der Verbeiständung**

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, ist eine unentgeltliche Rechtsvertretung nach hiesiger Praxis bereits heute (auch in Asylverfahren) möglich. Ebenso besteht in anderen Verfahren zivil-, straf- und öffentlich-rechtlicher Art ein entsprechender Anspruch, wenn die genannten Bedingungen kumulativ erfüllt sind.

Die Bedürftigkeit des Betroffenen dürfte bei Asylbewerbern in vielen Fällen gegeben (oder zumindest kaum überprüfbar) sein. Anders verhält es sich betreffend der Nicht-Aussichtslosigkeit der Rechtssache. Wird ein Rechtsbegehren schon zu Beginn eines Verfah-

rens als aussichtslos eingestuft, kann die Gewährung von unentgeltlicher Rechtspflege abgelehnt werden.

Heute wird jedoch oft mit Blick auf die Asylstatistik davon ausgegangen, dass bei einer Anerkennungsquote von lediglich 25,1% (2015), unter den verbleibenden 75% eine Vielzahl aussichtsloser Gesuche enthalten sind (auf den ersten Blick etwa von Wirtschaftsmigranten oder Dublin-Fällen). Dies wird sich aber mit dem neuen Asylgesetz wohl ändern.

5.3 Prozessflut vorprogrammiert

Wenn schon die erste Instanz das Verfahren als nicht aussichtslos betrachtet hat (sonst wäre es im beschleunigten Verfahren behandelt worden), wird es für das Bundesverwaltungsgericht sehr schwierig werden, auf Aussichtslosigkeit der Beschwerde zu schliessen und die unentgeltliche Rechtspflege (nicht gleich Gratisanwalt für alle) im Sinne des geänderten Asylgesetzes Art. 102^m AsylG (Voraussetzungen siehe oben) zu verweigern. **Die unentgeltliche Rechtspflege auch im Beschwerdeverfahren dürfte deshalb schon bald zur Regel werden. Das zieht eine Kostenlawine nach sich.**

Wird die unentgeltliche Rechtspflege gewährt, wird schätzungsweise pro Verfahren ein Honorar von CHF 2'500.-- dem Rechtsvertreter ausbezahlt. Das Honorar wird nach Aufwand berechnet und kann auch höher ausfallen, da der Ansatz pro Stunde zwischen CHF 100.-- (Hilfswerke) und CHF 300.-- (Anwälte) schwankt.

Man rechne: Im erweiterten Verfahren für das erstinstanzliche Verfahren eine Pauschale von CHF 1'361.—(Gratisanwalt für alle), plus allenfalls 2'500.—(unentgeltliche Rechtspflege) für das Beschwerdeverfahren, ergibt gegen 4'000 Franken Rechtsberatungskosten für einen Asylsuchenden.

5.4 Rechtliche Ungleichbehandlung zwischen Asylbewerbern und übriger Bevölkerung

Die Einführung solcher Gratis-Anwälte für Asylbewerber würde einen Verstoß gegen die Rechtsgleichheit (Art. 8 BV) bedeuten. Die Argumentation, Migranten seien besonders verletzlich und in ihren Grundrechten tangiert, hält einer Prüfung nicht stand: Ein mittelloser Schweizer, der in ein KESB-Verfahren (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) oder ein Verfahren betreffend Fürsorgerische Freiheitsentziehung (FFE) involviert ist, wird in seinen Grundrechten ebenso tangiert, muss obige Bedingungen aber trotzdem erfüllen, wenn er eine unentgeltliche Rechtsvertretung in Anspruch nehmen will.

Mit der Einführung genereller Gratis-Anwälte würde der ursprüngliche Sinn des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtsvertretung ins Gegenteil verkehrt: Statt einer Stärkung der Rechtsgleichheit, würde eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung zwischen der übrigen Bevölkerung in der Schweiz und Asylsuchenden geschaffen.

Weder im Arbeitsrecht noch im Mietrecht noch im Sozialversicherungsrecht gibt es voraussetzungslos einen vom Steuerzahler bezahlten Anwalt.

5.5 Asyl-Testzentrum zu Staatspropagandazwecken aufgebaut

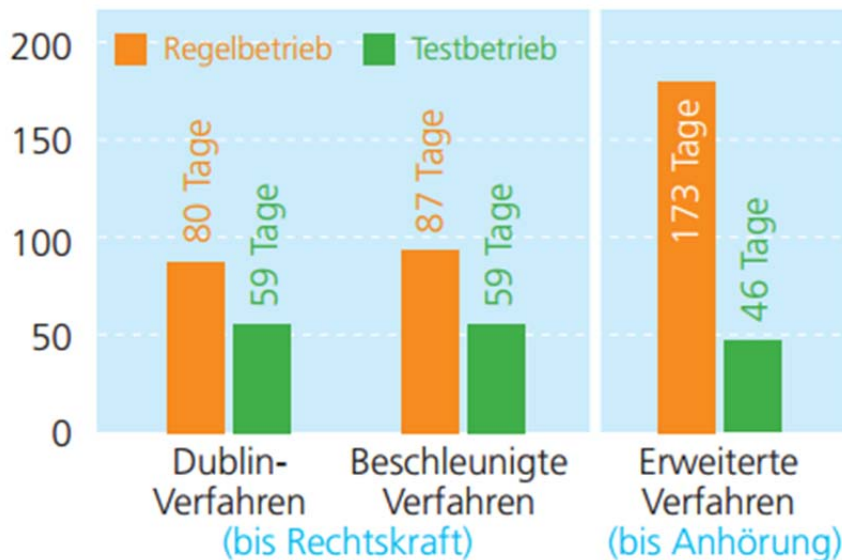
Das zu Testzwecken betriebene Asyl-Bundeszentrum in Zürich ist reine Staats-Propaganda. Die Schlussberichte zeigen, dass der Testbetrieb darauf ausgerichtet war, die gewünschten Ergebnisse und oberflächliche Argumente für die Asylgesetzrevision zu liefern, über die wir im Juni abstimmen. Das Ganze ist durchsichtig und vor dem Hintergrund der aktuellen Situation,

welche in keiner Weise mehr den der Revision zu Grunde liegenden Annahmen entspricht, völlig untauglich.

Argumentation der Gegner, warum der Testbetrieb ein voller Erfolg sei

- schnellere Verfahren

«Der Testbetrieb kann die Verfahren im gewichteten Durchschnitt um 77 Tage schneller rechtskräftig abschliessen als der Regelbetrieb. Das bedeutet eine Beschleunigung um 39%.»

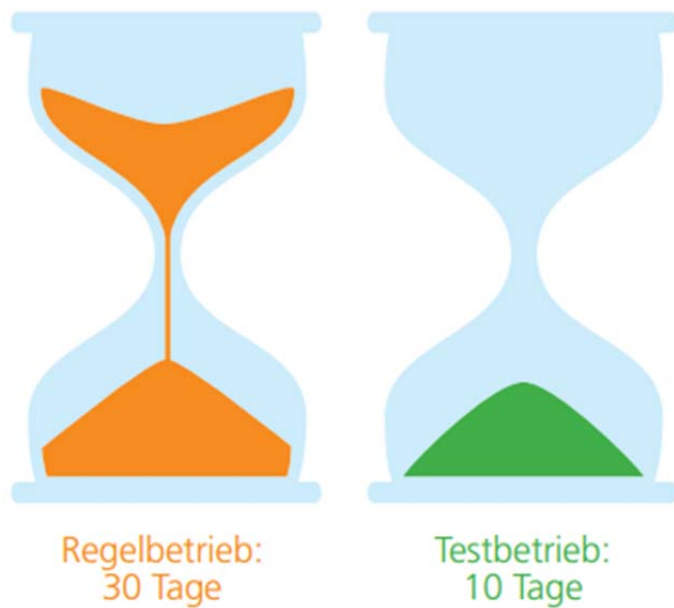


(Quelle: SEM)

Was nützt eine schnellere Bearbeitung der Asylgesuche, wenn die abgelehnten Gesuchsteller oder Dublin-Fälle nicht konsequent und rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden? Die Grafik zeigt bildhaft, worum es den Asylbeamten geht. Sie wollen schnell einen rechtskräftigen Entscheid. Doch mit einem rechtskräftigen Entscheid ist noch kein Asylbewerber weniger in unserem Land. Die Asylgesetzrevision beschleunigt, aber am falschen Ort. Der Vollzug der Entscheide (vollzogene Ausweisung) wird von den Behörden bis heute nicht konsequent erledigt.

- Schnelle, aber faire Verfahren

«Damit die Beschwerdefristen von 30 auf 10 Tage gekürzt werden können und trotzdem korrekte, rechtsstaatliche Verfahren garantiert sind, erhalten Asylsuchende eine unentgeltliche Rechtsvertretung und -beratung.»



Quelle: SEM

Die Testphase zeigt, dass die Zuweisung der Fälle an das Testzentrum massiv gesteuert wurde. Mutmassliche «schwierige Fälle» wurden weniger ins Testzentrum geschickt, als einfach zu entscheidende Fälle. Beispiel: Die Zusammensetzung in Bezug auf die Herkunft der Asylbewerber unterscheidet sich im Testzentrum markant vom Regelbetrieb in den anderen Zentren (z.B. Anteil Gesuche aus Eritrea im Testbetrieb 20%, im Regelbetrieb 37%). Zudem wurden im Testbetrieb anteilmässig viel mehr Gesuche von alleinstehenden Erwachsenen, insbesondere Männern, behandelt, als im Regelbetrieb. Es gab damit ein klares Übergewicht an bestimmten, einfacher zu beurteilenden Fällen. Deshalb die kürzeren Fristen.

Gratis-Anwälte sind im Weiteren nicht gratis. Sie haben im Testzentrum eine Pauschalentschädigung von CHF 1'361.-- erhalten. Deren zukünftige Höhe kann heute aber nicht wirklich abgeschätzt werden, da die Pauschale, um tiefe Kosten zu suggerieren, im Testbetrieb Zürich wohl „Dumpingcharakter“ hatte und jederzeit angehoben werden kann.

- **Tiefere Beschwerdequoten**

«Die Beschwerdequote ist im Testbetrieb signifikant tiefer als im Regelbetrieb. Die Rechtsvertretung trägt positiv zur Effizienz, Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Asylentscheide bei.»



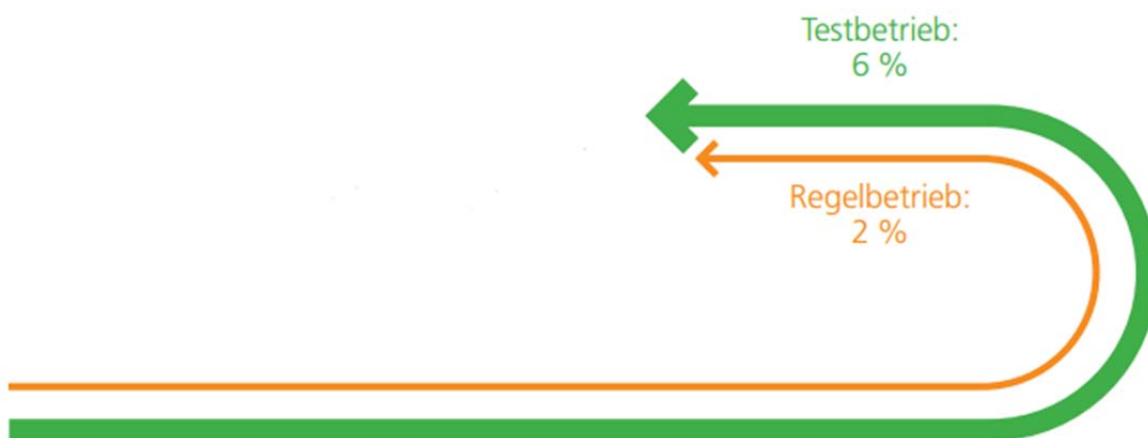
Quelle: SEM

Es gehörte wohl zu den Vorgaben, dass der Testbetrieb weniger Beschwerden hervorzubringen hat. Hätten sie bereits den Testbetrieb mit Rekursen lahmgelegt, so wäre dies sofort das Ende der Gratisanwälte gewesen. Das wissen sie ganz genau. Sobald die Vorlage aber rechtskräftig geworden ist, wird sich das rasch ändern.

Man kann es auch mit einem Lockvogelangebot vergleichen, wo man den Stimmbürgern aufzuzeigen versucht, dass es besser läuft. Aber sobald das geänderte Asylrecht in Kraft ist, wird es ein zähes Ringen um die Pauschalentschädigungen der Gratisanwälte geben und auch die Beschwerdeflut wird zunehmen. Es ist anzumerken, dass im Testbetrieb doppelt so viele Personen unkontrolliert vor dem Asylentscheid abgereist, zu Deutsch untergetaucht sind (15.8%), als im Regelbetrieb (8%) und 10 mal so viele nach dem Asylentscheid (16.5%) untergetaucht sind als im Regelbetrieb (1.8%).

- **Tiefere Kosten**

«Eine frühzeitige, freiwillige Rückkehr ist mit erheblichen Kosteneinsparungen für die Schweiz verbunden.»



Quelle: SEM

Dass die Rückkehrquote im Testzentrum höher sein soll als üblich, überrascht nicht, wird dort doch eine **vier Mal höhere Rückkehrpauschale** (Fr. 2'000.–) an rückkehrwillige Gesuchsteller bezahlt. Ein Anreiz mehr, sich mindestens diesen Betrag in der Schweiz abzuholen.

6. Plangenehmigungsverfahren und Enteignungen – eine Aushebelung der Stimmbürger

6.1 Einleitung

Wer eine Baute errichten, umbauen oder deren Nutzungszweck ändern will, braucht grundsätzlich eine Baubewilligung der zuständigen Gemeinde. Betroffene Nachbarn haben die Möglichkeit, gegen die Erteilung einer Baubewilligung Einsprache zu erheben bzw. Rechtsmittel gegen eine erteilte Baubewilligung einzulegen. Das geltende Asylgesetz bricht bereits befristet mit diesem Grundsatz und die Asylgesetzrevision führt zu weiteren massiven Eingriffen in die Gemeindeautonomie zugunsten der Asylindustrie und zulasten der Rechte der Anwohnerinnen und Anwohner. Überdies greift die Asylgesetzrevision mit der Einführung der Enteignungsmöglichkeit von Grundstückeigentümern zu einem überaus drastischen Mittel. Damit

wird dem Bund die Möglichkeit gegeben, Grundstücke, welche im Eigentum der Gemeinde, Privater oder Unternehmen sind, zu enteignen, damit auf diesem Grundstück ein Gebäude für Asylsuchende errichtet werden kann (formelle Enteignung). Leidtragende sind neben den Grundstückseigentümern die Anwohnerinnen und Anwohner der ganzen Nachbarschaft, da durch die formelle Enteignung eines Grundstücks auch die umliegenden Parzellen an Wert verlieren können (materielle Enteignung), welcher auch nicht entschädigt wird.

6.2 Vorübergehende Nutzung von Bauten und Anlagen des Bundes

Am 29. September 2012 traten verschiedene dringliche Änderungen des Asylgesetzes in Kraft. Diese galten ursprünglich bis zum 28. September 2015, wurden unterdessen jedoch bis zum 28. September 2019 verlängert. In Art. 26a AsylG wurde die vorübergehende Nutzung von bestehenden Anlagen und Bauten des Bundes zur Unterbringung Asylsuchender geregelt. Ziel dieser Bestimmung ist, Asylsuchende für maximal drei Jahre in Anlagen und Bauten des Bundes unterbringen zu können, ohne dabei ein kantonales oder ein kommunales Bewilligungsverfahren durchlaufen zu müssen. Es reicht, wenn der Bund dem Kanton die Nutzungsänderung spätestens 60 Tage vor der Inbetriebnahme der Unterkunft anzeigt und für die Zweckänderung der Baute keine erheblichen baulichen Massnahmen notwendig sind.

Der Bund macht von dieser Möglichkeit laufend Gebrauch. So konnte im August 2013 in Bremgarten (AG) die erste Unterkunft gemäss diesem Verfahren in Betrieb genommen werden. Weitere folgten in Les Rochats (VD; Mai 2014; Militärunterkunft mit einer maximalen Kapazität von 120 Betten für eine Dauer von drei Jahren), Thun (BE; Dezember 2015 – Mai 2016; Waffenplatz, 600 Plätze), Grandvillard (FR; Februar bis August 2016; Truppenlager; 180 Plätze) um nur einige zu nennen.

Die vorliegende Asylgesetzrevision sieht eine entsprechende Regelung in Art. 24c N-AsylG vor. So sollen militärische Bauten und Anlagen des Bundes ohne kantonale oder kommunale Bewilligung (und ohne Plangenehmigungsverfahren; hierzu nachstehend) zur Unterbringung von Asylsuchenden oder zur Durchführung von Asylverfahren für höchstens drei Jahre genutzt werden können (Abs. 1). Nach zweijährigem Unterbruch – oder bereits früher, wenn Kanton und Standortgemeinde einverstanden sind – soll dieselbe Baute erneut für drei Jahre für diesen Zweck benutzt werden können.

6.3 Dauerhafte Nutzung von Bauten und Anlagen des Bundes

Mit der vorliegenden Revision des Asylgesetzes soll zudem ermöglicht werden, Bauten und Anlagen des Bundes dauerhaft für das Asylwesen zu errichten und nutzen zu können, ohne ein ordentliches Baubewilligungsverfahren durchlaufen zu müssen. Nach Ansicht des Bundesrates und der Parlamentsmehrheit stellen ordentliche Baubewilligungsverfahren ein grosses Hindernis dar, wenn die Situation im Asylwesen ohne grösseren Verzug die Bereitstellung neuer Unterbringungsplätze notwendig macht. Die Befürworter der Asylgesetzrevision wollen mit dieser Gesetzesänderung unliebsame Einsprachen von Anwohnern verhindern. Das Instrument dazu heisst: Plangenehmigungsverfahren (Art. 95a-95l N-AsylG).

6.3.1 Plangenehmigung

Dienen Bauten und Anlagen dem Bund dauerhaft zur Unterbringung Asylsuchender bzw. zur Durchführung von Asylverfahren, so soll anstelle des baurechtlichen Bewilligungsverfahrens ein bundesrechtliches Planbewilligungsverfahren durchgeführt werden. Damit wären inskünftig weder kantonale Bewilligungen noch kantonale Pläne erforderlich (Art. 95a Abs. 3 N-AsylG), wenn entsprechende Bauten oder Anlagen errichtet, geändert oder einem neuen Nutzungs-

zweck zugeführt werden sollen. Nur Vorhaben, welche sich erheblich auf Raum und Umwelt auswirken, würden einen raumplanerischen Sachplan voraussetzen (Art. 95a Abs. 4 N-AsylG). Die Genehmigungsbehörde für die Plangenehmigung ist das Generalsekretariat (GS) des EJPD, welches sämtliche erforderlichen Bewilligungen erteilt. Federführend für den Erwerb von Grundstücken ist das EJPD, welches ermächtigt werden soll, nötigenfalls Enteignungen durchzuführen (Art. 95b Abs. 1 N-AsylG).

Das EJPD hat beim neuen Plangenehmigungsverfahren alle Befugnisse:

Plangenehmigungsverfahren

1. Antragsteller EJPD
2. Einleitung des ordentlichen Plangenehmigungsverfahrens EJPD
3. Planungsverfahren. Einsprachen an EJPD
4. Entscheid EJPD
5. Möglichkeit Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht (1. Instanz)
6. Möglichkeit Weiterzug an Bundesgericht (2. Instanz)

Enteignungsverfahren

1. Antragsteller auf Enteignung: SEM (Staatssekretariat für Migration) via EJPD
2. Ermächtigung Enteignung durchzuführen (AsylG. Art. 95b) EJPD
3. Entscheid / Rechtsmittelverfahren EJPD
4. Möglichkeit des Grundstückbesitzers Beschwerde gegen Entscheid vor allem im Zusammenhang mit Höhe Entschädigung etc. einzulegen beim Bundesverwaltungsgericht (1. Instanz)
5. Möglichkeit Weiterzug an Bundesgericht (2. Instanz)

6.3.2 Ordentliches und vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren

Will der Bund Bauten oder Anlagen für das Asylwesen neu errichten (oder bestehende Bauten ändern bzw. umnutzen), so hat dieser dem GS EJPD ein entsprechendes Plangenehmigungsgesuch mit den erforderlichen Unterlagen einzureichen (Art. 95c N-AsylG); die betroffene Gemeinde bzw. der betroffene Kanton wird vom GS EJPD ausschliesslich zu einer Stellungnahme eingeladen. Bei örtlich begrenzten Vorhaben mit zahlenmässig wenigen betroffenen Personen, wenn die Baute oder Anlage nach spätestens drei Jahren wieder entfernt wird sowie wenn das äussere Erscheinungsbild nur unwesentlich verändert wird, findet ein vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren statt (Art. 95j Abs. 1 N-AsylG). Bei diesem Verfahren wird das Gesuch weder publiziert noch öffentlich aufgelegt, vielmehr unterbreitet das GS EJPD die Planvorlage den betroffenen Personen direkt.

6.4 Unverhältnismässige Möglichkeit der Enteignung

6.4.1 Formelle Enteignung von Grundeigentümern zum Bau von Asylunterkünften

Art. 26 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV) garantiert das Eigentum. Verschiedene Gesetze sehen vor, dass Grundeigentum dann formell enteignet werden kann, wenn es um die Errichtung von Werken im öffentlichen Interesse geht (z.B. für den Bau von Bahnstrecken, Strassen, Stromleitungen, Waffenplätzen etc.). Der entsprechende Grundeigentümer wird im Rahmen des Schätzungsverfahrens entschädigt.

Dass das EJPD mit dem neuen Asylgesetz ermächtigt wird, nötigenfalls die Enteignung eines Grundstücks durchzuführen (Art. 95 Abs. 1 N-AsylG), damit eine Baute zur Unterbringung Asylsuchender errichtet werden kann, ist skandalös. Dass beispielsweise beim Bau einer Nationalstrasse gewisse Enteignungen notwendig sind, um das Projekt zu realisieren, leuchtet ein; ohne dieses Instrument hätte in der Schweiz keine einzige Nationalstrasse gebaut werden

können. Asylunterkünfte sind jedoch nicht gleichzusetzen mit Nationalstrassen. Unterkünfte für Personen im Asylverfahren können absolut orts- und lageunabhängig errichtet werden. Offenbar hat der Bundesrat erkannt, dass sich die Bevölkerung gegen die Errichtung von Asylzentren mit allen legalen Mitteln wehren wird. Anstatt diese Sorgen ernst zu nehmen und effektive Massnahmen gegen unechte Flüchtlinge durchzusetzen, greift er mit der Enteignungsmöglichkeit zu einem absolut unangemessenen und unverhältnismässigen Mittel. Betroffen wären nicht nur private Eigentümer, sondern auch Gemeinden und Unternehmen.

6.4.2 Materielle Enteignung von Grundeigentümern

Bei der materiellen Enteignung bleibt das Grundeigentum beim Eigentümer, hat jedoch einen tieferen Wert, welcher entschädigt werden muss. Wird beispielsweise in einem Quartier ein Grundstück formell enteignet, um eine Asylunterkunft zu erstellen, so stellt sich die Frage, ob die Nachbargrundstücke dadurch eine materielle Enteignung erfahren. Aufgrund der bundesgerichtlichen Rechtsprechung dürfte (richtigerweise) wohl keine materielle Enteignung gegeben sein, wenn im Nachbarhaus Personen fremder Kulturen einziehen, weil kein Schaden im Rechtssinne vorliegt. Andererseits ist es eine Tatsache, dass der Marktwert eines Grundstückes sinkt, wenn es an eine Liegenschaft mit einer Asylunterkunft grenzt bzw. in deren Nähe liegt. Formelle Enteignungen haben demnach auch «unentschädigte» materielle Enteignungen zur Folge.

6.4.3 Folgen der formellen und materiellen Enteignung für Grundeigentümer und Mieter

Die Argumentation, die Möglichkeit der Enteignung sei zwar ins Gesetz aufgenommen worden, davon würde in der Praxis jedoch nicht Gebrauch gemacht werden, ist nicht haltbar. Wenn bereits heute feststeht, dass keine Enteignungen vorgenommen würden, so bräuchte es im Gesetz auch keine entsprechenden Bestimmungen. Mittlerweile hat der Bundesrat bereits eine Rechtsgrundlage geschaffen, damit bei Bedarf rasch Zivilschutzanlagen der Gemeinden requiriert (beschlagnahmt) werden können. Eine Requisition ist gemäss Bundesrat dann möglich, wenn keine anderen Unterbringungsmöglichkeiten «zu annehmbaren Bedingungen» rechtzeitig beschafft werden können. Dass Zivilschutzanlagen nur vorläufige Lösungen sein können, wird von allen Seiten bestätigt. Da «menschenwürdige» Unterbringungsmöglichkeiten in der Schweiz nur begrenzt verfügbar sind und unterirdische Zivilschutzanlagen nur Übergangsmässig eine Lösung darstellen können, würde in der Zukunft – bei einem weiteren, absehbaren Ansteigen der Asylzahlen - von enteignungsrechtlichen Massnahmen mit Sicherheit auch Gebrauch gemacht werden. Dies auch als Folge der gestiegenen Attraktivität der Schweiz durch die vorliegende Asylgesetzrevision. Ohne Einsatz dieser Massnahmen wäre es für die Behörden nicht möglich, kurzfristig Wohnraum für Asylbewerber zu finden. Die Vergangenheit hat gezeigt, wie gross der Widerstand in der Bevölkerung ist, wenn ausgerechnet in ihrem Quartier eine Asylunterkunft eröffnet werden soll.

Die formelle Enteignung hat nicht nur zur Folge, dass der Eigentümer sein Eigentum verliert, sondern dass auch die Mieter in der entsprechenden Liegenschaft ihr Zuhause aufgeben müssen. Für die umliegenden Hauseigentümer erfolgt zwar ein wirtschaftlicher Schaden, weil ihr Eigentum an Wert verliert, eine Entschädigung erhalten sie jedoch nicht. Zudem sind auch hier die Mieter die Leidtragenden, da diese neu in einem Quartier mit einer Asylunterkunft leben müssen. Allenfalls steigen parallel sogar die Mieten, weil die Hauseigentümer ihren (unentschädigten) materiellen Schaden auf die Mieter überwälzen. Dass das Wohnen im Umfeld einer Asylunterkunft belastend sein kann, hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Auch beispielsweise eine Tankstelle oder ein Hotel haben Folgen für das Leben in der Nachbarschaft.

Eine derart weitgehende Beeinträchtigung der Eigentumsgarantie und Beschränkung demokratischer Rechte für den Zweck weiterer Ausbau Asylzentren unhaltbar. Es kann und darf nicht sein, dass Schweizer Bürger zwangsweise Grund und Boden zur Lösung von Asylproblemen hergeben müssen und dass Kantone und Gemeinden immer weniger zu sagen haben im Asylwesen.

7. Was ist zu tun?

In der jetzigen Lage ist es überaus wichtig, dass die richtigen Signale ausgesendet werden, damit Personen, die nicht an Leib und Leben bedroht sind, nicht weiter animiert werden, mit Schleppern in die Schweiz zu gelangen und hier ein Asylgesuch zu stellen. Aus diesem Grund ist die Revision des Asylgesetzes abzulehnen.

Unsere gesetzlichen Grundlagen würden heute ausreichen, um eine faire und konsequente Asylpolitik durchzusetzen. Die meisten Massnahmen bedingen keine neuerliche Gesetzesänderung, sondern den politischen Willen der Departementsführung.

Wenn schon eine Revision des Gesetzes, müsste schwergewichtig beim Vollzug, bei der Bekämpfung der Missbräuche und einer Senkung der Attraktivität der Schweiz angesetzt werden.

Die SVP hat in der Sommersession 2015 im Rahmen der Revision des Asylgesetzes über 70 Anträge gestellt, die den Weg zeigen, wie das Asylchaos wieder unter Kontrolle zu bringen wäre:

- 1 Das geltende Asylgesetz ist juristisch nicht schlecht. Es happert jedoch beim Vollzug. Das ist eine Frage der Führung und der Prioritäten. Das 2006 und 2013 verschärfte Asylgesetz muss konsequent von allen kantonalen und eidgenössischen Behörden vollzogen und von den Hilfswerken respektiert werden. Damit ist ein unmissverständliches Zeichen an die Schlepperbanden zu schicken, dass die Schweiz Asylmissbraucher nicht toleriert.
- 2 Es gibt keine Vollkostenrechnungen, was das Asylwesen den Steuerzahler kostet. Es ist endlich Transparenz zu schaffen, was ein durchschnittlicher Asylgesuchsteller in den ersten 10 Jahren im Schnitt pro Jahr kostet (inkl. Verfahrenskosten, Sozialhilfe, Vollkosten Schulbesuche, Familienbegleitungen, Gesundheitskosten inkl. Zahnarztkosten, Integrationsprogramme etc.).
- 3 Die Rekursmöglichkeiten und Rechtsmittel sind einzuschränken. Nach dem erstinstanzlichen Entscheid soll es nur noch eine Rekursmöglichkeit geben. Asylbewerber sollen während dem Verfahren in kontrollierten Zentren und bei Verletzung der Mitwirkungspflichten oder straffälligem Verhalten in geschlossenen Zentren untergebracht werden.
- 4 Wirtschaftsmigranten und kriminelle Asylbewerber müssen konsequent zurückgeschickt werden, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann.
- 5 Dazu hat der Bundesrat Rückübernahmeabkommen abzuschliessen und bereits bestehende, welche nicht ratifiziert wurden, ratifizieren zu lassen. Gegenüber Staaten, die ihre Bürger nicht zurücknehmen, muss der Bundesrat in anderen Bereichen Gegenmassnahmen ergreifen. Dabei ist insbesondere das Aussendepartement und Bundesrat Didier Burkhalter in die Pflicht zu nehmen.
- 6 Alle vorläufig Aufgenommen sind zu überprüfen und sobald wie möglich in die Heimat zurückzuführen. Der Status der vorläufigen Aufnahme ist ersatzlos abzuschaffen. Wer ohne eigenes Verschulden nicht zurückgeschickt werden kann, ist als Schutzbedürftiger aufzunehmen.
- 7 Vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge mit subjektiven Nachfluchtgründen dürfen kein Anrecht auf Familiennachzug haben.
- 8 Die Sozialhilfe für Asylbewerber und vorläufig Aufgenommen ist auf das Niveau der Nothilfe zu reduzieren. Für anerkannte Flüchtlinge ist die Sozialhilfe nach einer gewissen Zeit ebenfalls zu reduzieren, damit kein Anreiz besteht, im Sozialsystem hängen zu bleiben.

- 9 Personen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten oder nicht mit den Behörden kooperieren, dürfen kein Recht mehr auf Nothilfe haben. Die staatliche Unterstützung für diese Personen muss sich auf die Organisation der Ausreise beschränken.
- 10 Der Bundesrat muss sich für die Durchsetzung des Dublin-Abkommens einsetzen und folglich Personen, die aus sicheren Drittstaaten einreisen, kein Asylverfahren mehr gewähren.
- 11 Kriegsflüchtlingen ist in erster Linie in der Herkunftsregion zu helfen. Dort kann mit den gleichen finanziellen Mitteln viel mehr erreicht werden als mit Umsiedlungsaktionen einzelner Auserwählter. Damit sich echte Flüchtlinge gar nicht auf den gefährlichen Weg nach Europa machen und den geldgierigen Schlepperbanden ausgeliefert werden müssen, fordert die SVP eine Umlagerung der Entwicklungshilfegelder, z.B. für Flüchtlingslager rund um die Kriegsgebiete. Dort könnte mit einem Bruchteil der bestehenden jährlichen Ausgaben der Schweiz für „Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)“ von rund drei Milliarden Franken wesentlich mehr geholfen werden, als mit zusätzlichen Milliarden für die Asylindustrie in der Schweiz.

8. Antworten auf die häufigsten Fragen und Vorwürfe:

1) Die SVP wollte doch immer Beschleunigungen, warum ist sie jetzt plötzlich dagegen?

Es kann nicht im Ernst daran geglaubt werden, dass es mit 40'000 Gratisanwälten (bei im Jahr 2015 40'000 Asylsuchenden) und einer dazugehörigen Prozessflut tatsächlich zu einer Beschleunigung kommen wird. Die Revision baut auf dem mittlerweile zusammengebrochenen europäischen Dublin-Asylsystem auf und geht von völlig unrealistischen und veralteten Gesuchszahlen, Zeitplänen und Kosten aus. Ebenso bleiben bei der Revision die Rekursmöglichkeiten, welche die Verfahren verlängern, erhalten. Zudem macht eine Beschleunigung des Verfahrens nur Sinn, wenn danach auch der Wegweisungsvollzug konsequent angeordnet wird und Personen, die keine Flüchtlingseigenschaft haben, auch ausgewiesen werden. Wenn die Beschleunigung nur dazu führt, dass möglichst viele Personen schneller als Flüchtlinge anerkannt werden oder die „vorläufige“ Aufnahme erhalten, wirkt dies attraktivitätssteigernd und kontraproduktiv.

Heute können 50 % bis 60% aller Asylsuchenden bleiben, im Vergleich zu vor 10 Jahren, wo es rund 10 % bis 20% waren.

2) Mit den Gratisanwälten wird das Verfahren günstiger, da diese mit Pauschalen entschädigt werden.

Die Juristen werden *in der Regel* mit Pauschalen entschädigt (Testbetrieb Zürich 1'361 Franken/Fall), die zwischen dem Bund und entsprechenden Anwälten und „Leistungserbringern“ ausgehandelt werden. „Einmalig anfallende Kosten“ und weitere Besonderheiten werden zudem nach Aufwand abgegolten. Dabei ist jedoch bereits absehbar, dass bei vielen Verfahren die Entschädigung erhöht werden muss, da diese ja kostendeckend sein muss. Somit bleibt auch der Anreiz, Rekurse einzuleiten und die Verfahren zu verlängern. Ausserdem sind die Anwälte und „Leistungserbringer“ der Asylindustrie ihren „Klienten“ verpflichtet. Wenn diese ein Verfahren weiterziehen wollen, so werden die Anwälte dies auch tun. Die Erfahrungen des Testzentrums sind dabei nicht repräsentativ (s. nächster Punkt). In den Niederlanden (die als Modell für die Vorlage genommen wurden) liegt die Rekursquote bei gegen 90% (jedoch nicht pauschale Abgeltung der Anwälte). Zudem führt allein die steigende Zahl von Gesuchen zu einem massiven Mehraufwand, der in der Revision nicht berücksichtigt ist.

3) Die Erfahrungen im Testzentrum in Zürich haben gezeigt, dass die Rekurse abnehmen und die Verfahren markant verkürzt werden können.

Das zu Testzwecken betriebene Asyl-Bundeszentrum in Zürich ist reine Staats-Propaganda. Die Schlussberichte zeigen, dass der Testbetrieb darauf ausgerichtet war, die gewünschten Ergebnisse und oberflächliche Argumente für die Asylgesetzrevision zu liefern, über die wir im Juni abstimmen. Es gehörte wohl zu den Vorgaben, dass der Testbetrieb weniger Beschwerden hervorzubringen hat. Dies kann man mit einem Lockvogelangebot vergleichen, wo man den Stimmbürgern aufzuzeigen versucht, dass es besser läuft. Aber sobald das geänderte Asylrecht in Kraft ist, wird es ein zähes Ringen um die Pauschalentschädigungen der Gratisanwälte geben und auch die Beschwerdeflut wird zunehmen. Es ist anzumerken, dass im Testbetrieb doppelt so viele Personen unkontrolliert vor dem Asylentscheid abgereist, zu Deutsch untergetaucht sind (15.8%), als im Regelbetrieb (8%) und 10 mal so viele nach dem Asylentscheid (16.5%) untergetaucht sind als im Regelbetrieb (1.8%).

4) Was hat die SVP in der Asylgesetzrevision verlangt? Hat sie eigene Vorschläge gebracht?

Die SVP hat über 70 Anträge zur Verbesserung der Vorlage eingereicht. In erster Linie waren dies Anträge zur Senkung der Attraktivität für illegale Wirtschafts- und Sozialmigranten. Die Sozialleistungen hätten reduziert, die Strafbestimmungen bei Asylmissbrauch erhöht, der Familiennachzug eingeschränkt und die Kantone und Gemeinden entlastet werden sollen. Ausserdem waren Anträge zur Verbesserung des Vollzugs (Haft und Rückschaffungen) dabei. Diese wurden praktisch unisono von allen anderen Parteien abgelehnt (<http://www.svp.ch/aktuell/editorials/asyldebatte-die-mitteparteien-zeigen-ihr-wahres-gesicht/>). Die SVP hat also Dutzende von eigenen, konkreten Massnahmen vorgelegt.

5) Mit der Vorlage werden auch die befristeten dringlichen Massnahmen, welche vom Volk angenommen wurden, ins ordentliche Recht überführt. Die SVP verhindert dies nun.

Die dringlichen Massnahmen, welche im Juni 2013 im Sinne der SVP vom Schweizer Volk angenommen wurden, sind noch bis September 2019 gültig. Diese Frist reicht problemlos, um diese mit einer neuen Vorlage ins ordentliche Recht zu überführen. Ausserdem liegt das Hauptproblem bei diesen Massnahmen darin, dass sie von der Departementsspitze gar nicht umgesetzt werden (s. Kapitel 3).

6) Die SVP verunmöglicht wichtige Reformen im Asylbereich und bewirtschaftet die Probleme im Hinblick auf die nächsten Wahlen

Die Vorlage in dieser Form bringt zur Lösung der Probleme im Asylbereich überhaupt nichts. Die Probleme werden vielmehr verschärft! Mit unseren beantragten, jedoch abgelehnten Massnahmen, hätten wirkliche Verbesserungen erwirkt werden können. Diese Vorlage ist jedoch kontraproduktiv, teuer und rechtsstaatlich äusserst fragwürdig. Anstatt solch verfehlte Gesetzesvorlagen zu präsentieren, müsste das EJPD in erster Linie die bestehenden Gesetze konsequent anwenden.

7) Die SVP ist unmenschlich, extrem und menschenverachtend und will gar keine Asylbewerber aufnehmen.

Falsch. Auch die SVP ist dafür, dass echte Flüchtlinge, die an Leib und Leben bedroht sind, Asyl erhalten. Das ist unsere humanitäre Tradition. Genau dies wird jedoch heute verunmöglicht, indem der Grossteil der Asylbewerber aus anderen Gründen hierherkommt und sogar hier bleiben darf. Die Asyltradition der Schweiz wird damit ausgehöhlt. Mit dem Referendum zur unnötigen Asylgesetzrevision sagt die SVP Nein zur verantwortungslosen Willkommenskultur. Die geltende Gesetzgebung würde ausreichende Grundlage für eine konsequente Asylpolitik bieten, aber die Umsetzung und der Vollzug in der Praxis sind unter Bundesrätin Sommaruga absolut desolat. Was wir brauchen, sind verschärfte Grenzkontrollen und die sofortige Rückschaffungen von unechten Asylbewerbern.

8) Die SVP möchte doch am Liebsten eine Mauer um die Schweiz bauen.

Die SVP hat bei der Volksabstimmung im Jahr 2005 das Schengen/Dublin-Abkommen als einzige Partei bekämpft, weil es damals mit etwas Weitblick und gesundem Menschenverstand schon absehbar war, dass dieses Konzept auf Dauer nicht funktionieren kann. Wenn die EU heute nicht mehr in der Lage ist, ihre Aussengrenzen - wie im Schengen-Vertrag vereinbart - vor der massenhaften Einreise illegaler Migranten zu schützen, muss die Schweiz ihre Landesgrenze wieder wie die EU-Aussengrenze kontrollieren. Die SVP fordert keine Mauern, aber konsequente Personenkontrollen an den Grenzen. Dies kann vorübergehend mit einer Unterstützung durch die Armee erfolgen.

9) Die SVP macht Stimmung mit möglichen Terroristen unter den Asylbewerbern

Terroranschläge wie jüngst in Paris oder Brüssel können nicht ausgeschlossen werden. Dass solche möglicherweise auch von Asylbewerbern geplant und durchgeführt werden könnten, liegt auf der Hand. Das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) verzeichnet aktuell mehr als 250 Hinweise auf mutmassliche Terroristen und Kriegsverbrecher, die als „Flüchtlinge“ nach Deutschland gekommen sein sollen²⁴. Die Zahl der Hinweise habe sich binnen dreier Monate mehr als verdoppelt. Allerdings liess sich bislang nur in 22 Fällen der Verdacht so sehr erhärten, dass Ermittlungsverfahren eingeleitet werden konnten. Hochrangige Staatsschützer beunruhigt, dass eine grosse Zahl von Menschen ohne eine echte Klärung ihrer Identität nach Deutschland einreisen konnte.

In der Schweiz prüft der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) die Dossiers von Personen, die um Asyl ersuchen²⁵. Dies aber nur, wenn sich bei der Befragung durch die Mitarbeitenden des Staatssekretariats für Migration Hinweise ergeben, dass sie ein Risiko für die innere und äussere Sicherheit unseres Landes darstellen könnten. Aus gewissen Ländern, wie beispielsweise Syrien, in denen terroristische Zellen agieren, werden dem NDB alle Dossiers unterbreitet. Dieser beurteilt, ob allfällige Verdachtsmomente vorliegen, und leitet die nötigen Schritte ein.

Weil Asylsuchende jedoch oft ohne Reisedokumente einreisen, steht falschen Identitätsangaben nichts im Wege. Die Sicherheitsbehörden können die Identität nicht beim Heimat- oder Herkunftsstaat abklären. Ein Restrisiko lässt sich nicht vermeiden. Die Sicherheitsorgane von Bund und Kantonen nehmen eine allfällige Bedrohung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz durch einzelne Täter oder Gruppierungen sehr ernst, analysieren die Lage laufend und treffen die nötigen Massnahmen sowie Absprachen mit Partnerdiensten im Ausland.

²⁴ «Der Spiegel» 10.02.16

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hinweise-auf-mutmassliche-terroristen-steigen-a-1076511.html>

²⁵ Antwort des Bundesrats auf eine Interpellation von NR Daniela Schneeberger <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20153547>

Zusätzlich besteht die Problematik, wenn sich gewisse Asylbewerber längerfristig nicht wirklich integrieren in unserem Land (keine Arbeit und gewisse Ghettobildungen in Städten), dass sie oder ihre Nachkommen radikalisiert werden.

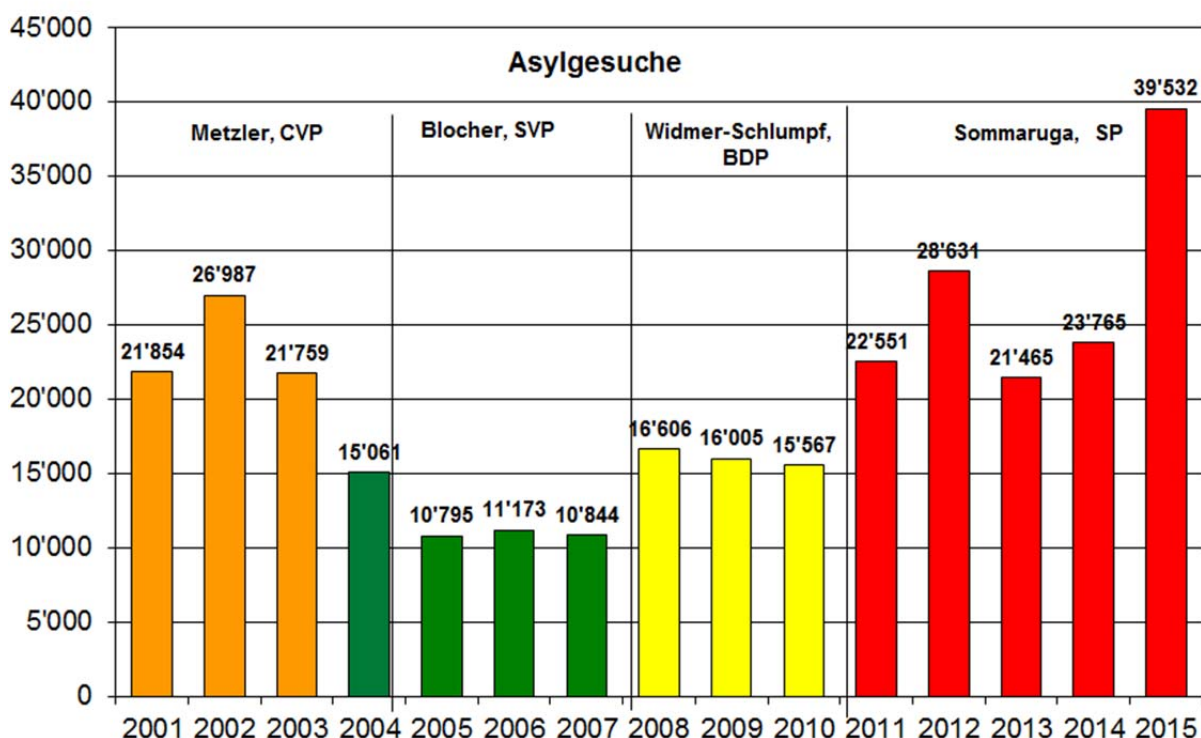
10) Die SVP sei widersprüchlich, sie habe diese Asylgesetzrevision erst in letzter Minute abgelehnt

Die SVP hat die Vorlage bereits im Rahmen der Vernehmlassung im Jahr 2013 klar und detailliert begründet abgelehnt: <http://www.svp.ch/positionen/vernehmlassungen/aenderung-des-asylgesetzes-neustrukturierung-des-asylbereiches/>. Auch im Vorfeld und während der parlamentarischen Beratung hat die SVP konsequent auf die Schwachstellen der Vorlage hingewiesen und ihre ablehnende Haltung im Frühjahr und im Sommer 2015 mit zwei Medienkonferenzen untermauert. Vor der Detailberatung in der nationalrätlichen Kommission hat die SVP im Rahmen einer Medienkonferenz ihren Nichteintretensantrag begründet sowie rund 80 konkrete Anträge zur Verbesserung der Vorlage für die Detailberatung vorgestellt: <http://www.svp.ch/aktuell/medienkonferenzen/asyl-konsequentes-handeln-statt-kontraproduktive-reformen/>. Das Referendum war schliesslich folgerichtig und alles andere als überraschend.

9. Anhänge: Zahlen und Statistiken

Asylgesuche in der Schweiz

(farblich unterschieden nach Amtszeit der jeweils zuständigen Bundesräte)

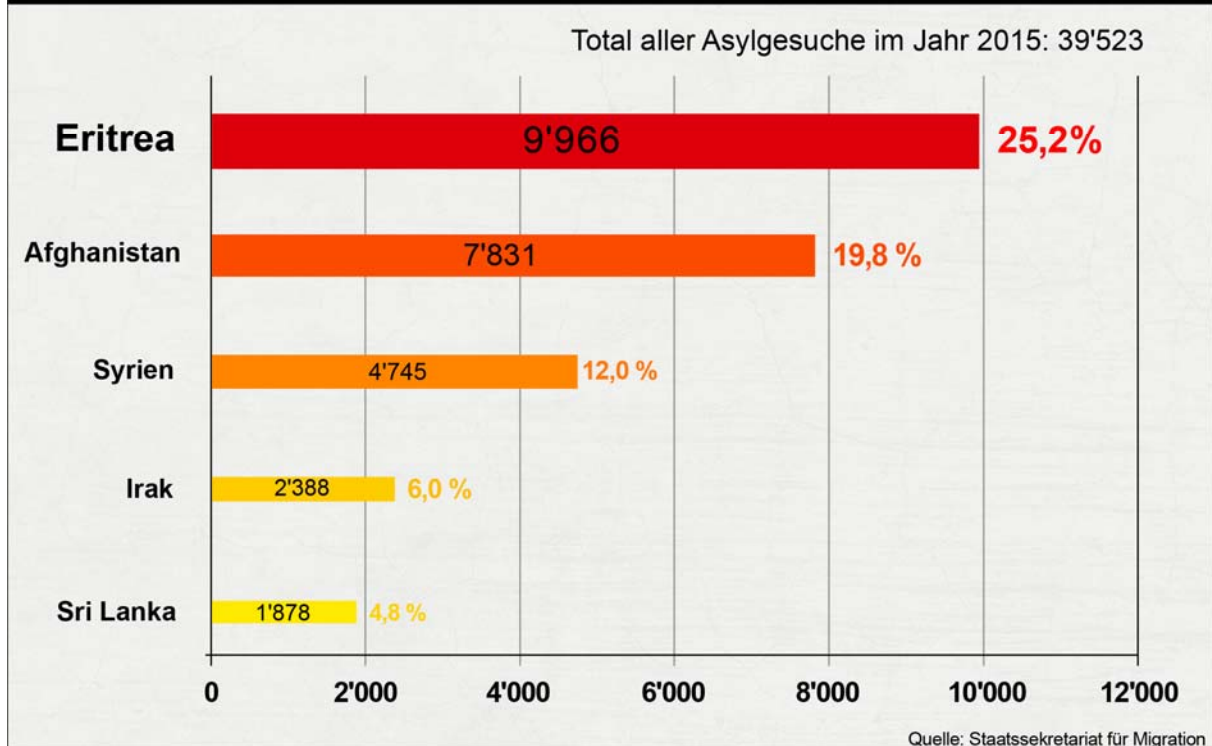


Quelle: Staatssekretariat für Migration

Neue Asylgesuche in der Schweiz nach Nationen (2015)

DIE FAKTEN:

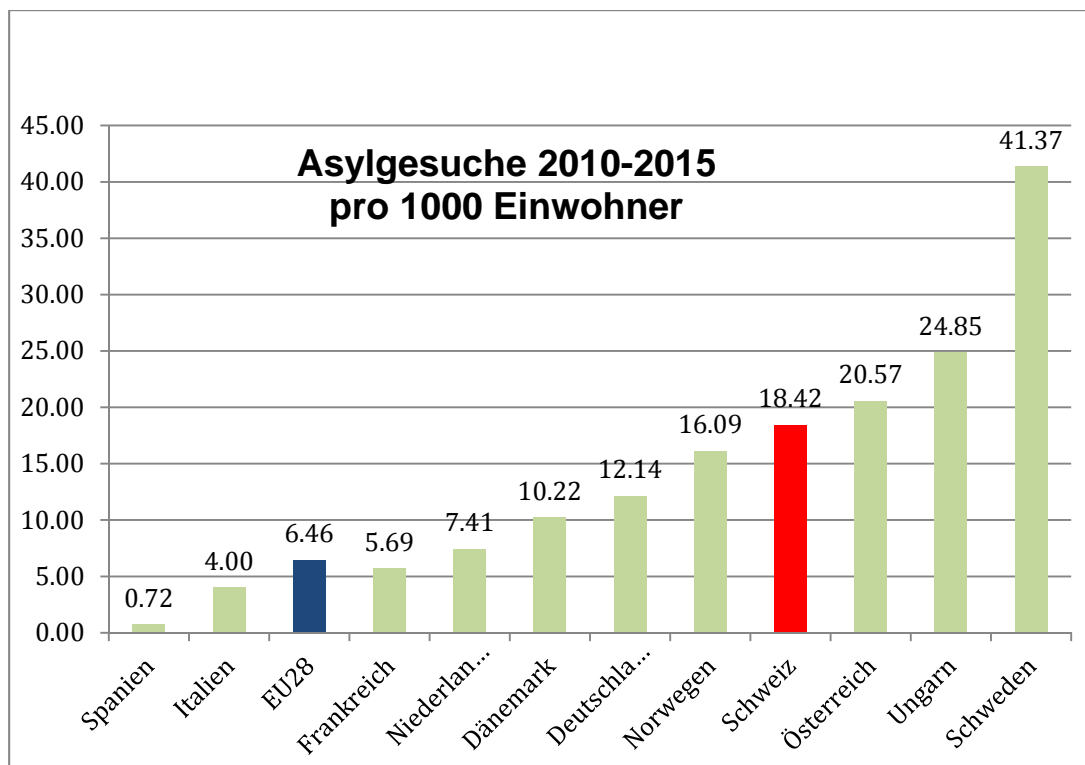
45% aller Asylgesuche im Jahr 2015 wurden von Personen aus Eritrea und Afghanistan eingereicht. Syrer haben hingegen nur 12% der Asylgesuche ausgemacht.



Quelle: Staatssekretariat für Migration

Asylgesuchszahlen 2010-2015 im internationalen Vergleich (Quelle: Eurostat):

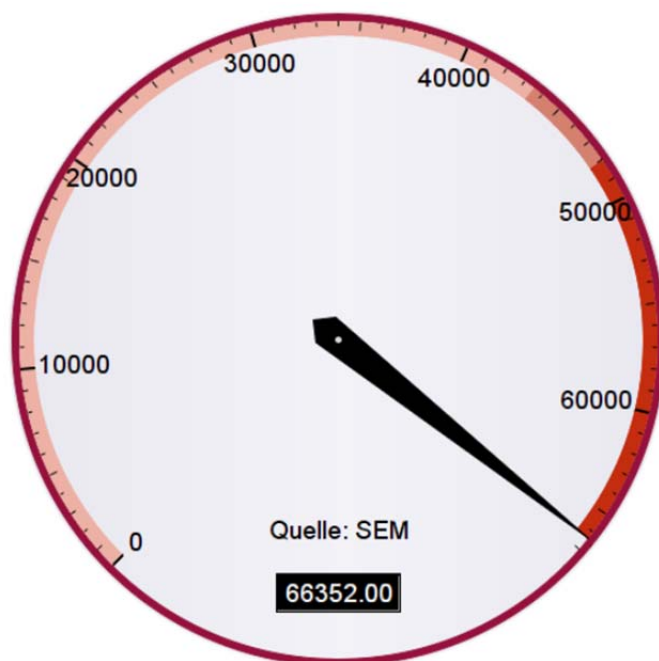
(Zahlen der Schweiz differieren bei Eurostat leicht von den Angaben des SEM)



Quelle: Eurostat

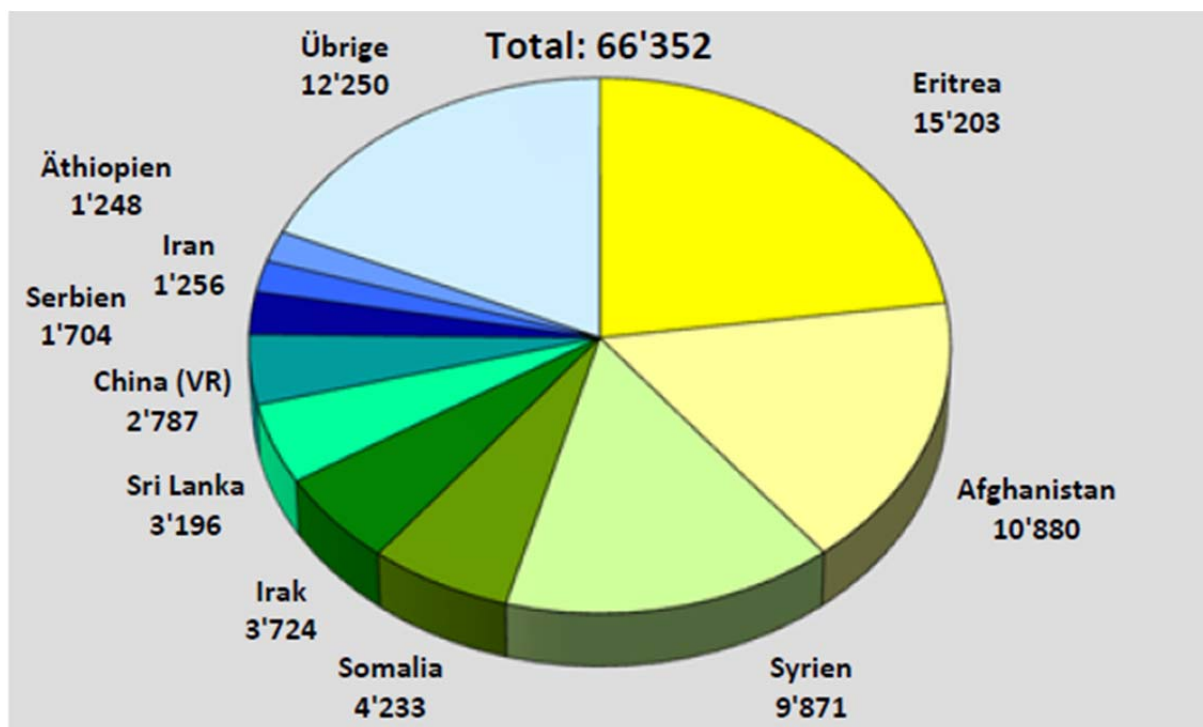
Anzahl Personen im Asylprozess (Ende 2015):

(Gesamtzahl aller Personen, die sich in irgendeiner Form im laufenden Asylprozess befinden.)



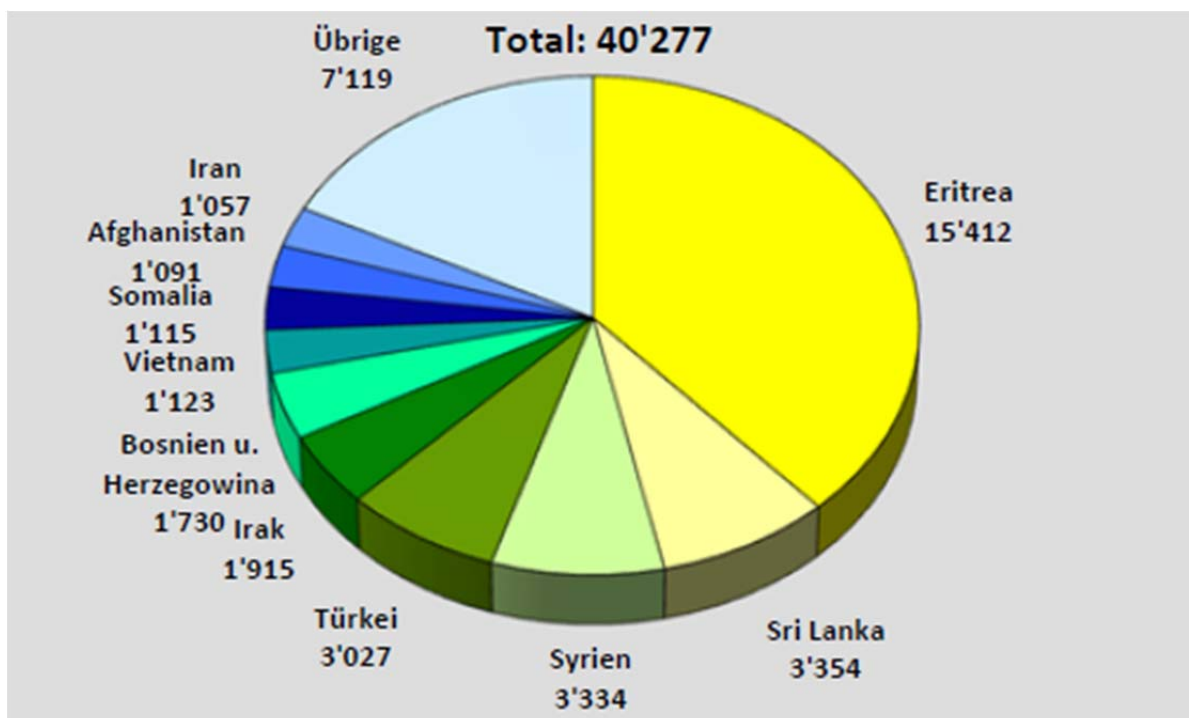
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Total Bestand Asylprozess	36'788	40'677	44'863	43'561	48'080	66'352

Personen im Asylprozess nach Nationalitäten:



Quelle: Staatssekretariat für Migration

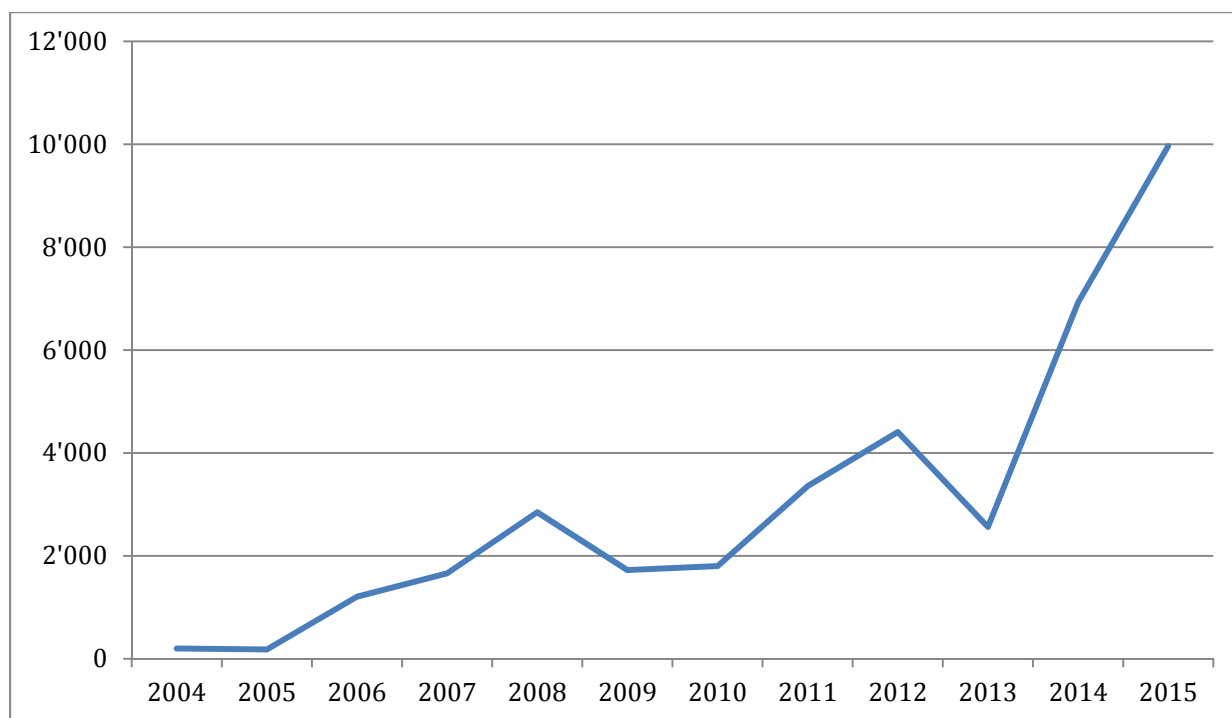
Anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz nach Nationen



Ein grosser Teil der anerkannten Flüchtlinge stammt nicht aus einem Kriegsgebiet oder aus einem Gebiet, in welchem seit Jahren kein Krieg mehr herrscht.

Quelle: Staatssekretariat für Migration

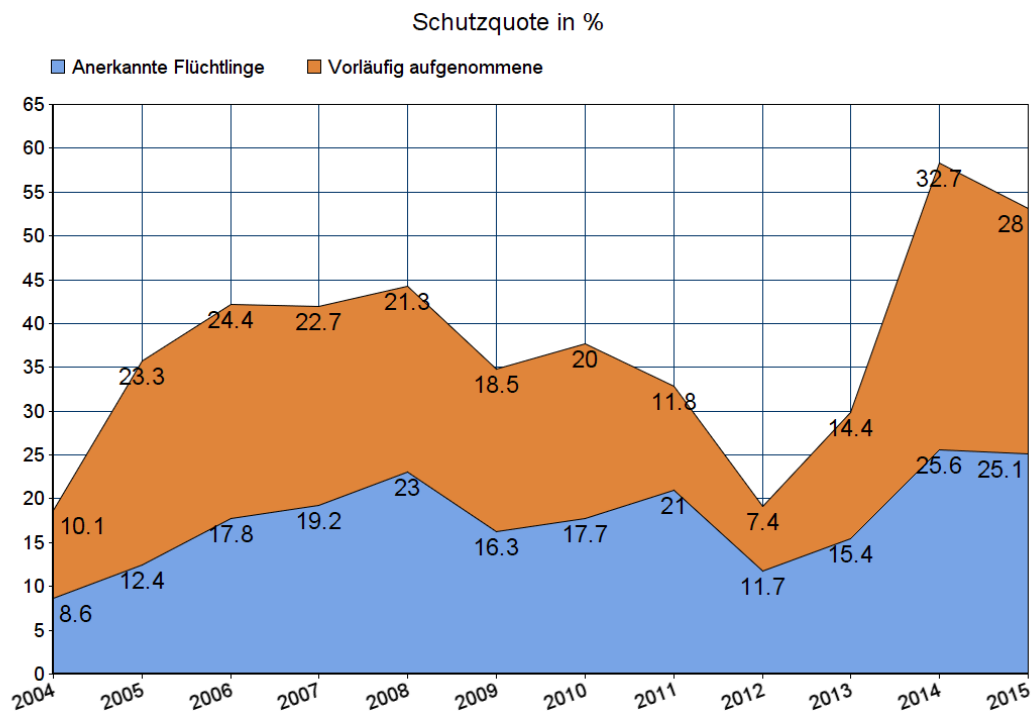
Entwicklung Anzahl Asylgesuche aus Eritrea:



Quelle: Staatssekretariat für Migration

Schutzquote:

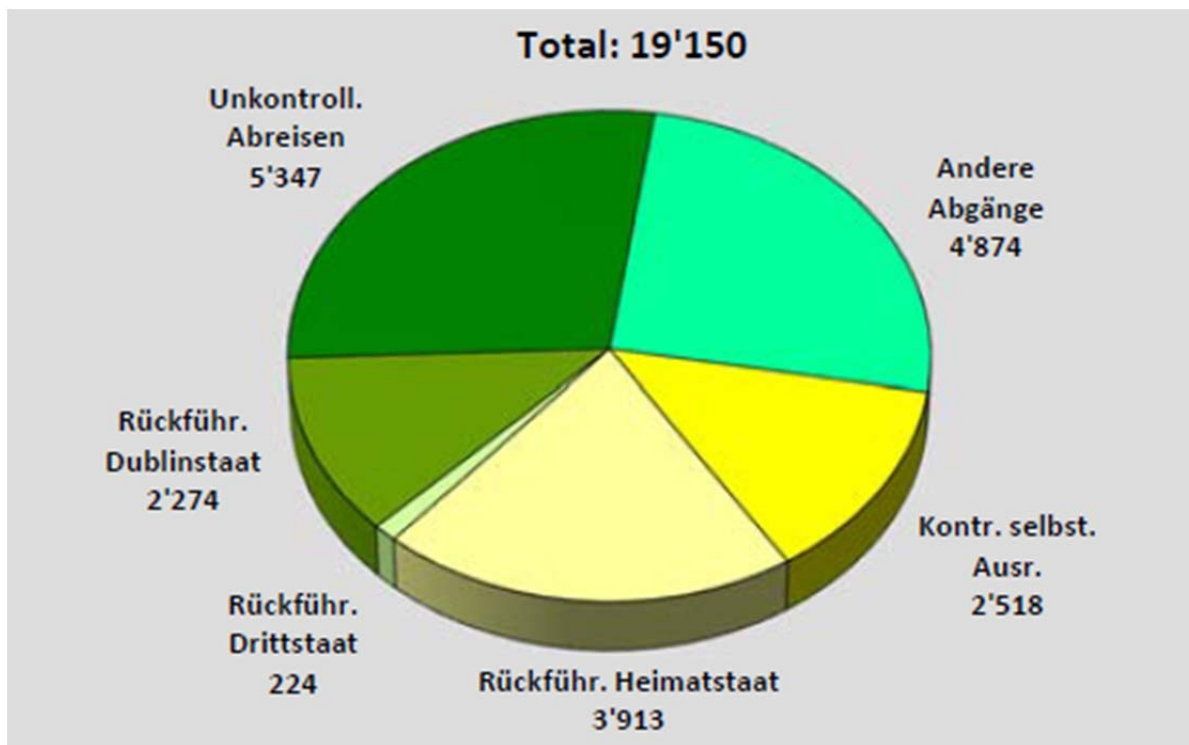
Definition: Anteil aller Asylsuchenden, welche die Schweiz als Flüchtlinge aufgenommen hat, plus vorläufig Aufgenommene.



Quelle: Staatssekretariat für Migration

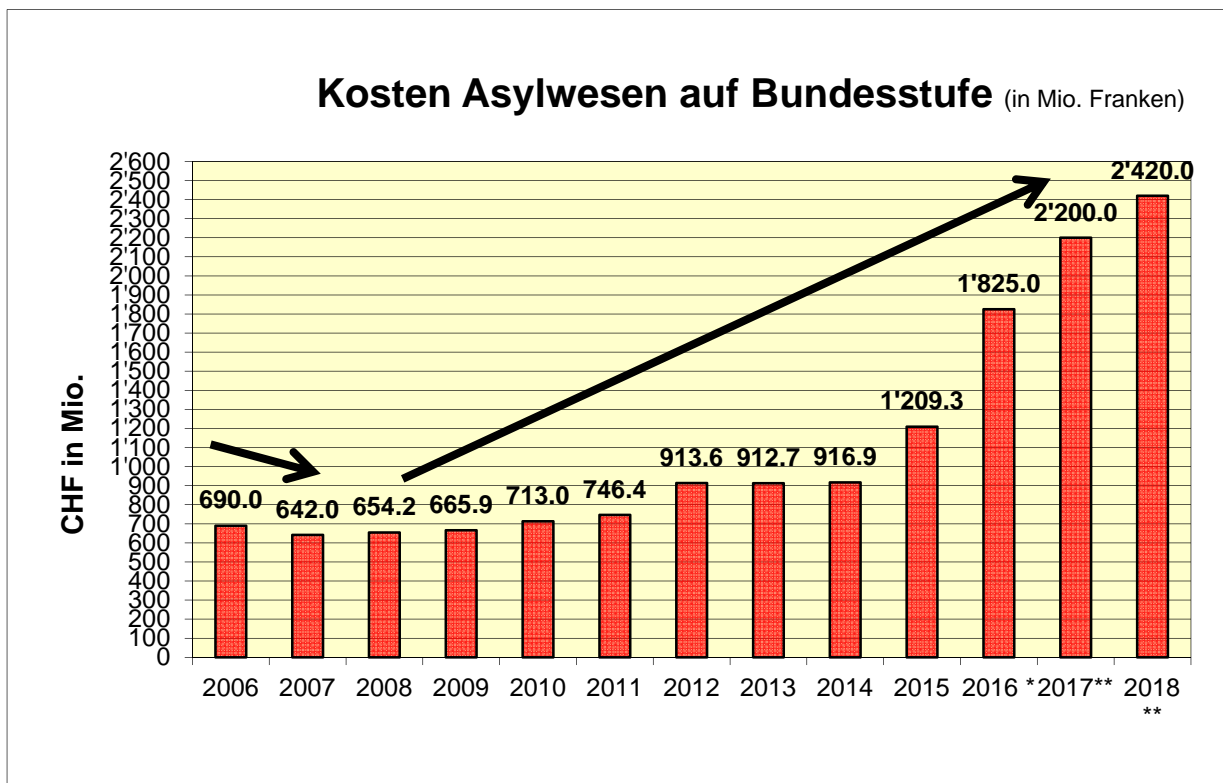
Abgänge und Vollzugsmeldungen aus Asylprozess und Vollzugsunterstützung im Jahr 2015

Neue Gesuche im Jahr 2015: 39'523



Quelle: Staatssekretariat für Migration

Kosten Asylbereich allein auf Bundesebene (hinzukommen die Kosten bei Kantonen und Gemeinden):

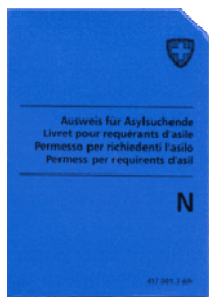


Quellen: 2016: Voranschlag (1'470 Mio. CHF) plus Nachtragskredit (353.40 Mio. CHF)

2017-2018: EFD, Serge Gaillard auf SRF (<http://www.srf.ch/news/schweiz/bund-rechnet-mit-verdopplung-der-asylkosten>)

10. Begriffserklärungen

10.1 Definitionen und Ausweise für Asylbewerber aus Drittstaaten

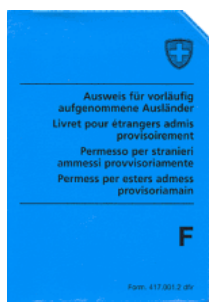


Ausweis N Asylsuchende/Asylbewerber

½ Jahr gültig

Asylsuchende sind Personen, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben und im Asylverfahren stehen. Während des Asylverfahrens haben sie grundsätzlich ein Anwesenheitsrecht in der Schweiz. Unter bestimmten Umständen kann ihnen eine unselbständige Erwerbstätigkeit erlaubt werden. Nach einem positiven Entscheid erhält die Person einen B-Ausweis als anerkannter Flüchtling. Im Falle eines negativen Entscheids erhält die Person, sofern sie das Land nicht sofort verlassen kann, einen Ausweis F für vorläufig Aufgenommene.

(31.12.2014: 19'400 Ausweise N im Umlauf)

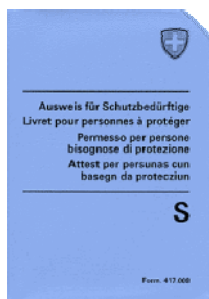


Ausweis F Vorläufig aufgenommener Ausländer

1 Jahr gültig (Verlängerung möglich)

Vorläufig Aufgenommene sind Personen, die aus der Schweiz weggewiesen wurden, wobei sich aber der Vollzug der Wegweisung als unzulässig (Verstoss gegen Völkerrecht), unzumutbar (konkrete Gefährdung des Ausländers) oder unmöglich (vollzugstechnische Gründe) erwiesen hat. Die vorläufige Aufnahme stellt demnach eine Ersatzmassnahme dar. Die vorläufige Aufnahme kann für 12 Monate verfügt werden und vom Aufenthaltskanton um jeweils 12 Monate verlängert werden. Die kantonalen Behörden können vorläufig aufgenommenen Personen unabhängig von der Arbeits- und Wirtschaftslage eine Bewilligung zur Erwerbstätigkeit erteilen.

(31.12.2014: 28'600 Ausweise F im Umlauf)



Ausweis S Schutzbedürftige

Personen aus Kriegs- und Krisengebieten, denen der Bundesrat ohne Asylverfahren vorübergehenden Schutz gewährt. Dieser Ausweis berechtigt zum vorläufigen Aufenthalt in der Schweiz, jedoch weder zum Grenzübertritt noch zur Rückkehr in die Schweiz. Jeder Stellenantritt und -wechsel bedarf der vorgängigen Bewilligung. Aus der Gültigkeitsdauer kann kein Anwesenheitsrecht abgeleitet werden.



Ausweis B Aufenthaltsbewilligung für Drittstaatsangehörige

Anerkannte Flüchtlinge erhalten den B-Ausweis, nach fünf Jahren sogar den C-Ausweis. Der B-Ausweis ermöglicht, sich für einen bestimmten Zweck längerfristig mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufzuhalten. Die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltsbewilligung für Drittstaatsangehörige wird das erste Mal in der Regel auf ein Jahr befristet. Erstmalige Bewilligungen zur Erwerbstätigkeit dürfen nur im Rahmen der jährlich neu festgesetzten Höchstzahlen erteilt werden. Die einmal gewährten Bewilligungen werden im Normalfall jährlich erneuert, sofern nicht Gründe (z.B. Straftaten, Fürsorgeabhängigkeit, Arbeitsmarkt) gegen eine Erneuerung sprechen.

(31.12.2014: 648'100 Ausweise B im Umlauf)

Quelle: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/02.html>

10.2 Weitere Begriffe

Wirtschaftsmigrant

Ein Migrant ist kein Flüchtling. Er verlässt seine Heimat üblicherweise freiwillig, um seine Lebensbedingungen zu verbessern. Er sucht Arbeit oder will im schlimmsten Fall vom Sozialsystem profitieren. Als Wirtschaftsmigrant gelten die Regelungen des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU, respektive die Drittstaatenregelungen.

Asylbetrüger

Ein Asylbetrüger ist, wer illegale Massnahmen ergreift und lügt, um Asyl zu erschleichen. Derzeit kriegt man in der Schweiz gerne Aufenthalt, wenn man Eritreer ist. Deshalb bezeichnen sich auch Nicht-Eritreer in der Praxis oft als solche. Ein klassischer Betrug. Dieser wird dann noch ausgebaut, indem man Familiennachzug betreibt. Und zwar Ehefrauen, Kinder und Verwandte, die in Wahrheit gar nicht verwandt sind. Seit mit teuren DNA-Tests bewiesen werden kann, ob es sich beim Familiennachzug um Kinder oder Eltern handelt, werden solche Personen nicht selten nach der Einreise als vermisst gemeldet.

Unechter oder falscher Asylbewerber

Als unechte oder falsche Asylbewerber werden all jene bezeichnet, die nicht an Leib und Leben bedroht sind. Sie sind schlicht auf der Suche nach einem besseren Leben, sind also Wirtschaftsmigranten und fallen nicht unter das Asylgesetz. Sie müssen das Land verlassen.

UMA „Unbegleitete minderjährige Asylbewerber“

UMA sind ein wachsendes Problem. Als unbegleiteter Minderjähriger gilt, wer von beiden Elternteilen getrennt ist und für dessen Betreuung niemand gefunden werden kann, dem durch Gesetz oder Gewohnheit diese Verantwortung zufällt. UMA haben nur selten Papiere bei sich, mit denen sie sich ausweisen könnten. Sie kommen in spezielle kantonale Zentren und werden dort oftmals sogar im Haus schulisch und nicht selten heilpädagogisch unterrichtet. Die Kosten für ihre Betreuung sind entsprechend hoch. In der Praxis werden UMA leider auch in speziellen kantonalen Zentren zugewiesen, selbst wenn sich Verwandte in der Schweiz befinden.

Dublin-Fälle

„Dublin-Fälle“ sind jene Asylbewerber, die schon in einem Land mit Dublin-Abkommen (siehe Abschnitt 2.6) registriert wurden. Da die Schweiz von Dublin-Staaten umgeben ist, können theoretisch gar keine Asylbewerber unregistriert zu uns gelangen – nur auf dem Luftweg. Doch über den Luftweg kommen nur ein paar hundert Asylbewerber jährlich. Der überwiegende Teil von ihnen gelangt über den Landweg durch ein Dublin-Land zu uns. Leider werden nur wenige von ihnen von den anderen Dublin-Staaten registriert. Und von den tatsächlich registrierten können wiederum nur wenige an das Land der ersten Registrierung überstellt werden, weil das Dublin-Abkommen schlicht nicht mehr funktioniert.



Non à une culture de bienvenue irresponsable!

**Non aux avocats gratuits et
aux expropriations**

ARGUMENTAIRE
contre la révision de la loi sur l'asile (LAsi)

Le contenu

1. Les arguments en bref	3
2. Le système d'asile suisse.....	5
2.1 La procédure d'asile en vigueur	5
2.2 La nouvelle procédure prévue	5
2.3 Le mensonge du «tout ira mieux désormais»	7
2.4 Le mensonge de l'hébergement	8
2.5 Culture de bienvenue au lieu d'exécution des renvois	9
2.6 L'accord d'association Dublin	9
2.7 Migrations de peuples vers l'Europe	13
2.8 Comparaison européenne des nombres de demandes d'asile par rapport à la population	14
3. Que veut cette révision nuisible de la loi sur l'asile?	16
4. Révision de la loi sur l'asile: la mauvaise réponse au mauvais moment.....	17
4.1 Conditions-cadres changées	17
4.2 Faux signaux: culture de bienvenue irresponsable à la Merkel également en Suisse	18
4.3 La révision repose sur des bases totalement fausses	19
4.4 Les problèmes d'exécution ne sont pas réglés	19
4.5 Portes ouvertes pour les passeurs et les migrants clandestins	21
4.6 Requérants d'asile: 72% sont des hommes	22
4.7 L'intégration atteint ses limites – la sécurité est menacée	23
4.8 Islamisation et changement des valeurs	23
4.9 La criminalité dans le domaine de l'asile est dissimulée	24
4.10 Coûts triplés en dix ans – uniquement au niveau fédéral	24
5. Non aux avocats gratuits pour tous.....	28
5.1 Qui peut agir comme avocat gratuit?	28
5.1.1 Gonflement de l'industrie de l'asile.....	28
5.5 Centre d'asile pilote: un pur objet de propagande	30
6. Procédures d'approbation de plans et expropriations – les citoyens n'ont plus voix au chapitre	33
6.1 Introduction	33
6.2 Utilisation provisoire des constructions et installations de la Confédération	33
6.3 Utilisation durable de constructions et installations de la Confédération	34
6.3.1 Approbation de plans.....	34
6.3.2 Procédures ordinaire et simplifiée d'approbation des plans	34
6.4 Expropriation	35
6.4.1 Expropriation formelle de propriétaires immobiliers aux fins d'aménagement de centres d'hébergement pour les requérants.....	35
6.4.2 Expropriation matérielle de propriétaires immobiliers.....	35
6.4.3 Effets des expropriations matérielle et formelle pour les propriétaires et les locataires	35
7. Que faut-il faire?	36
8. Réponses aux questions et aux reproches les plus fréquents:	37
9. Annexes: chiffres et statistiques	41
10. Définitions des notions	48
10.1 Permis de séjours des requérants d'asile d'Etats tiers	48
10.2 Autres définitions de notions	49

1. Les arguments en bref contre la révision de la loi sur l'asile

Cette révision inapte de la loi sur l'asile pour la restructuration du domaine de l'asile doit être refusée pour les raisons suivantes:

- 1. Le rôle de la Suisse n'est pas d'accueillir des migrants économiques et sociaux illégaux!** Les authentiques réfugiés, donc les personnes dont la vie et l'intégrité physique sont menacées, trouvent aide et protection en Suisse. Voilà notre tradition humanitaire. Seule une lutte rigoureuse contre les abus permet de la préserver.
- 2. Cette révision de la loi sur l'asile nuit à la Suisse.** Face aux grandes migrations de peuples vers l'Europe et aux problèmes massifs que ce phénomène engendre, l'attractivité de la Suisse comme pays de destination doit être réduite. L'accent de la politique d'asile doit être mis sur l'exécution des mesures, soit en particulier sur le renvoi des migrants sociaux et économiques. Cela fait des années que le département Sommaruga refuse de faire ce travail, qui est le sien. Cette révision n'est pas nécessaire, car les bases légales actuellement en vigueur suffisent largement.
- 3. Le projet de la conseillère fédérale socialiste Simonetta Sommaruga repose sur des données fausses.** Cette révision de la loi sur l'asile part d'une estimation de 24 000 demandes d'asile par an (or, en 2015, la Suisse a enregistré 39 523 demandes). De plus, cette réforme admet l'hypothèse que 40% des requérants sont des «cas Dublin» qui peuvent être renvoyés dans d'autres pays européens directement depuis les centres fédéraux. La réalité est très différente: sur les 17 377 «cas Dublin» enregistrés en 2015, juste 2461 ont pu être renvoyés dans les Etats Dublin compétents, soit 6% seulement de tous les demandeurs d'asile de l'an passé. La grande majorité de ces cas Dublin restants seront, comme jusqu'ici, répartis entre les cantons.
- 4. Les avocats gratuits pour les requérants d'asile déclencheront un onéreux flot de procédures.** Aucune personne douée de bon sens ne peut croire que des avocats gratuits mis à disposition de 40 000 requérants d'asile (2015) vont accélérer les procédures. C'est le contraire qui est vrai. La conséquence de cette réforme sera un flot de recours en droit, une surcharge encore plus grande des tribunaux et des coûts supplémentaires par millions de francs. Qui plus est, les requérants d'asile sont privilégiés par rapport aux citoyens suisses en bénéficiant sans condition d'un avocat gratuit.
- 5. Des expropriations par l'Etat de particuliers et de communes pour permettre la construction de nouveaux centres d'asile constituent un procédé indigne d'une démocratie directe comme celle de la Suisse.** Les droits de la propriété des citoyens et l'autonomie des cantons et des communes seront une fois de plus foulés au pied. Cette révision impose une procédure centralisée pour les autorisations de planification. Elle abolit ainsi des droits fondamentaux, le fédéralisme et la démocratie directe dans ce domaine.
- 6. Cette révision permettra à un nombre encore plus grand de requérants d'asile de recevoir encore plus rapidement le droit de rester en Suisse,** et cela indépendamment du fait que leur vie et leur intégrité physique soient menacées ou non. Une accélération des procédures sans exécution systématique des décisions de renvoi est contre-productive, car elle accroît l'attractivité de la Suisse comme pays de destination pour les

migrants économiques et les bandes de passeurs. Cette perspective concerne avant tout les communes, les cantons et les institutions sociales en raison des coûts énormes qu'elle implique.

7. **Les coûts à long terme pousseront la Suisse au bord du collapsus financier.** Les investissements, places de travail comprises, se montent à 548 millions de francs. Qui donc n'a pas envie de venir en Suisse alors que celle-ci offre à toutes et à tous des soins médicaux, dentaires et psychiatriques, l'aide sociale et désormais même un avocat gratuit sans condition, le tout aux frais des contribuables helvétiques? Parallèlement, les mesures d'intégration de l'Etat sont massivement étendues (cours de langues gratuits, allocations de formation, cours de savoir-vivre, etc.) et subventionnées par la Berne fédérale. Des milieux de gauche réclament déjà bruyamment des programmes d'occupation financés par l'Etat.
8. **La loi actuelle sur l'asile permet déjà de loger séparément les requérants d'asile récalcitrants.** A ce niveau également, les autorités compétentes refusent de faire leur devoir et se moquent de la sécurité de la population. Ces dernières années, les requérants d'asile tombaient en moyenne cinq fois plus souvent dans la criminalité que les Suisses¹. À chaque fois, c'est le contribuable qui paie l'addition et qui règle les frais de police, de justice et d'emprisonnement.

Conclusion:

Cette révision de la loi sur l'asile étend, au lieu de la limiter, une culture de bienvenue dont l'échec est patent. Cette pratique menace la tradition humanitaire de la Suisse.

En lieu et place, il faudrait immédiatement réintroduire des contrôles systématiques aux frontières, si nécessaire avec l'aide de l'armée, pour notamment faire cesser les activités des brutales bandes de passeurs et pouvoir procéder à un premier tri des flots de migrants.

Le gouvernement doit cesser de fermer les yeux devant la problématique des changements de valeurs et culturels que provoque l'immigration irréfrenée. Il doit notamment prendre des mesures concernant le grand nombre de requérants d'asile dont la demande a été refusée, mais qui n'ont pas été renvoyés, ou les requérants d'asile criminels. Il doit aussi réagir au risque d'infiltration de terroristes qui entrent en Suisse, entre autres sous le couvert de la procédure d'asile. La formation de ghettos à laquelle on assiste dans beaucoup de pays voisins de la Suisse doit absolument être évitée. Il faut tenir compte des limites de la capacité d'intégration, notamment face au nombre croissant de personnes provenant de cultures totalement différentes de la nôtre.

Cette réforme avec des avocats gratuits pour tous les requérants d'asile et la possibilité donnée à l'Etat d'exproprier de manière dictatoriale des particuliers et des communes pour installer ou construire des centres d'asile fédéraux, impose une politique erronée et dangereuse au détriment des citoyennes et des citoyens de ce pays.

De surcroît, les coûts de l'asile échappent à tout contrôle. Cette année, les charges financières de l'asile au seul niveau fédéral sont devisées à 1,842 milliard de francs, et on s'attend pour 2018 à un doublement par rapport à 2015, soit 2,4 milliards. Les cantons et les communes assument à leur tour des charges allant jusqu'à 2 milliards de francs. Les quelque 3 milliards de francs que la Confédération dépense chaque année pour l'aide au développement doivent être davantage ciblés sur l'aide dans les pays originaires des migrants ainsi qu'à des fins d'information. Cette aide doit aussi être liée à la conclusion d'accords de réadmission avec ces Etats.

¹ Personnes prévenues selon la Statistique de la criminalité 2015

2. Le système d'asile suisse

2.1 La procédure d'asile en vigueur

271 demandes d'asile ont été déposées en 2015 dans les aéroports de Genève et de Zurich². Tous les autres requérants³, soit 39 523, sont venus en Suisse après avoir traversé un Etat Dublin considéré comme sûr (tous membres de l'UE). Les requérants qui entrent en Suisse ou qui se trouvent déjà en Suisse doivent déposer leur demande dans un des cinq centres d'enregistrement et de procédure (CEP) de la Confédération qui se trouvent à Bâle, Chiasso, Kreuzlingen, Vallorbe et Altstätten.

Or, dans la pratique, les choses se passent comme suit: les gardes-frontière interceptent des requérants d'asile et, sans se préoccuper du fait que ces personnes aient ou non un document d'identité sur elles, leur donnent l'adresse du prochain centre d'enregistrement et un billet de train pour s'y rendre. A partir de ce moment-là, plus personne ne sait si ces requérants arrivent effectivement dans un centre d'enregistrement ou s'ils disparaissent dans la nature.

Arrivés au centre d'enregistrement, les requérants sont enregistrés. On prend leurs empreintes digitales et on saisit leurs documents d'identité⁴. En outre, un premier bref interrogatoire a lieu au cours duquel on leur demande des informations personnelles. On les interroge sur l'itinéraire qu'ils ont suivi, sur les motifs de leur demande d'asile, leur langue, leur identité, leurs lieux de séjour précédents et leur âge. Leur état de santé peut également faire l'objet d'un examen.

Après ce premier interrogatoire, le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) décide si la Suisse doit examiner matériellement la demande d'asile ou si cette obligation revient à un autre pays (en application de ladite procédure de Dublin, cf. section 2.6.).

Ensuite, le Secrétariat d'Etat aux migrations remet les requérants aux cantons pour la durée de la suite de la procédure. Les cantons sont chargés d'organiser l'hébergement de ces personnes.

2.2 La nouvelle procédure prévue

Selon la nouvelle procédure prévue par cette révision, les requérants sont interceptés et envoyés dans les nouveaux centres fédéraux (en lieu et place des centres d'enregistrement et de procédure) ou ils s'y annoncent directement. Durant une phase dite de préparation de trois semaines au maximum dans les centres fédéraux, toutes les informations sont récoltées pour ouvrir ensuite la procédure, donc les empreintes digitales, les documents d'identité, résultats d'examens médicaux, etc. Il n'y a donc pas de changement significatif à ce niveau.

Puis intervient une «procédure cadencée» (un cliché vide de sens propagé par le département Sommaruga) qui, prétendument, accélérerait les choses: l'audition, la prise de position concernant la décision et la décision finale, tout cela se ferait désormais en huit jours de travail, mais uniquement à la condition que tous les acteurs nécessaires soient sur place (interprète, avocat gratuit, médecins ainsi que d'autres fonctionnaires de l'asile encore).

La Confédération entend désormais traiter de sa propre compétence 60% de toutes les demandes. Elle veut créer à cet effet 5000 places d'accueil. Aujourd'hui déjà, l'Etat central dispose de 1400 places dans cinq centres de procédure. Il faut donc 3600 places supplémentaires. La

² SEM Statistique de l'asile 2015

³ SEM Statistique de l'asile 2015

⁴ Durant le débat parlementaire, les représentants de l'UDC ont demandé que les requérants soient contraints de remettre tous leurs documents qu'ils portent sur eux (et non seulement les documents de voyage et documents d'identité), mais cette proposition n'a pas été acceptée.

révision de la loi prévoit une procédure de planification particulière pour trouver et exploiter ces places supplémentaires. Il s'agit en fait d'abroger la procédure d'autorisation actuellement en vigueur pour la construction de centres d'asile, et de balayer voire exclure d'emblée toute résistance de la population.

Aperçu des 16 nouveaux centres fédéraux prévus par cette révision offrant 5000 places:

Centres fédéraux d'asile – répartition entre les six régions

Liste des régions et nombre de places planifiées

dans les futurs centres fédéraux

Région	Places dans les futurs centres fédéraux
Suisse romande	1280 places
Zurich	870 places
Nord-Ouest de la Suisse	840 places
Suisse orientale	700 places
Suisse centrale et méridionale	690 places
Berne	620 places
La Confédération constitue six régions d'asile dont chacune doit ouvrir un centre de procédure et au moins un centre de départ.	Au total 5000 places sont préparées dans les centres fédéraux

- **6 centres de procédure (env. 2090 places)**

A l'avenir, les demandes d'asile seront déposées, examinées et feront l'objet d'une décision dans les centres de procédure de la Confédération. Tous les acteurs nécessaires à cette procédure seront réunis sous le même toit. Le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) écrit à ce propos: «**Les requérants d'asile restent dans ces centres durant cette procédure et ne seront plus transmis aux cantons.**»⁵ Grâce à ces nouveaux centres installés dans six régions de procédure, le travail administratif sera réduit et, partant, la procédure accélérée, affirme le SEM. A côté des logements pour les requérants, ces centres abritent également des bureaux pour les fonctionnaires menant les interrogatoires, les interprètes, les examinateurs des documents, les conseillers juridiques, etc.

- **2 centres spéciaux (env. 120 places pour des personnes récalcitrantes et problématiques)**

Les requérants d'asile qui menacent considérablement la sécurité et l'ordre publics ou qui gênent par leur comportement l'exploitation normale des centres d'asile de la Confédération peuvent être logés dans ces centres spéciaux. Ces personnes peuvent de surcroît être frappées d'une restriction géographique par l'autorité cantonale. Cela signifie qu'elles n'ont pas le droit de quitter une certaine région.

- **6 à 10 centres de départ (env. 2910 places)**

⁵ <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/beschleunigung/bundesasylunterkuenfte.html>

Les centres de départ abritent principalement des personnes dont la procédure d'asile tombe sous le coup de l'accord de Dublin ou dont la demande a été refusée. Ces personnes restent dans les centres fédéraux et ne seront plus, comme jusqu'ici, transférées dans les centres d'accueil cantonaux. L'accord de Dublin prévoit qu'un seul Etat est responsable de l'examen de la demande d'asile afin d'empêcher le dépôt de plusieurs demandes dans différents pays UE. D'autres requérants d'asile attendent dans ces centres d'être rapatriés, car leur demande a été refusée en dernière instance. Il s'agit donc là de personnes qui, logiquement, devraient quitter la Suisse dans les plus brefs délais.

2.3 Le mensonge du «tout ira mieux désormais»

Le but affiché de cette révision de la loi sur l'asile est de traiter à l'avenir 60% de toutes les demandes d'asile par cette procédure accélérée au niveau fédéral, y compris les 40% de cas Dublin pronostiqués. Mais à quoi peut bien servir une procédure rapide alors que les décisions de renvoi ne sont que très rarement exécutées? Bien que la plupart des cas Dublin puissent en pratique être identifiés, ils ne peuvent être renvoyés, et ce, malgré des conventions existantes. Au lieu de cela, ils sont malgré tout mis à la charge des cantons et des communes (voir section 2.6). Et de quelle manière Madame Sommaruga communique-t-elle avec les autres pays UE ayant signé l'accord de Dublin? Elle demande une solution solidaire au lieu d'exiger le respect de l'accord.

A chaque révision de la loi sur l'asile le département de Madame Sommaruga multiplie les promesses, mais refuse ensuite d'appliquer le droit en vigueur. Les décisions du peuple restent lettre morte. Il y a trois ans déjà, la ministre de l'asile Sommaruga a trompé le peuple avec une révision de la loi sur l'asile. Lors de la votation populaire du 9 juin 2013 sur la révision urgente de la loi sur l'asile contre laquelle des milieux de gauche avaient lancé un référendum, 78% des Suissesses et des Suisses, une proportion tout à fait exceptionnelle, avaient dit oui au durcissement de la loi. Or, voici comment les choses se sont passées dans la réalité:

<u>Les promesses de la conseillère fédérale Sommaruga</u>	<u>Purs mensonges comme en témoigne la réalité</u>
<p>L'objection de conscience n'est plus un motif d'asile.</p> <ul style="list-style-type: none"> Par cette restriction, le Parlement avait réagi à la décision de l'ancienne Commission de recours en matière d'asile (aujourd'hui le Tribunal administratif fédéral) d'accorder le statut de réfugié à tous les objecteurs de conscience érythréens. Cette décision a eu pour conséquence que des milliers d'Erythréens (ou prétendus tels) déposent en Suisse une demande d'asile qui est presque toujours admise. 	<p><i>Que s'est-il passé depuis?</i> <i>Rien! La Suisse n'applique pas la décision du peuple et devient toujours plus intéressante pour les requérants d'asile d'Erythrée. Le nombre de demandes d'asile érythréennes a progressé de 2563 en 2013 à 9966 en 2015. Avec un taux de reconnaissance de 38,6%, les demandes d'asile de ces ressortissants bénéficient toujours d'un taux de reconnaissance extrêmement élevé.</i></p>
<p>Les requérants d'asile récalcitrants peuvent être installés dans des centres spéciaux.</p> <ul style="list-style-type: none"> L'UDC a exigé des installations fermées et clôturées pour les récalcitrants. Cette revendication a toutefois été rejetée. Le 	<p><i>Que s'est-il passé depuis?</i> <i>Rien! Il n'existe pas un seul centre pour des requérants d'asile récalcitrants. La conseillère fédérale Sommaruga fait semblant de relancer cette idée dans cette nouvelle révision de la loi sur l'asile. Cela n'est pas nécessaire en fait. La loi actuelle permet par-</i></p>

<p>résultat est que la volonté du peuple n'a jusqu'à aujourd'hui pas été mise en œuvre et que les requérants d'asile récalcitrants, pour certains dangereux, sont logés dans des centres d'hébergement ordinaires, ouverts.</p>	<p><i>faitement l'installation de tels centres, mais comme partout dans le domaine de l'asile les dispositions légales en vigueur ne sont pas appliquées.</i></p>
<p>Les bâtiments fédéraux peuvent être utilisés durant trois ans au maximum sans autorisation des cantons et communes concernés pour loger des requérants d'asile dans la mesure où ce changement d'affectation n'exige pas des transformations au niveau de la construction.</p>	<p><i>Que s'est-il passé depuis? Les autorités fédérales installent de nouveaux abris pour les requérants d'asile le plus souvent sans aucun égard pour la population locale et en informant de manière lacunaire. Les populations locales savent au moins que ces pratiques déplaisantes sont limitées à trois ans. Mais la nouvelle loi sur l'asile va beaucoup plus loin en permettant l'expropriation de bien-fonds appartenant à des particuliers, des entreprises ou des communes. Ce procédé est indigne de la Suisse et constitue un minage de l'Etat de droit.</i></p>

2.4 Le mensonge de l'hébergement

Avec 3600 nouvelles demandes par mois (janvier 2016), les 5000 lits des centres fédéraux suffisent à peine pour cinq à six semaines. Aussi, les requérants d'asile seront-ils forcément transmis aux cantons au fil de la procédure en raison de la surcharge chronique des centres fédéraux.

Cela n'empêche pas le Secrétariat d'Etat aux migrations de faire croire aux cantons et aux communes qu'ils pourront «réduire massivement leurs capacités d'hébergement» car ils n'auront à l'avenir besoin que de 10 000 places environ. Une promesse totalement vaine compte tenu de la réalité actuelle.

Avec 39 523 demandes d'asile par an (2015), le compte est vite fait: si, comme on le leur annonce, les cantons et les communes ne doivent à l'avenir reprendre que 10 000 de ces requérants, la Confédération devrait se charger des 29 523 restants (y compris les départs et rapatriements). Comment cela serait-il possible avec 5000 lits?

De deux choses l'une: soit les requérants d'asile installés dans les centres fédéraux sont rapidement transmis aux cantons pour libérer des lits (rien ne change alors par rapport à aujourd'hui), soit la Confédération construit des centres fédéraux supplémentaires ce qui ferait exploser les coûts par rapport aux chiffres annoncés pour cette révision. Une certitude cependant: une décision plus rapide ne signifie absolument pas un départ ou un renvoi plus rapide des requérants. Avec la direction politique actuelle, elle est même contreproductive, parce que cette révision fait plus rapidement place aux nouveaux migrants, dont les motifs sont principalement économiques. Un grand nombre de requérants d'asile reste durablement en Suisse, que ce soit en tant que réfugiés reconnus, admis provisoire, pour cas de rigueur ou à un autre titre). Ainsi, si cette révision déploie tous les effets annoncés, ces personnes finiront encore plus rapidement à la charge des cantons et des communes qui doivent s'en occuper à long terme (aide sociale).

Les cantons continueront donc à supporter la principale charge de l'hébergement des requérants d'asile. Cette révision de la loi sur l'asile comporte en effet encore une autre disposition: si

d'autres examens sont nécessaires (cela est prévu dans 40% des cas), une procédure élargie sera ouverte qui durera au maximum 12 mois. Les requérants d'asile seront alors répartis entre les cantons. Ils ont eux aussi droit à des conseils et une représentation juridiques, mais uniquement pour des étapes essentielles de la procédure.

Conclusion: Cette révision de la loi sur l'asile ne change strictement rien à l'exécution effective des décisions. Hormis peut-être une accélération des procédures, son principal effet sera d'augmenter les coûts, sans résultat concret en termes d'exécution effective et de renvois.

2.5 Culture de bienvenue au lieu d'exécution des renvois

L'objectif de la conseillère fédérale Sommaruga et de la majorité de centre-gauche du Parlement est d'accueillir, avec un effet médiatique aussi grand que possible, un maximum de personnes en Suisse, que ces dernières soient persécutées ou non dans leur pays d'origine. **Ces milieux font ainsi comprendre clairement au niveau international que l'on peut sans problème entrer illégalement en Suisse pour y trouver tous les agréments imaginables, du logement aux soins médicaux gratuits, en passant par des soins dentaires gratuits et l'assistance gratuite d'un avocat. Ils assurent qu'un avocat gratuit ne manquera pas d'obtenir en justice le droit de séjour convoité. Cette attitude qui ignore les activités des bandes de passeurs et trafiquants d'êtres humains attire forcément en masse les immigrants illégaux.**

Les conséquences de cette politique ruineuse doivent, à long terme surtout, être supportées par les communes et la population, les contribuables en particulier. La majorité des requérants d'asile ne sont intégrables ni dans la société, ni dans le marché du travail. Les réfugiés reconnus ou les personnes admises provisoirement d'Erythrée et de Syrie vivent à raison de 90%, respectivement de 85% de l'aide sociale. Le généreux soutien offert par la Suisse ne comprend pas seulement l'aide sociale, mais un ensemble complet de prestations dans les domaines de l'assurance-maladie, des soins dentaires, cours de langues, écoles, etc. **A long terme, cette politique d'accueil démesurée et indifférenciée ne sera plus supportable financièrement pour nos communes et notre système social.** Le minage du système social par des personnes qui n'ont jamais versé un centime d'impôt ou de cotisation sociale provoquera des tensions sociales à moyen terme.

Servant à souligner très médiatiquement sa solidarité avec l'UE, la décision de Simonetta Sommaruga de faire venir quelques milliers de requérants d'asile d'autres pays UE, donc en plus de ceux qui arrivent directement dans notre pays, est parfaitement dans la ligne de cette politique désastreuse.

2.6 L'accord d'association Dublin

Lors de la votation du 5 juin 2005, le peuple suisse a approuvé avec une majorité de 54,6% la conclusion des accords du Schengen/Dublin avec l'UE – contre la résistance massive de l'UDC qui a cependant été battue à cette occasion.

Avant la votation, le Conseil fédéral a fait aux Suissesses et aux Suisses diverses promesses qui n'ont jamais été tenues. Voici comment se présente un bilan plus de 10 ans après:

<p>Le Conseil fédéral a promis avant la votation de 2005⁶:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ «L'accord de Schengen supprime les contrôles systématiques des passeports aux frontières entre les Etats Schengen...» ▪ «Il accroît la sécurité (...) grâce à une série de mesures...» ▪ «Des contrôles aux frontières extérieures de l'espace Schengen ont lieu dans le cadre de la collaboration transfrontalière...» ▪ ” ▪ «...et la banque de données du système d'information Schengen SIS...» ▪ Pour garantir la sécurité malgré la liber- 	<p>Voici comment se présente la réalité Schengen aujourd'hui:</p> <p style="text-align: center;">✓</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Depuis l'adhésion à l'accord de Schengen, le nombre d'immigrants clandestins entrant en Suisse s'est sensiblement accru.⁷ Le tourisme criminel a augmenté.⁸ ➤ «La frontière extérieure de l'espace Schengen est perméable à de nombreux endroits (la Grèce et l'Italie possèdent à elles seules plus de 20 000 km de côtes maritimes ouvertes quasiment impossibles à protéger). De surcroît, la qualité et l'intensité des contrôles aux frontières varient fortement d'un pays à l'autre. Durant la seule année 2015, plus d'un million d'immigrants illégaux ont réussi à entrer en Europe.⁹ ➤ Prévu pour 2007, l'achèvement du SIS II a été reporté cinq fois. Ce système n'a été finalement mis en vigueur qu'en 2013.¹⁰ Devisé initialement à 15
---	---

⁶ Explications du Conseil fédéral en vue des votations populaire du 5 juin 2005, p. 5 ss.

⁷ Selon la statistique policière criminelle, le nombre d'entrées, départs et séjours totalement contraires à la loi a passé de 18 543 à 29 710 entre 2009 et 2015, soit une hausse de 60% (cette statistique a été restructurée, si bien que seuls ces chiffres sont réellement comparables). Entre les seules années 2014 et 2015, la progression a été de 11%.

⁸ En 2011, plus de 40% des auteurs de délits contre le patrimoine ne résidaient pas en Suisse (cf. Rahel Guggisberg, «Immer mehr Banden suchen die Schweiz heim», *Berner Zeitung* du 19 février 2014, online sous: <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Immer-mehr-Banden-suchen-die-Schweiz-heim/story/24177009>). Alors qu'en 2009 environ 2700 étrangers ne faisant partie ni de la population résidante, ni du domaine de l'asile ont été accusés d'un cambriolage, d'un vol à l'étalage ou d'un acte pickpocket, ce chiffre a atteint environ 5600 en 2013 (cf. Camilla Alabor, «Die Schweiz ist nicht mehr das sicherste Land», *20minutes* du 24 mars 2014, en ligne sous: <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/-Die-Schweiz-ist-nicht-mehr-das-sicherste-Land--30814726>). Le nombre de personnes accusées ne résidant pas de manière permanente en Suisse a baissé de manière marginale en 2015 (statistique policière criminelle, rapport annuel 2015, p. 8). Ce développement pourrait aussi s'expliquer par la réintroduction des contrôles frontaliers en France à la suite des attentats de Paris de novembre 2015. Ces contrôles ont entraîné une baisse massive de la criminalité, notamment à Genève (cf. <http://www.letemps.ch/suisse/2016/02/05/delinquants-passent-frontiere-franco-suisse>). Ils peuvent aussi être en partie la raison de la baisse du nombre de délits contre le patrimoine (vols). Il faut cependant relever à ce propos que cette baisse peut aussi être due au fait que moins de délits contre le patrimoine ont été dénoncés alors que le nombre de délits dans ce domaine n'a pas baissé en réalité.

⁹ «UN zählt 2015 eine Million neue Flüchtlinge in Europa», *Die Welt*, 22 décembre 2015, online sous: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-12/un-fluechtlinge-europa-2015>. Pour obtenir des chiffres plus précis, voir aussi *Asylum Quarterly Report* (mars 2016) de l'agence de la statistique de l'UE, Eurostat, en ligne sous: http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_quarterly_report

¹⁰ Concernant la chronologie du développement du SIS II, voir aussi le rapport spécial de la Cour européenne des comptes «Constats tirés du développement du système d'information Schengen de la deuxième génération (SIS II) de la Commission européenne», 2014, p. 43, en ligne sous http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR14_03/SR14_03_DE.pdf.

<p>té de voyager au-delà des frontières, l'UE a renforcé la collaboration de la justice et de la police. Le système d'information Schengen SIS est au cœur de ce dispositif. (...) Ce nouvel instrument de sécurité est censé empêcher que des délinquants se réfugient dans d'autres pays de l'UE.»</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ «Le système de sécurité de Schengen prévoit également une politique de visa commune. Tous les Etats Schengen attribuent les visas selon des critères uniformes et les demandes sont examinées en détail.» ▪ «Les coûts des accords de Schengen et Dublin pour la Suisse se monteront dans les années à venir à en moyenne 7,4 millions de francs par an pour la Confédération.» 	<p>millions d'euros, le coût final a atteint plus de 190 millions d'euros!¹¹ De plus, seule une petite minorité de signalements sont enregistrés dans le SIS. La police et le ministère public continuent à ne publier la plupart de leurs signalements que dans le système de recherches informatisées de police national RIPOL.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ L'obtention frauduleuse de visas Schengen fait partie du quotidien.¹² Néanmoins, la Suisse doit appliquer toutes les décisions de l'UE, par exemple la suppression de l'obligation de visa pour les ressortissants turcs alors que le risque est grand que de nombreuses personnes provenant de ces régions disparaissent dans la nature avec l'aide de leurs parents vivant en Suisse.¹³ Prévue pour cette année encore, la suppression du visa pour les ressortissants turcs¹⁴ aggravera encore cette situation. ➤ Cette somme correspond à environ 37 millions de francs pour la période 2005-2010.¹⁵ Or, selon un décompte provisoire du Conseil fédéral, le montant réellement dépensé par la Suisse pour Schengen se monte à 185 millions de francs depuis 2010. Entre-temps, le coût de ces accords pour la Suisse a atteint 100 millions de francs par an.¹⁶
---	--

L'espace Dublin comprend aujourd'hui 32 Etats, soit les 28 membres de l'UE ainsi que la Norvège, l'Islande, la Principauté du Liechtenstein et la Suisse. La procédure de Dublin se base sur deux ordonnances du Conseil de l'Union européenne et de la Commission européenne. Objectif de la procédure Dublin: un seul Etat est compétent pour l'examen d'une demande d'asile, c'est-à-dire celui dans lequel le requérant d'asile a été enregistré la première fois. Lorsque cette compé-

¹¹ «Fahndungsdatenbank SIS wird teurer als bisher geschätzt», en ligne sous:

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Fahndungsdatenbank-SIS-Il-wird-teurer-als-bisher-geschaetzt-1865443.html>.

¹² Ott, Interview parue dans le *Tagesanzeiger* (Fn. 2).

¹³ Cf. à ce sujet divers comptes rendus de presse, par ex. la *NZZ* du 9 novembre 2010, p. 5 ou *20minutes* du 10 novembre 2010, p. 9.

¹⁴ Lenz Jacobsen, «Was im Türkei-Deal steht- und was nicht», *Zeit online*, 18 mars 2016, en ligne sous: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/eu-gipfel-tuerkei-abkommen-fluechtlinge-angela-merkel>.

¹⁵ Cf. documents du Conseil fédéral concernant les entretiens de la Maison de Watteville du 3 septembre 2010, p. 8.

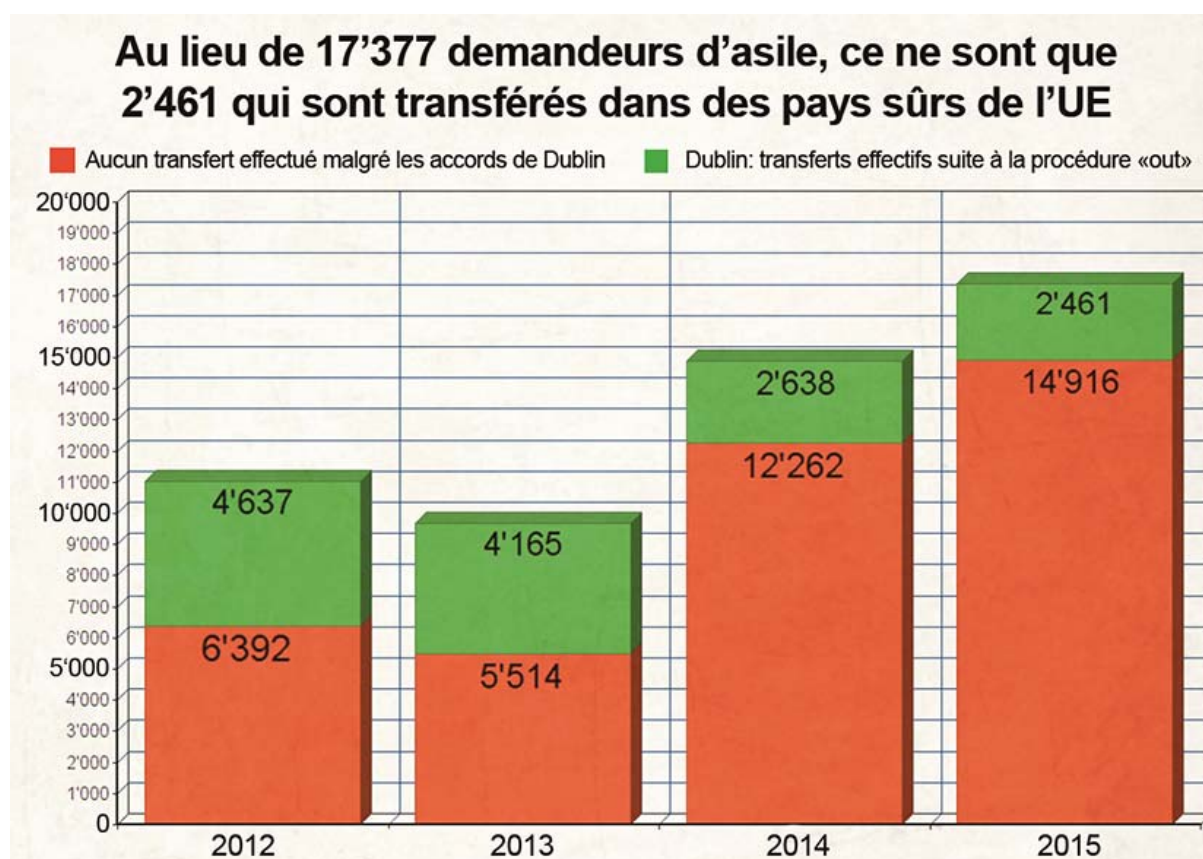
¹⁶ Christian Mundt, «Das Märchen von Dublin», *Weltwoche* 21/2014; *Tagesanzeiger* du 20 octobre 2012, en ligne sous: <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Kostenfalle-Schengen/story/13736567>. Dans la *Berner Zeitung*, il est question d'un montant de 600 millions de francs pour la période 2005 à 2014 (Peter Meier, «EU pumpt Milliarden in die Überwachung – die Schweiz zahlt brav mit», *Bernerzeitung* du 3 mars 2015, en ligne sous: <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/EU-pumpt-Milliarden-in-Ueberwachung--die-Schweiz-zahlt-brav-mit/story/20425812>).

tence a été fixée, le droit national de l'Etat Dublin concerné s'applique. Si le requérant d'asile se rend dans un autre pays Dublin pour y déposer une nouvelle demande, il peut être renvoyé sans autre forme de procès au pays qui a procédé au premier enregistrement. Voilà pour la lettre de cet accord.

La pratique est malheureusement très différente. Les requérants d'asile arrivent en Suisse par la voie terrestre après avoir traversé plusieurs autres pays parfaitement sûrs. En fait, ils cherchent à atteindre la destination qui leur paraît la plus intéressante. Il y a là une différence fondamentale par rapport à la situation qui régnait durant la Seconde Guerre mondiale.

Le cas le plus fréquent est qu'une personne entre illégalement dans un Etat Dublin en franchissant une frontière extérieure de l'espace Schengen. En 2015, la Suisse n'a pu faire effectivement réadmettre que 2461 personnes par les pays Dublin du premier enregistrement sur un total de 17 377 «cas Dublin» présumés¹⁷. Toujours dans le cadre de l'accord de Dublin, la Suisse a elle aussi dû reprendre l'an passé 558 personnes d'autres Etats Dublin.

Réadmissions effectives par des Etats Dublin



	2012	2013	2014	2015
Demandes d'asile	28631	21465	23765	39'523
dont cas Dublin présumés	11029	9679	14900	17'377
Réadmissions effectives par des Etats Dublin	4637	4165	2'638	2'461

Source : Secrétariat d'Etat aux migrations

¹⁷ SEM Statistique de l'asile 2015

2.7 Migrations de peuples vers l'Europe

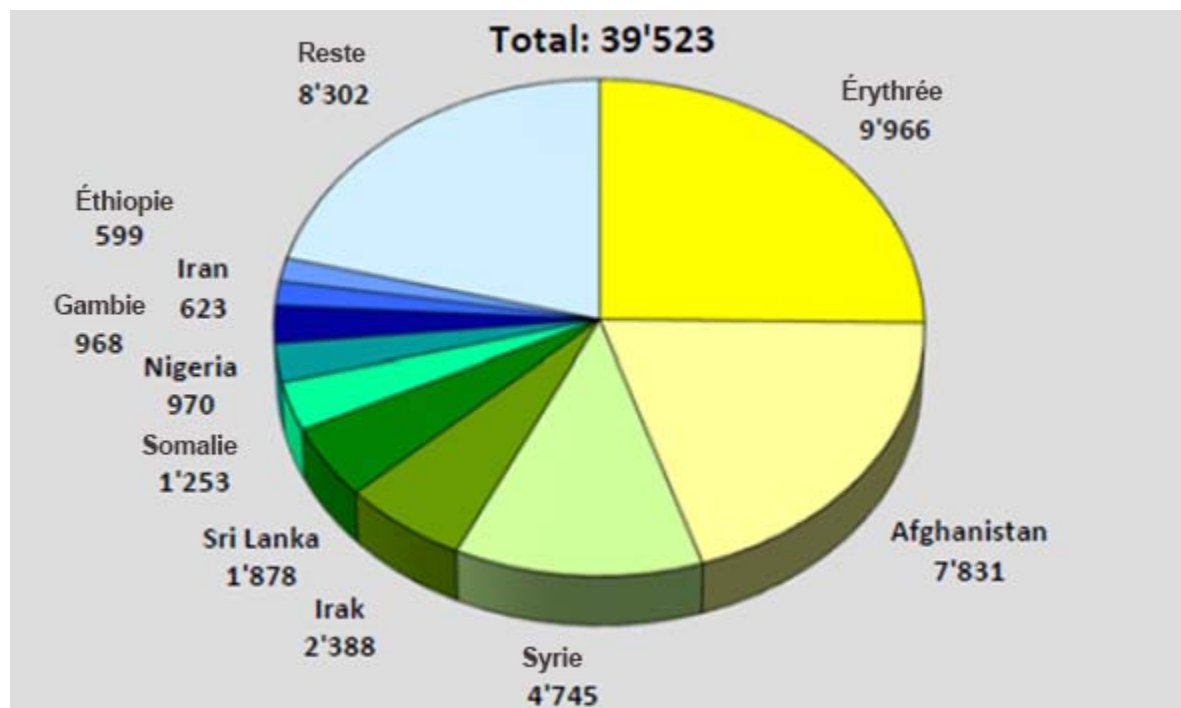
La politique d'asile commune de l'UE a échoué. Contribuant à déclencher des migrations de peuples vers l'Europe, les signaux de bienvenue émis par des pays comme l'Allemagne et la Suède sont une aubaine pour les bandes criminelles de passeurs. Plus le nombre de personnes transportées vers l'Europe par les passeurs est grand, plus grand sera le nombre de personnes qui les suivront. Cette politique d'accueil sans limite ne mettra pas fin aux drames mortels qui se déroulent sur les routes des migrants, mais au contraire les multipliera. Les activités de passeurs sont devenues un commerce criminel énorme au mépris de la dignité humaine.

Gerald Tatzgern, responsable du service central pour la lutte contre la criminalité des passeurs auprès de la police criminelle fédérale autrichienne, a déclaré ce qui suit: «Les passeurs vendent des arrangements complets. Ils demandent 30 000 euros pour faire passer une famille de trois personnes de la Turquie à la Suède. 8000 à 10 000 euros par personne sont un prix courant.»¹⁸ On peut lire dans ce même article: «Europol a estimé entre 3 et 6 milliards d'euros le profit réalisé l'an passé par les bandes de passeurs. Ce montant doublera, voire triplera si l'afflux de réfugiés se poursuit.»

Il est d'autant plus important dans la situation actuelle de faire clairement la distinction entre les personnes dont la vie et l'intégrité physique sont menacées conformément aux termes de la Convention de Genève, les réfugiés de la guerre et les migrants sociaux et économiques illégaux.

Nous sommes aujourd'hui dans une situation où nos capacités d'hébergement de requérants d'asile ainsi que nos ressources financières et personnelles sont surchargées par des personnes dont l'intégrité physique et la vie ne sont pas menacées et qui ne proviennent pas de régions en guerre.

45% des demandes d'asile déposées en 2015 provenaient de personnes d'Erythrée et d'Afghanistan. Les Syriens ne représentaient que 12% des demandes d'asile.



Source: Secrétariat d'Etat aux migrations

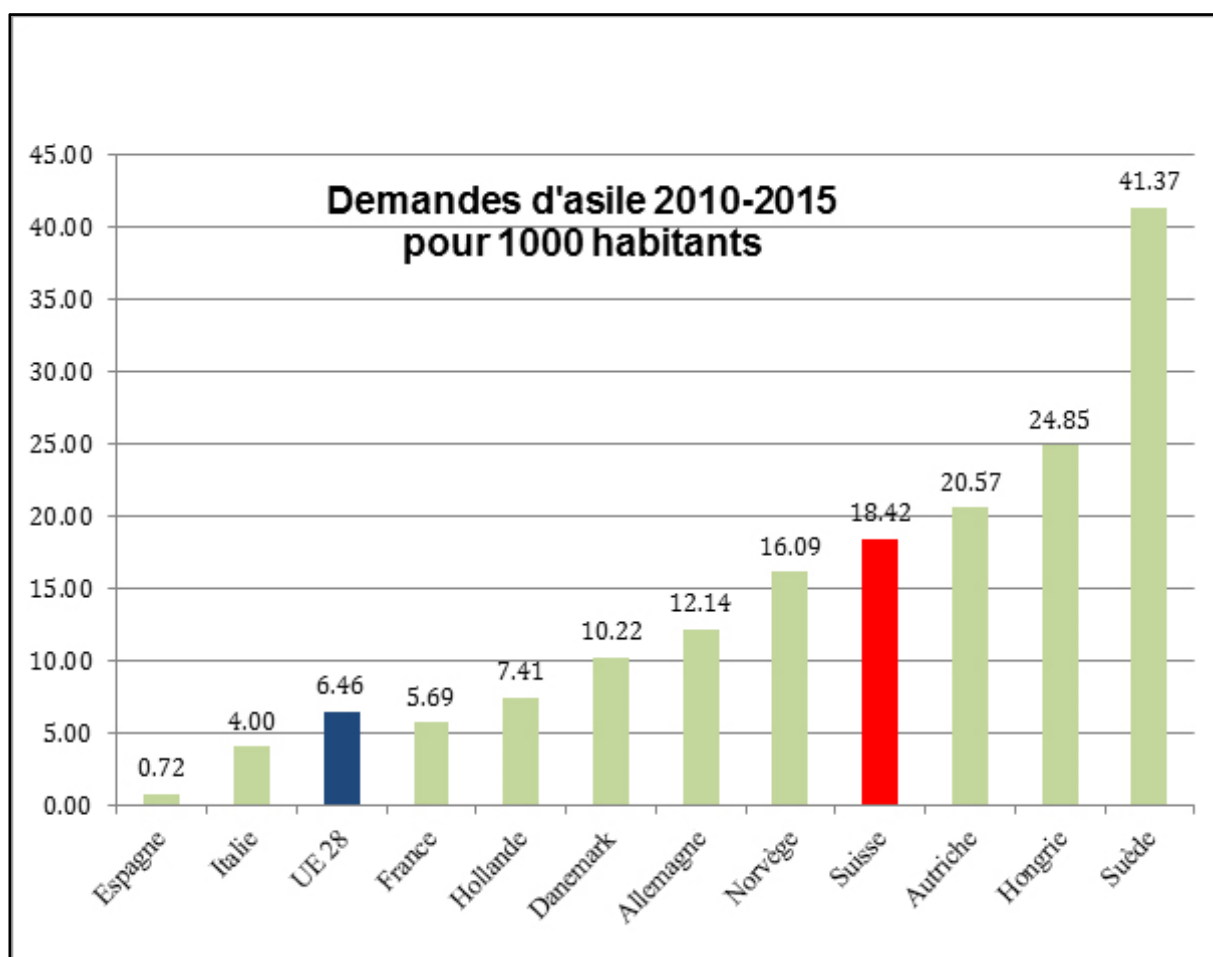
¹⁸ Source: Office de la police criminelle d'Autriche concernant la lutte contre la criminalité des passeurs <http://www.suedtirolnews.it/d/artikel/2016/02/26/schlepperei-wird-laut-polizei-neu-organisiert.html#.VuLgEjj2ZaQ>

Mais au lieu de poser un jalon clair et net en faveur des vrais réfugiés et au détriment des migrants économiques illégaux, la Suisse accorde à plus de la moitié des demandeurs (taux de protection de 50-60%) soit l'asile, soit une admission provisoire qui, en réalité, est transformée tôt ou tard en autorisation de séjour durable.

2.8 Comparaison européenne des nombres de demandes d'asile par rapport à la population

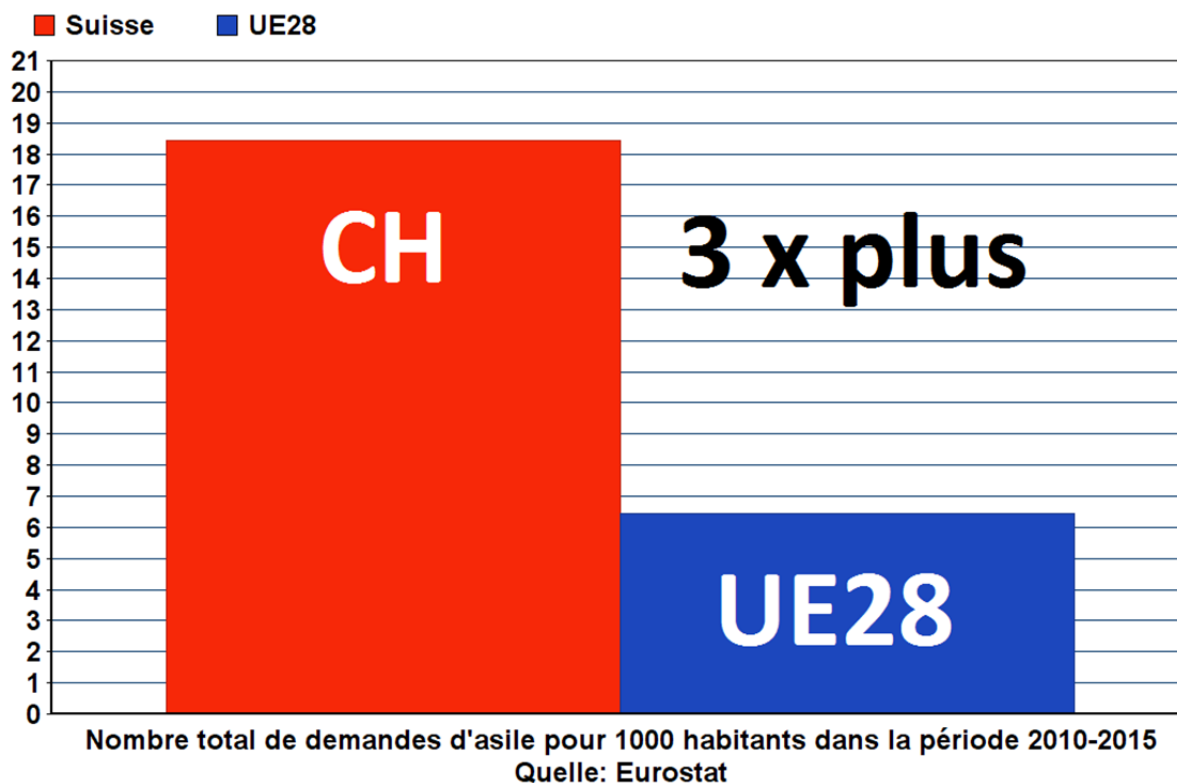
La Suisse se plaçait en 2015 toujours parmi les pays recevant le plus de demandes d'asile. Pour être valable, une comparaison internationale doit toujours être mise en rapport avec la population résidente du pays concerné.

Nonobstant les images des flux de réfugiés vers l'Allemagne retransmises par la télévision, la Suisse a reçu entre 2010 et 2015 beaucoup plus de demandes d'asile pour mille habitants que l'Allemagne, la France et l'Italie.



Source: Eurostat

La Suisse: Trois fois plus de demandes d'asile que la moyenne des pays de la UE28



Le non-fonctionnement de l'accord de Dublin ainsi que les frontières intérieures ouvertes et l'absence de contrôles sérieux aux frontières extérieures de l'espace Schengen sont extrêmement dangereux à une époque de migration de peuples vers l'Europe.

Les pays du premier accueil n'enregistrent plus les requérants d'asile arrivant et l'UE décide de répartir les migrants entre ses membres. Tout cela est en contradiction évidente avec les accords de Schengen/Dublin. Plus personne n'est responsable.

Le système des «portes ouvertes» accompagné d'une culture de bienvenue décrétée au niveau de l'Etat agit comme un aimant sur des personnes en quête de meilleures conditions de vie.

Les faux requérants d'asile évaluent fort justement leurs chances. Très peu d'entre eux demandent l'asile en Espagne ou en Bulgarie. En revanche, l'Autriche, l'Allemagne, la Suède et la Suisse sont logiquement des objectifs beaucoup plus prometteurs.

La Suisse ouvre ses portes – les Etats Dublin les ferment

La Suède a récemment fermé de facto ses frontières pour les requérants d'asile. Le Danemark a été critiqué par le Haut-Commissariat des réfugiés de l'ONU en raison du durcissement de sa législation sur l'asile. La Norvège cherche à devenir moins attractive pour les réfugiés en apportant une quarantaine de modifications à son secteur de l'asile¹⁹. La Hongrie s'empare et l'Autriche fixe une limite maximale pour les nouvelles demandes d'asile. Et que fait la Suisse? Elle veut accélérer sa procédure d'asile pour pouvoir traiter encore plus de demandes, encore plus vite.

¹⁹ Voir la NZZ du 24.01.2016

<http://www.nzz.ch/international/europa/legislatives-wettruesten-in-skandinavien-1.18682184>

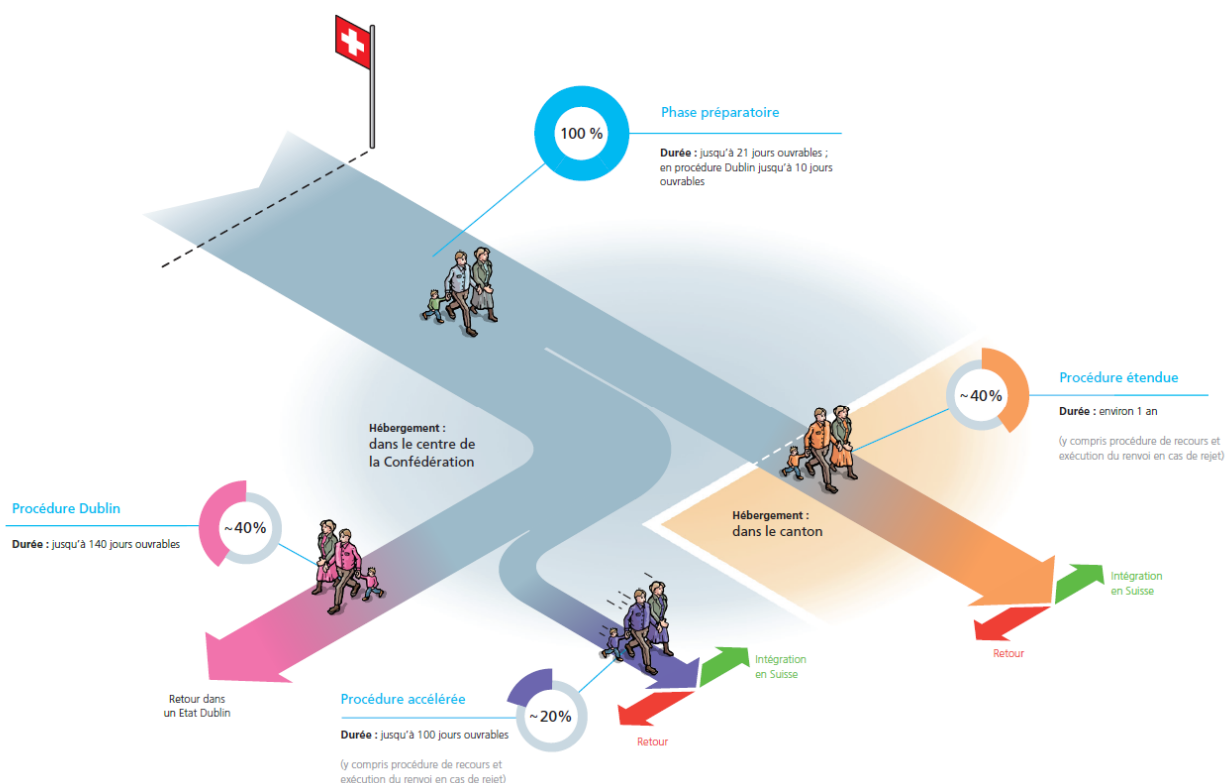
3. Que veut cette révision nuisible de la loi sur l'asile?

Dans son message adressé au Parlement, le Conseil fédéral parle d'objectifs supérieurs à atteindre:²⁰

«La restructuration du domaine de l'asile vise à atteindre les objectifs suivants:

- mener les procédures d'asile rapidement et conformément aux principes de l'Etat de droit;
- continuer à accorder la protection de la Suisse aux personnes qui en ont besoin et les intégrer le plus rapidement possible dans notre pays;
- réduire l'attrait de la Suisse aux yeux des requérants souhaitant déposer des demandes d'asile manifestement infondées et lutter contre les abus dans le domaine de l'asile;
- renforcer durablement la crédibilité du domaine de l'asile.»

La restructuration du domaine de l'asile mise en œuvre par cette révision de la loi sur l'asile a pour objectif d'accélérer les procédures tout en les maintenant équitables (assistance juridique). A cet effet, la Suisse est subdivisée en six régions de procédure. Les nouveaux centres de procédure fédéraux projetés devraient pouvoir offrir idéalement 350 à 650 places. Pour les centres de départ, on prévoit une taille de 250 à 500 places. Le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) annonce une baisse des coûts grâce aux procédures plus efficaces dans ces centres relativement grands.



Source: SEM, 11 faits concernant les centres fédéraux

1^{er} objectif: accélération des procédures

L'objectif est de liquider davantage de procédures dans les centres fédéraux afin d'envoyer moins de requérants d'asile dans les cantons.

²⁰ Message sur la modification de la loi sur l'asile du 3 septembre 2014: page 8010

Comment cela se passera-t-il?

60% des demandes devraient être liquidées dans les centres fédéraux et plus que 40% dans les cantons, respectivement les communes. C'est avec cette promesse que les cantons et les communes ont été appâtés lors de la procédure de consultation.

~ 40 % des demandes devraient être traitées directement dans les centres fédéraux dans le cadre de la procédure Dublin. Concrètement, la procédure devrait être close en 140 jours de travail et le requérant devrait être renvoyé dans l'Etat Dublin concerné. La procédure Dublin ne comprend actuellement pas d'auditions. Un premier interrogatoire a néanmoins lieu et les droits des requérants sont respectés.

~ 20 % des demandes d'asile ne nécessitant pas d'examens supplémentaires devraient être traitées en procédure accélérée en 100 jours de travail au maximum, y compris l'exécution de la décision et le renvoi en cas de refus de la demande. Ces requérants ne sont en principe pas répartis entre les cantons.

~ 40 % des demandes d'asile exigeant des examens supplémentaires ou ne pouvant pas être liquidées immédiatement dans le cadre de la procédure de recours devraient être réglées dans le cadre d'une procédure élargie dans les cantons. La procédure ne devrait pas durer plus d'un an jusqu'à l'exécution de la décision et au renvoi en cas de refus de la demande.

2^e objectif: maintien de procédures équitables malgré leur accélération

La révision de la loi sur l'asile introduit un nouveau droit à une consultation juridique gratuite sur la procédure d'asile et à une assistance juridique gratuite pour les requérants d'asile en phase préparatoire, en procédure accélérée et pour les cas Dublin. Dans la procédure élargie, les requérants ont droit à des conseils juridiques sur la procédure et à une assistance juridique gratuite jusqu'à et y compris l'audition concernant les motifs de la demande d'asile (tri durant la procédure de première instance, art. 26d et 102h al. 3 LAsi rév).

4. Révision de la loi sur l'asile: la mauvaise réponse au mauvais moment

4.1 Conditions-cadres changées

La révision de la loi sur l'asile mise en votation a été lancée par l'administration fédérale en 2011 et le Conseil fédéral l'a mise en consultation en 2013. Entre-temps, la situation a complètement changé. L'Europe et, avec elle, la Suisse sont confrontées à des flux migratoires massifs. En 2013, 21 465 personnes ont déposé une demande d'asile en Suisse. L'an passé on en comptait presque deux fois plus, soit 39 523. En janvier et février 2016, le nombre de demandes d'asile a une fois de plus doublé par rapport à la même période de 2015. Il faut partir de l'hypothèse que cette année ce chiffre sera beaucoup plus élevé que l'an passé. Le système européen de Dublin, auquel la Suisse est associée et selon lequel le pays du premier accueil doit ouvrir la procédure d'asile, ne fonctionne plus. Si en 2013 la Suisse a encore pu faire réadmettre près de 20% des cas par les Etats Dublin concernés, cette proportion est tombée à un peu plus de 6% en 2015. Or, le projet d'accélération du traitement des demandes d'asile repose sur une hypothèse de 40% des cas traités selon la procédure Dublin. Le Conseil fédéral tente de faire croire dans ses documents que cette proportion de demandes pourra se conclure par une réadmission dans les Etats Schengen concernés (cf. graphique de la Confédération au chapitre 3). Cette hypothèse est totalement irréaliste et le Conseil fédéral est de mauvaise foi en la soutenant.

4.2 Faux signaux: culture de bienvenue irresponsable à la Merkel également en Suisse

La «culture de bienvenue» lancée par la chancelière allemande Angela Merkel avec son appel «Nous pouvons les accueillir tous!» a donné un signal fatal qui a massivement gonflé le flot de migrants vers l'Europe. En Suisse aussi, cette culture de bienvenue est pratiquée par la ministre de la justice, Simonetta Sommaruga, et son département. La Suisse aussi envoie de faux signaux. Le 4 novembre 2015, une porte-parole du Secrétariat aux migrations (SEM) a déclaré textuellement à la télévision suisse alémanique: «Nous avons encore de la place pour toutes les personnes qui veulent venir chez nous!». La conseillère fédérale Sommaruga continue de prêcher ces derniers jours que la «solidarité mutuelle» est l'élément décisif de la politique d'asile européenne – avec la participation de la Suisse.

La révision de la loi sur l'asile s'inspire, elle aussi, de cette logique erronée d'une «culture de bienvenue». Son but est d'accueillir un maximum de migrants dans des centres fédéraux confortablement équipés qui offrent tous les agréments possibles, du logement aux soins médicaux, en passant par une représentation juridique gratuite. Une forte proportion de ces personnes resteront en Suisse alors que leur vie et leur intégrité physique ne sont nullement menacées. Même pas 9000 personnes dont la demande d'asile a été refusée ont quitté la Suisse de manière contrôlée l'an passé. Cela fait juste 23% de la totalité des demandes d'asile! Une accélération des procédures donnera donc encore plus rapidement à la majorité des migrants la certitude de pouvoir rester en Suisse. Conséquence: de plus en plus de requérants d'asile viennent en Suisse et un nombre croissant d'entre eux peuvent rester. Le pouvoir d'attraction que la Suisse exerce sur les passeurs et les migrants illégaux augmentera donc à la suite de cette révision de la loi sur l'asile alors que d'autres pays tentent de réduire leur attractivité. Bref, cette révision donne un faux signal au mauvais moment.

Voici les faux signaux qu'émet la Suisse par ce projet de révision de la loi sur l'asile:

- la Suisse fait de la **place à un nombre illimité de nouveaux arrivants** en supprimant l'autonomie cantonale et communale et en prévoyant la possibilité d'expropriations pour installer de nouveaux centres d'asile.
- ces personnes, bien qu'il s'agisse de migrants illégaux, sont les bienvenues dans les centres fédéraux **où on leur offre, aux frais des contribuables suisses, une représentation juridique, des conseils et des soins médicaux complets.**
- la durée de la situation incertaine des migrants est réduite grâce à l'accélération des procédures (ce qui doit encore être prouvé dans la pratique). **Une accélération de la procédure sans exécution de la décision (renvoi des requérants d'asile dont la demande a été refusée) est même contreproductive, car elle accroît l'attractivité de la Suisse.** Ainsi, les requérants d'asile recevront plus rapidement le statut de réfugié ou bénéficieront plus rapidement d'une admission provisoire – ce qui, dans la pratique, signifie dans les deux cas qu'ils peuvent rester définitivement en Suisse et **vivre aux frais de l'assistance sociale.**
- les abus n'ont plus guère de conséquences. Les personnes ayant un comportement récalcitrant ou disparaissant dans la nature ne sont pas renvoyées même si elles n'ont pas le statut de réfugié ou bénéficient d'une admission provisoire. **Les migrants illégaux n'ont à craindre aucune sanction pénale tangible.** Bien au contraire: l'Etat subvient à leurs besoins en leur offrant une aide d'urgence.
- ces faux signaux et l'accueil sans limite de requérants accroissent également **le risque d'infiltration de criminels et de terroristes en Suisse.** Les services de renseignement et de sécurité de Suisse mettent en garde contre ce développement.

4.3 La révision repose sur des bases totalement fausses

Comme cela a été relevé plus haut, les conditions-cadres ont totalement changé depuis l'époque où cette révision a été lancée. Les infrastructures et ressources nécessaires à la mise en œuvre de cette révision se basent sur un nombre de 24 000 requérants d'asile avec une réserve jusqu'à 29 000 au maximum. L'an passé, la Suisse a reçu 39 523 demandes et cette année il y en aura sans doute encore nettement plus. C'est dire que les centres fédéraux doivent offrir bien plus que les 5000 places prévues, soit au moins deux à trois fois plus. Or, même la disponibilité des quelque 3600 places budgétisées jusqu'ici n'est pas garantie.

Parallèlement, les coûts du domaine de l'asile continuent d'échapper à tout contrôle. Cette année, les coûts au seul niveau fédéral sont budgétisés à 1,842 milliard de francs. Pour l'année prochaine, on compte 2,2 à 2,3 milliards de francs²¹. Le message sur la révision de la loi sur l'asile annonce des frais d'investissement pour les structures d'accueil y compris les places de travail de 548 millions de francs. Enfin, on veut nous faire croire que les coûts annuels baisseront de 20%, soit de 847 à 676,9 millions de francs.

Ces prévisions financières reposent sur une hypothèse beaucoup trop basse de 24 000 demandes d'asile par an. Conclusion: la révision de la loi sur l'asile ne peut pas être réalisée dans le cadre prévu au niveau des infrastructures. Si une réalisation est éventuellement possible sur la base de nouvelles conditions-cadres, elle sera de toute manière beaucoup plus chère.

4.4 Les problèmes d'exécution ne sont pas réglés

Notre système d'asile échoue actuellement aussi bien au niveau des entrées qu'à celui des départs. Au niveau des entrées, parce que la notion de réfugié au sens des conventions internationales et de la législation suisse sur l'asile n'est pas correctement appliquée. L'article 3 de la loi sur l'asile définit le réfugié comme suit:

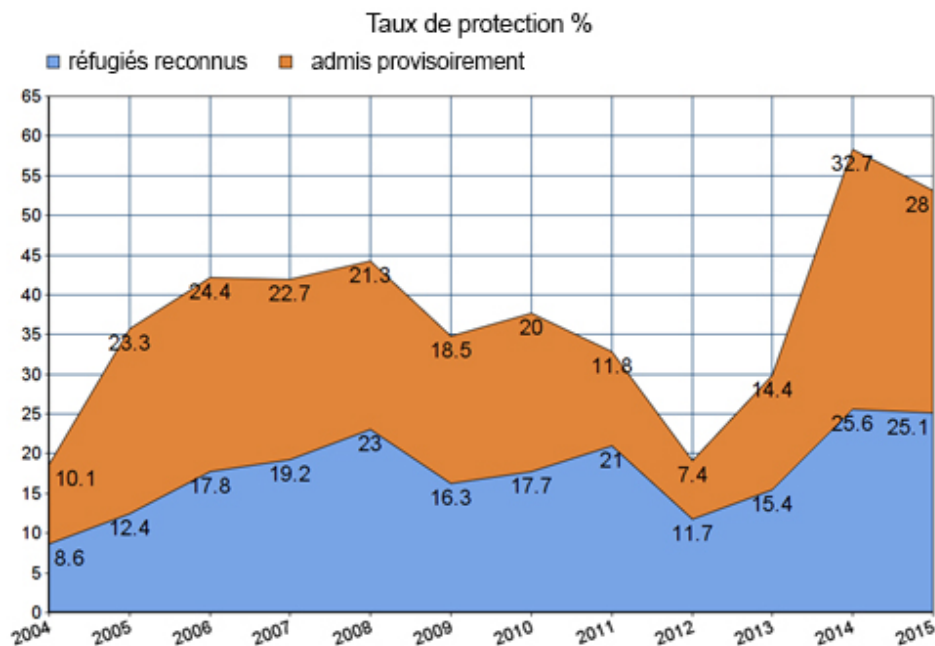
¹Sont des réfugiés les personnes qui, dans leur Etat d'origine ou dans le pays de leur dernière résidence, sont exposées à de sérieux préjudices ou craignent à juste titre de l'être en raison de leur race, de leur religion, de leur nationalité, de leur appartenance à un groupe social déterminé ou de leurs opinions politiques.

² Sont notamment considérées comme de sérieux préjudices la mise en danger de la vie, de l'intégrité corporelle ou de la liberté, de même que les mesures qui entraînent une pression psychique insupportable. Il y a lieu de tenir compte des motifs de fuite spécifiques aux femmes.

Une grande partie des personnes qui déposent une demande d'asile en Europe et en Suisse ne peuvent pas prouver qu'elles sont persécutées. Il s'agit de migrants qui quittent leur pays pour diverses raisons, à cause de conflits, situations de détresse, manques de perspectives ou simplement parce qu'ils espèrent des conditions de vie meilleures en Europe, mais qui savent bien qu'ils ne pourront pas obtenir une autorisation de séjour par la voie légale. En permettant à toutes ces personnes d'entrer dans notre processus d'asile et à une grande partie d'entre elles de finalement rester dans le pays, la Suisse s'est éloignée de sa tradition humanitaire qui était réservée jusque-là aux personnes dont l'intégrité physique et la vie sont menacées. Aussi, un nombre croissant de migrants affluent-ils en Suisse alors qu'ils n'ont aucun motif d'asile. La situation se complique du fait que le statut de personne ayant besoin de protection, qui est prévu pour les réfugiés de la guerre en leur accordant un séjour provisoire (sans processus d'asile), n'est pas appliqué parce qu'il est mal conçu dans la loi.

²¹ Source: *Handelszeitung* du 24 février 2016: <http://www.handelszeitung.ch/politik/migrationsausgaben-ueber-2-milliarden-franken-1000729>

Si de plus en plus de personnes demandent l'asile, et si, en même temps, les procédures s'accroissent alors que de moins en moins de requérants déboutés rentrent dans leur pays, la proportion de personnes restant définitivement dans le pays augmentera forcément.



Source: SEM

Ce graphique indique le taux de protection en pour-cent des demandes d'asile déposées. Par taux de protection, on entend les réfugiés effectivement reconnus comme tels, plus les personnes admises provisoirement.

On n'organise plus guère de vols spéciaux

En contrepartie, les personnes dont la demande d'asile a été refusée ou ayant bénéficié d'une admission provisoire (qui devraient donc quitter le plus rapidement possible la Suisse) sont renvoyées de moins en moins souvent dans leur pays ou dans l'Etat tiers sûr qu'elles ont quitté pour venir en Suisse. L'exécution des décisions de renvoi fonctionne toujours plus mal. Les personnes travaillant sur le terrain relèvent que les vols spéciaux organisés pour rapatrier les requérants d'asile déboutés sont de plus en plus rares. Résultat: le nombre de renvois ou de départs contrôlés stagne à quelque 9000 personnes par an alors que le nombre de demandes d'asile explose. Par rapport aux nouvelles demandes déposées en 2015, ce chiffre représente à peine 23% (contre 38% en 2014).

La détention en vue du renvoi ou de l'expulsion réservée aux cas exceptionnels

La législation d'application du Règlement Dublin III est entrée en vigueur en juillet 2015²². Elle prévoit que la détention n'est ordonnée dans les « cas Dublin » qu'exceptionnellement, en cas de risque élevé que l'individu concerné disparaisse dans la nature, afin d'assurer l'exécution du renvoi ou de l'expulsion. Le délai maximal de la détention en phase préparatoire avant la décision Dublin du SEM est de 7 semaines, contre 6 pour la détention en vue du renvoi ou de l'expulsion. Cette dernière peut être prolongée de 6 semaines pour un récalcitrant, jusqu'à un maximum de

²² Source : Adaptation des directives LEtr et LAsi au 1er juillet 2015 (Communication du SEM du 23.06.15 aus offices des migrations et tribunaux des mesures de contrainte)

trois mois. Cela signifie que le délai de détention maximal absolu pour les «cas Dublin» n'est plus que de 3 mois et 7 semaines.

Ce qui pose problème, c'est qu'il n'y aura presque plus de mises en détention, cette mesure étant désormais réservée aux cas exceptionnels. Lorsqu'un «requérant Dublin» est mis en détention, il n'est en pratique généralement pas possible de le renvoyer ou le reconduire dans le premier Etat Dublin dans un délai aussi court. Et s'il se montre récalcitrant, encore moins.

Pour des individus notoirement récalcitrants, SwissRepat ne réserve pas d'emblée un vol spécial, mais essaie d'abord avec un vol de ligne (comme simple passager). Ce n'est que si la personne ne monte pas dans l'avion ou fait du grabuge qu'un nouveau vol est réservé. Trois mois sont alors souvent insuffisants. Il arrive donc fréquemment que ces personnes soient libérées à la fin des courts délais de détention, suite à quoi, bien sûr, elles se volatilisent. Or, si un «requérant Dublin» volatilisé réapparaît après plus de 18 mois, la Suisse en assume définitivement la responsabilité. Il n'est alors plus possible de le renvoyer vers le pays de premier enregistrement. C'est devenu un problème important en pratique, compte tenu du nombre croissant de «requérants Dublin» dont on a perdu la trace.

Les places de détention en vue du renvoi ou de l'expulsion dans les cantons ne sont plus toutes occupées²³. «L'aide à l'exécution», procédure dans laquelle la Confédération se charge, sur demande de l'autorité cantonale de police compétente, de fournir des documents de voyage aux personnes expulsées ou renvoyées, concerne elle aussi un nombre de personnes en constante diminution depuis 2010.

Ce domaine central de l'asile, celui des renvois et expulsions, ne fonctionne que de manière insatisfaisante aux niveaux fédéral comme cantonal.

NOUVEAUTÉ: l'«entrée autonome» ou la capitulation du système Dublin

Entre-temps, le Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) a même adopté une nouvelle procédure qui consiste à accorder une «entrée autonome» aux requérants d'asile venant de Grèce, de Hongrie, etc., donc de cas relevant clairement de l'accord de Dublin. Les Etats Dublin cités et bien d'autres encore ne reprenant quasiment jamais des requérants qu'ils ont enregistrés, les responsables suisses de l'asile ouvrent tout simplement une procédure d'asile comme si la Suisse était le pays du premier accueil, ladite «entrée autonome». L'industrie helvétique de l'asile évoque discrètement quelque 1500 «entrées autonomes» pour l'année 2015. Ce procédé permet par la même occasion au SEM d'enjoliver quelque peu le bilan de l'accord de Dublin qui a cessé de fonctionner.

4.5 Portes ouvertes pour les passeurs et les migrants clandestins

Conséquence de l'ouverture des frontières exigée par l'accord de Schengen, la Suisse a supprimé les contrôles systématiques de personnes à ses frontières (seuls des contrôles des marchandises persistent). Il ne s'agit en fait pas de surveiller strictement tous les passages frontaliers, mais de vérifier de manière ponctuelle et serrée les identités des voyageurs, par exemple dans les trains. L'ouverture des frontières a bien entendu pour effet une multiplication des passages illégaux.

En 2002, donc avant l'entrée en vigueur de l'accord Schengen/Dublin, le Corps des gardes-frontière a renvoyé 110 127 personnes, remis 32 290 personnes à la police et interpellé 7405

²³ <http://www.nzz.ch/schweiz/sinkende-nachfrage-nach-ausschaffungsplaetzen-fuer-asylbewerber-1.18700833>)

personnes tentant de pénétrer illégalement en Suisse. De plus, les gardes-frontière ont découvert 4823 violations de la loi sur les stupéfiants et 1986 falsifications de documents d'identité.

Malgré l'absence de contrôles systématiques, un nombre record de passages illégaux, soit 31 000, a été constaté l'an passé (14 300 en 2014). Le chiffre réel des passages clandestins est sans doute beaucoup plus élevé. Dans cette Europe sans frontière après l'entrée en vigueur de l'accord de Schengen, les succès du Corps des gardes-frontière appartiennent au passé. Le système Schengen s'est d'ailleurs totalement effondré face aux migrations de peuples que subit actuellement l'Europe.

Conséquence: si l'UE est incapable de respecter l'accord de Schengen et de protéger efficacement ses frontières extérieures, la Suisse doit à nouveau elle-même contrôler ses frontières et veiller au bon ordre chez elle.

Un renforcement de la protection des frontières avec un service d'assistance de l'armée constituerait un moyen efficace pour empêcher les migrants illégaux d'entrer en Suisse et stopper les activités des bandes criminelles de passeurs.

Les contrôles frontaliers assurent aussi la meilleure prévention possible contre les touristes criminels et les terroristes. Un exemple: à la suite de la réintroduction des contrôles frontaliers par la France après les attentats du 13 novembre 2015 à Paris, le nombre de cambriolages à Genève a baissé de 14% en décembre 2015 par rapport au même mois de 2014. Les effets positifs rapides et nettement perceptibles des contrôles frontaliers contre l'immigration clandestine ont également été constatés dans les pays qui ont réintroduit un tel dispositif (Autriche, France, Norvège, etc.).

Ce sont exactement les mêmes milieux qui soutiennent cette mauvaise révision de la loi sur l'asile qui ont fait bloc au Parlement fédéral contre la proposition visant à ce que la Suisse protège à nouveau de manière autonome ses frontières.

4.6 Requérants d'asile: 72% sont des hommes

Alors que les médias électroniques et les journaux se plaisent à publier des images de familles de réfugiés avec des enfants en pleurs pour influencer les masses et susciter de la pitié, ces images illustrent en fait une réalité plutôt rare comme en témoigne la composition des demandes d'asile de 2015 en fonction du sexe et de l'âge des migrants. **Sur les 39 523 personnes qui ont déposé une demande d'asile en 2015, 28 566, soit 72%, étaient des hommes. Chez les requérants âgés de 16 à 25 ans, plus de 80% sont des jeunes hommes.**

Une forte proportion de ces jeunes hommes feront venir ces prochaines années leurs femmes et leurs enfants dans le cadre du regroupement familial.

	2015				
Age	Femmes	en %	Hommes	en %	Total
00-03	1'867	48.5	1'984	51,5	3'851
03-05	448	49.4	459	50,6	907
06-15	1'630	39.1	2'534	60,9	4'164
16-17	443	18.4	1'967	81,6	2'410
18-25	2'796	18.7	12'163	81,3	14'959
26-35	2'320	26.5	6'446	73,5	8'766
36-49	1'099	30.6	2'490	69,4	3'589

50-64	288	38.3	463	61,7	751
65+	66	52.4	60	47,6	126
Total	10'957	27.7	28'566	72,3	39'523

Source: SEM

4.7 L'intégration atteint ses limites – la sécurité est menacée

A l'immigration nette de quelque 80 000 personnes par an entrant en Suisse depuis les Etats UE grâce à l'accord de libre circulation, depuis des Etats tiers et comme réfugiés reconnus, il faut ajouter les quelque 40 000 requérants d'asile de 2015. Le taux de protection atteignant 55 à 60%, 20 000 à 25 000 personnes supplémentaires peuvent donc s'installer en Suisse chaque année.

Le risque est grand que la volonté des Suissesses et des Suisses d'accepter et d'intégrer ces personnes diminue. Ce problème s'accroît du fait des différences fondamentales en termes de culture et de religion. On peut estimer que près de 70% des requérants d'asile d'aujourd'hui ne peuvent pas être intégrés dans le marché du travail, d'où un risque réel de ghettoïsation et de radicalisation de certaines personnes, sans compter l'explosion des charges des institutions sociales suisses.

4.8 Islamisation et changement des valeurs

La culture chrétienne et occidentale de la Suisse est une base essentielle de l'identité et de la cohésion de sa population. Ce n'est pas un hasard si ce pays porte une croix dans son drapeau. Les églises et communautés religieuses bénéficient en Suisse, dans le cadre des règles constitutionnelles, d'une grande liberté pour leurs activités religieuses. Cette tolérance a cependant des limites lorsque des communautés religieuses méprisent, voire combattent ouvertement la tolérance.

A la suite d'une immigration démesurée et des frontières ouvertes ainsi que du nombre croissant de réfugiés et de requérants admis provisoirement en provenance de pays islamiques, la composition religieuse de la population résidante a changé. Par exemple, plus de 400 000 musulmans vivent actuellement en Suisse. Certes, une minorité seulement d'entre eux sympathisent avec les idées islamistes, mais les immigrants musulmans proviennent souvent de pays sans régime juridique démocratique. Ils apportent des idées du droit et de l'ordre incompatibles avec notre système juridique et nos règles démocratiques.

Exactement comme nous devons nous soumettre aux règles des pays islamiques dont nous sommes les hôtes, nous devons exiger rigoureusement le même respect de nos règles de la part des immigrants musulmans. **Il est hors de question de tolérer des sociétés parallèles pratiquant leur propre droit.** En aucun cas notre régime de droit libéral ne doit s'incliner devant la charia . Il est intolérable que nos tribunaux considèrent le «contexte culturel islamique» comme une circonstance atténuante. La tolérance de pratiques comme les mariages forcés, les meurtres «pour l'honneur», les vendettas, les mutilations des organes sexuels féminins, le mariage avec des mineurs ou la polygamie est absolument inacceptable dans notre pays.

C'est une tâche centrale de l'Etat que d'exiger des migrantes et des migrants qu'ils s'intègrent le plus rapidement possible.

4.9 La criminalité dans le domaine de l'asile est dissimulée

Les tentatives des autorités de passer sous silence les agressions sexuelles et viols en groupe de femmes la nuit de la St-Sylvestre 2015 à Cologne et dans d'autres villes européennes prouvent que l'on ne veut pas parler de la criminalité parmi les requérants d'asile. En Suisse, des cantons refusent même d'informer sur des interventions policières dans les centres d'asile. Aux questions des médias, on répond qu'il s'agit de «violences conjugales». La coutume veut qu'on n'informe pas les médias sur ce type de délit. Or, les onéreuses interventions policières dans les centres d'asile se multiplient. Il faut également relever à ce propos qu'en 2015 les requérants d'asile tombaient proportionnellement cinq fois plus souvent dans la criminalité que les Suisses. Selon la statistique criminelle policière de 2015, un accusé sur cinq (21,5%) provenait du domaine de l'asile ou, pour reprendre la terminologie officielle, «de la population étrangère résidente restante».

Statistique criminelle policière de l'année 2015: page 27:

	Nombre de prévenus	en % de tous les prévenus
Total des personnes prévenues	77'062	
Population résidente permanente	60'404	78,4 %
Suisses de la population résidente permanente	36'746	47,7 %
Total étrangers de la population étrangère résidente	23'658	30,7 %
Prévenus du domaine de l'asile	2'541	3,3 %
Autres étrangers (soit séjours de courte durée, frontaliers, touristes, requérants d'asile dont la demande a été refusée et requérants déboutés pour lesquels l'aide sociale a été suspendue, séjours clandestins)	14'117	18,3 %

En approuvant la révision urgente de la loi sur l'asile en 2013, le peuple suisse a aussi admis la création de centres pour les requérants d'asile récalcitrants. Là encore, Mme Sommaruga refuse de faire son travail. Aucun centre de ce type n'a été installé à ce jour. Une chose est cependant claire: quelle commune peut donc avoir envie d'accepter un centre ouvert pour des personnes au comportement difficile? L'UDC avait exigé des centres fermés et clôturés. Cette demande a été refusée. Résultat: la décision du peuple n'est pas appliquée à ce jour et les requérants d'asile récalcitrants et dangereux continuent de sévir dans des abris normaux destinés aux migrants.

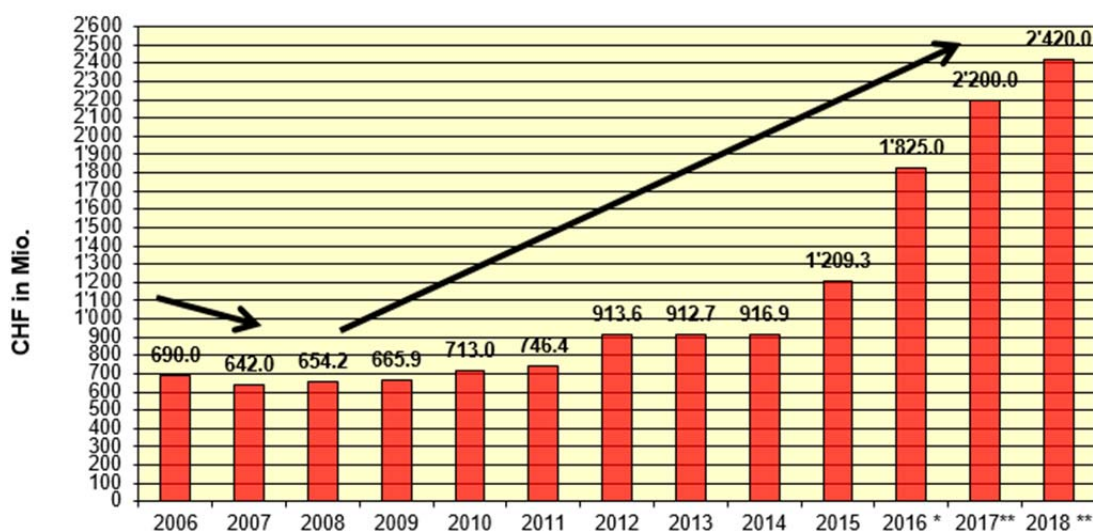
4.10 Coûts triplés en dix ans – uniquement au niveau fédéral

En plus des frais courants actuels de l'ordre de 1,8 milliard de francs annuels pour l'asile au niveau fédéral, la restructuration du domaine de l'asile coûtera 548 millions de francs supplémentaires pour les investissements dans les structures d'accueil et les places de travail. Or, cette planification des coûts repose sur des hypothèses beaucoup trop basses, soit 24 000 à 29 000 requérants d'asile par an. Face aux 40 000 demandes que la Suisse enregistre déjà et aux

50 000 attendues pour 2016, le coût initial de cette révision de la loi sur l'asile sera beaucoup plus élevé.

Effet de la politique d'asile désastreuse de la Confédération, les frais courants augmentent eux aussi massivement. Pour l'année 2016, la seule Confédération a budgétisé 1,842 milliard de francs. Dès 2018, ce seront 2,4 milliards de francs, soit un doublement par rapport à 2015. Les coûts complets de l'asile n'ont jamais été publiés, mais on peut partir du principe que les cantons assument des charges supplémentaires de quelque 2 milliards de francs qui sont également payées par les contribuables. Ce calcul ne tient pas compte des énormes coûts subséquents à long terme pour les cantons, les communes et les institutions sociales.

Coûts de l'asile au niveau fédéral (en millions de francs)



Sources: 2016: Budget (1'470 Mio. CHF) plus supplément 1/2016 (353.40 Mio. CHF)

(**) 2017-2018: EFD, Serge Gaillard / SRF du 31 mars 2016 (<http://www.srf.ch/news/schweiz/bund-rechnet-mit-verdopplung-der-asyilkosten>)

Les dépenses fédérales pour le domaine de l'asile sont tombées à leur plus bas niveau en 2007 (à noter qu'il s'agit de la dernière année de fonction du conseiller fédéral Christoph Blocher). Depuis, **ces coûts ont explosé pour atteindre 1,8 milliard de francs en 2016, donc le triple du chiffre de 2007.**

Il ne faut pas oublier dans ce décompte les coûts des cantons et des communes ainsi que les coûts indirects. Il s'agit notamment des charges dans le domaine de la **police, des tribunaux et des prisons**. La caisse de l'assurance-chômage est elle aussi fortement mise à contribution par des réfugiés reconnus et des personnes admises provisoirement qui ont brièvement exercé une activité lucrative.

Il faut encore y ajouter les coûts indirects provoqués par des requérants d'asile, mais dont personne ne dresse le bilan:

- traitements psychologiques et psychiatriques
- hausse des cotisations aux caisses maladie en raison de risques «onéreux»
- contributions pour la réduction des cotisations d'assurance-maladie
- écoles, cours de langues, pédagogie curative, rattrapages
- consultations juridiques gratuites
- soins dentaires

- services de traduction pour la Confédération, la police, la justice et l'administration
- participation aux frais de personnel pour les services sociaux, accompagnement de personnes et de familles, conseils pour les mères et les pères, etc.
- perte de cotisations pour les institutions sociales en raison des personnes disparaissant dans la nature et travaillant au noir
- mesures d'intégration (Confédération, cantons, communes)
- utilisation gratuite des transports publics

Malheureusement, on attend toujours un décompte incluant toutes les charges afin que les contribuables suisses sachent combien leur coûte effectivement le domaine de l'asile.

7 milliards de francs pour l'industrie de l'asile et de l'aide au développement

En additionnant les charges de la Confédération, des cantons et des communes, on arrive à un montant de 4 milliards de francs par an (somme globale reposant sur des estimations prudentes pour l'année 2016). Avec les 3,2 milliards de francs que la Suisse consacre chaque année à l'aide au développement, l'industrie de l'asile et de l'aide au développement coûte plus de 7 milliards de francs par an.

L'exemple du canton de Berne

Dans le canton de Berne, la Confédération paie pour les deux tiers des requérants d'asile sous la forme d'indemnités forfaitaires. Selon le quotidien *Berner Zeitung*, 150 millions de francs²⁴ ont été versés à ce titre au canton en 2015, soit 100 millions pour les personnes dont la demande d'asile est pendante ou les personnes admises provisoirement et 50 millions pour les réfugiés reconnus. En résumé, la Confédération verse au canton de Berne 15 000 francs par an et par requérant d'asile. A ce montant, il faut ajouter les contributions de soutien du canton dont profitent la grande majorité des requérants qui, tout en exerçant éventuellement une activité lucrative, ont tout de même besoin de l'aide sociale.

Qui paie l'aide sociale au niveau fédéral, quand paient les communes?

Confédération	Réfugiés < 5 ans en Suisse Comment: sous la forme d'un forfait de 55,80 francs (2009) par jour en moyenne versé au cantons Moyennant ce forfait, le canton finance les dépenses de logement, de soutien, l'assurance-maladie obligatoire et d'autres soins médicaux (par exemple, soins dentaires)	Personnes admises provisoirement < 7 ans en Suisse Comment: sous la forme d'un forfait de 54,30 francs (2009) par jour en moyenne versé aux cantons Moyennant ce forfait, le canton finance les dépenses de logement, de soutien, l'assurance-maladie obligatoire et d'autres soins médicaux (par exemple, soins dentaires)
Canton, resp. communes	Réfugiés > 5 ans en Suisse Tarifs cantonaux usuels de l'aide sociale (CSIAS)	Personnes admises provisoirement > 7 ans en Suisse Tarifs cantonaux usuels de l'aide sociale (CSIAS)

²⁴ *Berner Zeitung*, 17.03.16, «Die Asylindustrie ist ein Millionengeschäft»

Les réfugiés ou requérants d'asile admis provisoirement qui résident depuis plus de 5 ou de 7 ans en Suisse, ne sont plus soutenus par la Confédération et dépendent de l'aide sociale du canton. Les requérants d'asile au chômage, qui sont encore en Suisse après cinq à sept ans, tombent définitivement à la charge de l'aide sociale, donc des cantons et des communes. Le nombre croissant des requérants d'asile dans cette situation est une bombe à retardement pour les budgets cantonaux et communaux. Sur les réfugiés reconnus ayant reçu l'asile (permis B), seuls 2750 exerçaient une activité lucrative en 2015 (21,3%).

Taux d'aide sociale

Le Conseil fédéral a répondu en 2014 à une question du conseiller national Peter Keller²⁵. Le taux d'aide sociale parmi les réfugiés aptes au travail et ayant une autorisation de séjour (jusqu'à 5 ans de séjour en Suisse) et les requérants admis provisoirement (jusqu'à sept ans de séjour en Suisse) était le suivant en fonction des nationalités:

- Erythrée: 91,4 %
- Sri Lanka: 74,5 %
- Syrie: 86,6 %

Calcul hypothétique des coûts de l'aide sociale pour les requérants d'asile à charge des contribuables

Hypothèse: un requérant d'asile arrive en Suisse à l'âge de 20 ans. Il bénéficie d'une admission provisoire. Ses coûts sont assumés pendant 7 ans par la Confédération (en moyenne 55,80 francs par jour).	= 150 000 francs
Au chômage à 27 ans, aide sociale jusqu'à 65 ans. Hypothèse: 30 000 francs par an (sans les traitements spéciaux, le regroupement familial, fondation d'une famille, etc.). Coûts de l'intégration en fonction du niveau de formation et des incitations financières...	= 1,1 million de francs

²⁵ Source: réponse du Conseil fédéral à l'interpellation Peter Keller 14.3790

<http://www.parlament.ch/d/dokumentation/curia-vista/vorstoesse-tabellen-grafiken/Documents/cv-14-3790-d.pdf>

5. Non aux avocats gratuits pour tous

Afin que les nouvelles procédures répondent aux «exigences de l'Etat de droit», la loi révisée offre aux requérants d'asile des conseils juridiques gratuits sur la procédure d'asile ainsi qu'une représentation juridique gratuite, donc des avocats gratuits sans condition pour tous les requérants d'asile. Il est également prévu d'informer rapidement et complètement les requérants d'asile sur l'offre d'aides au retour. L'accès aux conseils juridiques et le départ de Suisse avec une aide au retour sont possibles dans toutes les phases de la procédure. Les conseillers juridiques sont les «personnes de confiance» des requérants d'asile.

Il existe en outre un risque que, sous la pression des délais, les autorités admettent plus de demandes d'asile qu'auparavant. Du point de vue d'un fonctionnaire de l'asile, la situation est la suivante: s'il plie et octroie l'asile, le cas est vite réglé, parce que personne ne s'opposera. S'il refuse l'asile, il doit s'attendre à un recours. Le fonctionnaire doit dans ce cas motiver sa décision plus en détail et investir du temps et de l'énergie dans une procédure de recours. Que fera-t-il? Evidemment, il accordera l'asile.

5.1 Qui peut agir comme avocat gratuit?

Il est prévu de conclure un contrat avec le fournisseur de prestations pour la totalité des conseils et de la représentation juridiques (dans le centre pilote de Zurich, ce rôle est assumé par l'Aide suisse aux réfugiés dont les intérêts financiers dans cette affaire sont évidents). Le fournisseur de prestations dresse une liste des services de consultation juridique, des avocates et avocats indépendants ainsi que des juristes ayant des connaissances approfondies du droit d'asile. Les fournisseurs de prestations sont rétribués moyennant un forfait.

Selon la nouvelle loi, ces forfaits peuvent être «exceptionnellement fixés en fonction du travail effectif, notamment pour l'indemnisation de coûts uniques». Il est prévisible que dans ce domaine également l'industrie de l'asile avec son armée d'avocates et d'avocats se taillera une belle part dans cet énorme gâteau.

D'autres domaines, comme l'informatique où l'Etat a perdu des sommes confondantes, donnent une idée de la qualité des négociations menées par la Confédération avec des fournisseurs. En réalité, on ouvrira ici un nouveau et immense libre-service. Chacun des quelque 40 000 requérants d'asile – voire beaucoup plus – bénéficiera à l'avenir de son propre conseiller juridique garanti par la loi! Il est évident que le coût de cette opération prendra des dimensions astronomiques – toujours à charge des contribuables. **Aucune personne douée de bon sens ne peut croire un seul instant que des avocats gratuits vont accélérer les choses. Un flot de procédures est programmé d'avance.**

5.1.1 Gonflement de l'industrie de l'asile

Il est prévisible que l'industrie de l'asile grossisse dans ce domaine également, avec ses avocats et ses juristes. Des œuvres de bienfaisance et des ONG peuvent elles aussi se présenter pour fournir des prestations. Actuellement, dans la phase test, ce sont des avocats de l'Organisation suisse d'aide aux réfugiés (OSAR) qui se chargent du conseil juridique. Aux dires du secrétaire d'Etat Mario Gattiker, l'Organisation suisse d'aide aux réfugiés a été la seule à se présenter pour ce mandat. Or les organisations caritatives et en premier lieu l'OSAR se sont distinguées ces dernières années par un engagement particulièrement zélé en faveur des réfugiés. Elles ont fait montre d'un manque total de sens de la mesure et semblent poussées par le désir de procurer une autorisation de séjour au plus grand nombre de personnes possible. On trouve ainsi sur le site internet de l'OSAR des informations approfondies en 20 langues sur la procédure d'asile suisse. Par ailleurs, cette organisation met à disposition un guide détaillé de la procédure d'asile

et on peut télécharger depuis son site un modèle de recours. Et ce sont précisément ces milieux qui vont à l'avenir conseiller les requérants d'asile aux frais de l'Etat. Il est à prévoir qu'ils étoufferont l'Etat sous une montagne de recours et feront tout, aux frais du contribuable, pour forcer la réalisation de leur objectif, qui est de procurer un droit de séjour permanent au plus grand nombre possible de demandeurs d'asile.

5.2 Les conditions pour une représentation juridique gratuite ne sont en majorité pas remplies

Le principe d'une représentation juridique gratuite existe déjà aujourd'hui. Pour avoir droit à une représentation juridique gratuite, une personne doit remplir cumulativement les conditions suivantes:

- indigence de la personne concernée
- l'action en justice n'est pas sans chance de succès
- nécessité d'une assistance

Si ces conditions sont remplies, une représentation juridique gratuite est possible en vertu de la pratique suisse (également dans la procédure d'asile). Il existe un tel droit dans d'autres procédures – droit civil, pénal ou droit public – si les conditions mentionnées ci-dessus sont remplies cumulativement.

L'indigence de la personne concernée est sans doute donnée dans beaucoup de cas de requérants d'asile (voire difficile à vérifier). Il en est tout autrement du principe selon lequel l'action en justice ne doit pas être sans chance. Si une action en justice est considérée d'emblée comme n'ayant aucune chance d'aboutir, l'octroi d'une représentation juridique gratuite peut être refusé.

En considérant la statistique de l'asile actuelle, on peut admettre qu'avec un taux de reconnaissance de 25,1% (2015) il y a parmi les 75% restants une forte proportion d'actions sans chance de succès (à première vue, les migrants économiques et les cas Dublin). Mais cela devrait changer avec la nouvelle loi

5.3 Un flot de procédures programmé d'avance

Si la première instance n'a pas considéré la procédure comme dépourvue de toute chance de succès (faute de quoi le cas aurait été traité en procédure accélérée), il sera très difficile pour le Tribunal administratif fédéral de nier toute chance de succès et de refuser l'assistance judiciaire (à ne pas confondre avec l'avocat gratuit pour tous) au sens de l'art. 102^m LAsi modifié (dont les conditions sont exposées ci-dessus). **La représentation juridique gratuite devrait donc bientôt devenir la règle, si bien que les coûts de procédure vont exploser.**

Si la représentation juridique gratuite est accordée, le représentant juridique touchera en moyenne un honoraire de 2500 francs par procédure. L'honoraire est calculé selon le travail effectif et peut varier entre 100 francs (œuvres d'entraide) et 300 francs par heure (avocats).

Le calcul est vite fait: dans la procédure élargie pour la première instance un forfait de 1361 francs (avocat gratuit pour tous), plus éventuellement 2500 francs (assistance judiciaire) pour la procédure de recours, soit 4000 francs de frais de représentation juridique par requérant d'asile.

5.4 Inégalité de traitement entre les requérants d'asile et le reste de la population

L'introduction de ce système d'avocats gratuits pour les requérants d'asile est une violation du principe de l'égalité devant la loi (art. 8 cst.). L'argumentation selon laquelle les migrants sont

particulièrement vulnérables et lésés dans leurs droits fondamentaux ne résiste pas à un examen sérieux: un Suisse sans moyen financier qui est visé par une procédure APEA (autorité de protection de l'enfant et de l'adulte) ou de placement à des fins d'assistance est tout aussi menacé dans ses droits fondamentaux. Or, il doit répondre à toutes les exigences énumérées plus haut pour obtenir une représentation juridique gratuite.

Le système des avocats gratuits inverse le sens original du droit à une représentation juridique gratuite: au lieu de renforcer l'égalité devant la loi, ce procédé provoque une inégalité de traitement anticonstitutionnelle entre les requérants d'asile et le reste de la population suisse.

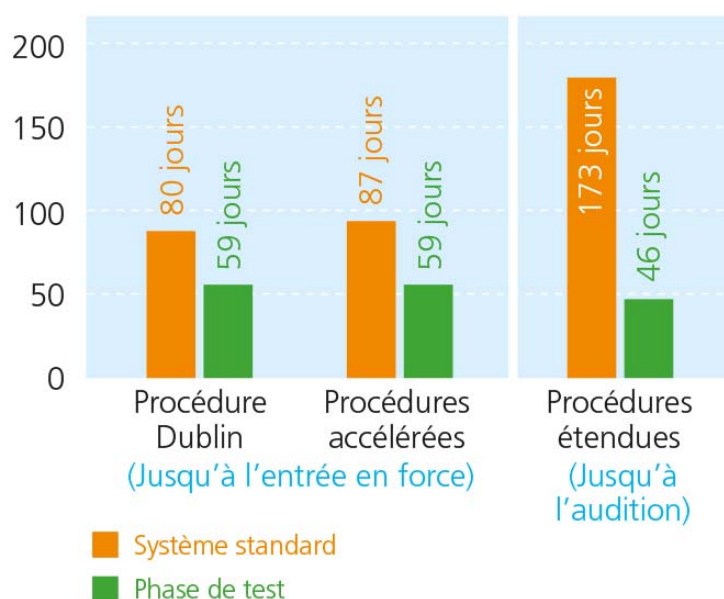
Ni le droit du travail, ni le droit du bail à loyer, ni le droit des assurances sociales ne prévoient un avocat gratuit payé par les contribuables.

5.5 Centre d'asile pilote: un pur objet de propagande

Le centre d'asile pilote installé à Zurich est un pur objet de propagande de l'Etat. Les rapports finaux indiquent que cette exploitation a été d'emblée conçue pour fournir les résultats voulus et des arguments superficiels en faveur de la révision de la loi sur l'asile qui sera soumise au peuple le 5 juin prochain. Toute cette affaire est cousue de fil blanc et ne répond absolument pas aux questions que suscite cette réforme fondée sur des hypothèses totalement dépassées.

Arguments présentant le centre pilote comme un succès complet

- Procédures plus rapides

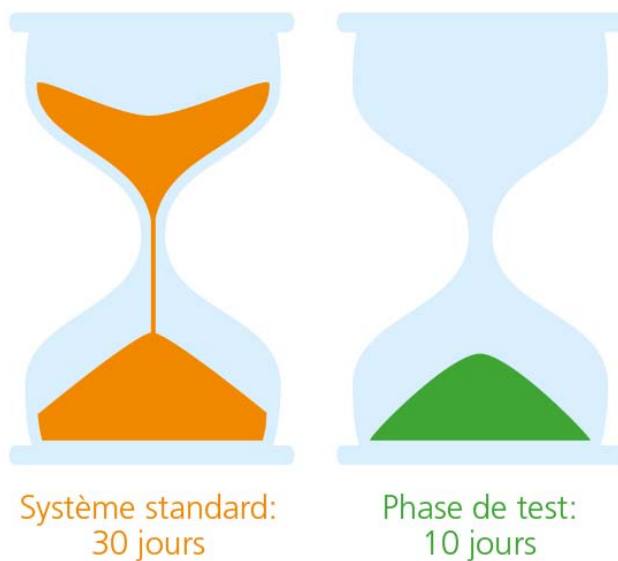


La phase de test permet de clore les procédures en 77 jours de moins, en moyenne pondérée, que le système standard, soit une accélération de 39 %.

(Source: SEM)

A quoi sert une accélération du traitement des demandes d'asile si les requérants refusés ou les cas Dublin ne sont pas systématiquement et rapidement renvoyés de Suisse? Ce graphique illustre parfaitement l'objectif des fonctionnaires de l'asile: ils veulent juste rapidement obtenir un jugement définitif. Mais même avec des jugements ayant force de chose jugée, il n'y aura pas un seul requérant de moins en Suisse. Cette révision de la loi sur l'asile accélère, certes, mais au mauvais endroit. Jusqu'à ce jour, les autorités n'exécutent pas systématiquement les décisions de renvoi, beaucoup s'en faut.

- Procédures rapides, mais équitables



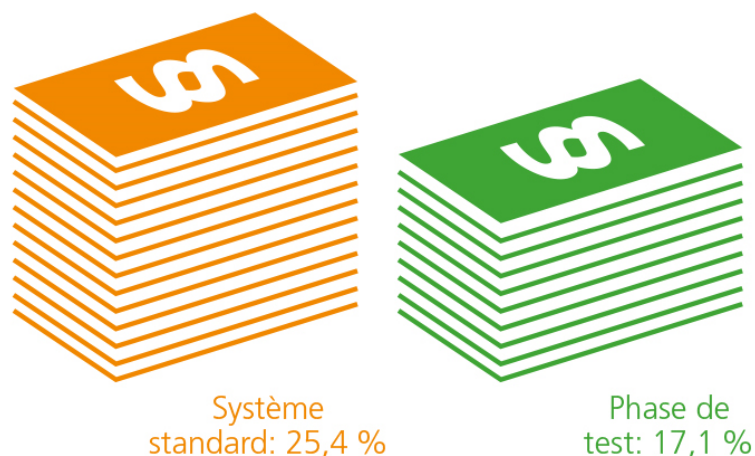
Afin de pouvoir raccourcir les délais de recours (10 jours au lieu de 30) tout en garantissant des procédures équitables conformes aux principes de l'Etat de droit, les requérants d'asile bénéficient d'un conseil et d'une représentation juridique gratuits.

Source: SEM

Une analyse de la phase test indique clairement que l'attribution de requérants au centre pilote a été massivement manipulée. Les cas qui s'annoncent difficiles ont été beaucoup moins souvent envoyés dans ce centre que des cas faciles à traiter. Exemple: la composition des requérants d'asile en fonction de leur provenance se distingue notablement de celle des centres réguliers (par ex., proportion de demandes érythréennes: 20% dans le centre pilote, 37% dans les centres réguliers). En outre, le centre test a traité proportionnellement beaucoup plus de demandes d'adultes célibataires, notamment des hommes, que les centres réguliers. On a donc affaire à une forte proportion de cas faciles à régler, ce qui explique les délais plus courts.

Contrairement à ce que leur dénomination indique, les avocats gratuits ne sont pas gratuits. Ils ont reçu une indemnité forfaitaire de 1361 francs au centre pilote. Le montant futur de cette indemnité ne peut cependant pas vraiment être estimé, car les forfaits du centre pilote zurichois avaient sans doute un caractère de «dumping» pour suggérer des coûts plus bas. Ces tarifs peuvent à tout moment être augmentés.

- Taux de recours plus faible



Le taux de recours en phase de test est nettement plus faible que dans le système standard. La représentation juridique contribue à l'efficacité, à la crédibilité et à l'acceptation des décisions d'asile.

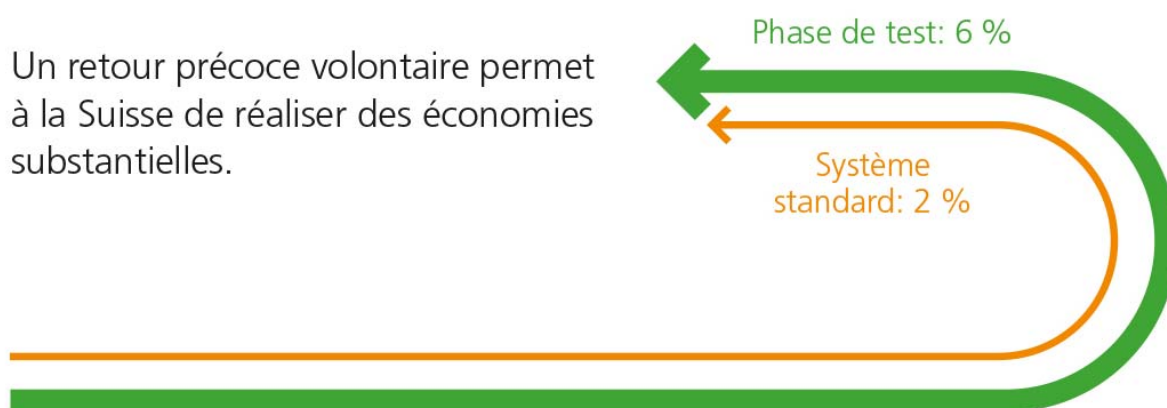
Source: SEM

Il est évident que l'une des conditions fixées d'avance à ce centre pilote était de produire moins de recours. S'ils avaient déjà paralysé la phase pilote par des recours, cela aurait sonné immédiatement le glas des avocats gratuits. Ils le savent très bien. Mais dès que le projet sera mis en vigueur, on peut s'attendre à un brusque changement.

Cette tactique peut être comparée aux prix d'appel dans le commerce. Ainsi, on fait croire aux citoyennes et aux citoyens que tout va mieux. Mais dès que le nouveau droit d'asile sera en vigueur, on assistera à d'âpres négociations concernant les indemnités forfaitaires des avocats gratuits et le flot des recours augmentera forcément. Il faut aussi relever que, dans cette exploitation pilote, deux fois plus de requérants d'asile (15,8%) sont partis de manière non contrôlée avant la décision finale (en clair, ils ont disparu dans la nature) que dans les centres réguliers (8%) et qu'après la décision des autorités 10 fois plus de requérants d'asile (16,5%) ont disparu dans la nature que dans les centres réguliers (1,8%).

- **Coûts plus bas**

Un retour précoce volontaire permet à la Suisse de réaliser des économies substantielles.



Source: SEM

Il n'y a rien de surprenant à ce que le taux de départs obtenu par le centre pilote soit plus élevé que dans les centres réguliers puisque le **forfait de retour versé aux personnes acceptant de rentrer chez elles étaient quatre fois plus élevé** (2000 francs) que dans les centres réguliers. Une raison de plus de venir en Suisse pour au moins prélever ce cadeau.

6. Procédures d’approbation de plans et expropriations – les citoyens n’ont plus voix au chapitre

6.1 Introduction

Avant d’ériger une construction, de la transformer ou d’en modifier l’affectation, il est en principe nécessaire d’obtenir une autorisation de construire de la commune compétente. Les voisins peuvent s’y opposer, voire saisir les tribunaux pour contester une autorisation déjà délivrée. La loi sur l’asile actuellement en vigueur rompt déjà, pour une durée déterminée, avec ce principe. La révision de la loi sur l’asile adoptée par le Parlement le 25 septembre 2015 apporte quant à elle des restrictions supplémentaires à l’autonomie communale, tout cela au profit de l’industrie de l’asile et au détriment des habitants du quartier. Pis, elle fournit aux autorités un moyen encore plus radical: la possibilité d’une expropriation de biens-fonds. La Confédération s’arroge ainsi le droit de s’approprier des terrains appartenant à des communes, des particuliers ou des entreprises, dans le but d’y construire un bâtiment destiné aux requérants d’asile (expropriation formelle). Une telle mesure affecte non seulement les propriétaires eux-mêmes, mais aussi tout le voisinage, parce que l’expropriation formelle d’un terrain peut entraîner la dépréciation des parcelles avoisinantes (expropriation matérielle), sans donner droit à une indemnité.

6.2 Utilisation provisoire des constructions et installations de la Confédération

Le 29 septembre 2012, différentes modifications urgentes de la loi sur l’asile sont entrées en vigueur²⁶. Alors qu’elles ne devaient initialement rester applicables que jusqu’au 28 septembre 2015, leur période d’application a été prolongée jusqu’au 28 septembre 2019. L’art. 26a LAsi règle l’utilisation d’installations et de constructions de la Confédération pour l’hébergement de requérants. Le but de cette disposition est de permettre l’hébergement de demandeurs d’asile dans des constructions et installations de la Confédération pour une durée maximale de trois ans, sans passer par la procédure cantonale ou communale d’autorisation ordinairement prévue. Il suffit que la Confédération annonce le changement d’utilisation au canton au plus tard 60 jours avant la mise en exploitation et que le changement d’affectation ne nécessite pas d’importants travaux de transformation.

La Confédération fait constamment usage de cette possibilité. Un premier centre d’hébergement a ainsi été mis en exploitation selon cette procédure en 2013, à Bremgarten (AG). D’autres ont suivi à Les Rochats (VD; mai 2014; caserne d’une capacité maximale de 120 lits pour une durée de trois ans), Thoun (BE; décembre 2015 – mai 2016; place d’armes, 600 places), Grandvillard (FR; février à août 2016; camp militaire, 180 places), pour n’en citer que quelques-uns.

La présente révision de la loi sur l’asile prévoit une réglementation correspondante à l’art. 24c nLAsi. Celle-ci vise à ce que les constructions et les installations de la Confédération puissent être utilisées sans autorisation cantonale ou communale (ni procédure d’approbation des plans, voir ci-dessous) pour l’hébergement de requérants d’asile ou pour l’exécution de procédures d’asile, et ce, pour une durée maximale de trois ans (al. 1). Après une interruption de deux ans – voire plus tôt, si le canton et la commune concernés donnent leur accord – la même construction devrait pouvoir être réutilisée dans le même but durant trois ans.

²⁶ <https://www.admin.ch/opc/fr/official-compilation/2012/5359.pdf>

6.3 Utilisation durable de constructions et installations de la Confédération

Cette révision de la loi sur l'asile a en outre pour but de permettre l'érection et l'utilisation durables de constructions et installations de la Confédération sans passer par une procédure ordinaire de demande de permis de construire. De l'avis du Conseil fédéral et de la majorité du Parlement, les procédures d'autorisation de construire ordinaires constituent un obstacle important, si la situation en matière d'asile exige la mise à disposition de places d'hébergement à bref délai. Les partisans de cette révision veulent, par cette modification, éviter d'indésirables oppositions d'habitants du quartier. L'instrument pour y parvenir s'appelle: procédure d'approbation des plans (art. 95a-95l nLAsi).

6.3.1 Approbation de plans

Lorsque la Confédération utilise durablement des constructions et installations pour l'hébergement de requérants d'asile ou l'exécution de procédures d'asile, une procédure fédérale d'approbation des plans pourra être suivie en lieu et place de la procédure d'autorisation de construire prévue en droit des constructions. Il ne sera alors plus nécessaire de disposer d'une autorisation ou de plans relevant du droit cantonal (art. 95a al. 3 nLAsi) pour ériger, transformer ou réaffecter des constructions ou installations. Seuls les projets ayant des effets considérables sur l'aménagement du territoire et sur l'environnement seront subordonnés à l'établissement d'un plan sectoriel (art. 95a al. 4 nLAsi). L'autorité compétente pour l'approbation des plans est le Secrétariat général (SG) du DFJP, qui octroie toutes les autorisations nécessaires. La décision d'acquérir des terrains appartient au DFJP, qui pourra le cas échéant lancer les procédures d'expropriation (art. 95b al. 1 nLAsi).

Dans la nouvelle procédure d'approbation des plans, le DFJP a tous les pouvoirs:

Procédure d'approbation des plans

1. Requérent DFJP
2. Ouverture de la procédure ordinaire d'approbation des plans DFJP
3. Procédure de planification. Oppositions adressées au DFJP
4. Décision DFJP
5. Possibilité de recours au Tribunal administratif fédéral (1^{ère} instance)
6. Possibilité de porter la cause devant le Tribunal fédéral (2^e instance)

Procédure d'expropriation

1. Requier l'expropriation: SEM (Secrétariat d'Etat aux migrations) via le DFJP
2. Pouvoir de procéder à l'expropriation (art. 95b LAsi) DFJP
3. Décision / Procédure de recours DFJP
4. Possibilité pour le propriétaire immobilier d'interjeter recours auprès du Tribunal administratif fédéral (1^{ère} instance), principalement au sujet du montant de l'indemnité, etc.
5. Possibilité de porter la cause devant le Tribunal fédéral (2^e instance)

6.3.2 Procédures ordinaire et simplifiée d'approbation des plans

Lorsqu'elle a l'intention d'ériger de nouvelles constructions ou installations destinées à l'asile (ou de transformer ou réaffecter des constructions existantes), la Confédération doit adresser au SG-DFJP une demande d'approbation des plans, avec les documents requis (art. 95c nLAsi); celle-ci informe alors la commune et le canton concernés, seuls autorisés à prendre position. Une procédure simplifiée s'applique aux projets qui affectent un espace limité et ne concernent qu'un ensemble restreint et bien défini de personnes, à celles qui seront démontées après trois ans au plus et à celles dont la modification ou la réaffectation n'altère pas sensiblement l'aspect exté-

rieur du site (art. 95j al. 1 nLAsi). La demande n'est alors ni publiée, ni mise à l'enquête. Le SG-DFJP soumet directement le projet aux personnes concernées.

6.4 Expropriation

6.4.1 Expropriation formelle de propriétaires immobiliers aux fins d'aménagement de centres d'hébergement pour les requérants

L'art. 26 al. 1 de la Constitution fédérale (Cst.) garantit la propriété. Différentes lois prévoient la possibilité d'une expropriation formelle afin de permettre l'érection d'ouvrages dans l'intérêt public (notamment pour la construction de voies ferrées, routes, conduites électriques, places d'armes, etc.). Le propriétaire concerné est alors indemnisé dans le cadre de la procédure d'estimation.

Que la nouvelle loi donne au DFJP le pouvoir de procéder au besoin à l'expropriation d'un bien-fonds (art. 95b al. 1 nLAsi) afin d'y construire un centre d'hébergement est scandaleux. Il est évident que certaines expropriations sont nécessaires, par exemple lors de la construction d'une route nationale, pour pouvoir réaliser le projet. Sans cet instrument, aucune route nationale n'aurait jamais pu être construite en Suisse. Cependant, on ne saurait assimiler centres d'hébergement et routes nationales. Les lieux d'hébergement de personnes en procédure d'asile peuvent être aménagés absolument n'importe où et en toute situation. Le Conseil fédéral a manifestement réalisé que la population lutterait par tous les moyens légaux contre l'aménagement de centres d'asile. Mais plutôt que de prendre ces appréhensions au sérieux et de mettre en place des mesures efficaces contre les faux réfugiés, il recourt, avec cette possibilité d'expropriation, à un moyen parfaitement inapproprié. Les propriétaires privés, mais aussi les communes et les entreprises, en subissent les effets.

6.4.2 Expropriation matérielle de propriétaires immobiliers

Dans le cas d'une expropriation matérielle, le propriétaire conserve son bien, mais celui-ci perd de sa valeur. Il a alors droit à une indemnité. Si par exemple une parcelle dans un quartier est formellement expropriée pour y aménager un centre d'hébergement de requérants, se pose la question de savoir si les terrains voisins subissent une expropriation matérielle. Le Tribunal fédéral estime (à juste titre) qu'on ne saurait considérer l'emménagement de personnes de culture étrangère dans l'immeuble voisin comme une expropriation matérielle, faute de dommage au sens juridique. Il est toutefois établi que la valeur vénale d'un bien immobilier diminue, s'il se situe à côté ou à proximité d'un hébergement de demandeurs d'asile. Les expropriations formelles entraînent par conséquent aussi des expropriations matérielles «non dédommagées».

6.4.3 Effets des expropriations matérielle et formelle pour les propriétaires et les locataires

L'argument selon lequel la possibilité d'exproprier, inscrite dans la loi, ne serait pas utilisée en pratique est insoutenable. S'il est déjà clair aujourd'hui qu'aucune expropriation ne sera prononcée, alors il n'y a pas lieu d'introduire une telle disposition dans la loi. Entre-temps, le Conseil fédéral a déjà créé une base légale permettant de réquisitionner rapidement les installations de protection civile des communes. Il précise qu'une réquisition est possible, lorsqu'aucune autre possibilité d'hébergement «dans des conditions acceptables» ne peut être disponible à temps. Tous les cercles concernés confirment que les installations de protection civile ne peuvent être qu'une solution provisoire. Sachant que les possibilités d'hébergement «conformes à la dignité humaine» ne sont disponibles en Suisse qu'en nombre limité et que les installations souterraines de protection civile ne peuvent constituer qu'une solution de transit, il ne fait aucun doute que l'on recourra à l'avenir aussi à l'expropriation à la prochaine augmentation, prévisible, du nombre de

requérants d'asile. Une telle évolution est d'autant plus probable que la révision de la loi sur l'asile rend la Suisse encore plus attirante pour les requérants. Les autorités ne pourront guère leur fournir de logements en temps utile sans recourir à de tels moyens. On a déjà pu constater par le passé les vives résistances que suscite l'ouverture d'un centre d'asile au sein de la population qui s'y voit confrontée.

L'expropriation formelle entraîne non seulement la perte du bien pour le propriétaire touché, mais aussi la mise à la porte de tous les locataires de l'immeuble. Les propriétaires d'immeubles voisins subissent un dommage économique, parce que leurs biens perdent de la valeur, mais ne sont pas indemnisés. Leurs locataires aussi pâtissent de la situation, puisqu'ils doivent désormais vivre dans un quartier hébergeant des requérants. Il se peut même que les loyers augmentent en parallèle, les propriétaires désirant répercuter leur dommage matériel (non indemnisé). Dire que vivre à proximité d'un centre d'hébergement peut poser problème n'a rien de xénophobe. Une station d'essence ou un hôtel, par exemple, ont eux aussi des répercussions sur le voisinage.

7. Que faut-il faire?

Dans la situation actuelle il est important d'envoyer des signaux convaincants afin que les personnes dont l'intégrité physique et la vie ne sont pas menacées cessent d'être encouragées à venir en Suisse avec l'aide de bandes de passeurs pour y déposer une demande d'asile. Voilà pourquoi il faut refuser cette révision de la loi sur l'asile.

Les bases légales actuellement en vigueur suffisent à imposer une politique d'asile à la fois équitable et rigoureuse. La majorité des mesures à prendre n'exigent pas de nouvelles dispositions légales. Leur mise en œuvre dépend de la volonté politique des responsables du département.

Si effectivement une révision de la loi était nécessaire, elle devrait mettre l'accent sur l'exécution des décisions, la lutte contre les abus et la baisse de l'attractivité de la Suisse.

Durant la session d'été 2015, l'UDC a déposé plus de 70 propositions pour la révision de la loi sur l'asile afin que l'Etat reprenne le contrôle du chaos qui règne actuellement dans ce domaine.

- 1 La loi sur l'asile actuellement en vigueur n'est pas mauvaise sur le plan juridique. En revanche, les décisions ne sont pas ou sont mal exécutées. Le problème se trouve donc au niveau de la direction et de la fixation des priorités. Renforcée en 2006 et en 2013, la loi sur l'asile doit être strictement appliquée par les autorités cantonales et fédérales et respectée par les œuvres d'entraide. On donnera ainsi un signe clair et net aux bandes de passeurs en leur faisant comprendre que la Suisse ne tolère plus les abus de son droit d'asile.
- 2 Il n'existe pas de décompte complet indiquant aux contribuables suisses ce que leur coûte le domaine de l'asile. Il faut faire enfin toute la lumière sur ce que coûte par an un requérant d'asile moyen durant les 10 premières années de sa présence en Suisse (y compris les frais de procédure, l'aide sociale, la totalité des coûts scolaires, l'accompagnement des familles, les frais de santé, soins dentaires compris, les programmes d'intégration, etc.).
- 3 Les possibilités de recours et moyens de droit doivent être restreints. La décision de première instance ne doit être suivie que d'une seule possibilité de recours. Durant la procédure, les requérants d'asile doivent être installés dans des centres contrôlés, voire dans des centres fermés s'ils se montrent récalcitrants ou ne respectent pas leurs obligations de participation à la procédure.
- 4 Les migrants économiques et requérants d'asile criminels doivent être systématiquement renvoyés afin que la Suisse puisse aider les personnes qui sont réellement persécutées.

- 5 Le Conseil fédéral doit à cet effet conclure des accords de réadmission et faire ratifier les conventions qui ne le sont pas encore. La Confédération doit prendre des mesures à l'encontre des Etats qui refusent de reprendre leurs nationaux. Il est temps que le Département fédéral des affaires étrangères de Didier Burkhalter fasse son travail à ce niveau.
- 6 Toutes les personnes admises provisoirement doivent être soumises à un nouvel examen et renvoyées dans leur pays d'origine le plus rapidement possible. Les personnes qui ne peuvent être renvoyées sans qu'il y ait faute de leur part doivent être admises avec le statut de personnes à protéger.
- 7 Les personnes admises provisoirement et les réfugiés dont les motifs de fuite se réalisent après leur départ de leur pays ne doivent pas avoir droit au regroupement familial.
- 8 L'aide sociale pour les requérants d'asile et les personnes admises provisoirement doit être réduite au niveau de l'aide d'urgence. Elle doit également être diminuée après un certain temps pour les réfugiés reconnus afin d'éviter qu'ils s'installent définitivement dans le filet social.
- 9 Les personnes qui vivent illégalement en Suisse ou qui ne coopèrent pas avec les autorités ne doivent pas avoir droit à l'aide d'urgence. Le soutien de l'Etat à ces personnes doit se limiter à l'organisation de leur départ.
- 10 Le Conseil fédéral doit s'engager pour faire respecter l'accord de Dublin, donc refuser une procédure d'asile aux personnes entrant en Suisse en provenance d'un Etat tiers sûr.
- 11 Les réfugiés de la guerre doivent avant tout être soutenus dans leur région d'origine. Les moyens financiers absorbés par des actions de déplacement de quelques élus peuvent être engagés avec beaucoup plus d'efficacité sur place. Pour éviter que les authentiques réfugiés prennent le chemin dangereux vers l'Europe et se livrent aux mains des criminelles bandes de passeurs, l'UDC demande une réorientation des fonds pour l'aide au développement, par exemple en faveur de camps de réfugiés autour des régions en guerre. Une petite partie seulement des quelque trois milliards de francs dépensés chaque année pour l'aide au développement permettrait d'y dispenser une aide infiniment plus utile que les milliards supplémentaires injectés dans l'industrie de l'asile en Suisse.

8. Réponses aux questions et aux reproches les plus fréquents:

1) L'UDC demandait toujours une accélération de la procédure. Pourquoi s'y oppose-t-elle maintenant?

Aucune personne sensée ne peut croire que les choses vont effectivement s'accélérer avec 40 000 avocats gratuits (pour 40 000 requérants en 2015) et le flot de procédures qu'ils déclencheront. Cette révision se fonde sur le système d'asile européen conformément à l'accord de Dublin, qui s'est entre-temps effondré, ainsi que sur un nombre de demandes d'asile et des calculs de coûts irréalistes et dépassés. Elle maintient de surcroît toutes les possibilités de recours qui prolongent la procédure. D'une manière générale, une accélération de la procédure n'est utile que si les décisions de renvoi sont rigoureusement exécutées et si les personnes qui n'ont pas la qualité de réfugiés quittent le pays. Si l'accélération a pour seul effet de reconnaître plus rapidement les requérants comme réfugiés ou de leur accorder plus rapidement une admission provisoire, la nouvelle pratique est contreproductive, car elle accroît le pouvoir d'attraction de la Suisse.

Aujourd'hui, 50% à 60% des requérants d'asile peuvent rester en Suisse, contre 10 à 20% il y a dix ans.

2) La procédure sera moins chère grâce aux avocats gratuits qui seront indemnisés par des forfaits.

Les juristes seront en *règle générale* indemnisés par des forfaits (exploitation pilote à Zurich, 1 361 francs/cas), négociés entre la Confédération, d'une part, les avocats concernés et les «fournisseurs de prestations», d'autre part. Des «coûts uniques» et d'autres particularités seront indemnisés sur la base du travail effectif. Il est facilement prévisible que le forfait devra être augmenté pour de nombreuses procédures puisqu'il doit couvrir les frais. Les conseillers juridiques sont donc incités à déposer des recours pour prolonger la procédure. En outre, les avocats et les «fournisseurs de prestations» doivent s'engager pour leurs «clients». Si ces derniers veulent recourir contre une décision, leurs avocats leur donneront bien entendu satisfaction. Les expériences faites dans le centre pilote ne sont pas représentatives (voir le point suivant). Aux Pays-Bas, qui a servi de modèle à la nouvelle procédure suisse, le taux de recours est de 90% (mais sans rémunération forfaitaire des avocats). Enfin, la croissance constante du nombre de demandes provoque une hausse massive des coûts dont cette révision ne tient pas compte.

3) Les expériences faites dans le centre pilote de Zurich ont montré que les recours diminuent et que les procédures peuvent être sensiblement raccourcies.

Le centre d'asile pilote installé à Zurich est un pur objet de propagande d'Etat. Les rapports finaux indiquent que cette exploitation test a été d'emblée conçue pour fournir les résultats voulus et des arguments superficiels en faveur de la révision de la loi sur l'asile qui sera soumise au peuple le 5 juin prochain. L'une des conditions posées d'avance à ce centre était évidemment aussi de produire moins de recours. Semblable aux prix d'appel dans le commerce, cette pratique vise à faire croire aux citoyennes et aux citoyens que tout ira mieux. Mais dès que la modification du droit de l'asile sera en vigueur, il y aura d'après négociations concernant les indemnités forfaitaires des avocats gratuits et le flot des recours augmentera. Il faut aussi relever que dans cette exploitation pilote deux fois plus de requérants d'asile (15,8%) sont partis de manière non contrôlée avant la décision finale (en clair, ils ont disparu dans la nature) que dans les centres réguliers (8%) et qu'après la décision des autorités, 10 fois plus de requérants d'asile (16,5%) ont disparu dans la nature que dans les centres réguliers (1,8%).

4) Qu'a demandé l'UDC durant le débat sur cette révision de la loi sur l'asile? A-t-elle fait ses propres propositions?

L'UDC a déposé plus de 70 propositions pour corriger cette révision. En premier lieu, il s'agissait de réduire le pouvoir d'attraction que la Suisse exerce sur les migrants économiques et autres profiteurs de notre système social. Les prestations sociales auraient dû être réduites et les dispositions pénales contre les abus d'asile renforcées; le regroupement familial aurait dû être restreint et les cantons et les communes auraient dû être déchargés. L'UDC a également proposé des mesures améliorant l'exécution des décisions (détention et renvoi). Or, toutes ces propositions ont été rejetées en bloc par les autres partis (<http://www.svp.ch/aktuell/editorials/asyldebatte-die-mitteparteien-zeigen-ihr-wahres-gesicht/>).

Donc, l'UDC a proposé des douzaines de mesures concrètes.

5) Cette révision fait passer dans le droit ordinaire des mesures urgentes temporaires que le peuple a approuvées. L'UDC empêche cela avec son référendum.

Les mesures urgentes que le peuple suisse a approuvées en juin 2013, comme le souhaitait d'ailleurs l'UDC, sont encore en vigueur jusqu'en juin 2019. Il reste donc bien assez de temps pour les faire passer dans le droit ordinaire par un nouveau projet de loi. Cependant, le principal pro-

blème lié à ces mesures provient du fait que la direction du département compétent refuse de les appliquer (cf. chapitre 3).

6) L'UDC empêche des réformes importantes et exploite les problèmes qui en résultent en vue des prochaines élections.

Ce projet n'apporte strictement rien à la solution des problèmes de l'asile. Bien au contraire, il aggrave les problèmes. Nos propositions auraient amélioré ce projet, mais elles ont été refusées. Cette révision est contreproductive, chère et douteuse du point de vue du droit. Au lieu de proposer des révisions aussi déplacées, le DFJP ferait mieux d'appliquer les lois en vigueur.

7) L'UDC est inhumaine, extrémiste et méprise la dignité humaine. En fait, elle ne veut accueillir aucun requérant.

C'est faux. L'UDC veut que des personnes dont la vie et l'intégrité physique sont menacées reçoivent l'asile en Suisse. Voilà notre tradition humanitaire. Or celle-ci est précisément éludée quand une grande majorité des requérants d'asile viennent en Suisse pour toutes autres raisons et obtiennent même le droit de rester. La tradition suisse de l'asile est minée. En lançant un référendum contre cette révision, l'UDC dit non à une culture de bienvenue irresponsable. La législation en vigueur offre une base suffisante pour mener une politique d'asile rigoureuse, mais les décisions de renvoi ne sont pas exécutées parce que la conseillère fédérale Sommaruga fait obstruction. La Suisse a besoin de contrôles sévères aux frontières ainsi que d'un renvoi systématique des faux réfugiés.

8) L'UDC aimerait construire un mur autour de la Suisse.

L'UDC a été le seul parti à s'opposer en 2005 aux accords Schengen/Dublin. Le moindre bon sens humain faisait comprendre à l'époque déjà que ce système ne pouvait pas fonctionner à la longue. Puisque l'UE est incapable de protéger ses frontières extérieures contre l'entrée massive de migrants illégaux, comme cela est prévu dans l'accord de Schengen, la Suisse doit contrôler elle-même ses frontières. L'UDC ne demande pas un mur, mais un contrôle systématique des personnes aux frontières. Cette action exigera temporairement le concours de l'armée.

9) L'UDC sème la panique en évoquant des terroristes parmi les requérants d'asile.

Des attentats terroristes comme ceux commis récemment à Paris et à Bruxelles ne peuvent pas être exclus en Suisse. Il est évident que des requérants d'asile peuvent participer à la planification et à l'exécution de tels actes. L'office fédéral allemand de la police criminelle (BKA) tient actuellement une liste de plus de 250 terroristes et criminels de guerre présumés qui sont entrés en Allemagne comme «réfugiés»²⁷. Ce nombre a plus que doublé en l'espace de trois mois. Les soupçons ne se sont cependant confirmés que dans 22 cas au point que des enquêtes ont été ouvertes. Des responsables de haut rang de la protection de l'Etat craignent ouvertement que l'arrivée massive en Allemagne de personnes dont l'identité n'est pas clairement établie ne finisse par poser des problèmes.

²⁷ Der Spiegel 10.02.16

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hinweise-auf-mutmassliche-terroristen-steigen-a-1076511.html>

En Suisse, le service de renseignement de la Confédération examine les dossiers de personnes demandant l'asile²⁸. Il n'intervient cependant que si l'interrogation par les collaborateurs du Secrétariat d'Etat aux migrations permet de conclure à un risque pour la sécurité intérieure et extérieure de la Suisse. Les demandes émanant de certains pays, comme la Syrie où agissent des cellules terroristes, sont toujours soumises pour avis au service de renseignement qui évalue les éventuels soupçons et prend les mesures nécessaires.

Les requérants d'asile arrivant fréquemment en Suisse sans document, il leur est facile de donner une fausse identité. Les autorités responsables de la sécurité ne peuvent alors pas vérifier les données dans le pays de provenance ou d'origine. Il reste donc toujours un certain risque. Les organes de sécurité de la Confédération et des cantons prennent très au sérieux les menaces émanant de certaines personnes ou de certains groupes. Ils analysent constamment la situation et prennent des mesures, si nécessaire d'entente avec des services étrangers partenaires.

Il y a en outre le problème posé par certains requérants d'asile qui ne s'intègrent pas (pas de travail, formation de ghettos dans les villes) et finissent, eux-mêmes et leurs descendants, par se radicaliser.

10) L'UDC aurait un comportement contradictoire, elle aurait rejeté la révision de la loi sur l'asile à la dernière minute

L'UDC a déjà clairement rejeté le projet dans le cadre de la consultation en 2013, et a expliqué pourquoi de manière détaillée:

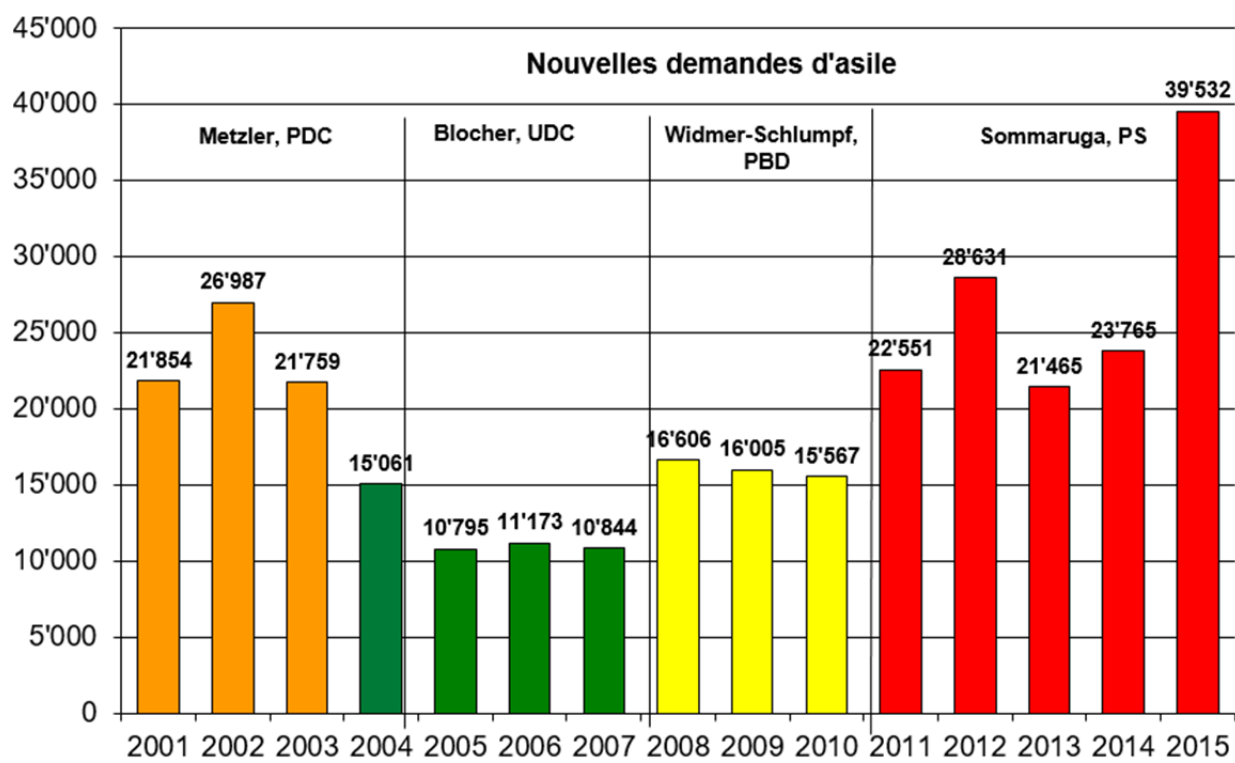
<http://www.svp.ch/positionen/vernehmlassungen/aenderung-des-asylgesetzes-neustrukturierung-des-asylbereiche/>. De même, au préalable et durant les délibérations parlementaires, l'UDC a systématiquement pointé du doigt les faiblesses du projet et organisé deux conférences de presse, au printemps et en été 2015, où elle a répété ses arguments. Avant la délibération de détail au sein de la commission du Conseil national, l'UDC a exposé les raisons de sa proposition de non-entrée en matière et présenté environ 80 suggestions d'améliorations en vue de la délibération détaillée: <http://www.svp.ch/aktuell/medienkonferenzen/asyl-konsequentes-handeln-statt-kontraproduktive-reformen/>. Le référendum n'était donc que logique, et tout sauf surprenant.

²⁸ Réponse du Conseil fédéral à une interpellation de la CN Daniela Schneeberger
<https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20153547>

9. Annexes: chiffres et statistiques

Demandes d'asile en Suisse

(Différentes couleurs selon la période de fonction des conseillers fédéraux)

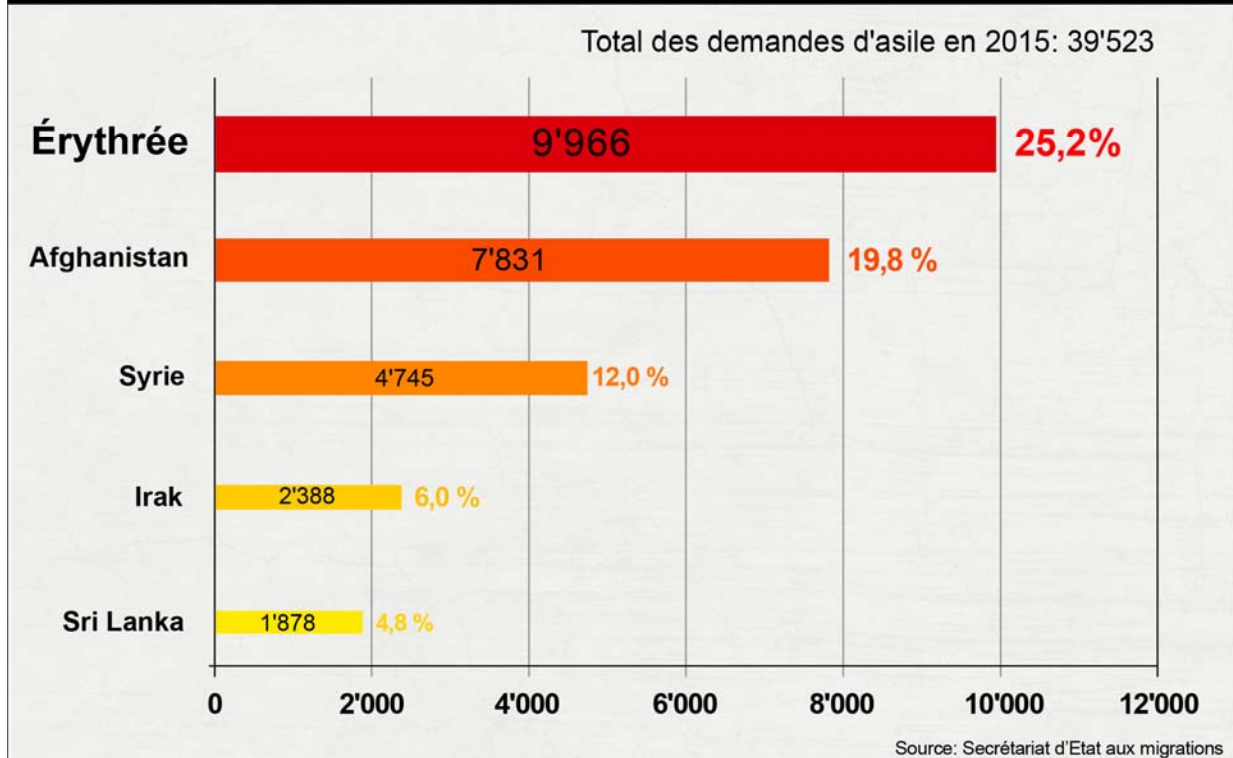


Source: Secrétariat d'Etat à la migration

Nouvelles demandes d'asile en Suisse selon les pays (2015)

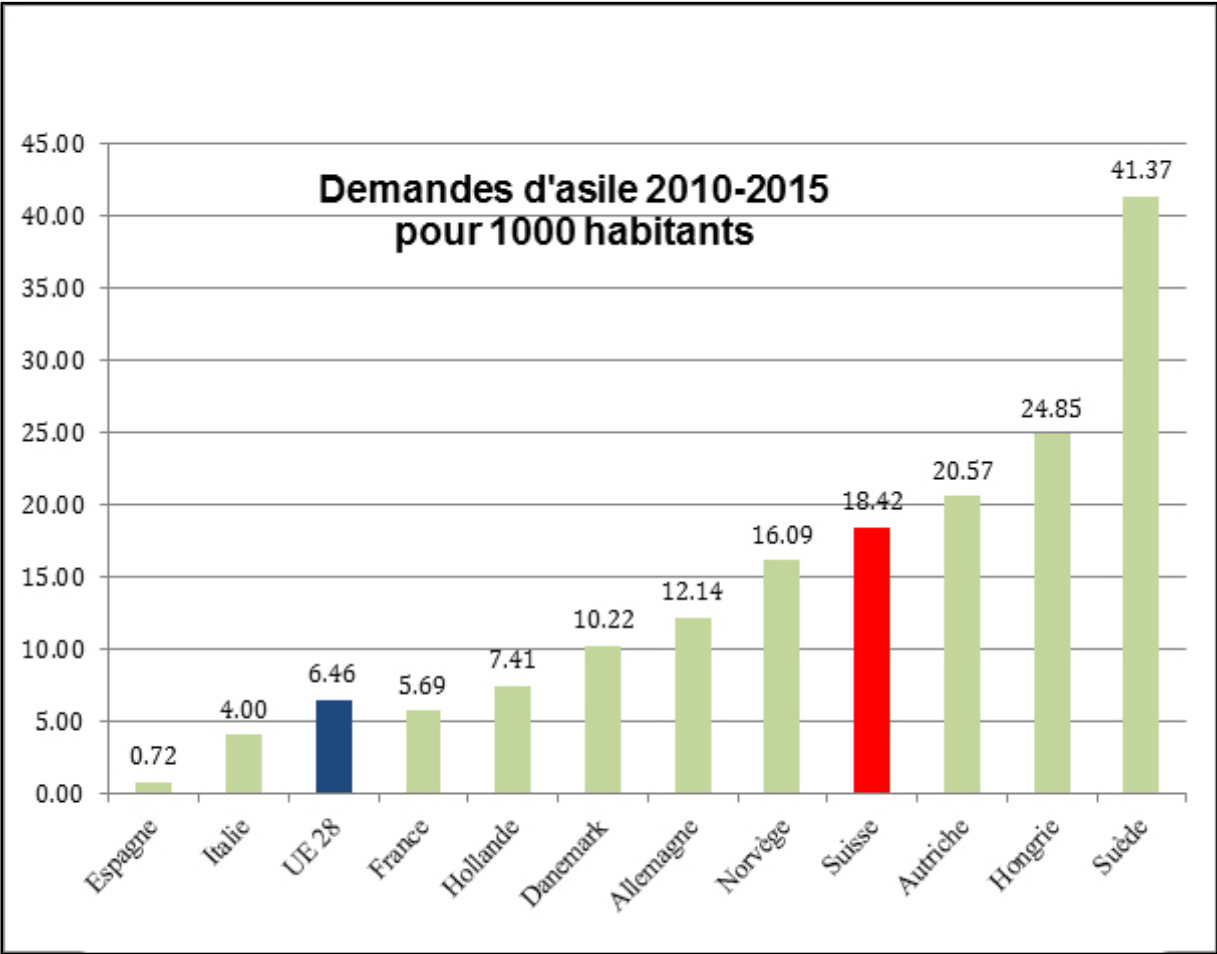
LES FAITS:

45% de toutes les demandes d'asile en 2015 ont été déposées par des personnes originaires d'Érythrée et d'Afghanistan. Les Syriens eux n'ont représenté que 12% des demandes.



Source: Secrétariat d'Etat aux migrations

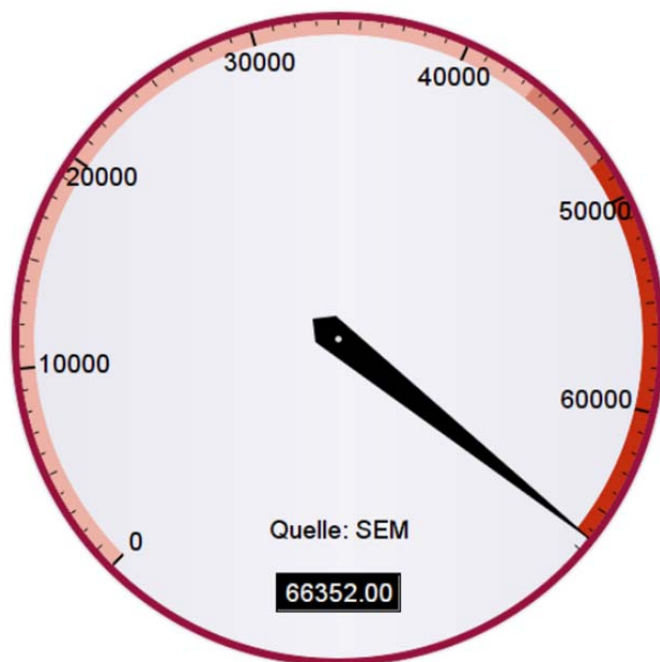
Demandes d'asile 2010-2015 en comparaison internationale (source: Eurostat):
(Les chiffres d'Eurostat concernant la Suisse diffèrent légèrement de ceux du SEM)



Source: Eurostat

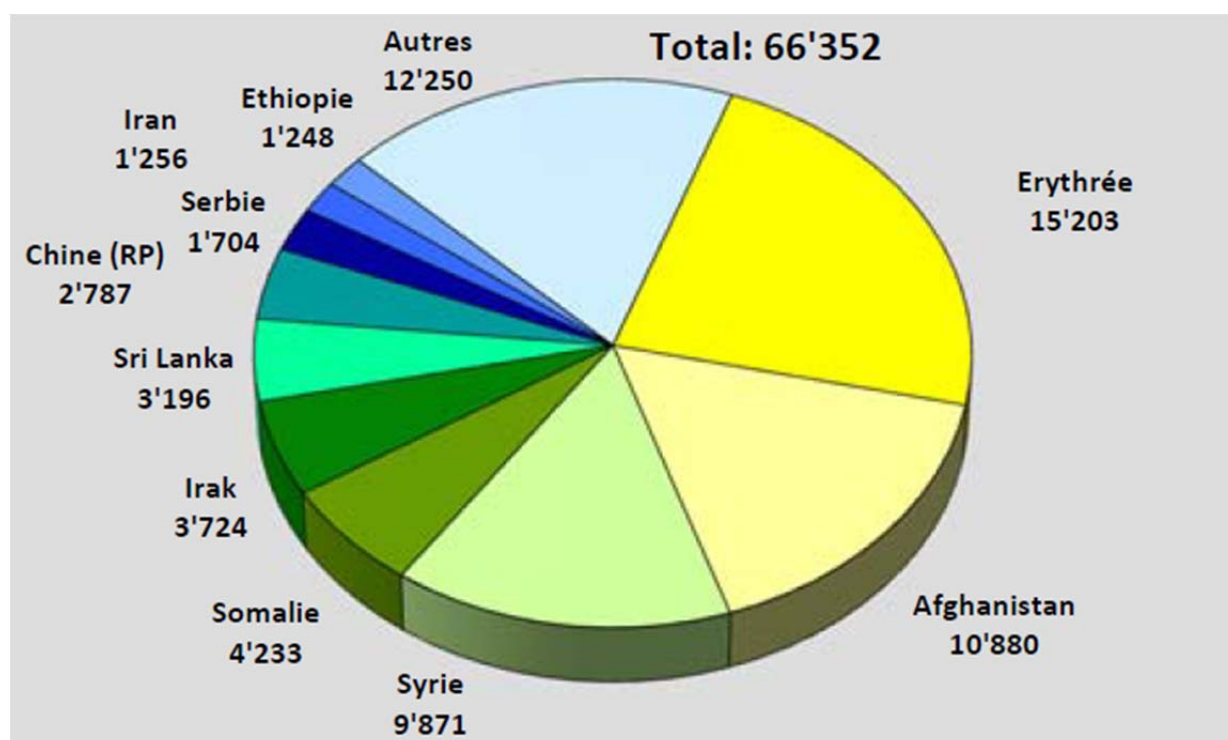
Nombre de personnes dans le processus d'asile (fin 2015)

(Nombre total de toutes les personnes qui se trouvent sous quelque forme que ce soit dans le processus d'asile.)



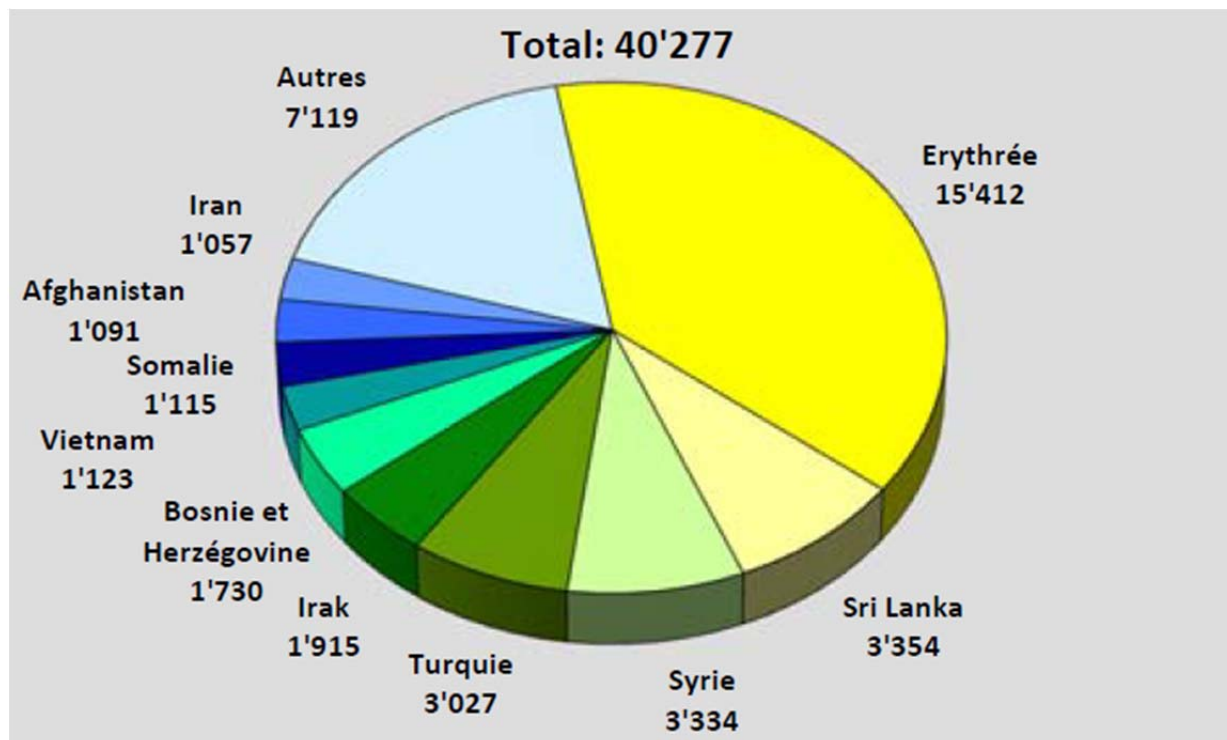
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Total effectif processus d'asile	36'788	40'677	44'863	43'561	48'080	66'352

Personnes dans le processus d'asile selon les nationalités:



Source: Secrétariat d'Etat aux migrations

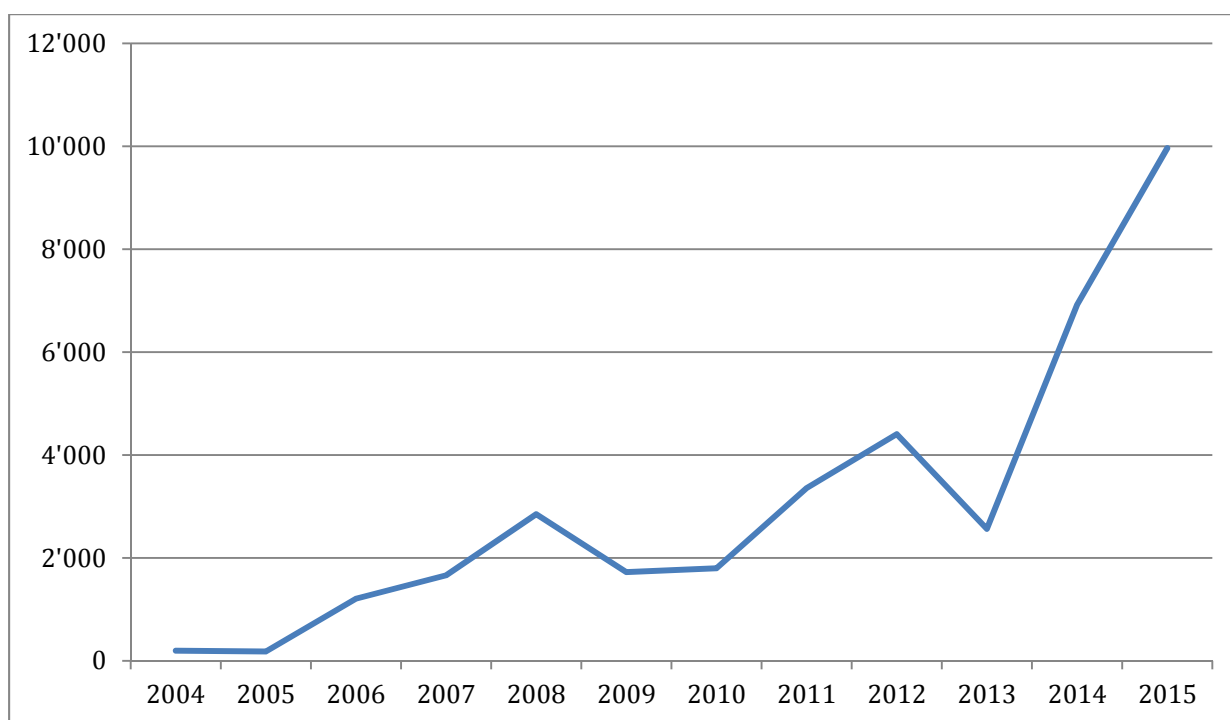
Réfugiés reconnus en Suisse selon les nations



Une forte proportion de réfugiés reconnus ne proviennent pas de régions en guerre ou de régions où il n'y a plus de guerre depuis longtemps.

Source: Secrétariat d'Etat aux migrations

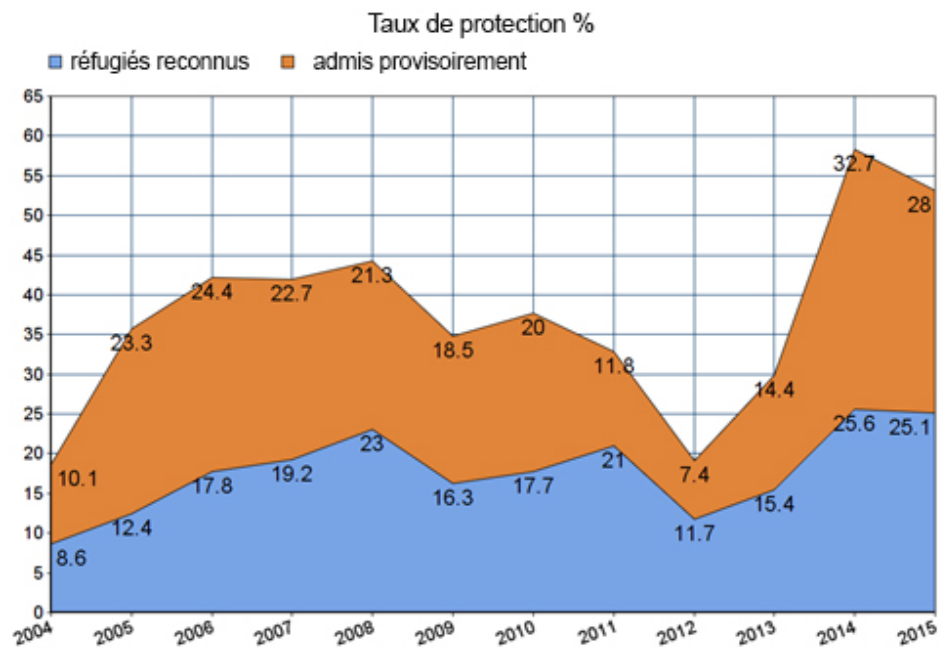
Développement du nombre de demandes en provenance d'Erythrée:



Source: Secrétariat d'Etat aux migrations

Taux de protection

Définition: proportion de requérants d'asile qui sont accueillis avec le statut de réfugié, plus les personnes admises provisoirement.

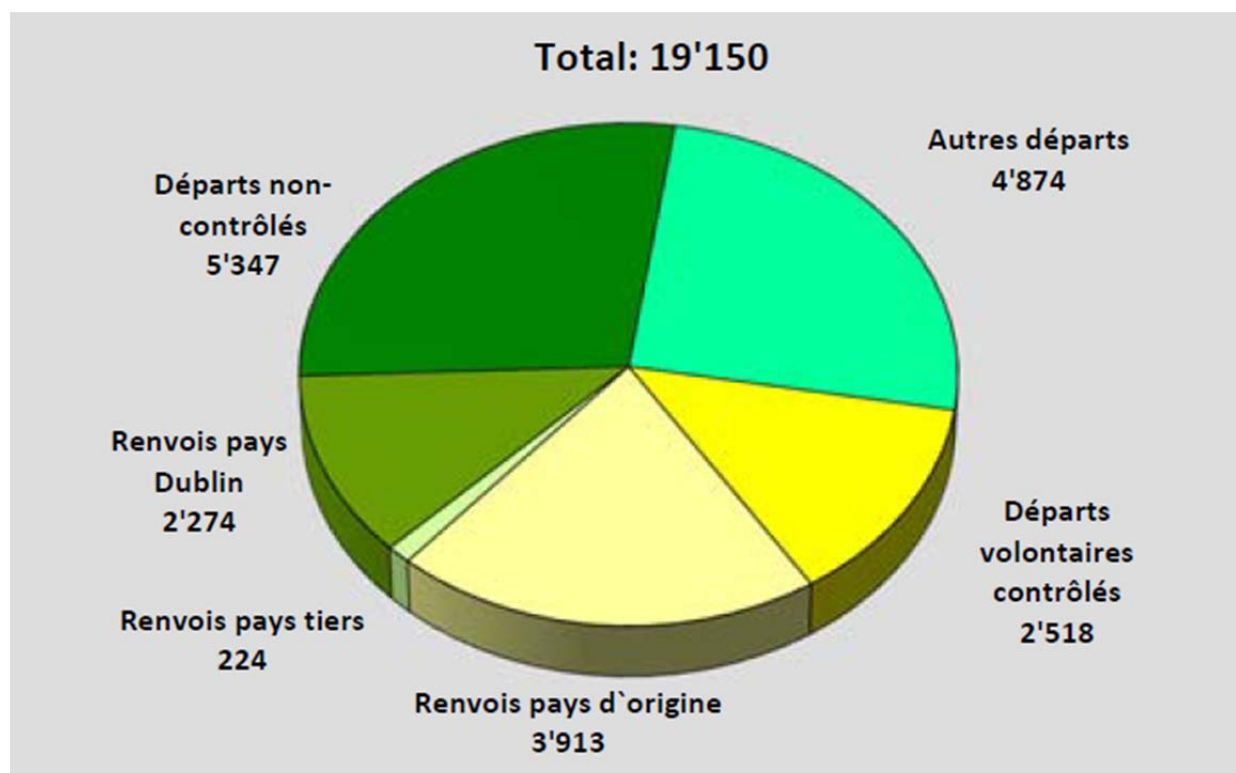


Source: SEM

Source: Secrétariat d'Etat aux migrations

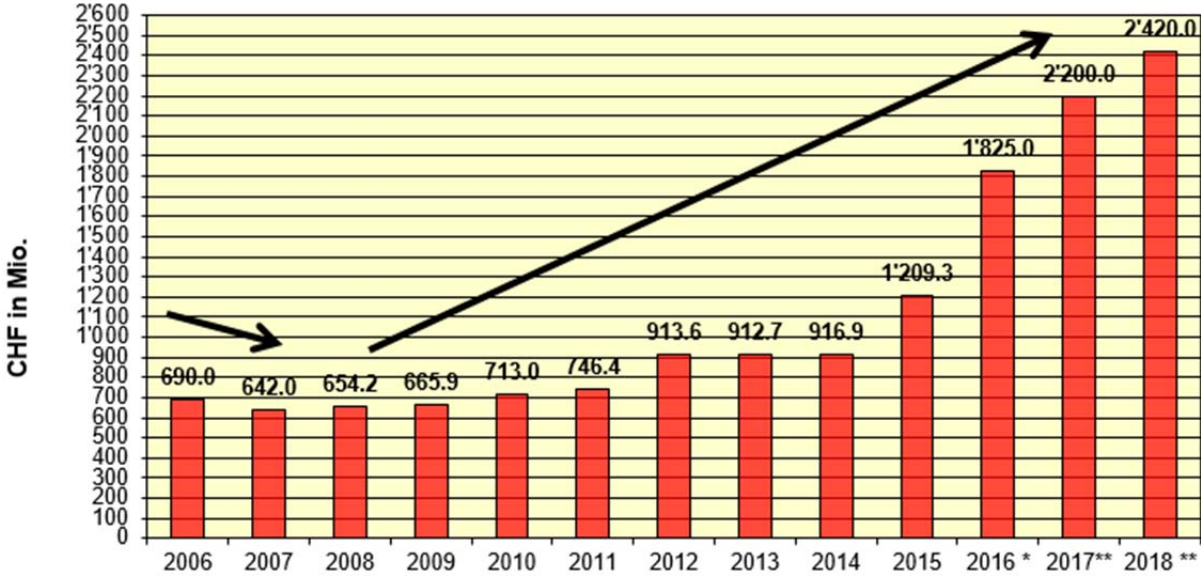
Départs et décisions exécutées dans le processus d'asile et de soutien à l'exécution des décisions en 2015

Nouvelles demandes en 2015: 39'523



Source: Secrétariat d'Etat aux migrations

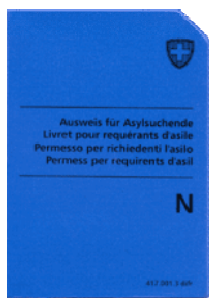
Coût du domaine de l'asile au seul niveau fédéral (à ce montant il faut ajouter les frais des cantons et des communes):



Sources: 2016: Budget (1'470 Mio. CHF) plus supplément 1/2016 (353,40 Mio. CHF)
 2017-2018: EFD, Serge Gaillard / SRF du 31 mars 2016 (<http://www.srf.ch/news/schweiz/bund-rechnet-mit-verdopplung-der-asylkosten>)

10. Définitions des notions

10.1 Permis de séjours des requérants d'asile d'Etats tiers



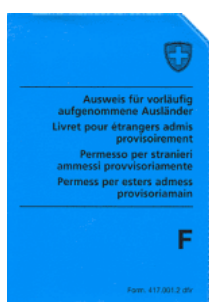
Permis N

Requérants d'asile

Validité: ½ an

Les requérants d'asile sont des personnes qui ont déposé une demande d'asile en Suisse et qui sont en procédure d'asile. Ils ont en principe le droit de séjourner en Suisse durant la procédure d'asile. Une activité lucrative dépendante leur est permise dans certaines conditions. En cas de décision positive, la personne reçoit un permis B comme réfugié reconnu. En cas de décision négative, la personne reçoit un permis F pour personnes admises provisoirement si elle ne peut pas quitter la Suisse immédiatement.

(31.12.2014: 19'400 permis N en circulation)



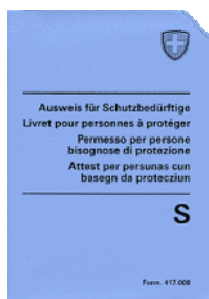
Permis F

Etrangers admis provisoirement

Validité: 1 an (prolongations possibles)

Les personnes admises provisoirement ont fait l'objet d'une décision de renvoi, mais l'exécution de celle-ci s'est avérée inadmissible (violation du droit international), intolérable (menace concrète) ou impossible (raisons techniques). L'admission provisoire constitue donc une mesure de remplacement. Elle peut être ordonnée pour 12 mois et le canton concerné peut la prolonger à chaque fois de 12 mois supplémentaires. Indépendamment de la situation économique et sur le marché du travail, les autorités cantonales peuvent accorder une autorisation de travailler aux personnes admises provisoirement.

(31.12.2014: 28'600 permis F en circulation)



Permis S

Personnes à protéger

Personnes provenant de régions en guerre ou en crise auxquelles le Conseil fédéral accorde temporairement protection sans procédure d'asile. Ce permis autorise un séjour temporaire en Suisse, mais non pas le passage des frontières et le retour. Une entrée en emploi ou un changement d'emploi doit être autorisé préalablement. On ne peut déduire un droit de séjour en Suisse de la durée de validité de ce permis.



Permis B

Autorisation de séjour pour ressortissants d'Etats tiers

Les réfugiés reconnus reçoivent le permis B et, après 5 ans, même le permis C. Le permis B permet de séjourner à long terme en Suisse dans un but défini, avec ou sans activité lucrative. La validité du permis B est limitée en règle générale à un an la première fois. Les premières autorisations de travailler ne peuvent être accordées que dans les limites des plafonds fixés. Un permis B est en règle générale renouvelé chaque année dans la mesure où aucun motif ne s'y oppose (délinquance, dépendance de l'aide sociale, marché du travail).

((31.12.2014: 648'100 permis B en circulation))

Source: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/key/01/02.html>

10.2 Autres définitions de notions

Migrants économiques

Un migrant n'est pas un réfugié. Il quitte en général volontairement sa patrie dans le but d'améliorer ses conditions de vie. Il cherche du travail ou, dans le pire des cas, à profiter des systèmes sociaux. Les règles de l'accord de libre circulation des personnes avec l'UE ou les règles concernant les ressortissants d'Etat tiers s'appliquent aux migrants économiques.

Escrocs de l'asile

Un escroc ou un abuseur de l'asile est une personne qui recourt à des moyens illégaux pour recevoir l'asile. Les Erythréens obtenant actuellement très facilement un droit de séjour en Suisse, des non-Erythréens affirmant avoir cette nationalité, ce qui est un cas classique d'escroquerie. Ce genre de tromperie est encore étendu via le regroupement familial en faisant venir des épouses, enfants et autres parents avec lesquels il n'existe aucun lien de parenté. Depuis que d'onéreux tests ADN permettent de prouver que les personnes faisant l'objet d'un regroupement familial sont des parents ou ne le sont pas, les prétendus parents sont fréquemment annoncés comme disparus après leur entrée en Suisse.

Faux requérants d'asile ou requérants d'asile simulateurs

On désigne par faux requérant d'asile ou requérant d'asile simulateur tous ceux dont l'intégrité et la vie ne sont pas menacées. Ces personnes sont tout simplement à la recherche d'une vie meilleure. Il s'agit donc bien de migrants économiques qui ne sont pas concernés par la loi sur l'asile. Ces personnes doivent quitter la Suisse.

Requérants d'asile mineurs non accompagnés

Les requérants d'asile mineurs non accompagnés posent de plus en plus de problèmes. Un mineur non accompagné est un enfant séparé de ses deux parents et dont personne n'est responsable en vertu de la loi ou du droit coutumier. Ces mineurs n'ont que rarement des documents d'identité. Ils sont placés dans des centres spéciaux où ils reçoivent fréquemment une formation scolaire, parfois même avec un soutien de pédagogie curative. C'est dire que le coût d'entretien de ces enfants est très élevé. Dans la pratique, ils sont placés dans des centres cantonaux spéciaux même s'ils ont des parents vivant en Suisse.

Cas Dublin

Les «cas Dublin» sont des requérants d'asile qui ont déjà été enregistrés dans un pays signataires de l'accord de Dublin (cf. section 2.6). La Suisse étant entourée d'Etats Dublin, aucun requérant d'asile ne devrait en fait pouvoir arriver en Suisse sans avoir été enregistré au préalable, sauf s'il vient par la voie des airs. Or, seul quelques centaines de requérants arrivent en avion en Suisse, la grande majorité y parvenant par la voie de la terre après avoir traversé un Etat Dublin. Malheureusement, les autres Etats Dublin n'enregistrent que rarement ces personnes. Et sur les requérants enregistrés, seul un petit nombre peut être renvoyé de Suisse dans le pays du premier accueil, tout simplement parce que l'accord Dublin ne fonctionne plus.